

*image  
not  
available*





1664

\* 515

Hamburg

On names



Sammlung  
der  
Verordnungen  
der freien  
Hanse-Stadt Hamburg,  
seit 1814.

---

Ein und zwanzigster Band.

---

Verordnungen von 1849 und 1850,  
nebst Register  
über den zehnten bis ein und zwanzigsten Band,  
bearbeitet  
von

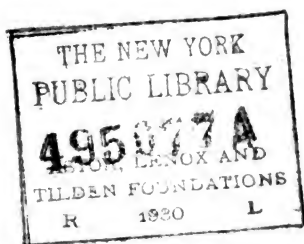
J. M. Lappenberg,

B. R. Dr. und Archivarius.

---

Hamburg, 1851.

Gedruckt und verlegt von Johann August Meißner,  
E. Hochedl. und Hochw. Rath's Buchdrucker.



ROY WEN  
CLUB  
YACHT

# I n h a l t.

---

## Verordnungen vom Jahre 1849.

No.		Seite
1.	Kath- und Bürger = Convent vom 4. Jan.	3
2.	Polizey = Reglement auf der Elbe während der Eisbahn. Jan. 6. . . . .	10
3.	Bekanntmachung betr. die Wegschaffung des Schnees und des Eises vor den Häusern. Jan. 13. . . . .	12
4.	Bekanntmachung betr. die Loosung der Dienst- pflichtigen aus dem Jahre 1828. Jan. 15.	13
5.	Grundrechte des deutschen Volkes. Jan. 19.	13
6.	Bekanntmachung der Bewaffnungs = Com- mission, betr. die Reclamationen. Jan. 22.	14
7.	Bekanntmachung wider das Schießen auf dem Grasbrook. Jan. 24. . . . .	15
8.	Bekanntmachung betr. die Eintreibung der rückständigen Steuern. Jan. 30. . . . .	15
9.	Bekanntmachung die Benutzung der Landungs- plätze an der Alster betr. Febr. 2. . . .	16
10.	Allgemeine deutsche Wechsel-Ordnung. Febr. 2.	18
	1	11.

11. Bekanntmachung zur Verminderung der Feuer- gefahr durch Backöfen. Febr. 2. . . . .	19
12. Bekanntmachung wider die persönliche Ueber- reichung von Vorstellungen an den Senat durch Deputationen. Febr. 7. . . . .	21
13. Bekanntmachung wegen Zahlung der Steuern per Banco zum laufenden Courant-Cours. Febr. 9. . . . .	21
14. Bekanntmachung betr. die Zeit der Predigten im Winterhalbjahre. Febr. 12. . . . .	22
15. Bekanntmachung die Gas-Beleuchtung in St. Georg betr. Febr. 12. . . . .	23
16. Rath- und Bürger-Convent vom 21. Febr.	24
17. Provisorische Verordnung behufs Ausführung des §. 16 der Grundrechte des deutschen Volks in Bezug auf die Israeliten. Febr. 23. . . . .	27
18. Bekanntmachung betr. die Prolongation der General-Feuer-Cassen-Ordnung. Febr. 23.	31
19. Bekanntmachung wider eine von Privaten be- absichtigte allgemeine Illumination. Febr. 23.	31
20. Bekanntmachung betreffend Verlängerung des Vertrages über den Holsteinischen Zollverein. Febr. 24. . . . .	33
21. Bekanntmachung betr. eine anzuordnende Neu- wahl für den dritten Wahlbezirk zur consti- tuirenden Versammlung. Febr. 26. . . . .	33
22. Obergerichtlicher Gemeiner Bescheid über das Verfahren bei der Inrotulation und Trans- mission der Acten. Febr. 26. . . . .	34
23. Bekanntmachung betr. die Zulässigkeit der Stellvertretung für die im Jahre 1828 gebornen Wehrpflichtigen. März 2. . . . .	36

No.	Seite
24. Bekanntmachung betr. die Anwendung des Chloroforms. März 2. . . . .	38
25. Bekanntmachung über das Erlöschen der Cholera-Epidemie. März 3. . . . .	39
26. Verordnung in Bezug auf die Einführung der Allgemeinen Deutschen Wechsel-Ordnung in Hamburg. März 5. . . . .	40
27. Bekanntmachung betr. Wahl zur constituirenden Versammlung. März 6. . . . .	45
28. Taxveränderungen zur Arznei-Taxe. 1849. 47	
29. Bekanntmachung betr. die revidirte Arznei-Taxe und die Zusätze zum Codex medicamentarius. März 9. . . . .	50
30. Collecte am Charfreitage. März 12. . . . .	50
31. Bekanntmachung betr. das Verfahren bei den Wahlen zur constituirenden Versammlung. März 12. . . . .	50
32. Bekanntmachung betr. den Ausfall der Wahlen zur constituirenden Versammlung. März 16. 51	
33. Mandat betreffend das Einquartierungswesen. März 23. . . . .	52
34. Bekanntmachung betr. die Befreiung der in den Reichs-Marine-Dienst Getretenen von demjenigen des Landheeres. März 31. . . . .	56
35. Polizey-Bekanntmachung, das am 12. d. M. in der gr. Michaelis Kirche stattfindende geistliche Concert betr. April 10. . . . .	57
36. Rath- und Bürger-Convent vom 16. April. 58	
37. Reglement für die Einquartierung von Reichstruppen. April 23. . . . .	61
38. Polizey-Bekanntmachung wider das Einfangen von Singvögeln, das Herausnehmen von Vogelnestern und deren Verkauf. May 3. . 65	
	39.



39. Polizey-Bekanntmachung betr. die Berechnung  
der Zinsen durch die Pfandleiher. May 3. . . . . 65
40. Polizey-Verfügungen für die Einweihung der  
Hauptkirche St. Petri. May 5. . . . . 65
41. Bekanntmachung der bevorstehenden Um-  
schreibung durch die Capitaine des Bürger-  
Militairs. May 7. . . . . 67
42. Bekanntmachung betr. die Leistung der Habet-  
tage in Langenhorn. May 9. . . . . 68
43. Polizey-Verfügung wider den Verkauf frischen  
Fleisches durch Unberechtigte. May 10. . . . . 71
44. Verordnung wegen Einrichtung von Vergleichs-  
Commissionen in der Dorfschaft Geesthacht.  
May 13. . . . . 71
45. Bekanntmachung wider eine öffentliche Auf-  
forderung zu einer allgemeinen Volksbewaff-  
nung und desfalligen Geldsammlung. May 14. . . . . 75
46. Bekanntmachung betr. die einseitige Be-  
eidigung der bewaffneten Macht auf die Reichs-  
verfassung. May 19. . . . . 77
47. Polizey-Bekanntmachung in Betreff der An-  
meldung der hier sich aufhaltenden Fremden.  
May 21. . . . . 79
48. Polizey-Verfügung betr. das in der Haupt-  
kirche St. Petri zum Besten der inneren Ein-  
richtung und Ausschmückung derselben statt-  
findende geistliche Concert. May 22. . . . . 79
49. Bekanntmachung wider Beschädigung der  
Anpflanzungen auf dem Walle. Juny 4. . . . . 81
50. Bekanntmachung wider die Betheiligung an  
einer Sammlung zu einer allgemeinen Volks-  
bewaffnung. Juny 5. . . . . 82



51. Ern. Bekanntmachung wider das Kriegsspiel und anderen Unfug der Kinder auf dem Grasbrook. Juny 6. . . . .	82
52. Befehl wider die Anbringung von Beschwerden über die Meister durch die Gesellen der Haus- zimmerleute vor der Lade. Juny 9. . . . .	83
53. Verordnung betr. das Mahlgeld auf der Mühle zu Bergedorf. Juny 14. . . . .	85
54. Bekanntmachung betr. Herstellung der Bar- riere beim Schäferkamp. Juny 22. . . . .	86
55. Rath- und Bürger-Convenc vom 25. Juny. . . . .	86
56. Bekanntmachung betr. Herabsetzung des Aus- fuhrzolles für Lumpen im Holsteinischen Zoll- vereine. Juny 25. . . . .	91
57. Verordnung über eine Abgabe von Zeitungs- Inseraten. Juny 27. . . . .	91
58. Bekanntmachung betr. die Ausführung der Verordnung über die Abgabe von Zeitungs- Inseraten. Juny 27. . . . .	96
59. Verordnung über das Verfahren bei der Ab- nahme von Eiden. Juny 29. . . . .	98
60. Verordnung über die Aufhebung und Ablös- barkeit der in den §§. 35 und 36 der Grund- rechte des deutschen Volks erwähnten Abgaben und Leistungen. Juny 29. . . . .	100
61. Verordnung wegen der zu entrichtenden Bürger- Militair-Steuer. Juny 29. . . . .	104
62. Bekanntmachung betr. die Obliegenheiten der noch nicht activen Contingents = Pflichtigen. Juny 29. . . . .	109
63. Bekanntmachung in Betreff der Abgabe von Zeitungs-Inseraten. July 2. . . . .	110

64. Verordnung in Beziehung auf die Wahl des Bogts, der Deputirten und Gemeinde-Ältesten in Geesthacht. July 4. . . . .	111
65. Rath- und Bürger-Convent vom 12. July.	115
66. Bekanntmachung betr. die Uebernahme eines Theils der Staats-Prämien; Anleihe durch Brandsteuer-Pflichtige. July 13. . . . .	117
67. Jagdverordnung. Aug. 3. . . . .	118
68. Bekanntmachung betr. die Erneuerung des Eumult-Mandates. Aug. 14. . . . .	125
69. Bekanntmachung betr. die Einquartierung in bestimmten Stadttheilen. Aug. 16. . . . .	126
70. Bekanntmachung betr. die mit Einquartierung zu belegenden Bezirke und die Verpflegung der Truppen. Aug. 16. . . . .	127
71. Bekanntmachung der Ausdehnung des Be- zirkes für die Einquartierung. Aug. 17. . . . .	129
72. Bekanntmachung betr. die Bureaux der Central- Commission für die Einquartierungen. Aug. 18.	130
73. Notification die Erhebung einer Steuer, zum Besten der Kirche zu Altermöhe in Willwärdor betr. Aug. 20. . . . .	131
74. Bekanntmachung betr. die Veranlassungen des Einrückens und Verbleibens der Königl. Preuß. Truppen. Aug. 21. . . . .	132
75. Rath- und Bürger-Convent vom 27. Aug.	134
76. Aufforderung zur Zurücklieferung geraubter Waffen und Munition. Aug. 30. . . . .	135
77. Bekanntmachung betr. die Abstempelung der Quartier-Billette. Aug. 30. . . . .	135
78. Bekanntmachung betr. die bevorstehende Um- quartierung. Septbr. 3. . . . .	136

No.	Seite
79. Bekanntmachung betr. einen Aufschub der allgemeinen Umquartierung. Septbr. 4. . . .	137
80. Bekanntmachung betreffend die nunmehrige Ausführung der allgemeinen Umquartierung. Septbr. 6. . . . .	137
81. Bekanntmachung betr. die erfolgte Einsetzung des Bundes / Schiedsgerichtes. Septbr. 14.	138
82. Bekanntmachung betr. die Verpachtung der Jagd in den Dorfschaften Hamm und Horn. Septbr. 18. . . . .	159
83. Rath- und Bürger-Convent vom 20. Septbr.	160
84. Verordnung über die Aufhebung und Ablösbarkeit der in den §§. 35 und 36 der Grundrechte des deutschen Volks erwähnten Abgaben und Leistungen im Amte Rixbüttel. Septbr. 24.	165
85. Verordnung zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes. Septbr. 24. . . . .	171
86. Verfügung in Bezug auf die Quartierung der zeitweilig sich hier aufhaltenden Bundesstruppen. Septbr. 26. . . . .	176
87. Bekanntmachung betr. die Bezahlung für Einquartierung. Septbr. 26. . . . .	177
88. Rath- und Bürger-Convent vom 27. Septbr.	178
89. Bekanntmachung die Gas-Beleuchtung in den mit solcher bisher noch nicht versehenen Straßen der Vorstadt St. Georg betr. Septbr. 29.	181
90. Collecte am 18. Octbr. Octbr. 3. . . . .	182
91. Bekanntmachung betr. die Entschädigungsgelder für die Quartiergeber in den Grevstaden. Octbr. 4. . . . .	182
92. Preßgesetz. Octbr. 5. . . . .	183

No.	Seite
93. Bekanntmachung betr. die Einführung der Gesetzeskraft des Preßgesetzes. Octbr. 5. . . . .	201
94. Bekanntmachung betr. die Feier des allge- meinen Buß- und Bettages. Octbr. 5. . . . .	202
95. Collecte am allgemeinen Buß- und Bettage. Octbr. 8. . . . .	203
96. Bekanntmachung betr. die Verpflichtung zur Uebernahme eines ferneren Theiles der Staats- Prämien = Anleihe. Octbr. 8. . . . .	203
97. Bekanntmachung betr. eine neuere Umlegung der Königl. Preussischen Truppen und Recla- mationen betr. die Einquartierung. Octbr. 25. . . . .	203
98. Bekanntmachung betr. das Aufhören der Passage auf einigen Strecken des Walles bei Nacht. Octbr. 29. . . . .	205
99. Bekanntmachung betr. die Verlegung des Bureaus der Centralcommission für die Ein- quartierung und der Reclamationscommission. Novbr. 2. . . . .	206
100. Bekanntmachung der bevorstehenden Um- schreibung durch die Capitaine des Bürger- Militairs. Novbr. 9. . . . .	207
101. Bekanntmachung betr. die Signal-Laternen am untern Röhlbrand. Novbr. 10. . . . .	207
102. Verordnung über Erwählung der Landvögte und Höfteleute in den Vierlanden. Novbr. 21. . . . .	208
103. Bekanntmachung betr. die Stationirung der beiden Feuerschiffe im Fahrwasser bei Schulan. Novbr. 22. . . . .	212
104. Collecte am Neujahrstage 1850. Novbr. 28. . . . .	214
105. Bekanntmachung betr. die außerordentliche Feuer-Cassen-Zulage von 2½ per mille für das Jahr 1850. Decbr. 3. . . . .	214



No.	Seite
106. Bekanntmachung betr. angeblich coursirende falsche Hamburger Schillinge. Decbr. 12. . . . .	214
107. Rath- und Bürger-Convent vom 13. Decbr. . . . .	215
108. Bekanntmachung betr. die Wahlen zu Offi- zieren und Unteroffizieren im Bürger-Militair. Decbr. 14. . . . .	221
109. Bekanntmachung betr. die Verlängerung des Vertrags über den Anschluß der Walddörfer an den Holsteinischen Zollverein. Decbr. 14. . . . .	222
110. Regulativ die öffentliche Tanzmusik im Städt- chen Bergedorf betr. Decbr. 18. . . . .	223
111. Bekanntmachung betr. die Prolongation des Zolls und anderer Abgaben. Decbr. 19. . . . .	224
112. Bekanntmachung betr. die Prolongation der Accise, nebst Zusatz betr. die flüssige Bierhefe. Decbr. 19. . . . .	225
113. Bekanntmachung betr. die modificirte Prolon- gation der Abgabe von öffentlichen Ver- gnügungen. Decbr. 19. . . . .	225
114. Bekanntmachung betr. die Prolongation der Thorsperre-Abgabe, und deren Ausdehnung auf die Ferdinandspforte. Decbr. 19. . . . .	226
115. Bekanntmachung betr. Veränderungen der Verordnung über die Abgabe von Zeitungs- Inseraten. Decbr. 19. . . . .	227
116. Revidirte Verordnung über die Abgabe von den Eigenthums-Veränderungen der Immo- bilien. Decbr. 21. . . . .	230
117. Revidirte Stempel-Verordnung und Schragen der in Vormundschaftsachen in der Stadt zu erhebenden Gebühren. Decbr. 21. . . . .	239
118. Verordnung für das Amt Bergedorf betr. die Wahl der Abgeordneten zum Volkshaufe der verbündeten deutschen Staaten. Decbr. 21. . . . .	309

No.	Seite
119. <u>Polizey-Bekanntmachung wider Unrechtfertig-</u> <u>keiten der Pfandleiher. Decbr. 24. . . . .</u>	317
120. <u>Rath und Bürger-Convenc vom 27. Decbr.</u>	318
121. <u>Verordnung wegen der Abgabe von Erbschaften</u> <u>und Vermächtnissen für die Stadt, die Vor-</u> <u>städte und das ganze Hamburgische Landgebiet.</u> <u>Decbr. 28. . . . .</u>	321
122. <u>Musterrolle. Verordnung über die Stellung</u> <u>der Mannschaft auf den Seeschiffen und</u> <u>Disciplinar-Ordnung für dieselbe. Reglement</u> <u>des Waffenschouts. Decbr. 28. . . . .</u>	323
123. <u>Jagdverordnung für das Amt und die Stadt</u> <u>Bergeedorf. Decbr. . . . .</u>	343
124. <u>Verordnung gegen das unbefugte Schießen im</u> <u>Amt und Städtchen Bergeedorf. Decbr. .</u>	350

### Die Reichsgesetze vom Jahre 1849.

No.	Seite
20. <u>Gesetz betr. die Schließung der öffentlichen</u> <u>Spielbanken und Aufhebung der Spielpacht-</u> <u>verträge. Jan. 20. . . . .</u>	355
21. <u>Verordnung betr. die Einziehung des Ertrages</u> <u>aus den Gräbereien der Festungswerke u. in</u> <u>den Reichsfestungen zur Festungs- u. Dotirungs-</u> <u>Casse. Febr. 3. . . . .</u>	356
22. <u>Verordnung betr. die Ermäßigung der Zulagen</u> <u>bei Festungsbauten u. in den Reichsfestungen.</u> <u>Febr. 3. . . . .</u>	357
23. <u>Verordnung betreffend die Beschaffung von</u> <u>5,250,000 fl. (3,000,000 Thaler) für die deutsche</u> <u>Marine. Febr. 12. . . . .</u>	359

24. Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betr. die Vertheilung der weiter für die deutsche Marine verfügbar zu machenden 5,250,000 fl. (3,000,000 Thlr.) auf die einzelnen Staaten. Febr. 13. . . . .	360
25. Gesetz betr. die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe. April 12. . . . .	362
26. Gesetz betr. die Tagegelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage. April 12.	368
27. Verordnung betr. das Verbot der Ausfuhr von Munitions-Gegenständen, Pferden und Schiffsbauholz nach Dänemark. April 22. . . . .	369
28. Disciplinar = Strafordnung für das deutsche Reichsheer. April 22. . . . .	370
29. Einführungs = Verordnung betr. die gleichmäßige Behandlung der Disciplinar-Vergehen bei allen im Reichsdienste befindlichen Truppen. April 22. . . . .	390
30. Verfassung des deutschen Reiches. April 28.	392
31. Verordnung betr. die Disciplinar-Bestrafung in der Marine des Reichs. May 5. . . . .	453
32. Verordnung über die Anwendung von Laternen zur Vermeidung des Zusammenstoßens von Dampfschiffen. May 25. . . . .	465





# I n h a l t.

---

## Verordnungen vom Jahre 1850.

No.	Seite
125. Wahlgesetz für die Abgeordneten zum Volks- hause des deutschen Parlaments. Jan. 4. .	475
126. Revidirte Hamburgische Zoll ; Verordnung. Jan. 4. . . . .	488
127. Bekanntmachung für das beiderstädtische Ge- biet, betr. die Einsetzung des Bundes-Schieds- gerichtes. Jan. 11. . . . .	489
128. Bekanntmachung, betr. Anlegung von Ablass- hähnen für das Wasser in den Gasleitungen. Jan. 12. . . . .	490
129. Bekanntmachung, die Wahlen zum Volkshause zu Erfurt betr. Jan. 14. . . . .	492
130. Rath; und Bürger-Convent vom 17. Jan.	493
131. Bekanntmachung, betr. Verfügungen für die innerhalb der Holsteinischen Zoll-Linie belegenen Hamburgischen Gebietstheilen. Jan. 17. . .	495
132. Bekanntmachung, betr. die Vereinfachung der Auszahlung für die Einquartierung. Jan. 21.	500
133. Bekanntmachung, betr. das Fortbestehen der Stellvertretung für Wehrpflichtige. Jan. 21.	501
1	134.

No.	Seite
134. Publicandum, betr. die Loosung für das Ham- burgische Contingent aus den im Jahre 1828 Gebornen. Jan. 21. . . . .	502
135. Bekanntmachung, betr. die Loosung der Dienst- pflichtigen aus dem Jahre 1829. Jan. 28. .	503
136. Bekanntmachung über die für Widerspenstige erklärten Dienstpflichtigen. Jan. 28. . . .	504
137. Bekanntmachung, betr. die Auslegung der Listen der wahlberechtigten Wähler. Jan. 30.	508
138. Bekanntmachung wider das Sammeln auf den Gassen in der Fastnachtszeit. Febr. 9. . .	512
139. Bekanntmachung, betr. die Reclamation der Dienstpflichtigen aus dem Jahre 1829. Febr. 11.	512
140. Bekanntmachung wider das Schießen in den Marschlanden. Febr. 12. . . . .	512
141. Rath- und Bürger-Convent vom 21. Febr.	513
142. Bekanntmachung, betr. die Abänderung in der Fassung zweier Paragraphen des Wahlgesetzes für die Abgeordneten zum Volkshause des deutschen Parlaments. Febr. 21. . . . .	516
143. Bekanntmachung, die einstweilige Abänderung des Art. 15 der Verordnung über die Organisation der Justizbehörden und Gerichte vom 29. December 1815 betr. Febr. 23. .	518
144. Bekanntmachung, die Wahlen zum Volkshause des deutschen Parlaments betr. Febr. 23. .	518
145. Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 23. Febr. d. J., die Wahlen zum Volkshause des deutschen Parlaments betr. Febr. 25. . . . .	523
146. Wahlen zum Volkshause des deutschen Parla- ments. Febr. 26. . . . .	524
147. Bekanntmachung, betr. die Bezirks-Commission der Wahl-districte in den Geestlanden. Febr. 26.	525
148. Collecte am Charfreitage den 29. März, Febr. 27.	525

No.	Seite
149. Bekanntmachung, betr. die Unter-Büreaus des dritten Districtes der Geeslande. Febr. 27.	526
150. Bekanntmachung, betr. die Passage einiger Wallstrecken bis Mitternacht. Febr. 28. . . .	527
151. Bekanntmachung wider willkührliche Ausgrabungen auf der Binnensfreiheit zu Ochsenwärder und den dortigen und den Willwärder Ländereien. März 8. . . . .	527
152. Bekanntmachung, betr. die Einberufung zur Reichsversammlung in Erfurt. März 13. .	530
153. Wahlen zum Volkshause des deutschen Parlaments. März 13. . . . .	534
154. Rath- und Bürger-Convent vom 14. März.	537
155. Bekanntmachung, betr. die Prolongation der Feuer-Cassen-Ordnung. März 15. . . .	540
156. Bekanntmachung, betr. Prolongation der Brandsteuer- und Entfestigungs-Verordnungen, nebst Abänderungen. März 18. . . . .	541
157. polizey-Verfügungen, betr. das in der Haupt-Kirche St. Petri zum Vesten der Hamburger Warteschulen stattfindende geistliche Concert. März 23. . . . .	543
158. Verordnung wegen polizeylicher Bestimmungen zum Schutze des auf beiderstädtischem Gebiete liegenden Theils der Berlin-Hamburger Eisenbahn und des Verkehrs auf demselben. März 25. . . . .	543
159. polizey-Verbot, betr. das Fahren, namentlich der oberländischen Rähne mit aufgesteckten Flaggenstangen auf der Elbstrasse zwischen dem Hamburger Niederhafen und dem Theermagazin. April 2. . . . .	546
160. Verordnung, die Entfreierung von der Kriegsdienstpflicht zu Bergedorf betr. April 3. . .	547
	161.

No.	Seite
161. Bekanntmachung, betr. die Herabsetzung des Zolles für Fourniere und Fournier-Gegenstände für die Holsteinischen Zoll-Enclaven. April 8.	548
162. Mandat wider das Ausspielen von Luxus- und ähnlicher Gegenstände. April 12. . . . .	549
163. Gebühren-Schragen für die Landvögte und anderen Gemeinde-Vorsteher in den Vierlan- den. May 2. . . . .	551
164. Bekanntmachung der bevorstehenden Umschrei- bung durch die Capitaine des Bürger-Militairs. May 10. . . . .	556
165. Polizey-Warnung in Betreff des Knaben- Unfugs. May 13. . . . .	556
166. Bekanntmachung, das Hamburger Dampfschiff Phönix betr. May 16. . . . .	557
167. Verbot der Belästigung ankommender Frem- den mit Logis-Empfehlungen u. dgl. Renov. May 21. . . . .	557
168. Rath- und Bürger-Convent vom 23. May .	558
169. Polizey-Befehl, in Betreff der Aufenthalts- karten. May 23. . . . .	559
170. Revidirte Verordnung in Betreff der Ver- schiffung der über Hamburg direct nach an- dern Welttheilen Auswandernden. Juny 3. .	560
171. Bekanntmachung, die Revision der Verordnung, betr. die Verschiffung der über Hamburg direct nach fremden Welttheilen Auswandernden. Juny 3. . . . .	572
172. Rath- und Bürger-Convent vom 13. Juny .	573
173. Publicandum, die constituirende Versammlung betr. Juny 14. . . . .	579
174. Bekanntmachung, betr. abermalige Vertheilung wegen der Staats-Prämien-Anleihe. Juny 17.	579

No.	Seite
175. polizey=Verbot zum Schutze der Elb=Bades-Anstalt. Juny 18. . . . .	580
176. Bekanntmachung, betr. die Recurse von Entscheidungen der Reclamations-Commission des Bürgers/Militairs. Juny 24. . . . .	581
177. Notification, die Erhebung einer Steuer, zum Besten der Kirche St. Nicolai zu Moorfleth in Billwärder, betr. July 3. . . . .	581
178. Bekanntmachung, betr. die Hinlegung von zwei schwarzen Tonnen im Strom bei Cuxhaven. July 15. . . . .	582
179. Bekanntmachung wider den Verein der Eberführer=Tagelöhner. July 17. . . . .	583
180. Bekanntmachung wegen Bezahlung der ordentlichen Feuer=Casse-Zulage. July 22. . . . .	584
181. Bekanntmachung, betr. Erweiterung des Einquartierungs=Rayons. July 22. . . . .	584
182. polizey=Warnung in Betreff des Anheftens von Zeitungen und s. g. Extrablättern in den Straßen. July 27. . . . .	586
183. Bekanntmachung, betr. Passirung von Schuten unter der Sandthors-Brücke. July 29. . . . .	586
184. Bekanntmachung wider die von Privaten betriebenen Ausspielgeschäfte. August 9. . . . .	587
185. Bekanntmachung wider die s. g. Commerziellen Unternehmungen und der von Privaten betriebenen Ausspielgeschäfte. August 13. . . . .	587
186. Bekanntmachung wider die Industrielle Association u. a. August 13. . . . .	588
187. Bekanntmachung, betr. Prolongation des Eintretens der Acten=Versendung in den an das Ober=Appellations=Gericht erwachsenen Civil- und Criminal=Sachen. August 23. . . . .	588
	188.

No.	Seite
188. Bekanntmachung wider das Befahren des Billwärder Billdeiches mit schwerem Fracht- fuhrwerke. August 30. . . . .	589
189. Bekanntmachung, betr. die Vereinbarung mit Preußen und anderen Regierungen eines Aus- courssetzung ihres Papiergeldes. Septbr. 13.	590
190. Rath- und Bürger-Convent vom 19. Septbr.	592
191. Verordnung, betr. Aufhebung der aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden Abgaben und Leistungen und die Ablösbarkeit der auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen zu Bergedorf betr. Septbr. 23.	596
192. Collecte am 18. October. Septbr. 27. . . .	602
193. Verordnung, die Papiere für Hamburgische Seeschiffe betr. Septbr. 30. . . . .	602
194. Bekanntmachung wegen der Verordnung, betr. die Papiere für Hamburgische Seeschiffe. Sept. 30.	613
195. Bekanntmachung, betr. das Leuchtschiff unter- halb Schulau. Octbr. 11. . . . .	614
196. Collecte am Fuß- und Bettage. Octbr. 14.	614
197. Bekanntmachung, betr. das Aufhören der Passage auf einigen Wallstrecken bei Nacht. Octbr. 28. . . . .	615
198. Rath- und Bürger-Convent vom 31. Octbr.	615
199. Bekanntmachung, betr. die bevorstehende Um- schreibung durch die Capitaine des Bürger- Militairs. Novbr. 8. . . . .	618
200. Nachtrag zu der Jagd-Verordnung für Berge- dorf, die Eintheilung der Feldmark des Städtchens in Jagd-Bezirke betr. Novbr. 12.	618
201. Bekanntmachung, betr. Signal-Laternen an beiden Ufern des Köhlbrandes. Novbr. 15.	619

No.	Seite
202. Bekanntmachung, betr. die Freiheiten und Gleichstellung der Hamburger Schiffe rücksichtlich der überseeischen Besigungen der Niederlande. Novbr. 23. . . . .	621
203. Bekanntmachung, betr. die Gebühr für die Combination von Hypothekposten. Novbr. 25.	622
204. Bekanntmachung, die außerordentliche Feuer-Cassen-Zulage für das Jahr 1851 betr. Novbr. 27. . . . .	623
205. Collecte am Neujahrstage 1851. Decbr. 6.	625
206. Rath- und Bürger-Convent vom 19. Decbr.	625
207. Bekanntmachung, betr. die Erhebung der Brandsteuer. Decbr. 20. . . . .	630
208. Bekanntmachung, betr. die Abgabe von Zeitungs-Inseraten. Decbr. 20. . . . .	630
209. Bekanntmachung, betr. die Papiere für Hamburgische Seeschiffe. Decbr. 28. . . . .	631
210. Mittheilung an die hiesigen Rheder, betr. die Papiere für Hamburgische Seeschiffe. Decbr. 30.	632
211. Bekanntmachung, betr. den Vertrag über Einführung von Paßkarten. Decbr. 30. . . . .	635
212. Publicandum, betr. die Loosung für das Hamburgische Contingent aus den im Jahre 1830 Gebornen. Decbr. 30. . . . .	646
213. Bekanntmachung, betr. das Paßwesen und namentlich das Paßkarten-Institut. Decbr. 31.	649
214. Bau-Ordnung für das Städtchen Bergedorf. Decbr. . . . .	652
215. Neurevidirte Feuer-Ordnung für das Städtchen Bergedorf. Decbr. . . . .	660





Hamburgische  
Verordnungen  
vom  
Jahre 1849.

XXI. Band.

2

319 0 1 1 0 1 2

# I.

## Rath und Bürger-Convent

Jan. 4.

vom 4. Januar 1849.

E. E. Rath sah Sich veranlaßt der auf Donnerstag, den 4. Januar 1849 zusammenberufenen Erbges. Bürgerschaft folgende Anträge vorzulegen.

I. Da Erbges. Bürgerschaft in Conventu vom 27. November v. J. der proponirten Steuer für das Bürger-Militair ihre Zustimmung versagte, und E. E. Rath Sich darauf das Weitere vorbehielt, so bringt E. E. Rath nunmehr eine andere Modalität der Steuer zum Antrag. Indem E. E. Rath Sich auf die in der Anlage enthaltene Auseinandersetzung, und auf die in derselben aufgestellte Scala bezieht, trägt Er bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mit zu genehmigen:

daß unter Aufhebung der bisherigen Bürger-Militair-Steuer die Letztere in Zukunft nach der obangegebenen Scala,  
A 2                      welche

Jan. 4. welche nach der Einnahme zu berechnen ist, zu welcher ein Jeder bei der Brandsteuer angesetzt worden, unter Berücksichtigung der in dem, Erbges. Bürgerschaft im Convente vom 27. November vorgelegten Gesetzes-Entwürfe näher bestimmten Ausnahmen und Erhöhungen fernerhin erhoben werde.

II. Da Erbges. Bürgerschaft sich unter dem 27. November v. J. dem Antrage wegen Feststellung des Gehaltes des Hauptmannes Julius nicht einverstanden erklärte, von vielen Seiten aber die Regulirung dieses Verhältnisses dringend gewünscht wird, so trägt E. E. Rath, aus den in der Anlage entwickelten ferneren Gründen, bei Erbges. Bürgerschaft wiederholt darauf an, es mit zu genehmigen:

daß dem Quartiermeister beim Bürger-Militair, Hauptmann Julius, fernerhin, und zwar von einem von der Commission für das Bürger-Militair demnächst anzusetzenden Termine an, ein jährlicher Gehalt von *Ert.m/* 3000 zugebilligt werde, wofür er alle und jede, zu seinem Amte gehörende Arbeiten zu verrichten hat, ohne für dieselben, weder von dem Bürger-Militair noch von anderen Behörden, für welche er Arbeiten liefert, eine Vergütung zu erhalten, daß dagegen die festgesetzten Sporteln der Kammer überwiesen und an dieselbe abgeliefert werden.

III.

III. E. E. Rath trägt, unter Beziehung Jan. 4.  
auf die in der Anlage entwickelten Gründe,  
bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es  
mit zu genehmigen:

daß sowohl das Deficit der Armen-  
Anstalt in der Vorstadt St. Pauli  
von den Jahren 1847 und 1848, groß  
resp. *Ert.m/* 1481. —  $\beta$  3  $\lambda$  und  
*Ert.m/* 11,365. 9  $\beta$  6  $\lambda$  aus öffent-  
lichen Mitteln gedeckt, als auch der  
jährliche Zuschuß *ex aerario publico*  
für das Jahr 1849 auf *Ert.m/* 25,000  
erhöhet werde.

IV. Es hat sich bei wiederholten Ver-  
anlassungen die Nothwendigkeit ergeben,  
einige abändernde Bestimmungen in Betreff  
des Gehalts und sonstiger Verhältnisse des  
Personals der Angestellten der Steuer-  
Deputation zu treffen; weshalb E. E.  
Rath, indem Er das Nähere desfalls in  
der Anlage auseinandersetzt, Erbges. Bürger-  
schaft ersucht:

die in der Anlage, unter Nris. 1 — 4  
enthaltenen abändernden Verfügungen in  
Betreff der Gehalte und der sonstigen  
Verhältnisse der Angestellten der Steuer-  
Deputation mitgenehmigen zu wollen.

V. Da der finanzielle Zustand der  
Verwaltung der Petri-Kirche eine fernere  
Geld-Beihülfe für dieselbe erforderlich macht;  
so ersucht E. E. Rath, indem Er sich auf  
die Motivirung in der Anlage bezieht, die  
Erbges. Bürgerschaft:

- Jan. 4. es mitgenehmigen zu wollen, daß
- 1) der, der Petri-Kirche seit dem Jahre 1838 ertheilte Zuschuß der Staatscasse unter den bisherigen Bedingungen für das Jahr 1849 ferner zugestanden; auch
  - 2) ihr für dasselbe Jahr noch außerordentlich 2000 *m*/k bewilligt werden.

VI. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage enthaltene Auseinandersetzung trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an:

dem als Unteranlage beiliegenden Regulativ über Ruhegehälter für Mitglieder des Ober-Appellationsgerichts der vier freien Städte Deutschlands

ihre Mitgenehmigung zu ertheilen.

VII. Unter Bezugnahme auf die Auseinandersetzung in dem Antrage vom 27. November v. J., so wie auf die in der Anlage und deren Subadjunctis enthaltenen näheren Erläuterungen trägt E. E. Rath abermals bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mit zu genehmigen:

- 1) daß zur Bestreitung der für den Bau der Stadt-Wasserkunst, einschließlich verschiedener Nebenausgaben, bis zur gänzlichen Vollendung der Anlage annoch erforderlichen Mehrkosten die Summe von *Reo.m*/k 22,000. — nachträglich bewilligt und zum Behuf der Deckung derselben, so wie des für den bisherigen Betrieb der provisorischen Wasser-Versorgungs-Anstalt

Anstalt und die sonstigen, nicht zu Jan. 4.  
den eigentlichen Baukosten gehörenden  
Ausgaben erforderlichen Mehrbedarfs,  
der noch vorhandene Ueberschuß der  
ersten Hälfte der Prämien-Anleihe von  
Bro.mk 49,917. 4ß überwiesen werde;

- 2) daß die für den Betrieb und die Ver-  
waltung der Stadt-Wasserkunst erforder-  
lichen Kosten, wie auch die an die ehe-  
maligen Kunstmeister H. M. Wehncke  
und J. M. Köhn vertragsmäßig zu  
entrichtenden Pensionen vom 1. Juli  
v. J. an, unter gleichmäßiger Ueber-  
weisung der Einnahmen, auf den ordent-  
lichen Staatshaushalt übernommen werden;
- 3) daß die Verwaltung der Stadt-Wassers-  
kunst zu befugen, in vorkommenden Fällen  
und namentlich auf die von mehreren  
Grundeigenthümern außerhalb des Damm-  
thors beim Rothenbaum und den p. t.  
Provisoren des allgemeinen Krankenhauses  
eingekommenen Gesuche, unter den von  
den letzteren offerirten und resp. dahin  
zu concertirenden Bedingungen, daß die  
Köhrenleitung dem Staate verbleibe  
und durch die festzustellenden Beiträge  
nicht nur die Zinsen des von den Sup-  
plicanten anzuschaffenden Anlage-Capitals  
gedeckt, sondern auch ein angemessener  
Ertrag für die Wasserkunst erzielt werde,  
mit der Ausdehnung der Köhrenleitungen  
über die Grenzen der Stadt hinaus,  
consensu E. E. Rathes und Ehrb. Ober-  
alten, verfahren zu dürfen.

Jan. 4. VIII. Nachdem Erbges. Bürgerschaft in Conventu vom 27. November v. J. die von E. E. Rathe beantragte Niedersehung einer eigenen Deputation zur Verwaltung der Stadt:Wasserkunst angetragenermaassen genehmigt hat, so legt E. E. Rath zum Behuf der Wahl der in der fraglichen Proposition gedachten vier Bürger einen von den zu dieser Verwaltung deputirten Mitgliedern der Bau:Deputation, der General:Feuer:Cassen:Deputation und löbbl. Kammer formirten Aussah von 16 Personen, nämlich vier Personen für jeden zu Wählenden und zwar zur Hälfte aus Eigenthümern berechtigter Erben bestehend, vor, und ersucht Erbges. Bürgerschaft aus demselben, der Wahlfreiheit übrigens unbeschadet, vier Personen, worunter zwei Eigenthümer berechtigter Erben, zu Mitgliedern der mehrgedachten Verwaltungs:Deputation für die Stadt:Wasserkunst erwählen zu wollen.

IX. Da der Ehrb. Wilh. Theodor Schiller in diesem Jahre das Präsidat in der Commerz:Deputation zu übernehmen haben und zugleich ältester Militär:Commissair werden wird, beide Functionen aber zu viele Zeit erfordern, um füglich von einer und derselben Person verwaltet werden zu können, so hat derselbe um seine Entlassung vom Militär:Departement angehalten, womit das Militär:Departement sich einverstanden erklärt. Dasselbe hat für den Fall, daß Erbges. Bürgerschaft sich mit der Entlassung einverstanden erkläre, zur



zur Erleichterung des Wahlgeschäfts, jedoch Jan. 4.  
der Wahlfreiheit völlig unbeschadet, den  
anliegenden Wahlaussatz hergegeben, und  
ersucht E. E. Rath Erbges. Bürgerschaft,  
für den Fall der Entlassung des Ehrb.  
Wilh. Theodor Schiller, die Wahl  
eines Militair-Commissairs vorzunehmen.

### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt ange-  
tragenermaassen:

ad I die Abänderung der bisher für das  
Bürger-Militair erhobenen Abgabe,

ad V den bisherigen, so wie den außer-  
ordentlichen Zuschuß an die St. Petri-  
Kirche für das Jahr 1849,

ad VII die ferneren Maaßregeln bei  
Vollendung der Stadt-Wasserkunst, so wie

ad III die Deckung des Deficits der  
Armen-Anstalt der Vorstadt St. Pauli in  
den Jahren 1847 und 1848, kann sich  
aber nur für die Bewilligung des bisherigen  
Zuschusses von 16,500 *m*ß Ert. für das  
Jahr 1849 erklären;

lehnt dagegen die Anträge E. E. Rathes,  
betreffend sub II die proponirte Feststellung  
des Gehalts des Quartiermeisters Julius,

sub IV die abändernden Bestimmungen  
in Betreff des Gehalts und sonstiger Ver-  
hältnisse einiger Angestellter der Steuer-  
Deputation, und

sub VI das Regulativ über Ruhe-  
gehälte für Mitglieder des Ober-Appellations-  
gerichts, ab;

erwählt

Jan. 4. erwählt zu Mitgliedern der zur Verwaltung der Stadt:Wasserkunst eingesetzten Deputation, als Eigenthümer berechtigter Erben die Ehrb. B. H. Osenbrüg und C. E. Warnecke und sonstige Bürger die Ehrb. J. J. F. Ehbets und D. R. Schröder;

entläßt ad IX den Ehrb. Wilh. Th. Schiller aus dem Militair:Departement.

### Replica Senatus.

Ad I, V und VII dankt C. E. Rath der Erbges. Bürgerschaft für ihre Mitgenehmigung, und will Sich ad III, die Bewilligung für die Armen:Anstalt der Vorstadt St. Pauli, in der mitgenehmigten beschränkten Modalität, gefallen lassen; muß Sich jedoch in Betreff eines etwaigen weiteren Deficits event. das Weitere vorbehalten.

Ad II, IV und VI bedauert C. E. Rath, daß Erbges. Bürgerschaft Seinen Propositionen nicht beigetreten ist, und behält Sich auch desfalls das Weitere vor.

## II.

Jan. 6.

### Polizey:Reglement

auf der Elbe während der Eisbahn.

#### 1.

Jeder Schlitten muß rechts fahren, und wenn es erforderlich ist, rechts ausweichen.

#### 2.

2.

Jan. 6.

In der Eisbahn selbst darf nicht vor-  
beigefahren werden.

3.

Alles in die Wettefahren ist verboten.

4.

In der Bahn ist das Anhalten verboten;  
wer bei den Hütten halten will, muß außer  
der Bahn fahren.

5.

Wer aus der Reihe fahren, halten oder  
vorbeifahren will, muß ebenfalls rechts  
ausweichen.

6.

Das Querüberfahren über die Bahn  
ist verboten.

7.

Jeder hat übrigens den Polizien-Officianten  
und Hasenrunden in ihren Anordnungen  
unbedingt Folge zu leisten.

8.

Es sind für jetzt nur mit Einem Pferde  
bespannte Schlitten auf der Eisbahn zu-  
lässig. Jedes andere Fuhrwerk bleibt bis  
auf Weiteres verboten.

9.

Da diese Verfügungen lediglich zur Ver-  
hütung von Unglücksfällen angeordnet sind;  
so wird es erwartet, daß ein jeder diesem  
Befehle ohne Weiteres nachkomme; wer  
demselben entgegen handelt, soll mit Geld-  
oder

Jan. 6. oder Gefängniß: Strafe nach Schwere des Vergehens gestraft werden.

Hamburg, den 6. Januar 1849.

Die Polizen: Behörde.

### III.

Jan. 13.

### Bekanntmachung,

betreffend die Wegschaffung des Schnees und des Eises von den Häusern.

Alle Bürger und Einwohner werden unter Bezugnahme auf die früheren Polizen: Bekanntmachungen der allgemeinen Sicherheit wegen und zur Verhinderung von Unglücksfällen und Schäden daran erinnert, das Eis und den Schnee vor ihren Häusern wegzunehmen, die Rinnsteine vor den Häusern in der Art rein halten zu lassen, daß das Wasser jederzeit einen freien Abzug behält und mit der Fortschaffung des Schnees von den Dächern und aus den Dachrinnen des Morgens spätestens bis 9 Uhr verfahren zu lassen.

Der Schnee kann, in so fern er nicht mit Unrath vermischt ist, in die zunächst befindlichen Kanäle geschüttet oder außerhalb des Thores gebracht und in den Stadtgraben geschüttet werden.

Bei vorkommenden Contraventionen wird, vorbehaltlich der Verantwortlichkeit für angerichteten Schaden, mit geeigneten polizeilichen Strafen eingeschritten werden.

Hamburg, den 13. Januar 1849.

Die Polizen: Behörde.

IV.

## IV.

**Bekanntmachung,**

Jan. 15.

betr. die Loosung der Dienstpflichtigen aus dem  
Jahre 1828.

Dieselbe ist derjenigen vom 9. Jan. 1845  
(f. Bd. XIX. S. 3) gleichlautend, und sind  
die Loosungstage angesetzt, wie folgt:

„Es haben sich also die Dienstpflichtigen  
des ersten Districts des Jahres 1828, deren  
Namen mit den Buchstaben

A bis L anfangen, am Montag den 29. Januar,  
die mit

M : Z : : Mittwoch den 31. Jan.,  
so wie die Dienstpflichtigen des zweiten  
Districts am Donnerstage den 1. Februar,  
Morgens präcise 9 Uhr in dem Saale der  
Kanzlei des Bürger-Militairs, Neustädter  
Fuhlentwiete No. 83, einzufinden, um zu  
loosen.“

Hamburg, den 15. Januar 1849.

Die Bewaffnungs-Commission.

## V.

**Grundrechte des deutschen Volkes,** Jan. 19.

von der provis. Centralgewalt Deutschlands als  
Reichsgesetz verkündet am 27. December 1848.  
Auf Befehl Eines Hochedlen Rathes der freien und  
Hansestadt Hamburg publicirt den 19. Jan. 1849.

Ein Hochedler Rath bringt die von der  
Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.  
beliebten und von der provisorischen Central-  
gewalt

Jan. 19. gewalt Deutschlands am 27. December v. J. publicirten Grundrechte des deutschen Volks sammt dem Einführungsgesetze hiemit zur öffentlichen Kunde. Aus dem Einführungsgesetze geht hervor, daß die in den Grundrechten enthaltenen Principien theilweise noch erst durch Reichsgesetze, theilweise durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten näher bestimmt werden, theilweise endlich sofort ins Leben treten sollen. Insofern aber die zu dieser letzten Kategorie gehörenden Grundsätze nicht ohnehin schon bei uns Geltung haben, sind zur Verwirklichung derselben in Hamburg und dessen Gebiet ebenfalls annoch mehrfache, wenn auch, soweit Verfassungsfragen dadurch berührt werden, nur provisorische gesetzliche Verfügungen nöthig. Ein Hochedler Rath ist mit den Einleitungen dazu bereits beschäftigt, und wird das Nähere darüber förderksamst bekannt gemacht werden. \*)

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 19. Januar 1849.

## VI.

Jan. 22. Die Bekanntmachung der Bewaffnungs-Commission betr. die Reclamation der Dienstpflichtigen aus dem Jahre 1828, vom 22. Januar 1849, der Bekanntmachung vom 15. d. M. entsprechend, lautet im Uebrigen gleich derjenigen vom Jahre 1843, Febr. 1. S. oben Bd. XVII. S. 316.

---

\*) S. den Abdruck der Grundrechte, Bd. XX. S. 548.

## VII.

**Bekanntmachung**

Jan. 24.

wider das Schießen auf dem Grasbrook.

Da das so unzulässige und gefährliche Schießen auf dem Grasbrook, sowohl in den dortigen Gärten, wie auch außerhalb derselben, der mehrmal ergangenen Verordnungen und Befehle ungeachtet, dennoch von Zeit zu Zeit Statt findet, so wird solches hiemit wiederholt auf das Strengste verboten und den Schenkwirthen, bei nachdrücklicher Strafe und nach Befinden bei Verlust ihrer Concession, aufgegeben, dergleichen verbotenes Schießen von den bei ihnen einkehrenden Gästen nicht zu dulden.

Gegen diejenigen, die diesem Verbot dennoch zuwider handeln, soll mit einer ernstlichen Geldstrafe, eventualiter mit Gefängnißstrafe verfahren werden.

Den Polizen-Officianten auf dem Grasbrook wird aufgegeben, auf die Befolgung dieser Bekanntmachung genau zu achten und die Uebertreter zur Anzeige zu bringen, nöthigenfalls dieselben zu arretiren.

Hamburg, den 24. Januar 1849.

Die Landherrenschafft  
der Marschlande.

## VIII.

**Bekanntmachung,**

Jan. 30.

betr. die Eintreibung der rückständigen Steuern.

Bei den großen Bedürfnissen der Staats-Casse ist ein rechtzeitiges Eingehen der Steuern nicht

Jan. 30. nicht nur wünschenswerth, sondern nothwendig und sieht sich die unterzeichnete Deputation dadurch gezwungen, größere Strenge als bisher anzuwenden und mit der executivischen Eintreibung der Rückstände aus dem letzten und den früheren Jahren in 14 Tagen den Anfang zu machen. Um jedoch Kosten und Weitläufigkeiten von den Restanten möglichst abzuwenden, sieht sich die Deputation gedrungen, diese Aufforderung vorausgehen zu lassen und spricht sie die Hoffnung aus, daß diejenigen Steuerpflichtigen, welche ihre fälligen Steuern noch nicht bezahlt haben, derselben schnell Folge leisten werden.

Hamburg, den 30. Januar 1849.

Die allgemeine Steuer-  
Deputation.

## IX.

### Febr. 2. Bekanntmachung

die Benützung der Landungsplätze an der Alster betreffend.

1. Alle Schiffer, sowohl Elb- als Alsterschiffer, sind verpflichtet, hinsichtlich des Verkehrs auf der Binnen- und Aussen-Alster, so wie auf dem Bassin der kleinen Alster und hinsichtlich des Anlegens ihrer Schiffe und des Entladens und Beladens derselben, der Anweisung des Alster-Ausschüßers ohne Widerspruch Folge zu leisten.

2. Für das Anlegen, Entladen und Beladen der Fahrzeuge an den öffentlichen Landungs-



Landungsplätzen wird Nichts bezahlt, wenn Febr. 2. solches innerhalb 24 Stunden geschieht.

3. Für Fahrzeuge, welche einen Landungsplatz auf längere Zeit, namentlich zum Aushökern von Torf, Gemüse, Obst etc. benutzen, ist eine Abgabe von 1 *m* für die erste und von 1 *m* 8 *ß* für die zweite Woche an den mit der Empfangnahme dieser Gelder beauftragten Alster-Aufseher zu entrichten. Der Alster-Aufseher darf keinem Fahrzeuge das Liegen und Aushökern länger als auf 14 Tage verstaten, und ist derselbe im Uebrigen angewiesen, auf eine Reihenfolge unter den Schiffen nach der Zeit ihrer Ankunft zu halten. Die während des Winters an den Landungstreppen eingefrorenen Fahrzeuge haben, so lange von ihnen aus der Hökerhandel betrieben wird, wöchentlich 1 *m* 8 *ß* zu erlegen.

4. Es wird hiermit ausdrücklich verboten, die ausgeladenen Gegenstände in der Nähe der Landungsplätze auf dem Lande zu lagern, sie müssen vielmehr sogleich auf Wagen geladen und weggefahren werden. Eben so müssen die zu Schiffe wegzuschaffenden Gegenstände unmittelbar von den Wagen in die Schiffe geladen werden.

5. Die Polizen-Officianten und insbesondere der Alster-Aufseher sind beauftragt, über die genaue Befolgung vorstehender Verordnung zu wachen, und wird in jedem Contraventionsfalle mit angemessenen, im  
XXI. Band. B Wieder:

Febr. 2. Wiederholungsfälle zu verschärfenden Strafen von Polizeywegen verfahren werden.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 2. Februar 1849.

## X.

Febr. 2. Allgemeine deutsche Wechselordnung, von der provis. Centralgewalt für Deutschland als Reichsgesetz verkündet am 26. Nov. 1848. Auf Befehl Eines Hochedlen Rath's der freien und Hansestadt Hamburg publicirt den 2. Febr. 1849.

Ein Hochedler Rath bringt hiemit die von der deutschen Reichsversammlung angenommene, mit dem 1. May d. J. in Kraft tretende, Allgemeine deutsche Wechselordnung sammt dem von der provisorischen Centralgewalt unter dem 26. November v. J. publicirten Einführungsgesetze zur öffentlichen Kunde, und macht dabei zugleich bekannt, daß zum Behuf einiger Verfügungen, welche theils durch unsre localen Handelsverhältnisse und Gebräuche, theils durch das demnächst eintretende Erlöschen unserer bisherigen Wechsel-Legislation nothwendig gemacht werden, annoch eine besondere Verordnung in Bezug auf die Einführung der Neuen Wechselordnung zur baldigen verfassungsmäßigen Beliebung gebracht werden wird. \*)

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 2. Februar 1849.

---

\*) Den Abdruck der allgemeinen deutschen Wechselordnung vom 26. November 1848 s. oben Bd. XX. S. 500—539.

## XI.

**Bekanntmachung**

Febr. 2.

zur Verminderung der Feuergefähr durch  
Backöfen.

Die polizeylische und sachverständige Untersuchung, welche in Veranlassung verschiedener, in Backhäusern neuerdings vorgekommener Feuersbrünste stattgefunden, hat zur Entdeckung einzelner hie und da bestehender mangelhafter Einrichtungen und Gebräuche geführt, deren Abstellung in feuerpolizeylischer Hinsicht als nothwendig sich darstellt. Es werden deshalb, zur Abwendung oder wenigstens zur Verminderung von Feuergefähr, die nachfolgenden, im Einverständniß mit den Herren Patronen und Landherren, getroffenen Verfügungen zur Kenntnißnahme und Nachachtung bekannt gemacht:

Es muß ein jeder Backofen sicher, und die Ofenthüre so eingerichtet sein, daß sie bei einem etwaigen Brande des zum Trocknen im Ofen befindlichen Holzes nicht durch den Druck von innen weggestoßen werden kann. Hierzu ist es erforderlich, daß sie nicht nur vorgesezt, sondern mit zwei Kloben in die Krampen des Rahmens eingehängt und mit einer Klinke versehen werde.

Das zum Trocknen im Ofen gewesene Holz muß bei der Herausnahme desselben aus dem Ofen sorgfältig nachgesehen, das glimmende oder angebrannte Holz, oder dasjenige, von dem zu besorgen, daß es Funken gefangen haben könne, muß gelöscht und  
B 2                      sofern

Febr. 2. sofern die Localität eine sofortige Wiederhineinschiebung des Holzes in den Ofen nicht gestatten sollte, sorgfältig während der Nacht bewacht werden.

Die Paßhölzer und Gasseln müssen nach gemachtem Gebrauche in einen mit Wasser gefüllten Trog gestellt und dort abgekühlt werden. Wo es hinsichtlich der Gasseln an Raum hiezu fehlt, müssen diese wenigstens, nach jedesmaliger Benutzung gehörig mit Wasser begossen werden.

Wenn die zur Heizung verwendeten glühenden Holzkohlen aus dem Ofen herausgenommen worden sind, so müssen sie in eine kupferne Dämpfstonne geschüttet und dort aufbewahrt werden, bis sie völlig ausgeglüht sind. Das Herausnehmen der Kohlen aus der Dämpfstonne darf nicht eher als frühestens nach zwanzig Stunden geschehen. Soll die Tonne geleert werden, so ist auch hiebei mit aller Vorsicht zu verfahren, und ist es anzuermpfehlen, daß die herausgeschütteten Kohlen vorzugsweise in den Keller gelagert werden.

Die Bäcker der Stadt, der Vorstädte und des Landgebiets werden angewiesen, diesen Vorschriften nachzukommen, und wo Einrichtungen zu dem Ende zu treffen sind, solche innerhalb 4 Wochen vollständig zu beschaffen, bei Vermeidung angemessener Strafen im Nichtbefolgungsfalle und unter Hinweisung auf die für den Contravenienten eintretende unbedingte Verantwortlichkeit, sofern aus der Nichtberücksichtigung dieser  
Vors

Vorschriften ein Feuerschaden künftig ent: Febr. 2.  
stehen würde.

Hamburg, den 2. Februar 1849.

Die Polizen:Behörde.

## XII.

### Bekanntmachung

Febr. 7.

wider die persönliche Ueberreichung von Vor:  
stellungen an den Senat durch Deputationen.

Da es seit einiger Zeit vorkommt, daß dem Senat Vorstellungen und Bittschriften durch Deputationen der Bittsteller in größerer oder geringerer Zahl persönlich überreicht werden, ein solches Verfahren aber mit der Geschäftsordnung des Senats nicht verträglich ist; so wird hiemit daran erinnert, daß alle an E. Hochedl. Rath gerichtete Petitionen schriftlich auf der Senats:Kanzlei zu übergeben sind, von der es sodann durch den Correspondenten, die Wöchentl. Gemeinn. Nachrichten und die Abendzeitung der Börsenhalle bekannt gemacht wird, wenn in der Sache ein Decret erlassen worden ist.

Gegeben in Unserer Raths:Versammlung.  
Hamburg, den 7. Februar 1849.

## XIII.

### Bekanntmachung

Febr. 9.

wegen Zahlung der Steuern per Banco zum  
laufenden Courant-Cours.

Zur Beförderung des Eingangs der Steuern  
und zur Erleichterung der Steuerpflichtigen  
wird es gestattet, daß vom heutigen Tage.  
an

Febr. 9. an sämtliche in Courant zahlbare Steuern, per Banco zum laufenden Cours von grob Courant (worunter für jetzt und künftiger abändernder Bestimmung vorbehaltenlich, Hamburger Courant, Species, grob Dänisch Courant und Preussische Thaler à 40 Schill. Court. zu begreifen sind): und zwar nach der Cours-Notirung des der Zahlung zunächst vorhergehenden Posttages, entrichtet werden können.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 9. Februar 1849.

#### XIV.

Febr. 12.

#### Bekanntmachung,

betr. die Zeit der Predigten im Winterhalbjahre.

Da mehrfach der Wunsch geäußert worden ist, daß die Zeit der Hauptpredigten, welche in den vier Winter-Monaten November, December, Januar und Februar um 9½ Uhr beginnen, nicht auf diese 4 Monate beschränkt, sondern für das ganze Winterhalbjahr beibehalten werde, so hat E. H. Rath auf verfassungsmäßigem Wege den Beschluß veranlaßt, daß fernerhin die Predigten, und zwar sowohl die Haupt- als die Wochenpredigten in dem Winterhalbjahr von Michaelis bis Ostern, jedoch mit Ausnahme des Sonntags vor Ostern (Palmarum), von 9½ bis 10½ Uhr gehalten werden, welches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 12. Februar 1849.

#### XV.

## XV.

## Bekanntmachung,

Febr. 12.

die Gas-Beleuchtung in St. Georg betreffend.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung der Gas-Compagnie vom 8. d. M., nach welcher mit der Eröffnung der Haupt-Gas-Röhren in St. Georg in diesen Tagen, zum alleinigen Behuf der Entfernung der atmosphärischen Luft aus denselben, begonnen werden wird, macht die unterz. Behörde es allen dortigen Consumenten zur Pflicht, auf zuverlässige Weise dafür zu sorgen, daß an keinem der Hähne ihrer Gas-Leitung irgendwie gedreht werde, bevor die Ingenieure oder die beeidigten Mechaniker die Erlaubniß dazu gegeben haben, damit nicht durch das noch mit Luft vermengte Gas bei einem unbefugten Anzünden Gefahr und Unglück herbeigeführt werden. Die Ingenieure und Mechaniker sind verpflichtet, eine jede Contravention sofort zur Anzeige zu bringen und wird gegen die Contravenienten, so wie gegen Diejenigen, welche sich eine Beschädigung der Anlagen der Gas-Compagnie zu Schulden kommen lassen, abgesehen von der Verantwortlichkeit für den entstandenen Schaden, mit den Umständen angemessenen Strafen verfahren werden.

Hamburg, den 12. Februar 1849.

Die Polizen-Behörde.

XVI.

Febr. 21.

## XVI.

## Rath und Bürger-Convent

vom 21. Februar 1849.

E. E. Rath hatte Sich veranlaßt gesehen, Erbges. Bürgerschaft zum Mittwoch den 21. Februar zusammen zu berufen und legte derselben folgende Anträge vor:

## Propositio Senatus.

I. Unter Beziehung auf die in der Anlage No. 1. entwickelten Gründe ersucht E. E. Rath Erbges. Bürgerschaft, die in der Nebenanlage Lit. A. enthaltene Provisorische Verordnung Behufs Ausführung des § 16 der Grundrechte des deutschen Volkes in Bezug auf die Israeliten, mitzugenehmigen.

II. E. E. Rath beantragt, unter Verweisung auf die in der Anlage No. 2 enthaltene nähere Motivirung, die Mitgenehmigung der beigelegten Verordnung in Bezug auf die Einführung der Allgemeinen Deutschen Wechsel-Ordnung in Hamburg.

III. Da eine frühzeitige Erhebung der regelmäßigen Brandsteuer im laufenden Jahre nothwendig ist; so ersucht E. E. Rath, unter Bezugnahme auf die Anlage No. 3, die Erbges. Bürgerschaft um ihre Mitgenehmigung:

daß die Erhebung der Brandsteuer in unveränderter Art für das Jahr vom 1sten July 1849 bis dahin 1850, schon jetzt bewilligt werde.

IV.



IV. Mit Bezugnahme auf die in der Febr. 21. Anlage No. 4 enthaltene Auseinandersetzung trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

daß die General: Feuer: Cassen: Ordnung von 1833, mit den späteren, namentlich durch den Rath: und Bürger: Schluß vom 6ten May 1847 beliebten Abänderungen und Bestimmungen auf fernere zwei Jahre, vorbehältlich jedoch einer etwaigen, auch während dieser Frist vorzunehmenden Revision prolongirt werde.

V. E. E. Rath ersucht Erbges. Bürgerschaft, unter Bezugnahme auf die Anlage No. 5, sich damit einverstanden zu erklären: daß der über den Anschluß der Ham: burgischen Enclaven an den Zoll: verein des Herzogthums Holstein und des Fürstenthums Lübeck geschlossene Vertrag vom 5ten September 1840, vorbehältlich etwaiger allgemeiner Bestimmungen der künftigen Deutschen Reichsgesetzgebung, auf ein Jahr, also bis zum 1sten Januar 1850, prolongirt werde.

VI. Mit Beziehung auf die in der Anlage No. 6 enthaltene Auseinandersetzung und ertheilte nähere Aufklärung, trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

daß die Pension des früheren Com: mandeurs der Oldenburgisch: Hanseatischen Brigade, Herrn General: Lieutenant von Gayl, auf 1800 Rthlr. jährlich bestimmt werde,

Febr. 21. werde, welche Pension über die, die Oldenburgisch-Hanseatische Brigade bildenden Staaten nach Maaßgabe der bestehenden Conventionen zu vertheilen sein wird.

### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt antragenemaassen:

ad I. die provisorische Verordnung Behufs Ausführung des § 16 der Grundrechte des deutschen Volkes in Bezug auf die hiesigen Israeliten;

ad II. die Verordnung in Bezug auf die Einführung der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung in Hamburg;

ad III. die Prolongation der Brandsteuer vom 1sten July 1849 bis zum 1sten July 1850;

ad V. die Prolongation des Vertrags wegen Anschlusses der Hamburgischen Enclaven an den Zollverein des Herzogthums Holstein und des Fürstenthums Lübeck bis zum 1sten Januar 1850;

ad VI. die Pensionirung des früheren Brigade-Commandeurs Herrn General-Lieutenant von Gahl;

kann sich dagegen ad IV. nur einer Prolongation der General-Feuer-Cassen-Ordnung von 1847 auf ein Jahr zustimmig erklären.

### Replica Senatus.

ad I. bis III. und ad V. und VI. dankt E. E. Rath der Erbges. Bürgerschaft für ihre Zustimmung und läßt Sich

ad

ad IV. die Prolongation der General: Febr. 21.  
Feuer-Cassen-Ordnung für ein Jahr gefallen.

## XVII.

### Provisorische Verordnung, Febr. 23.

Behufs Ausführung des §. 16 der Grundrechte  
des deutschen Volks in Bezug auf die Israeliten.  
Beliebt durch den Rath: und Bürger: Schluß  
vom 21. Februar 1849.

Auf Befehl E. H. Rathes der freien und Hansestadt  
Hamburg publicirt den 23. Februar 1849.

Die durch den Rath: und Bürgerschluß  
vom 21. d. M. beliebte provisorische Ver-  
ordnung Behufs Ausführung des §. 16  
der Grundrechte des deutschen Volkes in  
Bezug auf die Israeliten wird hiedurch  
öffentlich bekannt gemacht.

Gegeben in Unserer Rathes-Versammlung.  
Hamburg, den 23. Februar 1849.

#### Art. 1.

Juden, welche sich bei der Wedde als  
Mitglieder der hiesigen portugiesischen oder  
deutsch-israelitischen Gemeinde oder als Söhne  
eines Mitglieds einer dieser Gemeinden durch  
ein Attest der Vorsteher ausweisen, können  
das Bürger: und Landbürgerrecht, sowie,  
wenn sie sich sonst dazu eignen, das Schutz-  
bürgerrecht erwerben.

Sie werden bei der Gewinnung des  
Bürgerrechts als Heimathsberechtigte be-  
trachtet, und haben dasjenige zu leisten, was  
die Verordnung über das hamburgische  
Bürgerrecht vom 29. October 1845 vor-  
schreibt;

Febr. 23. schreibt; diejenigen Israeliten jedoch, welche nachweisen, das Recht, ein eignes Bankconto zu halten und auf Transito zu declariren, bereits erlangt zu haben, können das Großbürgerrecht ohne weitere Unkosten, als Bezahlung des Stempels des Bürgerbriefes und der Gebühren (mit zusammen 8  $\text{m}\frac{1}{2}$  8/3) erwerben. Söhne solcher Israeliten sind als Großbürgersöhne anzusehen.

#### Art. 2.

Diejenigen Juden, welche das Bürger-, Landbürgers oder Schutzbürgerrecht gewinnen wollen, müssen feste Vor- und Familiennamen annehmen oder die bisherigen beibehalten zu wollen erklären. Diese dürfen nicht verändert werden und geht der Familienname unverändert auf die Descendenten über.

Zur Entgegennahme der desfallsigen Erklärungen wird, unter dem Vorstehe des ältesten Weddeherrn, eine aus zwei Mitgliedern der Vorsteherschaft jeder der beiden israelitischen Gemeinden bestehende Commission ernannt werden, zu welcher der Gemeinderegistrator jeder Gemeinde zuzuziehen ist, während der erste Weddebeamte das Protocoll führt.

Namensänderungen ist dabei in der Regel vorzubeugen; wenn sie jedoch zugelassen werden, ist bei der im §. 7 der Verordnung über das hamburgische Bürgerrecht vorgeschriebenen Bekanntmachung auch der frühere Name zu publiciren.

Vor Erlangung des Bürgerrechts u. s. w. muß mittelst eines Attestes dieser Commission dargethan

dargethan werden, daß der Vorschrift dieses Febr. 23. Artikels Genüge geschehen ist.

### Art. 3.

Der Bürgereid wird den Juden bis zu Erlassung einer allgemeinen Verordnung nach Maafgabe des §. 19 der Grundrechte, von dem Weddeherrs, den Patronen der Vorstädte und den Landherren in der bisher bei Judeneiden gebräuchlichen Form abgenommen.

### Art. 4.

Durch Erwerbung des Bürgerrechts oder Landbürgerrechts erlangen die Israeliten alle Rechte, welche dem christlichen nicht-lutherischen Bürger oder Landbürger zustehen.

Die Vorschrift des §. 17 der Maklerordnung von 1824 hinsichtlich des Vorrechts christlicher Makler in Auctionen, sowie die Vorschrift des Rath- und Bürgerschlusses vom 25. May 1840 hinsichtlich der beschränkten Zahl der jüdischen Notarien, ist aufgehoben.

### Art. 5.

In Ansehung der zünftigen Gewerke wird insbesondere Folgendes verfügt:

1) Söhne hiesiger Juden können als Lehrlinge bei Amtsmeistern eingeschrieben werden. Statt des im §. 39 des General-Reglements für die Aemter und Bruderschaften erwähnten Tauf- und Confirmations-scheines haben jüdische Lehrlinge ihren Geburtschein einzureichen, und darzuthun, daß sie einer der jüdischen Gemeinden angehören.

Die

Febr. 23. Die Frage wegen des Arbeitens an Sabbath; und anderen jüdischen Feiertagen bleibt der Uebereinkunft der Betheiligten überlassen, doch muß bei der Einschreibung festgesetzt werden, wie es damit gehalten werden soll. Ist dies unterblieben, so muß der Bursche sich nach der Hausordnung des Meisters richten.

2) Jüdische Gesellen können zugelassen werden, wenn sie den Erfordernissen des §. 62 des General:Reglements genügen; doch müssen sie, wenn sie zuerst bei einem christlichen Meister in Arbeit treten, dasselbe leisten, was christlichen Gesellen, die außerhalb Amtes gearbeitet haben, nach §. 64 des General:Reglements obliegt.

Es ist aber kein christlicher Meister genöthigt, einen jüdischen Gesellen in Arbeit zu nehmen, noch umgekehrt, der jüdische Geselle bei einem christlichen Meister in Arbeit zu gehen.

Die Bestimmung wegen des Arbeitens an jüdischen Feiertagen bleibt der gegenseitigen Uebereinkunft überlassen.

Im Uebrigen finden die Vorschriften des General:Reglements für die Aemter und Bruderschaften auch auf jüdische Zunftgenossen Anwendung.

#### Art. 6.

Sowie es in sonstigen Beziehungen hinsichtlich der Rechtsverhältnisse der hiesigen Juden bis auf Weiteres bei den bestehenden gesetzlichen Vorschriften sein Bewenden behält,

hält, so wird namentlich durch die Gewinnung des Bürger-, Landbürger- oder Schutzbürgerrechts in dem Verhältnisse des Betheiligten zu seiner Gemeinde nichts verändert und bleibt er namentlich den jüdischen Communallasten nach wie vor unterworfen. Febr. 23.

## XVIII.

**Bekanntmachung,**

Febr. 23.

betr. die Prolongation der General-Feuer-Cassen-Ordnung.

Da durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 21. Februar d. J. beliebt worden ist, daß die General-Feuer-Cassen-Ordnung vom Jahre 1833 mit den späteren und namentlich mit den durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 6. May 1847 beliebten Abänderungen auf ein ferneres Jahr prolongirt werden solle, so bringt E. H. Rath diese Bestimmung hierdurch zur allgemeinen Kenntniß.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 23. Februar 1849.

## XIX.

**Bekanntmachung**

Febr. 23.

wider eine von Privaten beabsichtigte allgemeine Illumination.

Es ist sowohl durch die öffentlichen Blätter, als durch Straßenanschlätze eine Aufforderung abseiten mehrerer Vereine an das Publicum ergangen, am Abend des 25. Februar zur Feier der Verkündung der Grundrechte  
des

Febr. 23. des Deutschen Volkes eine allgemeine Illumination zu veranstalten. So sehr der Senat jeden aufrichtigen Ausdruck der Freude über jenes erste Ergebniß der einheitlichen Neugestaltung unseres Vaterlandes ehrt und anerkennt, so wenig kann Er andererseits diese Aufforderung billigen. Abgesehen davon, daß eine Illumination die Ruhe und Sicherheit der Stadt in mehrfacher Beziehung gefährden kann und jedenfalls besondere sicherheitspolizeiliche, mit erheblichen Kosten verbundene Vorkehrungen erforderlich macht, so steht es weder zu verlangen noch zu erwarten, daß einer solchen Privat-Aufforderung allseitig Folge gegeben werde, und können schon dadurch Mißhelligkeiten herbeigeführt werden, deren sorgfältige Vermeidung sich ein Jeder zur Gewissenspflicht machen sollte. Unter allen Umständen kann der Senat nicht umhin, es bestimmt auszusprechen, daß die beabsichtigte Illumination lediglich als eine Privatsache zu betrachten sei, wie denn auch die öffentlichen Gebäude nicht erleuchtet sein werden. Insbesondere aber sieht Er Sich veranlaßt, vor jeder Störung der öffentlichen Ruhe auf das Ernstlichste und Dringendste zu verwarnen. Die in dieser Beziehung vielfach im Publicum geäußerten Besorgnisse haben es Ihm überdies zur unabweislichen Pflicht gemacht, die nothwendigen Maaßregeln anzuordnen, um etwaigen Excessen auf das Kräftigste entgegenzutreten.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 23. Februar 1949.



## XX.

**Bekanntmachung,**

Febr. 24.

betr. Verlängerung des Vertrages über den  
Holsteinischen Zollverein.

Es wird hiedurch zur öffentlichen Kunde gebracht, daß in Folge des Rath- und Bürgerschlusses vom 21. Februar d. J., der den Anschluß der hamburgischen Walddörfer an den Zollverein des Herzogthums Holstein und des Fürstenthums Lübeck betreffende Vertrag vom 5. September 1840 bis zum 1. Januar 1850 prolongirt worden ist.

Hamburg, den 24. Februar 1849.

Die Landherrenschaft  
der Geestlande.

## XXI.

**Bekanntmachung,**

Febr. 26.

betr. eine anzuordnende Neuwahl für den dritten  
Wahlbezirk zur constituirenden Versammlung.

Da die Zahl der im Dritten Wahlbezirk zur constituirenden Versammlung erwählten Ersakmänner theils durch die spätere Wahl einiger derselben zu Abgeordneten, theils durch vorgekommene Entlassungen erschöpft ist, und neuerdings ein Todesfall unter den Abgeordneten jenes Bezirkes hinzugekommen ist, so tritt nunmehr nach Maaßgabe des § 4 der Verordnung über die Wahlen zur constituirenden Versammlung vom 8. September 1848 der Fall ein, daß im dritten Wahlbezirk eine Neu-

XXI. Band.

C

wahl

Febr. 26. wahl von sieben Personen, nämlich eines Abgeordneten und sechs neuer Ersahmänner Statt finden muß. Die durch die Verordnung vom 8. September 1848 niedergesetzte Central-Commission ist zur Anordnung dieser Wahl in Gemäßheit der gesetzlichen Bestimmungen aufgefördert worden, und werden die weiteren Bekanntmachungen darüber von derselben erlassen werden.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 26. Februar 1849.

## XXII.

Febr. 26. **Obergerichtlicher Gemeiner Bescheid**  
über das Verfahren bei der in Gemäßheit der Verordnung vom 22. November 1848 statt findenden Inrotulation und Transmission der Acten.

Den Sachführern und Procuratoren wird hierdurch bekannt gemacht, daß bei der Acten-Versendung in Gemäßheit der Verordnung vom 22. November 1848, nach Maaßgabe des § 12 derselben in folgender Weise verfahren werden soll:

1. Das Obergericht wird in dem auf die Einlegung des Rechtsmittels abzugebenden Decrete die für Inrotulations- und Transmissions-Gebühren zu erlegende Summe bestimmen, wobei jedoch eine künftige desfallige Berechnung vorbehalten bleibt.

2. Diese Summe ist von dem Appellanten und, wenn beide Theile appellirt haben, von jedem Theile zur Hälfte, vor der respective Production

Production oder Einreichung des Appellations: Febr. 26. Libells, an die Obergerichtliche Registratur zu entrichten und ist, daß solches geschehen, durch eine von der Registratur gratis zu verabsolgende Bescheinigung zu documentiren. Diese Bescheinigung ist im gerichtlichen Verfahren zugleich mit dem Appellations: Libelle zu produciren, im Supplications: Verfahren aber dem Appellations: Libelle beizulegen.

3. Ist die erfolgte Zahlung nicht in der ebengedachten Weise documentirt, so wird, auf desfalligen Antrag der Gegenparthei, in dem darauf abzugebenden Bescheide, der säumige Theil verpflichtet, den bestimmten Kosten: Vorschuß nebst 5  $\mathfrak{R}$  Strafe in einer zu bestimmenden kurzen Frist bei Strafe des Verlustes des Rechtsmittels auf der Obergerichtlichen Registratur zu entrichten.

4. Erfolgt auch dann die Zahlung inclusive 5  $\mathfrak{R}$  Strafe nicht, so wird, auf weiteres Anrufen der Gegenparthei, der säumige Theil des Rechtsmittels verlustig erklärt und zugleich in die dem Gegentheil verursachten Instanz: Kosten verurtheilt.

5. Haben beide Theile appellirt und ist nur der eine Theil säumig, so wird in dem zuletzt gedachten Bescheide zugleich die andere Parthei verpflichtet, auch die andere Hälfte der Kosten in der zu bestimmenden Frist zu erlegen und ist sodann in dieser Beziehung weiter in der vorstehend sub 2, 3 und 4 gedachten Weise zu verfahren.

Febr. 26. 6. Nachdem die Kosten vollständig auf der Obergerichtlichen Registratur erlegt sind, wird von derselben ohne Weiteres mit der citatio ad inrotulandum, so wie demnächst mit der Inrotulation und Versendung der Acten verfahren.

7. Den Acten wird ein Exemplar der Appellabilitäts:Verordnung, der Ober:Appellations:Gerichts:Ordnung, der Berufsordnung vom 22. November 1848 und dieses Gemeinen Bescheides, jedoch für jedes Spruch:Collegium nur das erste Mal, beigelegt und darauf in dem Begleit:Schreiben Bezug genommen werden.

Hamburg, den 26. Februar 1849.

### XXIII.

#### März 2. Bekanntmachung,

betr. die Zulässigkeit der Stellvertretung für die im Jahre 1828 gebornen Wehrpflichtigen.

Der §. 7 der Grundrechte des Deutschen Volkes enthält die Bestimmung: „Die Wehrpflicht ist für Alle gleich, Stellvertretung bei derselben findet nicht Statt.“ Nach dem von dem Reichsverweser unter dem 27. Dec. v. J. erlassenen Einführungsgesetze und zwar nach Art. 1 §. 4 tritt der §. 7 erst in Kraft unter Vorbehalt der Beschränkungen des Art. 3, und dieser Art. 3 sub No. 4 und 5 bestimmt, daß die Abänderungen und Ergänzungen der einzelnen Landesgesetze ungesäumt auf verfassungsmäßigem Wege getroffen werden sollen.

Die

Die Aufhebung der Stellvertretung ist März 2. somit durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bedingt, und wenn gleich E. H. Rath die Entwerfung einer Wehrpflicht-Ordnung in Ueberlegung genommen hat, so hat doch mit derselben um so weniger schon bis zur definitiven Beschlußnahme fortgeschritten werden können, da dabei auch Verhandlungen mit anderen Staaten eintreten müssen, und da vom Reichsministerium der Entwurf einer Wehrpflichtigkeits-Ordnung vorgelegt worden ist, deren weitere Bestimmungen für die in Hamburg einzuführende allgemeine Wehrpflicht unzweifelhaft maassgebend sein werden.

Bei Aufhebung der Stellvertretung müssen nach dem Vorgange anderer und selbst der größeren militärischen Staaten nähere Bestimmungen über die einzuführenden Erleichterungen getroffen werden, weil ohne solche ein, mehrere Jahre dauernder persönlicher Dienst für die junge Bevölkerung Hamburgs, welche zum großen Theile, sowohl der mercantilischen als auch anderer Verhältnisse wegen, namentlich in Beziehung auf das Wandern der Handwerker, häufig mehrere Jahre im Auslande zubringen muß, von den nachtheiligsten Folgen sein würde.

Eine plötzliche Aufhebung der Stellvertretung würde auch gegen viele Pflichtige nicht nur eine ausnehmende Ungerechtigkeit involviren, sondern auch unausführbar seyn, indem in Folge der bisher bestehenden Gesetze die Bewaffnungs-Commission einer Menge

März 2. Menge von Pflichtigen früher die Befugniß erteilte ins Ausland zu reisen, wenn für die Stellung eines geeigneten Vertreters hinlängliche Bürgschaft geleistet wurde, welche Pflichtige von ihrem jetzigen Aufenthalte nicht herbei gezogen werden können, ein Ausfallen dieser Pflichtigen aber den Dienst der übrigen erschweren würde, wie denn auch durch die Stellvertretung manchem weniger begüterten jungen Manne die Mittel zum weiteren Fortkommen geliefert werden, durch eine Aufhebung der Stellvertretung also auch diese in ihren gerechten Erwartungen getäuscht, und bei Nichterfüllung der deshalb eingegangenen Vereinbarungen gestört werden würden.

Aus diesen Gründen und der verfassungsmäßigen Bestimmungen über die demnächstige Einführung des Art. 2 §. 7 vorbehaltlich, erklärt E. H. Rath, daß für die Pflichtigen, welche im Jahre 1828 geboren, die Stellvertretung nach den bisherigen Bestimmungen noch fortbestehen werde, was E. H. Rath, um den mehrfach gedaußerten Zweifeln zu begegnen, hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringt.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 2. März 1849.

## XXIV.

März 2.

### Bekanntmachung,

betreffend die Anwendung des Chloroforms.

Mehrfach bekannt gewordene Beispiele von schlimmen Folgen nach der Anwendung des Chloroforms,

Chloroforms, veranlassen den unterzeich- März 2.  
neten Gesundheit:Rath, vor einer unzeitigen  
Benutzung dieses Mittels zu warnen und  
bei der Anwendung desselben die nöthige  
Vorsicht zu empfehlen, den Apothekern aber  
zur Pflicht zu machen, dasselbe nicht anders,  
als auf das Recept eines anerkannten Arztes  
verabfolgen zu lassen.

Hamburg, den 2. März 1849.

Der Gesundheit:Rath.

## XXV.

### Bekanntmachung

März 3.

über das Erlöschen der Cholera-Epidemie.

Da nach den Berichten der ärztlichen  
Cholera-Commission im Monat December  
und den ersten Wochen des Januars nur noch  
vereinzelte Cholerafälle, seit dem 21. Januar  
aber überhaupt keiner mehr gemeldet worden,  
und demnach jetzt sechs Wochen seit dem  
letzten Erkrankungsfall verfloßen sind, so  
nimmt der unterzeichnete Gesundheit:Rath  
keinen Anstand zu erklären, daß die Epidemie  
jetzt mit Gottes Hülfe als gänzlich erloschen  
und beendigt zu betrachten sei, und macht  
es sich zur Pflicht, allen denjenigen, welche  
während derselben zur Vinderung der allge-  
meinen Noth thätig beigetragen haben, hie-  
durch nochmals seinen Dank auszusprechen.

Es sind im Ganzen in der Stadt, den  
Vorstädten und dem Gebiete 3719 erkrankt,  
davon genesen 1947, gestorben 1772.

Hamburg, den 3. März 1849.

Der Gesundheit:Rath.

XXVI.

## XXVI.

März 5.

## Verordnung

in Bezug auf die Einführung der allgemeinen Deutschen Wechsel-Ordnung in Hamburg.  
Beliebt durch den Rath- und Bürger-Schluß  
vom 21. Februar 1849.

Auf Befehl E. H. Rathes der freien und Hansestadt  
Hamburg publicirt den 5. März 1849.

Die durch Rath- und Bürger-Schluß vom  
21. Februar d. J. beliebte Verordnung  
in Bezug auf die Einführung der  
Allgemeinen Deutschen Wechsel-  
Ordnung\*) in Hamburg wird hiedurch  
öffentlich bekannt gemacht. Dieselbe tritt,  
abgesehen von der im §. 14 enthaltenen  
transitorischen Verfügung, rücksichtlich deren  
es einer besondern Bestimmung über den  
Zeitpunct ihres Eintritts nicht bedarf, gleich-  
zeitig mit der Allgemeinen Deutschen Wechsel-  
Ordnung, mithin am 1. Mai d. J. in Kraft.

Gegeben in Unserer Rathes-Versammlung.  
Hamburg, den 5. März 1849.

## §. 1.

Mit dem 1. Mai 1849, an welchem  
Tage die Allgemeine Deutsche Wechsel-  
Ordnung Gesetzeskraft erlangt, treten die  
Wechsel-Ordnung von 1711 sammt deren  
Additional-Artikeln von 1729, 1798 und  
1844, die in dem Spielmandat vom 23.  
September 1709 und dessen späteren Revi-  
sionen (Mandatenammlung Bd. IV, p. 2157)

\*) S. den Abdruck der Allgemeinen Deutschen Wechsel-  
Ordnung vom 26. November 1848, oben Bd. XX.  
S. 500 — 539.

enthaltenen,



enthaltenen, auf Wechsel bezüglichen Bestimmungen, die Verordnung wegen der von unmündigen und nicht handelnden Personen ausgestellten Wechsel und Obligationen vom 4. September 1732 und der Art. 63 der Neuen Falliten-Ordnung außer Wirksamkeit.

§. 2.

Das Handelsgericht ist die ausschließlich competente erste Instanz für alle in Stadt und privativem Gebiet, mit Ausnahme des Amtes Rixbüttel, vorkommende Wechselsachen.

§. 3 (zu Art. 2 der A. D. W. O.).

Der Wechsel-Arrest wird, auf gerichtliche Erkennung des Freizettels, in der für den Schuld-Arrest im Allgemeinen hieselbst gebräuchlichen Modalität verfügt.

Rücksichtlich der Beschränkung seiner Vollstreckung aus Gründen des öffentlichen Rechts kommen gleichfalls nur die in Bezug auf den Schuld-Arrest im Allgemeinen geltenden Grundsätze zur Anwendung.

§. 4 (zu Art. 37 der A. D. W. O.).

Wenn ein Wechsel auf eine fremde Landesmünze, welche hieselbst keinen Umlauf hat, lautet, ohne daß der Aussteller sich dabei des Wortes „effectiv“ oder eines gleichbedeutenden Ausdruckes bedient, oder eine anderweitige Bestimmung über die Art der Bezahlung getroffen hat, so ist die Wechselsumme entweder in der im Wechsel benannten Münze oder in Banco nach dem zur Verfallzeit notirten, oder wenn solche Notirung nicht Statt findet, nach dem sonst geltenden,

März 5. geltenden, kurzen Cours auf den hauptsächlichsten Wechselplatz des Landes, welchem jene Münze angehört, zu bezahlen.

§. 5 (zu Art. 39 der A. D. W. O.).

Bei einem in Banco zahlbaren Wechsel vertritt die auf denselben gesetzte Anweisung, an welche Banco:Conto der Betrag abgeschrieben werden soll (Bank:Indorso) die Stelle der nach Art. 39 der Allgemeinen Deutschen Wechsel-Ordnung vor dem Empfang der Zahlung vorzunehmenden Quittirung des Wechsels.

§. 6 (zu Art. 24 und 43 der A. D. W. O.).

Ein auf Altona, zahlbar Hamburg, gezogener Wechsel gilt, wenn nicht ein bestimmter in Hamburg wohnhafter Domiciliat darauf benannt ist, nicht als Domicil: Wechsel, und ist daher in Altona zur Zahlung zu präsentiren.

§. 7 (zu Art. 56 und 62 der A. D. W. O.).

Die in den Art. 56 und 62 der Allgemeinen Deutschen Wechsel-Ordnung enthaltene Vorschrift der Präsentation des Wechsels an die auf den Zahlungsort lautenden Nothadressen gilt auch für Altonaische Nothadressen, welche sich auf einem auf Hamburg gezogenen, so wie für Hamburgische Nothadressen, welche sich auf einem auf Altona gezogenen Wechsel befinden.

§. 8 (zu Art. 62 und 63 der A. D. W. O.).

Wenn gleich ein Ehren:Acceptant nach Art. 62 und 63 der Allgemeinen Deutschen Wechsel:

Wechsel:Ordnung nur verpflichtet ist, sein März 5. Accept gegen ihm geschehende Einlieferung des vom Inhaber ordnungsmäßig erhobenen Protestes Mangels Zahlung einzulösen, so bleibt es demselben dennoch gestattet, nach Maaßgabe des hieselbst bestehenden Gebrauches, die Zahlung auf Verfall auch bereits vor erhobenem Proteste zu leisten.

Er tritt durch solche Zahlung in die Rechte des Inhabers gegen den Honoraten, dessen Vormänner und den Acceptanten, und hat sodann die zur Ausübung dieser Rechte von der Wechsel:Ordnung vorgeschriebenen Förmlichkeiten an der Stelle des Inhabers seinerseits zu erfüllen.

§. 9 (zu Art. 92 d. A. D. W. D.).

Verfällt ein in Banco zahlbarer Wechsel während der Zeit des Bankschlusses, so ist der nächste Werktag, an welchem die Bank wieder geöffnet ist, der Zahlungstag.

§. 10 (zu Art. 92 der A. D. W. D.).

Wechselproteste dürfen nur bis 7 Uhr Abends erhoben werden, es sei denn, daß der Protestat mit der späteren Erhebung sich einverstanden erklärt, was im Proteste zu bemerken ist.

§. 11.

Ist ein hieselbst zu verkaufender Wechsel ein eigner (Art. 96 der A. D. W. D.), oder mit einem Original:Accept versehener, oder Solawechsel (Art. 66 der A. D. W. D.), so muß solches beim Abschluß des Geschäftes angezeigt werden. In Entstehung dessen ist  
der

März 5. der Käufer zur Entgegennahme des Wechsels nicht gehalten, sondern vielmehr berechtigt, ordnungsmäßige Lieferung sammt Ersatz des etwaigen Schadens, oder auch Schadensersatz allein, zu fordern.

§. 12.

Der Betrag in Disconto genommener Wechsel muß am Tage der Ueberlieferung, der Betrag gekaufter Wechsel auf auswärtige Plätze am nächstfolgenden Werktage bezahlt werden.

Gegen den Säumigen findet, vorbehaltlich eines nach den Umständen einzuleitenden Strafverfahrens, die schleunigste gerichtliche Procedur Statt, und kann sofort auf die erste Citation, je nach dem Antrage des Klägers, Real-Execution oder Wechsel-Arrest, und zwar ohne Rücksicht auf etwa dawider einzulegende Rechtsmittel, verfügt werden.

§. 13.

Eine im Wechsel enthaltene Pfandverschreibung ist wirkungslos.

§. 14.

Transitorische Bestimmung.

Für alle hieselbst zahlbaren Wechsel, welche vom 19. bis 27. April d. J., beide Tage eingeschlossen, fällig werden, ist der 30. April der letzte Respittag, an welchem sie daher spätestens protestirt werden müssen. Wechsel, welche am 28. April d. J. verfallen, müssen bei Ermangelung der Zahlung spätestens am 1. May, und solche, welche am 29. oder 30. April d. J. verfallen, spätestens am 2. May protestirt werden.

XXVII.

## XXVII.

**Bekanntmachung,**

März 6.

betreffend neue Wahlen zur constituirenden  
Versammlung.

Am Freitag . . . . den 9. März und  
Sonabend . . : 10. März  
von Vormittags 8 Uhr bis Nachmittags  
4 Uhr

und am Sonntag den 11. März  
von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags  
2 Uhr

wird in der Tonhalle die Aufnahme  
der Wählerlisten für die im dritten  
Wahlbezirk (3. Bataillon des Bürger-  
Militairs) laut Bekanntmachung E. H. Rath's  
vom 26. Februar, erforderliche Wahl eines  
Abgeordneten und sechs neuer Ersahmänner zur  
constituirenden Versammlung Statt finden.

Um in die Wählerliste eingetragen zu  
werden, muß der sich Meldende sich durch  
geeignete Documente als volljähriger Ham-  
burgischer Staatsangehöriger legitimiren.

Bürger, Schutzbürger und Mitglieder  
der hiesigen israelitischen Gemeinden werden  
legitimirt durch ihren Bürgerbrief, Schutz-  
bürgerbrief oder Gemeindeschein, oder  
durch eine andre amtliche Bescheinigung,  
aus welcher ihre obige Qualität hervorgeht;

Söhne der vorgedachten Personen,  
durch ihren Tauf- oder Geburtschein und  
die obstehenden Legitimationspapiere ihres  
Vaters;

Angestellte und in hiesigen Staats-  
diensten stehende, welche nicht Bürger  
sind,

März 6. sind, durch ihre Bestallung oder ein Attest ihrer vorgesetzten Behörde, woraus hervorgeht, daß sie volljährige hiesige Staatsangehörige sind.

Die Staatsangehörigkeit kann auch durch ein Attest der Bewaffnungs-Commission in Betreff der Dienstpflichtigkeit, oder durch ein Polizen-Attest über die hiesige Heimathsberechtigung nachgewiesen werden.

Der sich Meldende muß Bewohner des dritten Wahlbezirktes sein, und sich als solcher auf Verlangen glaubhaft ausweisen.

Der bloße Besitz eines Geschäftslocals im Wahlbezirk giebt keine Wählerberechtigung, sondern nur die wirkliche Wohnung in demselben.

Auf erfolgte Legitimation und Eintragung in die Wählerliste wird eine mit dem Namen und der Wohnung des Wählers bezeichnete numerirte Wählerkarte und ein Stimmzettel, der zum Ausfüllen für die demnächstige Abstimmung benützt werden kann, ausgehändigt.

Die Wählerkarte muß seiner Zeit bei der Abstimmung abgegeben werden und wird Niemand ohne Wählerkarte zur Abstimmung zugelassen.

Das persönliche Erscheinen des Wählers ist bei der Legitimation nicht erforderlich, wogegen die spätere Abstimmung durchaus persönlich geschehen muß.

Der Tag der Abstimmung wird demnächst bekannt gemacht werden.

Hamburg, den 6. März 1849.

Die Central-Commission.

XXVIII.

## XXVIII.

## Taxveränderungen

zur

## Arzney - Taxe.

1849.

— bedeutet Herabsetzung, + Erhöhung, Cursivschrift neue Mittel.

	Gewicht.	℥	β
—Acetum concentratum . . . . .	1 Unze	—	4
—Acidum tartaricum pulveratum . . . . .	—	—	6
—Aether aceticus . . . . .	—	—	12
<i>Avena decortica</i> . . . . .	1 Drachma	—	2
2 Unzen	—	1	
+Aqua Menthae piperitae . . . . .	1 Unze	—	1
—Baryta hydroiodica . . . . .	1 Drachma	—	12
—Bezetta alba anglica . . . . .	1 Unze	—	8
<i>germanica</i> . . . . .	—	—	4
+Cantharides pulveratae . . . . .	—	1	—
—Capsulae balsami Copaivae . . . . .	12 Stück	—	8
<i>Chloroformium</i> . . . . .	1 Unze	1	8
	1 Drachma	—	4
<i>Collodium</i> . . . . .	1 Unze	1	—
<i>Chinium tannicum</i> . . . . .	1 Scrupel	1	4
	2 Gran	—	3
—Cubebae . . . . .	1 Unze	—	3
—pulveratae . . . . .	—	—	4
<i>Extract. Cannabis indicae</i> . . . . .	1 Drachma	1	8
	2 Gran	—	1
—Ferrum iodatum saccharatum . . . . .	1 Drachma	—	3
—Folia Sennae . . . . .	1 Unze	—	4
<i>Folia Theae</i> . . . . .	—	—	8
—Hydrargyrum			

	Gewicht.	℥	β
—Hydrargyrum iodatum . . . .	1 Drachma	—	12
	4 Gran	—	1
— periodatum . . . .	1 Drachma	—	12
	4 Gran	—	1
—Jodum . . . . .	1 Drachma	—	6
—Kali hydroiodicum . . . . .	—	—	4
—Liquor Kali hydroiod. iodatus .	1 Unze	—	12
	1 Drachma	—	2
—Natrium bicarbonicum . . . .	1 Unze	—	3
—Oleum Sinapis . . . . .	1 Drachma	1	—
	1 Scrupel	—	6
	2 Tropfen	—	1
+Oxymel Scillae . . . . .	1 Unze	—	3
—Plumbum iodatum . . . . .	1 Drachma	—	10
Radix Sumbul . . . . .	1 Unze	—	8
pulverata . . . . .	—	1	—
—Sulphur iodatum . . . . .	1 Drachma	—	6
—Syrupus Ferri iodati . . . . .	1 Unze	—	12
—Tinct. Cannabis indicae . . . .	1 Drachma	—	2
—Ungt. Hydrargyri iodati . . . .	1 Unze	—	8
— periodati . . . . .	—	—	8
— Jodi . . . . .	—	—	6
— comp. . . . .	—	—	10
— Kali hydroiodici . . . . .	—	—	10

### Taxa laborum.

+Für jede Mischung einer Latwerge . . . . .	—	2
+„ „ „ einer Salbe . . . . .	—	2
+Für ein gestrichenes Empl. Cantharid. ordin. mit Heftrand sub forma auriculari auf Leinen oder Taft . . . . .	—	2
Für ein ohrförmiges Empl. Canthar. perpet. ohne Heftrand . . . . .	—	1

Taxbestimmung



**Taxbestimmung**  
für  
**Rademacher's Arzneimitteln.**

	Gewicht.	℥	β
Aqua Castorei . . . . .	1 Unze	—	12
Gland. Quercus . . . . .	—	—	2
Nicotianae . . . . .	—	—	2
Nucum vomicarum . . . . .	—	—	3
Quassiae . . . . .	—	—	2
Argentum chloratum . . . . .	1 Scrupel	—	8
Cuprum oxydatum . . . . .	1 Drachma	—	8
Emplastrum miraculosum . . . . .	1 Unze	—	4
Extractum Nicotianae . . . . .	1 Drachma	—	4
Liquor anodynus terebinthinatus . . . . .	1 Unze	—	6
Calcariae chloratae . . . . .	—	—	4
Natri nitrici . . . . .	—	—	4
Magnesia tartarica . . . . .	—	1	—
Semen Cardui Mariae . . . . .	—	—	6
pulveratum	—	—	12
Tinctura Artemisiae . . . . .	—	—	8
Bursae pastoris . . . . .	—	—	8
Chelidonii . . . . .	—	—	8
Cupri acetici . . . . .	—	—	8
Ferri acetici . . . . .	—	—	8
Nucum vomicarum . . . . .	—	—	8
Unguentum Bursae pastoris . . . . .	—	—	4
Lap. calaminaris . . . . .	—	—	4
Jodi . . . . .	—	—	8

## XXIX.

März 9.

**Bekanntmachung,**

betr. die revidirte Arznei-; Taxe und die Zusätze  
zum Codex medicamentarius.

Nachdem wieder eine Revision der Arznei-; Taxe nöthig geworden, wird diese nebst den dazu gehörigen Zusätzen zum Codex medicamentarius Hamburgensis, welche bei dem Rathsbuchdrucker zu erhalten sind, hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht, und haben sich die Apotheker von jezt an darnach zu richten.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 9. März 1849.

## XXX.

März 12.

Die Notification einer am Charfreitage, den 6. April 1849, in allen Kirchen anzustellenden öffentlichen Sammlung milder Gaben zur Unterstützung der hiesigen allgemeinen Armenanstalt, ist am 12. März 1849 publicirt.

## XXXI.

März 12.

**Bekanntmachung,**

betreffend das Verfahren bei den Wahlen zur  
constituirenden Versammlung.

Die Abstimmung Behufs Wahl eines Abgeordneten und sechs neuer Ersahmänner für den dritten Wahlbezirk findet Statt am

Donnerstag den 15. März,  
von Morgens 9 Uhr bis Abends 8 Uhr,  
in der Tonhalle.

Es

Es sind sieben Personen zu wählen. März 12.  
Wer die größte Stimmenzahl vereinigt wird  
Abgeordneter; diejenigen sechs Personen,  
welche nächst ihm die meisten Stimmen er-  
halten, werden Ersatzmänner nach der Reihen-  
folge der erhaltenen Stimmenzahl.

Wenn auf einem Stimmzettel mehr als  
sieben Namen stehen, werden nur die ersten  
sieben gezählt.

Wenn ein Name unleserlich oder die  
damit zu bezeichnende Persönlichkeit nicht  
deutlich erkennbar ist, wird er nicht gezählt.  
Es ist in letzterer Beziehung daher dringend  
zu rathen, da wo eine Verwechslung mög-  
lich ist, die Vornamen hinzuzufügen.

Die Abgabe des Stimmzettels  
muß durch den Wähler persönlich  
geschehen, unter gleichzeitiger Aus-  
händigung der Wählerkarte.

Der Stimmzettel muß, bevor er in die  
Wahl-Urne gesteckt wird, von einem Mit-  
gliede des Wahlbüreaus auf der Rück-  
seite abgestempelt werden. Zettel,  
welche den Stempel nicht tragen,  
werden nicht gezählt.

Hamburg, den 12. März 1849.

Die Central-Commission.

## XXXII.

### Bekanntmachung,

März 16.

betr. den Ausfall der Wahlen zur constituirenden  
Versammlung.

Die gestern im dritten Bezirk vorgenom-  
mene Wahl hat folgendes Resultat ergeben:

D 2

Zum

März 16. Zum Abgeordneten ist gewählt:  
Herr Senator Geffken . . . mit 363 St.

Zu Ersatzmännern sind gewählt:  
Herr Adolph Godeffroy . . . mit 326 St.  
: Präses Heise, Dr. . . : 325 :  
: G. Kießer, Dr. . . . : 308 :  
: J. E. Knauth, Dr. . . : 300 :  
: Ad. de Chapeaurouge . : 295 :  
: Dr. Schwarke . . . . : 287 :

Hamburg, den 16. März 1849.

Die Central:Commission.

### XXXIII.

März 23.

### M a n d a t,

betreffend das Einquartierungswesen.

Da in Folge der von Seiten Dänemarks erfolgten Kündigung des Malmer Waffenstillstandes die Central-Gewalt für Deutschland die Zusammenziehung von Reichstruppen für erforderlich erachtet hat, und nach desfallsiger dem Senate zugängener Anzeige einzelne Abtheilungen dieser Truppen auf ihren Marschrouten Hamburg und dessen Gebiet berühren, und hieselbst unterzubringen sein werden, so sind bei der Dringlichkeit der Sache für die Unterbringung dieser Truppen die nachfolgenden provisorischen Verfügungen getroffen worden, welche nebst einem Antrage in Betreff der dadurch herbeigeführt werdenden Kosten fördernd der Erbges. Bürgerschaft zur Genehmigung und Beliebung vorgelegt werden sollen.

1)

1) Das Einquartierungsgeſchäft in der Stadt, den Vorſtädten und auf dem Landgebiete iſt einer Central-Commiſſion übertragen, welche aus drei Mitgliedern des Senats, zwei Mitgliedern des Oberalten-Collegii, zwei Mitgliedern der Kammer, den Chefs der acht Infanterie-Bataillons des Bürger-Militairs und dem Platz-Adjutanten der Garniſon beſteht, und ſind von Seiten des Senats, des Oberalten-Collegii und der Kammer für jezt zu dieſer Commiſſion deputirt:

Senator Siemenſen,  
Senator Büſch,  
Secretair Dr. Schwarke,  
Oberalter Mödring,  
Oberalter Hinſch,  
Camerarius Schmidt,  
Camerarius Luhe.

Dieſe Commiſſion iſt für alle Angelegenheiten competent, welche das Einquartierungswesen im Allgemeinen betreffen, und hat alle darauf bezüglichen Anordnungen und Verfügungen zu erlaſſen, namentlich auch für die Organifation der erforderlichen Bureaus Sorge zu tragen.

2) Die Ausführung im Einzelnen iſt den Bezirks-Commiſſionen übertragen. Dieſelben beſtehen für jedes Bataillon in der Stadt und für die Vorſtädte aus den betreffenden Bataillons- und Compagnie-Chefs der Infanterie des Bürger-Militairs; auf dem Landgebiete aus dem Vogte und zwei Eingefeſſenen

März 23. Eingefessenen jeder Vogtei, welche von dem Landherrs zu ernennen sind.

Diese Bezirks:Commissionen sind für alle, den Bezirk betreffenden Angelegenheiten competent.

3) Die Einquartierung wird von Seiten der Bezirks:Commissionen einstweilen bei solchen Einwohnern, welche sich zu deren Ausnahme erbieten, gegen Vergütung beschafft. Die näheren Bestimmungen darüber, was von Seiten der Quartierwirths zu liefern ist, und was dafür vergütet wird, sind bei den Compagnie:Chefs des Bürger: Militairs (auf dem Landgebiete bei den Wögten) einzusehen, bei welchen alle diejenigen, welche Truppen in Quartier zu nehmen wünschen, eine Angabe der dazu bestimmten Localitäten einzureichen haben. Die Compagnie:Chefs werden sodann unter Assistenz der übrigen Officiere und Feldwebel der Compagnie, die angemeldeten Localitäten in Augenschein nehmen, falls sie dieselben geeignet finden, über die Zahl der einzulegenden Truppen entscheiden, und die danach anzufertigenden Listen durch den Bataillons:Chef dem Einquartierungs:Bureau einreichen, welches nach diesen Listen die Quartier:Villette ausfertigen, und dieselben durch die Fouriere der resp. Truppentheile zur Vertheilung bringen wird.

Auf dem Landgebiete haben die Mitglieder der dort bestehenden Bezirks:Commissionen die Localitäten zu besichtigen und über deren Belegung zu entscheiden.

Die

Die in der Vorstadt St. Pauli und März 23. auf dem Landgebiete bestehenden Einquartierungs-Bureaus haben die Anzahl der in ihren Bezirken unterzubringenden Truppen bei dem städtischen Einquartierungs-Bureau aufzugeben, und werden nach diesen Aufgaben die Truppen dorthin direct dislocirt werden.

4) Das Einquartierungs-Bureau für die Stadt und die Vorstadt St. Georg befindet sich in dem Hause der Commandantur, und steht unter Aufsicht von je einem der Bataillons-Chefs, welche dabei unter sich abwechseln. Das Einquartierungs-Bureau für die Vorstadt St. Pauli befindet sich in dem Hause des Major Mahlandt, und steht unter dessen Aufsicht. Die Einquartierungs-Bureaus für das Landgebiet befinden sich in den Häusern der Bögte, und stehen unter deren Aufsicht.

5) Etwanige Beschwerden der Truppen gehen durch die Commandantur und das Einquartierungs-Bureau an die betreffenden Bataillons- und Compagnie-Chefs zur Erledigung, wohingegen etwanige Beschwerden der Quartierwirths im umgekehrten Wege anzubringen und zu erledigen sind. Beschwerden, welche in diesem Wege nicht zu erledigen sein sollten, sind innerhalb acht Tagen in beliebiger Form bei der Central-Commission, bei deren Entscheidung es sein unabänderliches Bewenden hat, einzureichen.

6) Alle etwa erforderlichen näheren Bestimmungen bleiben der Central-Commission

März 23. mission im Einvernehmen mit E. H. Rath und E. Oberalten vorbehalten.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 23. März 1849.

### XXXIV.

März 31. **Bekanntmachung,**

betr. die Befreiung der in den Reichs-Marine-Dienst Getretenen von demjenigen im Landheere.

Dem Senate ist das folgende Schreiben aus Frankfurt gekommen und der Bewaffnungs-Commission zur Bekanntmachung mitgetheilt:

Das Reichsministerium des Handels,  
Abtheilung für die Marine,  
an den Reichs-Commissair, Kapitain zur See,  
Herrn B. Brommy zu Bremerhaven.

Ich ermächtige Sie, denjenigen, welche im Wehrpflichtigkeitsalter in den Dienst der Kriegsmarine des Reiches treten und darin während der Dauer desselben bei guter Aufführung verbleiben, die Zusicherung zu ertheilen, daß sie von dem Dienste im Landheere befreit sind.

Frankfurt a. M., den 24. März 1849.

Reichsministerium des Handels,  
Abtheilung für die Marine.

Der interimistische Minister  
(gez.) Duckwitz.

Da nun in Folge dieser Verfügung des Reichsministeriums diejenigen Pflichtigen, welche



welche die vorgeschriebenen Bedingungen März 31. erfüllen können, vom Dienste im Landheere freigesprochen werden sollen, so macht die Bewaffnungs-Commission diese Bestimmung nicht nur hierdurch bekannt, sondern fordert auch die Betreffenden auf, die Beweise zu liefern, um alsdann den Freischein zu erhalten.

Hamburg, den 31. März 1849.

Die Bewaffnungs-Commission.

### XXXV.

#### Polizy-Bekanntmachung, April 10.

das am 12. d. M. in der großen Michaelis Kirche stattfindende geistliche Concert zum Besten des weiblichen Vereins für Armen- und Krankenpflege betreffend.

Zur Erhaltung der Ordnung bei dem am Donnerstag den 12. dieses in der großen Michaelis Kirche stattfindenden Concerte, welches um 2 Uhr präcise anfängt, findet die unterzeichnete Behörde sich zu folgenden Polizy-Befürsungen veranlaßt:

Es werden nur drei Thüren der Kirche geöffnet werden, nämlich:

1. die kleine Norderthüre, welche allein als Eingang für die Kunstgenossen, sie mögen zu Wagen oder zu Fuß kommen, bestimmt ist;
2. die große Süderthüre, als Eingang für die Zuhörer, welche zu Wagen kommen;
3. die große Norderthüre, als Eingang für die Zuhörer, welche zu Fuße kommen.

Die

April 10. Die Oeffnung dieser Eingänge findet Mittags 1 Uhr statt.

Das Uebrige ist gleichlautend mit der Bekanntmachung vom 30. Juny 1841, (s. oben Bd. XVI. S. 456 flgd.)

Hamburg, den 10. April 1849.

Die Polizen; Behörde.

### XXXVI.

April 16. Rath; und Bürger; Convent

vom 16. April.

E. E. Rath sah Sich veranlaßt, Erbges. Bürgerschaft auf Montag den 16. April zusammen zu berufen, und derselben folgende Anträge vorzulegen.

#### Propositio Senatus.

I. E. E. Rath trägt unter Bezugnahme auf die in der Anlage enthaltene nähere Auseinandersetzung darauf an: die in den Subadjunctis Lit. A und B enthaltenen Contracte über den Ankauf des Harvestehuder Wirthshausgartens von der Verwaltung des Klosters St. Johannis und über den Ankauf des in der Admiralitätsstraße belegenen Waisenhausgebäudes mitzugenehmigen und Verordnete Löbl. Rämmerci zur Ausführung der Bestimmungen dieser Contracte zu potestiviren.

II. In Gemäßheit des Vorbehaltes E. E. Rath's in dem Convente vom 1. July 1847, die Dotation des Johanneums betreffend, und in Beziehung auf die nähere Auseinander;

Auseinandersetzung in der Anlage trägt April 16.  
E. E. Rath nunmehr darauf an, Erbges.  
Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen:

daß, unter Wiederaufhebung des Rath-  
und Bürgerschlusses vom 22sten October  
1801, soweit dadurch festgesetzt worden,  
daß der Schulcasse jährlich 30,000 m $\frac{1}{2}$   
ausbezahlt werden sollten, dem Collegio  
Scholarchali aufzugeben, alljährlich ein  
Budget der Bedürfnisse der Schulen des  
Johanneums, andern Behörden gleich,  
einzureichen, worauf damit, wie mit allen  
übrigen Special-Budgets zu verfahren,  
und dem Scholarchate das Erforderliche  
zu bewilligen ist;

und daß für das Jahr 1849 außer den  
früher bewilligten 30,000 m $\frac{1}{2}$ , annoch  
Ert. m $\frac{1}{2}$  18,000 für die Schulcasse  
zu bewilligen.

III. Unter Bezugnahme auf die Aus-  
einandersetzung in der Anlage trägt E. E. Rath  
bei Erbges. Bürgerschaft darauf an:

das in dem Subadjuncto enthaltene  
Reglement für die Einquartirung  
von Reichstruppen mitgenehmigen,  
auch Verordnete Löbl. Kammer potestiviren  
zu wollen, in Betreff der durch die Ein-  
quartirung veranlaßt werdenden Kosten  
in Vorschuß zu treten, unter dem Vor-  
behalte demnächstiger Deckung dieser  
Kosten, in so weit solche vom Reiche  
nicht ersetzt werden.

IV. Da die Zeit, für welche die unter  
dem 7. September v. J. bewilligten inte-  
rimistischen

April 16. interimistischen außerordentlichen Geldmittel zugestanden waren, abgelaufen ist, so ersucht E. E. Rath, unter Beziehung auf die Anlage, die Erbges. Bürgerschaft es mitgenehmigen zu wollen:

daß Berordnete Eöbl. Kammer potestivirt werden, die erforderlichen interimistischen Geldmittel, unter eventueller Erweiterung der Summe bis auf Bco. *m* 700,000, ferner bis zu Ende d. J., übrigens unter der am 7. September v. J. beliebten Modalität, bestmöglichst anzuschaffen.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft kann sich

ad I. mit dem Ankauf des Harvesterhuder Wirthschafts-Gartens und des in der Admiralitätsstraße belegenen Waisenhauses nicht einverstanden erklären;

genehmigt aber dagegen angetragenermaßen die Propositionen E. E. Rath's, betreffend

sub II., die Dotation des Johanneums,

sub IV. die fernere Anschaffung interimistischer außerordentlicher Geldmittel für die Staatscasse, und

sub III. die Einquartirung von Reichstruppen und die dadurch erwachsenden Kosten, und spricht bei dieser Veranlassung die zuversichtliche Erwartung aus, daß E. E. Rath das deutsche Verfassungswerk, wie es aus der Beschlußnahme der Nationalversammlung hervorgegangen ist, namens des hamburgischen Staats unbedingt als rechtsverbindlich

verbindlich anerkannt habe, oder wenn dies April 16. noch nicht geschehen sein sollte, förderksamst anerkennen werde.

### Replica Senatus.

Ad II., III. und IV. dankt E. E. Rath der Erbges. Bürgerschaft für ihre Zustimmung; und indem Er ad I. bedauert, daß Erbges. Bürgerschaft Seinem desfalligen Antrage nicht beigetreten ist, und Sich das Weitere vorbehält, bemerkt Er zugleich in Beziehung auf den von Erbges. Bürgerschaft ausgesprochenen Wunsch, daß Er dem dieseitigen Bevollmächtigten zu Frankfurt bereits Instructionen ertheilt habe, sich den Behufs Anerkennung der von der National-Versammlung angenommenen Verfassung abzugebenden Erklärung anzuschließen.

## XXXVII.

### R e g l e m e n t

April 23.

für die Einquartierung von Reichstruppen.  
Beliebt durch den Rath, und Bürger, Schluß  
vom 16. April 1849.

Auf Befehl E. H. Rath's der freien und Hansestadt  
Hamburg publicirt den 23. April 1849.

### Art. 1.

Das Einquartierungsgeschäft in der Stadt, den Vorstädten und auf dem Landgebiete ist einer Central-Commission übertragen, welche aus drei Mitgliedern des Senats, zwei Mitgliedern des Oberalten-Collegii, zwei Mitgliedern der Kammer, den Chefs  
der

April 23. der acht Infanterie-Bataillons des Bürger-Militairs und dem Platz-Adjutanten der Garnison besteht.

Diese Commission ist für alle Angelegenheiten competent, welche das Einquartierungs-wesen im Allgemeinen betreffen, und hat alle darauf bezüglichen Anordnungen und Verfügungen zu erlassen, namentlich auch für die Organisation der erforderlichen Bureaus Sorge zu tragen.

#### Art. 2.

Die Ausführung im Einzelnen ist den Bezirks-Commissionen übertragen. Dieselben bestehen für jedes Bataillon in der Stadt und für die Vorstädte aus den betreffenden Bataillons- und Compagnie-Chefs der Infanterie des Bürger-Militairs; auf dem Landgebiete aus dem Vogte und zwei Eingefessenen jeder Vogtei, welche von dem Landherrs zu ernennen sind.

Diese Bezirks-Commissionen sind für alle, den Bezirk betreffenden Angelegenheiten competent.

#### Art. 3.

Die Einquartierung wird von Seiten der Bezirks-Commissionen einstweilen bei solchen Einwohnern, welche sich zu deren Aufnahmeerbieten, gegen Vergütung beschafft. Die näheren Bestimmungen darüber, was von Seiten der Quartierwirthe zu liefern ist, und was dafür vergütet wird, sind bei den Compagnie-Chefs des Bürger-Militairs  
(auf

(auf dem Landgebiete bei den Bögten) ein: April 23. zusehen, bei welchen alle diejenigen, welche Truppen in Quartier zu nehmen wünschen, eine Angabe der dazu bestimmten Localitäten einzureichen haben. Die Compagnie:Chefs werden sodann unter Assistenz der übrigen Offiziere und Feldwebel der Compagnie, die angemeldeten Localitäten in Augenschein nehmen, falls sie dieselben geeignet finden, über die Zahl der einzulegenden Truppen entscheiden, und die darnach anzufertigenden Listen durch den Bataillons:Chef dem Einquartierungs:Bureau einreichen, welches nach diesen Listen die Quartier:Villette ausfertigen, und dieselben durch die Fouriere der resp. Truppentheile zur Vertheilung bringen wird.

Auf dem Landgebiete haben die Mitglieder der dort bestehenden Bezirks:Commissionen die Localitäten zu besichtigen und über deren Belegung zu entscheiden.

Die in der Vorstadt St. Pauli und auf dem Landgebiete bestehenden Einquartierungs:Bureaus haben die Anzahl der in ihren Bezirken unterzubringenden Truppen bei dem städtischen Einquartierungs:Bureau aufzugeben, und werden nach diesen Aufgaben die Truppen dorthin direct dislocirt werden.

#### Art. 4.

Das Einquartierungs:Bureau für die Stadt und die Vorstadt St. Georg befindet sich in dem Hause der Commandantur, und steht

April 23. steht unter Aufsicht von je einem der Bataillons:Chefs, welche dabei unter sich abwechseln. Das Einquartierungs:Bureau für die Vorstadt St. Pauli befindet sich in dem Hause des Major Mahlandt, und steht unter dessen Aufsicht. Die Einquartierungs:Bureaus für das Landgebiet befinden sich in den Häusern der Bögte, und stehen unter deren Aufsicht.

#### Art. 5.

Etwanige Beschwerden der Truppen gehen durch die Commandantur und das Einquartierungs:Bureau an die betreffenden Bataillons: und Compagnie:Chefs zur Erledigung, wohingegen etwanige Beschwerden der Quartierwirthe im umgekehrten Wege anzubringen und zu erledigen sind. Beschwerden, welche in diesem Wege nicht zu erledigen sein sollten, sind innerhalb acht Tagen in beliebiger Form bei der Central:Commission, bei deren Entscheidung es sein unabänderliches Bewenden hat, einzureichen.

#### Art. 6.

Alle etwa erforderlichen näheren Bestimmungen, so wie etwanige Modificationen des einstweilen angenommenen Princip, bleiben der Central:Commission im Einvernehmen mit E. H. Rath und Ehrb. Oberalten vorbehalten.

Gegeben in Unserer Raths:Versammlung.  
Hamburg, den 23. April 1849.

XXXVIII.



## XXXVIII.

Polizen-Bekanntmachung May 3.

wider das Einfangen von Singvögeln, das Herausnehmen von Vogelnestern und deren Verkauf.

Der mit jedem Frühling sich erneuernde Unfug des Einfangens von Singvögeln, besonders Nachtigallen, des Ausnehmens von Vogelnestern und des Blendens von Vögeln, veranlaßt die unterzeichnete Behörde, hiermit in Erinnerung zu bringen, daß das Einfangen und Blenden von Singvögeln, der Verkauf ausgenommener Nester mit Eiern oder jungen Vögeln und der Verkauf geblendeter Vögel bei angemessenen polizeylichen Strafen untersagt sind.

Die Marktvögte, Polizen-Officianten, Wallaufseher und sämtliche Wachtposten sind angewiesen, sich die Aufrechthaltung dieser Verbote angelegen sein zu lassen.

Hamburg, den 3. May 1849.

Die Polizen-Behörde.

## XXXIX.

Die Polizen-Bekanntmachung, be- May 3.  
treffend die Berechnung der Zinsen durch  
die Pfandleiher vom 14. September 1847  
ist am 3. May 1849 renovirt. (S. oben  
Bd. XX. S. 151.)

XXI. Band.

Ⓔ LX.

## XL.

May 5.

## Polizei-Verfügungen

für die am 7. d. M. stattfindende Einweihung  
der Hauptkirche St. Petri.

Die Feier der Einweihung der Kirche beginnt um 9 Uhr (präcise) Morgens.

Die Kirchenthüren, mit Ausnahme der Norderthüre, die zur Vermeidung der Zugluft geschlossen bleibt, werden um 8½ Uhr geöffnet.

Die Wagen, welche Zuhörer zur Kirche fahren, haben den Weg durch die Bergstraße oder Rathhausstraße nach den Süderthüren zu nehmen.

Die Wagen, welche die Herren Geistlichen sämtlicher Confessionen fahren, haben den Weg durch die Paulstraße nach der Sakristeithüre zu nehmen.

Die Wagen, welche Kunstgenossen zur Kirche fahren, haben den Weg von der Bergstraße nach der Thurmthüre (im Westen belegen) zu nehmen.

Die Wagen, welche die Zuhörer zur Kirche gefahren, halten in einer Reihe rund um das Schulgebäude.

Die Wagen, welche die Herren Geistlichen zur Kirche gefahren, halten längs der Paulstraße und Hermannstraße in einer Reihe.

Die Wagen, welche die Kunstgenossen zur Kirche gefahren, halten längs der Bergstraße gleichfalls in einer Reihe.

Die

Die Fußgänger haben den Eingang durch die beiden Süderthüren und durch die Thurmthüre zu nehmen. May 5.

Nach Beendigung der Feierlichkeit müssen die Wagen noch eine Viertelstunde, während welcher die Fußgänger sich zu einem großen Theile entfernt haben werden, auf ihrem Standpunkte halten bleiben, die Anfahrt wird von den Polizen:Angestellten angeordnet werden.

Während der Dauer der Feierlichkeit sind die Straßen um die Petri Kirche herum für anderweitige Wagenpassage gesperrt.

Die Polizen:Beamten und Officianten sind beauftragt, unter Zuziehung des Militairs, dafür zu sorgen, daß diese, lediglich die Sicherheit und Bequemlichkeit des Publicums bezweckenden Einrichtungen und Verfügungen auf das genaueste befolgt werden, zu welchem Ende sich jeder den Anordnungen jener Angestellten gemäß zu verhalten hat.

Hamburg, den 5. May 1849.

Die Polizen:Behörde.

## XLI.

Die Bekanntmachung der bevorstehenden Umschreibung durch die Capitaine des Bürger: Militairs vom 7. May 1849 lautet gleich derjenigen vom 8. November 1848 (s. oben Bd. XX. S. 385—87.) mit Ausnahme des folgenden Satzes: May 7.

„eine richtige Auskunft zu ertheilen, und  
„dabei den umschreibenden Capitainen oder  
E 2                      Officieren

- May 7. „Officiieren anständig und bescheiden zu  
 „begegnen, mit der Verwarnung, daß  
 „jede Unart und Unwillfährigkeit mit  
 „angemessener Strafe geahndet werden  
 „wird, wie denn namentlich nach dem  
 „§. 12 der Bestimmungen über die  
 „Dienstpflichtigkeit beim Bürger-Militair,  
 „Jeder, der durch falsche oder ganz unter-  
 „lassene Angaben beim Umschreiben zur  
 „Verheimlichung eines Dienstpflichtigen  
 „wissentlich und absichtlich die Hand  
 „bietet, in eine Strafe von 5 Rthlrn.,  
 „welche bei Wiederholungsfällen verschärft  
 „wird, verfällt.“ u. s. w.

## XLII.

May 9.

**Bekanntmachung,**

betreffend die Leistung der Herrentage in  
 Langenhorn.

Auf eingegangene Anzeige des Bogts und  
 der Dorfsdeputirten von Langenhorn, daß  
 in der letzteren Zeit eine Unregelmäßigkeit  
 in den zur Verbesserung der Dorfswegen  
 nothwendigen Hand- und Spanndiensten der  
 Eingeseffenen Statt gefunden, wird hiemit,  
 nach Maaßgabe der von dem Bogt und den  
 Deputirten eingereichten Vorschläge, folgende  
 Ordnung, wie es in Zukunft mit den im  
 Interesse der Commüne zu leistenden Hand-  
 und Spanndiensten gehalten werden soll,  
 festgesetzt und zu Jedermanns Nachachtung  
 bekannt gemacht.

§. 1.

## §. 1.

May 9.

Die Habetage sind in Hinsicht der Zahl und Reihenfolge in der bisher in Langenhorn üblich gewesenen Weise zu leisten und hat der Bogt darüber ein Register zu führen.

## §. 2.

Der Bogt muß demjenigen, der einen Habetag leisten soll, spätestens am zweiten Tage vorher eine Anzeige davon machen.

## §. 3.

Ist der Angefagte durch Umstände verhindert, den verlangten Habetag zu halten, so ist derselbe verpflichtet, dieses dem Bogte sogleich, oder jedenfalls so zeitig anzuzeigen, daß noch eine andere Einrichtung getroffen werden kann und keine Unordnung daraus entstehe.

Der Angefagte hat aber in einem solchen Falle genügende Gründe seiner Entschuldigung vorzubringen und muß seinen Habetag zu einer andern vom Bogte zu bestimmenden Zeit nachholen.

## §. 4.

Bleibt Jemand, der angesagt worden ist, ohne genügenden Grund, weg, so soll auf Kosten desselben sofort ein Stellvertreter requirirt werden. Der Säumige hat für das requirirte Fuhrwerk 6 Mark per Tag und für einen Arbeitsmann im Winter 14 Schillinge und im Sommer 1 Mark 4 Schillinge per Tag innerhalb 8 Tagen bei Strafe der Execution an den Bogt zu bezahlen.

## §. 5.

May 9.

§. 5.

Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, im Winter von 8 Uhr Morgens bis Sonnenuntergang. Im Sommer und im Winter ist eine Stunde Ruhe für den Mittag bestimmt. Wer zu spät zur Arbeit kommt, muß es sich gefallen lassen, daß er sofort wieder weggewiesen wird, und muß den im §. 4 bestimmten Satz für einen Stellvertreter entrichten.

§. 6.

Die zur Arbeit zu schickenden Arbeitsleute müssen gehörig arbeitsfähig sein, auch dürfen keine Frauenzimmer oder Kinder geschickt werden.

§. 7.

Der Vogt und die Dorfsdeputirten haben, obgleich sie von der Leistung ihrer Haverage dadurch nicht befreiet sind, die Aufsicht über die Begearbeiten zu führen, und sind die Eingefessenen verpflichtet, ihren Anordnungen willig Folge zu leisten. Sollte einmal der Fall eintreten, daß weder der Vogt noch einer der Deputirten zugegen sein kann, so ist der Vogt verpflichtet und berechtigt, einen andern Eingefessenen des Dorfs mit der Aufsicht über die Arbeit zu beauftragen, dessen Anordnungen die übrigen Eingefessenen in solchem Falle ebenfalls Folge zu leisten haben.

Hamburg, den 9. May 1849.

Die Landherrenschaft  
der Geestlande.

XLIII.

## XLIII.

**Polizen-Verfügung**

May 10.

wider den Verkauf frischen Fleisches durch  
Unberechtigte.

Da es in neuerer Zeit zum Vesteren vorgekommen, daß Unberechtigte frisches Fleisch zum Verkauf in hiesige Stadt gebracht und damit hausirt haben, durch solchen Mißbrauch aber den hiesigen Gewerbetreibenden ein erheblicher Nachtheil erwächst, so wird, unter Bezugnahme auf frühere Polizen-Warnungen und unter Hinweisung auf die Bestimmungen des Rath- und Bürger-schlusses vom 6. Juny 1839, es wiederholt in Erinnerung gebracht, daß der Verkauf frischen Fleisches an hiesigem Orte, nur den hiesigen concessionirten Schlachtern, so wie denen des hamburgischen Gebietes (unter den im angezogenen Rath- und Bürger-schluß enthaltenen Bedingungen) zusteht, wogegen derselbe, von hiesigen Unberechtigten oder Fremden geübt, verboten und mit Geld- und Confiscationsstrafe belegt ist.

Hamburg, den 10. May 1849.

Die Polizen-Behörde.

## XLIV.

**V e r o r d n u n g,**

May 13.

wegen Einrichtung von Vergleichs-Commissionen  
in der Dorfschaft Geesthacht.

Da von der Dorfschaft Geesthacht der  
Wunsch ausgesprochen worden, daß entstan-  
dene

May 13. bene Irrungen und Streitigkeiten durch Vergleichs-Versuche vor einer desfalls niederzusetzenden besonderen Vergleichs-Commission gütlich erledigt und Rechtsstreitigkeiten verhütet werden mögen, so haben die Senate der freien und Hanse-Städte Lübeck und Hamburg nachstehende Bestimmungen erlassen und hierdurch zu öffentlicher Kunde zu bringen verordnet:

§. 1.

Die Vergleichs-Commission für die Dorfschaft Geesthacht besteht, vorläufig und bis auf etwaige anderweitige Festsetzung, aus dem Vogt, als Vorsitzendem, und vier Mitgliedern, welche aus sämtlichen, über 30 Jahre alten Geesthachter Landbürgern, ohne daß dabei auf die Classe der Bewohner Rücksicht genommen wird, zu wählen sind. Die Dauer des Amts ist auf zwei Jahre bestimmt, und treten alljährlich die beiden Mitglieder ab, welche zwei Jahre im Amt gewesen sind; die beiden, zum ersten Mal nach Ablauf eines Jahrs, Austretenden werden durch das Loos bestimmt.

Die Wahl der beiden Mitglieder dieser Commission geschieht alljährlich in einer vom Vogt in dessen Wohnung zu berufenden Versammlung sämtlicher Gemeindeglieder, durch relative Majorität der Anwesenden; so daß demnach die beiden Personen, welche die meisten Stimmen haben, erwählt sind, auch wenn sie nicht mehr als die Hälfte der Stimmen der Anwesenden erhalten haben.

§. 2.



## §. 2.

May 13.

Bei den im Hause des Vogts zu haltenden Sitzungen der Commission müssen stets der Vogt und zwei Beisitzer, und zwar ein im Amt älteres und ein jüngeres Mitglied anwesend sein; diese beiden Mitglieder wechseln in der Wahrnehmung dieser Function halbjährlich ab. Im Fall naher Verwandtschaft mit Einer der Partheien, oder im Fall sonstiger Vertheiligung bei der Sache, imgleichen in Verhinderungsfällen durch Krankheit, Abwesenheit u. s. w. wird der Vogt durch den ältesten Beisitzer, ein Beisitzer, nach Bestimmung des Vogts, durch einen seiner Collegen, vertreten.

## §. 3.

An diese Vergleichs-Commission sind alle und jede, gegen einen Geesthachter vorzubringende Klagen aus Civil-Ansprüchen und Forderungen, ohne Beschränkung hinsichtlich einer Summe, zuerst zu bringen, ehe sie an das Amts-Gericht gelangen. Davon sind nur Forderungen aus liquiden Handschriften, als Hypotheken-Extracten, Obligationen u. s. w. auszunehmen, welche sofort an das Amtsgericht zu bringen sind.

## §. 4.

Die Vergleichs-Commission ist befugt, auf Antrag der einen Parthei, die Andere, falls dieselbe auf die erste Vorladung nicht erschienen, unter Androhung einer, den Umständen nach, auf 1 bis 2 Thaler zu bestimmen

May 13. menden Strafe, aufs neue vorzuladen. Im abermaligen Ausbleibungsfall wird die Strafe eingezogen, zugleich aber die Vergleichs-Verhandlung, als fruchtlos geblieben, angenommen.

§. 5.

Das Verfahren vor der Vergleichs-Commission ist summarisch und mündlich; nur der etwa erzielte Vergleich ist zu Protocoll zu nehmen. Wird derselbe verfehlt, so ist darüber eine Bescheinigung zu ertheilen, welche vor Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens bei dem Amts-Gericht einzureichen ist.

Weigert sich eine Parthei, dem geschlossenen Vergleich nachzukommen, oder läßt sie sich darin säumig finden: so hat die andere Parthei, unter Vorlegung eines Protocoll-Auszugs über den erzielten Vergleich, sich, behufs Erlangung der Vollstreckung desselben, an das Amtsgericht zu wenden.

§. 6.

Nach fruchtlos abgehaltenem ersten Termin bleibt es jeder Parthei unbenommen, die Sache zur Erledigung auf dem gerichtlichen Wege zu verstellen, worüber jedoch alsdann die Absicht sofort der Commission zu erkennen zu geben ist.

§. 7.

Aus den Verhandlungen vor der Vergleichs-Commission dürfen, außer etwanigen

gen Strafgeldern; keinem Theil Kosten Man 13. erwachsen; nur sind dem Vogt für jede Vorladung 2 Schillinge und für jede Ausfertigung eines Protocoll-Auszugs (außer dem Stempel von 2 Schillingen) 4 Schillinge zu entrichten. Alle erkannten Straf gelder fallen der Armencaſſe zu.

## §. 8.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. July in Kraft, so daß sie von diesem Zeitpunkt an auf alle durch dieselbe betroffenen und noch nicht gerichtlich anhängig gemachten Sachen in Anwendung zu bringen ist.

Gegeben in den Senats-Versammlungen zu Lübeck den 9. und zu Hamburg den 13. May 1849.

## XLV.

## Bekanntmachung

Man 14.

wider eine öffentliche Aufforderung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung und desfalliger Geldsammlung.

Eine in diesen Tagen ergangene öffentliche Aufforderung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung, verbunden mit der Ankündigung einer Sammlung durch die Stadt und Vorstädte zur Herbeischaffung der des Endes erforderlichen Mittel, veranlaßt den Senat, seine Mitbürger darauf aufmerksam zu machen, daß zur Herbeiführung einer solchen Maaßregel weder eine Berechtigung abseiten einzelner

May 14. einzelner Personen oder Vereine, noch auch überall ein Grund vorhanden ist. Die Organisirung einer bewaffneten Macht im Staate kann nur der Regierung zustehen; das Gegentheil davon würde Unordnungen und Conflictte der bedenklichsten Art unvermeidlich herbeiführen. Es fehlt aber auch bei uns an jeglicher Veranlassung zu einer solchen Maaßregel. Wir besitzen neben unserem wohlorganisirten Contingente in unserer Bürgerwehr bereits eine genügende Volksbewaffnung, welche sich unter schwierigen Verhältnissen bewährt hat, und deren patriotischer Gesinnung wir unter allen Umständen vertrauen dürfen. Andererseits entbehrt die, in einer Supplik an den Senat als Veranlassung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung, geäußerte Besorgniß der Möglichkeit eines Angriffs der Dänen auf unsere Stadt, aller Begründung. Unter allen Umständen aber kann eine eigenmächtige, von Privaten ausgehende Volksbewaffnung nicht gestattet werden.

Demnach will der Senat seine Mitbürger hierdurch dringend aufgefordert haben, sich weder direct, noch indirect, sei es durch Lieferung von Waffen oder durch Geldbeiträge bei einem Schritte zu betheiligen, dessen ungeseklicher Charakter zu Tage liegt, und welcher die Ruhe unserer Stadt auf das Bedenklichste gefährden könnte.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 14. May 1849.

XLVI.

## XLVI.

## Bekanntmachung,

May 19.

betreffend die einseitige Beerdigung der bewaffneten Macht auf die Reichs-Verfassung.

In einer so ernsten Zeit, wie die unsrige, wo die Verschiedenheit der politischen Ansichten den Keim gefahrdrohender Zwietracht in sich trägt, scheint nichts geeigneter, das so nothwendige Vertrauen, zwischen den Regierungen und Völkern zu befestigen, als Offenheit abseiten der ersteren. Der Senat seinerseits hat über seine Stellung, wie in Bezug auf unsere inneren Verhältnisse, so auch in Bezug auf die Entwicklung der einheitlichen Neugestaltung des Gesamtvaterlandes zu keiner Zeit einem Zweifel Raum gelassen. Er hat sich allen auf die bundesstaatliche Einheit unseres Gesamtvaterlandes abzielenden Schritten angeschlossen, Er hat die Reichs-Verfassung anerkannt und publicirt, und sich bei weiteren Schritten zu einer Modification derselben nicht betheiligt. Somit liegt weder in Bezug auf die freie Entwicklung unserer inneren Verhältnisse, noch auch in Bezug auf unsere Verhältnisse zum Gesamtvaterlande ein Grund zur Aufregung oder zur Besorgniß vor. Um so mehr aber darf der Senat von seinen Mitbürgern erwarten, daß sie ihm ganz vertrauen, und daß sie nicht Maaßregeln in Anregung bringen, welche einseitig zu ergreifen, die Gefahr der Zeit

May 19. Zeit erhöhen, und der, allen wahrhaften Vaterlandsfreunden wünschenswerthen friedlichen Lösung der deutschen Verfassungsfrage nur erschwerend in den Weg treten würde. Dahin gehört namentlich die neuerdings in Anregung gebrachte Beeidigung der bewaffneten Macht auf die Reichs-Verfassung, welche von der Executiv-Gewalt des Reichs bisher nicht verfügt ist, und welche theilweise ausgeführt nur dazu dienen könnte, die Fackel der Zwietracht in die Reihen der Söhne eines und desselben Vaterlandes zu werfen, und die so nothwendige Thatkraft nach außen zu schwächen. Eine solche Verantwortlichkeit wird der Hamburgische Senat nicht auf sich nehmen, und rechnet er zuversichtlich auf die Zustimmung und den Beistand seiner Mitbürger, wenn er mit der Beeidigung der bewaffneten Macht nicht einseitig verfährt und allen Bestrebungen mit Ernst entgegentritt, welche, wenn sie selbst gut gemeint sein sollten, doch darauf abzielen, Maaßregeln hervorzurufen, welche die Entwicklung der wahren Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes nur gefährden können.

Mitbürger, uns droht nur eine Gefahr, das ist die Zwietracht in unserem Innern. Dieser Gefahr zu begegnen, laßt uns fest zusammenhalten.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 19. May 1849.

XLVII.

## XLVII.

**Polizen-Bekanntmachung** May 21.

in Betreff der Anmeldung der hier sich aufhaltenden Fremden.

In letzterer Zeit häufig vorgekommene Contraventionen gegen das Fremden-Mandat machen eine schärfere Handhabung der desfallsigen Bestimmungen erforderlich und wird demnach Seitens der unterzeichneten Behörde daran erinnert, daß

- 1) alle hier ankommende Fremde, innerhalb 24 Stunden nach ihrer Ankunft, mit ihren Legitimations-Papieren im hiesigen Fremden-Büreau sich zu melden haben, und
- 2) die Wirthe und sonstigen Personen, welche in der Stadt, wie auf dem Gebiete Fremde bei sich aufnehmen, ohne Ausnahme verpflichtet sind, bei Vermeidung unnachlässlicher Bestrafung, innerhalb 24 Stunden eine Anmeldung der von ihnen aufgenommenen Personen im Fremden-Büreau zu machen.

Hamburg, den 21. May 1849.

Die Polizen-Behörde.

## XLVIII.

**Polizen-Befehle** May 22.

betr. das am Donnerstag den 24. d. M. in der Hauptkirche St. Petri zum Besten der innern Einrichtung und Ausschmückung derselben stattfindende geistliche Concert.

Das Concert fängt Abends 7½ Uhr präcise an. Die

May 22. Die große Süderthüre, der Schmiedestraße gegenüber, wird um 6½ Uhr geöffnet und ist allein zum Eingang für die zu Wagen oder zu Fuß kommenden Zuhörer bestimmt. Die Wagen, welche Zuhörer zur Kirche fahren, haben den Weg durch die Bergstraße oder Rathhausstraße nach der Süderthüre zu nehmen.

Für die Kunstgenossen, welche zu Wagen oder zu Fuße kommen, ist der Eingang zur Kirche durch die Thurmthüre; die Wagen haben den Weg von der Bergstraße zu nehmen.

Die Wagen, welche die Zuhörer zur Kirche gefahren, halten in einer Reihe rund um das Schulgebäude.

Die Wagen, welche die Kunstgenossen zur Kirche gefahren, halten längs der Bergstraße in einer Reihe.

Nach Beendigung des Concerts müssen die Wagen noch eine Viertelstunde, während welcher die Fußgänger sich zu einem großen Theile entfernt haben werden, auf ihrem Standpuncte halten bleiben. Die Anfahrt derselben wird von den Polizen-Angestellten angeordnet werden.

Die Polizen-Officianten sind beauftragt, dafür zu sorgen, daß diese, lediglich die Sicherheit und Bequemlichkeit des Publikums bezweckenden Einrichtungen und Verfügungen auf das genaueste befolgt werden, zu welchem Ende sich jeder den Anordnungen jener Angestellten gemäß zu verhalten hat.

Hamburg, den 22. May 1849.

Die Polizen-Behörde.

XLIX.



## XLIX.

## Bekanntmachung

Junn 4.

wider Beschädigung der Anpflanzungen auf  
dem Walle.

Der überhand nehmende Unfug, welcher namentlich von jüngeren wie von erwachsenen Knaben, aller Warnungen ungeachtet, auf dem Walle verübt wird, hat in neuerer Zeit sehr bedeutende Beschädigungen der Anpflanzungen und Gartenanlagen des Walles — wie solche früher nicht vorgekommen — zur Folge gehabt, auch vielfache Klagen über frevelhafte Ungebühr und körperliche Verletzungen veranlaßt.

Die Polizen-Behörde sieht sich gezwungen mit größerer Strenge hiegegen einzuschreiten, und sind demnach die Wachtposten, Wall-aufseher und Polizen-Officianten angewiesen gegen diejenigen, welche bei dergleichen Unfug betroffen werden, unnachsichtlich mit der Verhaftung zu verfahren. Von Eltern und Schullehrern wird erwartet, daß sie die Knaben vor fernerer Verübung des seit her vorgekommenen Unfugs und übermüthigen Treibens zu warnen und davon zurückzuhalten wissen werden, um dieselben vor polizenlichen Strafen zu bewahren, welche durch die Entschuldigungen, von Anderen verleitet oder nicht direct und nicht hauptsächlich betheiligt gewesen zu sein, selbstverständlich nicht abgewandt werden können.

Hamburg, den 4. Junn 1849.

Die Polizen-Behörde.

## L.

Junn 5.

**Bekanntmachung**

wider die Betheiligung an einer Sammlung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung.

Durch eine Bekanntmachung des Senats vom 14. May d. J. ist die derzeit von Privatpersonen erlassene Aufforderung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung, so wie die gleichzeitig, zur Herbeischaffung der hiezu erforderlichen Mittel, angekündigte Sammlung für ein ungesekliches Unternehmen erklärt und die Ausführung dieses Vorhabens untersagt worden.

Nichtsdestoweniger ist diese Sache nicht aufgegeben, vielmehr in diesen Tagen durch öffentlichen Anschlag angezeigt worden, daß die Sammlung ehestens beginnen werde.

Die unterzeichnete Behörde sieht sich hiernach genöthigt, unter Hinweisung auf die erwähnte Bekanntmachung des Senats, vor weiteren gesekwidrigen Schritten und vor jeder Betheiligung bei denselben ernstlichst zu warnen, indem, zur Aufrechthaltung von. Gesek und Ordnung, gegen Uebertretungen des Verbots mit gebührender Strafe eingeschritten werden wird.

Hamburg, den 5. Junn 1849.

Die Polizen-Behörde.

## LI.

Junn 6.

**Erneuerte Bekanntmachung**

wider das Kriegsspiel und anderen Unfug der Kinder auf dem Grasbrook.

Die eingegangenen Klagen und Beschwerden über den Unfug der Kinder auf dem Grasbrook

brook veranlassen die untenbenannte Behörde, Juny 6.  
solchen Unfug, namentlich das Kriegsspiel,  
den Gebrauch des s. g. Pustrohrs, des  
Flißbogens, der Schleuder und alles Werfen  
mit Steinen, Unrath und Erdklößen, des-  
gleichen alles übermäßige Schreien und  
Lärmen, auch das Beschmieren von Planken  
und Mauern mit unziemlichen Wörtern und  
Zeichnungen, bei Gefängniß-Strafe zu ver-  
bieten.

Eltern, Vormünder, Lehrer und Erzieher  
werden besonders aufgefordert, ein acht-  
sames Auge auf die ihrer Obhut anver-  
traueten Kinder zu haben, damit diese nicht  
durch dergleichen Unfug Schaden nehmen  
oder anrichten, und sich nicht eine obrig-  
keitliche Bestrafung zuziehen.

Die Polizien-Officianten auf dem Gras-  
brook sind angewiesen, für die Aufrechthaltung  
der obigen Verfügungen zu wachen und  
alle, welche bei einem solchen Unfug be-  
troffen werden sollten, sofort zu verhaften.

Hamburg, den 6. Juny 1849.

Die Landherrenschaft  
der Marschlande.

## LII.

### B e f e h l

Juny 9.

wider die Anbringung von Beschwerden über  
die Meister durch die Gesellen der Haus-Zimmer-  
leute vor der Lade.

Es hat am leztvergangnen Ludentage ein  
sehr bedauernswerther Exceß Statt gefunden,  
§ 2 welcher,

Junn 9. welcher, seiner Bedeutsamkeit und Folgen wegen, zur Untersuchung an die Polizei-Behörde hat verwiesen werden müssen und dort seine Erledigung erwartet. Die Veranlassung zu diesem Excesse ist in dem seit einiger Zeit eingerissenen Unwesen zu suchen, daß manche Gesellen sich berechtigt glauben, ihre vermeintlichen Klagen und Beschwerden über das Verfahren einzelner Meister oder der Meister im Allgemeinen vor die Lade zu bringen, wobei dann heftige Reden, Wortwechsel und zuletzt Unruhe und Tumult nicht ausbleiben.

Vergleichen Dinge gehören durchaus nicht vor die Ladenversammlung, sondern wer sich verlegt oder beschwert glaubt, hat dies bei den Aelterleuten und erforderlichenfalls bei dem Patron anzubringen. Aufregende und tumultuarische Verhandlungen sind überhaupt und unter allen Umständen in der Ladenversammlung nicht zu dulden. Ordnung und Sitte sollten keiner Gewerkschaft heiliger sein als derjenigen, welche Richtscheit und Winkelmaaß in ihrem Wappen führt.

Damit ähnlichen Mißbräuchen in Zukunft vorgebeugt werde, sind die Altgesellen ernstlich und bei eigener Verantwortlichkeit angewiesen worden, das ihnen obliegende Amt mit Strenge und Gewissenhaftigkeit auszuüben, keinerlei Verhandlungen vor der Lade zu gestatten, welche vor dieselbe nicht gehören, und Ordnung und Geseßlichkeit in jeder Beziehung zu handhaben. Die Ladenmeister haben

haben hierüber die pflichtschuldige strenge Juny 9.  
Aufsicht zu führen, und sind, wenn die  
Aufrechthaltung der Ruhe von den Alt-  
gesellen nicht genügend beschafft wird, gehal-  
ten, nach vorgängiger desfalliger Warnung,  
die Lade sofort zu schließen und den Ladent-  
ag aufzuheben, die Contravenienten aber,  
welche zu den stattgehabten Unordnungen  
die Veranlassung gegeben haben, unverzüg-  
lich bei dem Patron zur Anzeige zu bringen.  
Hamburg, den 9. Juny 1849.

N. F. Haller, Dr.  
d. Z. Patron des Hauszimmer-Amtes.

### LIII.

#### Verordnung,

Juny 14.

betr. das Mahlgeld auf der Mühle zu Bergedorf.

Da hinsichtlich des auf den herrschaftlichen  
Kornmühlen im Amte Bergedorf für das  
zur Mühle gebrachte Korn zu zahlenden  
Mahlgeldes Zweifel entstanden sind, auch  
die bisherige herkömmliche Taxe für Berge-  
dorf und die Bierlande nicht ganz gleich-  
förmig gewesen ist, so verfügen die zur  
Visitation des Amts und Städt-  
chens Bergedorf verordneten Herren  
Folgendes:

1) Außer der als Abgabe an den Staat zu  
gebenden, das 20ste Korn betragenden,  
Matte ist, wie bisher, auch ferner ein  
Mahlgeld an den Müller zu bezahlen.

2) Dies Mahlgeld beträgt:

a. Für den Wispel sechszehn Schillinge.

b.

Juny 14. b. Für kleinere Theile bis 2 Himpten einen Schilling, bis 4 Himpten zwei Schillinge.

Wenn die Bierländer Mahlgäste ihr Mehlkorn selbst mahlen lassen, bezahlen sie bis vier Himpten nur einen Schilling.

c. Für Malz, jede Brau neun Schillinge.

Publicirt im Amte Bergedorf, den 14. Juny 1849.

#### LIV.

#### Juny 22. Bekanntmachung,

betr. Herstellung der Barriere beim Schäferkamp.

Da nach Herstellung der Barriere beim Schäferkamp auf der neu angelegten Chaussee vom Dammthor nach Eimsbüttel mit Erhebung des tarifmäßigen Begegeldes an der gedachten Hebestelle vom 1. July d. J. an verfahren werden wird, so wird solches, so wie daß der Baum während der Nachtstunden, von Abends eine Stunde nach Eintritt der Sperre bis Morgens eine Stunde vor Thordöffnung, zur freien Passage geöffnet bleibt, zur Nachricht des Publicums hiemit öffentlich bekannt gemacht.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 22. Juny 1849.

#### LV.

#### Juny 25. Rath; und Bürger-Convent vom 25. Juny.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Montag den 25.

25. Juny zusammen zu berufen und derselben Juny 25. folgende Anträge vorzulegen:

### Propositio Senatus.

I. Indem E. E. Rath sich auf die in der Anlage enthaltene nähere Auseinandersetzung bezieht, so ersucht Er Erbges. Bürgerschaft es mitgenehmigen zu wollen:

Daß für die Kosten der constituirenden Versammlung bis zum 13. Jan. d. J. 2400 *m* und seitdem wöchentlich im Durchschnitt 400 *m* pro maximo für die Woche als Entschädigung für wirkliche Auslagen an diejenigen Mitglieder der constituirenden Versammlung, welche zu deren Berausgabe durch ihre Wohnung in Miethbüttel oder in sonstigen entfernteren Gebietstheilen genöthigt sind, zur Disposition der constituirenden Versammlung zu stellen.

II. E. E. Rath ersucht Erbges. Bürgerschaft, unter Beziehung auf die in der Anlage entwickelten Motive, um Mitgenehmigung der in der Nebenanlage enthaltenen Verordnung über die Aufhebung und Ablösbarkeit der in den Paragraphen 35 und 36 der Grundrechte des deutschen Volkes erwähnten Abgaben und Leistungen, so wie um ihre Zustimmung dazu, daß das für Ablösungen nach Maaßgabe dieser Verordnung eingehende Geld lediglich zur Amortisation von hamburgischen Staatspapieren und

Juny 25. und zwar in der Weise verwandt werde, daß die dafür anzukaufenden Staats-Schuld-Documente cassirt, und mithin die Zinsen derselben nicht ferner für den Tilgungsfond verwandt werden.

III. E. E. Rath trägt bei Erbges. Bürgerschaft, unter Beziehung auf die Anlage um Mitbeliebung der als Nebenanlage beigefügten Jagdverordnung, so wie darauf an, Ehrb. Oberalten zu bevollmächtigen, einige durch Localverhältnisse nöthig werdende Modificationen dieser Verordnung für das Amt Rixbüttel mit E. E. Rathe zu concertiren.

IV. Unter Beziehung auf die Motive in der Anlage ersucht E. E. Rath Erbges. Bürgerschaft um Mitgenehmigung der in der Nebenanlage enthaltenen Verordnung über das Verfahren bei der Abnahme von Eiden.

V. Die veränderten Verhältnisse in Betreff der öffentlichen Blätter veranlassen E. E. Rath, indem Er auf die weitere Motivirung in der Anlage Bezug nimmt, das Ersuchen an Erbges. Bürgerschaft zu richten, es mitgenehmigen zu wollen:

daß, unter Aufhebung der von den privilegirten Zeitungs-Blättern bisher erhobenen Recognitionen und des Stempels von denselben, eine Abgabe von bezahlten Inseraten nach Maaßgabe der anliegenden Verordnung vorgängig zum



zum Versuch bis zum Schlusse des Juny 25. Jahres 1850 erhoben werde.

VI. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage enthaltene Auseinandersetzung trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, die der Unteranlage beigefügte Verordnung, betreffend die Bürger- Militair- Steuer und namentlich die in derselben aufgestellte Scala mitzugenehmigen.

VII. Die dringende Nothwendigkeit, die Gehalte und sonstige Verhältnisse des Beamten- Personals für die directen Steuern anderweitig zu reguliren, veranlaßt E. E. Rath, über diesen Gegenstand, den, in der Anlage näher motivirten, erneuerten Antrag, unter Hinzufügung eines Temperaments, an Erbges. Bürgerschaft zu richten; und dieselbe zu ersuchen,

die in der Anlage unter No. 1—5 enthaltenen abändernden Verfügungen in Betreff der Gehalte und der sonstigen Verhältnisse der Angestellten der Steuer- Deputation mitgenehmigen zu wollen.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt angetragenermaßen

ad I den Ersatz von Auslagen an Mitglieder der constituirenden Versammlung und sieht sich veranlaßt, in Uebereinstimmung mit der von E. E. Rathe am 23sten d. M. der constituirenden Versammlung gemachten Eröffnung, Ihre Rechte hinsichtlich der, bei  
Abänderung

Junn 25. Abänderung der bisherigen Verfassung zu treffenden Uebergangs-Bestimmungen, ausdrücklich zu wahren;

ad II die Verordnung über die Aufhebung und Ablösbarkeit der in den §§ 35 und 36 der Grundrechte des deutschen Volkes erwähnten Abgaben und Leistungen;

ad III die Jagd-Verordnung;

ad IV die Verordnung über das Verfahren bei der Abnahme von Eiden;

ad V die Einführung einer Inseraten-Abgabe, jedoch ohne Beschränkung auf die bezahlten Inserate, und potestivirt Ehrb. Oberalten und Verordnete löbl. Kammerei, die desfallsigen Abänderungen mit E. E. Rathe zu concertiren;

ad VI die Verordnung, die Bürger-Militair-Steuer betreffend, und

ad VII die abändernden Verfügungen wegen der Gehalte und sonstigen Verhältnisse der Angestellten der Steuer-Deputation.

#### Replica Senatus.

Ad I, II, III, IV, VI und VII dankt E. E. Rath Erbges. Bürgerschaft für ihren Beitritt und wird ad V, ebenfalls unter dankender Anerkennung der Annahme der Proposition, wegen der Ausdehnung der Abgabe auf unbezahlte Inserate mit Ehrb. Oberalten und Verordneten löbl. Kammer in Verhandlungen treten, behält sich aber eventualiter, wenn dadurch die Frage nicht erledigt werden könnte, das Weitere vor.

LVI.

## LVI.

**Bekanntmachung,**

Junn 25.

betreffend Herabsetzung des Ausfuhrzolles für  
Lumpen im Holsteinischen Zollvereine.

In Gemäßheit Art. III. des durch Rath:  
und Bürgerschuß vom 21. Februar 1849  
auf ein Jahr prolongirten Vertrages über  
den Anschluß der innerhalb der Holsteinischen  
Zolllinie belegenen Hamburgischen Gebiets:  
theile an den Zollverein vom 5. Sept. 1840,  
bringt Ein Hochweiser Rath hierdurch zur  
Kenntniß der Betheiligten, daß der Aus:  
fuhrzoll für Lumpen vom 1. July d. J.  
an, auf 25 Schill. das 100 Pfund herunter:  
gesetzt werden wird.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 25. Junn 1849.

## LVII.

**V e r o r d n u n g**

Junn 27.

über eine Abgabe von Zeitungs-Inseraten.  
Beliebt durch Rath: und Bürger:Schluß vom  
25. Junn 1849.

Auf Befehl E. H. Raths der freien Hansestadt  
Hamburg publicirt den 27. Junn 1849.

Unter Aufhebung des Zeitungsstempels und  
der Recognitionen für die bisher privilegirten  
Blätter vom 1. July d. J. an, wird eine  
Abgabe von Zeitungs-Inseraten, deren Auf:  
nahme ohne Unterschied nunmehr sämmtlichen  
in der Stadt, den Vorstädten und auf dem  
Landgebiet erscheinenden Zeitungen, Tages:  
und Wochenblättern gestattet ist, von dem  
gedachten

Juny 27. gedachten Tage an eingeführt, welche von diesen sämtlichen Zeitungen, Tages- und Wochenblättern in nachfolgender Art zu entrichten ist.

1) Zur näheren Bestimmung in Betreff der Abgabe wird festgesetzt, daß als Inscrats nicht zu achten sind:

- a) Politische Mittheilungen in dem dazu bestimmten Theile des Blattes;
- b) Besprechungen über innere Politik oder s. g. vaterstädtische Angelegenheiten, insofern solche den allgemeinen Standpunct bewahren;
- c) Abhandlungen, Besprechungen und Critiken aus dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst. Bloße Empfehlungen und Namens- und Sach-Verzeichnisse müssen die Abgabe bezahlen;
- d) Alle Publicationen hiesiger Behörden in Form von amtlichen Bekanntmachungen, so wie alle von diesen Behörden u. s. w. zufolge §. 6 der Verordnung ausgehenden Mittheilungen;
- e) Kirchen-Anzeigen, sofern sie den Gottesdienst und die Kirchen-Verwaltungen hiesiger constituirter Gemeinden betreffen;
- f) Allgemeine Mittheilungen über Handels- und Schiffs-Angelegenheiten, insofern sie direct von den Redactionen ausgehen. Dahin gehören: Course, Listen über angekommene und abgegangene Schiffe, Maklerberichte über Handelsverhältnisse, und Börsen-Preiscourante. Ferner die Notizen über Wasserstand, Witterung,

Witterung, Kalender, Thorsperre; und Juny 27.  
die statistischen Uebersichten der Geburts-  
und Sterbefälle.

- g) Sollten für künftige, sich in dieser Hinsicht noch ergebende Verhältnisse fernere nähere Bestimmungen erforderlich sein, so wird desfalls das Weitere abseiten des Senats, unter Zustimmung Ehrb. Oberalten und Berordneter löbl. Kammer, bestimmt werden.

2) Die Abgabe beträgt von der Petitzeile von 50 n Buchstaben und darunter  $\frac{1}{2}$  β Ert., für die Petitzeile über 50 bis einschließlic 60 n Buchstaben  $\frac{1}{4}$  β mehr, und in gleicher Weise wird für jede fernere Verlängerung der Zeile bis 10 n Buchstaben  $\frac{1}{4}$  β mehr gerechnet. Demgemäß ist die Abgabe für die Zeile eines jeden Blattes vorher festzustellen, und darf der Winkelhaken keines derselben ohne vorherige Anzeige an die Behörde abgeändert werden. Gebrochene Zeilen werden dabei für voll berechnet. Bei der Anwendung größerer oder kleinerer Schriftarten, als der Petitschrift, wird die Abgabe nach der Normallänge der Zeile in Petitschrift entrichtet, ohne Rücksicht auf den, dadurch etwa verwendeten größeren oder geringeren Raum.

3) Sämmtliche vorgedachte Zeitungen, Tages- oder Wochenblätter ohne Ausnahme, welche Inserate aufnehmen, haben in ihrem Blatte oder ihrer Beilage eine abgesonderte Rubrik mit der Ueberschrift: „Anzeigen“, zu machen, unter welche alle und jede Insertionen,

Juny 27. sationen, welche von dieser Abgabe nicht ausgenommen sind, aufzunehmen sind.

4) Von jedem an den vorgedachten Orten erscheinenden Zeitungs-, Tages- oder Wochenblatte muß der Unternehmer innerhalb 24 Stunden nach der Publication desselben ein Exemplar bei der demnächst zu bezeichnenden Behörde einreichen, und dabei nach einem vorzuschreibenden Formular die Aufgabe über die Anzahl der, nach dem Maassstabe des Art. 2 darin enthaltenen Petitzzeilen von den, von dieser Abgabe nicht ausgenommenen Inseraten machen, unter Hinzufügung der Erklärung, daß in dieser Nummer des Blattes keine andere solche Inserate enthalten seien.

5) Die Abgabe ist sofort bei der Aufgabe der Insertion an den Unternehmer der Zeitung zu entrichten; und hat derselbe den Verlauf der Abgabe allwöchentlich an die Behörde abzuliefern; ein Credit darf desfalls nicht gegeben werden.

6) Falls für eine einzelne Classe von Inseraten nachweislich und allgemein eine so unerhebliche Vergütung für die Insertion bezahlt werden sollte, daß Letztere bedeutend geringer sein würde, als die Abgabe selbst; so kann der Senat unter Zustimmung Ehrb. Oberalten und Verordneter Löbl. Kammer von einer solchen Classe von Inseraten die Abgabe vorläufig erlassen. Ein solcher Erlaß darf jedoch nur für eine ganze Classe solcher Inserate, und zwar allgemein, keineswegs für einzelne Insertionen in einzelnen Blättern Statt finden.

7) Diejenigen hiesigen Blätter, welchen Juny 27. die hiesigen Proclame ex officio zur Inserirung zugewiesen werden, sind verpflichtet, alle Bekanntmachungen, Anzeigen und Mittheilungen abseiten öffentlicher Behörden, und abseiten aller Verwaltungen, öffentlichen Wohlthätigkeits-Anstalten und ähnlicher Stiftungen, unentgeltlich und vollständig in ihr nächstes Blatt aufzunehmen. Nur falls solche Inserenda von ungewöhnlicher Ausdehnung sind, ist eine Theilung der Aufnahme in mehrere der unmittelbar folgenden Blätter zulässig. Falls andere Blätter eine sofortige Zusendung öffentlicher Bekanntmachungen u. s. w. gegen eine, sodann näher zu bestimmende Verpflichtung zur Aufnahme derselben wünschen, so haben sie sich desfalls an den Senat zu wenden, welcher das Weitere zu verfügen hat.

8) Contraventionen gegen die Entrichtung dieser Abgabe werden mit dem 20fachen Betrage des umgangenen Betrags geahndet.

9) Die Modalität der Erhebung und des Ansahes dieser Abgabe wird vorgängig zum Versuch bis zu Ende des Jahres 1850 beschlossen.

10) Jedes Blatt, welches hieselbst ein Bureau oder eine Expedition, sei es zur Ausgabe des Blattes oder zur Annahme von Inseraten, hat, muß diese Abgabe, gleich den hiesigen Blättern, bezahlen, bei Strafe, daß der Debit widrigenfalls untersagt werden wird.

## LVIII.

Junn 27.

**Bekanntmachung,**

betr. die Ausführung der Verordnung über die  
Abgabe von Zeitungs-Inseraten.

Zur Ausführung des, durch den Rath- und Bürgerschluß vom 25. Junn d. J. beschlossenen, und am 27. Junn publicirten Gesetzes wegen Erhebung einer Abgabe von Zeitungs-Inseraten werden hie- durch folgende nähere Verfügungen getroffen:

1) In Befolgung der Vorschrift des Art. 2 der Verordnung haben der oder die Unternehmer oder Verleger aller, dieser Abgabe zufolge des Eingangs und des Art. 10 des Gesetzes unterworfenen Blätter, spätestens am 2. Juln eine genaue Aufgabe unter ihrer Namensunterschrift, als in Bezug auf die Inseraten-Abgabe verantwortliche Personen, darüber zu machen und auf Verlangen nachzuweisen, wie viele n Buchstaben die Petitzeile der Spalte ihres Blattes enthält. Dieselbe Anzeige ist vor jeder etwa zu treffenden Veränderung in Hinsicht der Zahl der n Buchstaben in der Petitzeile; sowie von jedem etwa neu zu gründenden Blatte vor seinem ersten Erscheinen zu machen.

2) Die Aufgabe, welche zufolge des Art. 4 des Gesetzes von den gedachten Blättern innerhalb 24 Stunden nach der Publication jedes derselben, nebst dem betreffenden Exemplare bei der Kammer einzureichen ist, hat dahin zu lauten:

der



der (die) unterzeichnete Unternehmer (Verleger) der . . . . . erklärt (erklären) hiedurch, daß in der unter dem . . . . . publicirten Nummer . . . des gedachten Blattes an Inseraten, welche zufolge des Gesetzes vom 27. Juny 1849 eine Abgabe zu entrichten haben, nicht mehr als . . . Petitzeilen enthalten; und daß in dieser Nummer des Blattes oder in dessen Beilage keine andere Inserate der gedachten Art enthalten sind, als diejenigen, welche unter der Rubrik: „Anzeigen“ vorkommen.

Zeitungsblätter, welche keine dieser Abgabe unterworfenen Inserate enthalten, sind dennoch in gleicher Art bei der Kammer unter Hinzufügung einer Declaration einzureichen, daß in dieser Nummer keine solche Anzeigen enthalten seien.

Sollte ausnahmsweise eine abgabepflichtige Anzeige wegen besonderer Sachverhältnisse nicht unter diese Rubrik gebracht werden können, so ist dies am Fuße der Declaration speciell, unter deutlicher Bezeichnung der betreffenden Anzeige, und unter genauer Angabe der nach der gesetzlichen Vorschrift berechneten Zahl von Petitzeilen hinzuzufügen.

3) Werden der Abgabe unterworfenen Anzeigen über mehr als eine Spalte gedruckt, so ist die Abgabe nach der Normallänge der Petitzeile jeder Spalte zu entrichten, und darüber in der Declaration

XXI. Band. G einer

**Juny 27.** eine abgesonderte Angabe und Berechnung aufzustellen.

4) Bei der Ablieferung der Abgabe an die Kammer, welche regelmäßig an jedem Sonnabend von dem Unternehmer oder Verleger gegen Quittung zu geschehen hat, ist eine specificirte schriftliche Aufgabe über die Zeilenzahl und den entsprechenden Verlauf der Abgabe für jede einzelne, in der betreffenden Woche erschienene Nummer des Blattes einzureichen.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 27. Juny 1849.

## LIX.

**Juny 29.**

## Verordnung

über das Verfahren bei der Abnahme von Eiden.  
Beliebt durch Rath- und Bürger-Schluß vom  
25. Juny 1849.

Auf Befehl E. H. Raths der freien Hansestadt  
Hamburg publicirt den 29. Juny 1849.

### §. 1.

Die Eidesformel soll, ohne Rücksicht auf die Confession des Schwörenden, allgemein lauten:

So wahr mir Gott helfe!

Dabei hat der Schwörende, und zwar ohne Unterschied des Geschlechts, die rechte Hand mit ausgestreckten Fingern aufzuheben.

### §. 2.

Mennoniten und Quäker bekräftigen jedoch wie bisher die Wahrheit statt eines Eides

Eides mittelst Handschlages und mit der Juny 29.  
Erklärung: bei Mannes Wahrheit.

§. 3.

Statt der bisher üblichen Verwarnungen vor dem Meineide ist in den Fällen, wo es bisher gebräuchlich war, eine solche Verwarnung der Abstattung eines Eides ex officio oder auf Anhalten einer Parthei vorausgehen zu lassen, folgende anzuwenden:

**Verwarnung vor dem Meineide.**

„Der Eid ist eine wichtige und heilige Handlung. Er enthält nicht nur der Obrigkeit gegenüber eine feierliche Versicherung der Wahrheit, sondern zugleich eine Anrufung des allwissenden und allmächtigen Gottes als Zeugen der völligen Wahrhaftigkeit des Schwörenden, und seiner ernstlichen Absicht, das in dem Eide etwa liegende Versprechen zu halten. Die geringste Abweichung des Schwörenden von der Wahrheit ist daher eine Verübung an Gott, und ein Verbrechen, welches der Staat mit einer schweren Strafe ahndet. Jeder Schwörende hat sich also wohl zu prüfen, ob er den von ihm zu leistenden Eid mit gutem Gewissen abstatte kann.“

Ueberdies ist, den Umständen nach, die Eidesformel selbst dem Schwörenden vorher vorzulesen und zu erläutern.

§. 4.

Diese Verordnung, deren Gesetzeskraft mit dem 17. July d. J. eintritt, gilt für

Junn 29. Hamburg, dessen Vorstädte, und dessen privatives Landgebiet, einschließlich des Amtes Rixebüttel.

## LX.

Junn 29.

## Verordnung

über die Aufhebung und Ablösbarkeit der in den Paragraphen 35 und 36 der Grundrechte des Deutschen Volks erwähnten Abgaben und Leistungen. Beliebt durch Rath und Bürger:  
Schluß vom 25. Junn 1849.

Auf Befehl E. H. Rathes der freien Hansestadt Hamburg publicirt den 29. Junn 1849.

### §. 1.

Als unter den §. 35 der Grundrechte fallende persönliche Abgaben und Leistungen werden in den Theilen des Hamburgischen privativen Landgebietes, wo sie noch bestehen, jedoch mit Ausnahme des Amtes Rixebüttel (für welches eine eigene Verordnung erlassen werden wird) unentgeltlich aufgehoben:

- 1) Die Verpflichtung zum Botengehen, zu Fuhren und der sogenannte Fuhrthaler in den Walddörfern.
- 2) Die Rauchhühner und das Rauchhühnergeld; das Gänsegeld.
- 3) Das Recht oder Gerichtsgeld aus mehreren Marschdörfern.

### §. 2.

Ablösbar dagegen sind nach §. 36 der Grundrechte, und zwar nur auf Antrag des Verpflichteten:

- 1) Die für ehemalige Hofedienste den Hufen und Halbhufen in den Walddörfern obliegenden

liegenden Zahlungen von resp. 50 *m*/*z* Junn 29. und 25 *m*/*z* jährlich.

- 2) Die Naturallieferungen an Korn aus mehreren Gecstdörfern und die theilweise schon jezt an deren Stelle getretenen Zahlungen.
- 3) Die Zehnten und das Last- oder Lachs- geld aus mehreren Marschdörfern.

### §. 3.

Bei diesen sämmtlichen Leistungen wird die Ablösungssumme auf das Verhältniß von 1 zu 25 festgesetzt, so daß für 1 *m*/*z* Ert. jährlicher Zahlung 25 *m*/*z* Ert. Capital zu entrichten sind. Bei Naturallieferungen ist der abzulösende Werth nach dem Preis- durchschnitt der letzten zehn Jahre zu ermitteln.

### §. 4.

Ablösbar sind ferner, und zwar gleich- falls nur auf Antrag des Verpflichteten, alle immerwährende Renten, Grundmiethen und Grundhauern sowohl in der Stadt und den Vorstädten als auf dem Landgebiete.

### §. 5.

Für die im §. 4 erwähnten Renten und Grundmiethen wird die Ablösungssumme auf Spec. Bco.*m*/*z* 30 für 1 *m*/*z* Ert. jährlicher Zahlung festgesetzt; insofern nicht etwa das Lösungsquantum im Kämmerer- contractenbuche oder im Stadt- oder Land- rentebuche ohnehin schon bestimmt worden, in welchem Falle es dabei sein Verwenden behält,

Juny 29. behält, und zwar bei altem Gelde nach den Bestimmungen des Münzdicts vom Jahre 1622.

§. 6.

Leistungen, die entweder nicht auf dem Grund und Boden haften, sondern die für die Benutzung von Staatseigenthum oder vermöge eines sonstigen nachweisbaren contractlichen Verhältnisses entrichtet werden, oder die, wenn auch als Grundmiethe oder Rente stipulirt, auf ein specielles contractliches Verhältniß hinweisen, z. B. wenn das Grundstück nur, so lange die Stadt es dulden will, oder mit gewissen Beschränkungen hinsichtlich des Gebrauchs, auf gewisse Zeit, auf Kündigung, oder unter sonstigen Bedingungen, überlassen worden ist, sind in obiger Weise nicht ablösbar und nach den Vorschriften dieser Verordnung nicht zu beurtheilen.

§. 7.

Wer eine nach diesem Gesetze ablösbare Leistung abzulösen beabsichtigt, wendet sich mit seinem desfalligen Antrage an Verordnete Eöbl. Kämmererei.

Entstehen dabei Differenzen, welche sich gütlich nicht erledigen lassen, so kann der bisher Verpflichtete den Justizweg betreten. Die competente Justizbehörde erster Instanz ist für diese Sachen in allen Fällen das Niedergericht, auch wenn der Gegenstand die ordentliche Competenz dieses Gerichtes nicht erreicht. Bei dem Niedergerichte tritt für diese Sachen, soweit es anwendbar erscheint

scheinen wird, das in den §§. 18 bis 43 Juny 29. des Expropriationsgesetzes vom 26. April 1844 vorgeschriebene summarische Verfahren ein, so wie auch etwaige Beschwerden gegen niedergerichtliche Erkenntnisse in dergleichen Sachen nach Maaßgabe §. 39 und fgg. des gedachten Gesetzes im Supplicationsverfahren anzubringen sind.

Der Besitzstand des berechtigten Staates wird weder durch die Anmeldung des Verpflichteten zur Ablösung, noch durch ein etwaiges Justizverfahren beeinträchtigt.

#### §. 8.

Nach erfolgter Ablösung wird dem verpflichtet Gewesenen von Staatswesen gehörige Quittung ertheilt, und insofern sich über die Leistung in den Hypothekenbüchern oder im Kammereicontractenbuche etwas bemerkt findet, so wird dasselbe getilgt. Die im §. 4 erwähnten Renten und Grundmiethen können jedoch auch nach Aufgabe des Verpflichteten umgeschrieben, ein Capital an deren Stelle aber nicht ohne Consens der späteren hypothekarischen Gläubiger eingeschrieben werden.

#### §. 9.

Wenn die in dieser Verordnung erwähnten aufzuhebenden oder für ablösbar erklärten Leistungen nicht dem Staate, sondern Corporationen, Kirchen, milden Stiftungen oder Privatpersonen zu prästiren sind, und eine Verständigung zwischen den Betheiligten nicht

Juny 29. nicht statt findet, so wird im Rechtswege nach Anleitung des §. 7 und, soviel die Ablösungssumme betrifft, nach den §§. 3 und 5 dieser Verordnung verfahren.

Doch sind darunter Communallasten aller Art, einschließlich die kirchlichen bis auf Weiteres nicht zu verstehen. Leistungen an Prediger, an Kirchenbeamte, z. B. an Küster, oder an Schullehrer u. s. w. können nicht anders als mit Zustimmung der Vertreter der Kirche oder Schule aufgehoben oder abgelöst werden.

#### §. 10.

Unablässbare Renten oder immerwährende Grundmieten dürfen künftig nicht ausbedungen werden; vielmehr ist bei Festsetzung einer fortlaufenden Rente oder Grundmiete die Ablösungssumme allemal gleichzeitig zu bestimmen und bei der Inscription mit aufzuführen.

### LXI.

Juny 29.

## Verordnung

wegen der zu entrichtenden Bürger-Militair-Steuer, wie dieselbe im Rath- und Bürger-Convente vom 25. Juny 1849 beliebt worden ist. Auf Befehl E. H. Rath's der freien Hansestadt Hamburg publicirt den 29. Juny 1849.

Nachdem durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 4. Januar 1849 eine Abänderung der Bürger-Militair-Steuer beliebt worden, und bereits früher die näheren Bestimmungen getroffen waren, welche Personen, und in welcher Weise sie zu dieser Steuer



Steuer herbeigezogen werden sollen, so werden Juny 29. die desfalligen Verfügungen hierdurch bekannt gemacht:

## §. 1.

Die Bürger-Militair-Steuer ist nach folgender Scala zu entrichten:

Wer nach der über die Brandsteuer bestehenden Verordnung an Brandsteuer zu zahlen hat		Zahlt als einfachen Satz zur Bürger-Militair-Steuer	
von 6 m $\%$ 11 $\beta$ bis 13 m $\%$ 5 $\beta$ . .	3 m $\%$		
über 13 : 5 : : 20 : — : . .	5 :		
: 20 : — : : 40 : — : . .	8 :		
: 40 : — : : 66 : 11 : . .	12 :		
: 66 : 11 : : 80 : — : . .	16 :		
: 80 : — : : 140 : — : . .	22 :		
: 140 : — : : 160 : — : . .	30 :		
: 160 : — : : 240 : — : . .	40 :		
: 240 : — : : 266 : 11 : . .	50 :		
: 266 : 11 : : 375 : — : . .	60 :		
: 375 : — : . . . . .	80 :		

welcher letzte Satz von 80 m $\%$  als der höchste bei dieser Abgabe zu rechnen ist.

## §. 2.

Den nach den Bestimmungen des §. 1 zu regulirenden einfachen Steuersatz zahlen:

- Wittwen und ledige Frauenzimmer;
- diejenigen männlichen Personen, welche zur Brandsteuer auf ein jährliches Einkommen über 1000 m $\%$  Ert. taxirt sind, nachdem sie bis zum vollendeten 45ten Lebensjahre persönlich im Bürger-Militair gedient haben;
- alle übrigen Bürger und Einwohner über 45 Jahre, welche wegen Befreiung vom

Juny 29. vom persönlichen Dienste im Bürger-Militair, bis zum vollendeten 45sten Lebensjahre den doppelten Steuersatz bezahlt haben.

§. 3.

Den doppelten Steuersatz zahlen bis zum vollendeten 45sten Lebensjahre:

- a. alle diejenigen, welche auf Reclamation wegen Krankheit, Gebrechen oder Körperschwäche vom Dienste befreiet sind;
- b. alle, welche laut §. 8 der Abänderungen über einige Bestimmungen des Reglements des Bürger-Militairs vom persönlichen Dienste befreiet sind, nämlich:
  1. die Mitglieder des Senats, die Oberalten, Kammer-, Banco- und Commerz-Bürger; ferner die Richter der hiesigen Gerichte, die Commissarien des Bürger-Militairs und des Contingents, vorbehältlich späterer gesetzlicher Bestimmungen;
  2. die Handelsconsuln, sofern sie hiesige Staatsangehörige sind;
  3. die nach dem 4. Januar 1849 angestellten oder anzustellenden Prediger, Professoren, Candidaten und öffentliche Lehrer; ferner Schullehrer und deren Schulgehülfen (nicht Privatlehrer), Aerzte, Wundärzte und Apotheker und die Gehülfen der letzteren;
  4. die Directoren und das festangestellte Personal der beiden städtischen Bühnen, mit Ausnahme der Orchester-Mitglieder;
  - 5.

5. Schiffscapitaine und Steuerleute von Junn 29. See- und Flußschiffen, welche hieselbst ein Domicil haben;
6. diejenigen in den Druckereien täglich erscheinender, auch amtliche Bekanntmachungen enthaltende Blätter, und in der Rathsbuchdruckerei angestellten Gehülfsen, welchen nach Erforderniß der nöthigen Druckarbeit die Befreiung vom persönlichen Dienste gestattet worden ist;
7. Livree-Diener und Livree-Kutscher;
8. die Beamten und Angestellten an den Kirchen, an öffentlichen Anstalten und Verwaltungen, an den Wasserkräften, Eisenbahnen und der Gas-Erleuchtung;
9. fremde Gewerbsgenossen, sobald sie 3 Jahre hier anwesend sind, und diejenigen Fremden, welche hieselbst einen Brod-Erwerb treiben, aber weil die Dauer ihres Aufenthalts noch zweifelhaft ist, für die ersten 2 Jahre vom persönlichen Dienste im Bürger-Militair befreiet sind;
10. Diejenigen, welche ein, nach allgemeinen Volksbegriffen entehrendes Geschäft treiben, oder wegen entehrender Handlungen bestraft sind, und deshalb laut §. 13 der obengenannten abändernden Bestimmungen vom Dienste im Bürger-Militair ausgeschlossen sind.

Juni 29.

§. 4.

Von dieser Steuer gänzlich befreiet sind:

- a. Diejenigen, welche persönlich im Bürger-Militair dienen, während der Dauer dieses Dienstes;
- b. diejenigen Officiere des Bürger-Militairs, welche mit dem vollendeten 40 sten Lebensjahre, und diejenigen Corporale und Sergeanten, welche mit dem vollendeten 42 sten Lebensjahre ihren Abschied verlangen und erhalten haben, jedoch nur bis zum vollendeten 45 sten Lebensjahre;
- c. alle Diejenigen, welche zur Brandsteuer unter 1000 m<sup>z</sup> jährlichen Einkommens taxirt sind;
- d. die im §. 7 der abändernden Bestimmungen sub a bis i genannten Personen, nämlich:
  1. die hier residirenden Personen mit diplomatischem Character;
  2. die bei den hier bestehenden fremden Postämtern angestellten Beamten und Officianten, insofern selbige nicht hiesige Staatsangehörige sind;
  3. Diejenigen, welche zum activen Dienste im Contingente einberufen sind und diesen Dienst persönlich oder durch einen Stellvertreter leisten;
  4. die Spritzenleute;
  5. die Polizeysergeanten und Officianten, so wie die Commandeure und Officianten der Hafentrunde;
  6. die Nachtwächter;
  7. Matrosen, so lange sie zur See fahren;
  - 8.

8. fremde Handwerksgeossen, so lange Juny 29. sie noch nicht 3 Jahre hier anwesend sind;
9. sonstige Fremde, sofern sie als Reisende zu betrachten, d. h. keinen dauernden Aufenthalt hier haben, und weder eigenes Geschäft hier betreiben, noch in hiesigen Geschäften angestellt sind.

## §. 5.

Die Steuer ist innerhalb 4 Wochen nach Empfang des Steuerzettels an dem auf demselben anzugebenden Orte und in den ebenfalls namhaft zu machenden Stunden zu entrichten.

## §. 6.

Erwanige Reclamationen werden nur 4 Wochen nach dem Datum des Steuerzettels, auf dem Rathhause an den in dem Steuerzettel bemerkten Tage entgegen genommen.

## LXII.

**Bekanntmachung,**

Juny 29.

betr. die Obliegenheiten der noch nicht activen Contingentspflichtigen.

Da bei den gegenwärtigen außerordentlichen Zeitverhältnissen die Möglichkeit vorliegt, daß diejenigen, welche vom augenblicklichen Dienste im Contingente befreiet sind, einberufen werden, es bei dieser Sachlage aber in der Billigkeit liegt, dieselben nicht zu sofortiger Uniformirung und zum activen Dienste im Bürger-Militair anzuhalten, soferne dieselben durch

Juny 29. durch Bezahlung der Wachen einen Theil ihrer Verpflichtung erfüllen und dadurch verhindert wird, daß durch ihr Ausfallen anderen Bürgern eine größere Last aufgebürdet werde, so verfügt E. H. Rath, daß alle diejenigen, welche zum Dienste im Contingente zwar verpflichtet, aber noch nicht zum activen Dienste aufgefördert sind, während der nächsten 12 Monate, für den Fall, daß die Dienstpflicht so lange dauert, von der Uniformirung und dem activen Dienste im Bürger-Militair zu dispensiren seien, jedoch unbeschadet ihrer Verpflichtung zur Leistung des Wachdienstes durch Stellung eines Vertreters.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 29. Juny 1849.

### LXIII.

July 2.

### Bekanntmachung

in Betreff der Abgabe von Zeitungs-Inseraten.

Es wird hiedurch nachträglich bekannt gemacht, daß die im Art. 1 der Bekanntmachung vom 27. Juny d. J. in Betreff der Ausführung der Verordnung über die Abgabe von Zeitungs-Inseraten zu machende Aufgabe über die, in der Petitzeile jedes Blattes enthaltene Zahl von *n* Buchstaben, bei Verordneten der Kammer einzureichen ist.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 2. July 1849.

LXIV.

## LXIV.

## V e r o r d n u n g

Juli 4.

in Beziehung auf die Wahl des Vogts, der Deputirten und Gemeinde-Aeltesten in Geesthacht.

Nachdem am 23. May vorigen Jahrs zwischen Commissionen der Senate Lübeck's und Hamburg's und Geesthachter Deputiren über Erwählung des Vogts zu Geesthacht verhandelt und das Besprochene durch die Senate genehmigt, auch die Ausführung an beiderseitige Visitations-Behörden verwiesen worden, wird nunmehr von diesen Folgendes verordnet:

## §. I.

1) Für die Wahl eines Vogts in Geesthacht sind von daselbst wohnhaften, einen abgesonderten Haushalt habenden, volljährigen Landbürgern, von welchen wenigstens zwei Drittheile gegenwärtig sein müssen, drei in der Dorfschaft angesessene Grund-Eigenthümer in Vorschlag zu bringen. Jeder der auf den Wahlaufsatz zu bringenden Grund-Eigenthümer muß die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten, d. h. er muß mehr als die Hälfte der Stimmen dieser Anwesenden erhalten. Ergiebt sich für Einen der Vorschlagenden keine absolute Mehrheit, so wird über die beiden, welche für diesen einzelnen Vorschlag die meisten Stimmen erhalten, nochmals abgestimmt. Die also vorgeschlagenen drei Grund-Eigenthümer werden in der Reihenfolge,

July 4. folge, wie ihnen die meisten Stimmen zugefallen sind, der Visitation der Directorial-Stadt namhaft gemacht, worauf die Visitations-Behörden beider Städte Einen der Vorgeschlagenen erwählen.

2) Die Abstimmung über die drei Vorschlagenden geschieht in der Wohnung des, interimistisch das Amt eines Vogts Verwaltenden und unter der Leitung der vier im §. 16 der Geesthachter Gemeinde-Ordnung angeordneten Gemeinde-Aeltesten durch persönliches Einlegen von Stimmzetteln in eine verschlossene oder versiegelte Wahl-Urne.

3) Haben sich zu der Versammlung, in welcher ein Aufsatß für die Wahl eines Vogts gemacht werden soll, nicht zwei Dritteile der Stimmberechtigten eingefunden, so ist ein zweiter Termin von dem den Wahlvorschlag oder die Wahl Leitenden anzusehen und bekannt zu machen, und zwar unter dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß, falls auch dieses Mal nicht die genügende Anzahl der Stimmberechtigten erscheinen würde, die bevorstehende Wahl von den Visitations-Behörden ohne Weiteres werde vorgenommen werden.

4) Ist auch in diesem zweiten Termin die erforderliche Zahl der Stimmenden nicht zugegen, so sind die in beiden Terminen aufgenommenen Protocolle an die Visitations-Behörde der Directorial-Stadt einzusenden, und es bleibt alsdann für das Mal beiderseitigen Visitations-Behörden überlassen, aus den Wahlfähigen einen Vogt zu ernennen.

5)



5) Auch in dem Fall, wenn unter den Wahlmännern keine absolute Majorität für den zu präsentirenden Vogt zu Geesthacht zu erlangen ist, steht den beiden Visitations- Behörden die Ernennung eines Vogts aus denjenigen Grund- Eigenthümern zu, welche die mehrsten Stimmen bei den Wahlberechtigten erhalten haben. July 4.

## §. II.

Eine gleiche Ernennung abseiten der Visitations- Behörden für den einzelnen Fall tritt für Geesthacht ein, falls die Wahl eines Deputirten oder Gemeinde- Ältesten daselbst nicht erfolgt, nachdem eine zweimalige vorhergehende Aufforderung in der vorerwähnten Art stattgefunden hat.

## §. III.

Der zur Wahl des Vogts, eines Deputirten oder Gemeinde- Ältesten bestimmte Tag wird, sowohl durch Ansagen in den Häusern aller Wahlberechtigten, als auch durch Publication von der Kanzel bekannt gemacht.

## §. IV.

Wie schon durch die Geesthachter Gemeinde- Ordnung von 1843 §. 14 die Verpflichtung zur Annahme von Gemeinder- Ämtern ausgesprochen ist, so dürfen die als zum Vogt, Gemeinde- Ältesten oder Deputirten Erwählten und Bestätigten der Uebernahme der Anstellung, wozu sie be-

XXI. Band. H 81 rufen

- July 4. rufen worden, sich nicht entlegen. — Der sich beharrlich Weigernde hat an die Gemeinde-Casse während der nächsten zehn Jahre fünf bis zehn Thaler jährlich als Geldbuße zu entrichten. In die nämliche Strafe verfällt derjenige, welcher nach Uebernahme des Amts sich den Geschäften desselben, ohne als genügend anerkannte Gründe, entzieht. Die beiderseitigen Visitations-Behörden entscheiden dieserhalb in jedem einzelnen Fall, unter Berücksichtigung etwa eintretender besonderer, die Weigerung entschuldigender und bescheinigter Gründe, welche sind: anhaltend kränklicher Zustand, sonstige körperliche Gebrechen und ein Alter von fünf und sechzig Jahren.

## §. V.

Bei Gemeinde-Ämtern, zu welchen, zufolge dieser Verordnung oder sonst, die gemeinschaftliche Visitations-Behörde oder diejenige der Directorial-Stadt ernannt, oder in welchen sie die Bestätigung ertheilt, ist von der betreffenden Visitations-Behörde, welche die Ernennung oder Bestätigung hat, auch über eine nachgesuchte Entlassung zu entscheiden.

## §. VI.

Solche Gemeinde-Ämter, zu welchen nur Grund-Eigenthümer wahlfähig sind, müssen abgegeben werden, wenn der sie bisher verwaltende Grund-Eigenthümer sich auf den Altentheil begiebt.

Publicirt im Amte Bergedorf, den  
4. July 1849. LXV.

LXV.

Rath: und Bürger: Convent July 12.

vom 12. July.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag den 12. July zusammen zu berufen, und derselben folgende Anträge vorzulegen.

Propositio Senatus.

I. Indem E. E. Rath Behufs Erlangung einer Uebersicht über unsern diesjährigen regelmäßigen Staatshaushalt den diesjährigen Budget-Entwurf nebst Berichten und Special-Nachweisungen Erbges. Bürgerschaft mittheilt, so ersucht er aus den in der Anlage näher auseinandergesetzten Gründen Erbges. Bürgerschaft um ihre Mitgenehmigung:

daß zur Deckung der Bedürfnisse des diesjährigen regelmäßigen Staatshaushalts eine außerordentliche Brandsteuer für das Jahr vom 1. July 1849/1850 erhoben werde.

II. Das größere Finanz: Bedürfniß, welches sich schon jetzt für das laufende Jahr über den Budget: Anschlag hinaus ergibt, veranlaßt E. E. Rath aus den, in der Anlage näher entwickelten Gründen, bei Erbges. Bürgerschaft darauf anzutragen:

daß Erbges. Bürgerschaft eine fernere Verwendung eines Theils der zweiten

§ 2

Hälfte

July 12. Hälfte der Hamburgischen Staats-Prämien-Anleihe für die diesjährigen außerordentlichen Staatsbedürfnisse, durch Vertheilung derselben nach Maaßgabe der Steuer-Ansätze der Brandsteuer, und zwar in der, in der Anlage näher angegebenen Art mitgenehmigen wolle.

### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft kann sich ad I mit der Deckung der Bedürfnisse des diesjährigen regelmäßigen Staatshaushalts durch Erhebung einer außerordentlichen Brandsteuer nicht einverstanden erklären;

genehmigt ad II die beantragte fernere Vertheilung eines Theils der Staats-Prämien-Anleihe, und spricht zugleich den dringenden Wunsch aus, Ehrb. Oberalten wollen ungesäumt Maaßregeln veranlassen, damit die in der Anlage B. erwähnten Steuerrückstände sofort beigetrieben werden, und falls dieses durch die bisherige Art und Weise der Execution nicht möglich sein sollte, dafür sorgen, daß in kürzester Frist behufige Anträge deshalb an Erbges. Bürgerschaft gelangen.

### Replica Senatus.

Ad II dankt E. C. Rath Erbges. Bürgerschaft für den Beitritt, und behält sich ad I wegen der proponirten und nicht genehmigten außerordentlichen Brandsteuer das Weitere vor.

## LXVI.

## Bekanntmachung,

Juli 13.

betr. die Uebernahme eines Theils der Staats-  
Prämien : Anleihe durch Brandsteuer : Pflichtige.

Durch den Rath : und Bürger : Schluß vom  
12. d. M. ist, behufs Deckung der dies-  
jährigen außerordentlichen Staatsbedürfnisse  
die Verpflichtung zur Uebernahme eines  
Theils der 2ten noch übrigen Hälfte der  
Hamburgischen Staats : Prämien : Anleihe  
durch Brandsteuer : Pflichtige in folgender  
Art beschlossen worden:

Diejenigen Contribuenten zur Brand-  
steuer, deren Steuer : Ansaß 50 m $\%$  Ert.  
und darüber beträgt, haben, nach Maaß-  
gabe des Betrags ihres Steuer : Ansazes,  
eine oder mehrere Obligationen der Ham-  
burgischen Staats : Prämien : Anleihe zum  
Pari : Course zu übernehmen, und zwar in  
der Art, daß bei einem Steuer : Ansaß  
von 50 m $\%$  Et. incl. bis zu 150 m $\%$  Et. excl.

1 Obligation à 100 m $\%$  Bco.

: 150 : : incl. bis zu 250 m $\%$  Et. excl.

2 Obligationen à 100 m $\%$  Bco.

: 250 : : incl. bis zu 350 m $\%$  Et. excl.

3 Obligationen à 100 m $\%$  Bco.

und so in gleicher Art ferner für jede  
100 m $\%$  Ert. Steuer : Ansaß mehr, eine  
Obligation mehr zu übernehmen ist.

Der Betrag der Obligationen ist auf  
desfallige Ausschreibung abseiten der  
Steuer : Deputation sofort einzuzahlen, wor-  
auf die Obligationen zugesandt werden.

Die

July 13. Die dabei zum Grunde zu legenden Ansätze zur Brandsteuer richten sich nach den rectificirten Steuerlisten der Brandsteuer vom 1. July 1848/1849. Solches wird hiedurch öffentlich bekannt gemacht.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 13. July 1849.

## LXVII.

### Aug. 3. Jagdverordnung.

Beliebt durch Rath und Bürger:Schluß vom 25. Juny 1849.

Auf Befehl E. H. Raths der freien Hansestadt Hamburg publicirt den 3. August 1849.

Die durch Rath und Bürger:Schluß vom 25. Juny d. J. beliebte Jagdverordnung wird hiemit öffentlich bekannt gemacht. Die Gesetzeskraft derselben tritt mit dem 1. September d. J. ein.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 3. August 1849.

#### I. Von der Jagdberechtigung.

##### §. 1.

Die Jagdgerechtigkeit, wie sie bisher, und nach Maafgabe der Jagdverordnung vom 29. July 1831 als Regal bestand, ist, sowie diese Verordnung selbst, aufgehoben. Jedem Grundeigenthümer steht das Jagdrecht auf seinem Grund und Boden unter den in gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Beschränkungen selbst zu.

Das

Das Jagdrecht kann als dingliches Recht Aug. 3. von dem Grundeigenthume fernerhin nicht getrennt und veräußert werden.

### §. 2.

Wildschadenersatz in Betreff des aus anderen Jagdgebieten eindringenden Wildes wird nicht geleistet.

## II. Von der Ausübung der Jagdberechtigung.

### §. 3.

Die Benutzung der Jagd auf dem Grundeigenthume des Staates bleibt demselben vorbehalten. Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten jedoch auch für die vom Staate angestellten Jäger, Forstbeamten und Jagdpächter, sowie gegen diejenigen, welche das Gesetz auf dem Grundeigenthum des Staates übertreten.

### §. 4.

Eigenthümer von Grundstücken im Geestgebiet (mit Ausnahme der Walddörfer) von der Größe von 250 Scheffeln zu 200 Quadratruthen von 256 Quadratsfuß, in den Walddörfern von 200 Scheffeln zu 256 Quadratruthen von 256 Quadratsfuß, und im Marschgebiet von 100 Morgen zu 600 Quadratruthen von 196 Quadratsfuß (welche aber in allen Fällen zusammenhängend liegen müssen) sind berechtigt, das Jagdrecht persönlich auszuüben, oder durch  
Andre

Aug. 3. Andere zu ihrem alleinigen Nutzen ausüben zu lassen.

§. 5.

Dagegen ist es den kleineren Grundbesitzern nicht gestattet, das Jagdrecht persönlich auszuüben, vielmehr ist die Gesamtheit der kleineren Grundbesitzer jeder Dorfschaft nur berechtigt, dasselbe durch einen aus ihrer Mitte oder sonst anzustellenden Jäger oder Jagdpächter zu ihrem Nutzen ausüben zu lassen. Die Art und Weise, wie dies zu beschaffen ist, wird durch Stimmenmehrheit der Grundeigenthümer jeder Ortschaft bestimmt. Dabei hat jeder Eigenthümer, welcher 25 Scheffeln Grundeigenthum oder weniger besitzt, eine, von 25 bis zu 50 Scheffeln zwei, und für jede 25 Scheffel mehr eine fernere Stimme.

Jede Ortschaft ist verpflichtet, die zuständige Landesobrigkeit von ihren desfallsigen Beschlüssen und deren etwaigen Änderungen jedesmal sofort zu benachrichtigen.

§. 6.

In seinen eingefriedigten Höfen und Gärten kann jedoch ein Jeder das etwa eindringende Wild selbst erlegen.

§. 7.

Während der Setz- und Hegezeit, welche am 1. März anfängt und am 1. September endigt, darf außer Zugvögeln und Raubthieren überall kein Wild erlegt oder gefangen werden, es wäre denn, daß dasselbe in  
den



den Feldern erweislichen Schaden anrichtete. Aug. 3.  
Nur die im §. 6 erwähnten Fälle sind hievon  
ausgenommen.

§. 8.

Die Jagdberechtigung darf nur so ausgeübt werden, daß dadurch weder dem Staat noch Privaten ein Schade zugefügt wird. Jede dabei vorkommende erweisliche Beschädigung an Personen und Eigenthum ist der die Jagd Ausübende zu erstatten verpflichtet, und falls er die Jagd nicht aus eigener Berechtigung ausübt, muß die Gesamtheit der Jagdeigenthümer des Jagdbezirks für Dasjenige haften, was von dem von ihnen angestellten Jäger oder Jagdpächter etwa nicht beizutreiben ist.

Das Betreten von Kartoffelfeldern und von junger Saat im Herbst ist jedoch als Beschädigung nicht anzusehen.

§. 9.

Das Legen von Selbstschüssen und Fang-eisen, sowie die Anlegung von Fanggruben und Schlingen zum Fangen des vierfüßigen Wildes ist gänzlich verboten.

III. Straf- und sonstige Bestimmungen in Bezug auf die Ausübung des Jagdrechtes.

§. 10.

Niemand darf ein Jagdgebiet, in welchem er nicht persönlich zur Ausübung der Jagd berechtigt ist, mit einem zur Jagd tauglichen Schießgewehr,

Aug. 3. Schießgewehr, oder mit Schlingen oder Fallen zum Einfangen des Wildes versehen, betreten. Da, wo ein Jagdberechtigter mittelst der zur Verbindung der Ortschaften dienenden öffentlichen Fahrwege entweder überall nicht oder doch nur auf großen Umwegen zu seinem Jagdrevier oder einem Theile desselben gelangen kann, ist zwischen den verschiedenen Jagdberechtigten eine Verabredung über die zu benutzenden Wege zu treffen. Auch findet diese Vorschrift, soviel Schießwaffen anbetrifft, auf vom Staate angestellte Forst- und Steuerbeamte keine Anwendung.

#### §. 11.

Es ist niemanden ohne vorgängige Erlaubniß des zur Ausübung der Jagd berechtigten Jägers erlaubt, auf fremdem Jagdgebiete Wild zu erlegen oder zu fangen oder gefundenes Wild mitzunehmen, es wäre denn, daß das gefundene Wild sofort abgeliefert würde.

Eben so wenig ist die Wildfolge, d. h. die Verfolgung des auf eigenem Grund und Boden angeschossenen oder angehehten Wildes in fremdem Jagdrevier erlaubt. Auch solches Wild gehört demjenigen, in dessen Jagdbezirk es sich befindet.

#### §. 12.

Jede Uebertretung der Vorschriften des §. 7, so wie das Jagen auf eigenem Grund und Boden gegen die Bestimmungen des §. 5,

§. 5, wird mit einer Strafe von 5 Thlr., Aug. 3. jede Uebertretung der §§. 9, 10 und 11 dagegen mit einer Strafe von 10 Thlr. und beziehungsweise Confiscation des Schießgewehrs zum Besten des Jagdberechtigten geahndet. Im Wiederholungsfall werden diese Strafen verdoppelt. Sind die Geldstrafen nicht beizutreiben, so tritt statt derselben Gefängnißstrafe ein, wobei 5 Thlr. gleich drei Tagen Arrest geachtet werden. Ueberdies muß der Schuldige das erlegte, gefangene oder mitgenommene Wild nach dem Marktpreise, den es als ausgewachsenes Wild in Hamburg gehabt haben würde, dem Jagdberechtigten vergüten; ist er dazu nicht im Stande, so wird er mit angemessener Gefängnißstrafe belegt, insofern nicht die Vorschrift des §. 8 in Anwendung kommen kann.

#### §. 13.

Wird das Jagen auf fremdem Grund und Boden, oder dasjenige auf eigenem Grunde den Vorschriften des §. 5 zuwider, von mehreren in Gemeinschaft oder von Einzelnen gewerbemäßig betrieben, so werden die im §. 12 festgesetzten Strafen verdoppelt.

#### §. 14.

Werden bei Ausübung der Jagd sonstige strafbare Handlungen begangen, so tritt die dadurch nach den bestehenden Gesetzen verwirkte Strafe ein. Namentlich behält es auch bei den bestehenden Verböten des unbefugten Schießens sein Bewenden, und bleibt

- Aug. 3. bleibt das Ausnehmen der Nester von Sing- und anderen Vögeln außerhalb der Gebäude, Gärten und Höfe bei 2 Thlr. Strafe für jeden Contraventionsfall verboten.

§. 15.

Der Jagdberechtigte ist befugt, die in seinem Jagdbezirk betroffenen Uebertreter der Vorschriften der §§. 5, 7, 9, 10 und 11 anzuhalten, zu entwaffnen, und deren Hunde einzufangen, oder wenn das Einfangen der Hunde nicht thunlich ist, selbige todzuschießen. Widersezt sich der Betroffene, so wird derselbe mit angemessener Gefängnißstrafe, und wenn er zu Thätlichkeiten schreitet, den Umständen nach mit der verwirkten Criminalstrafe belegt.

Der Jagdberechtigte hat den Angehaltenen jedesmal vor den Voigt der nächsten Ortschaft zu führen, welcher verpflichtet ist, denselben zu verhaften, insofern nicht sofort hinlängliche Sicherheit für Strafe und Schadensersatz geleistet wird.

§. 16.

Der Jagdberechtigte ist ebenfalls befugt, herrenlos im Jagdbezirk umherlaufende Hunde und Katzen todzuschießen.

§. 17.

Unter dem Ausdrücke Wild werden verstanden: Wilde Schweine, Edel- und Dammhirsche, Rehe, Hasen, Dachse, Füchse, Marder, Iltisse, Eichhörnchen, Birkhühner, Feldhühner,

Feldhühner, wilde Gänse und Enten, Wald: Aug. 3.  
und Pfuhlschnepfen, Beckassinen, und die  
Jungen und Eier dieser Thiere.

## §. 18.

Diese Verordnung gilt für das gesammte  
privative Landgebiet, vorbehältlich einiger  
für das Amt Rixbüttel besonders zu  
erlassender Verfügungen.

## LXVIII.

## Bekanntmachung, Aug. 14.

betr. die Erneuerung des Tumult-Mandats. \*)

Bei Gelegenheit des Durchmarsches eines  
aus Schleswig-Holstein zurückkehrenden  
Königl. Preussischen Infanterie-Bataillons  
sind in der letzten Nacht strafbare, Ehre  
und Ordnung verletzende Gewaltthaten  
gegen Eigenthum und Leben verübt worden.

Der Senat sieht sich hiernach gezwungen  
das Tumult-Mandat  
in Kraft zu setzen.

Es wird dadurch insonderheit die  
Schließung von Schenk- und ähnlichen  
Wirthslocalen um 8 Uhr Abends verfügt,  
so wie ein jeder Bürger und Familienvater  
durch dasselbe ermahnt wird, sich und seine  
Hausgenossen von früher Abendstunde an  
zu Hause zu halten.

\*) Das Tumult-Mandat vom 8. Juli 1796 s. vor.  
Sammlung Bd. IV. S. 122 — 128. Vergl. auch  
oben Bd. VI. S. 59. Bd. XX. S. 272.

Indem

Aug. 14. Indem der Senat dies zur allgemeinen Kenntniß bringt, spricht Er die Hoffnung aus, daß jeder, dem das Wohl seiner Vaterstadt am Herzen liegt, nach Kräften bemüht sein werde, die böswilligen Unruhestifter niederzuhalten, und der leider so großen Zahl Irregeleiteter über ihre Irrthümer so wie über die Gefahren die Augen zu öffnen, welchen wir durch die Wiederholung ähnlicher Vorfälle ausgesetzt sein würden und deren Abwendung wir diesmal nur der besonnenen Mäßigung und der Disciplin des befreundeten deutschen Truppen-Corps verdanken.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 14. August 1849.

## LXIX.

Aug. 16.

### Bekanntmachung,

betreffend die Einquartierung in bestimmten Stadttheilen.

Die nicht genug zu beklagenden Vorfälle vom 13. d. M. haben die Folge gehabt, daß das bereits hier befindliche Königl. Preussische Militair binnen Kurzem noch vermehrt werden wird. Da diese Maaßregel sich für jetzt nicht abwenden läßt, so wird es nothwendig, die Truppen in der Stadt, den Vorstädten und auf dem Landgebiete bei den einzelnen Bürgern und Einwohnern einzuquartieren. Auf besondere Requisition der betreffenden Militair-Chefs wird die Einquartierung

Einquartierung sich in einem bestimmten Aug. 16. Theil der Stadt concentriren. Ueber die Ausgleichung dieser Einquartierungslast werden weitere Bestimmungen vorbehalten.

E. Hochedl. Rath bringt dies hiemit zur allgemeinen Wissenschaft, und zeigt zugleich an, daß die durch den Rath und Bürger-Schluß vom 16. April d. J. angeordnete Central-Commission beauftragt worden ist, sich mit den Königl. Preussischen Militair-Behörden hinsichtlich der Ausführung in Vernehmen zu setzen, und das weiter Erforderliche bekannt zu machen.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 16. August 1849.

## LXX.

### Bekanntmachung,

Aug. 16.

betreffend die mit Einquartierung zu belegenden Bezirke und die Verpflegung der Truppen.

Im Verfolg der heutigen Bekanntmachung E. H. Rath's bringt die unterzeichnete Commission hiemit zur Kenntniß des Publikums, daß auf den Antrag der Königl. Preuß. Militair-Behörde, am morgenden Tage der folgende Bezirk der Stadt mit Natural-Einquartierung belegt werden muß:

Esplanade

Glockengießerwall bis zur Ferdinandstraße

Ferdinandstraße

Alsterdamm

Hermannstraße

Aug. 16.

Hermannstraße  
 Schleusenbrücke  
 Alsterarcaden  
 Neuerwall, oberes Ende  
 Poststraße  
 Große Bleichen, oberes Ende  
 Königstraße  
 A. B. C.-Straße  
 Caffamacherreihe  
 Valentinslamp  
 Dragonerstall und von da zum Damm-  
 thor, der  
 Dammthorwall  
 Dammthorstraße  
 Große und kleine Drehbahn  
 Theater- und Fehlandtstraßen  
 Büschstraße  
 Gänsemarkt  
 Alter und neuer Jungfernstieg

und alle in diesem Bezirke belegenen  
 kleineren Straßen &c.

An Verpflegung ist den Truppen zu  
 verabreichen:

den Unterofficieren und Soldaten

Morgens: Caffee und Butterbrodt,

Mittags: Suppe, Fleisch und Gemüse,

Frühstück und Abends: Butterbrodt und

Bier, dabei ein reines Lager von Stroh  
 mit Bettlaken und Decke, oder wo es  
 sein kann, ein Bett;

der Feldwebel erhält Verpflegung und Quar-  
 tier in etwas besserem Maasstabe;

die



die Herren Officiere erhalten:

Aug. 16.

Morgens Caffé und Butterbrodt;  
angemessenes Frühstück;

: Mittags: Essen und Abend:  
brodt nebst täglich einer Flasche Wein.

An Raum erhält: der Lieutenant ein Zimmer,  
der Hauptmann Zimmer und Schlafstube,  
die höheren Officiere, außerdem wo es er-  
forderlich, ein Zimmer für einen Schreiber.

Hamburg, den 16. August 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

## LXXI.

### Bekanntmachung,

Aug. 17.

betreffend die Ausdehnung des Bezirkes für die  
Einquartierung.

Da es, um die Einquartierungslast zu er-  
leichtern, nothwendig geworden ist, den mit  
Einquartierung zu belegenden Bezirk zu  
erweitern, so wird hiedurch von der Central-  
Commission bekannt gemacht, daß annoch  
folgende Straßen so weit erforderlich mit  
Einquartierung werden belegt werden:

Neustädter Fuhlentwiete

Hohe Bleichen

Große Bleichen in ihrer ganzen Aus-  
dehnung

Neuerwall desgleichen

Alterwall

Mönkedamm

Graskeller

Großer Burstah

XXI. Band.

J

Große

Aug. 17.

Große Johannisstraße

Rathhausmarkt

Rathhausstraße

Speersort

Pferdemarkt

Breitestraße

Spitalerstraße

Lilienstraße

Beide Rosenstraßen

Kaboisen

Glockengießerwall in seiner ganzen  
Ausdehnung

Georgsplatz

Brandsende

Gertrudenstraße

Alsterthor

Paulstraße

Bergstraße

Knochenhauerstraße

so wie alle im Bereich dieser Gassen liegenden  
Nebenstraßen.

Hamburg, den 17. August 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

## LXXII.

Aug. 18.

## Bekanntmachung,

betr. die Bureaux der Central-Commission für  
die Einquartierung.Vom Montage, den 20. August, sind die  
Bureaux der Central-Commission für die  
Einquartierung in die Börsenarcaden, eine  
Treppe

Treppe hoch, Eingang vom Adolphsplatz, Aug. 18.  
verlegt.

Hamburg, den 18. August 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

### LXXIII.

#### Notification,

Aug. 20.

die Erhebung einer Steuer, zum Besten der Kirche zu Allermöhe in Billwärder, betreffend.

Da die Kirche zu Allermöhe zur Deckung der an der Kirche und an den Häusern derselben verursachten Kosten außerordentliche Einnahme bedarf, indem die gewöhnliche Einnahme zur Bestreitung jener Kosten nicht hinreicht, so haben mit Genehmigung E. H. Raths, vigore Conclusi d. 16. Aug. a. c. die unterzeichneten Landherren, auf desfalls nach der in einer abseiten der Gemeinde-Mitglieder stattgefundenen Versammlung festgestellten Modalität, erfolgte Mittheilung eine Kirchensteuer auf zwei Jahre, nämlich für 1849 und 1850 angeordnet.

Zu dieser, auf Michaelis dieses Jahrs zum erstenmale zu erhebenden Kirchensteuer, hat jährlich zu entrichten:

Ein Hofener, für jeden Morgen

Landes . . . . . — mk 6 β.

Ein Råthner, welcher eigene

Kirchenstellen besitzt . . . 2 : — :

Ein Råthner, welcher keine

Kirchenstellen hat . . . . 1 : — :

Ein Einwohner . . . . . — : 8 :

Σ 2 Es

Aug. 20. Es hat demnach ein Jeder, welcher zu dieser Steuer beizutragen hat, nicht nur seinen Antheil willig und pünktlich zu entrichten, falls er sich nicht der sonst unvermeidlichen Folge aussetzen will, durch executivische Zwangsmittel dazu angehalten zu werden, sondern auch den mit der Encassirung dieser Steuer Beauftragten mit Anstand und Bescheidenheit zu begegnen.

Hamburg, den 20. August 1849.

W. Enbe,

p. t. Landherr der Marschlande.

J. C. G. Arning, Dr.

p. t. Landherr der Marschlande.

#### LXXIV.

Aug. 21.

#### Bekanntmachung,

betr. die Veranlassungen des Einrückens und Verbleibens der Königl. Preussischen Truppen.

Da wegen des Verbleibens einer großen Anzahl Königl. Preussischer Truppen über die Zeit des Durchmarsches hinaus vielfach irrige Ansichten und Besorgnisse verbreitet sind, so sieht der Senat sich veranlaßt, zur Kenntniß des Publicums zu bringen, daß nach den ihm gewordenen Erklärungen die Königl. Preuß. Regierung die Rechte und Unabhängigkeit unseres Freistaats in jeder Weise ehren werde. Es hat die ganze Maaßregel darin ihren Grund, daß nach den beklagenswerthen Vorfällen vom 13. August die Königl. Preussische Regierung nothwendig

nothwendig befunden hat, eine Anzahl Truppen Aug. 21. bis auf Weiteres hier zu lassen, um in unserer Stadt, durch welche ihre geregelte Verbindung mit den in den Herzogthümern Schleswig: Holstein befindlichen Truppen vermittelt und bedingt wird, namentlich auch mit Hinsicht auf etwaige fernere Durchmärsche derselben, der Wiederkehr solcher Scenen vorzubeugen. Die Königl. Preussische Regierung hat außerdem darauf hingewiesen, daß, wenn sie auch nicht die Absicht habe, sich ungerufen in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen, doch kein Nachbarstaat es ruhig mit ansehen könne, wenn von Hamburg aus die schamlosesten Angriffe und Aufhehereien fortwährend Statt finden; ja, die Stadt selbst zum Mittelpunct der Bestrebungen und Wühlereien der Umsturzparthei für Norddeutschland gemacht werde.

Der Senat hat das Einrücken der Königl. Preussischen Truppen weder mittelbar noch unmittelbar in irgend einer Weise veranlaßt; unter den gegenwärtigen Umständen aber und nach diesen Erklärungen der Königl. Preussischen Regierung wird es nicht möglich sein, die Stadt von der Last der Einquartierung, welche den ruhigen Bürger ohne sein Verschulden drückt, schon jetzt zu befreien. Jedoch wird der Senat nichts unterlassen, um jedenfalls alle thunlichen Erleichterungen herbeizuführen. Er fordert seine Mitbürger eben so ernstlich als dringend auf, ihn bei den zur dauernden Aufrechthaltung der Ruhe erforderlichen Maaßregeln

Aug. 21. regeln mit allen Kräften zu unterstützen, indem darin das sicherste Mittel liegt, dem drückenden Zustande baldthunlichst ein Ende zu machen und die Wohlfahrt Hamburgs zu sichern.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 21. August 1849.

## LXXV.

Aug. 27. Rath und Bürger-Convent  
vom 27. August.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Montag, den 27. August, zusammen zu berufen, um ihr folgenden Antrag vorzulegen:

## Propositio.

Unter Bezugnahme auf die Anlage nebst den dazu gehörigen Unteranlagen trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mit zu genehmigen:

daß der Beitritts-Erklärung des Hamburgischen Bevollmächtigten zu dem am 26. May d. J. abgeschlossenen Bündnisse der Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover die Ratification ertheilt werde.

Erbgeessene Bürgerschaft ertheilte dem heutigen Antrage E. E. Rathes ihre Mitgenehmigung.

LXXVI.

## LXXVI.

**Aufforderung**

Aug. 30.

zur Zurücklieferung geraubter Waffen und  
Munition.

Da ein großer Theil der in der Nacht vom 13. auf den 14. August d. J. von der Gänsemarkt-Wache geraubten Waffen und Munition bisher nicht zurückgeliefert worden ist, so werden alle Diejenigen, welche noch im Besiz solcher Waffen und Munition sich befinden, hierdurch ernstlich aufgefordert, dieselben sofort auf dem Stadthause abzuliefern, und haben Alle, bei denen nach Erlaß dieser Aufforderung noch Gegenstände der oben bezeichneten Gattung gefunden werden sollten, zu gewärtigen, daß gegen sie nach der vollen Strenge der Gesetze, welche über Raub und Aufruhr bestehen, werde verfahren werden.

Hamburg, den 30. August 1849.

Die gemischte Untersuchungs-  
Commission.

## LXXVII.

**Bekanntmachung,**

Aug. 30.

betr. die Abstempelung der Quartier-Billette.

Zur genauen Aufmachung der Einquartierungs-Listen, Behufs etwaniger Ausgleichung ist es dringend erforderlich, daß sämtliche ausgegebene Quartier-Billette auf den Special-Büreaux vorgezeigt und abgestempelt werden.

Die

Aug. 30. Die Quartiergeber in der Stadt werden deshalb ersucht, ihre Zettel zu diesem Zwecke auf den Special-Büreaux an den von diesen Letzteren anzuzeigenden Tagen vorzeigen zu lassen, und die nähere Bezeichnung der einquartierten Truppen (Nummer des Regiments, Bataillons etc.) dabei aufzugeben. — Es wird dringend empfohlen, diese Frist nicht zu versäumen.

Hamburg, den 30. August 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

### LXXVIII.

Sept. 3.

### Bekanntmachung,

betr. die bevorstehende allgemeine Umquartierung.

Da es durch den Abmarsch der Landwehr, und durch die Erweiterung des Einquartierungs-Bezirks bis zur Steinstraße und dem Schweinemarkt, Beide inclusive, möglich geworden ist den noch Bequartierten, durch Belegung der nach Obigem disponibel gewordenen Quartiere, einen Theil der Last abzunehmen, so zeigt die unterzeichnete Commission hierdurch an, daß am Mittwoch den 5. September innerhalb des bis jetzt belegten, und nunmehr angegebenermaßen erweiterten Bezirkes eine allgemeine Umquartierung nach möglichst ermäßigten Listen statt finden, so wie, daß ein Theil der Cavallerie von St. Pauli nach St. Georg verlegt werden wird.

Hamburg, den 3. September 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

LXXIX.



## LXXIX.

**Bekanntmachung,**

Sept. 4.

betreffend einen Aufschub der allgemeinen Umquartierung.

Unvorhergesehene Umstände verhindern, daß die auf Mittwochen den 5. September angesetzte Umquartierung der Königl. Preuß. Truppen schon an diesem Tage Statt finde. Dieselbe wird aber höchst wahrscheinlicher Weise noch in dieser Woche zur Ausführung kommen, und wird darüber Näheres bekannt gemacht werden.

Hamburg, den 4. September 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

## LXXX.

**Bekanntmachung,**

Sept. 6.

betr. die nunmehrige Ausführung der allgemeinen Umquartierung.

Da nunmehr die eingetretenen Hindernisse beseitigt worden sind, so wird die beabsichtigte Umquartierung innerhalb des schon in der Bekanntmachung vom 3. Sept. angegebenen Bezirks am Sonnabend den 8. Sept. 8 Uhr Morgens vorgenommen werden. Sollten außerordentliche Fälle eintreten, welche sofortige Reclamation dringend nöthig machen, so werden diese am Sonntage den 9. auf dem städtischen Einquartierungsbureau, Bergstraße No. 4, erledigt werden; spätere Reclamationen werden auf den früheren Specialbüreau der einzelnen Bataillone (für St. Georg bei

Sept. 6. bei Herrn Steffen, große Allee No. 16)  
Montags und Donnerstags Morgens von  
8 bis 10 Uhr entgegengenommen.

Hamburg, den 6. September 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

## LXXXI.

Sept. 14.

### Bekanntmachung,

betreffend die Einsetzung des Bundes-Schieds-  
gerichtes.

Nachdem in Gemäßheit des Rath- und  
Bürgerschlusses vom 27. August 1849 dem  
Beitritte Hamburgs zu dem am 26. May  
d. J. zwischen den Königl. Regierungen von  
Preußen, Sachsen und Hannover geschlossenen  
Bündnisse die Ratification ertheilt worden  
ist, tritt auch für Hamburg und dessen  
Gebiet das durch dieses Bündniß eingesetzte  
Bundes-Schiedsgericht in Kraft.

Indem E. H. Rath deshalb nachstehend  
die, die erfolgte Einsetzung des Bundes-  
Schiedsgerichtes betreffende Bekanntmachung  
des Verwaltungsrathes der verbündeten  
Regierungen vom 4. July d. J., sowie die  
Bestimmungen für das Verfahren vor dem  
provisorischen Bundes-Schiedsgerichte und  
für die Vollziehung der Entscheidung dessel-  
ben, wie diese in der Sitzung des Ver-  
waltungsrathes vom 8. August d. J. fest-  
gestellt sind, zur öffentlichen Kunde bringt,  
fügt er zugleich hinzu, daß das Bundes-  
Schiedsgericht durch den Verwaltungsrath  
authorisirt

authorisirt sei, in Gemäßheit derselben zu Sept. 14. verfahren.

Die durch den Vertrag vom 26. May 1849 verbündeten Königl. Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover haben sich nach Art. V dieses Vertrages einem provisorischen Bundes-Schiedsgerichte unterworfen, dessen Competenz im §. 4 des Artikels V in folgenden Fällen eintritt:

1) Bei politischen und privatrechtlichen Streitigkeiten aller Art zwischen den verbündeten Staaten selbst.

2) Bei Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den verbündeten Staaten.

3) Bei Streitigkeiten zwischen der Regierung eines der verbündeten Staaten, und dessen Volks-Vertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landes-Verfassung — insoweit die letztere ausreichende Bestimmungen für die Erledigung solcher Differenzen nicht enthält.

4) Bei Klagen der Angehörigen eines der verbündeten Staaten gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landes-Verfassung, insofern in der Landes-Verfassung selbst keine Mittel zur Abhülfe gegeben sind, oder die gegebenen nicht zur Anwendung gebracht werden können.

5) Bei Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind.

6)

Sept. 14. 6) Bei Anklagen gegen die Minister der verbündeten Staaten, insofern sie die ministerielle Verantwortlichkeit betreffen, und die eignen Landesgerichte dazu nicht competent sind.

7) Bei Klagen gegen die verbündeten Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen ihnen zweifelhaft oder bestritten ist, sowie wenn die gemeinschaftliche Verpflichtung gegen mehr als Einen Staat in Einer Klage geltend gemacht wird.

8) Bei allen denjenigen Beschwerden, welche an Veranlassung von Störungen der innern Sicherheit zur Sprache kommen, und nicht durch den Verwaltungsrath oder die von demselben zu ernennenden Civilcommissarien im Wege gütlicher Verhandlungen zu erledigen, oder lediglich den Landesgerichten zur Entscheidung zu überweisen sein möchten.

9) Bei allen Rechtshändeln, welche unter den Verbündeten selbst, aus der Vollziehung des gegenwärtigen Bündnisses erwachsen, insofern auch hier die Gerichte eines einzelnen Staates nicht competent sein möchten.

Zugleich ist im §. 5 des Artikels V bestimmt, daß der Beitritt zu dem Bündnisse keiner Regierung verstattet wird, welche sich nicht in gleichem Maaße der Entscheidung des provisorischen Schiedsgerichts unterwirft.

Nachdem von Seiten der verbündeten Regierungen nun:

Er.

Er. Excellenz der Königl. - Preussische Sept. 14.  
Staatsminister a. D. von Duesberg  
zu Münster,

der erste Präsident des Appellations-  
gerichts zu Glogau, Graf Rittberg.  
der Königl. Preussische Geheime Justiz-  
Rath, Professor Dr. Dirksen zu  
Berlin,

der Königl. Sächsische Geheime Rath  
Dr. Günther zu Dresden,

der Königl. Sächsische Ministerialrath  
und Geheime Archivar von Weber  
zu Dresden,

der Königl. Hannoversche Ober-Appella-  
tionsrath von Pape zu Celle, und

der Stadtrichter Dr. Francke zu Harburg,  
für die Dauer des Vertrags zu Bundes-  
Schiedsrichtern ernannt sind, und sich am  
1. July d. J. den Bestimmungen des  
Vertrags gemäß in Erfurt, als dem künftigen  
Sitz des provisorischen Bundes-Schieds-  
gerichts eingefunden haben, hat der seit dem  
18. Juny 1849 mit der Ratification des  
Vertrags vom 26. May 1849 in Berlin  
zusammgetretene Verwaltungsrath der ver-  
bündeten Regierungen, in weiterer Aus-  
führung der Bestimmungen des Vertrags  
Er. Excellenz, den Herrn Staatsminister von  
Duesberg, als ältestes von Preußen ernann-  
tes und vertragsmäßig den Vorsitz führendes  
Mitglied mit der Einsetzung des Gerichts  
beauftragt, und hat demgemäß am 2. July  
die Installation des provisorischen Bundes-  
Schiedsgerichts stattgefunden, welches sich  
zunächst

Sept. 14. zunächst mit der Bearbeitung seiner eigenen Gerichtsordnung und der darauf bezüglichen sonstigen Anordnungen beschäftigt wird.

Berlin, den 4. July 1849.

Der Verwaltungsrath  
der verbündeten Regierungen.  
(L. S.) (gez.) v. Canik.

### Bestimmungen für das Verfahren vor dem provi- sorischen Bundes-Schiedsgerichte und die Vollziehung der Entscheidungen desselben.

In Ausführung der Bestimmungen im §. 6 der Uebereinkunft der Königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover, vom 26. May d. J., wegen Einsetzung eines provisorischen Bundes-Schiedsgerichts, wird von dem Verwaltungsrathe der verbündeten Regierungen über das Verfahren vor dem gedachten Gerichte und die Vollziehung der Entscheidungen desselben, auf den Vorschlag dieses Gerichts hierdurch Folgendes festgesetzt.

#### Tit. I.

#### Verfahren vor dem Bundes- Schiedsgerichte.

##### 1) In streitigen Rechtsachen.

##### §. 1.

Die bei dem Schiedsgerichte einzureichen-  
den Klagen müssen von einem, zur Proceß-  
praxis

praxis bei einem Collegial-Gerichte befugten Sept. 14. Rechtsanwälte unterzeichnet sein, welcher sich durch die Mitunterschrift des Klägers oder durch Vollmacht von demselben zu legitimiren hat. Klagen, bei denen diese Vorschrift nicht beobachtet ist, werden ohne weiteres zurückgegeben.

### §. 2.

Die Klage muß, außer dem vollständigen Vortrage des Sachverhältnisses, die Angabe der Beweismittel hinsichtlich der zu ihrer Begründung angeführten Thatsachen und einen bestimmten Antrag enthalten. Bestehen die Beweismittel in Urkunden, die sich in den Händen des Klägers befinden, so ist er verpflichtet, eine Abschrift derselben der Klage beizufügen und bei deren Einreichung zugleich die Urschrift der Urkunden zur Einsicht des Gegners auf der Kanzlei des Schiedsgerichtes niederzulegen.

### §. 3.

Ergiebt sich aus dem Inhalte der Klage, daß der Gegenstand nicht zur Competenz des Schiedsgerichts gehöre, so ist dieselbe sofort zurückzuweisen.

### §. 4.

Entspricht eine Klage den Erfordernissen des §. 2 nicht, so ist, vor Mittheilung derselben an den Beklagten, wegen Ergänzung oder Verbesserung der dem Kläger zu bezeichnenden Mängel, das Erforderliche anzuordnen.

### §. 5.

Sept. 14.

§. 5.

Die Klage ist dem Beklagten im Wege der gerichtlichen Insinuation mit der Aufforderung zuzufertigen, dieselbe in einer nach den Umständen auf vier bis acht Wochen zu bestimmenden Frist vollständig zu beantworten. — Diese Frist kann auf den Antrag des Beklagten nach Ermessen des Gerichts, jedoch nur einmal, verlängert werden. Die Beantwortung muß in einer nach Vorschrift des §. 1 abgefaßten Schrift erfolgen; ist diese Vorschrift nicht beobachtet, so wird die Schrift zurückgegeben, und es tritt, wenn nicht vor Ablauf der Frist eine andere, in gehöriger Form abgefaßte Schrift eingereicht wird, das Contumacial-Verfahren ein (§. 6.) — Dem Kläger ist von der Zufertigung der Klage an den Beklagten, und von der dem letztern bewilligten Fristverlängerung, so wie von dem Tage der erfolgten Insinuation an den Beklagten mittelst eines durch die Post abzusendenden Erlasses Nachricht zu geben.

§. 6.

Wird die Klagebeantwortung nicht binnen der bestimmten Frist eingereicht, so werden die, in der Klage angeführten Thatsachen für zugestanden erachtet, und ist demgemäß in Contumaciam, was Rechtens, zu erkennen.

§. 7.

Gegen ein solches Contumacial-Erkenntniß (§. 6.) findet die Restitution statt, wenn binnen vier Wochen nach dessen gerichtlicher Insinuation



Insinuation der Verklagte darum nachsucht Sept. 14. und zugleich eine vollständige Klagebeantwortung in gehöriger Form einreicht.

### §. 8.

Die Klagebeantwortung muß enthalten: eine bestimmte und erschöpfende Einlassung auf den ganzen Inhalt der Klage und zugleich sämtliche Einreden, deren der Verklagte sich bedienen will, mit Angabe der Beweismittel, in Hinsicht deren die Bestimmungen im §. 2 gleichfalls Anwendung finden. — Fernere auf Thatfachen beruhende Einreden, welche in der Klagebeantwortung nicht vorgebracht sind, können nicht weiter geltend gemacht werden. Thatfachen, denen in der Klagebeantwortung nicht ausdrücklich widersprochen ist, werden für zugestanden, und Urkunden, über welche keine Erklärung abgegeben ist, werden für anerkannt erachtet.

### §. 9.

Von der Verpflichtung zur vollständigen Beantwortung der Klage befreit nur die Einrede, daß die Sache nicht zur Competenz des Schiedsgerichts gehöre. — Vermeint der Verklagte, diese Einrede entgegenstellen zu können, so kann er darauf antragen, daß zunächst über dieselbe verhandelt und erkannt werde, findet aber das Gericht diesen Antrag nicht gegründet, so bestimmt es eine anderweitige Frist, binnen welcher der Verklagte die Klage vollständig zu beantworten hat (§. 5).

Sept. 14.

§. 10.

Bis zum Eingange der Klagebeantwortung haben die Parteien sich darüber zu erklären, ob sie eine mündliche Schlußverhandlung vor versammeltem Gerichte wünschen oder nicht; dieselbe muß erfolgen, sobald nur eine der Parteien darauf anträgt.

§. 11.

Ist auf mündliche Schlußverhandlung angetragen worden, so können nach Ermessen des Gerichts, ist aber ein solcher Antrag nicht gestellt, so müssen die Parteien noch zur Einreichung einer schriftlichen Replik und Duplik in allen denjenigen Fällen aufgefordert werden, in denen bei Beantwortung der Klage Thatfachen, die in der Klage nicht vorgekommen, angeführt oder Einreden angebracht worden sind. Die Fristen zur Einreichung dieser Schriften, die gleichfalls nach Vorschrift des §. 1 abgefaßt sein müssen, sind vom Gerichte nach Maaßgabe des §. 5 zu bestimmen. Die Replik muß eine vollständige Auslassung auf die Klagebeantwortung, und die Duplik eine vollständige Auslassung auf die Replik enthalten. Thatfachen und Urkunden, worüber der Gegner sich nicht erklärt, werden für zugestanden und anerkannt angesehen.

§. 12.

Editions-Gefuche, welche sich auf Urkunden in den Händen der Gegenpartei beziehen, müssen vom Kläger zugleich mit der Klage und vom Beklagten zugleich mit der

der Klagebeantwortung angebracht werden, Sept. 14. und ist darüber zugleich mit der Hauptsache zu verhandeln; doch kann die Verhandlung der Hauptsache auf den Antrag des Editions- suchers, nach Ermessen des Gerichts, bis nach Erledigung des Editions- punctes aus- gesetzt werden.

### §. 13.

Nach geschlossenem Schriftwechsel sind die Parteien, wenn auf mündliche Verhandlung der Sache vor versammeltem Gericht angetragen worden, zu der dazu anberaumten Sitzung durch einen im Wege der gerichtlichen Insinuation zuzustellenden Erlaß vorzuladen. Zu dieser Verhandlung steht einem Jeden der Zutritt offen, wenn nicht das Gericht eine Ausnahme hiervon aus Gründen des öffentlichen Interesses eintreten zu lassen für nothwendig erachtet.

### §. 14.

Bei dieser Verhandlung dürfen für die Parteien nur solche Personen auftreten, welche zur Abfassung der Prozeßschriften befugt sind. (§§. 1, 5 und 11).

### §. 15.

Erscheint in der zur mündlichen Verhandlung anberaumten Sitzung von Seiten der Parteien Niemand, welcher darin aufzutreten nach §. 14 befugt ist, so wird angenommen, daß die Parteien die Sache auf sich beruhen lassen wollen.

Sept. 14.

§. 16.

Erscheint nur von Seiten einer der Parteien ein zum Auftreten Befugter nicht oder läßt sich der Erschienene auf die Sache nicht ein, so steht der andern Partei frei, darauf anzutragen, entweder, daß die Sache auf sich beruhen bleibe, oder die Contumacial-Verhandlung eintrete.

§. 17.

Bei der Contumacial-Verhandlung werden alle streitigen, von dem Richterschiene[n] angeführten, mit Beweismitteln nicht unterstützten Thatsachen für nicht angeführt, sowie alle von dem Richterschiene[n] noch vorzulegenden Urkunden für nicht beigebracht angesehen, alle vom Gegentheile angeführten Thatsachen aber, denen noch nicht ausdrücklich widersprochen worden ist, für zugestanden, ingleichen die von dem Gegentheile beigebrachten Urkunden für anerkannt erachtet.

§. 18.

Eine Verlegung der zur mündlichen Verhandlung anberaumten Sitzung findet nicht nur auf den übereinstimmenden Antrag beider Parteien Statt, sondern kann auch, nach Ermessen des Gerichts, auf den einseitigen Antrag einer Partei erfolgen, wenn solcher durch bescheinigte, erhebliche Gründe unterstützt wird.

§. 19.

Die mündliche Verhandlung wird mit einem das Sachverhältniß darstellenden Vortrage, welchen der vom Vorsitzenden ernannte

nannte Referent zu halten hat, eröffnet; Sept. 14. hierauf folgen die Vorträge der Parteien, wobei dem Verklagten das letzte Wort gebührt.

#### §. 20.

Neue Thatfachen und Beweismittel dürfen bei der mündlichen Verhandlung nur insofern angebracht werden, als dieselben zur Widerlegung einer von dem Gegner aufgestellten thatsächlichen Behauptung, über welche die andere Partei noch nicht zur Gegenerklärung aufgefordert war, dienen sollen. Ist eine Partei zur Gegenerklärung auf eine bei der mündlichen Verhandlung erst vorgebrachte thatsächliche Erklärung nicht sofort im Stande, so muß das Gericht, wenn es die Gegenerklärung für nothwendig erachtet eine andere Sitzung durch einen, den Parteien sofort zu eröffnenden, die Stelle der Vorladung vertretenden Beschluß anordnen.

#### §. 21.

Die Leitung der mündlichen Verhandlung, die Sorge für gehörige Erörterung der Sache und die Befugniß zur Schließung der Verhandlung gebühren dem Vorsitzenden, welcher jedoch hierbei auf die Meinung der beisitzenden Gerichtsmitglieder Rücksicht zu nehmen, und diejenigen Fragen, welche dieselben den Parteien vorgelegt zu sehen wünschen, zu stellen hat.

#### §. 22.

Ist die Sache zum Endurtheil reif, so wird das Erkenntniß mit den Entscheidungsgründen

Sept. 14. gründen den Parteien noch in der nämlichen oder in einer sofort zu bestimmenden, jedoch der Regel nach nicht über vierzehn Tage hinauszusetzenden Sitzung verkündigt.

§. 23.

Ist eine Beweisaufnahme erforderlich, so muß dieselbe durch eine sofort abzufassende Resolution, welche die zu beweisenden Thatfachen und die Beweismittel festsetzt, angeordnet werden und ist solche nach Ermessen des Schiedsgerichts, entweder vor versammeltem Collegium, oder durch einen Commissarius, oder im Wege der gerichtlichen Requisition zu bewirken.

§. 24.

Nach Beendigung der Beweisaufnahme wird zur mündlichen Schlußverhandlung, bei welcher die Vorschriften der §§. 13, 14, 18, 19 und 21 gleichfalls Anwendung finden, und zur Entscheidung der Sache eine Gerichtssitzung anberaumt, zu welcher die Parteien vorgeladen sind. — Wer nicht erscheint, von dem wird angenommen, daß er zur Unterstützung seiner Behauptungen und Anträge nichts weiter anzuführen habe.

§. 25.

Ueber die mündliche Verhandlung ist durch einen zur gerichtlichen Protocollführung befähigten Beamten ein Protocoll aufzunehmen, welches in Sonderheit enthalten muß:

- 1) den Gang der stattgefundenen Verhandlungen im Allgemeinen;

2)

- 2) diejenigen Zugeständnisse der Parteien, Sept. 14.  
deren Aufzeichnung verlangt wird, so:  
wie diejenigen Erklärungen der Parteien,  
deren Aufzeichnung das Gericht für  
erheblich hält;
- 3) die Entscheidung und sonstige Beschlüsse  
des Collegiums.

Das Protocoll ist von sämmtlichen anwesenden Gerichtsmitgliedern und dem Protocollführer zu unterschreiben. Der Verlesung an die Parteien, so wie der Unterzeichnung von ihnen bedarf es nicht; jedoch müssen die unter 2) erwähnten Vermerke den Parteien vorgelesen werden, und sind letztere mit ihren Bemerkungen über die Fassung derselben zu hören.

#### §. 26.

Die Ausfertigungen der Erkenntnisse sind den Parteien selbst oder deren Bevollmächtigten, wenn die Vollmacht ausdrücklich auf den Empfang des Erkenntnisses gerichtet ist, im Wege der gerichtlichen Insinuation zuzustellen.

#### §. 27.

Ist von einer der Parteien auf eine mündliche Verhandlung vor versammeltem Gerichte angetragen worden, so erfolgt die Entscheidung in einer nicht öffentlichen Sitzung auf den schriftlichen Vortrag zweier vom Vorsitzenden ernannten Referenten. Bei Verfügung der Beweisaufnahme (§. 23) darf nur auf solche Beweismittel Rücksicht genommen werden, welche bereits in den eingereichten

Sept. 14. eingereichten Schriftsätzen angegeben sind. Nach beendigter Beweisaufnahme ist den Parteien, unter Mittheilung der Verhandlungen, noch eine Frist von vierzehn Tagen bis zu sechs Wochen zur Einreichung ihrer rechtlichen Ausführung zu gestatten; wer diese Frist versäumt, von dem wird angenommen, daß er nichts weiter anzuführen habe.

Die Ausfertigungen der Erkenntnisse werden den Parteien statt der Publication nach Vorschrift des §. 26 zugestellt.

#### §. 28.

Die in vorstehenden §§. angedrohten Rechtsnachteile treten ein, ohne daß es dieserhalb einer vorgängigen Bekanntmachung an die betheiligte Partei oder demnächst eines besondern Antrages der Gegenpartei bedarf.

#### §. 29.

Die Parteien sind verpflichtet, diejenigen Schriften, von denen der Gegenpartei Mittheilung gemacht werden muß, in der dazu erforderlichen Anzahl von Exemplaren einzureichen.

#### §. 30.

Gegen Erkenntnisse des Schiedsgerichts findet, außer dem Falle des §. 7, ein Rechtsmittel und namentlich auch die Restitution wegen neu aufgefundenen Urkunden nicht Statt; dagegen bleibt den Parteien unbenommen, die Anstellung der Richtigkeitsklage in den im §. 2, No. 1, 4 und 5, Tit. 16,



**Tit. 16, Th. I der Allgemeinen Gerichts: Sept. 14.**  
**Ordnung, für die Königlich Preussischen**  
**Staaten bezeichneten Fällen:**

- a) einer auf Grund einer falschen Urkunde oder eines falschen Zeugnisses erfolgten Entscheidung,
- b) eines Mangels der vorschriftsmäßigen Vertretung der unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Personen, und
- c) der mangelnden oder falschen Vollmacht desjenigen, welcher für eine Partei als deren Bevollmächtigter aufgetreten ist.

Diese Klage ist gleichfalls bei dem Schiedsgerichte anzustellen; die Execution des angefochtenen Erkenntnisses wird aber durch dieselbe nicht aufgehoben.

#### §. 31.

In Ergänzung der gegenwärtigen Bestimmungen sollen die in den Königlich Preussischen Staaten bestehenden allgemeinen Prozeß-Gesetze zur Anwendung kommen.

#### §. 32.

In den vor dem Schiedsgerichte verhandelten Sachen werden keine Stempel und keinerlei Art von Gerichts-Gebühren erhoben; hinsichtlich der baaren Auslagen und sonstigen Kosten, verbleibt es bei den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften (§. 31).

#### 2) In Beschwerdesachen.

#### §. 33.

In Beschwerdesachen (§. 4 litt. a, No. 5 und litt. b der Uebereinkunft vom  
 26. May

Sept. 14. 26. May d. J.) findet das in den §§. 1—32 vorgeschriebene Verfahren gleichfalls Anwendung, jedoch mit nachstehenden Modificationen:

- 1) Bei Mittheilung einer Beschwerde wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege an die betreffende Landesbehörde zu deren Erklärung, ist zugleich die Einsendung der bezüglichen Acten zu verordnen.
- 2) In den Fällen des §. 4, litt. b der Uebereinkunft hat der Beschwerdeführer außer dem Nachweise, daß die Sache von dem Verwaltungsrathe der verbundenen Regierungen dem Schiedsgerichte überwiesen worden, zunächst eine vollständige Beschwerdeschrift, welche dem contradictorischen Verfahren zur Grundlage dienen kann, einzureichen.
- 3) Schriftliche Replik und Duplik, sowie mündliche Verhandlung vor versammeltem Collegium, finden nur in solchen Fällen Statt, in denen das Schiedsgericht sie für angemessen erachtet.
- 3) Bei Anklagen gegen die Minister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.

#### §. 34.

Auf Anklagen gegen die Minister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen (§. 4 litt. a, No. 6 der Uebereinkunft vom 26. May d. J.) wird nach den Grundsätzen des Anklageprozesses verfahren. — Es kommen hiebei die in §§.

1—32 enthaltenen Bestimmungen ebenfalls Sept. 14. mit folgenden Modificationen zur Anwendung.

§. 35.

Auch außer dem Falle des §. 10 kann eine mündliche Verhandlung der Sache vor versammeltem Collegium Statt finden, wenn das Schiedsgericht eine solche zur Aufklärung der Sache eintreten zu lassen nach Eingang der Beantwortung der Anklage für angemessen erachtet.

§. 36.

Das Schiedsgericht hat, bei Anberaumung der Sitzung für die mündliche Verhandlung der Sache zugleich die zur Beweisaufnahme erforderlichen Anordnungen, von welchen die Parteien in Kenntniß zu setzen sind, zu treffen. In dieser Sitzung ist, nach Anhörung der Parteien, mit der Beweisaufnahme, insoweit solche nicht im Wege gerichtlicher Requisition nach Befinden des Schiedsgerichts bewirkt werden muß, zu verfahren und nach dem Schlussvortrage derselben, wobei dem Angeklagten das letzte Wort zu geben, Entscheidung zu ertheilen.

§. 37.

Das nach §. 25 abzufassende Protocoll muß den wesentlichen Inhalt der Zeugnisaussagen enthalten.

§. 38.

Das Schiedsgericht hat, ohne an bestimmte Regeln über die Wirkung der Beweise

Sept. 14. weise gebunden zu sein, unter genauer Prüfung aller Beweise für die Anklage und Vertheidigung, nach seiner freien, aus dem Inbegriffe der Verhandlungen geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden, ob der Angeklagte schuldig oder nicht schuldig sei. Auflegung eines Erfüllungsz oder Reinigungsz Eides findet eben so wenig als Eidesantrag Statt.

### Gemeinsame Bestimmungen.

#### §. 39.

Ueber alle zur Cognition des Schiedsgerichts gelangenden Sachen, ist auf den Vortrag eines dazu vom Vorsitzenden zu ernennenden Referenten in einer Sitzung, worin mindestens zwei Dritttheile der Gerichtsmitglieder mit Einschluß des Vorsitzenden anwesend sein müssen, collegialisch zu berathen und zu beschließen, doch ist der Vorsitzende ermächtigt, ohne Mitwirkung des Collegiums in dessen Namen Klagen oder Beschwerden, bei denen die Vorschrift des §. 1 nicht beachtet ist, zurückzugeben, bloße prozeßleitende Verfügungen, sowie solche, die nur in Benachrichtigungen und Communicationen bestehen, zu erlassen, ingleichen Klagen und Beschwerden, deren Gegenstand offenbar nicht zur Competenz des Schiedsgerichts gehört, zurückzuweisen. — Wird in diesen Fällen von der Partei Gegenvorstellung gemacht, so muß die Sache zur Entscheidung des Collegiums gebracht werden.

#### §. 40.

## §. 40.

Sept. 14.

Die Beschlüsse des Schiedsgerichts werden nach absoluter Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefaßt; bei Gleichheit der Stimmen giebt die des Vorsitzenden den Ausschlag; in Anklagesachen gegen die Minister jedoch entscheidet die für den Angeklagten günstigere Meinung.

Die Ausfertigungen der Erkenntnisse, Beweis: Resolute und sonstigen Erlasse des Schiedsgerichts werden von dem Vorsitzenden allein vollzogen.

## Tit. II.

## Vollziehung der Erkenntnisse des Bundes: Schiedsgerichts.

## §. 42.

Die Vollstreckung der Erkenntnisse des Schiedsgerichts wird auf Anrufen der Parteien von dem Verwaltungsrathe der verbündeten Regierungen veranlaßt.

## §. 43.

Der Verwaltungsrath hat, auf Anrufen des obsiegenden Theiles, der verurtheilten Partei eine angemessene Frist zu setzen, um innerhalb derselben dem Urtheile Genüge zu leisten, und wie solches geschehen nachzuweisen.

## §. 44.

Wenn die gesetzte Frist abgelaufen, die Befolgung aber nicht dargethan ist, so muß der Verwaltungsrath auf ferneres Anrufen des

Sept. 14. des obliegenden Theiles das weiter Erforderliche zur Vollstreckung des Erkenntnisses nach Maaßgabe der Bestimmungen des zwischen den verbündeten Regierungen am 26. May d. J. abgeschlossenen Vertrages anordnen.

§. 45.

Die Kosten der Execution fallen der verurtheilten Partei zur Last und sind von ihr nöthigen Falls zugleich bei jener Execution nach Anordnung des Verwaltungsraths beizutreiben.

§. 46.

Die Richtigkeit der Erkenntnisse des Schiedsgerichts darf in keinem Falle der Gegenstand einer Berathung und eines Beschlusses des Verwaltungsraths werden. Streitigkeiten über die Auslegung derselben gehören vor das Schiedsgericht.

§. 47.

Die in der Executions-Instanz annoch zulässigen Einreden müssen beim Bundes-Schiedsgerichte angebracht und sofort liquide gemacht werden. Das Verfahren über dieselben richtet sich nach den im ersten Titel enthaltenen Bestimmungen, muß aber möglichst abgekürzt werden. Vom Ermessen des Bundes-Schiedsgerichts hängt es ab, ob die vorläufige Hemmung der Execution während dieses Verfahrens zu beschließen sei. Haftet aber Gefahr auf dem Verzuge, so ist der Verwaltungsrath ermächtigt, der Execution auf Antrag der Partei, gegen welche

welche sie verfügt ist, so lange Anstand zu Sept. 14. geben, bis sie im Stande ist, einen Beschluß oder ein Erkenntniß des Bundes:Schiedsgerichts zu erwirken. Dazu hat der Verwaltungsrath ihr eine angemessene Frist unter der Verwarnung zu setzen, daß nach deren unbenußtem Ablaufe, der Execution ihr ungehemmter Lauf werde gelassen werden.

§. 48.

Beschwerden über Verzögerung, oder Ueberschreitung der Grenze bei der vom Verwaltungsrathe angeordneten Vollstreckung eines Erkenntnisses des Schiedsgerichts gehören vor den Verwaltungsrath.

§. 49.

Wird gegen die Vollziehung eines Erkenntnisses des Schiedsgerichts von einem Dritten, gegen den dasselbe nicht ergangen ist, Einsprache erhoben, und zugleich dargethan, daß durch dessen Vollstreckung Nachtheile für ihn entstehen, so hat der Verwaltungsrath der Execution so lange Anstand zu geben, bis die Einsprache auf die geeignete Weise erledigt ist.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 14. September 1849.

## LXXXII.

### Bekanntmachung,

Sept. 18.

betr. die Verpachtung der Jagd in den Dorfschaften Hamm und Horn.

Auf Anhalten der Dorfschaften von Hamm und Horn wird hiedurch öffentlich angezeigt, daß

Sept. 18. daß die Jagd in der Dorfschaft Hamm an die Eingefessenen J. D. Hilmers, J. J. E. Meyer und J. D. Meyer, sowie die Jagd in der Dorfschaft Horn an die Eingefessenen J. Hirsch, M. Langhein und F. Lübbers verpachtet worden ist, daß demnach alle übrigen Eingefessenen und Einwohner sich des eigenmächtigen Jagens und Schießens auf den genannten Feldmarken bei der gesetzlichen Strafe zu enthalten haben.  
Hamburg, den 18. September 1849.

H. Schmidt,  
Landherr.

### LXXXIII.

Sept. 20. Rath: und Bürger: Convent  
vom 20. September.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag den 20. September zusammen zu berufen um derselben folgende Anträge vorzulegen:

#### Propositio Senatus.

I. E. E. Rath sieht sich veranlaßt, aus den, in der Anlage näher entwickelten Gründen seinen Antrag dringend zu erneuern, daß Erbges. Bürgerschaft zur Deckung des Deficits des diesjährigen ordentlichen Staatshaushalts die Erhebung einer außerordentlichen Brandsteuer für das Jahr vom 1. July 1849/1850 mitgenehmigen wolle.

II.



II. E. E. Rath theilt sodann der Erbges. Sept. 20. Bürgerschaft die Allgemeine Finanz-Abrechnung für das Jahr 1848, so wie die Abrechnungen über die Special-Cassen der Rath- und Bürger-Deputation von 1842 und über den Postbau für dasselbe Jahr mit, und bezieht sich dabei auf seine in der Anlage enthaltenen Bemerkungen.

III. E. E. Rath trägt, unter Bezugnahme auf die in der Anlage enthaltene Motivirung, bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen, daß in Bezug auf die Quartierung der zeitweilig sich hier aufhaltenden Bundestruppen die in der Nebenanlage enthaltene Verfügung erlassen und Eöbl. Kämmerer zur Bestreitung der daraus erwachsenden Kosten, so wie zu einem des Endes erforderlichenfalls aufzunehmenden interimistischen Anlehen potestivirt werde, unter Vorbehalt der demnächst durch Rath- und Bürgerbeschluß festzustellenden Deckungsmittel, so weit dieselben nicht durch Ersatzeleistung von Seiten der eigenen Regierung der Truppen beschafft werden werden.

IV. E. E. Rath beantragt bei Erbges. Bürgerschaft, unter Beziehung auf die in der Anlage entwickelten Gründe:

1) die Mitgenehmigung des in der Unteranlage beigelegten Preßgesetzes, mit dem Vorbehalte des Titel III. desselben sofort nach Einführung von Geschwornengerichten, und einer spätestens zu Anfang des Jahres 1851 vorzunehmenden Revision des ganzen Gesetzes;

Sept. 20. 2) behufs der Ausführung der in diesem Gesetze enthaltenen Vorschriften über die Polizen der Presse und über das Verfahren bei Preßvergehen, es mitzuzunehmigen, daß

- a) Verordnete Eöbl. Kammerei ermächtigt werden, den Mehrbedarf von Kosten, welcher für die Polizen und das Niedergericht nach Maaßgabe der näheren Auseinandersetzung in der Anlage erforderlich wird, mit Ehrb. Oberalten und E. E. Rathe festzustellen;
- b) daß ebenfalls nach Maaßgabe der Anlage Ehrb. Oberalten potestivirt werden, einen Schragen für das Verfahren bei Preßvergehen mit E. E. Rathe zu vereinbaren, unter der Bestimmung, daß die darin festzusetzenden Gebühren, mit Ausnahme der Advocaturkosten, der Staatscasse zufließen;
- c) daß das Personal des Niedergerichts sofort um zwei, in bisheriger Weise zu erwählende nicht rechtsgelehrte Richter vermehrt, und dabei festgesetzt werde, daß sodann alle zwei Jahre drei nicht rechtsgelehrte Richter des Niedergerichts austreten, und durch eben so viele neu zu erwählende Richter ersetzt werden.

V. E. E. Rath ersucht Erbges. Bürgerschaft, unter Beziehung auf die in der Anlage entwickelten Motive, um ihre Mitgenehmigung der in der Unteranlage beigefügten Verordnung zur Verhütung des Mißbrauchs

Mißbrauchs des Versammlungs- und Sept. 20.  
Bereinigungsrechtes.

VI. Aus den in der Anlage näher entwickelten Gründen, sieht E. E. Rath sich veranlaßt, Erbges. Bürgerschaft um ihre Zustimmung zu ersuchen:

daß der Armen-Anstalt in der Vorstadt St. Pauli für das diesjährige, durch außergewöhnliche Verhältnisse vermehrte Bedürfniß, annoch ein fernerer Zuschuß von pro maximo 20,000 *m*ß Ert. zugestanden werde.

VII. Unter Bezugnahme auf die Anlage trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

daß für das Jahr 1850 das Gehalt des ältesten Schreibers bei der Landherrschaft der Marschlande auf Ert.*m*ß 1000, das des zweiten Schreibers auf Ert.*m*ß 800 erhöht, den beiden Polizen-Officianten auf dem Grasbrooke für dieselbe Zeit eine Vergütung von Ert.*m*ß 100 zur Miete gegeben, und endlich eine Erhöhung der zur Beföldung von Medicinal-Personen in dem Landgebiete der Marschlande bestimmten Summe um Ert.*m*ß 1100 bewilligt werde, und deren Vertheilung nach dem Vorschlage des competenten Landherrn E. E. Rathe überlassen bleibe.

VIII. E. E. Rath ersucht Erbges. Bürgerschaft unter Beziehung auf die in der Anlage näher entwickelten Gründe um ihre  
2
Mit:

Sept. 20. Mitgenehmigung der in der Nebenanlage enthaltenen

Verordnung über die Aufhebung und Ablösbarkeit der in den Paragraphen 35 und 36 der Grundrechte des Deutschen Volks erwähnten Abgaben und Leistungen für das Amt Rixbüttel.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft nimmt die sub II. mitgetheilte Abrechnung für das Jahr 1848 entgegen; genehmigt angetragenermaßen

ad III. die Verfügung in Bezug auf die Quartierung der zeitweilig sich hier aufhaltenden Bundestruppen;

ad IV. das Preßgesetz;

ad V. die Verordnung zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts;

ad VI. den ferneren Zuschuß für die Armen-Anstalt der Vorstadt St. Pauli;

ad VII. die anderweitige Regulirung der Gehalte mehrerer Beamten der Marschlande und

ad VIII. die Verordnung über die Aufhebung und Ablösbarkeit der in den §§ 35 und 36 der Grundrechte des Deutschen Volks erwähnten Abgaben und Leistungen für das Amt Rixbüttel;

kann sich aber dagegen ad I. mit der Deckung des diesjährigen Deficits angetragenermaßen nicht einverstanden erklären.

Replica

Ad III. bis VIII. dankt E. E. Rath der Erbges. Bürgerschaft für ihre Zustimmung und behält sich,

ad I. indem er bedauert, daß Erbges. Bürgerschaft diesem Antrage nicht beigetreten ist, desfalls das Weitere vor.

## LXXXIV.

## V e r o r d n u n g

Sept. 24.

über die Aufhebung und Ablösbarkeit der in den §§ 35 und 36 der Grundrechte des Deutschen Volks erwähnten Abgaben und Leistungen im Amte Rixebüttel. Beliebt durch Rath; und Bürger; Schluß vom 20. September 1849.

Auf Befehl E. H. Rath; der freien Hansestadt Hamburg publicirt den 24. September 1849.

## §. 1.

Als unter den §. 35 der Grundrechte des Deutschen Volks fallend sind bereits folgende, bisher dem Hause Rixebüttel zuständig gewesen persönliche Abgaben und Leistungen unentgeltlich aufgehoben worden:

- 1) die Hand- und Spanndienste, die Sandlieferungen, das Heu- und Torffuhren-  
geld, das Petrigeld und der Hauer-  
thaler,
- 2) die Rauchhühner,
- 3) Das Judenschutzgeld.

Außerdem werden jetzt folgende, theils ihrem Ursprunge und ihrer Beschaffenheit nach zweifelhafte, theils ihrem wahren Werthe nach schwer zu ermittelnde und deshalb  
nicht

Sept. 24. nicht füglich ablösbare Leistungen unentgeltlich aufgehoben:

- 4) der kleine oder Füllen-, Kälber-, Lämmer-, Gänse- und Bienen-Zehnte,
- 5) die Worthlämmer und Worthküchlein,
- 6) der Moorthaler,
- 7) der rauhe Haferzehnte.

### §. 2.

Ablösbar sind dagegen nach §. 36 der Grundrechte, jedoch nur auf Antrag des Verpflichteten, alle sonstigen, namentlich folgende bisher dem Hause Rikebüttel und resp. dem Aerario publico zu Gute kommende Reallasten und Leistungen:

- 1) alle übrigen Zehnten,
- 2) die Winnungen und Weinpfenninge, sammt dem Schreibthaler,
- 3) die von jedem der beiden Vorwerke, welche früher dem Hause Rikebüttel gehörten, bei dem Verlaufe ausbezeugenen jährlich zu leistenden 36 Fuhren,
- 4) alle immerwährenden Renten und dergleichen Grundmiethen und Grundhauern.

### §. 3.

Die Ablösung geschieht durch Bezahlung des Capitalwerthes der Reallast in ungetrennter Summe an den Berechtigten.

Der Berechtigte bei Ablösung von Reallasten, welche bisher an den Herrn Amtmann auf dem Hause Rikebüttel geleistet worden, ist, nach Maafgabe der Bekanntmachung vom 16. August 1849, die Hamburgische Kammerei.

### §. 4.

## §. 4.

Sept. 24.

Der Capitalwerth einer festen alljährlichen Præstation wird durch Annahme des fünfundzwanzigfachen Betrages der Summe oder des Werthes der jährlichen Præstation ausgemittelt.

## §. 5.

Die Ausmittlung des Geldwerthes einer nicht in baarem Gelde bestehenden festen alljährlichen Præstation geschieht nach dem Durchschnitt des Preises in den letzten zehn Jahren vor der Ablösung, worüber die Zehntregister benützt werden können und erforderlichen Falles auf das Gutachten Sachverständiger zu recurriren ist.

## §. 6.

Behufs Ablösung einer Natural: Abgabe, welche ihrem Maaß oder ihrer Stückzahl nach nicht in jedem Jahre dieselbe, sondern von dem jedesmaligen Ertrage abhängig ist, wird zuvörderst ermittelt, wie groß der Betrag der Natural: Abgabe in den letzten zehn Jahren auf dem fraglichen Grundstücke durchschnittlich jährlich gewesen ist.

Ist der Betrag auf diese Weise nicht zu ermitteln, so wird derselbe durch von beiden Seiten und eventualiter von dem Herrn Amtmann zu ernennende Sachverständige geschätzt.

Nachdem auf diese Weise der Betrag eines Jahres ermittelt worden sein wird, ist  
der

Sept. 24. der Geldwerth nach Vorschrift des §. 5 und der Ablösungsbetrag nach §. 4 festzustellen.

§. 7.

Bei der Ablösung der im §. 2, No. 3. erwähnten Fuhren wird auf gleiche Weise, unter Zugrundelegung des üblichen oder durch Sachverständige festzustellenden Geldpreises verfahren.

§. 8.

Für immerwährende Renten, Grundmieten und Grundhauern wird die Ablösungssumme auf den dreißigfachen Betrag der jährlichen Rente oder Grundmiete festgesetzt, insofern nicht etwa das Lösungsquantum contractlich anders bestimmt worden, in welchem Falle es dabei sein Bewenden behält.

§. 9.

Die Ablösung von Winnungen nebst Weinpfehnungen und Schreibthalern geschieht durch Bezahlung des doppelten Betrages der Winnung, des Weinpfehnings und des Schreibthalers.

§. 10.

Leistungen, die entweder nicht auf dem Grunde und Boden haften, sondern die für die Benutzung von Staatseigenthum oder vermöge eines sonstigen nachweisbaren contractlichen Verhältnisses entrichtet werden, oder die, wenn auch als Grundmiete oder Rente stipulirt, auf ein specielles contractliches Verhältniß hinweisen, z. B. wenn das Grundstück nur so lange die Stadt es dulden



dulden will, oder mit gewissen Beschränkungen Sept. 24. hinsichtlich des Gebrauchs, auf gewisse Zeit, auf Kündigung oder unter sonstigen Bedingungen überlassen worden ist, sind in obiger Weise nicht ablösbar und nach den Vorschriften dieser Verordnung nicht zu beurtheilen.

#### §. 11.

So lange bei der beabsichtigten Ablösung einer Reallast der Ablösende dem Berechtigten nicht den Entschädigungsbetrag vollständig entrichtet hat, geht die ursprüngliche Leistung unverändert fort, ohne daß der Verpflichtete diese weitere Leistung auf den Verlauf der dem Berechtigten zukommenden Entschädigungssumme in Rechnung zu bringen berechtigt wäre.

Dies tritt auch dann ein, wenn der Verpflichtete den Rechtsweg betreten hat (§. 13).

#### §. 12.

Nach erfolgter Ablösung wird dem verpflichtet Gewesenen gehörige Quittung erteilt und insofern sich über die Leistung in den Hypothekenbüchern, den Contracten oder sonstigen Urkunden etwas bemerkt findet, so kann die Tilgung desselben gefordert werden.

Die im §. 2, No. 4 erwähnten Renten und Grundmiethen können jedoch auch nach Aufgabe des Verpflichteten umgeschrieben, ein Capital an deren Stelle aber nicht ohne Consens der späteren hypothekarischen Gläubiger eingeschrieben werden.

#### §. 13.

Sept. 24.

## §. 13.

Wer eine nach diesem Gesetze ablösbare, bisher dem Hause Rixebüttel oder dem Aerario publico prästirte Leistung abzulösen beabsichtigt, wendet sich mit seinem desfallsigen Antrage an die Kammer oder den von derselben im Amte angestellten Einnehmer. Sollten sich dabei Schwierigkeiten ergeben, so kann der Verpflichtete die Vermittlung des Herrn Amtmanns in Anspruch nehmen, und im Falle dies ohne Erfolg bleiben sollte, den Justizweg betreten. Die competente Justizbehörde erster Instanz ist für diese Sachen in allen Fällen das Amtsgericht und der Instanzenzug der gewöhnliche.

## §. 14.

Wenn die in dieser Verordnung erwähnten oder ähnliche Leistungen nicht dem Staate, sondern Corporationen, Kirchen, milden Stiftungen oder Privatpersonen zu prästiren sind, so sind dieselben nur ablösbar. Findet darüber eine Verständigung zwischen den Betheiligten nicht statt, so wird im Rechtswege nach Anleitung des §. 13 und soviel den Ablösungsbelauf anbetrifft, nach der Disposition der vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen verfahren.

Doch sind darunter Communallasten aller Art, einschließlich der kirchlichen, so wie der Deich-, Wege-, Brücken-, Schleusen-, Strom- und Uferbaulasten bis auf Weiteres nicht zu verstehen.

Leistungen an Prediger, an Kirchenbeamte z. B. an Cantoren, oder an Schullehrer

lehrer u. s. w. können nicht anders als Sept. 24. mit Zustimmung der Vertreter der Kirche oder Schule abgelöst werden.

§. 15.

Unablösbare Renten oder immerwährende Grundmiethen dürfen künftig nicht ausbezungen werden, vielmehr ist bei Festsetzung einer fortlaufenden Rente oder Grundmiethe die Ablösungssumme allemal gleichzeitig zu bestimmen und bei der Inscription in den Hypothekenbüchern, so wie in den Contracten mit aufzuführen.

LXXXV.

Verordnung

Sept. 24.

zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes. Beliebt durch Rath- und Bürgerschuß vom 20. Sept. 1849.

Publicirt auf Befehl E. H. Rath's  
den 24. September 1849.

§. 1.

Bereine und Versammlungen, deren Zwecke sowohl als die Mittel, wodurch sie erreicht werden sollen, mit den allgemeinen Gesetzen des Staates im Widerspruch stehen, sind verboten.

§. 2.

Bereine und Versammlungen von Mitgliedern des Militärs oder Bürgermilitärs zur Berathung von dienstlichen oder öffentlichen Angelegenheiten sind verboten, insofern solche Versammlungen in dienstlichen Angelegenheiten

Sept. 24. legenheiten nicht von der vorgesezten Behörde berufen werden.

§. 3.

Versammlungen unter freiem Himmel sind in der Stadt verboten. Außerhalb derselben müssen sie von den Unternehmern, Ordnern, oder Leitern, der Polizen dreimal 24 Stunden vorher angezeigt werden. Diese ertheilt darüber auf Verlangen eine unentgeltlich auszustellende Bescheinigung. Bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit ist die Polizen berechtigt, solche Versammlungen zu untersagen.

§. 4.

Niemand darf in einer Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, bewaffnet erscheinen.

§. 5.

Die Polizen ist jederzeit befugt, in Vereinen oder Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, auch wenn diese nicht öffentlich gehalten werden, einen Beamten oder einen sonstigen Abgeordneten, der sich jedoch als solcher auszuweisen hat, zugegen sein zu lassen.

§. 6.

Die Verufung jeder der im §. 5 erwähnten Vereine und Versammlungen darf weder unter einem falschen noch unter einem Gesamtnamen erfolgen; es müssen vielmehr jedesmal diejenigen Personen, welche die Versammlung berufen,

berufen, namhaft gemacht und die Wohnung Sept. 24. derselben genau angegeben werden.

§. 7.

Die Vorsteher, Unternehmer, Ordner, oder Leiter einer solchen Versammlung (§. 5) dürfen nicht gestatten, daß in derselben Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu einer strafbaren Handlung enthalten. Kommt dergleichen vor, so müssen sie den Urheber des Antrags oder Vorschlags sofort entfernen, und wenn sie Widerstand finden, die Versammlung auflösen. Unterlassen sie dies, so sind sie für alles Vorgefallene eben so verantwortlich, als wenn der Antrag oder Vorschlag von ihnen selbst ausgegangen wäre.

§. 8.

Die Veranlasser jeder Versammlung der im §. 5 erwähnten Art, oder der Inhaber des Versammlungslocals sind verpflichtet, mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung, unter Angabe des Orts und der Zeit, der Polizei Anzeige von derselben zu machen. Diese ertheilt darüber auf Verlangen eine unentgeltliche Bescheinigung.

§. 9.

Jeder schon bestehende Verein der im §. 5 bezeichneten Art ist verpflichtet, der Polizei binnen dreimal 24 Stunden seine Statuten, so wie die Namen und die Wohnung seiner Vorsteher und seiner sonstigen Beamten mitzutheilen.

§. 10.

Sept. 24.

## §. 10.

Dieselbe Verpflichtung (§. 9) liegt neu sich bildenden Vereinen binnen gleicher Frist nach der ersten Versammlung ob.

## §. 11.

Jede Veränderung in den Statuten oder im Vorsteher- oder Beamtenspersonal, ist von allen diesen Vereinen der Polizei ebenso anzuzeigen.

## §. 12.

Die Vorsteher, Unternehmer, Ordner, oder Leiter der im §. 9 und 10 erwähnten Vereine sind für die in den Paragraphen 9, 10 und 11 vorgeschriebenen Anzeigen persönlich verantwortlich.

## §. 13.

Die Polizei ist überdies berechtigt, die Protocolle und Beschlüsse eines jeden der im §. 5 erwähnten Vereine und Versammlungen einzusehen. Auch müssen ihr von den Vorstehern, Ordnern, Unternehmern, oder Leitern alle Redner, die in einer Versammlung aufgetreten sind, auf Verlangen namhaft gemacht werden.

## §. 14.

Die Polizei ist berechtigt, nach vorausgegangener Untersuchung und unter Angabe der Gründe, jeden dem §. 1 oder 2 dieser Verordnung zuwiderlaufenden Verein aufzulösen, und eine angekündigte derartige Versammlung zu untersagen. Findet sie dabei Widerstand, so hat sie die bewaffnete Macht zuzuziehen,

zuzuziehen, und ist von dieser ohne Weiteres Sept. 24. zu unterstützen.

Beschwerden dagegen sind in dem bisher gegen Polizen-Befehlungen gebräuchlichen Wege anzubringen, haben aber keine Suspensivwirkung.

#### §. 15.

Die in dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften für Vereine und Versammlungen und deren Vorsteher, der Polizen gegenüber, sowie die darin angeordneten polizeylichen Maaßregeln finden auf Versammlungen, die von einer öffentlichen Behörde veranlaßt werden, keine Anwendung.

#### §. 16.

Uebertretungen der Vorschriften dieser Verordnung werden in erster Instanz, und zwar auch soviel die Vorstädte und das Landgebiet betrifft, vom Polizenherrn innerhalb der Grenzen des polizeylichen Competenzgesetzes vom 8. Juny 1826 geahndet; doch kann in diesen Fällen bis auf eine Geldstrafe von 100 Thlr. erkannt werden.

Concurriren mit Uebertretungen dieser Verordnung sonstige strafbare Handlungen, durch die eine Criminalstrafe verwirkt wird, so hat der Polizenherr das Erforderliche einzuleiten.

#### §. 17.

Diese Verordnung gilt auch für das Amt Nigebüttel, und stehen daselbst dem Amtmanne in Bezug auf Vereine und Versammlungen die nehmlichen Befugnisse zu, wie dem Polizenherrn in Hamburg.

## LXXXVI.

Sept. 26.

## V e r f ü g u n g

in Bezug auf die Quartierung der zeitweilig  
sich hier aufhaltenden Bundesstruppen.

Nachdem durch Rath: und Bürgerschuß  
vom 20. September d. J. nachstehende Ver-  
fügung, in Bezug auf die Quartierung der  
zeitweilig sich hier aufhaltenden Bundes-  
truppen beliebt worden ist, so wird selbige  
hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

## §. 1.

Denjenigen, welche während des der-  
maligen Hierseins von Bundesstruppen mit  
unfreiwilliger Einquartierung belegt sind,  
soll aus der Staats-Casse eine Vergütung  
nach folgendem Maaßstabe gezahlt werden:  
Für einen Mann (Soldaten

oder Unterofficier) . . .	per Tag	1 m $\frac{1}{2}$ — $\beta$
Für einen Feldwebel. . . .	: : 1 : 8 :	
: : Lieutenant . . .	: : 3 : — :	
: : Hauptmann . .	: : 3 : 12 :	
: : Major . . . . .	: : 4 : 8 :	
Für einen höheren Staats-		
officier vom Obristlieu-		
tenant aufwärts . . . .	: : 6 : — :	
Für ein Pferd bei voller		
Fütterung . . . . .	: : — : 12 :	

## §. 2.

Diese Vergütung kann, wenn es ver-  
langt wird, allwöchentlich in Empfang ge-  
nommen werden und ist die Modalität des  
dabei zu beobachtenden Verfahrens von der  
Central:



Central-Commission für das Einquartierungs: Sept. 26.  
wesen festzustellen.

§. 3.

Die obigen Vergütungssätze haben nur Bezug auf unfreiwillige Einquartierungen. Da, wo die Truppen auf öffentliche Kosten gegen vertragsmäßige Vergütung untergebracht sind, kommen die Bestimmungen des Einquartierungs-Reglements vom 23. April d. J. zur Anwendung. In zweifelhaften Fällen ist die Einquartierungs-Commission befugt, ein billiges Abkommen nach den Umständen mit den Quartierwirthem zu treffen.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 26. September 1849.

LXXXVII.

Bekanntmachung, Sept. 26.

betreffend die Bezahlung für Einquartierung.

Die Central-Commission für die Einquartierung macht hierdurch bekannt, daß mit der Bezahlung für Einquartierung in diesen Tagen der Anfang gemacht werden wird, und zwar zunächst mit der Zahlung für die Zeit bis zum 8. September gegen Einlieferung der mit E. C. gestempelten Zettel.

Zeit und Ort der Zahlung werden durch Anschlag abseiten der Special-Commissionen der verschiedenen dabei interessirten Bataillone bekannt gemacht werden, und wird dringend

Sept. 26. darum ersucht, zu der angezeigten Zeit die Zahlung in Empfang zu nehmen.  
Hamburg, den 26. September 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

### LXXXVIII.

Sept. 27. Rath und Bürger-Convent  
vom 27. September.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag, den 27. September, zusammen zu berufen, um derselben folgende Anträge vorzulegen.

#### Propositio Senatus.

I. Mit Bezugnahme auf die beiliegende Auseinandersetzung trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

Daß eine aus vier Mitgliedern des Senates und fünf Mitgliedern Erbges. Bürgerschaft zusammengesetzte Commission beauftragt werde, das von der Constituirenden Versammlung dem Senate übergebene Verfassungswerk, von den in der Anlage angedeuteten Gesichtspuncten aus, einer Prüfung zu unterziehen und, je nach dem Ergebniß derselben, über die nothwendig erscheinenden Abänderungen mit der Constituirenden Versammlung falls thunlich eine Verständigung anzubahnen, eventuell über die zu ergreifenden Maaßregeln geeignete Anträge dem Senate zur weiteren Verhandlung

Verhandlung mit Erbges. Bürgerschaft Sept. 27.  
zu übergeben, jedenfalls aber innerhalb  
vier Wochen über ihre Thätigkeit zu be-  
richten.

Für den Fall des Einverständnisses  
Erbges. Bürgerschaft mit diesem Antrage,  
ersucht der Senat ferner, die Wahl der  
fünf Commissarien, und zwar Eines von  
und aus jedem Kirchspiele, und sodann  
abgesondert die Wahl von fünf Ersatz-  
männern gleichfalls Eines von und aus  
jedem Kirchspiele, sofort vorzunehmen,  
worauf sodann der Senat von den seiner-  
seits ernannten Mitgliedern Erbges. Bürger-  
schaft Anzeige machen wird.

II. Nachdem Erbges. Bürgerschaft in  
dem Convente vom 20. d. M. die Erhebung  
einer außerordentlichen Brandsteuer  
wiederholt abgelehnt hat, so trägt E. E. Rath,  
indem er sich auf die in der Anlage aus-  
geführten Gründe bezieht, bei Erbges. Bürger-  
schaft darauf an,

zur Deckung des diesjährigen Deficits  
des ordentlichen Staatshaushalts, soweit  
dasselbe nicht schon durch die, aus der  
am 12. July d. J. bewilligten Ver-  
theilung der Staats-Prämien-Anleihe,  
entbehrlichen Mittel ausgeglichen wird,  
eine fernere Vertheilung der Ham-  
burgischen Staats-Prämien-An-  
leihe, und zwar völlig in der Art, wie  
solche am 12. July d. J. genehmigt  
worden, zu bewilligen.

Sept. 27.

## Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt ad I. den Antrag E. E. Raths, die Verfassungs-Angelegenheit betreffend, und erwählt das Kirchspiel St. Petri zum Commissar den Ehrbaren G. H. Kämmerer und zum Ersakmann den Ehrb. H. W. Mauke; das Kirchspiel St. Nicolai zum Commissar den Ehrb. Herm. Rud. Loehr Dr. und zum Ersakmann den Ehrb. J. F. E. Refardt; das Kirchspiel St. Catharinen zum Commissar den Ehrb. H. A. Hübener und zum Ersakmann den Ehrb. D. R. Schroeder; das Kirchspiel St. Jacobi zum Commissar den Ehrb. H. A. Heise Dr. und zum Ersakmann den Ehrb. J. E. A. Western; das Kirchspiel St. Michaelis zum Commissar den Ehrb. C. Petersen Dr. und zum Ersakmann den Ehrb. F. H. Suse sen.;

und tritt ad II. dem Antrage auf fernere Vertheilung eines Theils der Hamburgischen Staats-Prämien-Anleihe, behufs Deckung des diesjährigen Deficits im ordentlichen Staatshaushalte, bei,

## Replica Senatus.

E. E. Rath dankt der Erbges. Bürgerschaft für ihre Zustimmung zu seinen beiden heutigen Anträgen und zeigt er derselben an, daß er seinerseits zu Mitgliedern der in Bezug auf das Verfassungswerk heute niedergesetzten Commission die Herren Syndicus Amsinck Dr. Senator Lutteroth; Legat, Senator

Senator Kirchenpauer Dr. und Senator Sept. 27.  
Geffcken ernannt hat.

## LXXXIX.

## Bekanntmachung,

Sept. 29.

die Gas-Beleuchtung in den mit solcher bisher  
noch nicht versehenen Straßen der Vorstadt  
St. Georg, als: des Stadtdeichs, eines  
Theils des Grünendeichs und der  
Bankstraße betreffend.

Da nach einer Anzeige der Gas-Compagnie  
in diesen Tagen mit der Eröffnung der  
Haupt-Gasröhren in dem obbezeichneten  
Districte der Vorstadt St. Georg, zum  
alleinigen Behufe der Entfernung der at-  
mosphärischen Luft aus denselben, begonnen  
werden wird, so macht die unterzeichnete  
Behörde es allen dortigen Consumenten zur  
Pflicht, auf zuverlässige Weise dafür zu  
sorgen, daß an keinem der Hähne  
ihrer Gas-Leitung irgendwie gedreht  
werde, bevor die Ingenieure oder  
die beeidigten Mechaniker die Er-  
laubnis dazu gegeben haben, damit  
nicht durch das noch mit Luft vermengte  
Gas bei einem unbefugten Anzünden Ge-  
fahr und Unglück herbeigeführt werde. Die  
Ingenieure und Mechaniker sind verpflichtet,  
eine jede Contravention sofort zur Anzeige  
zu bringen und wird gegen die Contra-  
venienten, so wie gegen Diejenigen, welche  
sich eine Beschädigung der Anlagen der Gas-  
Compagnie

Sept. 29. Compagnie zu schulden kommen lassen, abgesehen von der Verantwortlichkeit für den entstandenen Schaden, mit den Umständen angemessenen Strafen verfahren werden.

Hamburg, den 29. September 1849.

Die Polizey-Behörde.

### XC.

Oct. 3. Die Notification einer, am 18. October, als dem angeordneten großen Dankfeste zum Besten der verwundeten Krieger und der Angehörigen der im Befreiungskriege Gefallenen anzustellenden Collecte, ist am 3. October 1849 publicirt.

### XCI.

Oct. 4.

### Bekanntmachung,

betr. die Entschädigungsgelder für die Quartiergeber in den Geestlanden.

Die Central-Commission für die Einquartierung macht hierdurch bekannt, daß die Quartiergeber in den verschiedenen Ortschaften der Geestlande, am Mittwoch den 10. October bei den respectiven Bögten, gegen Einlieferung ihrer Quartierbillette und Quittung die Entschädigungsgelder in Empfang nehmen können.

Hamburg, den 4. October 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

XCII.

## XCII.

## P r e ß g e s e t z

Oct. 5.

der freien und Hansestadt Hamburg. Beliebt durch Rath: und Bürger:Schluß vom 20. Sept. 1849. Nebst angehängtem Schragen für das Verfahren vor dem Niedergerichte in Preßsachen. Auf Befehl E. H. Rath: der freien Hansestadt Hamburg publicirt den 5. October 1849.

Das durch den Rath: und Bürger:Schluß vom 20. September d. J. beliebte Preß:gesetz nebst angehängtem Schragen für das Verfahren vor dem Niedergerichte in Preßsachen, wird hiemit öffentlich bekannt gemacht.

Die Gesetzeskraft dieser Verordnungen tritt mit dem 10. dieses Monats ein.

Gegeben in Unserer Rath:Versammlung. Hamburg, den 5. October 1849.

## Titel I.

## Von der Polizen der Presse.

## §. 1.

Alle Censur der in Hamburg oder dessen Gebiet herauskommenden Druckschriften bleibt abgeschafft. Die auf dieselben bezüglichen Vorschriften des Art. 32 des Hauptrecesses, so wie das Publicandum vom 10. November 1819 sind aufgehoben.

## §. 2.

Was in dem gegenwärtigen Gesetze von Druckschriften verordnet ist, gilt auch von solchen, die nur als gedruckte Manuscripte bezeichnet werden, so wie von allen mittelst mechanischer

Oct. 5. mechanischer Mittel, namentlich auch durch Steindruck, Kupferstich oder Holzschnitt vervielfältigten Schriften oder Bildwerken.

§. 3.

Es darf keine Druckschrift gedruckt oder ausgegeben werden, ohne daß sich der Name oder die Firma des Druckers, so wie Ort und Jahr des Druckes angegeben finden. Die Nichtbefolgung dieser Vorschriften wird, abgesehen vom Inhalte der Druckschrift, mit einer Geldbuße von 15 *m*ß bestraft, die in Wiederholungsfällen bis 60 *m*ß gesteigert werden kann.

Ist die Angabe eine wissentlich falsche, so tritt eine Geldbuße von 25 bis 100 *m*ß, oder Gefängnißstrafe von 3 bis 14 Tagen ein.

§. 4.

Periodische Schriften und Zeitungen müssen, außer den Namen des Druckers und Verlegers, auch den eines verantwortlichen Redacteurs enthalten.

§. 5.

Von einer jeden Zeitung, Zeitschrift oder einer Flugschrift unter 5 Bogen stark, muß von dem Verleger, innerhalb 24 Stunden nach deren Ausgabe, ein vollständiges Exemplar der Polizei-Behörde zugestellt werden. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind Zeitschriften rein wissenschaftlichen oder künstlerischen Inhaltes.

§. 6.

Die Nichtbefolgung der Vorschriften der §§. 4 und 5 wird mit einer Geldstrafe von  
15 *m*ß



15 *m℥* geahndet, welche in Wiederholungs- Oct. 5.  
fällen bis auf 60 *m℥* gesteigert werden kann.

### §. 7.

Der Redacteur oder Herausgeber einer Zeitung oder Zeitschrift ist verpflichtet, eine jede entsprechende Berichtigung der darin mitgetheilten Thatfachen unentgeltlich, so gleich nach deren Empfang, in das nächste oder das darauf folgende Blatt oder Heft aufzunehmen. Ebenso ist er zur unentgeltlichen Aufnahme etwa wider ihn ergangener Straferkenntnisse in Preßangelegenheiten verpflichtet, falls gerichtsseitig darauf erkannt worden sein sollte. Die Nichtbefolgung dieser Vorschriften wird mit einer Geldstrafe von 15 *m℥* geahndet, welche sowohl im fortgesetzten Weigerungsfalle, als in Wiederholungsfällen bis auf 60 *m℥* gesteigert werden kann.

### §. 8.

Ist ein, wegen Nichtbefolgung der in den §§. 3, 4, 5 und 7 enthaltenen Vorschriften, zu einer Geldstrafe Verurtheilter unfähig, sie zu erlegen, so wird sie in der Art in Gefängnißstrafe umgewandelt, daß 6 *m℥* gleich 24 Stunden Gefängniß gelten.

### §. 9.

Anschlagzettel und Placate, insoweit sie nicht von öffentlichen Behörden ausgehen, oder von der Polizei erlaubt werden, dürfen nur Anzeigen über öffentliche Vergnügungen, Verkäufe, Auctionen, gestohlene, verlorene  
oder

Oct. 5. oder gefundene Sachen oder ähnliche Nachrichten für den gewerblichen Verkehr enthalten.

Das Anheften von Zeitungen und Extra-  
blättern an den Straßen ist nicht gestattet.

#### §. 10.

Die Uebertretung der Vorschriften des §. 9 wird mit Gefängniß von 24 Stunden bis 8 Tagen bestraft, welche Strafe in Wiederholungsfällen bis zu 4 Wochen gesteigert werden kann.

Die Polizei ist berechtigt, jedes den Vorschriften des §. 9 zuwiderlaufende Placat sofort entfernen zu lassen.

### Titel II.

#### Von Preßvergehen und deren Bestrafung.

#### §. 11.

Uebertretungen der Strafgesetze durch die Presse gelten für vollendet, wenn die sträfliche Druckschrift in Verkehr gesetzt oder auf anderem Wege in Umlauf gebracht worden ist.

#### §. 12.

Wenn unter Mitbenutzung der Presse ein Verbrechen verübt wird, so kommt die gesetzliche Criminalstrafe zur Anwendung. Die Criminalbehörde erlangt in einem solchen Falle auch die Competenz für das Preßvergehen. Liegt aber allein ein Preßvergehen vor, so treten die nachfolgenden Strafbestimmungen ein.

#### §. 13.

## §. 13.

Oct. 5.

Wer durch eine Druckschrift zum Aufruhr oder zur thätlichen Widerseßlichkeit gegen eine Hamburgische Behörde oder gegen einen innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse thätigen Beamten, oder zur Nichtbefolgung gesetzlicher Anordnungen, oder zur Gewaltthat gegen die Person oder das Eigenthum von Privaten auffordert oder anreizt, wird mit einer Geldstrafe von 15 bis 500 *m℥*, oder mit Gefängniß von 3 Tagen bis 3 Monaten bestraft.

## §. 14.

Wer durch eine Druckschrift zu sonstigen Verbrechen auffordert oder anreizt, oder Verbrechen als erlaubte Handlungen darzustellen, oder Haß und Verachtung zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu erregen sucht, wird mit einer Geldstrafe von 15 bis 300 *m℥*, oder mit Gefängniß von 3 Tagen bis 2 Monaten bestraft.

## §. 15.

Wer durch eine Druckschrift eine Hamburgische Behörde oder einzelne Mitglieder derselben in dieser ihrer Eigenschaft, oder einen Hamburgischen Beamten als solchen, mittelst Anführung unwahrer oder entstellter Thatfachen angreift, oder sie verhöhnt, oder sie durch beschimpfende Ausdrücke verlegt, oder Haß und Mißtrauen gegen sie zu erregen sucht, verfällt in eine Geldstrafe von 15 bis 300 *m℥*, oder in eine Gefängnißstrafe von 3 Tagen bis 2 Monaten.

## §. 16.

Oct. 5.

§. 16.

Der §. 15 tritt an die Stelle des Art. 4 des Hauptrecesses, insoweit in demselben von öffentlichen Schmähschriften die Rede ist.

§. 17.

Wer in einer Druckschrift gegen andere befreundete Regierungen, oder gegen deren hiesige Repräsentanten die in den §§. 13 bis 15 erwähnten Vergehen verübt, wird ebenfalls mit den in diesen Paragraphen angedrohten Strafen belegt.

§. 18.

Wer falsche, für Hamburg oder einen befreundeten Staat nachtheilige oder die öffentliche Sicherheit gefährdende Nachrichten durch eine Druckschrift verbreitet, ohne sich auf genügende Weise über deren Ausnahme rechtfertigen zu können, wird mit einer Geldstrafe von 15 bis 300 *m*℥, oder mit Gefängniß von 3 Tagen bis 2 Monaten bestraft.

§. 19.

Eben so (§. 18) wird bestraft, wer das Glaubensbekenntniß einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft durch Ausdrücke der Verachtung oder verächtliche Darstellungen angreift, oder der Verachtung Preis zu geben sucht.

§. 20.

In die nemliche Strafe (§. 18) verfällt, wer durch Darstellung unzüchtiger Gegenstände in Druckschriften die öffentliche Sittlichkeit verletzt.

§. 21.

## §. 21.

Oct. 5.

Injurien, die gegen Privatpersonen in einer Druckschrift begangen werden, sind als qualificirte Injurien zu beurtheilen.

## §. 22.

Es ist in jedem Falle dem Gerichte anheim gegeben, auf Geld: oder auf Gefängnißstrafe zu erkennen. Hat das Gericht auf eine Geldstrafe erkannt, und ist der Verurtheilte unfähig, sie zu erlegen, so wird sie in der Art in Gefängnißstrafe umgewandelt, daß 6 *mß* gleich 24 Stunden Gefängniß gelten.

## §. 23.

Jedes verurtheilende Erkenntniß kann zugleich die Unterdrückung oder Vernichtung der für strafbar erklärten Druckschrift oder des für strafbar erklärten Theiles derselben aussprechen, in Bezug auf die mit Beschlagnahme belegten und alle noch im Besitze des Verfassers, Herausgebers, Verlegers, Buchhändlers oder Druckers befindlichen Exemplare.

## §. 24.

Die Verantwortlichkeit wegen Preßvergehen trifft zuvörderst den Verfasser der strafbaren Druckschrift, es sei denn, daß er nachweise, der Druck oder die demselben gleichkommende Vervielfältigung sei ohne seinen Willen geschehen. Wiesern auch gegen den Herausgeber und Verleger, oder bei periodischen Schriften gegen den Redacteur, endlich gegen den Drucker und Verbreiter, als Theilnehmer oder Beförderer der strafbaren

Oct. 5. baren Handlung, gleichzeitig eine Strafe ausgesprochen werden könne, hat das Gericht nach den Umständen des einzelnen Falles zu beurtheilen. Eben so hat es darüber zu bestimmen, welche dieser Personen, im Fall der Verschweigung des Namens des Verfassers, oder wenn der Verfasser der hiesigen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen ist, zunächst in Anspruch zu nehmen sei. Der Umstand, daß der Verfasser die Verantwortlichkeit auf sich genommen habe, hebt die Strafbarkeit der übrigen mitbetheiligten Personen nicht auf.

#### §. 25.

Erscheint eine periodische Schrift oder Zeitung nicht in Hamburg oder dessen Gebiet, so ist derjenige hiesige Buchhändler oder Inhaber einer Expedition, welcher anzeigt, daß das Blatt regelmäßig bei ihm zu beziehen ist, oder welcher in dem Blatte als solcher bezeichnet wird, so wie der Verbreiter solcher Druckschriften für den Inhalt derselben nach diesem Gesetze verantwortlich, ohne daß er den Staatsanwalt an den auswärtigen Verfasser, Redacteur, Verleger, oder Drucker verweisen kann.

#### §. 26.

Als Verbreiter im Sinne des §. 24 ist auch der Buchhändler verantwortlich, wenn er eine strafbare Druckschrift verbreitet, 1) auf welcher nicht der Name, entweder des Verfassers oder des Herausgebers, Verlegers oder Druckers, nebst der Bezeichnung des Ortes und der üblichen Bezeichnung der

der Zeit des Druckes angegeben (§. 3), Oct. 5. oder 2) wegen welcher eine Beschlagnahme verfügt und ihm amtlich bekannt gemacht worden ist.

§. 27.

Die Strafbarkeit ist durch Verjährung erloschen, wenn 6 Monate von dem Zeitpunkte (§. 11) an abgelaufen sind, wo das Vergehen vollendet, oder seitdem das eingeleitete strafrechtliche Verfahren nicht weiter fortgesetzt worden ist.

Für Privatpersonen (§. 49) läuft diese Frist erst vom Tage der Wissenschaft, ohne daß jedoch die bisher gesetzlichen Vorschriften über die Verjährung von Injurien-Klagen dadurch ausgedehnt werden.

Titel III.

Vom Verfahren bei Preßvergehen.

§. 28.

Die Controlle über die Beobachtung der Vorschriften für die Polizen der Presse steht, soviel die §§. 3, 4, 5 und 9 betrifft, der Polizenbehörde, im Uebrigen dem Staatsanwalde (§. 29) zu, welcher letztere jedoch, wenn Contraventionen der §§. 3, 4 und 9 zu seiner Kenntniß gelangen, ebenfalls zur Anzeige an die Polizen verpflichtet ist.

§. 29.

Dem dormaligen Fiscal wird, bis zur definitiven Bestellung einer Staatsanwaltschaft, zur Wahrnehmung der Aufrechterhaltung der Vorschriften dieser Verordnung, und zur gerichtlichen

Oct. 5. gerichtlichen Verfolgung von Preßvergehen vom Senat, für jeden einzelnen Fall oder im Allgemeinen, aus der Zahl der hamburgischen immatriculirten Advocaten ein Substitut bestellt.

§. 30.

In Fällen einer Nichtbeobachtung der Vorschriften der §§. 3, 4, 5 und 9 verhängt die Polizen die gesetzlichen Strafen. Ist aber auch der Inhalt der Druckschrift von der Art, daß darauf eine Anklage begründet werden kann, so setzt sie den Senat davon in Kenntniß, welche sodann das weiter Erforderliche durch den Staatsanwalt einleitet.

§. 31.

Entstehen über die im §. 7 festgesetzte Aufnahmepflicht Differenzen, so steht die Entscheidung derselben dem Präses des Niedergerichts in erster und letzter Instanz zu. Im Ungehorsamsfalle hat der Polizenherr die im §. 7 vorgeschriebenen Strafen zu verfügen.

§. 32.

Der Staatsanwalt kann eine Beschlagnahme oder Verhütung der Verbreitung einer Druckschrift bei dem Präses des Niedergerichts beantragen, wenn er eine Anklage wegen eines Preßvergehens in Bezug auf diese Schrift zu erheben beabsichtigt. Scheint diesem der Antrag begründet, so kann er die Polizen requiriren. Der Staatsanwalt ist in einem solchen Falle verpflichtet, die Verstätigung der getroffenen Maaßregel innerhalb  
48 Stunden



48 Stunden bei dem Niedergerichte nach: Oct. 5. zusehen. Erfolgt diese Bestätigung, so hat das Gericht zugleich einen Termin anzusehen, in welchem der Staatsanwalt seinen Antrag auf definitive Unterdrückung der mit Beschlagnahme belegten Druckschrift und eventuell auf Verurtheilung auszuführen hat. Wird das Eine oder das Andere versäumt, so ist das Verbot oder die Beschlagnahme als nicht erfolgt anzusehen, und hat das Niedergericht sowohl in diesem Falle, als auch wenn es die Beschlagnahme für unbegründet erklärt, in demselben Verfahren zu entscheiden, ob ein, und welcher Schadensersatz dem Angeklagten aus Staatsmitteln gebühre.

#### §. 33.

Geht der Präses des Niedergerichts auf den Antrag des Staatsanwaltes wegen Beschlagnahme oder Verhütung der Verbreitung einer Druckschrift nicht ein, so kann der Staatsanwalt sich an das Plenum des Gerichts wenden, dessen Ausspruch in letzter Instanz entscheidend ist. Wird der Beschlagnahme vom Gerichte verstattet, so setzt dasselbe zugleich den Termin für das fernere Verfahren an, hinsichtlich dessen sodann die Vorschriften des §. 32 zu beobachten sind.

#### §. 34.

Hält der Staatsanwalt in Fällen, wo er eine Anklage wegen eines Preßvergehens beabsichtigt, eine Voruntersuchung für erforderlich, so requirirt er zu diesem Zwecke den Polizeiherrn, welcher sodann die Untersuchung verfügt.

Oct. 5.

§. 35.

Bis zur definitiven gesetzlichen Bestimmung über das künftige Verfahren in Strafsachen ist das Niedergericht die competente Behörde erster Instanz zur Entscheidung über alle Preßvergehen.

§. 36.

Die Verhandlung vor dem Niedergerichte erfolgt öffentlich und mündlich vor mindestens sechs Mitgliedern des Gerichts, und zwar sowohl wenn der Staatsanwalt als wenn eine Privatperson (§. 49) klagend auftritt.

Die Oeffentlichkeit ist, sei es auf Antrag einer Parthei oder von Amtswegen, nicht anders zu beschränken, als aus Gründen der Sittlichkeit.

§. 37.

Der Staatsanwalt hat bei der Verfolgung eines Preßvergehens eine Anklageschrift, und wenn eine Voruntersuchung stattgehabt hat (§. 34) die Voracten, auf der Kanzlei des Niedergerichts einzureichen, erstere in doppelter Ausfertigung.

§. 38.

Die Anklageschrift muß enthalten:

- 1) die genaue Bezeichnung der Druckschrift und der Stellen, auf welche die Anklage gegründet wird;
- 2) die Hinweisung auf den oder diejenigen Paragraphen dieser Verordnung, auf welche der Staatsanwalt sich beziehen will;

3)

- 3) die Benennung der angeschuldigten Oct. 5. Personen;
- 4) die Benennung der Zeugen und Sachverständigen, deren Erscheinung in der Gerichtssitzung der Staatsanwalt für nothwendig hält, nebst Angabe ihres Gewerbes und ihrer Wohnung;
- 5) den Strafantrag.

§. 39.

Der Präses des Gerichts verfügt sodann die Mittheilung der Anklageschrift an den Angeschuldigten, verstatet demselben die Einsicht der etwaigen Voracten auf der Gerichts-Kanzlei, und ordnet den Termin zur mündlichen Verhandlung an.

Dieser Termin darf in der Regel nicht später fallen, als acht Tage nach Mittheilung der Anklageschrift an den Angeschuldigten.

§. 40.

Der Angeschuldigte hat ein Verzeichniß seiner etwaigen Zeugen und Sachverständigen unter genauer Angabe ihres Gewerbes und ihrer Wohnung in doppelter Ausfertigung, zwei Tage vor dem Termin auf der Kanzlei des Gerichts einzureichen, welches die Abschrift desselben dem Staatsanwalde insinuiren, und die beiderseitigen Zeugen u. s. w., insoweit nicht deren Unzulässigkeit sofort erhellt, zur Gerichtssitzung vorladen läßt.

§. 41.

Erscheint der Staatsanwalt in der Audienz nicht, so wird er für sachfällig erklärt,

Oct. 5. und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt, vorbehältlich weiterer Schadensansprüche des Angeklagten.

§. 42.

Erscheint der Angeklagte nicht, so wird er in die Kosten des Termins verurtheilt und ein zweiter Termin angesetzt, zu welchem er unter dem Rechtsnachtheil vorzuladen ist, daß er im Nichterscheinungsfall, hinsichtlich der thatsächlichen Behauptungen der Anklageschrift für geständig, und seiner Einreden, so wie des Rechtes der Vertheidigung für verlustig erklärt werden wird.

§. 43.

Die Zeugen und Sachverständigen werden jedesmal bei 10 Rthlr. Strafe vorgeladen. Im Nichterscheinungsfall derselben wird die Strafe sofort beigetrieben, und es erfolgt eine zweite Vorladung zu einem späteren Termine bei 15 Rthlr. Strafe, insofern nicht beide Partheien auf deren Abhörung verzichten, oder das Gericht die Vernehmung derselben zur Aufklärung der Sache nicht für erforderlich achtet.

Sind nicht erschienene Zeugen schon in der Voruntersuchung (§. 34) vernommen worden, so hängt es von dem Ermessen des Gerichts ab, ob die Verlesung ihrer Aussagen genüge.

§. 44.

In der Audienz wird zuvörderst die Anklageschrift vom Staatsanwalde verlesen, sodann der Angeschuldigte vom Gerichts-Präsidenten

Präses oder einem andern, von ihm mit Oct. 5. Leitung der Sache beauftragten Richter, über die für die Urtheilssfällung erheblichen Thatfachen vernommen, und hierauf zur Beeidigung und Vernehmung der beiderseitigen Zeugen und Sachverständigen geschritten. Die Vernehmung erfolgt durch den Vorsitzenden; doch steht es beiden Partheien, so wie den sämtlichen Richtern frei, durch denselben Fragen an sie zu richten.

Jede Parthei kann auf die Beeidigung der Zeugen des Gegentheils verzichten.

Das Gericht hat Fürsorge dafür zu tragen, daß das Wesentliche der Verhandlungen, so viel die Thatfrage betrifft, protocollirt werde.

#### §. 45.

Der Staatsanwalt führt sodann seine Klage näher aus; hierauf hat der Angeeschuldigte, und wenn derselbe einen Verteidiger hat, dieser zu erwiedern.

#### §. 46.

Nach beendigter Verhandlung tritt das Gericht zur Berathung über das Erkenntniß ab.

Das Erkenntniß enthält entweder die Verurtheilung des Angeklagten oder seine Lossprechung von der Anschuldigung. Ueber die Anträge des Staatsanwaltes hinaus kann nicht erkannt werden.

Der unterliegende Theil wird in die Kosten verurtheilt. Dem Erkenntnisse sind Entscheidungsgründe beizufügen.

#### §. 47.

Oct. 5.

§. 47.

In der Regel erfolgt die Entscheidung sofort; doch kann das Gericht die Publication derselben auch bis zu einem späteren Termine aussetzen.

§. 48.

Dem Angeklagten steht innerhalb zehn Tagen das Rechtsmittel der weiteren Verteidigung durch Supplication an das Obergericht zu.

§. 49.

Jedem, der durch eine Druckschrift injuriert worden ist, bleibt die Wahl, ob er eine Injurien-Klage in der bisher gesetzlichen Weise anstellen, oder bei dem Niedergerichte in dem in dieser Verordnung vorgeschriebenen Anklage-Verfahren klagbar werden will.

Er ist berechtigt, sich dabei durch einen Advocaten vertreten zu lassen, falls nicht das Gericht seine persönliche Erscheinung für erforderlich hält. Wählt er dieses Verfahren, so kann er nur auf Bestrafung und Bekanntmachung des Erkenntnisses (§. 7), aber nicht auf Privat-Satisfaction antragen. Er hat alsdann Dasjenige zu beobachten, was dem Staatsanwalde in den Paragraphen 32 und 33 und 37 und flgd. vorgeschrieben ist, und es gebühren ihm dieselben Rechte.

Doch bleibt dem Gerichte unbenommen, eine solche von Privatpersonen erhobene Klage, den Umständen nach, nicht zu dem durch

durch dieses Gesetz angeordneten Verfahren Oct. 5. zuzulassen, gegen welche Entscheidung dem Ankläger kein Rechtsmittel verstattet wird.

§. 50.

Diese Verordnung gilt auch für das Amt Rixbüttel. Die Polizen der Presse wird von dem dortigen Amtmann mit denselben Befugnissen ausgeübt, welche das Gesetz der Polizenbehörde überträgt. Für das Verfahren wegen im Amte Rixbüttel begangener Preßvergehen ist das Hamburgische Niedergericht ebenso die competente Justizbehörde wie für Hamburg und dessen übriges privatives Gebiet, und finden auch die Paragraphen 48 und 49 daselbst Anwendung.

S t r a g e n

für das Verfahren vor dem Niedergerichte in Preßsachen.

1) Advocaturkosten.

- a) Für Schriftsätze, (nach Maaßgabe §§. 33 und 37 des Preßgesetzes) und Copialien: nach der beim Niedergericht gebräuchlichen Advocaturtaxe.

Die schriftlichen Eingaben unterliegen keinem Stempel, falls nicht dem Stempel unterworfen Documente producirt werden;

- b) für die Nachsuchung einer Beschlagnahme (§. 32 des Preßgesetzes) . . . 7 m<sup>z</sup> 8 β  
c) für jeden Termin . . . . . 7 : 8 :  
d) für jede contradictorische Verhandlung . . . . . 15 : — :  
e) für

- Oct. 5. e) für die Anführung eines Erkenntnisses, wenn dasselbe nicht in der nehmlichen Audienz publicirt wird, in der die mündliche Verhandlung statt gehabt hat . . . . . 3 m $\frac{1}{2}$  —  $\beta$

2) Kanzleigebühren.

- a) Für jede Citation einer Parthei oder eines Zeugen oder Sachverständigen . . . . . — m $\frac{1}{2}$  12  $\beta$   
 b) für ein Interlocut . . . . . 1 : — ;  
 c) für ein Enderkenntniß . . . . . 5 : — ;

Die Kosten für Erkenntnisse sind jedesmal zu entrichten, auch wenn keine Ausfertigung verlangt wird, während, wenn sie verlangt wird, dafür ein Mehreres nicht zu bezahlen ist.

- d) für die Insinuation eines Erkenntnisses . . . . . — : 8 ;  
 e) Uebrigens nach dem bei dem Niedergerichte üblichen Kanzleischragen, doch ist für Zeugenverhöre und Eidesleistungen, da dieselben in der Audienz erfolgen, nichts besonders zu berechnen.

Die Kanzleikosten werden, soviel thunlich, mittelst Stempels erhoben, und sind allemal von derjenigen Parthei auszulegen, welche die gerichtliche Handlung veranlaßt.

XCIH.



XCIH.

**Bekanntmachung,**

Oct. 5.

betr. das Eintreten der Gesetzeskraft des Preßgesetzes.

Das durch den Rath: und Bürgerschuß vom 20. September d. J. beliebte Preßgesetz, nebst angehängtem Schragen für das Verfahren vor dem Niedergerichte in Preßsachen, ist bei dem Rathsbuchdrucker Meißner zu haben.

Die Gesetzeskraft dieser Verordnungen tritt mit dem 10. dieses Monats ein.

Folgende Paragraphen des Preßgesetzes werden hiemit noch besonders zur öffentlichen Kunde gebracht:

§. 9.

Anschlagzettel und Placate, insoweit sie nicht von öffentlichen Behörden ausgehen, oder von der Polizei erlaubt werden, dürfen nur Anzeigen über öffentliche Vergnügungen, Verkäufe, Auktionen, gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen oder ähnliche Nachrichten für den gewerblichen Verkehr enthalten. Das Anheften von Zeitungen und Extrablättern an den Straßen ist nicht gestattet.

§. 10.

Die Uebertretung der Vorschriften des §. 9 wird mit Gefängniß von 24 Stunden bis 8 Tagen bestraft, welche Strafe in Wiederholungsfällen bis zu 4 Wochen gesteigert werden kann.

Die

- Oct. 5. Die Polizen ist berechtigt, jedes den Vorschriften des §. 9 zuwiderlaufende Placat sofort entfernen zu lassen.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 5. October 1849.

## XCIV.

### Oct. 5. Bekanntmachung,

betreffend die Feier des allgemeinen Buß- und Bettages.

Da unter dem 11. October v. J. verfügt worden ist, daß fernerhin der allgemeine Buß- und Bettag immer am zweiten Donners- tage im November gehalten werden solle, so ist eine nähere Bestimmung des Tages, an welchem das Reformationsfest zu feiern ist, erforderlich, indem diese Feier in Folge der Verfügung vom 1. July 1836 sich nach dem angeordneten Bußtage richten soll.

Da nun die eigentliche Feier des Reformationsfestes am 31. October Statt zu finden haben würde, und es zweckmäßig ist, wenn die kirchliche Feier diesem Tage so nahe als möglich gesetzt wird, so wird hierdurch für die Zukunft bestimmt, daß das Reformationsfest immer am letzten Sonntage im October, in diesem Jahre also am 28. October gefeiert werden soll, was hierdurch zu Jedermanns Kenntniß gebracht wird.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 5. October 1849.

XCV.

XCV.

Die Notification einer, am 8. November, Oct. 8. als dem angeordneten allgemeinen Buß- und Bet- Tage, zum Besten des Allgemeinen Krankenhauses anzustellenden Collecte, ist am 8. October 1849 publicirt.

XCVI.

**Bekanntmachung,**

Oct. 8.

betr. die Verpflichtung zur Uebernahme eines ferneren Theiles der Staats-Prämien-Anleihe.

Nachdem durch den Rath- und Bürger-schluß vom 27. September d. J. die Verpflichtung zur Uebernahme eines ferneren Theils der zweiten noch übrigen Hälfte der Hamburgischen Staats-Prämien-Anleihe, behufs Deckung des Bedürfnisses des Staats-haushalts ausgesprochen, und die Vertheilung der Obligationen dieser Anleihe, nach Maaß-gabe der Brandsteuer-Ansätze, in derselben Art beschlossen worden, wie solche am 13. July d. J. publicirt ist; so wird Solches hiedurch öffentlich bekannt gemacht.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 8. October 1849.

XCVII.

**Bekanntmachung,**

Oct. 25.

betreffend eine neue Umlegung der Königl. preussischen Truppen und Reclamationen wegen der Einquartierung.

Zur gleichmäßigeren Vertheilung der Ein-quartierungslast, so wie zur besseren Zu-sammenstellung

Oct. 25. sammenstellung der Truppen nach ihren einzelnen Abtheilungen, und in Berücksichtigung der eintretenden kälteren Witterung ist eine Umlegung der Königl. preussischen Truppen wünschenswerth und nothwendig, und wird dieselbe am Sonnabend den 27. October in dem bisherigen Bezirk stattfinden. Darnach wird der zwischen dem Steinthor und Dammthor belegene, von folgenden Straßen: Steinstraße, Speersort, bei der Petrikirche, Rathhausstraße, große Johannisstraße, großer Burstah, Graskeller, Ellernthorsbrücke, neuerstädter Fuhlentwiete, Caffamacherreihe und Valentinskamp begrenzte Stadttheil, einschließlich der genannten Straßen, wiederbelegt werden, wobei nach vorgenommener Revision sämtlicher Listen auf jede thunliche Ermäßigung und auf die möglichst gleichmäßige Vertheilung der Einquartierungslast Bedacht genommen ist.

Zugleich wird in Bezug auf den bevorstehenden Umziehetermin, bis nach welchem die Umlegung der Truppen nicht ausgeföhrt bleiben konnte, hierdurch verfügt, daß Jeder, der in eine Wohnung einzieht, welche mit Einquartierung belegt ist, dieselbe, vorbehaltlich etwaniger in seinen Verhältnissen begründeter und demnächst geltend zu machender Reclamation, zu übernehmen verpflichtet ist, und sich behufs Erlangung eines neuen Quartier-Billets auf dem städtischen Einquartierungs-Bureau zu legitimiren hat.

Etwanige Reclamationen, die indessen bei der eintretenden Ermäßigung wohl nur  
in

in geringer Anzahl werden vorkommen können, Oct. 25.  
werden am Sonnabend den 27. October  
Nachmittags zwischen 2 und 4 Uhr, so wie  
am Montag den 29. und Dienstag den  
30. October Morgens zwischen 8 und 10  
Uhr in den Special-Bureaux entgegen-  
genommen, und zwar

für das 1ste Bataillon des Bürger-  
Militairs im Hause des Herrn Major  
Kehlender, Hürter No. 15,

für das 2te Bataillon des Bürger-  
Militairs im Hause des Herrn Major  
Woermann, Reichenstraße No. 37,

für das 3te Bataillon des Bürger-  
Militairs alte Schauenburgerstraße  
No. 3,

für das 5te Bataillon des Bürger-  
Militairs Börsen-Arkaden, neben dem  
Bureau der Central-Commission,

für das 6te Bataillon des Bürger-  
Militairs in der Kanzlei des Bürger-  
Militairs, neust. Fuhlentwiete.

Hamburg, den 25. October 1849.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

## XCVIII.

### Bekanntmachung,

Oct. 29.

betr. das Aufhören der Passage auf einigen  
Strecken des Walles bei Nacht.

Die nur für die Monate März bis October  
gültige Erlaubniß der Passage über die Wall-  
strecken

Oct. 29. strecken zwischen dem Millern: und Damm: thor und zwischen der Bastion Ericus und dem Sandthor hört mit dem 31. October auf.  
Hamburg, den 29. October 1849.

Die Polizen: Behörde.

## XCIX.

Nov. 2.

### Bekanntmachung,

betr. die Verlegung des Bureau der Central: Commission für die Einquartierung und der Reclamations: Commissionen.

Die unterzeichnete Commission macht hier: durch bekannt, daß ihr Bureau von den Börsen: Arkaden nach dem alten Postgebäude auf dem Neuenwalde verlegt worden ist, so wie ferner, daß die Reclamations: Commissionen der verschiedenen Specialbureau in Zukunft an jedem Donnerstage (in der nächsten Woche, des Bußtages wegen, am Mittewochen) von 9—10 Uhr Morgens versammelt sein werden; und zwar für das

1ste Bataillon des Bürger: Militairs im Hause des Herrn Major Kehlender, Hüxter No. 15,

2te Bataillon des Bürger: Militairs im Hause des Herrn Major Woermann, große Reichenstraße No. 37,

3te Bataillon des Bürger: Militairs alte Schauenburgerstraße No. 3,

5te Bataillon des Bürger: Militairs im Hause des Herrn Major Bargmann, Dr., großer Wursthof No. 5,

6te

6te Bataillon des Bürger: Militairs in Nov. 2.  
der Kanzlei des Bürger: Militairs,  
neust. Fuhlentwiete.

Hamburg, den 2. November 1849.

Die Central: Commission  
für die Einquartierung.

### C.

Die Bekanntmachung der bevorstehenden Nov. 9.  
Umschreibung durch die Capitaine des Bürger: Militairs vom 9. November 1849,  
entspricht wörtlich derjenigen vom 7. May  
d. J., (s. oben S. 67.)

### CI.

Bekanntmachung, Nov. 10.

betreffend die Signal: Laternen am unteren  
Köhlbrand.

Nach Uebereinkunft mit der Königl. Hannoverischen Regierung und im Zusammenhange mit entsprechenden Einrichtungen auf dem Hannoverschen Gebiete, werden bis auf Weiteres täglich, während des Passirens der von Hamburg und Harburg Abends abfahrenden, mit den Hannoverschen Eisenbahnzügen in Verbindung stehenden Dampfschiffe, an beiden Ufern des unteren Köhlbrand Signal: Laternen brennend erhalten werden.

Die Laterne auf der Ostseite (am rechten Ufer) befindet sich auf dem Werder Sand,  
die

Nov. 10. die Laterne auf der Westseite (am linken Ufer) befindet sich neben dem Hause auf der Worth des Mühlenwärder.

Beide Laternen werden mit Eintritt der Dunkelheit angezündet und bald nach dem Passiren der erwähnten Dampfschiffe, deren Abfahrt sowohl in Hamburg als in Harburg für jetzt auf 4 Uhr Nachmittags angesetzt ist, ausgelöscht.

Die Ausführung dieser Maaßregel beginnt mit dem 13. November.

Das Aufhören derselben wird seiner Zeit bekannt gemacht werden.

Hamburg, den 10. November 1849.

Die Schifffahrt:  
und Hafen-Deputation.

## CII.

Nov. 21.

### Verordnung

über Erwählung der Landvögte und Höfsteute in den Vierlanden.

Nachdem am 23. May v. J. zwischen den Commissarien der Senate Lübeck's und Hamburg's und den Vierlander Deputirten über Erwählung der Landvögte und Höfsteute verhandelt, das Verhandelte von den Senaten genehmigt und zur Ausführung an beiderseitige Visitationsbehörden verwiesen, auch in einigen Bestimmungen auf Veranlassung weiterer Genehmigung der gedachten Deputirten modificirt worden, wird nunmehr von der Visitation Folgendes verordnet:

§. I.



Für das Amt eines Landvogts in den Vierlanden sind von der betreffenden Landschaft drei in derselben angeessene Höfener in nachfolgender Art zu präsentiren:

1. In der betreffenden Landschaft werden Wahlmänner ernannt, und zwar in jeder Bauernschaft fünf, nämlich zwei Höfener, zwei Rätener und ein Einwohner aus der Landschaft. Die Ernennung dieser Wahlmänner geschieht in der Wohnung und unter dem Vorsitz des Höftmanns der betreffenden Bauernschaft, abseiten sämtlicher in der Bauernschaft wohnenden Landbürger, welche einen abgesonderten Haushalt haben, soweit dieselben in der Versammlung erschienen sind, und zwar durch relative Majorität der Erschienenen; so daß diejenigen fünf Wahlfähigen, welche die meisten Stimmen haben, zu Wahlmännern ernannt sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie die Hälfte der Stimmen der erschienenen Landbürger erhalten haben, oder weniger. In den Landschaften Altengamme, Neuengamme und Eurslack sind jedoch in derjenigen Bauernschaft, in welcher der älteste Höftmann der Landschaft wohnt, welcher durch sein Amt Wahlmann und Vorsitzender bei der Wahl des Landvogts ist, nur vier Wahlmänner zu ernennen.

2. Nachdem sämtliche Wahlmänner der Landschaft zur Wahlhandlung zuvor eingeladen worden, erwählen die zu derselben Erschienenen, unter Vorsitz und im Hause

Nov. 21. des ältesten Hóftmanns, drei Hósfener durch absolute Majorität, d. h. so, daß Jeder der zu Erwählenden mehr als die Hälfte sämtlicher Stimmen der Wahlmänner haben muß. Es können auch die Wahlmänner selbst erwählt werden. Die drei Erwählten sind in der Reihenfolge, in welcher ihnen die mehrsten Stimmen zugefallen sind, der Visitation der Directorial-Stadt namhaft zu machen, worauf die Visitationsbehörden beider Städte Einen der präsentirten Hósfener zum Landvogt erwählen.

## §. II.

Der Hóftmann in jeder Bauernschaft der vier Landschaften wird durch die vorgedachten sämtlichen Wahlmänner der betreffenden Landschaft, und zwar aus der Bauernschaft, in welcher die Hóftmannsstelle erledigt ist, erwählt; und wird übrigens hinsichtlich der Ernennung der Wahlmänner und der durch sie vorzunehmenden Wahl des Hóftmanns in der im §. I. vorgeschriebenen Art verfahren. Jedoch sind in den Landschaften Neuengamme, Altengamme und Curslack bei der Wahl eines Hóftmanns in derjenigen Bauernschaft, in welcher der Landvogt wohnt, nur vier Wahlmänner zu ernennen. Der Landvogt ist durch sein Amt bei dieser Wahl eines Hóftmannes Wahlmann und Vorsitzender, und wird die Wahl in dessen Hause vorgenommen.

Nicht allein ein Hósfener ist zum Hóftmann wahlfähig, sondern auch ein Ráthener.  
Jedoch

Jedoch darf in jeder Landschaft gleichzeitig Nov. 21.  
nur ein Rätlicher Höftmann sein. Der  
durch Stimmenmehrheit der Wahlmänner  
in der Bauernschaft gewählte Höftmann ist  
der Visitationsbehörde der Stadt, welche  
jedesmal das Directorium führt, zur Be-  
stätigung zu präsentiren.

In Ansehung der Wahl zweier Depu-  
tirten für jede Landschaft wird es nach wie  
vor gehalten, wie die darüber besonders er-  
gangene Verordnung vom July 1834 es  
vorschreibt.

### §. III.

Der zur Ernennung der Wahlmänner  
bestimmte Tag wird, sowohl durch Ansagen  
in den Häusern aller Wahlberechtigten, als  
auch durch Publication von der Kanzel,  
bekannt gemacht.

### §. IV.

Wie schon in Ansehung der Landschafts-  
Deputirten, durch die Verordnung von 1834,  
unter II., die Verpflichtung, die Wahl an-  
zunehmen, ausgesprochen ist, so dürfen die  
als Bögte und Höftleute Erwählten und  
Bestätigten der Uebernahme der Anstellung,  
wozu sie berufen worden, sich nicht entlegen.  
Der sich beharrlich Weigernde hat an die  
Höftleute-Casse, während der nächsten zehn  
Jahre, fünf bis 10 Thaler jährlich als  
Geldbuße zu entrichten. In die nämliche  
Strafe verfällt Derjenige, welcher nach  
Uebernahme des Amtes sich den Geschäften  
desselben, ohne als genügend anerkannte  
Gründe, entzieht. Die beiderseitigen Visi-  
tations:

Nov. 21. tationsbehörden entscheiden dieserhalb in jedem einzelnen Fall, unter Berücksichtigung etwa eintretender besonderer, die Weigerung entschuldigender und bescheinigter, Gründe, welche sind: anhaltend kränklicher Zustand, sonstige körperliche Gebrechen und ein Alter von fünf und sechs zig Jahren.

#### §. V.

Bei Gemeinde:Ämtern, zu welchen, zufolge dieser Verordnung oder sonst, die gemeinschaftliche Visitationsbehörde oder diejenige der Directorial:Stadt ernennt, oder in welcher sie die Bestätigung ertheilt, ist von der betreffenden Visitationsbehörde, welche die Ernennung oder Bestätigung hat, auch über eine nachgesuchte Entlassung zu entscheiden.

#### §. VI.

Solche Gemeinde:Ämter, zu welchen nur Grund:Eigenthümer wahlfähig sind, müssen abgegeben werden, wenn der sie bisher verwaltende Grund:Eigenthümer sich auf den Altentheil begiebt.

Publicirt im Amte Bergedorf, den 21. November 1849.

### CIII.

Nov. 22.

#### Bekanntmachung,

betr. die Stationirung der beiden Feuerschiffe im Fahrwasser bei Schulan.

Da die unterhalb Schulan zu Süden des bisherigen Fahrwassers befindliche Stromrinne nunmehr eine solche Tiefe erlangt hat, daß dieselbe

selbe als Hauptfahrwasser zu betrachten ist, Nov. 22. so wird die Verlegung der in dortiger Gegend stationirten beiden Feuerschiffe in dieses neue Fahrwasser, so wie dessen Betonung in den nächsten Tagen vorgenommen werden.

Die künftige Station des oberen Feuerschiffes ist W  $\frac{1}{2}$  S vom Schulauer Fahrhaus und SSO von dem Hause auf Fahrmanns Sand, auf 2  $\frac{1}{2}$  Faden Tiefe bei niedrigem Wasser.

Die künftige Station des unteren Feuerschiffes ist ONO  $\frac{1}{4}$  O vom Mielsack, SW  $\frac{1}{2}$  S vom Hause auf Fahrmanns Sand; und der Cours nach der schwarzen Tonne № XI NNW  $\frac{1}{2}$  W. Die Wassertiefe an der Stelle des Feuerschiffes ist 10 Fuß bei niedrigem Wasser.

Die Richtung der Feuerschiffe von einem zum andern ist NW  $\frac{1}{2}$  W und SO  $\frac{1}{2}$  O; sie liegen eine kleine halbe Meile von einander entfernt an der Nordseite des Fahrwassers.

Zur größeren Sicherheit wird zwischen beiden Feuerschiffen, und zwar ebenfalls an der Nordseite vor der etwas vortretenden Krümmung des Sand-Riffes, vorläufig eine Boje hingelegt.

An der bisher durch eine schwarze Boje bezeichneten Stelle, dem Schulauer Schiffswerft gegenüber, wo die Schiffe aus dem alten Fahrwasser südwärts in das neue hinüber halten, kommt an der Südseite des neuen Fahrwassers eine schwarze Tonne zu liegen.

In

Nov. 22. In dem alten Fahrwasser werden an den Stellen, wo die Tonnen jetzt liegen, einsteuilen Bojen hingelegt.

Die Verlegung der Feuerschiffe auf ihre neuen Stationen wird, falls nicht Witterungsverhältnisse solches verhindern, am Sonnabend den 24. November Statt finden; ihre Kennzeichen bleiben unverändert.

Hamburg, den 22. November 1849.

Die Schifffahrt:  
und Hafen-Deputation.

#### CIV.

Nov. 28. Die Notification einer, am Neujahrstage 1850, zum Besten der hiesigen Allgemeinen Armenanstalt anzustellenden Collecte, ist am 28. November 1849 publicirt.

#### CV.

Dec. 3. **Bekanntmachung,**  
betr. die außerordentliche Feuer-Cassen-Zulage  
von 2½ per mille für das Jahr 1850.  
1849, December 3.

Dieselbe entspricht wörtlich derjenigen vom Jahre 1848, December 27. S. oben Bd. XX. S. 466.

#### CVI.

Dec. 12. **Bekanntmachung,**  
betr. angeblich coursirende falsche Hamburger  
Schillinge.

Da sich vor Kurzem das Gerücht verbreitet hat, es seien falsche Hamburger Schillinge

Schillinge im Umlaufe und dieselben seien Dec. 12. daran kenntlich, daß sie nicht die Chiffre eines Münzmeisters (zuletzt H S K) unter dem Wappen trügen, so wird zur Beruhigung des Publicums hierdurch bekannt gemacht, daß die genauesten Nachforschungen das erstere Gerücht als gänzlich unbegründet ausgewiesen haben, und daß die neueste Ausprägung Hamburger Scheidemünze, welche, da die hiesige Münze nach dem Brande noch nicht wiederhergestellt werden konnte, in der Altonaer Münze, mit der Jahreszahl 1846 geschlagen ist, unter dem Hamburger Wappen keinerlei Buchstaben trägt.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 12. December 1849.

## CVII.

Rath's und Bürger-Convent Dec. 13.  
vom 13. December.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag, den 13. December, zusammen zu berufen, und derselben folgende Anträge vorzulegen:

### Propositio Senatus.

I. Unter Bezugnahme auf die Anlage nebst den dazu gehörigen Unter-Anlagen Litt. A. und B. trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mit zu genehmigen:

daß

Dec. 13. daß der Aufforderung der Kaiserlich Königlich Oesterreichischen und Königlich Preussischen Regierung zum Beitritte zu der am 30. September d. J. zu Wien unterzeichneten Vereinbarung über die Einsetzung einer neuen interimistischen Centralgewalt für Deutschland, wie sie in der Unter-Anlage Lit. B. enthalten ist, auch von Seiten Hamburgs entsprochen werde.

II. Der nahe Ablauf der Zeit, für welche der Zoll bewilligt ist, veranlaßt E. E. Rath die Erbges. Bürgerschaft zu ersuchen:

daß dieselbe die Forterhebung des Zolls für die Jahre 1850 und 1851 in unveränderter Art nach Maaßgabe der Verordnungen vom 23. December 1844 und vom 10. May 1847 mitgenehmigen wolle.

III. Ferner ist die Accise-Abgabe nur bis zum Schlusse d. J. bewilligt; E. E. Rath beantragt deshalb, nach Maaßgabe der Auseinandersetzung in der Anlage:

daß Erbges. Bürgerschaft der ferneren Erhebung der Accise für die Jahre 1850 und 1851, übrigens in unveränderter Art nach der Verordnung vom 18. Decbr. 1846 und dem Tarif vom 27. Decbr. 1848, und nur mit dem Zusaze, daß flüssige Bierhese mit einer Accise von 5 m $\frac{1}{2}$  für 100 Bouteillen besteuert werde, ihre Mitgenehmigung erteilen wolle.

IV.



IV. Sodann bedarf die Stempel: Dec. 13. Abgabe einer weiteren verfassungsgemäßen Genehmigung, weshalb E. E. Rath unter Bezugnahme auf die Anlage, die Erbges. Bürgerschaft ersucht, es mitgenehmigen zu wollen:

daß die Stempel:Abgabe, übrigens in der bestehenden Modalität, und lediglich mit den drei in der Unter:Anlage enthaltenen Modificationen, für die drei Jahre 1850, 1851 und 1852 ferner erhoben werde.

V. Auch die sogenannten combinirten Abgaben erfordern eine fernere Bewilligung, und ersucht demnach E. E. Rath, indem er sich wegen des Näheren auf die Anlage bezieht, die Erbges. Bürgerschaft, es mitgenehmigen zu wollen:

daß das Auctionariat,  
die Auctions:Abgabe,  
die Abgabe von öffentlichen Vergnügungen,  
die Thorsperre:Abgabe,  
die Abgabe von den Eigenthums:Veränderungen der Immobilien, und  
die Collateral:Steuer mit dem Zehnten,  
in der, in der Anlage und der Unter:Anlage näher angegebenen Modalität für die Jahre 1850 und 1851 forterhoben werde.

VI. E. E. Rath ersucht Erbges. Bürgerschaft, unter Bezugnahme auf die Anlage, sich damit einverstanden zu erklären:

daß der über den Anschluß der Hamburgischen Enclaven an den Zollverein des Herzogthums Holstein  
und

Dec. 13. und Fürstenthums Lübeck geschlossene Vertrag vom 5. September, vorbehaltlich des Rücktrittes für den Fall, daß allgemeynere Deutsche Maaßregeln in Zoll- und Handels- Angelegenheiten während des Jahres 1850 eintreten sollten, auf Ein Jahr, also bis zum 1. Jan. 1851, prolongirt werde.

VII. Da die Abgabe von Zeitungs- Inseraten einiger abändernder Verfügungen bedarf, so ersucht E. E. Rath, indem er sich auf die nähere Erörterung in der Anlage bezieht, die Erbges. Bürgerschaft:

daß dieselbe die in der Unter- Anlage enthaltenen Abänderungen und Zusätze zu der, am 25. Juny d. J. beschlossenen Verordnung über eine Abgabe von Zeitungs- Inseraten, mitgenehmigen wolle.

VIII. Für die ersten Monate des nächsten Jahres bedarf die Staatscasse noch einiger interimistischer Aushülfe, worüber die Anlage das Nähere nachweist; E. E. Rath ersucht demnach die Erbges. Bürgerschaft um ihre Mitgenehmigung:

daß Verordnete Eöbl. Kammerei potestivirt werden, nachdem der ihnen unter dem 16. April d. J. desfalls ertheilte Auftrag erloschen sein wird, ferner Bco.mk 300,000 interimistisch für die Roullance auf 6 Monate in der am 7. September v. J. beliebten Modalität, bestmöglichst anzuschaffen.

IX.

IX. Aus denen in der Anlage entz Dec. 13.  
wickelten Gründen, trägt E. E. Rath bei  
Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mit zu  
genehmigen:

daß das Wahlgesetz vom 6. Dec. 1848  
aufgehoben werde, und daß fernerhin die  
Wiederbesetzung der im Bürger-Mili-  
tair vacanten Stellen von Officieren und  
Unterofficieren nach der früherhin beob-  
achteten Modalität, wie sie im Reglement  
für das Bürger-Militair von 1814 vor-  
geschrieben, vorgenommen werde,

daß ferner der Schlußsatz des §. 15 c.  
des Gesetzes vom 6. Dec. 1848 folgender-  
maßen festgestellt werde:

Selbige (11 active Mitglieder) werden  
jährlich durch die resp. Bataillons-  
Chefs und Hauptleute, nach einem von  
der Commission des Bürger-Militairs  
näher zu bestimmenden turnus gewählt,  
so daß die verschiedenen Grade durch  
alle Bataillons und Corps des Bürger-  
Militairs turniren.

X. Der Ehrbare Eduard Johns  
aus St. Petri Kirchspiel hat bei E. E.  
Rathe aus Gesundheitsrücksichten seine Ent-  
lassung als Mitverordneter Böbl. Kammerei  
nachgesucht. E. E. Rath sieht sich, obwohl  
mit Bedauern veranlaßt, Erbges. Bürger-  
schaft um ihre Zustimmung zu derselben  
zu ersuchen.

Da im Uebrigen E. E. Rath, wenn-  
gleich er die Hoffnung hegt, daß die ob-  
schwebenden Verhandlungen über die Ver-  
fassungs-

Dec. 13. fassungs: Angelegenheit bald zu einem befriedigenden Ende führen werden, der Ansicht ist, daß bis dahin die Einrichtungen der bestehenden Verfassung in voller Wirksamkeit bleiben und demgemäß auch mit den in regelmäßiger Folge durch Erbges. Bürgerschaft für die verschiedenen Behörden vorzunehmenden Wahlen verfahren werden müsse, so trägt er unter dem Bemerken, daß die übrigen Wahlen zu den verfassungsmäßig wieder zu besetzenden bürgerlichen Ehrenämtern ebenfalls noch vor dem Schlusse des Jahres zu erledigen sein werden, darauf an, aus dem von Verordneten Eöbl. Kammerei zu übergebenden Aufsatze zwei Personen, zum Behufe der Entscheidung der Wahl zwischen denselben durch das Loos zu ernennen.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt angetragenermaßen

ad I die Ratificirung des Beitritts Hamburgs zu der am 30. Sept. d. J. zu Wien unterzeichneten Vereinbarung über die Einsetzung einer neuen interimistischen Centralgewalt für Deutschland;

ad II die fernere Bewilligung des Zolls;

ad III die Prolongation der Acciseabgabe;

ad IV die Prolongation der Stempelabgabe;

ad V die Prolongation der s. g. combinirten Abgaben;

ad VI die Prolongation des Vertrages wegen Anschlusses der hamburgischen Enclaven

claven an den Zollverein des Herzogthums Dec. 13.  
Holstein und des Fürstenthums Lübeck;

ad VII die Abänderungen und Zusätze  
zu der am 25. Juny d. J. beschlossenen  
Verordnung über eine Abgabe von Zeitungs-  
Inseraten;

ad VIII die Potestivirung Verordneter  
Löbl. Kammerei zur Anschaffung interimistischer  
Geldmittel zum Belaufe von Bco. m<sup>k</sup> 300,000  
auf 6 Monate;

ad IX die Abänderung des Wahlgesetzes  
für Officiere und Unterofficiere des Bürger-  
Militairs, so wie des §. 15 c. des Gesetzes  
vom 6. December 1848; entläßt mit Be-  
dauern den Ehrb. Ed. Johns als Mit-  
verordneten Löbl. Kammerei.

## CVIII.

### Befanntmachung,

Dec. 14.

betreffend die Wahlen zu Officieren und Unter-  
officieren im Bürger-Militair.

Da durch den Rath und Bürger-Schluß  
vom 13. December die in den Abänderungen  
der Bestimmungen über das Reglement des  
Bürger-Militairs vom 10. September 1814,  
welche durch Rath und Bürger-Schluß  
vom 27. November 1848 beliebt und am  
6. December 1848 publicirt worden, ent-  
haltenen Bestimmungen über die Wahlen  
im Bürger-Militair wieder aufgehoben sind,  
und festgesetzt worden, daß fernerhin die  
Wiederbesehung der vacanten Stellen von  
Officieren und Unterofficieren im Bürger-  
Militair

Dec. 14. Militair nach der früherhin beobachteten Modalität, wie sie in dem Reglement für das Bürger-Militair vom Jahre 1814 vorgeschrieben worden, vorgenommen werden sollen, daß ferner der Schlusssatz des §. 15 c. des Gesetzes vom 6. December 1848 folgendermaßen festgestellt werde:

Selbige (11 active Mitglieder) werden jährlich durch die resp. Bataillons-Chefs und Hauptleute, nach einem von der Commission des Bürger-Militairs näher zu bestimmenden turnus gewählt, so daß die verschiedenen Grade durch alle Bataillons und Corps des Bürger-Militairs turniren:

so wird dieses hierdurch zu Jedermanns Kenntniß gebracht.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 14. December 1849.

## CIX.

Dec. 14.

### Bekanntmachung,

betr. die Verlängerung des Vertrages über den Anschluß der Walddörfer an den Holsteinischen Zollverein.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht, daß in Folge des Rath- und Bürger-Schlusses vom 13. December 1849 der den Anschluß der Hamburgischen Walddörfer an den Zollverein des Herzogthums Holstein und des Fürstenthums Lübeck betreffende

treffende Vertrag vom 5. Sept. 1840 bis Dec. 14. zum 1. Jan. 1851 prolongirt worden ist.

Hamburg, den 14. December 1849.

Die Landherrenschafft  
der Geestlande.

CX.

Regulativ

Dec. 18.

die öffentliche Tanzmusik im Städtchen Bergedorf betreffend.

Da eine genauere Bestimmung hinsichtlich der öffentlichen Tanzmusik in den Wirthshäusern zu Bergedorf gewünscht worden, so verfügen die zur Bergedorfschen Visitation verordneten Herren Abgesandten der freien Städte Lübeck und Hamburg:

- 1) Öffentliche Tanzmusik darf an jedem Sonntage, aber nur bis 10 Uhr Abends, und nur in einem Tanzlocal, abwechselnd unter den zu öffentlichen Tanzgelagen berechtigten Wirthen, stattfinden. Am Neujahrstage, Fastnacht, am 2ten Oftertage, am 2ten Pfingsttage, am 2ten Weihnachtstage und am 18ten October, so wie an den Sonntagen, Montagen und Dienstagen in den beiden Jahrmärkten ist jedoch die Tanzmusik auch später und in sämtlichen Wirthshäusern erlaubt.
- 2) Am 1sten Weihnacht-, Ofter- und Pfingsttage, am Himmelfahrtstage, an Buß- und Bettagen und an den Abenden vor einem Feier- oder Sonntage darf überall keine Tanzmusik stattfinden.

3)

- Dec. 18. 3) Nicht nur die Wirth, in deren Häusern die Tanzmusik stattfindet, sondern auch die Musikanten, oder andere Personen, welche zum Tanz spielen, sind für die Aufrechthaltung dieser Ordnung verantwortlich und in Uebertretungsfällen mit einer Geldbuße von 6 bis 30 *m/k*, oder nach Umständen mit Gefängniß, zu bestrafen.

Publicirt im Amte Bergedorf, den  
18. December 1849.

## CXI.

Dec. 19.

### Bekanntmachung,

betr. die Prolongation des Zolls und anderer Abgaben.

Durch den Rath; und Bürger;Schluß vom 13. d. M. ist die fernere Erhebung folgender Abgaben beschlossen worden, und zwar in unveränderter Weise:

- 1) des Zolls, nach Maaßgabe der Verordnungen vom 23. December 1844 und 10. May 1847;
- 2) des Auctionariats; und
- 3) der Auctions; Abgabe.

E. H. Rath bringt dies hiedurch zur öffentlichen Kenntniß.

Gegeben in Unserer Raths;Versammlung.  
Hamburg, den 19. December 1849.

CXII.



## CXII.

**Bekanntmachung,**

Dec. 19.

betr. die Prolongation der Accise, nebst Zusatz,  
betr. die flüssige Bierhefe.

Der Rath; und Bürger:Schluß vom 13. d. M. hat die Forterhebung der Accise nach der Verordnung vom 18. December 1846 und dem Tarif vom 27. December 1848, und zwar übrigens unverändert, jedoch mit dem Zusage:

daß flüssige Bierhefe mit einer Accise von 5 *m*℥ für 100 Bouteillen zu besteuern, verfügt; welches E. H. Rath hiedurch zur öffentlichen Kunde bringt.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 19. December 1849.

## CXIII.

**Bekanntmachung,**

Dec. 19.

betr. die modificirte Prolongation der Abgabe  
von öffentlichen Vergnügungen.

Nachdem durch Rath; und Bürger:Schluß vom 13. d. M. die Abgabe von öffentlichen Vergnügungen, übrigens unverändert prolongirt worden, jedoch mit dem Zusage:

daß der Belauf der Abgabe in keinem Falle den achten Theil des Bruttobelaußs der ganzen Einnahme zu überschreiten, und daß der Erlaß dieser Abgabe für das Stadttheater und das Thaliatheater in der im Jahre 1846 beschlossenen Art fortzudauern habe;

Dec. 19. so wird Solches von E. H. Rath hiedurch öffentlich bekannt gemacht.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 19. December 1849.

## CXIV.

### Dec. 19. Bekanntmachung,

betr. die Prolongation der Thorsperre = Abgabe, und deren Ausdehnung auf die Ferdinanduspforte.

Durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 13. d. M. ist die fernere unveränderte Erhebung der Thorsperre = Abgabe mit dem Hinzufügen:

daß die Nachtsperre auch auf die Ferdinanduspforte anzuwenden;

und daß die bestehende Entfreierung der in Fabriken und Gewerben aussershalb der Thore beschäftigten, in der Stadt oder in der Vorstadt St. Georg wohnenden Arbeiter von der Thorsperre, unter den behüfigen Controlle-Maafregeln auch auf diejenigen Arbeiter angewendet werden kann, welche in Fabriken u. s. w. vor dem Dammthore, in der Vorstadt St. Pauli und Umgegend beschäftigt sind, —

beschlossen worden; welches E. H. Rath hiedurch zur allgemeinen Kenntniß bringt.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 19. December 1849.

## CXV.

## CXV.

**Bekanntmachung,**

Dec. 19.

betr. Veränderungen der Verordnung über die  
Abgabe von Zeitungs-Inseraten.

In Betreff der, am 25. Juny d. J. publicirten Verordnung einer Abgabe von Zeitungs-Inseraten sind vermittelst des Rath- und Bürger-Schlusses vom 13. Decbr. d. J. die nachfolgenden Abänderungen und Zusätze beschloffen worden, wobei die jetzige Fassung folgendermaaßen lautet:

**Der Eingang der Verordnung:**

Unter Aufhebung des Zeitungsstempels und der Recognitionen für die bisher privilegirten Blätter vom 1. July d. J. an wird eine Abgabe von Zeitungs-Inseraten, deren Aufnahme ohne Unterschied nunmehr sämmtlichen in der Stadt, in den Vorstädten und auf dem Landgebiet mit Einschluß des Amtes Rikebüttel erscheinenden Zeitungen, Tages- und Wochenblättern gestattet ist, von dem gedachten Tage an eingeführt, welche von diesen sämmtlichen Zeitungen, Tages- und Wochenblättern, so wie von allen Publicationen, welche solche Inserate enthalten, in nachfolgender Art zu entrichten ist:

**Nr 1, c, der Verordnung:**

Abhandlungen, Besprechungen und Critiken aus dem Gebiete der Wissenschaft  
P 2 und

Dec. 19. und Kunst. Bloße Empfehlungen und Namens- und Sach-Verzeichnisse, jedoch mit Ausnahme der Listen angekommener Fremder, müssen die Abgabe bezahlen.

### Nr 2 der Verordnung:

Die Abgabe beträgt von der Petitzeile von 50 n Buchstaben und darunter 1  $\beta$  Ert., für die Petitzeile über 50 bis einschließlich 60 n Buchstaben  $\frac{1}{2}$   $\beta$  mehr, und in gleicher Weise wird für jede fernere Verlängerung der Zeile bis 10 n Buchstaben  $\frac{1}{2}$   $\beta$  mehr gerechnet. Demgemäß ist die Abgabe für die Zeile eines jeden Blattes vorher festzustellen, und darf der Winkelhaken keines derselben ohne vorherige Anzeige an die Behörde abgeändert werden. Gebrochene Zeilen werden dabei für voll berechnet. Die Zahl der der Abgabe unterworfenen Zeilen wird nach dem zu den Anzeigen verwendeten Raum im Verhältniß zu der ganzen Spalte des Blattes berechnet; so daß die Zahl der auf jeder Inserat-Spalte enthaltenen vorgedachten Petit-Zeilen compacten Sakes die Normal-Größe bildet, wornach der mit Inseraten bedruckte Raum, in Bezug auf die Entrichtung der Abgabe zu berechnen ist; ohne Rücksicht darauf, ob dieser Raum eine größere Schriftart,

art, Wignetten oder Zwischen: Dec. 19.  
räume enthält.

**N<sup>o</sup> 4 der Verordnung:**

Von jedem an den vorgedachten Orten erscheinenden Zeitungs-, Tages- oder Wochenblatte, so wie von allen Publicationen, welche solche Inserate enthalten, muß der Unternehmer innerhalb 24 Stunden nach der Publication desselben ein Exemplar bei der Behörde, für jetzt bei der Kammer, einreichen, und dabei nach einem vorzuschreibenden Formular die Aufgabe über die Anzahl der, nach dem Maaßstabe des Art. 2 darin enthaltenen Petitzeilen, von den, von dieser Abgabe nicht ausgenommenen Inseraten machen, unter Hinzufügung der Erklärung, daß in dieser Nummer des Blattes keine andere solche Inserate enthalten seien.

**N<sup>o</sup> 8 der Verordnung:**

Contraventionen gegen die Entrichtung dieser Abgabe werden mit dem 20fachen Betrage des umgangenen Betrags geahndet. Die Nichtbefolgung der übrigen Vorschriften in Betreff der Inseraten:Abgabe wird mit einer Ordnungsstrafe von 2 Reichsthalern, welche im Nichtgelebungs-falle zu erhöhen ist, geahndet.

E. H. Rath macht dies hiedurch öffentlich bekannt.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 19. December 1849.

## CXVI.

Dec. 21.

## Revidirte Verordnung

über die Abgabe von den Eigenthums: Veränderungen der Immobilien. Beliebt durch Rath: und Bürger:Schluß vom 13. Decbr. 1849. Auf Befehl E. H. Rath's der freien und Hansestadt Hamburg publicirt den 21. December 1849.

## §. 1.

Die Abgabe von den Eigenthums: Veränderungen der Immobilien in der Stadt, den Vorstädten und dem Gebiete der Marschlande und der Geestlande ist vom Kauf und Verkauf der Immobilien (unter welcher Benennung alle Häuser, mit Einschluß der im Bau begriffenen Gebäude, soweit deren Bau vorgerückt ist, — Gärten und alle sonstige liegende Gründe und unbewegliche Güter, jedoch nicht Schiffe noch Schiffsparten, verstanden werden) und zwar mit 2 pEt. Geld von Geld der Kauffsumme zu entrichten, solchergestalt, daß davon der Käufer die eine, und der Verkäufer die andere Hälfte zu zahlen hat.

## §. 2.

Diese Abgabe ist gleichmäßig von allen Acquisitionen von Immobilien durch Tausch mit 2 pEt. zu entrichten, und zwar wenn zwei oder mehrere unter Hamburgischer Jurisdiction belegene Immobilien gegen einander vertauscht werden, für jedes der in dem Tauschgeschäfte begriffenen Immobilien, nämlich von jeder der beiden tauschenden Partheyen zur Hälfte.

## §. 3.

## §. 3.

Dec. 21.

Von jeder Eigenthums: Veränderung, welche titulo lucrativo, durch Schenkung, Erbes: Einsetzung, Legat u. s. w. geschieht; desgleichen wenn Eltern während ihres Lebens ein Grundstück an ihre Kinder übertragen, ohne daß ein Verkauf, noch ein in anderer Art zu leistender Ersatz Statt findet, ist diese Abgabe nur mit 1 pEt., und zwar allein von den Acquirenten zu entrichten.

Ausgenommen sind von dieser Abgabe diejenigen Erbnehmer und Legatarien, welche von dem ihnen anheim gefallenen Erbtheile oder Legat, mittelst dessen ihnen ein Immobile zu Theil wird, die Erbschaftssteuer zu entrichten haben.

Desgleichen wird für den Eigenthums: übergang und die Umschreibung eines Immobiles von dem verstorbenen Erblasser auf dessen Wittwe und sämtliche Kinder, oder auf dessen sämtliche Intestat: Erben, oder auf dessen einzigen Intestat: Erben keine Abgabe bezahlt. — Dabei macht es keinen Unterschied, wenn etwa der Erblasser seine Wittwe und sämtliche Kinder, oder seine sämtlichen Intestat: Erben, oder seinen einzigen Intestat: Erben noch außerdem leibzwilling zu Erben instituirte haben sollte.

## §. 4.

Falls ein Grundstück mehreren Personen zugeschrieben steht, so hat bei dem Verkauf desselben Jeder der Mit: Eigenthümer die Abgabe

Dec. 21. Abgabe nur nach Verhältniß seines Antheils an demselben zu tragen. Es ist also, falls ein, mehreren Personen zugeschriebenes Grundstück auf den Namen einer dieser Personen allein, oder Einiger derselben übertragen wird, die Abgabe von 2 pCt. von solcher Person oder Personen für seinen oder ihren bereits gehaltenen Antheil nicht zu entrichten; und nur die überlassenen Antheile sind derselben unterworfen. Die sämtlichen bisherigen Antheile werden, falls nicht das Gegentheil gehörig documentirt wird, als gleich groß angenommen.

Ebenso ist, wenn ein, in einer Erbmasse befindliches Grundstück von einem der Mit-Erben öffentlich oder unter der Hand gekauft oder übernommen wird, die Abgabe von 2 pCt. nur von den überlassenen Antheilen der übrigen Mit-Erben zu berechnen.

#### §. 5.

Läßt ein alleiniger Eigenthümer eines Grundstücks, oder ein alleiniger Erbe, welchem ein Solches aus einer Erbschaft zugefallen ist, dasselbe auf den Namen seines Ehegatten schreiben, so wird in Bezug auf diese Uebertragung an den Ehegatten die Abgabe nicht entrichtet, unbeschadet jedoch der wegen der Erwerbung des Grundstücks etwa zu entrichtenden Abgabe. (§. 3.)

#### §. 6.

Wenn bei der Wiederverheirathung einer Wittwe ein bis dahin von derselben gemeinschaftlich mit ihren Kindern früherer Ehe besessenes



beseßenes Grundstück auf den Namen des Dec. 21.  
neuen Ehemannes umgeschrieben wird, so  
ist die Abgabe in Gemäßheit der beiden vor-  
stehenden §§. lediglich von den bisherigen  
Antheilen der Kinder zu entrichten, es sei  
denn, daß dabei eine Einkindschaft errichtet  
worden wäre, als in welchem Falle überall  
gar keine Abgabe für die gedachte Ueber-  
tragung zu bezahlen ist.

#### §. 7.

Von einem Grundstück, welches bei  
Altentheils-Verträgen mitübertragen wird,  
ist die Abgabe mit 2 pCt. zu entrichten;  
es wäre denn, daß der Uebernehmer des  
Grundstücks der jetzige präsumtive alleinige  
Erbe des Uebertragenden ist, in welchem  
Falle nur 1 pCt., und zwar von dem Ueber-  
nehmer bezahlt wird.

#### §. 8.

Bei Einkindschafts- oder Adoptions-  
Verhältnissen richtet sich die Entrichtung  
der Abgabe nach der Beschaffenheit des Erb-  
rechts, wie Solches gesetzlich besteht, oder  
durch gültige Verträge festgesetzt worden.

#### §. 9.

In Bezug auf die Entrichtung dieser  
Steuer ist die Umschreibung der Eigenthums-  
Veränderung gleich zu achten; wogegen allein  
zu Gunsten solcher Corporationen, Institute  
oder moralischen Personen, deren Grund-  
stücke etwa auf den Namen ihrer temporären  
Vorsteher oder anderer Mitglieder geschrieben  
stehen möchten, und welche anderen Vor-  
stehern

Dec. 21. stehen oder Mitgliedern derselben Gemeinschaft, ohne Veränderung des Eigenthums für solche Corporation, Institut oder moralische Person, zugeschrieben werden würden, eine Ausnahme zu machen.

§. 10.

Wenn ein Grundstück mehrere Male verkauft oder eigenthümlich übertragen ist, ohne umgeschrieben zu sein; und dasselbe sodann von dem Namen desjenigen, dem es annoch zugeschrieben steht, an den letzten Erwerber umgeschrieben werden soll, so ist die Abgabe von jedem der Statt gehabten Verkäufe oder Eigenthums-Übertragungen, sofern diese an und für sich derselben unterworfen sind, zu entrichten.

§. 11.

Hypothekarische Gläubiger, welche, um ihr in dem beikommenden Immobile versichertes Capital nicht ganz oder theilweise zu verlieren, solches Immobile in öffentlicher Licitation meistbietend an sich kaufen, sind von Entrichtung der Ankaufs-Abgabe entfreiet, wenn der Kaufpreis nicht höher ist, als zur Deckung ihrer, auf solches Immobile im Hypothekenbuche eingeschriebenen Forderung an Capital und Zinsen erfordert wird.

Desgleichen sind hypothekarische Gläubiger, welche als prosequirende Creditoren ein Grundstück zum öffentlichen Verkauf bringen, von Entrichtung der Verkaufs-Abgabe entfreiet, wenn und insoweit der Verkaufspreis den Betrag der eingeschriebenen

neuen Hypothekspöste nebst Zinsen und Kosten Dec. 21. nicht übersteigt; unbeschadet jedoch der Verpflichtung des oder der nicht insolventen Eigenthümer des verkauften Grundstücks zur Entrichtung der Verkaufs: Abgabe.

Die Entfreierung von der Abgabe in allen vorgedachten Fällen tritt jedoch nur ein, falls dem kaufenden oder prosequirenden hypothekarischen Gläubiger das Capital in dem fraglichen Grundstücke nicht später als ein halbes Jahr vor dem Tage des wirklichen Verkaufs dieses Grundstücks zugeschrieben ist. Falls der Tag der Zuschreibung eines Postens aus dem Hypothekenbuche nicht erhellt, weil in demselben die Protocollirung nach Verlassungszeiten geschieht, so wird der Anfangstermin derjenigen Verlassung, in welcher die Zuschreibung geschehen ist, für den Tag der Letzteren angesehen.

Unter derselben Voraussetzung wird die Verkaufs: Abgabe auch zu Gunsten der öffentlich verkaufenden Fallitmassen, so wie derjenigen Beneficial: Erbschaftsmassen, bei welchen eine notorische oder hinlänglich bewiesene Insolvenz vorhanden ist, ganz oder theilweise erlassen.

Der Erlaß der Abgabe in allen vorgedachten Fällen, fällt jedoch ganz oder theilweise weg, falls der bisherige Eigenthümer in dem verkauften Erbe Geld auf eigenem Namen stehen hat, und wenn, oder soweit sich nach Abzug dieser Posten ein, die Abgabe ganz oder theilweise deckender Ueber-  
schuß

Dec. 21. schuß beim Verlaufe des Grundstückes er: geben würde.

§. 12.

In allen den, dieser Abgabe unter: worfenen Fällen, in welchen kein Kauf Statt findet, oder in welchen anderweitig keine angemessene Bestimmung des Werths des beikommenden Immobilis aus dem Ge: schäfte selbst sich ergiebt, wird die, der Ent: richtung der Abgabe zunächst vorherge: gangene Taxation des Capital:Werths zur Grundsteuer, der Berechnung des Betrags der Abgabe zu Grunde gelegt. Im Land: gebiet wird jedoch bis auf Weiteres der Capital:Werth durch zwei von der, diese Abgabe erhebenden Behörde zu ernennende Sachverständige ausgemittelt. In den Fällen der Anwendung solcher subsidiarischen Norm, ist der Capital:Betrag jährlicher auf dem beikommenden Immobile haftender Grund: miethen oder immerwährender Renten nicht überdem in Anrechnung zu bringen. In allen übrigen Fällen aber ist der Capital: Betrag der auf dem beikommenden Immo: bile haftenden jährlichen Grundmiethen oder immerwährenden Renten jeder Art, nach Maaßgabe der desfalligen, in der Verord: nung über die Aufhebung und Ablösbarkeit von Abgaben und Leistungen vom 25. Juny 1849 enthaltenen Vorschriften zu berechnen und dem Acquisitionsspreise zuzurechnen, und von der solchergestalt sich ergebenden Total: Capital:Summe, die Abgabe zu entrichten. In Fällen jedoch, da eine Ablösung der Grund:

Grundmiethen oder Rente vorbehalten, und Dec. 21. für die Berechnung zu Capital ein anderer Maaßstab stipulirt wäre, ist der stipulirte Capital: Berechnungs: Maaßstab zu Grunde zu legen.

Die Hinzurechnung des Capital: Betrags der zu capitalisirenden Grundmiethen zu dem Werthe des Grundstücks findet jedoch in den Fällen nicht Statt, wenn der Grund und Boden des verkauften Grundstücks nur auf Zeitpacht oder widerruflich verliehen ist.

### §. 13.

Leibrenten, welche auf dem abgabepflichtigen Grundstücke haften, werden zu Capital berechnet nach den Vorschriften eines, von Verordneten Löbl. Kammer zu bestimmenden Leibrenten: oder Lebensversicherung: Instituts.

### §. 14.

Hinsichtlich der Entfreierung öffentlicher oder Privat: Milder Stiftungen, öffentlicher und Frei: Schulen und ähnlicher Anstalten von dieser Abgabe, sind die, in Betreff der Entfreierung von der Grundsteuer nach Gesetz und Gebrauch bestehenden Normen anzuwenden. So wie demnach nur die, zum unmittelbaren Gebrauch dieser Anstalten selbst dienenden oder bestimmten Grundstücke von dieser Abgabe frei sind, so wird auch dasjenige 1 pEt., welches die Anstalt selbst treffen würde, erlassen.

### §. 15.

Dec. 21.

§. 15.

Die Erhebung dieser Abgabe, welche sofort nach dem Verkaufe, oder der sonstigen Eigenthums-Veränderung, zu entrichten ist, geschieht abseits der hiesigen Ldbbl. Stadtkämmerei. Insofern kein öffentlicher Verkauf Statt gefunden hat, müssen die Makler, durch welche dergleichen Geschäfte wegen Immobilien geschlossen werden, oder diejenigen, welche sonst bei einer Eigenthums-Veränderung von Immobilien concurriren, namentlich im Landgebiete die Beamten, Bdgte und Officianten, bei Vermeidung angemessener Strafe jedesmal wenigstens innerhalb 8 Tagen, die vorgedachten Angestellten des Gebiets aber spätestens innerhalb 14 Tagen resp. nach Abschluß des Geschäfts, oder nachdem ihnen die Eigenthums-Veränderung bekannt geworden ist, der Ldbbl. Kämmerei deshalb mit Angabe des bisherigen und des neuen Eigenthümers, des Titels, auf welchen die Eigenthums-Veränderung gegründet ist, und der Summen, welche zum Behuf der Berechnung der Abgabe zu berücksichtigen sind, schriftliche Anzeige machen.

§. 16.

Derjenige Makler, welcher im öffentlichen Verkaufe ein Grundstück auf seinen Namen, aber für Rechnung eines Andern zu kaufen beabsichtigt, hat vor dem Anfange des betreffenden Verkaufstermins eine versiegelte Erklärung darüber bei der Kämmerei einzureichen, in welcher der Name des wirklichen

lichen Käufers verzeichnet ist. Bei Ver: Dec. 21.  
käufen durch den Auctionarius genügt es  
jedoch, wenn der kaufende Makler diese  
versiegelte Erklärung beim Zuschlage dem  
Auctionarius einreicht, welcher dieselben mit  
seinem Visa versehen der Kammer einzu-  
liefern hat. Wird dieser Makler Käufer  
des Grundstücks, und stimmt in dem ein-  
zureichenden Kaufbriefe der, in der demselben  
hinzugefügten Cession angegebene Name des  
wirklichen Käufers mit dem in der versiegelten  
Erklärung aufgegebenen überein; so wird die  
Abgabe von dieser Uebertragung des Grund-  
stücks von dem Makler an den Cessionar  
nicht erhoben. Die versiegelten Erklärungen  
der Makler, welche nicht Käufer wurden,  
werden unerbroschen zurückgegeben.

## CXVII.

### Revidirte Stempel-Verordnung Dec. 21.

für die Stadt, die Vorstädte und das ganze  
Hamburgische Landgebiet, mit Ausnahme des  
Amts Rixbüttel, nebst Verzeichniß der Stempel-  
Ansätze, alphabetischem Inhalts-Verzeichniß und  
angehängtem Schragen der in Vormundschafts-  
sachen in der Stadt zu erhebenden Gebühren,  
beliebt durch Rath und Bürger-Schluß vom  
13. December 1849.

Auf Befehl E. H. Rathes der freien und Hansestadt  
Hamburg publicirt den 21. December 1849.

#### §. 1.

Von allen, in dem dieser Verordnung an-  
gehängten Verzeichniß angegebenen Schriften,  
Aufsätzen, Contracten, Documenten, Ver-  
schreibungen

Dec. 21. Schreibungen u. s. w. ist die darin näher bezeichnete Stempel:Abgabe zu entrichten; und gelten die desfalligen Verfügungen sowohl für die Stadt und die Vorstädte, als für das ganze hamburgische Landgebiet, mit Ausnahme des Amtes Rixdüttel, für welches eine besondere Verordnung gilt.

Die Stempel:Ansätze, soweit sie die Vormundschafts:Verhältnisse in der Stadt betreffen, sind in dem dieser Verordnung angehängten besonderen Schragen enthalten.

### §. 2.

Diese Abgabe ist auf dem hiesigen Stempel:Comtoir zu entrichten, welches deshalb täglich, mit alleiniger Ausnahme des Sonntags, von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, und an Dienstagen und Freitagen bis 8 Uhr Abends ununterbrochen geöffnet ist. An Festtagen ist dasselbe jedoch nur von 11 bis 2 Uhr, und insofern dieselben auf einen Dienstag oder Freitag fallen, bis 7 Uhr Abends geöffnet.

Spiellkarten werden, wenn nicht den nämlichen, doch spätestens den folgenden Tag nach der Einreichung gestempelt wieder abgeliefert.

Außerdem ist die Einrichtung getroffen, daß gestempeltes Papier zu den hier auszustellenden Sola:Wechseln auf dem Stempel:Comtoir, sowie Stempelbögen mit dem Blattstempel von 2 fl. bis 1 Mk. inclusive, wie auch Schlußnoten und Zollzettel eben-  
dasselbst, und in verschiedenen Gegenden der  
Stadt,



Stadt, der Vorstädte und des Gebiets ver: Dec. 21.  
kauft werden. Stempelbögen mit dem Blatt:  
stempel über 1 Mk. sind jedoch nur im  
Stempel:Comtoir zu haben.

§. 3.

Die Berechnung dieser Stempel:Abgabe geschieht immer nach Courant:Gelde, wobei die Reduction des Banco:Geldes zu Courant:Gelde, nach dem Verhältniß von 125 Mk. Cour. für 100 Mk. Bco. geschieht. Species: Banco:Geld wird dem Banco:Gelde gleich gerechnet.

In Ansehung der auf fremde Münzsorten oder fremden Werth lautenden Documente, namentlich der Wechsel und Assignationen, wird der hiesige, am Tage der Präsentation zur Stempelung bestehende Cours der Berechnung zum Grunde gelegt.

Die Bezahlung dieser Abgabe geschieht in hieselbst vollgültigem groben Courant.

§. 4.

Zum Beweise, daß von den, in dieser Verordnung gedachten Schriften, Aufsätzen, Documenten u. s. w. die vorgeschriebene Abgabe entrichtet worden, werden solche mit einem, das Hamburger Wappen enthaltenden, Stempel versehen; wobei der entrichtete Betrag der Stempel:Abgabe entweder mit dem Wappenstempel aufgedruckt, oder schriftlich, mit der Unterschrift eines Beamten versehen, hinzugefügt wird. Die nähere Modalität wird bei eintretenden Abänderungen immer öffentlich bekannt gemacht.

Dec. 21.

§. 5.

Wenn ein Bogen oder Blatt, von dem schon die Abgabe entrichtet worden ist, durch einen Schreibfehler oder ein sonstiges Versehen bei der Ausfertigung unbrauchbar geworden, so kann er gegen einen neuen vertauscht werden; nur darf das Document nicht schon mit der Namensunterschrift der Interessenten versehen oder sonst wirklich vollzogen sein. In einzelnen Ausnahmefällen kann jedoch der Umtausch auch noch nach der Vollziehung gestattet werden, insofern das Verlangen unmittelbar nach derselben und spätestens innerhalb 24 Stunden dem Herrn Präses der Deputation vorgebracht wird, und dieser die Erlaubniß nach den Umständen unbedenklich achtet. Zur Verhinderung von Mißbrauch soll jedoch von jedem so umgetauschten Bogen oder Blatt 1 fl. auf dem Abgabe-Comtoir entrichtet werden.

§. 6.

Von allen und jeden, der Abgabe sowohl des Werth: als des Blatt-Stempels unterworfenen, in dem Verzeichniß der Ansätze enthaltenen Gegenständen ist der Stempel-Ansatz gleich bei der Ausfertigung sofort zu entrichten; und kann für die Stadt und Vorstädte eine Nachstempelung nur innerhalb der drei nächsten Tage (wobei jedoch die, in diesem Termine etwa einfallenden Sonn- und Festtage nicht mitgezählt werden), — für das eigentliche Landgebiet aber innerhalb 14 Tagen von der Zeit

Zeit resp. der Vollziehung oder der Unter: Dec. 21.  
 schrift des letzten Subscribenten geschehen,  
 widrigenfalls die vorgeschriebenen Strafen  
 zur Anwendung kommen. — Eine Aus:  
 nahme tritt nur bei den lehtwilligen Ver:  
 fügungen ein; (Verzeichniß der Stempel:  
 Ansätze II, 3te Classe, No. 85) sowie bei  
 Cessionen, in welchen man über den Werth  
 des zu cedirenden Objects noch ungewiß ist  
 und bei allen dem Werth: Stempel unter:  
 liegenden Documenten, deren Werth nicht  
 sofort zu ermitteln ist; in welchem lehtern  
 Falle die Verpflichtung zur Nachstempelung  
 innerhalb eines angemessenen Termins, in  
 dem darüber auf dem Stempel: Comtoir zu  
 haltenden Register zu unterschreiben ist.  
 (Verzeichniß der Stempel: Ansätze II, 3te  
 Classe, No. 87.)

## §. 7.

Wenn von einem, dieser Abgabe unter:  
 worfenen zweiseitigen Documente, z. B. von  
 Kauf und Mieth: Contracten, von Ehejärten,  
 oder überhaupt von Documenten; an welchen  
 mehrere Interessenten Theil haben, gleich  
 bei der ersten Ausfertigung mehrere Originale  
 ausgefertigt werden; so bezahlen sämtliche  
 zuerst ausgefertigte und zugleich auf dem  
 Abgabe: Comtoir producirte Exemplare diese  
 Abgabe nur einmal, welches sodann auf  
 den verschiedenen Exemplaren bemerkt wird.  
 Bei spätern Ausfertigungen oder bei ein:  
 seitigen Documenten wird bei jeder Aus:  
 fertigung die ganze Abgabe entrichtet.

Dec. 21.

§. 8.

Wenn ein Document schon eine Abgabe bezahlt hat, und noch ein anderes, dieser Abgabe gleichfalls unterworfenen Geschäft hinzukommt, wenn z. B. zu einer Obligation eine Bürgschaft oder Cession hinzukommt, so wird, insofern dieses hinzukommende Geschäft, auf demselben Document hinzugesetzt ist, für dasselbe keine besondere Abgabe bezahlt; es sei denn, daß der gesetzliche Stempel für dasselbe höher wäre, als derjenige für das ursprüngliche Geschäft, in welchem Falle, der Stempel bis zu dem gedachten höheren Satze nachzubezahlen ist.

§. 9.

In den Fällen, wenn die Abgabe von einem schon ausgefertigten Documente entrichtet wird, ist der Inhaber desselben keineswegs verbunden, dessen Inhalt anzugeben oder es zur Untersuchung vorzulegen, sondern hat er die Abgabe auf seine Gefahr nach seiner eigenen Angabe zu entrichten und wird, daß solches geschehen, von den Einnehmern dieser Auflage, mit Beifügung des Tages, wo die Abgabe entrichtet worden, auf der umgekehrten Seite auf die gewöhnliche Weise bezeugt. Auf den Wechsel- und Policen-Stempel findet diese Vergünstigung keine Anwendung.

§. 10.

Insofern in dem Verzeichniß der Stempel-Ansätze nicht diejenige Person, welche die Stempel-Abgabe zu entrichten hat, bezeichnet

net ist, so wird dieselbe bei allen Privat: Dec. 21.  
Ausfertigungen der Regel nach von dem  
Aussteller oder demjenigen, welcher ein Do-  
cument ausfertigt oder es für sich ausfertigen  
läßt, bezahlt. Bei Kauf- und Mieth: Con-  
tracten tragen die beiden Contrahenten die  
Kosten zur Hälfte, übrighens unter An-  
wendung des §. 7.

Bei öffentlichen Ausfertigungen bezahlt  
sie derjenige, auf dessen Verlangen die Aus-  
fertigung geschieht.

Depositions: Scheine bezahlt derjenige,  
welcher deponirt, und zwar salvo regressu  
gegen den, welcher die Deposition ver-  
anlaßt hat.

#### §. 11.

Alles, was zu öffentlichen Stadt: Ge-  
schäften gebraucht, oder was abseiten Ampl.  
Senatus und der sämmtlichen hiesigen Ge-  
richte und anderer öffentlichen Behörden,  
wie auch von einem der Mitglieder des  
Senats ex officio erlassen und expedirt wird,  
so wie alles, was von der Kanzellen unent-  
geldlich ausgefertigt wird, ist dieser Abgabe  
nicht unterworfen; doch muß es sodann in  
solchen Ausfertigungen ausdrücklich bemerkt  
werden, daß sie gratis ertheilt sind.

Obligationen und alle einseitige oder  
solche Acten und Documente, welche von  
keinem Mitcontrahenten unterzeichnet werden,  
welche die löbliche Kämmeren, Kirchen,  
Hospitäler und andere fromme Stiftungen  
und öffentliche Behörden ausstellen oder  
ausgeben, sind von dieser Abgabe frei;  
da:

Dec. 21. dagegen sind Contracte und sonstige zweiseitige Geschäfte dieser Behörden und Stiftungen derselben unterworfen.

§. 12.

Da auch zur Vermeidung der Bezahlung der Mißbrauch eintreten könnte, daß ein der Abgabe unterworfenen Geschäft auf einem Gebiete vollzogen ist, wo keine solche Abgabe Statt findet: so ist festgesetzt, daß von allen Geschäften der Bürger und Einwohner dieser Stadt, die dieser Verordnung unterworfen sind, sie mögen solche unter einander oder mit Fremden contrahiren, sobald diese Geschäfte ihre hiesigen Stadtverhältnisse, ihre hiesigen Geschäfte oder ihre hiesigen Effecten betreffen, die Abgabe, bei der im §. 21 bestimmten Strafe bezahlet und nicht auf den Ort der Vollziehung gesehen werden soll.

§. 13.

Im Allgemeinen soll nicht auf den Namen und die Form des Geschäfts, welchen die Interessenten demselben geben, sondern auf das Wesentliche desselben gesehen und darnach die Bezahlung beurtheilt werden; ist es der verschiedenartig angebrachten Modificationen halber zweifelhaft, wohin ein dieser Abgabe unterworfenen Geschäft zu zählen ist, so ist die Abgabe wie in dem Verzeichniß der Stempel-Ansätze in der 3ten Classe des Werth-Stempels sub No. 85 zu bezahlen.

§. 14.

Die immatriculirten Advocaten, die gerichtlichen und außergerichtlichen Procuratores

tores sind für die genaue Befolgung dieser Dec. 21. Ordnung in den Sachen, welche sie für ihre Principalen oder Requirenten verhandeln, gehalten, so wie auch die Notarien bei denen von ihnen verfertigten Instrumenten, unter Beziehung auf §. 8 Litt. f. der Notariats-Ordnung; und sollen solche bei jedem Contraventionsfall die im §. 21 verordnete Strafe aus eigenen Mitteln erlegen. Dafern diese Advocaten, Procuratores oder Notarien diese von ihnen bezahlten Strafgeelder ihren Principalen in Rechnung bringen würden, so sollen sie dieses Unfugs halber noch besonders nachdrücklichst gestraft werden.

#### §. 15.

Hinsichtlich der, in dem außergerichtlichen und gerichtlichen Verfahren bei dem Senate, in den Gerichten und vor andern Behörden anzuwendenden Stempel-Abgabe insbesondere, wird noch Folgendes verfügt:

1) Suppliquen, Memoriale, Sakschriften und Beilagen, welchen es an dem erforderlichen Beweise fehlt, daß davon die vorgeschriebene Abgabe gehörig entrichtet worden, sollen zwar angenommen werden, doch ist sodann davon ohne alle Widerrede die im §. 21 bestimmte Strafe zu entrichten, und diese sogleich von dem, der das Versehen begangen hat, mit aller Strenge beizutreiben.

2) Wenn die, gerichtlich und außergerichtlich, zu übergebenden Anlagen nicht in solchen Aufträgen bestehen, die schon an und für sich selbst dieser Abgabe unterworfen sind,

Dec. 21. sind, als in Ansehung welcher es lediglich bei der Verfügung des §. 6 verbleibet: so sollen die Partheien, ohne diese Anlage selbst bezeichnen zu lassen, dieselbe mit einem Umschlage: Bogen von 4 fl. versehen lassen; und muß sodann

- a) bei 2 Rthlr. Strafe die Bezeichnung der Anlage nebst der Rubrik der Schrift, zu welcher sie gehört, auf der Hälfte des Bogens, auf welcher die Abgabe bemerkt ist, geschrieben, und diese Hälfte des Bogens ganz und nicht nur abgeschnitten, umgelegt werden; so wie auch
- b) jeder Anlage ein besonderer Stempel: bogen umgelegt werden.

Von den Abschriften der Original: Anlagen, deren Retradition nicht gebeten wird, ist keine Abgabe zu bezahlen.

3) Die in gerichtlichen und außergerichtlichen Sachen der Gegenparthei zu communicirenden Copien der Schriften sind von dieser Abgabe frei.

4) Von den gerichtlichen Bescheiden, Interlocuten und Urtheilen wird diese Abgabe nur dann bezahlt, wenn sie ausgefertigt, nicht aber wenn sie abgegeben werden, ohne ausgefertigt zu sein.

#### §. 16.

In Ansehung der Contracte über Immobilien insbesondere ist noch Folgendes bestimmt:

1) Jeder Contract, durch welchen eine Veränderung des Eigenthums von Immobilien ver:



veranlaßt wird, die Bezahlung mag nun in Dec. 21. Geld, Effecten oder Præstationen bestehen, der Termin der Lieferung mag bedingt oder unbedingt sein, sogleich eintreten oder aufgeschoben werden, — ist als ein Kauf-Contract anzusehen und darnach die Abgabe zu bezahlen; ist der Werth des Preises nicht anders auszumitteln, so soll eine Declaration auf. den Bürger-Eid den Werth bestimmen.

2) Ein Tauschcontract, wodurch zwei Immobilia gegen einander vertauscht werden, wird wie ein zwiefacher Kauf-Contract angesehen.

#### §. 17.

Bei Mieth-Contracten auf Lebenszeit wird das Lebensalter auf 70 Jahre angenommen; schließt aber eine Person, die 65 Jahre oder darüber alt ist, einen solchen Contract, so wird das Alter immer noch auf 5 Jahre angenommen, und darnach die Abgabe entrichtet. Im Uebrigen wird diese Abgabe beständig bezahlt, sobald über die geschlossene Mieth etwas schriftlich verfaßt wird, die Form der Abfassung mag sein, welche sie wolle.

Die vorstehende Berechnung der Lebenszeit tritt übrigens auch bei der Abgabe von Leibrenten-Contracten ein.

#### §. 18.

Vorläufige Verabredungen, Punctionen und dergleichen über zu schließende Contracte, Vergleiche oder andere Geschäfte, haben, falls

Dec. 21. falls der demnachst förmlich zu schließende Hauptvertrag dieser Abgabe unterworfen ist, den für den Hauptvertrag festgesetzten Stempel-Ansatz zu entrichten, insofern solche vorläufige Vereinbarungen von den Contrahenten unterschrieben sind, oder insofern sie in Form von Makler-Schlussnoten die speciellen Bedingungen des Geschäfts angeben. Jedoch wird der Hauptvertrag bei der förmlichen Vollziehung auf Producirung der gestempelten Punctuation oder Schlussnote kostenfrei gestempelt, falls nur alle wesentlichen Punkte hinsichtlich der Contrahenten, der Summe und des Objects in beiden übereinstimmend sind. — Falls eine vorläufig geschlossene schriftliche Vereinbarung des Consenses einer Behörde zur förmlichen Vollziehung des Contractes und zur Erlangung der Gültigkeit bedarf und dieser Consens nachher verweigert wird, so ist der bezahlte Stempel zurückzugeben.

#### §. 19.

Jedes Document, welches nach dieser Verordnung der Stempelung unterworfen ist, muß bei der schriftlichen Prolongation des darin enthaltenen Rechtsgeschäfts auf's Neue gestempelt werden, und zwar nach denselben Grundsätzen, als wenn das Geschäft neu contrahirt wird.

Sind solche Prolongationen nicht schriftlich verfaßt, sondern nur mündlich verabredet, oder stillschweigend eingetreten, so sind sie der Stempelung nicht unterworfen.

#### §. 20.

In Betreff des Spiellarten:Stempels treten folgende besondere Verfügungen ein:

1) Es dürfen hieselbst im Detail: Verkehr, er finde Statt aus Fabriken, oder aus Läden, oder anderweitig, nur Karten, welche mit dem hiesigen Stempel versehen sind, verkauft werden; jeder Kauf und Verkauf im Detail von ungestempelten Karten ist durchaus untersagt.

2) Bei dem hiesigen Verkehr im Großen mit Spiellarten, in welchem nicht unter  $\frac{1}{4}$  Groß oder 36 Spiele verkauft werden darf, ist sowohl über jede Parthei eingehender und ausgehender, als auch bei jedem Verkauf einer Parthei ungestempelter Spiellarten, Letzterer geschehe durch hiesige Fabrikanten oder Andere, eine eidliche Declaration auf dem hiesigen Stempel:Comtoir abseiten desjenigen, welcher sie ein- oder ausführt, oder verkauft, oder im Transito überträgt, zu machen, welche wöchentlich Sonnabends eingeliefert werden muß. Falls Partheien ungestempelter Karten unter  $\frac{1}{4}$  Groß ins Ausland versendet werden, so ist darüber eine gleiche Declaration zu machen. Beim hiesigen Verkehr hat der Käufer oder Uebernehmer im Transito einen Uebernahmschein auf Bürger: eid nach einem vorzuschreibenden Formular auszustellen, welcher gleichzeitig einzuliefern ist. Den Fabrikanten und Verkäufern von Spiellarten im Großen wird auf dem Stempel:Comtoir über diesen Verkehr eine Conto

Dec. 21. Conto eröffnet; eine desfallige Verifikation kann von dem Herrn Präses der Stempel-Deputation jederzeit und ohne vorherige Anzeige verfügt werden. — Außer dem sind diese Inhaber von Lägern von Spielkarten verpflichtet, alle 6 Monate, im Januar und July, nach vorangegangener Aufforderung, bei 5 Rthlr. Strafe, eine Declaration auf Bürgereid über ihren noch vorhandenen Vorrath ungestempelter Spielkarten, Behufs Vergleichung dieser Angabe mit den Registern, auf dem Stempel-Bureau einzureichen.

Hinsichtlich der Art der Stempelung der Spielkarten bleibt es vorgängig, und bis die Stempel-Deputation desfalls eine Abänderung bekannt machen wird, bei den bisherigen Verfügungen.

#### §. 21.

Bei der Verletzung der Vorschriften dieser Verordnung und des angehängten Verzeichnisses der Stempel-Ansätze treten folgende Strafen ein, von welchen übrigens, insofern sie Geldstrafen sind, nach Maaßgabe der schon bestehenden Verfügungen hinsichtlich anderer Strafgeelder, die Hälfte an die Pensions-Casse für die Wittwen und Waisen der Beamten und Officianten des Hamburgischen Staats abgeliefert, ein Viertel demjenigen, welcher eine Umgehung entdeckt und anzeigt, er sei ein Officiant oder ein Anderer, und ein Viertel, oder insofern der vorgedachte Fall nicht Statt findet,

findet, die Hälfte, sämmtlichen Beamten Dec. 21. und Officianten des Stempel-Comtoirs, nach einer von der Deputation zu bestimmenden Norm, zugetheilt wird:

1) In allen Contraventions-Fällen, für welche die Strafe nicht nachstehend sub 2—5 anderweitig bezeichnet worden, tritt, außer der Entrichtung der gesetzmäßigen Stempel-Abgabe eine Strafe des zehnfachen Belaufs derjenigen Stempel-Abgabe ein, welche gänzlich nicht, oder insoweit sie nicht vorschriftsgemäß entrichtet worden. Sie kann jedoch nie geringer als 1 Rthlr. sein. Diese Strafe ist resp. sowohl von dem Aussteller, als dem Empfänger, und bei zweiseitigen Rechtsgeschäften von jedem der Contrahenten der, dem richtigen Stempel-Ansatz entzogenen Schrift oder Document, und zwar von Jedem derselben zu dem zehnfachen Belauf der nicht bezahlten Stempel-Abgabe, zu entrichten, und sind die dabei concurrenrenden Curatores sexus desfalls für ihre Curandinnen mitverhaftet.

2) Bei dem Wechsel-Stempel tritt außer der Nachbezahlung der vorschriftsgemäßen Stempel-Abgabe, eine Strafe von 2 pEt. von der Summe für jeden, welcher im Wechselverkehr eine der im Abschnitt II, 2te Classe sub No. 84 des Stempel-Verzeichnisses, bezeichneten Handlungen vornimmt, ohne daß die gesetzliche Stempelung vorher Statt gefunden hat, ein; und ist diese Strafe von 2 pEt., falls die Stempel-Abgabe oder die Stempelung für

Dec. 21. für die ganze Summe oder Valuta fehlt, von diesem ganzen Betrage, falls aber die Abgabe oder der Stempel geringer ist, als er vorschristsmäßig erfordert wird, von dem fehlenden Belaufe zu berechnen.

Auch verfallen diejenigen Mäkler und Unterhändler, welche ungestempelte oder mit einem zu geringen Stempel versehene Wechsel umhertragen, ausbieten, vernegociiren, oder sonst den Verfügungen des Gesetzes in Betreff des Wechselstempels nicht nachkommen, in eine gleiche Strafe von 2 pCt. — Bei wiederholten Contraventionen, so wie bei den, im Stempel: Verzeichniß erwähnten oder andern betrüglischen Collusionen, trifft die Mäkler auch noch die Strafe des Verlustes des Stockes.

Notarien, welche die in dieser Hinsicht vorgeschriebene Verfügung nicht beobachten, trifft die Strafe des §. 8, litt. f. der Notariats:Ordnung.

3) Bei der Stempel: Abgabe sowohl von See- und Flußversicherungs-, als von Feuerversicherungs- und von Lebensversicherungs: Policen, beträgt die Strafe 1 pCt. von derjenigen ganzen oder theilweisen Versicherungs: Summe, für welche resp. die, im Verzeichniß der Stempel: Ansätze sub II, 1ste Classe No. 82 et sub III bestimmte Abgabe nicht vorgeschriebener: maassen entrichtet worden; und ist diese Strafe von dem Versicherer, von dem Versicherten oder dem Empfänger oder Absender der Police oder Versicherungs: Verschreibung, und

und dem Zwischenhändler oder Makler, und Dec. 21. zwar von jedem derselben das ganze 1 pCt., zu entrichten.

4) Bei Schlußnoten der Makler oder anderer Unterhändler, welche nicht auf dem, in der 1sten Classe des Verzeichnisses der Stempel: Ansätze des Blatt: Stempels vorgeschriebenen Stempel: Papier geschrieben sind, tritt bei jedem Contraventionsfall eine, sowohl von dem contravenirenden Makler oder Unterhändler, als eventualiter auch von dem Empfänger zu erlegende Strafe von 2 Rthlr. für jeden derselben ein. In Wiederholungs-Fällen wird die Strafe verdoppelt, und kann außerdem der contravenirende Makler mit dem Verlust des Stockes bestraft werden.

5) Für jedes Spiel Karten, welches hieselbst im Detail: Verkehr aus Fabriken oder Läden ungestempelt verkauft wird, verfallen Käufer und Verkäufer jeder in eine Strafe von 5 Rthlr., so wie für jede hieselbst ungestempelt ein- oder ausgeführte oder verkaufte Parthei Karten en gros, worüber nicht die vorgeschriebene Declaration auf dem Stempel: Comtoir gemacht wird, ist eine Strafe von 10 Rthlr. zu entrichten.

Für jedes ungestempelte Spiel Karten, welches in Gasthäusern, Caffeeschenken, Weinschenken und anderen öffentlichen und Privathäusern gebraucht wird, tritt gleichfalls eine Strafe von 10 Rthlr. ein; und sind die Wirthe oder die, welche in ähnlichen Verhältnissen sind, dafür verantwortlich, daß bei

Dec. 21. bei ihnen keine ungestempelte Karten gebraucht werden.

Bei wiederholten Contraventions-Fällen sind diese Strafen zu verdoppeln.

§. 22.

Sollte sich Jemand unterfangen, die zum Beweise, daß diese Abgabe entrichtet worden, eingeführten Zeichen nachzumachen, und damit Schriften und Papiere fälschlich zu bezeichnen: der soll nach Beschaffenheit der Umstände, entweder extrajudicialiter mit Gefängniß im Zuchthause zu schwerer Arbeit bestraft, oder auch fiscaliter angeklagt werden.

§. 23.

Die Stempel-Deputation besteht aus zwei Mitgliedern E. H. Raths, zwei Verordneten Pöblicher Kämmererei und zwei von Erbges. Bürgerschaft gewählten Bürgern; Letztere werden für 3 Jahre gewählt. Dieser Deputation steht die Wahl der, für das Stempelwesen erforderlichen Beamten zu, welche in Zukunft eine angemessene Caution zu leisten haben. Sie entscheidet gleichfalls, insofern die Strafe nicht sofort bezahlt wird, eventualiter nach vorheriger Vernehmung der betreffenden Personen durch den Herrn Präses, als erste Instanz für die beim Stempelwesen vorkommenden Straffälle, wiewohl unter der, im folgenden Paragraphen bemerkten Beschränkung. Zur Beförderung und Erledigung der, in der Regel kleinen und schnell abzuurtheilenden Straffälle kann  
der



der Herr Präses die Strafe erkennen, jedoch Dec. 21. unter Vorbehalt der Berufung an die Deputation, und der Entscheidung E. H. Rath's in letzter Instanz.

§. 24.

Alle Gerichte und sonstige Behörden sind verpflichtet, *ex officio* darauf zu achten, daß nicht nur die, bei ihnen vorkommenden Schriftsätze und Anlagen, sondern auch die, sonst in dem Verfahren vor ihnen producirten Documente, Schriften, Eingaben, Declarationen u. s. w. mit dem gesetzlichen Stempel versehen sind; und haben sie im Fall der Nichtbeobachtung die gesetzliche Stempelstrafe auszusprechen, oder dieserhalb die Sache an die Stempel-Deputation oder den Herrn Präses derselben zu verweisen. Insofern das Gericht oder die Behörde selbst entscheidet, so findet eine Berufung gegen diesen Ausspruch nur an die nächst höhere Instanz, insofern solche vorhanden ist, und über welche sie niemals hinausgeht, Statt. Die Stempel-Deputation hat die Beizreibung der erkannten Strafen zu besorgen, weshalb jedes, eine solche aussprechende Gericht oder Behörde ihr eine Abschrift des betreffenden Erkenntnisses mitzutheilen hat. Doch steht es dem Gericht oder der Behörde auch frei, die Strafe selbst beizureiben, in welchem Fall derselbe oder dieselbe die desfalligen Gelder, nach Abzug des, seinen oder ihren Beamten zukommenden Antheils, an die Stempel-Deputation abzuliefern hat.

Dec. 21.

§. 25.

Die gegenwärtige Verordnung nebst dem angehängten Verzeichniß der Stempel-Ansätze tritt mit dem ersten Januar 1850 in Kraft; ältere Ausfertigungen werden nach den, zur Zeit der Ausfertigung bestandenen gesetzlichen Vorschriften beurtheilt. Die dieser Verordnung entgegenstehenden früheren Gesetze und Observanzen werden hiedurch aufgehoben; in etwanigen zweifelhaften Fällen können jedoch die Vorschriften der früheren Verordnungen subsidiarisch zur Anwendung kommen.

## Verzeichniß der Stempel-Ansätze.

### I. Blatt-Stempel:

#### 1ste Classe, zu 1 Schilling.

1) Die Schlußnoten der hiesigen Makler und anderer Unterhändler, wenn der Umsatz bei dem betreffenden Geschäft über 100 Mk. Eco. beträgt; Schlußnoten bis 100 Mk. Eco. incl. sind stempelfrei.

Außerdem sind frei vom Stempel die schriftlichen Aufgaben der Makler über die Vertheilung einer gekauften Parthei Waaren, oder der in Auction gekauften Cavelinge an den Verkäufer, nachdem demselben die gehörig gestempelten Schlußnoten über den ganzen Waaren; oder Auctions-Verkauf bereits übergeben worden. Jedoch ist in dieser ungestempelten Vertheilungs-Aufgabe  
auf

auf die bereits gegebene gestempelte Schluß: Dec. 21.  
note jedesmal ausdrücklich Bezug zu nehmen.

Estrafverfügung s. §. 21, No. 4.

2) Die Zoll-, Transito-, Transito:Ab-  
schreibe:Zettel, alle Declarationsscheine über  
zollfreie Waaren, und überhaupt alle, beim  
Zollwesen vorkommende Zettel, deren Werth:  
angabe von über 100 Mk. bis 400 Mk.  
Vco. incl. beträgt, nur mit Ausnahme  
der Interimscheine und aller Duplicate  
und Triplicate; Zettel der vorgedachten Art  
bis 100 Mk. Vco. incl. Werthangabe sind  
stempelfrei.

3) Polizenliche Droschenposten: Zettel.

2te Classe, zu 2 Schilling:

4) Zoll-, Transito- und Transito: Ab-  
schreibe:Zettel, Declarationsscheine über zoll-  
freie Waaren, und überhaupt alle sonst  
beim Zollwesen vorkommende Zettel, mit  
einer Werthangabe von über 400 Mk. Vco.,  
oder ohne alle Werthangabe, mit Ausnahme  
der Interimscheine, auch der Duplicate  
und Triplicate.

5) Passirscheine bei der Accise über  
Waaren, welche nicht zur hiesigen Consum-  
tion bestimmt sind, und ohne Aufenthalt  
durchgeführt werden.

6) Eine jede Citation auf den Dielen  
der S. T. Herren Bürgermeister, Gerichts-  
Verwalter, Landherren und übrigen Depu-  
tations:Herren, imgleichen der Herren Pa-  
trone der Aemter; die in Dienstlohn-  
Sachen erlassenen Citationen, sowie auch

Dec. 21. die Citationen der Polizeybehörde, ferner diejenigen der Todtenladen: Deputation und die Citationen zu den Concur: Audienzen der Herren Präto:ren sind stempelfrei. Jedoch wird der vorgedachte Stempel nicht auf die Citation gedruckt, sondern von den resp. Herren Bürgermeister, Gerichts:, Amts: und Deputations: Herren oder deren Registratoren erhoben, und löblicher Kammerei abgeliefert.

7) Ein jeder Bogen der Schriften, welche in den, bei den Stadt: und Land:Präturen zu verhandelnden Sachen übergeben werden; jedoch mit Ausnahme derjenigen Sachen, deren objectum litis 45 Mk. und darunter beträgt, und Dienstlohn: Sachen. Die Anlagen werden mit keinem besonderen Stempel versehen.

8) Ein jeder Bogen von Copien, welche von den Herren Secretarien und Actuarien vidimirt werden.

9) Ein jeder Bogen der Copien der ad acta producirten Documente, welche zur Retradition bestimmt sind, das Verfahren auf den Stadt: und Landpräturen ist hie: von ausgenommen.

10) Ein jeder Bogen von Ausfertigungen von Commissions: Vergleichen, Besichtigungs: Protocollen u. s. w. beim Amtsgericht.

11) Decreta Ampl. Senatus und des Obergerichts, und Erkenntnisse und Bescheide des Amtsgerichts, welche ein bloßes Communicetur enthalten; ferner die lediglich zur Insinuation bestimmten zweiten Ausfertigungen

fertigungen der Decrete, Erkenntnisse und Dec. 21. Bescheide dieser Behörden, und diejenigen, welche eine bloße Verweisung auf eine andere Verfügung der Art enthalten.

12) Atteste der Kanzellen: Boten über geschehene Insinuationen; so wie die Atteste des Boten des Amtsgerichts, Documenta af- et refixionis.

13) Extracte aus der Audienz: Rolle des Handelsgerichts, und dem Protocolle der beim Handelsgericht schriftlich verhandelten Sachen.

3te Classe, zu 4 Schilling:

14) Interimsscheine beim Zoll, bei einer Werthangabe bis 100 Mk. Bro. incl.

15) Declarationen zur Niederlage bei der Accise.

16) Ein jeder Bogen von allen Schriften, keine Gattung ausgenommen, welche extrajudicialiter bei Ampliss. Senatu, oder judicialiter bei sämmtlichen hiesigen Gerichten, Ober-, Nieder- und Handels: Gericht, falls bei Letzerem ein schriftliches Verfahren verstatet worden, so wie bei dem Amtsgerichte übergeben werden.

17) Eine jede Anlage, die bei den sub 16 erwähnten Behörden mit diesen Schriften, oder bei den zu Protocoll gemachten Anzeigen, übergeben wird, ohne Rücksicht auf ihren Inhalt und ihre Bogenzahl, wenn solche nicht an sich schon dieser Abgabe unterworfen ist, mit näherer Beziehung auf §. 15 No. 2.

18)

Dec. 21. 18) Eine jede beim Handelsgericht vorkommende Citation, Acten-Verzeichniß, Cautions-Schein, Attest aller Art, und Bescheinigung oder Anzeige abseiten der Gerichtsboten.

18, a) Polizeylche Atteste aller Art, insofern für dieselben ein anderer Satz nicht beliebt ist.

19) Ein jeder Bogen von Inventarien, sie mögen Mobilia oder Immobilia betreffen; imgleichen jeder Bogen der von Notarien ausgefertigten Verkaufs-Rechnungen, und von vidimirten Notarial-Translationen und sonstigen Notarial-Ausfertigungen, welche nicht unter andern Rubriken besonders vorkommen.

20) Ein jeder vidimirte Extractus Protocolli der S. T. Herren Bürgermeister, Gerichts-Verwalter, Land-, Wedde-, Polizey-, Zehnten- und Kirchspiels-Herren, der Herren Patrone der geistlichen Stiftungen und der Aemter.

21) Jeder Interpositions-Schein oder Schedul beim Handelsgericht, bei den Präturen der Stadt, der Vorstädte und des Landgebiets, und bei dem Amtsgericht.

22) Extractus aus Kirchenbüchern; Tauf-, Geburts-, Copulations- und Todten-Scheine.

23) Sämmtliche von den Wedde-Herren, so wie von dem Polizeyherrn (mit Ausnahme der polizeylchen Erlaubnißscheine wegen des Schießpulver-Verkehrs in der Stadt) und den Landherren erteilte Erlaubniß-

laubnißscheine, insofern sie nicht besonders Dec. 21. mit einer Abgabe belegt sind.

24) Warschauungs-, Quernachts-Zettel und Befehle und deren Relaxation; deren Object über 45—500 Mk. Court. beträgt, mit Ausnahme der Friedensbefehle.

25) Ein jedes Spiel Karten, welches in der Stadt, den Vorstädten und dem Gebiet im Detailhandel verkauft, oder sowohl in Privathäusern als in Wirthshäusern, Caffeehäusern, Weinkellern und in andern öffentlichen Häusern jeder Art gebraucht wird.

Strafverfügung s. §. 21, No. 5.

26) Aufenthaltskarten für fremde Dienstboten, Handwerksburschen und umherziehende kleine Handelsleute, und deren jedesmalige Prolongation.

27) Kündigungs-Scheine von Häusern, Etagen und andern Wohnungen, ferner von Speichern und anderem Waarengelag; jedoch mit Ausnahme derjenigen von Buden, Kellern, Sählen und andern Zimmern, — so wie Kündigungscheine von Geldern, durch Makler oder Andere.

#### 4te Classe, zu 8 Schilling:

28) Jeder Interimsschein beim Zoll bei einer Werth-Angabe von über 100 bis 300 Mk. Vco.

29) Bescheide und Interlocute sämtlicher Gerichte, Decreta Ampl. Senatus und des Obergerichts, worin interloquirt wird; auch Handelsgerichtliche Definitiv-Sentenzen bis zum Verlauf des Streit-objects

Dec. 21. objects von 500 Mk. Vco.; alle reformatorischen Erkenntnisse und Decrete, so wie die confirmatorischen in restitutorio.

30) Warschauungs- und Quernachtzettel, wenn die Summe über 500 Mk. Court. beträgt, imgleichen die Befehle, deren Object über 500 Mk. Court., oder deren Object nicht in Zahlen benannt ist; so wie deren Relaxation.

31) Extractus Protocollorum der gemischten Departements, Deputationen und Commissionen, des Niedergerichts, (als Designationes Creditorum und Attestata loco derselben), des Fallitwesens, bei den Eiden: Audienzen, Erbzeugnisse und alle sonstigen Ausfertigungen von abgestatteten Eiden u. s. w., insofern solche Extracte und Ausfertigungen nicht unter besondern Rubriken vorkommen.

32) Jeder Bogen von gewöhnlichen Extracten und Copien vom Archiv, incl. der Vidimirung.

33) Schußbürgerscheine im Gebiet.

34) Copien der Beschwerden aus den Stadt- und Land-Erbe- und Rente-Büchern.

35) Geburtsbriefe, die von der Kanzellen ausgefertigt werden.

36) Reisepässe, Seepässe, Gesundheitspässe und Sunderpässe.

37) Decreta pure denegatoria in sogenannten Gnadensachen, oder in Sachen der jurisdictionis voluntariae.

38) Atteste und Certificate aller Art, welche auf der Kanzellen oder der Obergerichtlichen Registratur Namens des Senats  
oder



oder des Obergerichts ausgefertigt werden; Dec. 21.  
imgleichen Vielbriefe.

39) Extracte aus den Stadt- und Land-  
Rente-Büchern.

5te Classe, zu 1 Mark:

40) Zoll-Interims-Scheine für einen  
Werth von über 300 Mk. Wco.

41) Jedes Exemplar von Affichen oder  
Anzeigen von Auctionen u. s. w., welche  
an der Börse, oder in andern öffentlichen  
oder Privat-Versammlungs-Localen und  
Caffeehäusern angeschlagen werden.

42) Die Citationen in sämtlichen hie-  
sigen Gerichten, welche unter keiner andern  
Rubrik vorkommen.

43) Hieselbst erlassene Proclamata und  
Edictales, insofern davon mehr als ein  
Exemplar ausgefertigt wird.

44) Vollmachten der Procuratoren in  
den hiesigen Gerichten.

45) Bürger-Zettel, wenn die kleine  
Bürgerschaft gewonnen wird und Schutz-  
bürger-Zettel in der Stadt.

46) Antwortschreiben in Betreff der  
von auswärts nachgesuchten Affirionen und  
Insertionen.

47) Interimistische Zoll-Declarationen in  
Fällen schleuniger Waarenbeförderung, zu-  
folge §. 39 a der Zollverordnung vom  
23. Decbr. 1844.

48) Aufenthalts-Karten für fremde  
Commis, und in ähnlichen Verhältnissen  
Besindliche; so wie deren jedesmalige Pro-  
longation.

48, a)

Dec. 21. 48, a) Polizeylliche Erlaubnißscheine zu Arbeiten an Sonn- und Festtagen an kleinen Schiffen, und zu Reparaturen an Gebäuden, so wie für die Wirthe, ihre Locale bis 1 Uhr Nachts offen halten zu dürfen; so wie ferner polizeylliche Erlaubnißscheine zu Sonn- und Festtags-Arbeiten.

6te Classe, zu 1 Mark 8 Schilling:

49) Ein jeder Wechsel: Protest, ohne Rücksicht, ob einer oder mehrere Wechsel darin benannt sind, es mögen erste Ausfertigungen oder Duplicate sein; vidimirte Abschriften einmal ausgefertigter Proteste bezahlen keine Abgabe. Wechselproteste über Wechsel bis 100 Mk. Banco incl. sind stempelfrei.

50) Jeder Bogen von Extracten aus den, auf dem Archiv befindlichen öffentlichen Protocollen, welche in Form von Attesten ausgefertigt werden.

7te Classe, zu 2 Mark:

51) Alle hieselbst ausgefertigten Kanzellen- und Notariats-Vollmachten, wie auch in andern Ländern ausgestellte, hieselbst gebrauchte Vollmachten; diejenigen Behufs Erhebung einer Summe von nicht mehr als 100 Mk. Bco. sind stempelfrei.

52) Schlußquittungen bei Fallissementen, und Erbschafts- und Administrations- Abschlüsse und Quittungen über solche Erbschaften, von welchen der Testamentsstempel (No. 85 und 86) bezahlt wird.

53)

53) Bürgschafts:Verschreibungen, Erb: Dec. 21. schäfts: und Administrations: Abschlüsse, Schlußquittungen, wenn solche keine bestimmte Summe oder Werth zum Gegenstande haben, noch sich darauf beziehen (s. No. 83); jedoch kommt bei Bürgschaften die Vorschrift des §. 8 zur Anwendung.

54) Reverse, Privatvergleiche und Verzicht, gleichfalls mit Anwendung des §. 8. Jedoch sind diese Documente stempelfrei, falls der Gegenstand die Summe von 100 Mk. Court. nicht übersteigt.

55) Ehegüter, in welchen nur von einer Aussteuer die Rede ist, ohne daß eine Mitgabe oder sonstiges Vermögen in die Ehe gebracht wird, so wie dispositiones parentum inter liberos, in welchem nicht über das Vermögen, oder einen Theil desselben, oder eine bestimmte Summe eine Verfügung getroffen wird.

56) Die Proclamations: oder Copulations:Zettel der 4ten Classe in der Stadt, den Vorstädten und dem Gebiet.

57) Aufenthalts:Karten für alle Fremde, welche nicht in andern Classen besonders aufgeführt sind; und deren jedesmalige Prolongation.

57, a) Polizenliche Erlaubnißscheine zu Arbeiten an Sonn- und Festtagen an Seeschiffen.

58) Delirungs:Consense, welche hieselbst wegen Tilgung auswärtiger Hypotheken ausgestellt werden.

Dec. 21.

8te Classe, zu 3 Mark:

59) Die Endurteil in allen in den Gerichten anhängigen Sachen, mit Ausnahme der in der 4ten Classe vorkommenden Handelsgerichtlichen Präclusiv-Sentenzen und heredum declaratoriae; wie auch, wenn nach einem interponirten Rechtsmittel ein Bescheid, Interlocut oder Urtheil, entweder desselben Gerichts oder einer niedern Instanz, confirmirt wird.

Decreta Ampl. Senatus und des Obergerichts, in einseitigen und zweiseitigen Sachen, welche jenen Erkenntnissen sub No. 59 gleich zu achten sind, mit Ausnahme der confirmatorischen Decrete in restitutorio.

61) Decreta Ampl. Senatus, des Obergerichts, in welchen resp. ein Privilegium, eine Dispensation oder eine Erlaubniß ertheilt wird, oder in welchen Ehezärter und Vergleiche confirmirt werden; so wie die auf eingelegte Appellationen erlassenen Decrete, insofern sie nicht zur Insinuation dienen (s. No. 11).

62) Briefe an das Ober-Appellations-Gericht oder an Spruch-Collegien bei vorkommender Versendung oder Uebersendung der Acten.

63) Bürger-Zettel, wenn die große Bürgerschaft gewonnen wird.

63, a) Polizyenliche Erlaubnißscheine zu Sonn- und Festtags-Arbeiten bei Neubauten auf dem Lande.

64) Der erste Bogen von Schiffs-Berklarungen.

65)

65) Proclamata und Edictales, in Dec. 21.  
Fällen, wo nur ein Exemplar gestempelt wird.

66) Die Stader:Zoll:Atteste.

67) Original:Beschwerden.

9te Classe, zu 6 Mark:

68) Der erste Bogen von Handlungs:  
Societäts:Contracten, und Compromiß:Acten.

69) Die Copulations: oder Proclama:  
tions:Zettel 3ter Classe in der Stadt, den  
Vorstädten und dem Gebiet.

10te Classe, zu 8 Mark:

70) Die Bestellung von Curatoribus  
sexus, absentium und perpetuis in den  
Vorstädten und dem Landgebiet.

71) Die Bestellung und Beeidigung  
von Vormündern in den Vorstädten und in  
dem Landgebiet, incl. des Tutorii; und  
zwar ohne Unterschied, ob männliche oder  
weibliche Personen cum Assistentibus die  
Vormundschaft übernehmen; desgleichen deren  
Entschlagung und Quittung, so wie die:  
jenige der Curatorum perpetuorum und  
absentium ebendasselbst.

72) Die in den Vorstädten und dem  
Landgebiete vorkommenden Confirmationen  
von Ehezärtern, Einkindschafts:Acten, Alten:  
theils:Contracten und Erbvergleichen; Ver:  
siegelungen, Ehe:Dispensationen und Testa:  
ments:Publicationen.

73) Die Concessions:Ertheilung 3ter  
Classe in den Vorstädten und dem Land:  
gebiet.

74)

Dec. 21. 74) Depositions: Scheine über Privat: Documente, welche auf dem Archiv oder dem Zehnten: Amte deponirt werden.

75) Erlaubnißscheine zur Besichtigung für Umbauten und Reparaturen in der Stadt, den Vorstädten und dem Landgebiet; (bei Rathen und ähnlichen kleinen Wohnungen im Landgebiet wird jedoch nur die Hälfte bezahlt;) — so wie Taxations: Scheine über Grundstücke abseiten der Kirchspielsmeister.

11te Classe, zu 16 Mark:

76) Erlaubnißscheine zur Besichtigung für Neubauten in der Stadt, den Vorstädten und dem Landgebiet; bei Rathen und ähnlichen kleinen Wohnungen im Landgebiet wird nur die Hälfte bezahlt.

77) Die Concessions: Ertheilung 2ter Classe in den Vorstädten und dem Landgebiet.

78) Proclamations: und Copulations: Zettel 2ter Classe in der Stadt, den Vorstädten und dem Gebiet.

12te Classe, zu 30 Mark:

79) Die Concessions: Ertheilung 1ster Classe in den Vorstädten und dem Landgebiet; und werden die resp. Landherren nach der Beschaffenheit und dem Umfange des zu concessionirenden Gewerbes bestimmen, welche der 3 Classen in jedem einzelnen Fall zur Anwendung kommt.

80) Copulations: oder Proclamations: Zettel 1ster Classe in der Stadt, den Vorstädten und dem Gebiet.

## II. Werth : Stempel. Dec. 21.

## 1ste Classe:

$\frac{1}{2}$  per mille von der Summe,  
jedoch in der Art, daß

bis zum Betrage von 500 *m℥* Ert. 4 *℔* Ert.  
von über 500 *m℥* bis 1000 : : 8 : :  
: : 1000 : : 1500 : : 12 : :

und sofort mit einer Steigerung von 4 Schill.  
Cour. von 500 zu 500 *M℔*. Cour., ohne  
Unterschied wegen der dazwischen liegenden  
Summen, entrichtet wird, ist zu bezahlen:

81) Von Bodmereibriefen, sowohl hier  
ausgestellten, als hier zahlbaren; im Uebrigen  
sind dieselben, abgesehen vom Stempel-An-  
saße, den Vorschriften des Wechselstempels  
unterworfen.

82) Von allen See- und Fluß-Ver-  
sicherungen, welche bei hiesigen Assé-  
curanz-Compagnien oder Assécuradeurs propr.  
et mand. noie., wie auch durch Agenten  
und Beauftragte auswärtiger Versicherungs-  
oder anderer Compagnien hieselbst geschlossen  
oder unterzeichnet, oder auswärts unterzeich-  
net, oder durch hiesige Agenten, oder in  
deren Auftrag für das beikommende Ge-  
schäft ausgefüllt werden; — es möge dar-  
über hieselbst eine eigentliche Police gezeich-  
net, oder nur irgend eine Verschreibung oder  
Schein ertheilt oder auf einem andern Do-  
cument bezeichnet werden, daß die Versicherung  
hieselbst geschlossen sei. Die Abgabe ist für  
den vollen Werth der versicherten Summe  
zu

Dec. 21. zu entrichten, und dieselbe vor der Zeichnung der Ausstellung, oder bei gestatteter Nachstempelung, vor gezeichnetem mehreren Werthe, vorzunehmen.

Falls jedoch bei Flußversicherungen die Prämie nicht über  $\frac{1}{2}$  pCt. inclusive beträgt, so wird nur ein Stempel von  $\frac{1}{8}$  per mille von der Versicherungs-Summe entrichtet. Falls bei dieser Prämie die Versicherungs-Summe unter 1000 Mk. Court. beträgt, so sind sie stempelfrei.

Fluß-Versicherungen auf Schiffe und Ladungen von und nach der Ober-Elbe, deren Nebenflüsse und weiter aufwärts, mit Einschluß derjenigen von und nach Harburg, sind stempelfrei.

Sofern bei See-Versicherungs-Policen die Prämie unter 1 pCt. und die Versicherungs-Summe auf einer Police über Bco. Mk. 20,000 ist, so wird von dem 20,000 Mk. Bco. übersteigenden Betrage der Stempel-Ansatz nur zur Hälfte bezahlt.

See-Versicherungs-Policen bei Versicherungen auf Contanten, d. h. gemünzte und ungemünzte, übrigens nicht anderweitig verarbeitete edle Metalle und auf Goldstaub, so wie auf Staats- und sonstige Werth habende Papiere bezahlen einen Stempel von  $\frac{1}{8}$  per mille, übrigens mit der bestehenden Erleichterung bei Summen über 20,000 Mk. Bco.

Strafverfügung s. §. 21, No. 3.

83)



83) Bürgschafts-Verschreibungen, Erb- Dec. 21. schäfts- und Administrations-Abschlüsse (mit Ausnahme der in No. 52 erwähnten), Schluß- quittungen, desgleichen Abrechnungen und Quittungen über Abschlags-Zahlungen bei Erbschaften und Administrationen; wenn diese sämtlichen Documente eine bestimmte Summe oder Werth zum Gegenstande haben, oder sich darauf beziehen. Bei Quittungen über Abschlags-Zahlungen ist jedoch der dafür bezahlte Stempel bei der künftigen Schlußrechnung oder Quittung in Abzug zu bringen. Bei Bürgschaften kommt die Vorschrift des §. 8 zur Anwendung. Bürgschafts-Verschreibungen bis 100 Mk. Bco. incl. sind stempelfrei.

### 2te Classe:

$\frac{5}{8}$  per mille von der Summe, jedoch in der Art, daß  
bis zum Betrage v. 400 *m*/Bco. incl. 5  $\beta$  Ert.  
(jedoch mit der, in der 3ten Ausnahme bemerkten Modification)

von über 400 bis 800 *m*/Bco. incl. 10  $\beta$  Ert.  
: : 800 : 1200 : : : 15 : :

und sofort mit einer Steigerung von 5 Schill. Cour. von 400 zu 400 Mk. Bco., ohne Unterschied wegen der dazwischen liegenden Summen, entrichtet wird, ist zu bezahlen:

84) Von allen auf Hamburg gezogenen und von allen durch die Hamburger Bank oder sonst in Hamburg zahlbaren oder zu zahlenden Wechseln; die absichtliche Um-  
XXI. Band. S gehung.

Dec. 21. gehung oder Uebertretung dieses Gesetzes ist ein Betrug gegen den Staat.

Demnach darf Niemand weder einen Wechsel noch eine Assignation der vorgedachten Art, noch auch Duplicate und fernere Exemplare solcher Wechsel und Assignationen acceptiren, zum Giro oder zur Zahlung in Banco oder sonst indossiren, so wie überhaupt giriren, zum Accept oder zur Bezahlung präsentiren oder ausliefern, noch kaufen, verkaufen, remittiren oder im Tausch, als Zahlung, als Rimesse oder im Disconto geben, annehmen oder gelten lassen; eben so wenig als Accept annehmen, noch einlösen, bezahlen oder quittiren, — wenn nicht vorher der Wechsel oder die Assignation mit dem gesetzlichen hiesigen Stempel versehen ist.

Diese Verpflichtung tritt in jedem Falle des vorgedachten Wechselverkehrs ein, es mag nun der Name des Kaufmanns oder der Firma oder des sonstigen Inhabers auf diesen Wechsel gesetzt werden, oder nicht; (auch wenn nur ein fremdes Blanco; Indossement ausgefüllt, oder ein fremdes Encassirungs;Mandat ausgeführt wird), und gleichfalls ohne Unterschied, ob das betreffende Factum von ihm selbst, oder nur in seinem Auftrage, oder mit seiner Genehmigung vorgenommen wird. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß diese sämtlichen Verfügungen auch für hieselbst domicilirte, so wie für die auf die Nachbarstadt, deren Kaufmannschaft die hiesige Börse be-

besucht, gezogenen, durch die hiesige Bank Dec. 21. oder sonst zahlbaren Wechsel und Assignationen gelten.

Auch Wechsel auf Hamburg gezogen, wenn gleich im Auslande zahlbar, sind stempelpflichtig.

Von dieser Verpflichtung zur Stempelung treten einzig und allein die nachfolgenden Ausnahmen ein, welche jedoch auf die hier namentlich erwähnten Fälle beschränkt sind, und auf den übrigen Wechselverkehr keine Anwendung leiden:

1. Wechsel, welche einem Hiesigen auf ihn selbst remittirt, und von ihm nicht weiter begeben werden.

2. Die statt der Baarzahlungen dienenden von Hiesigen oder Bewohnern der Nachbarstadt auf hiesige Geldwechsler gegebenen Platz-Anweisungen; wohin: gegen fremde Assignationen und Anweisungen jeder Art auf Geldauszahlungen, ferner auch Zahlungs-Aufträge in Form von Briefen, welche die Stelle von Wechseln oder Anweisungen vertreten sollen, und gegen deren Vorzeigung oder Auslieferung die Zahlung geleistet werden soll, — in Betreff des Stempels als Wechsel angesehen werden.

3. Wechsel und Anweisungen bis 100 Mk. Bco. incl. sind gleichfalls stempelfrei. Wechsel und Anweisungen bis 200 Mk. Bco. incl. entrichten 2 Schill. Cour., bis 300 Mk. Bco. incl. 3 Schill. Cour.

Dec. 21.

4. Außerdem sind von der Stempelung vor der Präsentation zum Accept diejenigen Wechsel ausgenommen, welche einem Hiesigen zur Besorgung des Accepts in der Nachbarstadt oder an anderen auswärtigen Plätzen eingesandt werden. Solche ausnahmsweise ungestempelte Wechsel dürfen jedoch, wenn sie durch die hiesige Bank oder sonst in Hamburg zahlbar sind, nur gegen gestempelte Secunden oder gestempelte fernere Exemplare ausgeliefert werden, widrigenfalls die gesetzliche Strafe sowohl gegen den Inhaber, als gegen den Ausliefernden eintritt.

Ferner sind von der Stempelung vor der Präsentation zum Accept diejenigen Wechsel auf die Nachbarstadt ausgenommen, welche an die Ordre eines Hiesigen ausgestellt oder girirt sind. Es versteht sich jedoch von selbst, daß dieselben gestempelt werden müssen, bevor sie von dem Hiesigen weiter girirt, in Banco indossirt oder zur Zahlung präsentiert werden.

Duplicate werden gratis gestempelt, falls die Stempelung der Originale genügend nachgewiesen wird.

Jeder, welchem im hiesigen Verkehr ein Wechsel oder eine Assignment der vorgezeichneten Art zu Händen kommt, bei welchem der hiesige vorschriftsgemäße Stempel fehlt, ist verpflichtet, die Stempelung sofort zu besorgen, widrigenfalls er in die gleiche Strafe wie der erste Contravenient verfällt. Für diese Stempelung wird von dem derzeitigen  
In:

Inhaber des Wechsels, falls er seinerseits Dec. 21. noch nicht dem Gesetz zuwider gehandelt hat, und er sie zeitig veranlaßt, nichts entrichtet, sondern wird der Stempel nebst der Strafe von dem früheren Contravenienten beigetrieben.

So wie sämtliche beeidigte Wechsel: Mäkler und andere Wechsel: Unterhändler ganz besonders und auf das strengste zur Beobachtung der vorgedachten Verfügung und eventualiter zur Anzeige an das Stempel:Comtoir, verpflichtet sind, so haben sie sich um so mehr jedes Umhertragens und Vernegociirens ungestempelter, durch die Hamburger Bank, oder sonst in Hamburg zahlbarer Wechsel, zumal aber jeder betrügerlichen Collusion bei Verabredungen der Partheien über Nichtzahlung oder Theilung des schuldigen Stempels durchaus zu enthalten.

Die Notarien, welchen Wechsel der vorgedachten Art, die nicht vorschriftsgemäß gestempelt sind, zum Protestiren oder Behufs anderer Notariats: Handlungen vorgelegt werden, können zwar diese Handlungen vornehmen, haben aber sofort davon dem Stempel:Comtoir eine Anzeige zu machen.

Strafverfügung s. §. 21, No. 2.

### 3te Classe.

1 per mille vom Werth oder der angegebenen Summe, oder dem Vermögen, jedoch mit der näheren Bestimmung, daß wenn solcher, solche oder solches

bis

Dec. 21.      bis 250 m $\mathcal{K}$  Ert. beträgt . . . . 4  $\beta$  Ert.  
 von über 250 bis 500 m $\mathcal{K}$  Ert. . . . 8 ; ;  
 ; ; 500 ; 750 ; ; . . . 12 ; ;  
 ; ; 750 ; 1000 ; ; 1 m $\mathcal{K}$  — ; ;  
 zu entrichten sind, — bezahlen:

85) Testamente, Codicille, Schemeln, Schenkungen unter Lebenden und auf den Todesfall, und pacta successoria; und zwar bei Testamenten und ähnlichen Dispositionen, nach dem Betrage des ganzen Nachlasses. Falls der Verlauf in diesen Documenten nicht mit Zahlen angegeben ist, so hat der, welcher zum Besiz des Vermögens oder der Summe kommt, den Betrag der Abgabe auf seinen geleisteten Bürgereid, oder eventualiter eidlich anzugeben und zu bezahlen.

Von den letzten Willensverfügungen ist diese Abgabe spätestens bei deren Eröffnung oder Publication abseiten der Erben, Executoren oder Geschenknehmer zu entrichten, und darüber, daß solches geschehen, der Beweis beizubringen. Zugleich haben diese Personen beim Zehnten-Amt schriftlich auf ihren geleisteten Bürgereid oder an Eidesstatt die Verpflichtung zur Nachzahlung der Stempel-Abgabe zu übernehmen, falls sich bei der Berichtigung der Erbschaft ergibt, daß zu wenig gezahlt worden.

86) Testamente oder andere Verfügungen der Eltern unter ihren Kindern, nach der Modalität der Testamente, insofern sie nicht zu No. 55 gehören; ferner Ehezärter, von dem, außer der Aussteuer, in die Ehe ge-

gebrachten Vermögen; desgleichen donationes Dec. 21. propter nuptias unter gleichen Bestimmungen.

87) Cessions-Acten nach dem Werth des cedirten Objectes, oder der angegebenen Valuta. Beträgt das oder die Letztere nicht mehr als 100 Mk. Bco., so sind sie stempelfrei.

Ist der Werth des cedirten Objectes ungewiß, so haben die Partheien den Stempel für einen nach ihrem Ermessen anzusetzenden Betrag nachzusuchen; und sich hinsichtlich der Nachstempelung nach Vorschrift des §. 6 zu verpflichten.

88) Obligationen und Pfandverschreibungen; jedoch sind Obligationen und Schuldverschreibungen bis 100 Mk. Bco. incl. stempelfrei.

89) Bau-Contracte, mit Ausnahme derjenigen über Schiffe und deren Reparatur; ferner Contracte über die Lieferung oder den Kauf von Baumaterialien, welche in Bezug auf Bauten abgeschlossen werden; und Leibrenten-Contracte; die Berechnung bei den Letzteren geschieht nach Vorschrift des §. 17.

90) Kaufbriefe von Immobilien oder liegenden Gründen, und was denselben gleichgeachtet wird, in der Stadt, den Vorstädten und dem Landgebiet, sie mögen öffentlich oder unter der Hand verkauft werden, mit Ausnahme der Schiffe und Schiffsparten, Renten und Grundmieten, welche in dem Kaufpreise einbegriffen sind, werden mit 3 pEt. Zinse zu Capital reducirt.

91)

Dec. 21. 91) Depositions: Scheine, jedoch mit der Modification, daß Summen bis 100 Mk. Cour. incl. frei sind, von über 100 Mk. Cour., bis 500 Mk. Cour., 4 Schill., von über 500 Mk. Cour. bis 1000 Mk. Cour., 8 Schill., und von über 1000 Mk. Cour. bis 2000 Mk. Cour., 1 Mk. zu entrichten ist.

92) Die auf sich selbst zahlbaren, s. g. Sola: Wechsel.

#### 4te Classe:

93)  $\frac{1}{4}$  pro Cent oder 4 Schill. von 100 Mk. Cour., wird von Hauer: und Mieth: Contracten nach dem Betrag der jährlichen Miethe bezahlt, wobei 50 Mk. und darüber für volle 100 Mk. anzunehmen sind, der Belauf unter 50 Mk. aber nicht in Anschlag kommt. Hauer: und Mieth: Contracte, welche auf längere oder kürzere Zeit als ein Jahr geschlossen werden, bezahlen die Abgabe im Verhältniß des Betrags des einjährigen Stempels; diejenigen bis 100 Mk. Cour. incl. jährlicher Miethe sind frei.

Mieth: Contracte auf unbestimmte Zeit mit Festsetzung eines Kündigungs: termins, können auf Verlangen der Par: theien nur für den Termin eines Jahres gestempelt werden; unter Verpflichtung zur Nachstempelung bei längerer Dauer des Contracts.

Nähere Bestimmung s. §. 10 u. 17.  
III.



## III. Zeit=Stempel:

Dec. 21.

94) Von allen Versicherungs:Policen und sonstigen Versicherungs:Verschreibungen gegen Feuergefähr, (jedoch mit Ausnahme der Versicherungen auf Landtransporte, welche stempelfrei sind), welche bei hiesigen Asscuranz:Compagnien, und Asscuradeurs proprio et mandatario nomine; wie auch durch Agenten oder Beauftragte auswärtiger Compagnien, hieselbst geschlossen, oder unterzeichnet, oder auswärts unterzeichnet, und durch hiesige Agenten oder in deren Auftrag für das beikommende Geschäft ausgefüllt werden, — ohne Ausnahme und ohne Rücksicht auf die versicherten Gegenstände, es mögen Immobilien oder Mobilien, andere Effecten oder Waaren sein, und ohne auf den Ort, wo solche befindlich sind, zu sehen, sei er in der Stadt und deren Gebiet, oder im Auslande; — die Versicherung möge ferner eine neu zu schließende, oder eine Prolongation auf dasselbe Object sein, oder es mögen neue Objecte hinzukommen, wobei die letzten beiden Arten der Versicherung für eine neue Versicherung hinsichtlich dieser Abgabe zu achten sind; — ist für jede Police oder Versicherungs:Verschreibung von jedem Bco. Mk. 1000 der versicherten Summe:

	bis 3 Monat incl.	1 $\beta$ Ert.	
von über 3 Monat bis 1 Jahr	:	2	:
:      1 Jahr	:	2 Jahre	:
:      2 Jahre	:	3	:
über 3 Jahre hinaus	:	8	:

zu

Dec. 21. zu entrichten; wobei jedoch Summen unter und zwischen 1000 Mk. Bco. stets für die volle Zahl anzunehmen sind. Das Maximum des Stempels für eine Police wird auf 40 Mk. Cour. bestimmt.

Uebrigens darf hieselbst keine Police oder Versicherungs-Verschreibung gegen Feuer-gefahr unterzeichnet, auch keine auswärts etwa unterzeichnete für das betreffende Geschäft ausgefüllt, oder dem Versicherten übergeben, noch von hier versandt werden, wenn solche nicht zuvor mit dem hiesigen Stempel versehen, und die vorgeschriebene Abgabe dafür auf dem hiesigen Stempel-Comtoir entrichtet worden.

Strafverfügung s. §. 21, No. 3.

95) Von Lebensversicherungs-Policen ist unter völlig gleichen Bestimmungen (mit alleiniger Ausnahme der hierauf nicht anwendbaren Verfügungen wegen der versicherten Gegenstände) zu entrichten:

Für Versicherungen	bis 1 Jahr incl.	über 1 Jahr bis 3 J. incl.	über 3 J. bis 7 J. incl.	über 7 J. und auf Lebenszeit.
über 500 $\mathfrak{M}$ Bco. bis 1000 $\mathfrak{M}$ Bco. incl.	— $\mathfrak{M}$ 4 $\mathfrak{S}$	— $\mathfrak{M}$ 8 $\mathfrak{S}$	1 $\mathfrak{M}$	1 $\mathfrak{M}$ 8 $\mathfrak{S}$
über 1000 $\mathfrak{M}$ Bco. bis 5000 $\mathfrak{M}$ Bco. incl.	— ; 8 ;	1 ; — ;	2 ;	3 ; — ;
über 5000 $\mathfrak{M}$ Bco. bis 20000 $\mathfrak{M}$ Bco. incl.	— ; 12 ;	2 ; — ;	4 ;	6 ; — ;
über Bco. $\mathfrak{M}$ 20000.	1 ; 8 ;	4 ; — ;	8 ;	12 ; — ;

Für Policen bis 500  $\mathfrak{M}$  Bco. incl. aber wird nur der halbe Stempel mit resp. 2  $\mathfrak{S}$ , 4  $\mathfrak{S}$ , 8  $\mathfrak{S}$  und 12  $\mathfrak{S}$  bezahlt.

Strafverfügung s. §. 21, No. 3.

Al:

## Alphabetisches Verzeichniß. Dec. 21.

Die Angabe der einfachen Nummer bezieht sich auf die Zahlen in dem Verzeichniß der Ansätze, diejenige der Paragraphen auf die Verordnung selbst.

## A.

Abgabe, erstreckt sich auf die Stadt und das ganze Gebiet, mit Ausnahme des Amtes Rugebüttel, §. 1.

- wird von hiesigen Bürgern und Einwohnern bezahlt, sie mögen die Contracte vollziehen, wo sie wollen, §. 12.
- wo sie zu entrichten, §. 2.
- deren Berechnung von Courant zu Banco, und bei fremden Münzsorten, §. 3.
- deren Beweis, §. 4.
- Zeit der Entrichtung derselben, §. 6.
- wird nur von dem Hauptgeschäft bezahlt, §. 8.
- von welcher Person sie zu entrichten, §. 10.
- wird für Ausfertigungen ex officio nicht bezahlt, §. 11.

Abkündigungs-Scheine, s. Proclamations-Scheine.

Abrechnungen über Abschlagszahlungen, No. 83.

Absentes, curatores derselben, No. 70.

Accise, Passir-Scheine bei derselben, No. 5.

- Declaration zur Niederlage bei derselben, No. 15.

Acten: Verzeichniß beim Handelsgericht, No. 18.

Acten: Versendung, Briefe dabei, No. 62.

Administrations: Abschlüsse, No. 52, No. 53 und No. 83.

Advocaten sind für die Bezahlung der Abgabe verantwortlich, §. 14.

Affischen, welche an der Börse und sonst angeschlagen werden, s. Anzeigen.

Af-

Dec. 21. Affixio, Documenta af- et refixionis, No. 12.

— desfallsige Antwortschreiben, No. 46.

Altentheils: Contracte, deren Confirmation, No. 72.

Amtsgericht, Commissions; Vergleiche, Befichtigungs; Protocolle desselben u. s. w., No. 10.

— Erkenntnisse und Bescheide desselben, No. 11 und No. 29.

— Atteste des Boten, No. 12.

— Interpositionsscheine, No. 21.

Anlagen, welche extrajudicialiter oder judicialiter übergeben werden, No. 17 und §. 15, No. 2.

— dürfen einen Umschlag; Bogen haben, sofern sie nicht sonst der Abgabe unterworfen sind, §. 15, No. 2.

— wenn deren Retradition nicht gebeten ist, so ist von den Copien keine Abgabe zu bezahlen, §. 15, No. 2.

Anschläge an der Börse und in andern Localen oder Caffehäusern, No. 41.

Antwortschreiben wegen auswärtiger Affixionen und Insertionen, No. 46.

Anweisungen, s. Assignationen.

Anzeigen an der Börse und sonst, s. Anschläge.

Appellations; Einlegung, Decrete auf, No. 61.

Arbeits; Erlaubnißscheine der Polizey zu Sonn- und Festtags; Arbeiten, No. 48 a, No. 57 a und No. 63 a.

Arrest, s. Befehle.

Assignationen, No. 84.

— auf hiesige Geldwechsler, welche statt Baarzählung dienen, No. 84.

— bis 100 m<sup>k</sup> Bco. incl. sind stempelfrei, No. 84.

Atteste der Kanzley und der Obergerichtlichen Registratur, No. 38.

— der Kanzleyboten, No. 12.

— des Amtsgerichtsboten, No. 12.

— loco designationis creditorum, No. 31.

Atteste

Atteste, Stader Zoll, No. 66.

Dec. 21.

— beim Handelsgericht, No. 18.

— vom Archiv, No. 50.

— der Polizei, insofern für dieselben nicht ein anderer Satz beliebt ist, No. 18 a.

Auctionen, s. Anschläge.

Aufenthaltsskarten, No. 26, No. 48, No. 57.

Ausfertigungen, Zeit der Bezeichnung über die geschehene Bezahlung, S. 6.

— brauchen bei der Bezeichnung ihrem Inhalte nach nicht vorgezeigt zu werden, S. 9.

— mehrere von zweiseitigen Documenten, S. 7.

— die abseiten des Senats, der Gerichte u. s. w. ex officio geschehen, bezahlen keine Abgabe, S. 11.

— wer dabei die Abgabe entrichtet, S. 10.

— von Commissions: Vergleichen, Besichtigungs: Protocollen u. s. w. beim Amtsgericht, No. 10.

## B.

Bauten, s. Besichtigungen.

Bau: Contracte, No. 89.

— — über Schiffe und deren Reparaturen bezahlen keine Abgabe, No. 89.

Bau: Materialien, Contracte über die Lieferung oder den Kauf derselben, No. 89.

Beamte, deren Wahl, S. 23.

Befehle unter 500 m<sup>z</sup> Court., No. 24.— über 500 m<sup>z</sup> Court., No. 30.

— , Friedens:, No. 24.

— in welchen das Object nicht in Zahlen genannt ist, No. 30.

Behörden, deren einseitige und zweiseitige Documente, S. 11.

— haben ex officio auf die Beobachtung der Stempel: Vorschriften zu achten, und die Strafe auszusprechen, S. 24.

Bescheide der sämtlichen hiesigen Gerichte, No. 29.

— welche confirmirt werden, No. 59 und No. 60.

Be:

- Dec. 21. Bescheide, gerichtliche, bezahlen nur, wenn sie  
ausgefertigt, nicht wenn sie abgegeben werden,  
§. 15, No. 4.
- Beschwerden, Original : Beschwerden,  
No. 67.
- Copie der Beschwerden, No. 34.
- Besichtigungen, für Umbauten und Repa-  
raturen, No. 75.
- für Neubauten, No. 76.
- Bestrafung der unterlassenen Bezahlung, s.  
Strafe.
- Beweis der Bezahlung, §. 4.
- Beilagen, s. Anlagen.
- Briefe, No. 38.
- Blattstempel, No. 1 bis 80.
- für denselben wird gestempeltes Papier ver-  
kauft, §. 2.
- Bodmerei; Briefe, No. 81.
- Börsen; Anschlag wegen Auctionen ic.,  
s. Anschläge.
- Briefe an das Oberappellations; Gericht oder  
an Spruch; Collegien, No. 62.
- Bürger und Einwohner, bezahlen die Ab-  
gabe, sie mögen contrahiren, wo sie wollen,  
§. 12.
- Bürger; Zettel oder Bürger; Eide zur kleinen  
Bürgerschaft, No. 45.
- oder Bürger; Eide zur größern Bürgerschaft,  
No. 63.
- zur Schutzbürgerschaft, No. 33 und No. 45.
- Bürgerschafts; Verschreibungen, No. 53,  
No. 83 und §. 8.
- bis 100 mk Bco. incl. sind stempelfrei,  
No. 83.

## C.

- Canzelley, s. Kanzelley.
- Cautio, wegen des Testaments; Stempels,  
No. 85.
- Cautions; Schein beim Handelsgericht, No. 18.
- Certificate der Kanzelley und Obergerichtlichen  
Registratur, No. 38. Cessi;

Cessions: Acten, No. 87, §. 6 und §. 8. Dec. 21.

— — sind stempelfrei, wenn das Object oder die Valute nicht mehr als 100 m<sup>k</sup> Bco. beträgt, No. 87.

— — falls der Werth ungewiß, No. 87 und §. 6.

Citationen in den sämmtlichen hiesigen Gerichten, No. 42.

— auf den Dielen der S. T. Herren Bürgermeister, Gerichtsverwalter, Landherren und übrigen Deputations: Herren, imgleichen der Herren Patrone der Ämter, No. 6.

— der Polizeybehörde und Todtenladen: Deputation, so wie die Citationen zu den Concur: Audienzen der Herren Prätores, No. 6.

— beim Handelsgericht, No. 18.

Codicille, No. 85.

Compromiß: Acten, No. 68.

Concessions: Ertheilung in Vorstädten und Gebiet, No. 73, No. 77 und No. 79.

Conclusa, welche confirmirt werden, No. 59.

Concur: Audienzen, Citationen zu denselben bei den Herren Prätores, No. 6.

Confirmatio von Ehezärtern, Einkindschaften und Vergleichen, s. Decreta.

— conclusorum, interlocutorum, sententiarum et decretorum, No. 59 und No. 60.

— von Ehezärtern, Einkindschaften, Altentheils: Contracten, Vergleichen im Landgebiet, No. 72.

Contanten, Seeverversicherungs: Policen auf dieselben, No. 82.

Contracte, Handlungs: Societäts: Contracte, No. 68.

— Altentheils, deren Confirmation, No. 72.

— über Bauten und über die Lieferung oder den Kauf von Baumaterialien und Leibrenten, No. 89.

— mit löbl. Kammer, öffentlichen Departements, Kirchen und piis corporibus, sind der Abgabe unterworfen, §. 11.

— Kauf, No. 90.

Con:

Dec. 21. *Contracte, Kauf*, bezahlen auch, wenn sie unter Bedingungen abgeschlossen sind, §. 16, No. 1.

— *f. Kauf; Contracte und Immobilia.*

— *Mieth*, No. 93 und §. 17.

— *Pacht*, *f. Mieth; Contracte.*

— *Punctionen über zu schließende Contracte oder Vergleiche*, §. 18.

— *deren Prolongation*, §. 19.

*Contraventionen*, *f. Strafe.*

*Copien der Beschwerden*, No. 34.

— *der übergebenen Satzschriften und Beilagen, welche dem Gegner mitgetheilt werden, bezahlen keine Abgabe*, §. 15, No. 3.

— *von Anlagen, deren Retradition nicht gebeten wird, bezahlen keine Abgabe*, §. 15, No. 2.

— *vidimirte, der ad acta producirten Documente*, No. 9.

— *von Wechsel; Protesten*, No. 49.

— *welche von den Herren Secretairen und Actuarien vidimirt werden*, No. 8.

— *vom Archiv*, No. 32.

*Copulations; Scheine*, No. 22.

*Copulations; Zettel*, No. 56, No. 69, No. 78 und No. 80.

*Curatores sexus et personarum*, No. 70.

— *personarum et absentium, deren Entschlagung und Quittirung im Landgebiet*, No. 71.

— *sexus*, sind bei Umgehung des Stempels für ihre Curandinnen mit verhaftet, §. 21, No. 1.

## D.

*Declarationscheine beim Zollwesen*, No. 3, No. 4 und No. 47.

*Declarationen zur Niederlage bei der Accise*, No. 15.

*Decreta Ampl. Senat. und des Obergerichts: welche ein bloßes communicetur enthalten, so wie die zur Insinuation bestimmten zweiten Aus;*



Ausfertigungen, und diejenigen, welche ledig: Dec. 21.  
lich Verweisung auf ein Anderes enthalten,  
No. 11.

**Decreta**, in welchen interloquirt wird, No. 29.

- welche einer Definitiv:Sentenz gleichstehen,  
No. 60.
- confirmatoria, No. 60.
- reformatoria, so wie die confirmatorischen  
in restitutorio, No. 29.
- denegatoria, in Sachen der jurisdictionis  
voluntariae, No. 37.
- auf interponirte Appellation, No. 61.
- Urteste über Insinuation derselben, No. 12.
- in welchen ein Privilegium, eine Dispensation  
oder eine Erlaubniß ertheilt wird, oder in  
welchen Ehezärter und Vergleiche confirmirt  
werden; so wie die auf eingelegte Appellationen  
erlassenen Decrete, No. 61.

**Definitiv:Sentenzen** des Handels:Gerichts,  
No. 29 und No. 59.

**Delirungs:Consense** wegen Tilgung aus:  
wärtiger Hypotheken, No. 58.

**Depositions:Scheine**, No. 91, §. 10.

- des Archivs und Zehnten:Amts, No. 74.
- über Summen bis 100 *m℥* Cour. incl.  
sind stempelfrei, No. 91.

**Designationes creditorum**, No. 31.

**Dienstboten**, deren Aufenthaltskarten, No. 26.

**Dienstlohn:Sachen**, No. 6.

**Dispensationes**, wenn solche per Decre-  
tum ertheilt werden, No. 61.

- im Landgebiet, No. 72.

**Dispositiones inter liberos**, No. 55  
und No. 86.

**Documenta af- et refixionis**, No. 12.

- communia, zweiseitige bezahlen die Abgabe  
nur einmal bei der ersten Ausfertigung, §. 7.

XXI. Band.

℥

Do-

Dec. 21. Documenta, einseitige, bezahlen von jeder Ausfertigung die Abgabe, §. 7.

- einseitige, abseiten öffentlicher Behörden, bezahlen keine Abgabe, §. 11.
- zweiseitige, öffentlicher Behörden, entrichten dieselbe, §. 11.
- bezahlen, wenn mehrere Geschäfte dabei zusammentreffen, die Abgabe nur von dem Hauptgeschäfte, es sei denn, daß das hinzugekommene Geschäft einem höheren Stempel, als das ursprüngliche, unterworfen ist, §. 8.
- wann sie mit der Bezeichnung der Bezahlung bemerkt sein müssen, §. 6.
- von denen die Abgabe bezahlt werden soll, brauchen nicht ihrem Inhalte nach vorgezeigt zu werden, §. 9.

Donationes inter vivos et mortis causa, No. 85.

- propter nuptias, No. 86.

Droschenposten; Zettel, polizeyliche, No. 3.

Duplicate von Wechsel; Protesten, No. 49.

- der Declarationszettel beim Zollwesen, No. 3 und No. 4.
- von Wechseln und Assignationen, No. 84.

## E.

Edictales, No. 43 und No. 65.

Ehe; Dispensationen, s. Dispensationes.

Eheberedungen oder

Ehezärter, No. 55 und No. 86.

- welche confirmirt werden, No. 61 und No. 72.
- bezahlen bei der ersten Ausfertigung die Abgabe nur einmal, §. 7.

Eide, Ausfertigungen abgestatteter, No. 31.

- s. Bürgerzettel.

Einfindschaften, wenn solche confirmirt werden, No. 61 und No. 72.

- deren Confirmation im Landgebiet, No. 72.

Einwohner, s. Bürger.

End;

Endurteil in gerichtlichen Sachen, No. 29 und Dec. 21.  
No. 59.

— beim Handelsgericht, s. Definitiv: Sentenzen.

Entschlagung von Vormündern und Curatoren,  
No. 71.

Erb: Gezeugnisse, No. 31.

Erb: Vergleiche, im Landgebiet, No. 72.

Erbschafts: Abschlüsse, No. 52, No. 53 und  
No. 83.

Erkenntnisse, bezahlen die Abgabe nur wenn  
sie ausgefertigt werden, S. 15, No. 4.

Erlaubniß: Scheine, welche von den Bedde:  
Polizey: und Land: Herren ertheilt werden,  
No. 23, No. 48 a, No. 57 a und No. 63 a.

— — für Besichtigungen, No. 75 und No. 76.

— — bei Rathen und ähnlichen kleinen Wohnun:  
gen im Gebiet wird nur die Hälfte bezahlt,  
No. 75 und No. 76.

Erlaubniß, welche per Decretum Ampl.  
Senatus u. s. w. ertheilt wird, No. 61.

Ex officio-Ausfertigungen, s. Officielle  
Ausfertigungen.

Extracte aus Kirchenbüchern, Tauf:, Geburts:  
Copulations: und Todten: Scheine, No. 22.

— aus den Stadt: und Land: Erbe: und Rente:  
Büchern, No. 39.

— vidimirte, Protocollorum der S. T. Herren  
Bürgermeister, Gerichts: Verwalter, Land:  
Bedde:, Polizey:, Zehnten: und Kirchspiels:  
Herren, der Herren Patrone geistlicher Stiftun:  
gen und der Aemter, No. 20.

— Protocollorum bei den gemischten Depar:  
tements, Deputationen und Commissionen,  
bei dem Niedergerichte, bei dem Fallitwesen,  
bei den Eiden: Audienzen, Erb: Gezeugnissen  
u. s. w., insoferne solche Extracte nicht unter  
besondern Rubriken vorkommen, No. 31.

— aus der Audienz: Rolle des Handelsgerichts  
und dem Protocolle in schriftlich verhandelten  
Sachen, No. 13.

— vom Archiv, No. 32 und No. 50.

Dec. 21.

F.

- Fallitsachen, Schluß; Quittung bei, No. 52.  
 Feuer; Versicherungs; Policen und Ver-  
 schreibungen, No. 94.  
 — auf Landtransporte sind stempelfrei, No. 94.  
 — Strafe der Nichtbezahlung des Stempels,  
 §. 21, No. 3.  
 Fluß; Versicherungs; Policen, No. 82.  
 — Strafe der Nichtbezahlung des Stempels,  
 §. 21, No. 3.  
 Form des Geschäfts, §. 13.  
 Friedens; Befehle, No. 24.

G.

- Gastwirthe, s. Wirthe.  
 Gebiet, s. Abgabe.  
 Geburtscheine, No. 22.  
 Geburtsbriefe, die von der Kanzelley ausge-  
 fertigt werden, No. 35.  
 General; Quittungen, No. 52, No. 53 und  
 No. 83.  
 Gerichte, haben ex officio auf die Stempel-  
 Verfügungen zu achten, und die Strafe aus-  
 zusprechen, §. 24.  
 Gerichtsboten, beim Handelsgericht, deren  
 Bescheinigung und Anzeigen, No. 18.  
 Geschäfte, wie sie bezahlen, wenn es zweifel-  
 haft ist, wohin sie zu rechnen, §. 13.  
 Gesetze, entgegenstehende, sind aufgehoben, §. 25.  
 Gesundheits; Pässe, No. 36.  
 Grundmiethe in Kaufbriefen, deren Berech-  
 nung zu Capital, No. 90.

H.

- Heredum declaratoriae, No. 59.  
 Handelsleute, umherziehende, deren Aufent-  
 haltskarten, No. 26.  
 Handlung; Contracte, No. 68.  
 Handels:

Handelsgericht, Extracte aus der Audienz, Dec. 21.  
Rolle und dem Protocoll im schriftlichen  
Verfahren, No. 13.

— Citation, Acten: Verzeichniß, Cautionschein,  
Atteste und Anzeige der Gerichtsboten, No. 18.

— Interpositions: Schein, No. 21.

— Definitiv: Sentenzen, No. 29 und No. 59.

Handwerksburschen, deren Aufenthaltskarten,  
No. 26.

Hauer: Contracte, s. Mieth: Contracte.

Haupt: Geschäft, bezahlt allein die Abgabe,  
§. 8.

### I.

Immobilia, s. Kaufcontract und Contract.

Inhalt der Documente, braucht nicht vor-  
gezeigt zu werden, §. 9.

Insertionen, desfallsige Antwortschreiben,  
No. 46.

Interims: Scheine beim Zoll, No. 14,  
No. 28, No. 40 und No. 47.

Interlocute in den Gerichten, No. 29.

— s. Bescheide.

— gerichtliche, bezahlen nur wenn sie ausge-  
fertigt werden, §. 15, No. 4.

Interpositions: Scheine beim Handelsge-  
richt, den Präturen und beim Amtsgericht,  
No. 21.

Inventarien von Mo- et Immobilibus,  
No. 19.

### K.

Kämmerey, Contracte mit derselben bezahlen  
die Abgabe, §. 11.

— einseitige Acten derselben bezahlen sie nicht,  
§. 11.

Kanzelley: Voten: Atteste über geschene  
Insinuation der Decretorum et Conclu-  
sorum Ampl. Senatus, No. 12.

Kan:

Dec. 21. Kanzelley; Vollmachten, No. 51.

— — sind stempelfrei, falls die Summe nicht mehr als 100 *m*/s Bco. betrifft, No. 51.

Karten, s. Spielkarten.

Kaufbriefe von Immobilien oder liegenden Gründen und was denselben gleichgeachtet wird, in der Stadt und deren Gebiet, sie mögen öffentlich oder unter der Hand verkauft werden, die Schiffe und Schiffs-Parten ausgenommen, No. 90.

Kauf; Contracte, in welchen Grundmiethen stipulirt, s. Grundmiethen.

— bezahlen die Abgabe, wenn sie auch bedingt abgeschlossen, §. 16, No. 1.

— mit löbl. Kammer, öffentlichen Departements, Kirchen und piis corporibus, bezahlen die Abgabe, §. 11.

— bezahlen bei mehreren Ausfertigungen die Abgabe nur einmal, §. 7.

— wodurch Immobilia gegen einander ausgetauscht werden, §. 16, No. 2.

— Abgaben deshalb tragen die Contrahenten gemeinschaftlich, §. 10.

Kirchen, deren einseitige und zweiseitige Documente, §. 11.

Kirchenbücher, Extracte aus denselben, No. 22.

Kündigungsscheine von Wohnungen und Geldern, No. 27.

## L.

Landherren, s. Präturen.

Landtransporte, Policen über Feuerversicherung derselben sind stempelfrei, No. 94.

Lebens; Versicherungs; Policen, No. 95.

— , Strafe der Nichtbezahlung des Stempels, §. 21, No. 3.

Leibrenten; Contracte, No. 89; §. 17.

M.

## M.

Dec. 21.

Mafler, deren Schlußnoten, No. 2, §. 18 und §. 21, No. 4.

- Strafe bei der Nichtbezahlung des Stempels, §. 21, No. 4.
- Schlußnoten, bezahlen wie das Hauptgeschäft, falls sie specielle Bedingungen enthalten, §. 18.
- f. Wechselmakler, See-, Fluß-, Feuer-, Lebens- Versicherungs-Policen.

Mandatum Procuratorium, f. Vollmacht.

Memoriale, sind bei fehlendem Stempel anzunehmen, §. 15.

Mieth-Contracte, No. 93.

- auf Lebenszeit, §. 17.
- Kosten bezahlen die Contrahenten gemeinschaftlich, §. 10.
- bezahlen die Abgaben bei mehreren Ausfertigungen nur einmal, §. 7.
- mit der Kammer, öffentlichen Departements, Kirchen und piis corporibus, bezahlen die Abgabe, §. 11.
- werden für solche gehalten, sobald etwas über die Mieth schriftlich verfaßt ist, §. 17.

Münzsorte, in welcher die Abgabe bezahlt wird, §. 3.

- fremde, deren Berechnung, §. 3.

## N.

Nachstempelung, wie weit gestattet, §. 6.

- unentgeltliche, nach geschעהener Stempelung der Punctuation, §. 18.

Nebengeschäft, bezahlt keine Abgabe, §. 8.

Neubauten, f. Besichtigungen.

No:

Dec. 21. Notarial-Instrumente, die nicht unter besonderen Rubriken vorkommen, No. 19.

— Vollmachten, No. 51.

— — sind stempelfrei, falls sie die Summe von nicht mehr als 100 m<sup>z</sup> Banco betreffen, No. 51.

Notarien, sind für die Bezahlung der Abgabe verantwortlich, §. 14.

— deren Verpflichtung beim Wechselstempel, No. 84 und §. 21, No. 2.

## D.

Obergerichtliche Decrete, No. 11.

Oberappellations-Gericht, Briefe an dasselbe, No. 62.

Obligationen, No. 88, §. 8.

— deren Prolongation, §. 19.

— bis 100 m<sup>z</sup> Banco incl. sind stempelfrei, No. 88.

— der öffentlichen Behörden bezahlen keine Abgabe, §. 11.

Observanzen, entgegenstehende, sind aufgehoben, §. 25.

Officielle Ausfertigungen, abseiten des Senats u. s. w. bezahlen nichts, §. 11.

Original-Beschwerden, No. 67.

## P.

Pacht-Contracte mit der Kammer, öffentlichen Departements, Kirchen und piis corporibus, sind der Abgabe unterworfen, §. 11.

Pacta successoria, No. 85.

Papier, gestempeltes, wird verkauft, §. 2.

Pässe, s. Reisepässe, Seepässe, Gesundheitspässe, Sunderpässe.

Passirscheine bei der Accise, No. 5.

Pfand-Verschreibungen, No. 88.

Pfand:



**Pfand:** Verschreibungen, bis 100 *mß* Dec. 21.  
incl. sind stempelfrei, No. 88.

**Pia corpora**, s. Stiftungen.

**Polizey:** Behörde, deren Citationen, No. 6.

— deren Erlaubnißscheine, No. 23, No. 48 a,  
No. 57 a und No. 63 a.

— deren Atteste aller Art, insofern kein anderer  
Satz darin beliebt ist, No. 18 a.

— deren Droschkenposten: Zettel, No. 3.

**Policen**, s. See-, Fluß-, Feuer-, Lebens-: Ver-  
sicherungs-: Policen.

**Präclufiv:** Sentenzen, No. 59.

**Prätoren**, Stadt- und Land-, Schriftsätze bei den-  
selben, No. 7.

— — — Citationen, bei den-  
selben, No. 6.

— — — Copien der ad acta  
producirten Docu-  
mente, No. 9.

— — — Interpositionsscheine  
No. 21.

— — — Erlaubnißscheine,  
No. 23.

**Privilegia**, wenn solche per Decreta Ampl.  
Senatus ertheilet werden, No. 61.

**Proclamata**, hier erlassene, in Sachen, in  
welchen mehr als eins erforderlich ist, No. 43.

— in Sachen, wo nur eins erforderlich ist, No. 65.

**Proclamations:** Scheine, No. 56, No. 69,  
No. 78 und No. 80.

**Procuratoria** in den hiesigen Gerichten,  
s. Vollmacht.

**Procuratores** sind für die Bezahlung der  
Abgabe verantwortlich, §. 14.

**Prolongationen** von schriftlichen Contracten,  
Obligationen u. s. w., §. 19.

— von Aufenthalts: Karten, No. 26, No. 48  
und No. 57.

**Protocoll:** Extracte, s. Extracte.

**Puncta:**

Dec. 21. Punctionationen über zu schließende Contracte  
oder Vergleiche, §. 18.

## Q.

Quernachtszettel, wenn die Summe über  
500 *m/k* Cour. ist, No. 30.

— wenn die Summe unter 500 *m/k* Cour. ist,  
No. 24.

Quittungen, s. Schlußquittungen.

— über Abschlagszahlungen bei Erbschaften und  
Administrationen, No. 83.

## R.

Rechnungsabschlüsse, No. 52, No. 53  
und No. 83.

Reisepässe, No. 36.

Relaxationen von Befehlen, No. 24 und  
No. 30.

Rentebücher, s. Extracte.

Renten, deren Berechnung bei Kaufbriefen,  
No. 90.

Reparaturen, s. Besichtigungen.

Reverse, No. 54 und §. 8.

— sind stempelfrei, falls der Gegenstand die  
Summe von 100 *m/k* Cour. nicht übersteigt,  
No. 54.

Risibüttel hat eine besondere Stempelver-  
ordnung, §. 1.

## S.

Satzschriften ohne Abgabe werden angenommen,  
jedoch die Strafe sogleich beigetrieben, §. 15.

— Copien derselben, s. Copien.

Schedeln, No. 85.

Schenkungen unter Lebenden oder auf den  
Todesfall, No. 85.

Schießpulververkehr, desfallige Erlaubniß-  
scheine, No. 23.

Schiffe,

Schiffe, Kaufbriefe darüber, No. 90. Dec. 21.

Schiffsbau: Contracte, sind stempelfrei, No. 89.

Schiffs: Verklarungen, No. 64.

Schluß: Quittungen, No. 52, No. 53 und No. 83.

Schlußnoten von Maklern und Unterhändlern, No. 1, §. 18 und §. 21, No. 4.

— s. Makler: Schlußnoten.

Schriften, welche extrajudicialiter bei E. H. Rath oder judicialiter bei den hiesigen sämtlichen Gerichten, Ober-, Nieder- und Handels-Gericht, auch beim Amts-Gericht übergeben werden, No. 16.

— welche bei den Stadt- und Land-Präturen übergeben werden, No. 7.

— bei welchen der Stempel fehlt, sind anzunehmen, §. 15.

Schukbürger: Scheine im Gebiet, No. 33.

— — in der Stadt, No. 45.

See: Pässe, No. 36.

See: Versicherungs: Policen, No. 82.

— auf Contanten, Goldstaub, so wie auf Staats- und sonstige werthhabende Papiere, No. 82.

— Strafe der Umgehung des desfalligen Stempels, §. 21, No. 3.

Sententia definitiva et confirmatoria, No. 59.

Societäts: Contracte, No. 68.

Sola: Wechsel, §. 2 und No. 92.

Spielfarten, No. 25, §. 20 und 21, No. 5.

— werden spätestens den folgenden Tag gestempelt wieder abgeliefert, §. 2.

— Vorschriften für den Verkehr im Großen und im Detail, §. 20.

— desfallige Strafen, §. 21, No. 5.

Species: Banco: Geld, §. 3.

Spruch: Collegien, Briefe an dieselben, No. 62.

Stader Zoll: Atteste, No. 66.

Stempel:

- Dec. 21. Stempel; Comtoir, wann es geöffnet ist, §. 2.  
 Stempelung, Modalität derselben, §. 4.  
 — Zeit der Vornahme derselben, §. 6.  
 Stempel, falls derselbe fehlt, sind die Schriften anzunehmen, §. 15.  
 — Nachmachung der Zeichen, §. 22.  
 Stempelbogen, ist bei Anlagen umzuschlagen, §. 15, No. 2.  
 — deren Verkauf in Läden, §. 2.  
 — deren Umtauschung, §. 5.  
 Stempel; Deputation, §. 23 und §. 24.  
 Stempel; Strafe, s. Strafe.  
 Stiftungen, fromme, deren einseitige und zweiseitige Documente, §. 11.  
 Strafe der Verfälschung der eingeführten Zeichen, §. 22.  
 — der unterlassenen Bezahlung, allgemeine und specielle, §. 21.  
 — wird von der Stempel; Deputation und andern Behörden ausgesprochen, §. 23 und §. 24.  
 — deren Vertreibung, §. 24.  
 — Berufung dagegen, ibidem.  
 Sunderpässe, No. 36.  
 Supplicate, No. 16 und §. 15.  
 — Copien derselben für den Gegner bezahlen nichts, §. 15, No. 3.  
 — ohne Abgabe werden angenommen, jedoch die Strafe sogleich beigetrieben, §. 15.

## T.

- Tauf; Scheine, No. 22.  
 Tausch; Contracte, über Immobilia, §. 16, No. 2.  
 Taxationscheine über Grundstücke abseiten der Kirchspielsmeister, No. 75.  
 Terminus a quo in Ansehung der Gesetzeskraft dieser revidirten Verordnung, §. 25.  
 Testa;

Testamente, No. 85.

Dec. 21.

— der Eltern unter ihren Kindern, s. Dispensationes parentum inter liberos.

Testaments: Publication im Landgebiet, No. 72.

Todtenladen: Deputation, deren Citationen, No. 6.

Todten: Scheine, No. 22.

Transito: Zettel, No. 3 und No. 4.

Translationen, vidimirte Notariats, No. 19.

Trau: Scheine, No. 22.

Tutoria im Landgebiet, No. 71.

## U.

Uebersetzungen, vidimirte Notariats, No. 19.

Umbauten, s. Besichtigungen.

Umschlage: Bogen, §. 15.

Umtauschung der unbrauchbaren Bogen, §. 5.

Unterhändler, deren Schlußnoten, No. 2 und §. 21, No. 5, s. Wechsel: Makler, Makler, auch See, Fluß, Feuer, Lebens: Versicherungs: Policen.

Untersuchungs: Verfahren bei Contraventionen, §. 23.

Urtheile hiesiger Gerichte, wenn entweder definitive gesprochen, oder ein Urtheil, ein Interlocutum oder Bescheid confirmirt wird, No. 59.

— bezahlen nur, wenn sie ausgefertigt, nicht wenn sie abgegeben werden, §. 15, No. 4.

## V.

Verabredungen, vorläufige, über zu schließende Contracte oder Vergleiche, §. 18.

Verfälschung der Zeichen, §. 22.

Vergleiche, Privat, No. 54 und §. 8.

— — sind stempelfrei, falls der Gegenstand die Summe von 100 *m* Cour. nicht übersteigt, No. 54.

Ver:

Dec. 21. Vergleiche, wenn solche confirmirt werden,  
No. 61.

— deren Confirmation im Landgebiet, No. 72.

Verkaufs; Rechnungen, a Notariis ausgefertigte, No. 19.

Verklarungen, No. 64.

Vernehmungen bei Contraventionen, §. 23.

Versiegelungen im Gebiet, No. 72.

Verträge, successorische, No. 85.

— Punctionen und Verabredungen darüber,  
§. 18.

— deren Prolongation, §. 19.

Verzichte, No. 54 und §. 8.

— sind stempelfrei, falls der Gegenstand die  
Summe von 100 m $\frac{1}{2}$  Cour. nicht übersteigt,  
No. 54.

Vollmachten der Procuratoren in den hiesigen  
Gerichten, No. 44.

— hieselbst ausgefertigte, No. 51.

— auswärts ausgestellte, die hieselbst gebraucht  
werden, No. 51.

— hinsichtlich einer Summe von nicht mehr als  
100 m $\frac{1}{2}$  Banco sind stempelfrei, No. 51.

Vormünder, Bestellung, Beeidigung, Ent-  
schlagung und Quittirung, in den Vorstädten  
und dem Gebiet, No. 71.

Vormünder; Scheine, No. 71.

Vormundschafts; Verhältnisse in der  
Stadt, §. 1.

## W.

Warschauungs; Zettel, wenn die Summe  
unter 500 m $\frac{1}{2}$  Cour. ist, No. 24.

— wenn die Summe über 500 m $\frac{1}{2}$  Cour. ist,  
No. 30.

Wechsel; Stempel, No. 84.

Wechsel bis 100 m $\frac{1}{2}$  Banco incl. sind stempelfrei,  
No. 84.

Wechsel;

Wechsel: Makler und Unterhändler, No. 84 Dec. 21.  
und S. 21, No. 2.

Wechsel: Stempel, Sola, für denselben wird  
gestempeltes Papier verkauft, S. 2.

— — Sola, No. 92.

— — Strafe der unterlassenen Bezahlung, auch  
für Makler, Unterhändler und Notarien,  
S. 21, No. 2.

— — von Wechseln und Anweisungen bis 200 m $\frac{z}{z}$   
Banco incl., No. 84.

— — von Wechseln und Anweisungen bis 300 m $\frac{z}{z}$   
Banco incl., No. 84.

— — Proteste, No. 49.

— — über Wechsel bis 100 m $\frac{z}{z}$  Banco incl.  
sind stempelfrei, No. 49.

— — Verpflichtung der Notarien bei unge-  
stempelten Wechseln, No. 84.

Wedde, Erlaubnißschein derselben, No. 23.

Werth: Stempel, No. 81 bis 93.

Wirthe, sind für den Gebrauch ungestempelter  
Spielfarten verantwortlich, S. 21, No. 5.

### 3.

Zeit: Stempel, No. 94 und No. 95.

Zeit der Entrichtung der Abgabe, S. 6.

Zettel, Droschkenposten, No. 3.

Zoll: Atteste, Stader, No. 66.

Zoll: Interims: Scheine, s. Interimsscheine.

Zollwesen, dabei vorkommende Declarationen,  
No. 3, No. 4 und No. 47.

Zoll: Zettel, S. 2, und No. 3 und No. 4.

Zweifelhafte Geschäfte, S. 13.

Zweifelhafte Fälle, S. 25.

Zweiseitige Contracte, Ausfertigungen derselben, S. 7.

— — — — — der Behörden, S. 11.

Schragen

Dec. 21.

## S c h r a g e n

über die in Vormundschaftssachen in der Stadt zu erhebenden Gebühren, vom 5. Juli 1844.

I. In allen Fällen von Vormundschaften und Curatelen, wo nach Art. 70 u. folg. der Vormundschaftsordnung eine Schlußrechnungs-Ablage vor der Vormundschaftsdeputation Statt findet, wird

a) bei der Schlußrechnung, und zwar mittelst Stempels, erhoben:

wenn die Vormundschaft oder Curatel 1 Jahr und kürzer

gedauert hat . . . . 1 pr. Millen. Vermögen.

wenn sie bis 4 Jahre

gedauert hat . . . . 2 : : : :

von 4 bis zu 8

Jahren . . . . . 3 : : : :

bei einer Dauer

von 8 Jahren und

darüber . . . . . 4 : : : :

b) für Protocoll-Extracte, Ausfertigung von Einkindschaften und Vergleichen pr. Bogen (wie unter No. II. Litt. k.) 8  $\beta$  Stempel.

c) für jeden Bogen von Supplikten, deren Anlagen und Copien derselben (wie unter No. II. Litt. u.) resp. 4 und 2  $\beta$  Stempel.

II. In den Fällen, wo keine Schlußrechnungsablage Statt findet (s. Art. 74 der Vormundschaftsordnung) wohin also auch Curatelen dann gehören, wenn der Interdicirte oder Abwesende kein Separatvermögen besitzt:

Gegen:



	G e g e n s t a n d.	Gebühr.	Stempel.	zusam- men.
		℥ ℔	℥ ℔	℥ ℔
a.	Für Anzeigen und Eingaben aller Art, welche von Vormündern oder Vormünderinnen und Curatoren nach Maafgabe Art. 104 der Vormundschaftsordnung auf der Vormundschaftskanzley gemacht werden . . . . .	—; 4 ;		
b.	Für alle und jede Vorladungen und Aufforderungen, welche die Vormundschaftskanzley ex officio erläßt . . . . .	—; 2 ;		
c.	Für Citationen, welche auf Anhalten einer Parthei erlassen werden . . . . .	—; 2 ;		
d.	Von Commissionen, welche auf dem Rathhause gehalten werden, a) Für jede Person, welche angesagt wird . . . . .	—; 4 ;		
	NB. Für die in Commissione unangesagt Erscheinenden darf nichts berechnet werden.			
	b) Für die Aufwartung bei den Commissionen mit Inbegriff der zu liefernden Schreibmaterialien . . .	—; 12 ;		
	c) Von Commissionen, die vom 1. October bis zum 30. April gehalten werden, wegen des Einheizens . .	—; 8 ;		
	NB. Von Commissionen, welche ex officio angesagt werden, wird nichts entrichtet. Die Ansagung hat der Rathhaus- schließer zu besorgen.			

	Gegenstand.	Gebühr.		Stempel.		zusammen.	
		ℳ	ß	ℳ	ß	ℳ	ß
e.	Für jedes Exhibitum mit und ohne Anlage . . . . .	—	4				
f.	Für eine Beeidigung nach Maaßgabe Art. 30, sub I, f. der Vormundschaftsordnung, desgleichen für Beeidigung von Inventarien:						
	a) Wenn das Vermögen 500 Mk. Banco oder weniger beträgt . . . . .			nichts			
	b) Wenn es über 500 Mk. Bco. bis 2500 Mk. Bco. beträgt . . . . .			1:—			
	c) Wenn es über 2500 Mk. Bco. bis 5000 Mk. Bco. beträgt . . . . .			2:—			
	d) Wenn es über 5000 Mk. Bco. bis 10000 Mk. Bco. beträgt . . . . .			3:—			
	e) Wenn es über 10000 Mk. Bco. bis 20000 Mk. Bco. beträgt . . . . .			6:—			
	f) Wenn es bis 50000 Mk. Bco. beträgt . . . . .			16:—			
	g) Wenn es sich noch höher beläuft . . . . .			30:—			
g.	Für Atteste . . . . .			—	8		
h.	Für Briefe . . . . . (Siehe z. B. Art. 92 der Vorm. Ordn.)			—	8		
i.	Für Interpositionsscheine . .			1:—			
k.	Für Protocoll-Extracte, Ausfertigung von Einkindschaften						

und

	Gegenstand.	Gebühr.		Stempel.		zusammen.
		℥	ß	℥	ß	℥
	und Vergleichen, pr. Bogen (nach dem Schragen des Actuarii beim Zehntenamte)*)... *) Siehe die Sammlung der Hamburgischen Verordnungen von 1821, S. 23.			—	8	
l.	Für Retradition von Anlagen, für jede . . . . .	—	4			
m.	Für Widimation der Abschriften von Anlagen, für jede derselben . . . . .	—	4			
n.	Für Decrete, und zwar aa) Solche, wodurch Vormünder, Vormünderinnen oder Curatores absentium zugelassen, ferner solche, wodurch dieselben oder Curatores perpetui zur Umschreibung eines Grundstücks an dritte Personen oder zur Fortsetzung einer Handlung befugt, endlich solche, wodurch Eheärter oder Vergleiche genehmigt werden . . . . bb) Für alle übrigen Decrete ohne Ausnahme . . . . Und für Insinuation, wo solche verfügt wird . . . . .			3	—	
				1	—	
		—	4			
o.	Für ein Conclusum, welches ex officio erlassen wird . . . Und Insinuationsgebühr . .	—	4	—	8	— 12
p.	Für die Beeidigung von Vormündern, incl. des Tutorii					

	G e g e n s t a n d.	Gebühr.	Stempel.	zusam- men.
		fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
	und der erforderlichen An- sagungen . . . . .	5: 8 ;	—: 8 ;	6: — ;
q.	Für die Beeidigung eines einzelnen neuen Vormundes, incl. der Abänderung des Tu- torii und der erforderlichen Ansagung . . . . .	4: 12 ;		
r.	Für die Beeidigung einer Vormünderin, incl. des Tu- torii und der Verpflichtung der Assistenten . . . . .	11: — ;	—: 8 ;	11: 8 ;
s.	Für die Verpflichtung eines einzelnen oder zweier Assistenten, incl. der Abänderung des Tu- torii . . . . .	3: 12 ;		
t.	Für die Verpflichtung eines Curators für Verschwender, Gemüthsfranke oder Verschol- lene, incl. des Curatorii . .		8: — ;	
u.	Für jeden Bogen von Sup- plicken an die Vormundschafts- deputation, und für jede Anlage derselben, falls letztere nicht ohnehin mit einem höheren oder gleichen Stempel versehen ist . . . . . Und für jeden Bogen der Copien, hinsichtlich deren Re- tradition des Originals gebeten wird . . . . .		—: 4 ;  —: 2 ;	

## A n m e r k u n g e n.

1. Während des Laufes der Vormundschaft oder Curatel  
wird keine andere Gebühr und Stempel erhoben, als die sub I.  
b.

b. und c. und sub II. k. und u. Dagegen wird bei Beendigung derselben das f. g. Schlußdecret (f. Art. 72 und 74 der Vorm. Ordnung) gestempelt, und der Stempel entweder nach No. I. a. oder nach den verschiedenen Ansätzen des Schragens von No. II. berechnet.

2. Für das Obergerichtliche Decret, wodurch ein Curator perpetuus ernannt wird, wird nichts berechnet.

3. Für die bereits anhängigen Vormundschaften und Curatelen, bei denen eine Schlußrechnungsablage Statt findet, fangen die unter No. I. a. erwähnten Fristen vom 1. August d. J. zu laufen an.

4. Wenn die Vormundschaftsdeputation verfügt, daß die expedienda gratis zu ertheilen sind, so fallen alle Gebühren und Stempelabgaben weg.

5. Wenn von Vormündern, Curatoren ic. die Retradition von producirtten Documenten verlangt wird, denen keine Copien beigelegt sind, und letztere von der Kanzley angefertigt werden, so ist für diese Anfertigung pr. Bogen 8  $\beta$  sofort bei der Retradition zu erlegen.

## CXVIII.

### V e r o r d n u n g

Dec. 21.

für das Amt Bergedorf,

betr. die Wahl der Abgeordneten zum Volks-  
hause der verbündeten Deutschen Staaten.

Nachdem die Städte Lübeck und Hamburg dem von den Regierungen der Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover am 26. May d. J. geschlossenen Bündnisse und damit zugleich dem neu zu bildenden Bundesstaate beigetreten sind, verordnen die Hohen Senate der freien und Hansestädte Lübeck und Hamburg in Betreff der Theilnahme des Amtes und Städtchens Bergedorf an den Wahlen des Lübeckischen und der Hamburgischen Abgeordneten zum Volkshause der verbündeten Deutschen Staaten, wie folgt:

#### §. 1.

Wähler sind, der Regel nach, alle Bewohner des Amtes und Städtchens Bergedorf,

Dec. 21. dorf, welche das 25ste Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Jahren ihren festen Wohnsitz in demselben oder in einem der verbündeten Staaten gehabt haben, das Bürgerrecht besitzen oder eine Anstellung im Amte und im Städtchen haben, vermöge welcher sie von der Erwerbung des Bürgerrechts befreit sind, und welche die im §. 8 bezeichneten Abgaben entrichten.

§. 2.

Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

- 1) Personen, welche unter Curatel stehen;
- 2) Personen, über deren Vermögen gerichtlicher Concurs verhängt ist, oder welche sich unter gerichtlicher Mitwirkung einer Verwaltung ihrer Güter unterworfen haben, in beiden Fällen, bis von ihnen nachgewiesen ist, daß der Concurs oder die Verwaltung beendigt ist;
- 3) Personen, welche wegen eines Verbrechens, mit dessen Bestrafung der Verlust bürgerlicher Ehrenrechte verbunden ist, zur Untersuchung gezogen sind, so lange, bis ihre Freisprechung erfolgt ist, oder sie in den Genuß dieser Ehrenrechte ausdrücklich wieder eingesetzt worden sind;
- 4) Personen, welche ihr vorigjähriges Schuß und Vorschuß noch nicht entrichtet haben.

§. 3.

## §. 3.

Dec. 21.

Des Rechtes zu wählen wird, unbeschadet der sonst verwirkten Strafen, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß verlustig erklärt; wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, oder mehr als einmal bei dieser Wahl seine Stimme abgegeben, oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewandt hat.

## §. 4.

Wahlmann ist jeder Wahlberechtigte; wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das 30ste Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem Deutschen Staate angehört hat.

## §. 5.

Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubs, haben aber die etwaigen Kosten ihrer amtlichen Stellung zu tragen.

## §. 6.

Die Wahl ist indirect. Die Urwähler wählen Wahlmänner und diese nehmen an der Wahl der Abgeordneten in beiden Städten, nach Maaßgabe der dortigen Gesetze Theil.

## §. 7.

Die Wahl der Wahlmänner geschieht nach Bezirken und Abtheilungen.

Der erste Wahlbezirk besteht aus der Stadt Bergedorf, den Landschaften Eimsbuck und

Dec. 21. und Altengamme und aus der Dorfschaft Geesthacht;

der zweite aus den Landschaften Neuen-  
gamme und Kirchwärder.

Jeder dieser Bezirke nimmt abwechselnd an der Wahl in einer der beiden Städte Theil, und zwar in der Art, daß jeder Bezirk für die ganze Dauer eines Parlaments der verbündeten Deutschen Staaten bei der Wahl der betreffenden Stadt theiligt bleibt.

Bei der ersten Wahl wählen die Wahlmänner des ersten Bezirks gemeinschaftlich mit den Lübeckischen Wahlmännern den dortigen Abgeordneten, die des zweiten Bezirks aber mit den Hamburgischen Wahlmännern des zweiten Hamburgischen Wahlkreises den in demselben zu ernennenden Abgeordneten.

#### §. 8.

In den Bezirken erfolgt die Wahl der Wahlmänner nach Abtheilungen, welche unter Berücksichtigung der Steuerverhältnisse, namentlich nach Maaßgabe der Beiträge zum Schoß und Vorschöß gebildet werden, in der Art, daß

- 1) sämtliche Einwohner ohne Grundbesitz zur ersten Classe gehören;
- 2) die sämtlichen Råthner und im ersten Bezirk mit denselben diejenigen Eigenthümer im Städtchen Bergedorf, welche unter 20 *m*/s Schoß an die Amtscasse bezahlen, die zweite Classe ausmachen;
- 3)



- 3) die Hufener in den Vierlanden und Dec. 21. in Geesthacht gemeinschaftlich mit denjenigen Grundeigenthümern im Städtchen Bergedorf, deren Schoßabgabe an die Amtscasse 20 *m*ß und darüber beträgt, die dritte Classe bilden.

§. 9.

Da durch die Wahlgesetze der Städte Lübeck und Hamburg die Zahl der Wahlmänner im Verhältniß der dortigen Bevölkerung verschieden bestimmt ist, so muß die Zahl der an den Lübecker und Hamburger Wahlen theilnehmenden Bergedorfer Wahlmänner demgemäß ungleich sein; und nehmen deshalb an den Lübecker Wahlen 9, an den Hamburger Wahlen 3 Bergedorfer Wahlmänner Theil. In dem betreffenden Bezirke werden demnach für die Wahlen in Lübeck von der ersten Abtheilung 2, von der zweiten Abtheilung 4, und von der dritten Abtheilung 3 Wahlmänner; für die Wahlen in Hamburg in jeder Classe aber Ein Wahlmann erwählt.

§. 10.

Die öffentlichen, geistlichen und weltlichen Beamten, welche Amtswohnungen haben, stimmen in der Classe, zu welcher das Wohnhaus gehören würde, wenn es im Privatbesitz wäre.

§. 11.

Jeder Urwähler kann sein Wahlrecht nur persönlich ausüben und hat sich, auf  
Er:

Dec. 21. Erfordern der mit der Leitung der Wahl beauftragten Behörde, durch seinen Bürgerbrief vor Abgabe seiner Stimme zu legitimiren.

§. 12.

In jeder Abtheilung können nur solche Urwähler zu Wahlmännern erwählt werden, welche in einer dem Wahl-Districte angehörenden Gemeinde wohnen.

§. 13.

Drei Wochen vor dem Beginn der Wahlen werden in jedem Bezirk und zwar in jeder der dazu gehörenden Gemeinden besonders, die von den Gemeindevorständen aufgemachten Verzeichnisse der in denselben stimmberechtigten Wähler, nach den Abtheilungen gesondert, zu Jedermanns Einsicht ausgelegt und wird dies öffentlich bekannt gemacht.

Einsprachen gegen diese Listen sind binnen 8 Tagen nach der Bekanntmachung beim Amte, im Städtchen aber beim Rath anzubringen und ist von der Behörde in 8 Tagen darüber zu entscheiden, worauf die Listen geschlossen werden.

§. 14.

Der Ort und die Zeit zur Vornahme der Wahlen wird durch eine besondere Bekanntmachung zur öffentlichen Kunde gebracht werden.

§. 15.

Die Wahlen erfolgen in jeder Abtheilung durch offene Stimmgebung zum Protocoll an dem dazu öffentlich bekannt zu machenden Tage. Jeder

Jeder Wähler bezeichnet bei der Ab: Dec. 21.  
stimmung so viele zu Wahlmännern wähl:  
bare Personen, als für die Abtheilung, zu  
welcher er gehört, zu wählen sind.

Jeder Wähler kann seine Stimme in  
seiner Gemeinde an dem bekannt gemachten  
Orte abgeben. Bei der Stimmgebung müssen  
im Städtchen ein Mitglied des Raths und  
zwei Zwölsmänner, in den Vierlander Ge:  
meinden der Landvogt, ein Hofmann und  
ein Deputirter, zu Geesthacht aber der Vogt  
und zwei andere Mitglieder des Gemeinder:  
Vorstandes zugegen sein und ist dabei für  
jede Abtheilung ein besonderes Protocoll  
zu führen.

#### §. 16.

Die in den einzelnen Gemeinden für die  
verschiedenen Abtheilungen aufgenommenen  
Protocolle, mit den Unterschriften der gegen:  
wärtig gewesenen Mitglieder des Gemeinder:  
Vorstandes versehen, sind dem Amte ein:  
zusenden, welches in einem dazu anzusetzenden  
Termin, zu welchem die Unterzeichner der  
Protocolle vorzuladen sind, durch Zusammen:  
zählen der zu jeder Abtheilung gehörenden  
Stimmen der Gemeinden des Districts die  
erwählten Wahlmänner ermittelt.

#### §. 17.

Diejenigen Wähler der Abtheilung, auf  
welche mehr als die Hälfte der abgegebenen  
Stimmen gefallen ist, sind zu Wahlmännern  
erwählt. Ergiebt sich bei der Aufzählung  
keine absolute Majorität der Abstimmenden,  
so findet die engere Wahl in der Art Statt,  
daß

Dec. 21. daß über diejenigen Wahlsfähigen, welche die relativ größte Anzahl von Stimmen, und zwar in der doppelten Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner, gehabt haben, eine abermalige Abstimmung in einem anzusetzenden neuen Wahltermin vorzunehmen ist. Bei dieser Wahl entscheidet die einfache Stimmenmehrheit, und bei Stimmengleichheit das Loos. Falls bei vorhandener absoluter Majorität der Abstimmenden hinsichtlich des zu erwählenden letzten Wahlmannes eine Stimmengleichheit eingetreten ist, so entscheidet gleichfalls das Loos über die zum Wahlmann zu bestimmende Person.

Vom Amte werden hierauf die Namen der erwählten Wahlmänner öffentlich bekannt gemacht.

#### §. 18.

Auf den in allen verbündeten Staaten für die Wahl der Abgeordneten zum Volkshause gleichzeitig ausgeschriebenen Wahltag werden die Wahlmänner von dem Senate oder der competenten Behörde derjenigen Stadt, zu welcher ihr District für die bevorstehende Wahl gehört, durch eine, den Ort und die Stunde der Wahl bestimmende öffentliche Bekanntmachung zusammenberufen und wählen sodann den oder die Abgeordneten gemeinschaftlich mit den übrigen Wahlmännern der gedachten Stadt oder Wahlkreises nach den für dieselbe geltenden gesetzlichen Vorschriften.

Publicirt im Amte Bergedorf, den 21. December 1849.

## CXIX.

Dec. 24.

**Polizey: Bekanntmachung**

wider Unrechtfertigkeiten der Pfandleiher.

Es ist in letzterer Zeit häufiger vorgekommen, daß einige hiesige Pfandleiher, der bestehenden Verordnung zuwider, entweder

dem Verpfänder sofort bei der Anleihe Zinsen in Abzug gebracht haben, welche erst bei Einlösung des Pfandes berechnet werden dürfen, oder auch eine größere Summe auf den Pfandschein notirt, als sie dem Verpfänder ausgezahlt haben, wodurch der Betrag der Anleihe betrügerlicher Weise erhöht worden.

Da diesen und ähnlichen Unrechtfertigkeiten, durch welche die ärmere Bevölkerung empfindlich benachtheiligt wird, mit Nachdruck entgegen zu wirken ist, so sieht die unterzeichnete Behörde sich veranlaßt:

die Pfandleiher, unter Hinweisung auf die in Betreff ihres Geschäfts bestehenden Verordnungen und auf die für Contraventionsfälle angedrohten Strafen ernstlich zur Ablassung von solchem unredlichen Verfahren, zu ermahnen, und zugleich alle diejenigen, welche bei Pfandleihern Anleihen zu schließen sich veranlaßt finden, dringend aufzufordern, gegen dergleichen Uebervortheilungen auf ihrer Hut zu sein, des Endes namentlich die Pfandscheine vor der Annahme sorgfältig zu prüfen und nachzusehen:

- Dec. 24. ob darin ein größerer Vorschuß, als wirklich ausbezahlt, notirt worden.

Von geschehener Unrechtsfertigkeit ist sofort die Anzeige im Stadthause zu machen.

Hamburg, den 24. December 1849.

Die Polizen-Behörde.

## CXX.

- Dec. 27. Rath und Bürger-Convent  
vom 27. December.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag den 27. December, zusammen zu berufen, um derselben folgende Anträge vorzulegen:

### Propositio Senatus.

I. Indem E. E. Rath sich auf die in der Anlage enthaltenen Motive seines Antrags bezieht, ersucht er die Erbges. Bürgerschaft,

das in der Unter-Anlage Lit. A. enthaltene Wahlgesetz für die Wahlen der Hamburgischen Abgeordneten zum Volkshause, der durch den Vertrag vom 26. May d. J. verbündeten Deutschen Staaten, mitgenehmigen zu wollen.

II. E. E. Rath trägt, unter Bezugnahme auf die Auseinandersetzung in der Anlage, bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, die

die Ratification des am 25. Juny 1847 Dec. 27. zu Guatemala abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrts-Vertrages, wie derselbe in der Unter-Anlage Lit. B. enthalten ist, mitzugenehmigen, so wie Ehrb. Oberalten mit E. E. Rath, nach vorheriger weiterer Verhandlung mit der Republik Guatemala, zu der Feststellung einiger noch in der Redaction des Deutschen Textes des Art. 4 und der Schlußsätze der Art. 8 und 23 vorzunehmenden Aenderungen zu potestiviren.

III. E. E. Rath trägt unter Bezugnahme auf die Auseinandersetzung in der Anlage bei Erbges. Bürgerschaft darauf an,

die Ratification des in der Unter-Anlage Lit. C. enthaltenen Vertrages mit der Republik Costarica mitzugenehmigen, unter dem Vorbehalte indeß, daß diejenigen Abänderungen, welche in dem eingeschalteten Vertrage mit Guatemala noch vereinbart werden mögen, auch als für den Staat von Costarica gültig, von demselben anerkannt werden.

IV. Unter Bezugnahme auf die Anlage nebst den dazu gehörigen Unter-Anlagen Litt. D. und E., trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an,

die Ratification des am 8. Januar 1848 zu Honolulu mit dem Könige der  
Hawaii:

Dec. 27. Hawaii: Inseln abgeschlossenen Handels- und Schifffahrts-Vertrags, wie derselbe in der Unter-Anlage Litt. D. enthalten ist, auch ihrerseits mitzugenehmigen.

V. Aus denen in der Anlage enthaltenen Gründen und unter Beziehung auf dieselben trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an,

die in den Unter-Anlagen Litt. F., G. H. enthaltenen Entwürfe einer Musterrolle, einer Verordnung über die Stellung der Mannschaft auf den Seeschiffen und Disciplinar-Ordnung für dieselbe, und eines Schouten-Reglements mitzugenehmigen.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt angetragenermaßen:

ad I das Wahlgesetz für die Abgeordneten zum Volkshause des Deutschen Parlaments;

ad II—IV die Ratification der Handels- und Schifffahrts-Verträge mit den Republiken Guatemala und Costarica, so wie mit dem Könige der Hawaii: Inseln;

ad V die Musterrolle, die Verordnung über die Stellung der Mannschaft auf den Seeschiffen und die Disciplinar-Ordnung für dieselbe, und das Reglement des Wasser-Schouts.



## CXXI.

## V e r o r d n u n g

Dec. 28.

wegen der Abgabe von Erbschaften und Vermächtnissen für die Stadt, die Vorstädte und das ganze Hamburgische Landgebiet.

Auf Befehl E. H. Rath's der freien und Hansestadt Hamburg publicirt den 28. December 1849.

Zufolge des Art. 9 der Zehnten-Ordnung vom Jahre 1771, der Rath- und Bürger-Schlüsse vom 10. December 1807 und 28. Januar und 4. März 1830, und vom 13. December d. J. wird die Abgabe von Erbschaften und Vermächtnissen in der Stadt, in den Vorstädten und im Landgebiete, mit Einschluß des Amtes Rixebüttel, in folgender Art erhoben:

Es haben alle hiesigen Bürger, Angehörigen und Einwohner, sowie die Fremden, welche in denjenigen Ländern wohnen, hinsichtlich welcher die Erhebung der Abzugssteuer aufgehoben ist, — von allen Erb- und wohlgewonnenen Gütern, sie bestehen in Capitalien, liegenden Gründen oder in anderen, mittelst Taxation zu einem Werthe zu bestimmenden Gegenständen, als Prätiosen, Bibliotheken, Gemälden u. s. w., welche ihnen hieselbst durch Intestat-Erbfolge, oder vermittelt eines Testaments, oder einer anderen letzten Willens-Verordnung, als Erbschaft oder Vermächtniß anfallen, von dem reinen Ertrage der Erbschaft oder des Vermächtnisses zu entrichten:

- Dec. 28. 1) bei einer Verwandtschaft des 2ten Seiten: Grades zwischen dem Erblasser und Erbnehmer oder Legatar, und zwar sowohl bei Vollgeschwistern als bei Halbgeschwistern  $2\frac{1}{2}$  pEt. Jedoch sind diejenigen dieser Erbschaften, welche im Ganzen unter 3000 m $\mathcal{L}$  Bco. betragen, von dieser Abgabe entfreit;
- 2) bei einer Verwandtschaft des 3ten und 4ten Seiten: Grades 5 pEt.;
- 3) bei einer Seiten: Verwandtschaft über den 4ten Grad hinaus, oder bei gar nicht eintretender Verwandtschaft  $7\frac{1}{2}$  pEt.

Von dieser Abgabe sind jedoch ausgenommen: unbeerbte eheliche Männer und Frauen unter einander, ferner die *piae causae*, welchen eine Erbschaft oder ein Vermächtniß zufällt; endlich die *Executores Testamenti*, wegen des Honorars, welches ihnen für ihre Bemühung vermacht wird, falls und soweit Solches nicht über 3000 m $\mathcal{L}$  Bco. beträgt.

Die Abgabe wird auf Eid oder Angelobung der betreffenden Personen entrichtet, ohne daß desfalls eine Versiegelung oder Inventur vorzunehmen ist.

CXXII.

Musterrolle.

Dec. 28.

Verordnung

über die Stellung der Mannschaft auf den Seeschiffen und Disciplinar-Ordnung für dieselbe.

Reglement des Waterschouts.

Beliebt durch Rath und Bürger:Schluß vom  
27. December 1849.

Auf Befehl E. H. Rath's der freien und Hansestadt  
Hamburg publicirt den 28. December 1849.

Bekanntmachung.

Da durch den Rath: und Bürger:Schluß vom 27. December 1849 die Abänderungen der bisher im Gebrauch gewesenen Musterrolle beliebt worden sind, da ferner eine Verordnung über die Stellung der Mannschaft auf den Seeschiffen, und eine Disciplinar-Ordnung für dieselbe, nicht minder ein Reglement für den Waterschout erlassen worden ist, welche Bestimmungen mit dem 1. Januar 1850 in Kraft treten sollen, so werden diese Beschlüsse hierdurch zu Jedermanns Kenntniß gebracht.

So geschehen in Unserer Rath's-Versammlung. Hamburg, den 28. December 1849.

Musterrolle.

Wir unterschriebene Schiffsofficiere und Matrosen bekennen durch Unterzeichnung dieses, uns verhäuert zu haben auf folgende Bedingungen:

§ 2 1)

- Dec. 28. 1) Verbinden wir uns zu fahren mit dem Schiffe, genannt: . . . . . , worauf als Capitain commandirt . . . . . oder wer an seine Stelle treten sollte, von dieser Stadt Hamburg nach . . . . . und von dort zu allen Zeiten weiter zu segeln, sowie die Ordres und Frachten fallen und hiernächst wieder anher nach dieser Stadt.
- 2) Bekennen wir, daß uns die Verordnung über die Stellung der Mannschaft auf den Seeschiffen und Disciplinar-Ordnung für dieselbe wohl bekannt ist, und versprechen, den uns betreffenden Vorschriften derselben in allen Stücken nachzukommen.
- 3) Für folgende Gagen per Monat vom Tage der Anmusterung angerechnet bis zur Abmusterung und bekennen wir von demselben ein Jeder für . . . . . Monate allhier empfangen zu haben.

### Verordnung

über die Stellung der Mannschaft auf den Seeschiffen und Disciplinar-Ordnung für dieselbe.

#### Art. 1.

Ein Jeder, der auf einem Hamburger Schiffe, es sei als Officier, Matrose oder Junge zu fahren beabsichtigt, hat sich beim hiesigen Schout zu legitimiren und erhält von demselben, außer einem Exemplar dieser Verordnung ein Seefahrtssbuch, in welches sein

sein Name, Geburtsort und Alter durch Dec. 28. den Schout eingetragen werden, und welches ihm als Legimations- und Zeugnißbuch dient. Der Capitain eines Schiffes ist berechtigt, diese Bücher der Mannschaft bis zu deren Abmusterung in seinen Gewahrsam zu nehmen.

#### Art. 2.

Die Mannschaft ist verpflichtet, falls nicht vor dem Schout eine andere Vereinbarung getroffen und eine kürzere Frist bestimmt worden ist, innerhalb 24 Stunden nach Unterzeichnung des Hauer-Vertrages an Bord sich zu begeben, und zum Dienste des Schiffes bereit zu sein, bei Strafe einer halben Monatsgage.

#### Art. 3.

Sobald die Mannschaft auf den Seeschiffen in Folge des Hauer-Vertrages den Dienst auf dem Schiffe angetreten hat, ist sie der Disciplin des Capitains oder Befehlshabers unterworfen. Dieselbe ist nicht nur schuldig, allen Anweisungen des Capitains in Betreff des Schiffdienstes ohne Widerrede pünktlich Folge zu leisten, sondern hat auch Alles zu vermeiden, was zur Störung der Ordnung und Eintracht führen könnte. Der Capitain hat hierüber besonders zu wachen, und ist er sowohl, wie die unter ihm stehenden Officiere ausdrücklich verpflichtet, durch Mäßigkeit und Friedfertigkeit, sowie Enthalten alles unnöthigen Schimpfens der übrigen Mannschaft mit einem guten Beispiele voranzugehen.

#### Art.

Dec. 28.

## Art. 4.

Die vor der Musterung in Dienst genommenen Seeleute haben sich ebenfalls nach Art. 3 zu verhalten. Sollten sie Willens sein, die beabsichtigte Reise nicht mitzumachen, so haben sie 48 Stunden vor ihrem Abgange dem Capitain oder Befehlshaber davon die Anzeige zu machen, widrigenfalls sie ihres verdienten Lohnes verlustig sind. Von diesem Lohne soll die eine Hälfte dem Schiffe, die andere Hälfte der Seefahrer-Armencasse zufallen.

## Art. 5.

Die Mannschaft ist verpflichtet, den Befehlen des Capitains und der unter ihm stehenden Officiere mit Achtung nachzukommen und durch bescheidene Antworten zu erkennen zu geben, daß die ihr ertheilten Befehle verstanden sind.

## Art. 6.

Wenn Jemand den Dienst, zu welchem er sich verhauert hat, nicht gehörig versehen kann, und solches vom Capitain und Steuermann an Eidesstatt erklärt wird, so ist der Capitain berechtigt, ihn im Range herabzusetzen und seine Gage verhältnißmäßig zu kürzen. Wird diese Unfähigkeit des Betreffenden vor Abgang des Schiffes entdeckt, so kann der Capitain ihn ohne Weiteres entlassen und sich das Handgeld zurückerstatten lassen.

## Art. 7.

Alle Arbeit zum Besten des Schiffes und der Ladung, welche die Natur des Dienstes

Dienstes mit sich bringt, sei es an Bord Dec. 28. oder am Lande, soll von der Mannschaft persönlich und wenn der Capitain es erforderlich erachtet, zu jeder Zeit unweigerlich verrichtet werden.

Jede Uebertretung wird mit einer Geldbuße von einer Monatsgage bis zum Verluste des ganzen Lohnes und, den Umständen nach, auch mit Gefängnißstrafe belegt.

#### Art. 8.

Beim Aufenthalt in Häfen ist die Dauer der täglichen Arbeitszeit 12 Stunden; zu Mittag wird den Leuten 1 Stunde, zum Frühstück und zum Abendessen  $\frac{1}{2}$  Stunde aus dieser Zeit erlaubt. Bei dringenden Arbeiten kann jedoch diese Regel nach Art. 7 keine Anwendung finden. Der nicht dienstthuenden Wache soll ferner auf der Reise eine Ruhe von 10 bis 12 Uhr Morgens und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags bewilligt werden, falls nicht eine dringende Arbeit es verhindert.

Die Mannschaft der diensthabenden Wache dagegen soll sich munter und wachsam erhalten. Wird Einer davon schlafend angetroffen, so verfällt er jedesmal in *Ert.mß* 3, und geschieht es auf der Anker- oder Auskiewache, in *Ert.mß* 6 Strafe. Sollte der wachhabende Officier sich eines solchen Vergehens schuldig machen, so ist er das erste Mal zu einer Ein-Monatsgage, das zweite Mal zu einer Zwei-Monatsgage zu verurtheilen, geschieht es zum dritten Male, so ist

Dec. 28. ist der Capitain berechtigt, ihn ohne Weiteres abzusetzen oder zu degradiren.

Art. 9.

Wenn sich die Mannschaft im Auslande durch Desertion, Sterbefall oder nothwendige Entlassung um 1 oder 2 Mann (nach der Größe des Schiffes) verringern sollte, so bleibt es dem Capitain, jedoch auf seine eigene Verantwortlichkeit in Betreff der Seefähigkeit des Schiffes, überlassen, ob er solche wieder ersetzen will. Die durch eine solche Verringerung der Mannschaft ersparten Gagengelder sollen unter die übrige Mannschaft, natürlich mit Ausschluß des Capitains, nach Billigkeit vertheilt werden.

Art. 10.

Niemand soll, weder hier noch im Auslande, ohne Erlaubniß des Capitains oder befehlshabenden Officiers vom Bord sich entfernen, bei Strafe einer halben Monatsgage. Wer Urlaub erhalten hat und über die ihm bestimmte Zeit ausbleibt, hat *Ert.m/ 1*, wer über 12 Stunden ausbleibt, hat *Ert.m/ 2*, und wer über 24 Stunden ausbleibt, *Ert.m/ 3* zu zahlen. Doch kann diese Strafe den Umständen nach noch erhöht werden.

Art. 11.

Ohne Vorwissen und Untersuchung des Capitains oder befehlshabenden Officiers darf Keiner der Mannschaft seine Sachen aus dem Schiffe wegnehmen, bei Strafe einer Monatsgage.

Fremde



Fremde Personen, namentlich auch See: Dec. 28.  
leute von anderen Schiffen, dürfen weder  
hier im Hafen noch im Auslande ohne Er:  
laubniß des Capitains oder befehlshabenden  
Officiers an Bord gelassen werden, bei  
Strafe von Ert.m $\frac{1}{2}$  6.

#### Art. 12.

Keiner von den Officiern — falls nicht  
ausnahmsweise der Rheder mit dem Capitain  
rückichtlich desselben etwas anderes verein:  
bart — und der Mannschaft darf Handels:  
artikel mit sich führen oder Handel treiben,  
bei Strafe der Confiscation der Waaren  
und einer von der competenten Behörde den  
Umständen nach zuversügenden Strafe, welche  
nicht nur in dem Verluste des verdienten  
Lohnes, sondern auch in einer kürzeren oder  
längeren Gefängnißstrafe bestehen kann.

#### Art. 13.

Während der Reise darf Keiner der  
Mannschaft Geld fordern, es bleibt aber  
dem Capitain überlassen, seinen Leuten bis  
zu einem Drittheil ihres verdienten Lohnes  
für Rheders Rechnung Vorschuß zu leisten.

Wenn jedoch ein Schiff nicht direct von  
seinem ersten Bestimmungsort hierher zurück:  
kehrt, sondern in der Fremde Zwischenreisen  
macht, so soll die Mannschaft berechtigt sein,  
nach Verlauf jeder 6 Monate, vom Tage  
ihrer Anmusterung an gerechnet, in dem ersten  
Hafen, welchen das Schiff anläuft, von dem  
Capitain oder Befehlshaber für die Hälfte  
des ihr bis dahin zustehenden reinen Gut:  
habens

Dec. 28. habens eine a vista Anweisung auf den hiesigen Rheder oder Correspondenten des Schiffes zu fordern, für deren Einlösung Schiff und Fracht haften, und welche der Capitain in seinem Journal zu verzeichnen hat. Ausgeschlossen von dieser Berechtigung bleiben solche von der Mannschaft, welche in Folge constatirter Vergehen bereits Strafe verwirkt haben.

#### Art. 14.

Die Mannschaft ist verpflichtet, Schiff und Gut gegen alle Gewalt und Anfälle nach besten Kräften zu schützen, und bei einem zu befürchtenden Schiffbruche ohne Einwilligung des Capitains, und so lange derselbe persönlich an Bord bleibt, das Schiff nicht zu verlassen, überhaupt den Capitain in jeder Noth getreulich zu unterstützen, ihm beizustehen und jeden Schaden von Schiff und Ladung abzuwenden. Wer dagegen handelt, soll nicht nur seinen vollen Lohn verlieren, sondern auch von der competenten Behörde in eine den Umständen nach zu bestimmende Geld- oder Gefängnißstrafe genommen werden.

#### Art. 15.

Im Falle einer dem Schiffe drohenden Gefahr, so wie bei Meutereien oder Gewaltthatigkeiten des Schiffsvolks ist dem Capitain, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen, die Anwendung aller zur Erreichung des Zweckes nothwendigen Mittel gestattet.

Art.

Wer den wiederholten Befehlen des Capitains den Gehorsam verweigert, hat Gefängnißstrafe von 14 Tagen bis zu 1 Jahr verwirkt.

Wer sich dem Capitain thätlich widersetzt oder mit thätlichem Widerstande droht, soll mit Gefängnißstrafe von 2 Monaten bis zu 2 Jahren belegt werden.

Eben diese Strafe trifft Denjenigen, welcher den Capitain durch Gewalt oder Drohung, oder nur durch Verweigerung der Dienste zu einer Handlung oder Unterlassung, welche sich auf die Leitung des Schiffes, sowie auf die Aufsicht über das Schiff oder die Ladung bezieht, zu nöthigen sucht.

Unternehmen es zwei oder Mehrere, den Capitain zu einer solchen Handlung oder Unterlassung zu nöthigen, so tritt eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten bis zu 4 Jahren ein, ist aber eine Verabredung dazu zwischen den Thätern vorangegangen, so soll gegen die Anstifter oder Rädelsführer auf 4 bis 12 Jahre und gegen die übrigen Theilnehmer auf 2 bis 5 Jahre Zuchthausstrafe erkannt werden.

Der Capitain ist berechtigt, denjenigen, welcher sich eines der hier bezeichneten oder eines anderen schweren Verbrechens schuldig gemacht hat, zu verhaften; wenn das Entweichen des Verbrechers zu besorgen ist, ist der Capitain zur Verhaftung verpflichtet.

Art.

Dec. 28.

Art. 17.

Wer desertirt, hat nicht nur seinen ganzen Lohn verwirkt, sondern soll auch ausserdem, wenn man seiner habhaft wird, mit 1 bis 2 Jahren Zuchthausstrafe belegt und nie wieder auf einem Hamburger Schiffe in Dienst genommen werden.

Art. 18.

In Betreff der Speisetaxe gilt folgende Regel:

Die tägliche Ration für eine Person soll sein: 1 lb gesalzenes Rindfleisch, oder  $\frac{3}{4}$  lb Schweinefleisch, oder  $\frac{1}{2}$  lb geräucherter Speck, oder  $\frac{3}{4}$  lb Fisch (doch dürfen Fische nur zweimal die Woche gegeben werden) und 1 Gallon Wasser. Ist die Mannschaft über 10 Mann stark, so erhält sie zusammen noch eine Extra-Ration. Ferner Gemüse, getrocknete Erbsen, Bohnen, Grütze, Graupen oder Mehl zur Sättigung; von Letzterem mindestens zweimal die Woche à  $\frac{3}{4}$  lb per Kopf. Auch erhält jeder Mann wöchentlich 7 lb hartes Weizenbrot und so lange der nach der Dauer der Reise (bei weiten Reisen auf mindestens 6 Monate) einzunehmende Vorrath reicht, 1 lb Butter. An die Stelle der Butter kann auch Schmalz oder Baumöl treten (von Letzterem für die Woche  $\frac{1}{2}$  Bouteille) oder wenn beides fehlt, täglich  $\frac{1}{2}$  lb Fleisch oder  $\frac{1}{4}$  lb Speck mehr. Ein jeder der Mannschaft erhält ferner wöchentlich 2 Loth Thee, 10 Loth Kaffee, 8 Loth Zucker und  $\frac{1}{4}$  Flasche Essig. Ausserdem ist für

für die Mannschaft Bier mitzunehmen, Dec. 28.  
 bei weiten Reisen bis  $\frac{1}{2}$  Orchest per Mann.  
 In Häfen, wo frisches Fleisch oder frische  
 Fische zu erhalten sind, soll davon wöchent-  
 lich wenigstens zweimal gegeben werden.

Es soll des Capitains Pflicht sein, für  
 guten Proviant und hinlänglichen Vorrath  
 nach Verhältniß der Reise zu sorgen. Des-  
 gleichen muß er sich mit einer für die Zahl  
 der Mannschaft genügenden Quantität von  
 Medizin versehen.

Der Mannschaft ist es nicht gestattet,  
 von dem Ueberfluß an Proviant zu veräu-  
 ßern, sondern soll die oben benannten Ra-  
 tionen nur zu ihrem Unterhalt verwenden  
 dürfen.

Falls durch eine ungewöhnlich lange  
 Reise, worüber auf Klage der Mannschaft  
 die competente Behörde ein von sachverstän-  
 digen Seemannern abzugebendes Gutachten  
 einziehen wird, eine Verkürzung der vor-  
 gedachten Rationen nothwendig würde, so  
 muß sich die Mannschaft solche ohne Murren  
 gefallen lassen. Hat jedoch eine Verkürzung  
 stattgefunden, und es wird bewiesen, daß,  
 nach Verhältniß der Reise, zu wenig von  
 den nothwendigsten Artikeln, als Brot und  
 Wasser, Hülsenfrüchten, Fleisch oder Speck  
 an Bord gewesen, so soll der Capitain ge-  
 halten sein, für Rechnung des Schiffes  
 Jedem der Mannschaft 4  $\beta$  Ert. für jeden  
 Tag, an welchem diese Verkürzung stattge-  
 funden hat, nachträglich zu vergüten, und  
 selbst

Dec. 28. selbst eine Strafe von 25—50 Rthlr. an das Schiffer-Armen-Haus zu bezahlen.

Art. 19.

Wird einer von der Mannschaft im Schiffsdienst verletzt oder krank, so soll er auf Kosten des Schiffes verpflegt und geheilt werden. Muß er Krankheits oder Verletzung wegen im Auslande zur Heilung zurückgelassen werden, so geschieht es, wenn nicht durch eigene Schuld herbeigeführt, auf Kosten des Schiffes, er erhält aber seine Gage nur bis zu dem Tage, an welchem er das Schiff verläßt; dagegen behält er Anspruch auf freie Rückbeförderung nach Hamburg, und es sollen alle Consuln im Auslande berechtigt sein, solche Seeleute, nach gehöriger Legitimation, auf Hamburgischen Schiffen unterzubringen, ohne dem Capitain mehr als 12  $\beta$  Ert. per Tag für Beköstigung nach Hamburg zu vergüten.

Art. 20.

Wenn Einer von der Mannschaft im Auslande verstirbt, so soll er auf Kosten des Schiffes beerdigt, und sein Guthaben, nach Zurückkunft des Schiffes an seine rechtmäßigen Erben ausgekehrt werden.

Art. 21.

Niemand darf früher seinen Abschied fordern als bis die Reise nach Uebereinkunft geendigt, das Schiff entlöst und an einem bequemen Orte befestigt ist. Auch müssen Segel und Taue getrocknet sein, alles Schiffsgeräth

geräth an seiner Stelle sich befinden, das Dec. 28. Schiff gereinigt und, wenn nöthig, Ballast festgemacht und die etwa erforderliche Erklärung abgelegt worden sein.

#### Art. 22.

Falls ein Schiff nicht früher nach der Elbe kommen und in der Musterrolle nicht eine andere Bestimmung aufgenommen sein sollte, so steht es der Mannschaft nach Verlauf von 2 Jahren vom Tage der Anmusterung an gerechnet frei, ihre Entlassung, aber ohne Vergütung von Reisekosten, zu verlangen.

#### Art. 23.

Keiner von der Mannschaft soll im Auslande verabschiedet werden, ausgenommen grober Vergehen und fortgesetzter Widerspenstigkeit wegen. Dergleichen Fälle müssen jedoch durch eidliche Erklärung des Capitains und der Officiere vor einem Hamburger Consul oder Vice-Consul, oder in Ermangelung desselben, vor der Ortsbehörde constatirt und darüber ein beglaubigtes Protocoll ausgemacht werden.

#### Art. 24.

Wird ein Schiff im Auslande verkauft, so soll der darauf fahrenden Mannschaft ihr verdienster Lohn bis zum Tage der Entlassung ausbezahlt werden. Ferner hat dieselbe die Wahl zwischen freier Rückbeförderung nach Hamburg und einem Abstandsgelde. Dieses letztere ist wie folgt auszuzahlen:

in

Dec. 28. in der Nordsee und Ostsee 2 Monat Lage,  
 in anderen Meeren . . . . 3 ; ;  
 jenseits des Caps der guten  
 Hoffnung oder des Cap  
 Horn . . . . . 4 ; ;  
 und hört damit jede weitere Verpflichtung  
 des Capitains der Mannschaft gegenüber auf.

#### Art. 25.

Wird ein Schiff im Auslande wegen See-  
 untüchtigkeit condemnirt, oder gänzlich ver-  
 hindert, seine Reise fortzusetzen, so erhält  
 die Mannschaft außer ihrem bis zum Tage  
 der Entlassung verdienten Lohne, ein Ab-  
 standsgeld, wie im Artikel 24 erwähnt, so-  
 weit das Provenu des Schiffes und der  
 Fracht reicht.

#### Art. 26.

Bei einem Totalverluste des Schiffes  
 hat die Mannschaft Anspruch auf ihren  
 Lohn bis zu dem Abgangstage von dem  
 letzten Hafen, jedoch mit Ausschluß eines  
 etwaigen Nothhafens, und ist im Uebrigen  
 an ihre resp. Consulen zu verweisen.

#### Art. 27.

Keiner von der Mannschaft ist berechtigt,  
 den Capitain oder Befehlshaber im Aus-  
 lande vor fremden Gerichten zu belangen.  
 An Orten, woselbst ein Hamburgischer, oder  
 in Ermangelung dessen ein Deutscher Consul  
 ist, kann derselbe eine vorläufige Entscheidung  
 treffen, und darüber Acte ertheilen, damit  
 die Differenzen bei Rückkehr des Schiffes  
 hier:



hierher definitiv von der competenten Behörde untersucht und entschieden werden können. Dec. 28.

#### Art. 28.

Klagen von einem oder mehreren Individuen der Mannschaft über ungerechte und unmenschliche Behandlungen abseiten des Capitains sollen nur Beachtung finden, wenn sie durch das Zeugniß der übrigen Mannschaft und der Officiere des Schiffes bekräftigt werden. Bei erwiesener Schuld seitens des Capitains bleibt es alsdann dem Ermessen der hiesigen competenten Behörden anheimgestellt, den Umständen angemessene Civil- und Criminal-Strafen, auch selbst Verlust des Rechts, ein Hamburger Schiff zu führen, zu verfügen, wogegen fälschliche Anklage und Zeugniß-Ablegung der Mannschaft ebenfalls mit den strengsten Strafen belegt werden soll.

#### Art. 29.

Die von der hiesigen competenten Behörde verhängten Geldstrafen fallen, mit Ausnahme der in den Art. 4, 12 und 17 erwähnten der Seefahrer-Armencasse anheim.

### Reglement des Wasserschouten.

#### §. 1.

Alle von hier oder von Altona in See fahrenden Schiffe, welche unter Hamburger Flagge fahren, müssen ihre Mannschaft vor dem Wasserschouten anmustern und abmustern.

Dec. 28.

## §. 2.

Ein Jeder, der auf einem Hamburger Schiffe, es sei als Officier, Matrose oder Junge zu fahren beabsichtigt, hat sich bei dem Schouten zu melden und die erforderlichen Angaben zu machen. Wer einen unrichtigen Namen annimmt, oder sonst unwahre Angaben macht, verfällt den Umständen nach in eine Strafe von 3 bis 6 *m*℥.

## §. 3.

Der Schout ist verpflichtet, von allen denen, welche sich bei ihm melden, so wie von allen bei ihm stattgefundenen oder ihm angezeigten An- und Abmusterungen genaue Register zu halten. Jedem, der sich bei ihm das erste Mal meldet, hat er ein sogenanntes Seefahrtssbuch einzuhandigen, für welches 2 *ß* zu entrichten sind. Dieses Buch enthält die Vorschriften der Musterrolle, und dient zugleich dem Inhaber als Legitimation und Zeugnißbuch.

Ohne eine solche Legitimation darf kein Schiffer Jemand zum Schiffsdienst annehmen, bei 30 *m*℥ Strafe.

## §. 4.

Der Schout ist verpflichtet, die Musterrolle für den Schiffer anzufertigen, und zugleich eine Abschrift derselben an den Steuermann zu geben, selbige auch nebst der Disciplinar-Verordnung der gesammten anzumusternden Schiffsmannschaft deutlich vorzulesen. Die Bezahlung des Handgeldes, sowie der verdienten Monatsgage geschieht im

im Hause des Schouten und dürfen dabei Dec. 28. keinerlei Sporteln genommen werden.

Nach Ablauf jeder Reise hat der Schout sich die Seefahrts-Bücher der abzumustern: den Mannschaft, mit dem Zeugniß des Capitains versehen, vorzeigen zu lassen, und durch seine Unterschrift unentgeltlich zu beglaubigen.

#### §. 5.

Der Schout ist gehalten, darauf zu sehen, daß alle Hamburger Schiffe mindestens Einen gebornen Hamburger als Jungen mit anmustern. Nur im Falle, daß wirklich keine dazu geeignete Hamburger dem Schiffer vorgeschlagen werden können, soll eine Ausnahme von dieser Regel gestattet sein, wovon jedoch dem Wohlweisen Hafenherrn jedermalige Anzeige zu machen ist. Auch hat der Schout darauf zu sehen, daß der Steuer: mann Hamburger Bürger ist. Führt ein Schiff mit mehreren Steuerleuten, so genügt es, wenn der erste oder Obersteuermann Hamburger Bürger ist.

#### §. 6.

Der Schout hat ferner darauf zu achten, daß die Seeleute, welche schon vor der Anmusterung zu der laufenden Hauer den Dienst auf einem Schiffe angenommen haben, selbigen nicht ohne triftigen Grund und ohne vorgängige 48 stündige Aufkündigung wieder aufgeben, oder bei der Anmusterung auf höhere Gage dringen; die dawider handeln, verfallen nach Umständen in eine Strafe

Dec. 28. von 6 bis 12 *m* (Art. 4 der Disciplinar-Ordnung).

§. 7.

Der auf die Hand zu gebende Vorschuß beträgt, wenn nicht eine anderweitige Verabredung stattgefunden hat, bei Reisen nach europäischen Plätzen eine Monatsgage, nach außereuropäischen Plätzen zwei Monatsgagen.

§. 8.

Würde Jemand mit dem auf die Hand erhaltenen Gelde sich heimlich entfernen, so trifft ihn, wenn man seiner wieder habhaft wird, eine durch den Wohlweisen Polizeyherrn zu verfügende Gefängnißstrafe von 14 Tagen. Der Schout ist jedoch gehalten, dem Schiffer ohne neues Handgeld und höhere Gage einen gleich tüchtigen Seemann an dessen Stelle zu verschaffen. Dagegen ist der Schout befugt, den, einem Seemann auf die Hand gegebenen Vorschuß, wenn dieser ihm dafür keine hinlängliche Sicherheit stellen kann, so lange zu sich zu nehmen, bis das Schiff abgeht.

Der Schiffer ist bei Strafe von 30 *m* gehalten, dem Schout jedes Mal so schnell als möglich die Anzeige zu machen, wenn Jemand den Dienst bei ihm eigenmächtig verlassen hat.

§. 9.

Wenn zwischen Schiffer und Schiffsvoll Streitigkeiten entstehen, so soll bis auf Weiteres der Schout eine gütliche Ausgleichung versuchen. Ist dies von keinem

Er:

Erfolge, so steht es den Parteien frei, sich an die Schiffer:Alten zu wenden. Wollte nun eine von den streitenden Parteien sich mit deren Ausspruch nicht zufrieden stellen, so ist die letzte Instanz bis auf Weiteres bei demjenigen Herrn Bürgermeister, welcher Patronus der Schiffer ist, bei dessen Entscheidung es sein Bewenden haben soll. In Criminalfällen ist der Schout befugt, die Verbrecher, sowohl zu Wasser als zu Lande, zu arretiren, und an die Polizen:Behörde abzuliefern.

## §. 10.

Der Schout ist verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der in diesem Reglement, in der Musterrolle, in der Disciplinar:Verfügung, sowie in der Verordnung für Schiffer und Schiffsvolk getroffenen Bestimmungen und Anordnungen Sorge zu tragen.

## §. 11.

Außer einem jährlichen Gehalte von *Ert.mƚ* 1200 und der ihm durch die Verordnung für Schiffer und Schiffsvolk zugewiesenen Gebühren \*) hat der Schout folgende Einnahmen:

\*) (vide den Artikel der Verordnung.) Diese Gebühren sind nach der Verordnung vom 27. März 1786 folgende:

Von den Leichter:Schiffen für Buchung und Schein . . . . .	<i>Ert.ƚ</i> 3 — 8
von dem Knecht desselben . . . . .	= — 6 =
von dem Jungen . . . . .	= — 3 =
von dem Follenführer, bei der Anstellung für den Schein . . . . .	= — =
	von

Dec. 28. von allen Hamburger Schiffen, die von  
hier abgehen,

erhält er von dem Rheder:

für die Anmusterung . . . . à Mann 12  $\beta$   
bei der Abmusterung . . . . : : 8 :

von der Mannschaft:

bei der Anmusterung . . . . à Mann 6  $\beta$   
bei der Abmusterung . . . . : : 4 :

von den Dampfschiffen:

für jede Reise im Ganzen . . . 7  $m\&$  8  $\beta$

Von den Grönlandsfahrern hat

der Schout für die Anmusterung

und Abmusterung . . . . . 20 : — ;

für die nach der Südsee be-

stimmten Wallfischfahrer auf

die nämliche Weise . . . . . 30 : — ;

zu genießen, ohne daß dabei

weiter auf die Zahl der Mann-

schaft Rücksicht genommen

werde. Von diesem Gelde

werden  $\frac{1}{2}$  bei der Anmusterung

und  $\frac{1}{2}$  bei der Abmusterung

bezahlt.

Dagegen fallen alle anderen Gebühren  
an den Schout und dessen Diener, welche  
der Schout zu salariren hat, sie mögen vom  
Rheder, Schiffer oder Schiffsvolk bisher  
bezahlt worden sein, und Namen haben,  
welche sie wollen, in Zukunft weg, und  
dürfen unter keinem Vorwande gefordert  
werden, auch ist der Wasserschout in dieser  
Beziehung für seine Gehülfsen verantwortlich.

§. 12.

Der Schout wird aus einem von der Commerz-Deputation angefertigten Wahlaufsatz von 4 Personen von der Schifffahrt- und Hafen-Deputation gewählt und vor dem Senate beeidigt. Die Gehülfen des Schouts werden von diesem nach vorangegangener Genehmigung der Schifffahrt- und Hafen-Deputation angenommen.

## CXXIII.

## Jagdverordnung

Decbr.

für das Amt und die Stadt Bergedorf.

Da Wir, die Senate der freien und Hansestädte Lübeck und Hamburg, beschlossen haben, auch für das Amt und Städtchen Bergedorf die bisher bestandene Jagdgerechtigkeit aufzuheben und die künftige Ausübung des Jagdrechts angemessen zu bestimmen, so wird die desfalls erlassene Verordnung, welche mit dem 1. Januar 1850 in Kraft tritt, hiedurch zur Nachachtung für die Beikommenden bekannt gemacht.

Gegeben in den Senats-Versammlungen zu Lübeck und zu Hamburg, im December 1849.

## I. Von der Jagdberechtigung.

## §. 1.

Die Jagdgerechtigkeit, wie sie bisher als Regal bestand, ist aufgehoben. Jedem Grundeigenthümer steht die Theilnahme an der Benutzung des Jagdrechts auf seinem Grund und Boden unter den in gegenwärtiger

Decbr. wärtiger Verordnung enthaltenen Beschränkungen selbst zu.

Die Zahlung von Ert.m $\frac{1}{2}$  40, welche bisher von der Dorfschaft Geesthacht statt der früheren Dienste und Mahlzeiten bei Grenzjagden geleistet ward, fällt weg.

Das Jagdrecht kann als dingliches Recht von dem Grundeigenthume fernerhin nicht getrennt und veräußert werden.

#### §. 2.

Wildschadensersatz in Betreff des aus anderen Jagdgebieten eindringenden Wildes wird nicht geleistet.

### II. Von der Ausübung der Jagdberechtigung.

#### §. 3.

Die Benutzung der Jagd auf dem Grundeigenthume des Staates bleibt demselben vorbehalten, ohne daß derselbe gehalten ist, sich für dieses Grundeigenthum einem Gemeindeverbande anzuschließen. Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten jedoch auch für die vom Staate angestellten Jäger, Forstbeamten und Jagdpächter, so wie gegen Diejenigen, welche das Gesetz auf dem Grundeigenthum des Staates übertreten.

#### §. 4.

Es ist den Privatgrundbesitzern nicht gestattet, das Jagdrecht persönlich auszuüben, vielmehr ist die Gesamtheit der Grundbesitzer des Städtchens, jeder Bauerschaft in den Vierlanden, so wie der Dorfschaft Geest-



Geesthacht, nur berechtigt, dasselbe durch Decbr. einen aus ihrer Mitte oder sonst anzustellenden Jäger oder Jagdpächter zu ihrem Nutzen ausüben zu lassen, falls sie es nicht vorzieht, dasselbe gar nicht zu benutzen. Ueber das Eine oder das Andere entscheidet die Mehrheit der Stimmen nach der unten vorgeschriebenen Norm. Beschließt dieselbe, die Jagd zu benutzen, so dürfen einzelne Grundbesitzer alsdann über die Jagd auf ihrem Grund und Boden nicht anders verfügen, noch deren Ausübung dem Pächter oder Jäger verwehren. Will die Mehrheit die Jagd gar nicht benutzen, so muß die Minorität sich dies auch für ihr Grundeigenthum gefallen lassen.

Bei der Abstimmung hierüber, und darüber, wie der Ertrag der Jagd, nach Maassgabe des Grundbesitzes eines Jeden, zu vertheilen ist, hat jeder Grundeigenthümer, der einen halben bis zu 5 Marschmorgen besitzt, eine, von 5 bis 10 Morgen zwei, und für jede 10 Morgen mehr eine fernere Stimme. Für die Geest werden hinsichtlich dieser Grössenbestimmung  $2\frac{1}{2}$  Geestmorgen einem Marschmorgen gleich gerechnet.

Jede Ortschaft ist verpflichtet, den Amtsverwalter von ihren desfallsigen Beschlüssen und deren etwanigen Abänderungen jedesmal sofort zu benachrichtigen.

#### §. 5.

In seinen eingefriedigten Höfen und Gärten kann jedoch ein Jeder das etwa eingingende

Decbr. dringende Wild selbst erlegen, durch Schießen jedoch nur soweit solches nicht durch den §. 13 und die desfallige Verordnung überhaupt untersagt ist.

#### §. 6.

Während der Setz- und Hegezeit, welche am 1. März anfängt und am 1. September endigt, darf außer Zugvögeln und Raubthieren überall kein Wild erlegt oder gefangen werden, es wäre denn, daß dasselbe in den Feldern erweislichen Schaden anrichtete. Nur die im §. 5 erwähnten Fälle sind hiervon ausgenommen.

#### §. 7.

Die Jagdberechtigung darf nur so ausgeübt werden, daß dadurch weder dem Staat noch Privaten ein Schade zugefügt wird. Für jede dabei vorkommende erweisliche Beschädigung an Personen und Eigenthum ist der die Jagd Ausübende verantwortlich, und die Gesamtheit der Jagdeigenthümer des Jagdbezirks muß für Dasjenige haften, was von dem von ihnen angestellten Jäger oder Jagdpächter etwa nicht beizutreiben ist.

Das Betreten von Kartoffelfeldern ist jedoch als Beschädigung nicht anzusehen.

#### §. 8.

Das Legen von Selbstschüssen und Fang-eisen, so wie die Anlegung von Fanggruben und Schlingen zum Fangen des vierfüßigen Wildes, ist, ausgenommen in eingefriedigten Höfen und Gärten, gänzlich verboten.

III.

### III. Straf- und sonstige Bestimmungen Dechr. gen in Bezug auf die Ausübung des Jagdrechtes.

#### §. 9.

Niemand darf ein fremdes Jagdgebiet mit einem zur Jagd tauglichen Schießgewehr, oder mit Schlingen oder Fallen zum Einfangen des Wildes versehen, betreten. Da, wo ein zur Ausübung der Jagd Berechtigter mittelst der zur Verbindung der Ortschaften dienenden Fahrwege entweder überall nicht oder doch nur auf großen Umwegen zu seinem Jagdrevier oder einem Theile desselben gelangen kann, ist zwischen den verschiedenen Jagdberechtigten eine Verabredung über die zu benutzenden Fahr- oder Fußwege zu treffen.

Die Vorschrift wegen der Schießwaffen findet auf vom Staate angestellte Forst- und Steuerbeamte keine Anwendung.

#### §. 10.

Es ist Niemandem ohne vorgängige Erlaubniß des zur Ausübung der Jagd berechtigten Jägers erlaubt, auf fremdem Jagdgebiete Wild zu erlegen oder zu fangen oder gefundenes Wild mitzunehmen, es wäre denn, daß das gefundene Wild sofort abgeliefert würde.

Eben so wenig ist die Wildfolge, d. h. die Verfolgung des auf eigenem Grund und Boden angeschossenen oder angehekten Wildes in fremdem Jagdrevier erlaubt. Auch solches Wild gehört Demjenigen, auf dessen Grundstück es gefangen oder getödtet wird.

Kein

Decbr. Kein zur Ausübung der Jagd Berechtigter darf in eingefriedigte Höfe oder Gärten eindringen.

§. 11.

Jede Uebertretung der Vorschriften des §. 6, sowie das Jagen auf eigenem Grund und Boden gegen die Bestimmungen des §. 4, wird mit einer Strafe von 5  $\text{R}$ , jede Uebertretung der §§. 8, 9 und 10 dagegen mit einer Strafe von 10  $\text{R}$  und beziehungsweise Confiscation des Schießgewehrs zum Besten des zur Ausübung der Jagd Berechtigten geahndet. Im Wiederholungsfalle werden diese Strafen verdoppelt. Sind die Geldstrafen nicht beizutreiben, so tritt statt derselben Gefängnißstrafe ein, wobei 5  $\text{R}$  gleich 3 Tagen Arrest geachtet werden. Ueberdies muß der Schuldige das erlegte, gefangene oder mitgenommene Wild je nach Beschaffenheit desselben mit 2 bis 15  $\text{m}$  das Stück dem zur Ausübung der Jagd Berechtigten vergüten; ist er dazu nicht im Stande, so wird er mit angemessener Gefängnißstrafe belegt, insofern nicht die Vorschrift des §. 7 in Anwendung kommen kann.

§. 12.

Wird das Jagen auf fremdem Grund und Boden, oder dasjenige auf eigenem Grunde den Vorschriften des §. 4 zuwider, von Mehreren in Gemeinschaft oder von Einzelnen gewerbmäßig betrieben, so werden die im §. 11 vorgeschriebenen Strafen verdoppelt.

§. 13.

## §. 13.

Decbr.

Werden bei Ausübung der Jagd sonstige strafbare Handlungen begangen, so tritt die dadurch nach den bestehenden Gesetzen verwirkte Strafe ein. Namentlich behält es bei dem Verbot des unbefugten Schießens sein Bewenden, und ist auch zur Ausübung der Jagd berechtigten Personen nicht erlaubt, im Städtchen Bergedorf und dessen unmittelbarer Nähe zu schießen, so wenig, wie auf den Deichen, Landstraßen, sonstigen öffentlichen Wegen und in der Nähe der Häuser in den Vierlanden und zu Geesthacht. Auch wird das Ausnehmen der Vogelnester außerhalb der Gebäude, Gärten und Höfe bei 2  $\text{Rthl}$  Strafe für jeden Contraventionsfall verboten.

## §. 14.

Der zur Ausübung der Jagd Berechtigte ist befugt, die in seinem Jagdbezirk betroffenen Uebertreter der Vorschriften der §§. 4, 6, 8, 9 und 10 anzuhalten, zu entwaffnen und deren Hunde einzufangen oder todtzuschießen. Widerseht sich der Betroffene, so wird derselbe mit angemessener Gefängnißstrafe, und wenn er zu Thätlichkeiten schreitet, mit der den Umständen nach verwirkten Criminalstrafe belegt.

Der Angehaltene ist jedesmal sofort vor den Voigt der nächsten Ortschaft, oder in Bergedorf vor den Amtsverwalter zu führen, welche denselben zu verhaften haben, insofern nicht sofort hinlängliche Sicherheit für Strafe und Schadensersatz geleistet wird.

## §. 15.

Decbr.

§. 15.

Der zur Ausübung der Jagd Berechtigte ist ebenfalls befugt, herrenlos im Jagdbezirk umherlaufende Hunde und Ragen todtzuschießen, insofern nicht einzelne Jagdbezirke ihm hierüber contractlich andere Vorschriften ertheilen.

§. 16.

Unter dem Ausdrucke Wild werden verstanden: Wilde Schweine, Edel- und Dammhirsche, Rehe, Hasen, Dachse, Füchse, Marder, Iltisse, Eichhörnchen, Vorkühner, Feldhühner, wilde Gänse und Enten, Wald- und Pfuhlschnepfen, Beckassinen, und die Jungen und Eier dieser Thiere.

## CXXIV.

## Verordnung

Decbr.

gegen das unbefugte Schießen im Amte und Städtchen Bergedorf.

Da seit einiger Zeit das unbefugte Schießen in der Stadt und dem Amte Bergedorf überhand genommen hat, wodurch die öffentliche Sicherheit gestört, Gesundheit und Leben der Menschen in Gefahr gesetzt wird und Feuersbrünste entstehen können, so haben die Senate der freien und Hansestädte Lübeck und Hamburg nachstehende Verfügungen erlassen, und hiedurch zur öffentlichen Kunde zu bringen verordnet:

- 1) Alles Schießen im Städtchen Bergedorf und dessen unmittelbaren Nähe, so:

sowie in der Nähe der Häuser in den Decbr. Vierlanden und zu Geesthacht, imgleichen auf den Landstraßen, Deichen und anderen öffentlichen Wegen, wird untersagt.

- 2) Namentlich dürfen unerwachsene Personen, Kinder, Lehrburschen u. s. w. weder mit geladenen Gewehren gehen, noch Schießpulver in ihrem Besitz haben. Knaben dürfen Feueergewehr, selbst mit Genehmigung ihrer Eltern und Vorgesetzten und zu einem erlaubten Zweck, z. B. zur Uebung in der Behandlung des Gewehrs und im Schießen, nur unter Aufsicht von Erwachsenen gebrauchen.
- 3) Auch Erwachsene, ausser den zur Jagd berechtigten Personen, den Forst- und Steuerbeamten, dürfen nicht mit geladenem Gewehr gehen, sondern müssen, wenn sie an Orten, wo solches gestattet ist, zu erlaubten Zwecken schießen wollen, ihre Gewehre nicht laden, als bis sie diesen Ort erreicht haben und für deren Entladung sorgen, ehe sie solchen wieder verlassen.
- 4) Uebertretungen dieser Verordnung sind mit einer Geldbuße von 2 bis 10 Thaler oder mit entsprechender Gefängnißstrafe zu ahnden; wenn aber dadurch Schaden entstanden ist, so sind die Uebertreter nicht nur zum Ersatz des Schadens anzuhalten, sondern auch in die nach Maaßgabe des Vergehens ge:

Decbr.      gesetzlich stattfindende schwerere Strafe  
zu verurtheilen.

Die Polizienbedienten und Feldhüter  
haben auf die Beobachtung dieser Ver-  
ordnung zu achten, die Uebertreter zur  
Anzeige zu bringen oder, wenn es Unbe-  
kannte oder Fremde sind, sie zu verhaften.

Gegeben in den Senats-Versammlungen zu  
Lübeck und zu Hamburg, im December 1849.



Die  
Reichsgesetze  
vom Jahre 1849.

---



---

## XX.

### G e s e z,

Jan. 20.

betr. die Schließung der öffentlichen Spielbanken  
und Aufhebung der Spielpachtverträge. \*)

Der Reichsverweser, in Ausführung  
des Beschlusses der Reichsversammlung vom  
8. Januar 1849, verkündet als Gesetz:

#### Einziger Artikel.

Alle öffentlichen Spielbanken sind vom  
1. May 1849 an in ganz Deutschland ge-  
schlossen und die Spielpachtverträge auf-  
gehoben.

Frankfurt, den 20. Januar 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Der Reichsminister des Innern  
H. v. Gagern.

Der Reichsminister der Justiz  
R. Mohl.

---

\*) Diese Nummer ist aus dem Reichs-Gesetz-Blatte  
vom 25. Januar.

## XXI.

Febr. 3.

**Verordnung,**

betr. die Ermäßigung der Zulagen bei Festungsbauten u. in den Reichsfestungen.

Der Reichsverweser, auf den Vortrag des Reichsministers des Krieges, nach Anhörung des Ministerrathes und in Erwägung der Nothwendigkeit, die für den Bau und die Ausrüstung der Reichsfestungen nöthigen Geldmittel zur Erleichterung der Steuerpflichtigen thunlichst zu ermäßigen, verordnet wie folgt:

## §. 1.

Zulagen werden nur bei Neubauten von Festungen oder selbstständigen größeren Festungswerken älterer Festungen bewilligt.

## §. 2.

Bei größeren Corrections-Arbeiten oder Neubauten geringerer Bedeutung, so wie bei Erweiterung oder Vervollständigung der Artillerieausrüstung in älteren Festungen werden fixirte Zulagen nicht bewilligt, sondern es bleibt nach Maaßgabe der Geschäftsführung die Bewilligung etwaiger Remunerationen am Schlusse des Baues oder der Ausrüstung vorbehalten.

## §. 3.

In den durch §. 1 bezeichneten Fällen sind die jeither bewilligten Zulagen, vom 1. Januar 1849 ab, herabzusetzen, und zwar:  
jene

jene von	10 fl.	30 fr.	auf	5 fl.	—	Febr. 3.
:	:	7 :	30 :	:	3 :	—
:	:	5 :	15 :	}	auf 2 fl. —	
:	:	5 :	— :			
:	:	4 :	— :			
:	:	3 :	— :			

§. 4.

In den diesjährigen Budget-Entwürfen ist demnach der Titel Zulagen um den Betrag der im §. 3 bezeichneten Verminderungen, und zwar:

in dem Budget-Entwurf von Mainz um  
10,253 fl. — fr.

in dem Budget-Entwurf von Ulm um  
47,358 fl. 45 fr.

in dem Budget-Entwurf von Rastatt um  
21,330 fl. 15 fr.

zu ermäßigen.

§. 5.

Alle dieser Verordnung zuwiderlaufenden früheren Bestimmungen sind hiermit aufgehoben.

§. 6.

Der Reichsminister des Krieges ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

Frankfurt, den 3. Februar 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Der Reichsminister des Kriegs  
v. Peucker.

## XXII.

Febr. 3.

**Verordnung,**

betreffend die Einziehung des Ertrages aus den Gräsereien der Festungswerke 2c. in den Reichsfestungen zur Festungs- Dotirungs- Casse. \*)

Der Reichsverweser, auf den Vortrag des Reichsministers des Krieges, nach Anhörung des Ministerrathes und in Erwägung der Nothwendigkeit, die gesteigerten Anforderungen an die Steuerpflichtigen durch zulässige Einschränkungen im Staatshaushalt möglichst zu verringern, verordnet wie folgt:

## §. 1.

Derjenige Ertrag aus der Verpachtung von Grundstücken und Festungswerken der Reichsfestungen, welcher zeither auf den Grund bestehender Bestimmungen eine Revenue des Festungsstabes bildete, ist vom 1. Januar 1849 ab zur Festungs- Dotirungs- Casse einzuziehen, und dort in Einnahme zu stellen.

## §. 2.

Vorbehältlich der späteren Feststellung des wirklichen Ertrages, ist auf den Grund eines Durchschnitts des Ertrages der letzten 5 Jahre in den Budget- Entwurf der gewöhnlichen Ausgaben der Reichsfestung Mainz für 1849 voranschläglich die Summe von 15,000 Gulden, in denjenigen der

---

\*) Die beiden vorstehenden Verordnungen sind aus dem Reichs- Gesetz- Blatte vom 10. Februar.

Reichsfestung Luxemburg die Summe von Febr. 3.  
2,200 Gulden in Anrechnung zu stellen,  
für die im Bau begriffenen Reichsfestungen  
aber, für welche noch alle Erfahrungen  
fehlen, der am Jahreschlusse nachzuweisende  
Ertrag erst in den Budget-Entwurf für  
1850 in Einnahme zu bringen.

§. 3.

Alle dieser Verordnung zuwiderlaufenden  
früheren Bestimmungen sind hiermit aufge-  
hoben.

§. 4.

Der Reichsminister des Kriegs ist mit  
der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.  
Frankfurt, den 3. Februar 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.  
Der Reichsminister des Kriegs  
v. Peucker.

XXIII.

Verordnung,

Febr. 12.

betreffend die Beschaffung von 5,250,000 fl.  
(3,000,000 Thaler) für die deutsche Marine.

Der Reichsverweser, in weiterer Aus-  
führung des Beschlusses der Reichsver-  
sammlung vom 14. Juny v. J., verordnet  
wie folgt:

§. 1.

Zum Zwecke der Begründung eines  
Anfangs für die deutsche Marine soll nun-  
mehr auch die zweite Hälfte der von der  
Reichsversammlung bewilligten Summe von  
Sechs

Febr. 12. Sechs Millionen Thalern mit Fünf Millionen Zweihundertfünfzigtausend Gulden (Drei Millionen Thalern) mittelst Umlage nach der bestehenden Bundesmatrikel verfügbar gemacht werden.

## §. 2.

Das Reichsministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

Frankfurt, den 12. Februar 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Der Reichsminister der Finanzen  
v. Beckerath.

## XXIV.

Febr. 13.

## Bekanntmachung

des Reichsministeriums der Finanzen, betreffend die Vertheilung der weiter für die deutsche Marine verfügbar zu machenden 5,250,000 fl. (3,000,000 Thaler) auf die einzelnen Staaten.\*)

Die gemäß der Verordnung des Reichsverwesers vom 12. d. M. zur Gründung einer deutschen Marine weiter verfügbar zu machende Summe von 5,250,000 fl. (3,000,000 Thaler) vertheilt sich auf die einzelnen Staaten nach der unterm 3. May v. J. ergänzten Matrikel wie folgt:

\*) Die beiden vorstehenden Nummern sind aus dem Reichs-Gesetz-Blatte vom 17. Februar.



	fl.	kr.	Thaler Preuß. Ert.	sg. pf.
1. Oesterreich . . . . .	1,566,138.33		894,936. 9.	4
2. Preußen . . . . .	1,580,686.50		903,249.18.	6
3. Bayern . . . . .	587,989.51		335,994. 5.11	
4. Königreich Sachsen . . . . .	198,198.49		113,256.14.	1
5. Hannover . . . . .	215,599.12		123,199.16.	2
6. Württemberg . . . . .	230,482.26		131,704. 7.	6
7. Baden . . . . .	165,165.41		94,380.11.10	
8. Kurhessen . . . . .	93,792.25		53,595.20.—	
9. Großherzogthum Hessen . . . . .	102,320. 5		58,468.18.	8
10. Holstein . . . . .	54,174.21		30,956.23.	2
11. Lauenburg . . . . .	5,285.18		3,020. 5.	1
12. Luxemburg u. Limburg . . . . .	41,883.12		23,933. 7.10	
13. Braunschweig . . . . .	34,618.44		19,782. 3.10	
14. Mecklenburg-Schwerin . . . . .	59,129.19		33,788. 5.	5
15. Nassau . . . . .	50,007. 3		28,575.13.	8
16. Sachsen-Weimar . . . . .	33,198.18		18,970.13.	9
17. „ Coburg-Gotha . . . . .	18,432.30		10,532.25.	7
18. „ Meiningen Hildburgh. . . . .	18,994. 3		10,853.22.	4
19. „ Altenburg . . . . .	16,219.16		9,268. 4.	8
20. Mecklenburg-Strelitz . . . . .	11,853.46		6,773.17.	7
21. Oldenburg . . . . .	36,455. 2		20,831.13.	6
22. Anhalt-Deßau . . . . .	8,745. 1		4,997. 4.	9
23. „ Bernburg . . . . .	6,118.44		3,496.12.	6
24. „ Cöthen . . . . .	5,360.17		3,063.—.	8
25. Schwarzburg-Sonders- hausen . . . . .	7,451.47		4,259. 4.10	
26. „ Rudolstadt . . . . .	8,908.32		5,090.17.10	
27. Hohenzollern-Hechingen . . . . .	2,394.54		1,368.15.	6
28. Liechtenstein . . . . .	916. 1		523.13.—	
29. Hohenzollern-Siegma- ringen . . . . .	5,873.17		3,356. 5.—	
30. Waldeck . . . . .	8,568.18		4,896. 5.	1
31. Reuß, ältere Linie . . . . .	3,675.46		2,100.13.—	
32. Reuß, jüngere Linie . . . . .	8,622.29		4,927. 3.10	
33. Schaumburg-Lippe . . . . .	3,468.29		1,981.29.	8
34. Lippe . . . . .	11,902.10		6,801. 7.	2
Transport	5,202,630.29		2,972,932.21.	3

	fl.	tr.	Thaler (gr. pf. Preuß. Ert.
Transport	5,202,630.29		2,972,932.21. 3
35. Hessen-Homburg . . . . .	3,303.19		1,887.18. 3
36. Lübeck . . . . .	6,713.59		3,836.16.10
37. Frankfurt . . . . .	7,903.11		4,516. 3.—
38. Bremen . . . . .	8,010.32		4,577.13. 5
39. Hamburg . . . . .	21,438.30		12,250.17. 3
Summe	5,250,000.—		3,000,000.—.—

Frankfurt, den 13. Februar 1849.

Das Reichsministerium der Finanzen  
v. Beckerath.

Behaghel.

## XXV.

April 12.

## G e s e t z ,

betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum  
Volksbause.

Der Reichsverweser, in Ausführung  
des Beschlusses der Reichsversammlung vom  
27. März 1849, verkündet als Gesetz:

## R e i c h s g e s e t z

über die Wahlen der Abgeordneten zum Volksbause.

### Artikel I.

#### §. 1.

Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche,  
welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr  
zurückgelegt hat.

#### §. 2.

Von der Berechtigung zum Wählen  
sind ausgeschlossen:

1)

- 1) Personen, welche unter Vormundschaft April 12. oder Curatel stehen;
- 2) Personen über deren Vermögen Concurſ: oder Fallitzuſtand gerichtlich eröffnet worden iſt, und zwar während der Dauer dieſes Concurſ: oder Fallitzverfahrens;
- 3) Personen, welche eine Armenunterſtützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldmitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 3.

Als beſcholten, alſo von der Berechtigung zum Wählen ausgeſchloſſen, ſollen angeſehen werden:

Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß nach den Geſetzen des Einzelſtaates, wo das Urtheil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der ſtaatsbürgerlichen Rechte entzogen iſt, ſofern ſie in dieſe Rechte nicht wieder eingeſetzt worden ſind.

§. 4.

Des Rechts zu wählen ſoll, unbeſchadet der ſonſt verwirkten Strafen, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch ſtrafgerichtliches Erkenntniß verluſtig erklärt werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, ſeine Stimme verkauft, oder mehr als einmal bei der für einen und denſelben Zweck beſtimmten Wahl ſeine Stimme abgegeben, oder zur

Ein:

April 12. Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.

## Artikel II.

### §. 5.

Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt, und seit mindestens drei Jahren einem deutschen Staate angehört hat.

Erstandene oder durch Begnadigung erlassene Strafe wegen politischer Verbrechen schließt von der Wahl in das Volkshaus nicht aus.

### §. 6.

Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubs.

## Artikel III.

### §. 7.

In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

### §. 8.

Ergiebt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden.

Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Seelen ist unter die anderen Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen.

### §. 9.

## §. 9.

April 12.

Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis.

Diesen soll die Stadt Lübeck gleichgestellt werden.

Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit andern Staaten nach Maaßgabe der Reichswahlmatrikel (Anlage A) zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt.

## §. 10.

Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

## Artikel IV.

## §. 11.

Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an einem Orte wählen.

Der Standort der Soldaten und Militairpersonen gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl, wenn derselbe seit drei Monaten nicht gewechselt worden ist. — In den Staaten, wo Landwehr besteht, tritt für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthalts für ihren Heimathsbezirk wählen. Die näheren Anordnungen  
zur

April 12. zur Ausführung dieser Bestimmung bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.

§. 12.

In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen.

Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Artikel V.

§. 13.

Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden.

Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

§. 14.

Die Wahl ist direct. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen.

Stellt

Stellt bei einer Wahl eine absolute April 12. Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Candidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

#### §. 15.

Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

#### §. 16.

Die Wahlen sind im Umfang des ganzen Reichs an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt.

Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben.

#### §. 17.

Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirectoren und das Wahlverfahren, in so weit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, oder durch Anordnung der Reichsgewalt noch festgestellt werden wird, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.

### Anlage A.

#### Reichswahlmatrikel.

Zum Zweck der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus werden zusammengelegt:

1)

- April 12. 1) Liechtenstein mit Oesterreich.  
 2) Hessen:Homberg v. d. Höhe mit dem Großherzogthum Hessen; — das hessen:hombergische Oberamt Meisenheim auf dem linken Rheinufer mit Rheinbayern.  
 3) Schaumburg:Lippe mit Hessen:Cassel.  
 4) Hohenzollern:Hechingen mit Hohenzollern:Sigmaringen.  
 5) Reuß ältere Linie mit Reuß jüngerer Linie.  
 6) Anhalt:Cöthen mit Anhalt:Bernburg.  
 7) Lauenburg mit Schleswig:Holstein.  
 8) Der auf der linken Rheinseite gelegene Theil des Großherzogthums Oldenburg mit Rheinpreußen.  
 9) Pyrmont mit Preußen.

Frankfurt, den 12. April 1849.

Der Reichsverweser

Erzherzog Johann.

Die interimistischen Reichsminister

H. v. Gagern. v. Peucker. v. Beckerath.

Duckwitz. R. Mohl.

## XXVI.

### G e s e z,

April 12.

betr. die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage. \*)

Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 27. März 1849, verkündet als Gesetz:

\*) Die beiden vorstehenden Nummern sind aus dem Reichs-Gesetz-Blatte vom 16. April.

Reichs:



**R e i c h s g e s e t z**

April 12.

über die Taggelber und Reisegelber der Abgeordneten  
zum Reichstage.

Die Mitglieder des Staatenhauses und  
des Volkshauses erhalten ein Taggeld von  
sieben Gulden rheinisch und eine Reisekosten-  
entschädigung von einem Gulden für die  
Meile, sowohl der Hinreise als der Rück-  
reise, und genießen Portofreiheit für alle an  
sie gelangenden, oder von ihnen ausgehenden  
Correspondenzen und Drucksachen.

Frankfurt, den 12. April 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Die interimistischen Reichsminister  
H. v. Gagern. v. Peucker. v. Beckerath.  
Duckwih. R. Mohl.

**XXVII.**

**B e r o r d n u n g ,**

April 22.

betr. das Verbot der Ausfuhr von Munitions-  
Gegenständen, Pferden und Schiffsbauholz nach  
Dänemark. \*)

Der Reichsverweser, auf den Vortrag  
der Reichsminister des Krieges und des  
Handels, verordnet wie folgt:

**§. 1.**

Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges  
mit Dänemark wird der Verkauf, die Aus-

\*) Diese Verordnung ist aus dem Reichs-Gesetz-Blatte  
vom 23. April.

April 22. fuhr und Durchfuhr von Waffen, Pulver, Munitions-Gegenständen aller Art, Pferden und Schiffsbauholz nach Dänemark im ganzen Umfange des deutschen Gebietes verboten.

§. 2.

Diese Verordnung tritt überall unmittelbar mit dem Erscheinen derselben in Kraft.

§. 3.

Die Reichsminister des Krieges und des Handels sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt.

Frankfurt, den 22. April 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Die interimistischen Reichsminister	
des Krieges:	des Handels:
v. Peucker.	Duckwitz.

## XXVIII.

April 22. Disciplinar-Strafordnung  
für das deutsche Reichsheer.

### Erster Abschnitt.

Umfang der Disciplinar-Straf-  
gewalt.

§. 1.

Der Disciplinar-Strafgewalt sind unterworfen:

1) alle Militärpersonen des deutschen Reichsheeres, sowohl des streitbaren, als des nicht streitbaren Standes;

2)

2) alle dem deutschen Reichsheere während April 22. dessen Verwendung im Reichsdienste sonst zugetheilten, oder in dessen Gefolge befindlichen Personen;

3) die Kriegsgefangenen.

## §. 2.

Der Disciplinar-Bestrafung unterliegen:

1) Zuwiderhandlungen gegen die militairische Zucht und Ordnung und Uebertretungen der Dienstvorschriften, für welche die Militairgesetze nicht eine, die Grenzen der Disciplinar-Strafgewalt übersteigende Strafe vorschreiben;

2) die Uebertretungen militair-polizeilicher Anordnungen;

3) militairische Vergehen insoweit, als die Militairgesetze deren Bestrafung im Disciplinarwege ausdrücklich gestatten, wie z. B. geringere Grade des Ungehorsams gegen Vorgesetzte in und außer dem Dienst, Verletzung der Ehrerbietung gegen Vorgesetzte und Obere, Streitigkeiten und Raufhandel.

## Zweiter Abschnitt.

Von der Disciplinar-Bestrafung der Militairpersonen des streitbaren Standes.

### I. Disciplinar-Strafen.

#### §. 3.

Als Disciplinar-Strafen sind für Militairpersonen des streitbaren Standes (des  
A a 2 Soldaten:

April 22. Soldatenstandes) nur folgende Strafen zulässig:

#### A. Für Officiere.

1) Verweis, a) ohne Zeugen, oder im Beisein eines Vorgesetzten, — einfacher Verweis; b) vor versammeltem Officiercorps — förmlicher Verweis; c) durch schriftlichen Tagesbefehl — strenger Verweis;

2) Zimmerarrest — gegen Stabsofficiere bis zu sieben, gegen Hauptleute und Rittmeister bis zu vierzehn, und gegen Officiere niederer Grade bis zu acht und zwanzig Tagen, während dessen Verbüßung in der eigenen Wohnung der Arrestat den Degen (Säbel) abgeben muß, Besuche nicht annehmen und zum Dienste nicht herangezogen werden darf.

#### B. Für Unterofficiere und die im Range ihnen gleichstehenden Personen, so wie für Vice-Unterofficiere.

1) Die Auserlegung gewisser, ihrer Stellung entsprechender Dienstverrichtungen außer der Reihe, mit einer angemessenen Zeitbestimmung;

2) Verweis vor versammelten Officieren und Unterofficieren der Compagnie, Schwadron oder Batterie;

3) Casernen-, Stuben- oder Quartierarrest bis zu acht und zwanzig Tagen, wobei der Dienst von ihnen versehen wird;

4) einsamer Arrest in einem Gefängniß bei harter Lagerstätte (Pritsche) und zwar:

a) Arrest ersten Grades — gelinder Arrest —  
ohne

ohne Schärfung bis zu acht und zwanzig April 22. Tagen; b) Arrest zweiten Grades — mittler Arrest — bis zu vierzehn Tagen, wobei dem Arrestaten unter Entziehung des Gebrauchs von Taback, Wein, Branntwein, Bier und ähnlicher Genüsse nur Wasser und Brot gereicht, und blos je am dritten Tage warme Speise verabfolgt, auch an diesem Tage allein die Bewegung in freier Luft unter Aufsicht auf eine Stunde gestattet wird.

Wo Unterofficiere bestehen, welche mit keinen andern Disciplinar: Strafen als die Officiere belegt werden dürfen, soll es auch künftig dabei sein Verbleiben haben. Im Uebrigen sind die Unterofficiere überall in Bezug auf Disciplinar: Strafen in zwei Classen zu theilen, und die in die erste Classe fallenden dürfen alsdann nicht mit einsamen Arrest zweiten Grades belegt werden.

### C. Für Gefreite und Soldaten, und die ihnen gleichstehenden Militair: Personen.

1) Die Auferlegung gewisser Dienstverrichtungen außer der Reihe, mit angemessener Zeitbestimmung, wie namentlich: Exercieren, Wachen, Tagdienst, Stubendienst, Paraden, Arbeiten in der Caserne, in den Ställen, Montirungs: Kammern, auf den Schießständen und dergleichen;

2) Bewirthschaftung der Löhnung durch einen Vorgesetzten;

3)

April 22.

3) Verweis vor versammelter Compagnie, Schwadron oder Batterie;

4) Arreststrafen, und zwar: a) Casernens-, Stubens- oder Quartier-Arrest, so wie einsamer Arrest ersten und zweiten Grades, eben so wie für Unterofficiere (B. 3. 4.); b) Arrest dritten Grades — strenger Arrest — bis zu sieben Tagen, welcher in einem völlig dunkeln Gefängniß, eben so wie der Arrest zweiten Grades, vollstreckt, und wobei dem Arrestaten nur je am vierten Tage warme Speise verabreicht, auch an diesem Tage allein die Bewegung in freier Luft unter Aufsicht auf zwei Stunden erlaubt wird.

#### §. 4.

Gestattet der Gesundheitszustand des zu Bestrafenden die Anwendung des Arrestes dritten Grades nicht, so tritt Arrest zweiten Grades, und wenn auch dieser aus gleichem Grunde nicht anwendbar ist, Arrest ersten Grades, — in beiden Fällen mit einer dem härteren Arrestgrade entsprechenden Dauer — ein.

Die drei Grade des einsamen Arrestes (S. 3. B. C.) stehen in folgendem Verhältniß:

1 Tag des einsamen Arrestes dritten Grades ist gleich 2 Tagen einsamen Arrestes zweiten Grades, gleich 4 Tagen einsamen Arrestes ersten Grades.

#### §. 5.

Ist auf dem Marsche, im Lager, oder sonst außerhalb der Garnison, den örtlichen Umständen nach, der einsame Arrest nicht voll-

vollstreckbar, so soll an dessen Stelle Arrest April 22. an der Stabs- oder Brandwache mit Beschränkung der gewohnten Bedürfnisse an Taback, Wein, Bier oder Branntwein eintreten, verbunden

a) beim Arrest zweiten Grades mit Heranziehen zu beschwerlichen Dienstverrichtungen, oder, bei Soldaten, mit täglich zweistündigem Befestigen an eine Wand, einen Baum oder eine Kanone;

b) beim Arrest dritten Grades aber mit täglich dreistündigem Befestigen wie zu a, unter Gewährung einstündiger Ruhe nach 1½ Stunden.

Das Befestigen des Arrestaten geschieht — auf eine der Gesundheit desselben nicht nachtheilige Weise und nicht vor den Augen des Publikums — in aufrechter Stellung, den Rücken nach der Wand &c. gekehrt, dergestalt, daß er sich weder setzen noch niederlegen kann; auch darf dasselbe während des Marsches nur an Ruhetagen stattfinden.

## II. Zuständigkeit der Militärbefehlshaber zur Verhängung von Disciplinarstrafen.

### 1. Im Allgemeinen:

#### §. 6.

Die Disciplinarstrafgewalt steht den Officieren zu, denen der Befehl über eine oder mehrere Truppenabtheilungen, oder über ein abgesondertes Commando, oder über eine Militair-

April 22. Militair-Behörde, oder eine militairische Anstalt, mit Verantwortlichkeit für die Disciplin übertragen ist und erstreckt sich auf die Untergebenen dieses Dienstbereichs.

§. 7.

Alle anderen Officiere (§. 6) und die Unterofficiere haben keine Disciplinar-Strafgewalt. Es ist jedoch jeder Höhere im Range, so wie der mit Strafgewalt versehene Befehlshaber berechtigt, den nach dem Grade oder bei gleichem Grade nach dem Dienstalter unter ihm stehenden Militair-Personen des streitbaren Standes Zurechtweisungen und Rügen zu ertheilen; sie auch nöthigenfalls vorläufig zu verhaften oder ihre Verhaftung zu bewirken.

Eine solche Verhaftung aber muß von ihm sofort dem nächsten mit Disciplinar-Strafgewalt versehenen Vorgesetzten gemeldet werden.

§. 8.

Die Disciplinar-Strafgewalt ist nicht an die Charge, sondern an die Function geknüpft und geht von selbst während der Stellvertretung auf den Stellvertreter im Commando über.

§. 9.

Ein jeder mit Disciplinar-Strafgewalt versehener Befehlshaber ist berechtigt:

- a) gegen Unterofficiere und Soldaten seines Dienstbereichs die für dieselben nach §. 3. B. 1, 2 und C. 1, 2, 3 zulässigen kleineren Disciplinar-Strafen, und

b)



- b) gegen die ihm untergebenen Officiere April 22.  
einfache und förmliche Verweise zu  
verhängen.

## 2. Insbesondere:

### A. Des Befehlshabers einer Compagnie, Schwadron oder Batterie.

#### §. 10.

Die Befehlshaber einer Compagnie,  
Schwadron oder Batterie und die mit gleicher  
Strafgewalt versehenen Befehlshaber dürfen:

1) die ihnen untergebenen Officiere mit  
Zimmerarreste bis zu vier und zwanzig  
Stunden;

2) die Unterofficiere und Soldaten ihres  
Dienstbereichs a) mit Casernen-, Stuben-  
oder Quartier-Arrest bis zu vierzehn Tagen,  
und b) mit einsamen Arrest ersten Grades  
bis zu sieben Tagen;

3) die nicht zur ersten Classe gehörenden  
Unterofficiere (§. 3. B. 4 b.) und die Sol-  
daten mit einsamen Arrest zweiten Grades  
bis zu vier Tagen, und

4) die Soldaten mit einsamen Arrest  
dritten Grades bis zu zwei Tagen bestrafen.

### B. Des Befehlshabers eines nicht selbstständigen Bataillons.

#### §. 11.

Die Befehlshaber der nicht selbstständigen  
Bataillone und die mit gleicher Strafgewalt  
versehenen Befehlshaber sind berechtigt:

1) die ihnen untergebenen Officiere mit  
Zimmerarrest bis zu vier Tagen; 2)

April 22.

2) die Unterofficiere und Soldaten ihres Dienstbereichs a) mit Casernen-, Stuben- oder Quartier-Arrest bis zu ein und zwanzig Tagen, und b) mit einsamen Arrest ersten Grades bis zu vierzehn Tagen;

3) die nicht zur ersten Classe gehörenden Unterofficiere und die Soldaten mit einsamen Arrest zweiten Grades bis zu sieben Tagen, und

4) die Soldaten mit einsamen Arrest dritten Grades bis zu vier Tagen zu bestrafen.

### C. Des Befehlshabers eines Regiments oder selbstständigen Bataillons.

#### §. 12.

Die Befehlshaber der Regimenter und selbstständigen Bataillone und die mit gleicher Strafgewalt versehenen Befehlshaber dürfen:

1) die ihnen untergebenen Officiere a) mit strengem Verweis, b) mit Zimmer-Arrest, und zwar die Stabsofficiere bis zu sieben Tagen, die Hauptleute und Rittmeister bis zu vierzehn Tagen, und die Officiere niederer Grade bis zu acht und zwanzig Tagen;

2) die Unterofficiere und Soldaten ihres Dienstbereichs mit Casernen-, Stuben-, Quartier- oder einsamen Arrest ersten Grades bis zu acht und zwanzig Tagen;

3) die nicht zur ersten Classe gehörenden Unterofficiere und die Soldaten mit einsamen Arrest zweiten Grades bis zu vierzehn Tagen, und

4)

4) die Soldaten mit einsamen Arrest April 22. dritten Grades bis zu sieben Tagen bestrafen.

#### D. Der detachirten Officiere und Unterofficiere.

##### §. 13.

Dem detachirten Bataillons-Befehlshaber steht die Disciplinar-Strafgewalt des Regiments-Befehlshabers, dem detachirten Befehlshaber einer Compagnie, Schwadron oder Batterie die des nicht selbstständigen Bataillons-Befehlshabers und dem detachirten Subaltern-Officier ohne Rücksicht auf den Dienstgrad diejenige des Befehlshabers einer Compagnie so lange zu, als er außer der gewöhnlichen Dienstverbindung mit seinem nächsten Vorgesetzten sich befindet und nicht unter den Befehl eines andern, die Stelle dieses Vorgesetzten einnehmenden Befehlshabers tritt. Auch kann einem detachirten Unterofficier für die Dauer des isolirten Verhältnisses von dem ihn entsendenden Befehlshaber, insofern nach dessen Ermessen die Umstände es erfordern, eine Disciplinar-Strafbefugniß in mäßigen Grenzen übertragen werden.

E. Der dem Regimentsbefehlshaber vorgesezten höheren Befehlshaber, der Gouverneure und Commandanten in Festungen und offenen Orten,

##### §. 14.

Die dem Befehlshaber eines Regiments vorgesezten höheren Befehlshaber können Disci-

April 22. Disciplinar: Strafen selbst verhängen, wenn die zur Disciplinar: Bestrafung geeignete Handlung: a) unter ihren Augen, oder b) von Militair: Personen verschiedener Truppentheile ihres Dienstbereichs begangen, oder c) ihnen zur Entscheidung oder zur Bestimmung der Strafen gemeldet, oder d) von dem niederen Befehlshaber ohne gegründete Ursache unbestraft gelassen ist.

### §. 15.

Die Zuständigkeit der Gouverneure oder, je nach den besonderen Bestimmungen, der Commandanten in Festungen und offenen Orten, tritt gegen alle am Orte befindlichen Militair: Personen ein, wenn die zur Disciplinar: Bestrafung geeignete Handlung:

- 1) als Exceß gegen die allgemeine Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu betrachten, oder
- 2) gegen eine besondere, in Beziehung auf die Festungswerke und Verteidigungsmittel bestehende Anordnung, oder
- 3) im Wacht: oder sonstigen Dienste des Plazes, oder
- 4) von einer Militair: Person begangen ist, deren eigener mit Disciplinar: Strafgewalt versehener Befehlshaber nicht in dienstlicher Eigenschaft am Orte ist.

### §. 16.

Die in den §§. 14, 15 genannten höheren Befehlshaber, Gouverneure und Commandanten sind, wenn sie danach oder nach §. 17 in den Fall kommen, Disciplinar: Strafen zu verhängen, in Betreff aller ihnen

ihnen untergebenen Militair-Personen inner: April 22.  
halb derselben Grenzen zur Verfügung dieser  
Strafen befugt, wie der Befehlshaber eines  
Regiments (§. 9, 12).

F. Wenn zur Disciplinar-Bestra-  
fung geeignete Handlungen von  
Militairpersonen verschiedener  
Truppentheile gemeinschaftlich  
begangen werden.

#### §. 17.

Wenn außer den Fällen des §. 15 von  
mehreren der Disciplinar-Strafgewalt ver-  
schiedener Befehlshaber unterworfenen Mili-  
tair-Personen gemeinschaftlich eine, zur Dis-  
ciplinär-Bestrafung geeignete Handlung be-  
gangen wird, so steht die Bestimmung der  
Strafe gegen alle Vertheilte dem nächsten  
gemeinschaftlichen Befehlshaber, oder, wenn  
ein solcher am Orte nicht vorhanden ist,  
dem Gouverneur oder beziehungsweise dem  
Commandanten und, in Ermangelung dessel-  
ben, dem ältesten am Orte befindlichen Be-  
fehlshaber zu.

G. Bei combinirten Truppen-  
körpern.

#### §. 18.

Nach den Bestimmungen der §§. 6—17  
regelt sich der Umfang der Disciplinar-  
Strafgewalt der Militair-Befehlshaber auch  
in dem Falle, wenn Truppen-Abtheilungen  
verschiedener Einzelstaaten des deutschen Reichs  
zum gemeinsamen Dienste mit einander zeit-  
weilig vereinigt werden.

H.

April 22. H. Gegen Militair: Personen vom Stande der Beurlaubten.

§. 19.

In wie weit die in den §§. 6—17 enthaltenen Vorschriften auf die nicht bei den Fahnen befindlichen Militair: Personen anzuwenden sind, bleibt vorläufig den Bestimmungen der Einzelstaaten überlassen.

III. Meldungen über verhängte Disciplinar: Strafen.

§. 20.

Hinsichtlich der von den niederen Befehlshabern über Verhängung von Disciplinar: Strafen den höheren Befehlshabern zu erstattenden Meldungen behält es bei den darüber in den Militairgesetzen und Dienstvorschriften der Einzelstaaten enthaltenen Bestimmungen sein Bewenden.

### Dritter Abschnitt.

Von der Disciplinar: Bestrafung der Militair: Beamten und aller anderen nicht zum streitbaren Stande gehörenden Militair: Personen.

§. 21.

Gegen Militair: Beamte und alle andere nicht zum streitbaren Stande gehörende Militair: Personen können, nach Maaßgabe ihres Ranges, dieselben Disciplinar: Strafen verhängt werden, wie gegen Militair: Personen des streitbaren Standes. Auch finden Geld: strafen

strafen gegen sie statt, jedoch nur da, wo April 22. diese Strafen bisher üblich waren.

#### §. 22.

Zur Disciplinar-Bestrafung dieser Personen (§. 21) ist der Militair-Befehlshaber, dem sie zunächst untergeben sind, berechtigt.

Stehen diese Militair-Personen sowohl unter einem Militair-Befehlshaber, als auch unter einem Verwaltungs-Vorgesetzten (oder einer Verwaltungs-Behörde), so sind sie bei Verletzung der Vorschriften, welche die Grundlage ihrer Amtswirksamkeit bilden, ausschließlich der Disciplinar-Bestrafung der Verwaltungs-Vorgesetzten (oder der Verwaltungs-Behörde) unterworfen.

Alle anderen zur Disciplinar-Bestrafung geeigneten Handlungen solcher Militair-Personen gehören — wosern die ihnen ertheilten, zunächst hierbei maaßgebenden Dienst-Vorschriften es nicht anders bestimmen — zur Zuständigkeit des ihnen vorgesetzten Befehlshabers.

### Vierter Abschnitt.

Von der Disciplinar-Bestrafung der im §. 1 unter No. 2 und 3 erwähnten Personen.

#### §. 23.

Auf die im §. 1 unter No. 2 und 3 genannten Personen finden, wenn sie zum streitbaren Stande gehören, die für Personen des streitbaren Standes in dieser Verordnung  
er:

April 22. ertheilten Vorschriften nach Maaßgabe ihres Ranges Anwendung.

Gehören sie nicht zum streitbaren Stande, so sind in Absicht auf die Disciplinar: Bestrafung die Vorschriften des §. 21 maaßgehend; jedoch muß dabei die Stellung dieser Personen im bürgerlichen Leben berücksichtigt werden.

### Fünfter Abschnitt.

Von der Ausübung der Disciplinar: Strafgewalt und von der Vollstreckung der Disciplinar: Strafen.

#### I. Ausübung der Disciplinar: Strafgewalt.

##### §. 24.

Jeder mit Disciplinar: Strafgewalt versehene Befehlshaber soll überall mit strengster Unparteilichkeit zu Werke gehen, und wenn die strafbare Handlung nicht mit Gewißheit aus seiner eignen Wahrnehmung, oder aus einer dienstlichen Meldung, oder aus dem Geständniß des Beschuldigten hervorgeht, so wie überhaupt, wenn er über die Schuld, oder den Grad der Strafbarkeit zweifelhaft ist, den Hergang der Sache durch mündliche oder schriftliche Verhandlungen aufzuklären suchen.

##### §. 25.

Die Art und das Maaß der Disciplinar: Strafe hat der Befehlshaber, innerhalb der Grenzen seiner Disciplinar: Strafgewalt, mit Be-



Berücksichtigung der Natur der strafbaren April 22.  
Handlung, der Individualität des zu Ver-  
strafenden, seiner bisherigen Aufführung und  
etwaigen Rückfälligkeit, so wie des durch  
die Uebertretung mehr oder minder gefähr-  
deten Dienstinteresses zu bestimmen.

#### §. 26.

Eine und dieselbe strafbare Handlung  
darf nur von einem Befehlshaber bestraft  
und dafür nicht mehr als eine Disciplinar-  
Strafe auferlegt werden.

#### §. 27.

Hat ein Soldat der Strafkasse (der  
zweiten Klasse des Soldatenstandes) eine  
Arreststrafe verwirkt, so ist in der Regel  
einsamer Arrest des zweiten oder dritten  
Grades zu verfügen.

#### §. 28.

Wenn ein nicht mit der höchsten Straf-  
befugniß versehener Befehlshaber zwar eine  
Disciplinar-Strafe für zulässig, das Maaß  
der ihm zustehenden Strafbefugniß aber für  
unzureichend erachtet, so hat er dem nächst-  
vorgesetzten Befehlshaber zur weiteren Be-  
stimmung sogleich Meldung zu machen.

#### §. 29.

Zur Disciplinar-Bestrafung geeignete  
Handlungen, welche 90 Tage nach der Ver-  
übung, oder 45 Tage nach der Anzeige bei  
dem betreffenden mit Strafgewalt versehenen  
Befehlshaber unbestraft geblieben sind, dürfen,

April 22. als verjährt, nicht mehr mit Strafe belegt werden.

§. 30.

Ist ein gerichtlich zu bestrafendes Vergehen oder ein Verbrechen nur mit einer Disciplinar-Strafe geahndet worden, so ist dadurch die Strafbarkeit nicht getilgt, sondern das gerichtliche Verfahren dennoch zulässig, insofern nicht inzwischen die Verjährung eingetreten sein sollte. Bei Abmessung der Strafen soll aber auf die bereits verbüßte Disciplinar-Strafe Rücksicht genommen werden.

## II. Vollstreckung der Disciplinar-Strafen.

§. 31.

Die Vollstreckung der Disciplinar-Strafen muß, sofern die Umstände es nur irgend gestatten, sogleich nach deren Festsetzung erfolgen. Ist die Strafe von einem höhern Befehlshaber verhängt, so bleibt es seinem Ermessen überlassen, den Vollzug derselben entweder selbst anzuordnen, oder dem unmittelbaren Befehlshaber des zu Bestrafenden zu übertragen.

§. 32.

Die Militair-Befehlshaber und die Verwaltungs-Vorgesetzten haben von der, gegen einen ihnen Beiden untergeordneten Militair-Beamten verhängten Disciplinar-Strafe, insofern dieselbe nicht blos in einem einfachen Verweise besteht, sich gegenseitig Mittheilung zu machen, und die Verwaltungs-  
Vor-

Vorgesetzten den Vollzug der von ihnen ver: April 22.  
hängten Arreststrafen den Militair-Befehls-  
habern zu überlassen.

## Sechster Abschnitt.

### Von der Beschwerdeführung über Disciplinar-Bestrafung.

#### §. 33.

Beschwerden über Disciplinar-Bestrafung, sowie Gesuche um Milderung oder Erlassung verhängter Disciplinar-Strafen dürfen nur im Dienstwege, und zwar:

- a) bloß von dem Bestraften selbst, ohne Mitwirkung Anderer,
- b) bei dem unmittelbaren Vorgesetzten desjenigen, der die Strafe verfügt hat, und
- c) in der für dienstliche Beschwerden und Gesuche vorgeschriebenen Form  
angebracht werden.

#### §. 34.

Das Zusammentreten in Vereine, sowie jede sonstige Versammlung von Militair-Personen des streitbaren Standes, zur Berathschlagung über die Anfertigung und Anbringung solcher Beschwerden oder Gesuche (§. 33) darf, wie überhaupt zu Beschwerden und Gesuchen (Petitionen) in dienstlichen Angelegenheiten, nicht stattfinden.

#### §. 35.

Ob auf die erhobene Beschwerde der Vollzug der Strafe ausgesetzt werden soll, hängt von dem Ermessen desjenigen, der

April 22. die Strafe verfügt hat, unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit ab.

Auch kann der Vorgesetzte, der über die Beschwerde zu entscheiden hat, bevor er diese Entscheidung trifft, den Vollzug der Strafe aussetzen oder unterbrechen.

### Siebenter Abschnitt.

Von der Beaufsichtigung der Militair: Befehlshaber in Absicht auf die richtige Anwendung der Disciplinar: Strafgewalt.

#### §. 36.

Die höheren Befehlshaber haben die gerechte und zweckmäßige Anwendung der, den ihnen untergebenen niederen Befehlshabern gesetzlich zustehenden Strafbefugnisse, namentlich durch genaue Prüfung der Straflisten, sorgfältig zu überwachen.

#### §. 37.

Finden die höheren Befehlshaber, daß eine von dem niedern Befehlshaber verhängte Disciplinar: Strafe:

1) entweder ihrer Art oder ihrer Dauer nach ungesetzlich oder verordnungswidrig, oder

2) der Strafende zu deren Verhängung nicht befugt gewesen ist, oder

3) daß die Bestrafung auf unrichtigen tatsächlichen Voraussetzungen beruht, so ist von ihnen die Strafe, insofern sie noch nicht vollzogen ist (jedoch ohne Verschärfung derselben), abzuändern oder aufzu-

zu-

zuheben, und die etwaige Ueberschreitung April 22. oder Anmaassung der Disciplinar: Strafgewalt, nach Maaßgabe der Verschuldung, entweder disciplinarisch zu rügen, oder die gerichtliche Untersuchung und Bestrafung zu veranlassen.

### Achter Abschnitt.

#### Von der Disciplinar: Strafgewalt in außerordentlichen Fällen.

##### §. 38.

Der Ober: Befehlshaber des Reichsheeres, sowie jeder Befehlshaber eines abgesonderten Corps bis zum Befehlshaber einer Brigade abwärts, hat die Befugniß, bei besonderen die Disciplin gefährdenden Verhältnissen, jedoch nur für die Dauer derselben, durch Tagesbefehl die nach den §§. 3, 5 zulässigen Disciplinar: Strafen in angemessener Weise zu verschärfen.

Dieselbe Befugniß hat der Befehlshaber der Besatzung einer Festung, eines offenen Orts oder Bezirks, welche in Belagerungszustand erklärt worden sind.

##### §. 39.

Die im §. 38 genannten Befehlshaber sind auch berechtigt, in außerordentlichen Fällen gegen ganze Truppentheile Verweise vor der Front oder durch Tagesbefehl, Auf: erlegung besonderer Dienstverrichtungen, Ent: ziehung gewisser Bequemlichkeiten oder Ge: nüsse, z. B. des Tabackrauchens, des Feuers und Strohes beim Bivoual zu verfügen.

##### §. 40.

April 22.

§. 40.

In eigentlichen Nothfällen, insbesondere zur Durchsetzung der zur Beseitigung dringender Gefahr erteilten Dienstbefehle, so wie bei Meuterei, Aufruhr, Plünderung und ähnlichen pflichtwidrigen Handlungen, stehen jedem Officier, unter strenger Verantwortlichkeit für die ergriffenen Maaßregeln, alle Mittel zu Gebote, seinen Befehlen den nöthigen Gehorsam zu verschaffen.

Dieselbe Befugniß unter gleicher Verantwortlichkeit hat jeder Vorgesetzte zum Zweck der Abwehr eines thätlichen Angriffs des Untergebenen im Fall der äußersten Bedrängniß.

Frankfurt, den 22. April 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Der interimistische Reichsminister des Krieges  
v. Peucker.

## XXIX.

April 22.

### Einführungs-Verordnung,

betr. die gleichmäßige Behandlung der Disciplinar-Vergehen bei allen im Reichsdienste befindlichen Truppen. \*)

Der Reichsverweser, auf den Vortrag des Reichsministers des Krieges, nach An-

\*) Die beiden vorstehenden Nummern sind aus dem Reichs-Gesetz-Blatte vom 25. April.

hörung

führung des Reichs-Ministerrathes, und in April 22. Erwägung der dringenden Nothwendigkeit einer gleichmäßigen Behandlung der Disciplinar-Vergehen bei allen im Reichsdienst befindlichen Truppen, verordnet in Genehmigung der Vorschläge der zur Berathung dieses Gegenstandes aus Stellvertretern der sämtlichen deutschen Armee-Corps zusammengerufenen Commission, wie folgt:

§. 1.

Die heut vollzogene Disciplinar-Straf-Berordnung für das deutsche Reichsheer tritt unverzüglich bei allen für den Reichsdienst aufgegebenen Truppen desselben in Kraft.

§. 2.

Ueber die Art und Weise, wie diese Berordnung auch bei allen übrigen Theilen des deutschen Reichsheeres, mit Rücksicht auf ihre Abweichung von der zeitherigen Disciplinar-Vorschrift der Einzelstaaten durch vermittelnde Uebergänge auch für den Dienst in der Heimath in Anwendung zu bringen ist, bleibt die weitere Bestimmung vorbehalten.

§. 3.

Der Reichsminister des Krieges ist mit der Vollziehung dieser Berordnung beauftragt.

Frankfurt, den 22. April 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Der interimistische Reichsminister des Krieges  
v. Peucker.

XXX.

## XXX.

## April 28. Verfassung des deutschen Reiches. \*)

Die deutsche verfassungsgebende Nationalversammlung hat beschlossen, und verkündigt als Reichsverfassung:

## Verfassung des deutschen Reiches.

## Abschnitt I. Das Reich.

## Artikel I.

§. 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten.

§. 2. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben. In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsbürger berufen werden. Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern.

§. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so muß dieses entweder in seinem deutschen

---

\*) Diese Nummer ist aus dem Reichs-Gesetz-Blatte vom 28. April.



Landes residiren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.

§. 4. Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.

§. 5. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.

## Abschnitt II. Die Reichsgewalt.

### Artikel I.

§. 6. Die Reichsgewalt ausschließlich übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus. Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Consuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schiffahrtsverträge, so wie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maaßregeln an.

§. 7. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu

April 28. zu empfangen oder solche zu halten. Auch dürfen dieselben keine besondere Consulen halten. Die Consulen fremder Staaten erhalten ihr Exequatur von der Reichsgewalt. Die Absendung von Bevollmächtigten an das Reichsoberhaupt ist den einzelnen Regierungen unbenommen.

§. 8. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit anderen deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizen.

§. 9. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche eine deutsche Regierung mit einer anderen deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei bertheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

#### Artikel II.

§. 10. Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und Friedens zu.

#### Artikel III.

§. 11. Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.

§. 12. Das Reichsheer besteht aus der gesammten, zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Die Stärke und Beschaffenheit des Reichsheeres wird durch das Gesetz über die  
die

die Wehrverfassung bestimmt. Diejenigen April 28.  
Staaten, welche weniger als 500,000 Einwohner haben, sind durch die Reichsgewalt zu größeren militairischen Ganzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, zu vereinigen, oder einem angrenzenden größeren Staate anzuschließen. Die näheren Bedingungen einer solchen Vereinigung sind in beiden Fällen durch Vereinbarung der betheiligten Staaten unter Vermittelung und Genehmigung der Reichsgewalt festzustellen.

§. 13. Die Reichsgewalt ausschließlich hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Controlle. Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Reichsgesetze und der Anordnungen der Reichsgewalt und beziehungsweise in den Grenzen der nach §. 12 getroffenen Vereinbarungen zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, so weit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird.

§. 14. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen.

§. 15. Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehende Kosten, welche den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem Reiche zur Last.

§. 16.

April 28.

§. 16. Ueber eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz.

§. 17. Den Regierungen der einzelnen Staaten bleibt die Ernennung der Befehlshaber und Officiere ihrer Truppen, so weit deren Stärke sie erheischt, überlassen. Für die größeren militairischen Ganzen, zu denen Truppen mehrerer Staaten vereinigt sind, ernennt die Reichsgewalt die gemeinschaftlichen Befehlshaber. Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die commandirenden Generale der selbstständigen Corps, sowie das Personale der Hauptquartiere.

§. 18. Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen und Küstenvertheidigungswerke anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären. Die Reichsfestungen und Küstenvertheidigungswerke des Reiches werden auf Reichskosten unterhalten.

§. 19. Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reiches. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten oder Kaperbriefe auszugeben. Die Bemannung der Kriegsflotte bildet einen Theil der deutschen Wehrmacht. Sie ist unabhängig von der Landmacht. Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotte gestellt wird, ist von der Zahl der von demselben zu haltenden Landtruppen abzurechnen. Das Nähere hierüber

über, so wie über die Kostenausgleichung April 28. zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten, bestimmt ein Reichsgesetz. Die Ernennung der Officiere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegesflotte und die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshäfen und Seearsenälen ob. Ueber die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marine-Etablissements nöthigen Enteignungen, so wie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden, bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze.

#### Artikel IV.

§. 20. Die Schiffsfahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Leortsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) bleiben der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen. Die Uferstaaten unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, wie weit die Mündungen der einzelnen Flüsse zu rechnen sind.

§. 21. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern.

§. 22. Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den Schiffen und deren Ladungen für die Benutzung der Schiffsfahrtsanstalten

April 28. anstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nothwendigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt.

§. 23. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen. Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichscasse.

#### Artikel V.

§. 24. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die in ihrem schiffbaren Lauf mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüsse und Seen und über die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüsse, so wie über den Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben. Auf welche Weise die Schiffbarkeit dieser Flüsse erhalten oder verbessert werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz. Die übrigen Wasserstraßen bleiben der Fürsorge der Einzelstaaten überlassen. Doch steht es der Reichsgewalt zu, wenn sie es im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, allgemeine Bestimmungen über den Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben zu erlassen, so wie einzelne Flüsse unter derselben Voraussetzung den oben erwähnten gemeinsamen Flüssen gleich zu stellen. Die Reichsgewalt ist befugt, die Einzelstaaten zu gehöriger Erhaltung der Schiffbarkeit dieser Wasserstraßen anzuhalten.

§. 25.

§. 25. Alle deutschen Flüsse sollen für April 28. deutsche Schifffahrt von Flußzöllen frei sein. Auch die Flößerei soll auf schiffbaren Flußstrecken solchen Abgaben nicht unterliegen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein.

§. 26. Die Hafenz-, Krahnen-, Waag-, Lager-, Schleusen- und dergleichen Gebühren, welche an den gemeinschaftlichen Flüssen und den Mündungen der in dieselben sich ergießenden Nebenflüsse erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung derartiger Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. Es darf in Betreff dieser Gebühren keinerlei Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutscher Staaten stattfinden.

§. 27. Flußzölle und Flußschifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladungen nur durch die Reichsgewalt gelegt werden.

#### Artikel VI.

§. 28. Die Reichsgewalt hat über die Eisenbahnen und deren Betrieb, soweit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt, die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind.

§. 29. Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reiches oder  
im

April 28. im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, die Anlage von Eisenbahnen zu bewilligen, so wie selbst Eisenbahnen anzulegen, wenn der Einzelstaat, in dessen Gebiet die Anlage erfolgen soll, deren Ausführung ablehnt. Die Benutzung der Eisenbahnen für Reichszwecke steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei.

§. 30. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reiches und das Interesse des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen.

§. 31. Die Reichsgewalt hat über die Landstraßen die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung, soweit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind.

§. 32. Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, zu verfügen, daß Landstraßen und Canäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder deren Schiffbarkeit erweitert werde. Die Anordnung der dazu erforderlichen baulichen Werke erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit den theilhaftigen Einzelstaaten durch die Reichsgewalt.

Die Ausführung und Unterhaltung der neuen Anlagen geschieht von Reichswegen und auf Reichskosten, wenn eine Verständigung mit den Einzelstaaten nicht erzielt wird.

Artikel



## Artikel VII.

April 28.

§. 33. Das deutsche Reich soll Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnengrenzzölle. Die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zolllinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten. Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen.

§. 34. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, so wie über gemeinschaftliche Productions- und Verbrauchs-Steuer. Welche Productions- und Verbrauchs-Steuer gemeinschaftlich sein sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung.

§. 35. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, so wie der gemeinschaftlichen Productions- und Verbrauchs-Steuer, geschieht nach Anordnung und unter Aufsicht der Reichsgewalt. Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maassgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reiches vorweggenommen, das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt. Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen.

§. 36. Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Productions- oder Verbrauchs-Steuer für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen, und

April 28. welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt.

§. 37. Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen.

§. 38. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt, und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

§. 39. Der Reichsgewalt steht es zu, über das Gewerbwesen Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen.

§. 40. Erfindungs-Patente werden ausschließlich von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt; auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, jedes unbefugte Nachahmen von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu.

#### Artikel VIII.

§. 41. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen. Dieselbe sorgt für gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen, und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Con-

Controle. Der Reichsgewalt steht es zu, April 28. die innerhalb mehrerer Postgebiete sich bewegenden Course im Interesse des allgemeinen Verkehrs zu ordnen.

§. 42. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur von der Reichsgewalt oder mit deren Genehmigung geschlossen werden.

§. 43. Die Reichsgewalt hat die Befugniß, insofern es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehältlich billiger Entschädigung der Berechtigten.

§. 44. Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen, und die vorhandenen gegen Entschädigung zu benutzen, oder auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. Weitere Bestimmungen hierüber, so wie über Benutzung von Telegraphen für den Privatverkehr, sind einem Reichsgesetz vorbehalten.

#### Artikel IX.

§. 45. Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen. Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen.

§. 46. Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maaß und Gewicht, so wie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen.

April 28. §. 47. Die Reichsgewalt hat das Recht, das Bankwesen und das Ausgeben von Papiergeld durch die Reichsgesetzgebung zu regeln. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

#### Artikel X.

§. 48. Die Ausgaben für alle Maaßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt aus den Mitteln des Reiches zu bestreiten.

§. 49. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Einkünften aus den Zöllen und den gemeinsamen Productions- und Verbrauchs- Steuern angewiesen.

§. 50. Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge aufzunehmen.

§. 51. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, so wie Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu contrahiren.

#### Artikel XI.

§. 52. Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reiches bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht.

#### Artikel XII.

§. 53. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren.

§. 54.

§. 54. Der Reichsgewalt liegt die April 28. Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maaßregeln zu treffen:

- 1) wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staate in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird;
- 2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird.

Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist, oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint;

- 3) wenn die Verfassung eines deutschen Staates gewaltsam oder einseitig aufgehoben oder verändert wird, und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverzügliche Hülfe nicht zu erwirken ist.

§. 55. Die Maaßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind:

- 1) Erlasse,
- 2) Absendung von Commissarien,
- 3) Anwendung von bewaffneter Macht.

Ein Reichsgesetz wird die Grundsätze bestimmen, nach welchen die durch solche Maaßregeln veranlaßten Kosten zu tragen sind.

§. 56.

April 28. §. 56. Der Reichsgewalt liegt es ob, die Fälle und Formen, in welchen die bewaffnete Macht gegen Störungen der öffentlichen Ordnung angewendet werden soll, durch ein Reichsgesetz zu bestimmen.

§. 57. Der Reichsgewalt liegt es ob, die gesetzlichen Normen über Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzusetzen.

§. 58. Der Reichsgewalt steht es zu, über das Heimathsrecht Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen.

§. 59. Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte gewährleisteten Rechts der freien Vereinigung und Versammlung, Reichsgesetze über das Associationswesen zu erlassen.

§. 60. Die Reichsgesetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche die Anerkennung ihrer Echtheit in ganz Deutschland bedingen.

§. 61. Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gemeinwohl's allgemeine Maaßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen.

### Artikel XIII.

§. 62. Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung, so weit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutze der ihr überlassenen Anstalten erforderlich ist.

§. 63.

§. 63. Die Reichsgewalt ist befugt, April 28. wenn sie im Gesamtinteresse Deutschlands gemeinsame Einrichtungen und Maaßregeln nothwendig findet, die zur Begründung derselben erforderlichen Gesetze in den für die Veränderung der Verfassung vorgeschriebenen Formen zu erlassen.

§. 64. Der Reichsgewalt liegt es ob, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volke zu begründen.

§. 65. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Reichswegen.

§. 66. Reichsgesetze gehen den Gesetzen der Einzelstaaten vor, insofern ihnen nicht ausdrücklich eine nur subsidiaire Geltung beigelegt ist.

#### Artikel XIV.

§. 67. Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reiche aus. Die Dienstpragmatik des Reiches wird ein Reichsgesetz feststellen.

### Abschnitt III. Das Reichsoberhaupt.

#### Artikel I.

§. 68. Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.

§. 69. Diese Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden.

April 28. worden. Sie vererbt im Mannsstamme nach dem Rechte der Erstgeburt.

§. 70. Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Deutschen.

§. 71. Die Residenz des Kaisers ist am Sitze der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren. So oft sich der Kaiser nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein. Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten.

§. 72. Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt.

### Artikel II.

§. 73. Die Person des Kaisers ist unverleßlich. Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus.

§. 74. Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

### Artikel III.

§. 75. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Consuln an und führt den diplomatischen Verkehr.

§. 76.



§. 76. Der Kaiser erklärt Krieg und April 28. schließt Frieden.

§. 77. Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstages, insoweit diese in der Verfassung vorbehalten ist.

§. 78. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur Kenntnißnahme, und insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

§. 79. Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen.

§. 80. Der Kaiser hat das Recht des Gesetzworschlages. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündet die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen.

§. 81. In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung von Untersuchungen kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstags erlassen. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur  
dann

April 28. dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu.

§. 82. Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob.

§. 83. Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht.

§. 84. Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maaßgabe der Reichsverfassung. Ihm, als Träger dieser Gewalt, stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.

## Abschnitt IV. Der Reichstag.

### Artikel I.

§. 85. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus.

### Artikel II.

§. 86. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten.

§. 87. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß: Preußen 40 Mitglieder, Oesterreich 38, Bayern 18, Sachsen 10, Hannover 10, Württemberg 10, Baden 9, Kurhessen 6, Großherzogthum Hessen 6, Holstein (Schleswig, s. Reich §. 1) 6, Mecklenburg-Schwerin 4, Luxemburg-Limburg 3, Nassau 3, Brauns-

Braunschweig 2, Oldenburg 2, Sachsen: April 28.  
 Weimar 2, Sachsen: Coburg: Gotha 1,  
 Sachsen: Meiningen: Hildburghausen 1, Sach-  
 sen: Altenburg 1, Mecklenburg: Strelitz 1,  
 Anhalt: Dessau 1, Anhalt: Bernburg 1, An-  
 halt: Köthen 1, Schwarzburg: Sonders-  
 hausen 1, Schwarzburg: Rudolstadt 1, Hohen-  
 zollern: Hechingen 1, Liechtenstein 1, Hohen-  
 zollern: Sigmaringen 1, Waldeck 1, Reuß  
 ältere Linie 1, Reuß jüngere Linie 1,  
 Schaumburg: Lippe 1, Lippe: Detmold 1,  
 Hessen: Homburg 1, Lauenburg 1, Lübeck 1,  
 Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 1, zu-  
 sammen 192 Mitglieder. So lange die  
 deutsch-österreichischen Lande an dem Bundes-  
 staate nicht Theil nehmen, erhalten nachfolgende  
 Staaten eine größere Anzahl von Stimmen  
 im Staatenhause; nämlich: Bayern 20,  
 Sachsen 12, Hannover 12, Würtemberg 12,  
 Baden 10, Großherzogthum Hessen 8, Kur-  
 hessen 7, Nassau 4, Hamburg 2.

§. 88. Die Mitglieder des Staaten-  
 hauses werden zur Hälfte durch die Re-  
 gierung und zur Hälfte durch die Volks-  
 vertretung der betreffenden Staaten ernannt.  
 In denjenigen deutschen Staaten, welche  
 aus mehreren Provinzen oder Ländern mit  
 abgesonderter Verfassung oder Verwaltung  
 bestehen, sind die durch die Volksvertretung  
 dieses Staates zu ernennenden Mitglieder  
 des Staatenhauses nicht von der allgemeinen  
 Landesvertretung, sondern von den Ver-  
 tretungen der einzelnen Länder oder Pro-  
 vinzen (Provinzialständen) zu ernennen. Das  
 Ver:

April 28. Verhältniß, nach welchem die Zahl der diesen Staaten zukommenden Mitglieder unter die einzelnen Länder oder Provinzen zu vertheilen ist, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten. Wo zwei Kammern bestehen und eine Vertretung nach Provinzen nicht Statt findet, wählen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit.

§. 89. In denjenigen Staaten, welche nur Ein Mitglied in das Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Candidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt. Auf dieselbe Weise ist in denjenigen Staaten, welche eine ungerade Zahl von Mitgliedern senden, in Betreff des letzten derselben zu verfahren.

§. 90. Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses.

§. 91. Mitglied des Staatenhauses kann nur sein, wer 1) Staatsbürger des Staates ist, welcher ihn sendet, 2) das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, 3) sich im vollen Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet.

§. 92. Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf sechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert. Auf welche Weise nach den ersten drei Jahren das Ausscheiden der einen Hälfte Statt finden soll, wird durch ein Reichsgesetz be-

bestimmt. Die Ausscheidenden sind stets April 28. wieder wählbar. Wird nach Ablauf dieser drei Jahre und vor Vollendung der neuen Wahlen für das Staatenhaus ein außerordentlicher Reichstag berufen, so treten, so weit die neuen Wahlen noch nicht Statt gefunden haben, die früheren Mitglieder ein.

### Artikel III.

§. 93. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.

§. 94. Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf 4 Jahre, demnächst immer auf 3 Jahre gewählt. Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriften.

### Artikel IV.

§. 95. Die Mitglieder des Reichstages beziehen aus der Reichscasse ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

§. 96. Die Mitglieder beider Häuser können durch Instructionen nicht gebunden werden.

§. 97. Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein.

### Artikel V.

§. 98. Zu einem Beschluß eines jeden Hauses des Reichstages ist die Theilnahme von wenigstens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Im Falle der

April 28. der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet.

§. 99. Das Recht des Gesetzworschlages, der Beschwerde, der Adresse und der Erhebung von Thatsachen, so wie der Anklage der Minister steht jedem Hause zu.

§. 100. Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen.

§. 101. Ein Reichstagsbeschluß, welcher die Zustimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden. Ist von dem Reichstage in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Beschluß unverändert gefaßt worden, so wird derselbe, auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt, mit dem Schlusse des dritten Reichstages zum Gesetz. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt.

§. 102. Ein Reichstagsbeschluß ist in folgenden Fällen erforderlich:

- 1) Wenn es sich um die Erlassung, Aufhebung, Abänderung oder Auslegung von Reichsgesetzen handelt.
- 2) Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen contrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt, oder Matricularbeiträge oder Steuern erhebt.
- 3) Wenn fremde See- und Flußschiffahrt mit höheren Abgaben belegt werden soll.

4)

- 4) Wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden sollen.
- 5) Wenn Handels-, Schiffahrts- und Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, so wie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten.
- 6) Wenn nicht zum Reich gehörige Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiete angeschlossen oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zolllinie ausgeschlossen werden sollen.
- 7) Wenn deutsche Landestheile abgetreten, oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen.

§. 103. Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

- 1) Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus.
- 2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen.

Jede Bewilligung gilt nur für den besonderen Zweck, für welchen sie bestimmt worden.

Die Verwendung darf nur innerhalb der Grenze der Bewilligung erfolgen.

- 3) Die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung ist ein Jahr.
- 4) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reserves

April 28.

Reservefond, so wie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel, wird auf dem ersten Reichstage durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt.

Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß.

- 5) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstage zuerst dem Volkshause vorgelegt, von diesem in seinen einzelnen Ansätzen nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweise bewilligt oder verworfen.
- 6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben.

Diesem steht, innerhalb des Gesamtbetrages des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt.

- 7) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses.
- 8) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage, und zwar zuerst dem Volkshause, zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Artikel



## Artikel VI.

April 28.

§. 104. Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupt bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jederzeit vom Reichsoberhaupt einberufen werden.

§. 105. Die ordentlichen Sitzungsperioden der Landtage in den Einzelstaaten sollen mit denen des Reichstages in der Regel nicht zusammenfallen. Das Nähere bleibt einem Reichsgesetz vorbehalten.

§. 106. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden. In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder zu versammeln.

§. 107. Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben.

§. 108. Das Ende der Sitzungsperiode des Reichstags wird vom Reichsoberhaupt bestimmt.

§. 109. Eine Vertagung des Reichstags oder eines der beiden Häuser durch das Reichsoberhaupt bedarf, wenn sie nach Eröffnung der Sitzung auf länger als 14 Tage ausgesprochen werden soll, der Zustimmung des Reichstags oder des betreffenden Hauses. Auch der Reichstag selbst, so wie jedes der beiden Häuser, kann sich auf 14 Tage vertagen.

April 28.

## Artikel VII.

§. 110. Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und seine Schriftführer.

§. 111. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können.

§. 112. Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über die Zulassung derselben.

§. 113. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe.“

§. 114. Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses. Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet.

§. 115. Weder Ueberbringer von Bittschriften noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden.

§. 116. Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen beiden Häusern werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet.

Artikel

## Artikel VIII.

April 28.

§. 117. Ein Mitglied des Reichstags darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That.

§. 118. In diesem letzteren Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maaßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schluß der Sitzungsperiode zu verfügen.

§. 119. Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist.

§. 120. Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

## Artikel IX.

§. 121. Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstags beizuwohnen und jederzeit von denselben gehört zu werden.

Dd 2

§. 122.

April 28. §. 122. Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstags in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen, oder den Grund anzugeben, weshalb dieselbe nicht ertheilt werden könne.

§. 123. Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein.

§. 124. Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl Statt gefunden hat.

## Abschnitt V. Das Reichsgericht.

### Artikel I.

§. 125. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.

§. 126. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören:

- a) Klagen eines Einzelstaates gegen die Reichsgewalt wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Erlassung von Reichsgesetzen und durch Maaßregeln der Reichsregierung, so wie Klagen der Reichsgewalt gegen einen Einzelstaat wegen Verletzung der Reichsverfassung.
- b) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhause und dem Volkshause unter sich und zwischen jedem von ihnen und der Reichsregierung, welche die Auslegung der

der Reichsverfassung betreffen, wenn April 28.  
die streitenden Theile sich vereinigen,  
die Entscheidung des Reichsgerichts  
einzuholen.

- c) Politische und privatrechtliche Streitigkeiten aller Art zwischen den einzelnen deutschen Staaten.
- d) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den Einzelstaaten.
- e) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung.
- f) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung.

Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung wegen Verletzung der Landesverfassung können bei dem Reichsgericht nur angebracht werden, wenn die in der Landesverfassung gegebenen Mittel der Abhülfe nicht zur Anwendung gebracht werden können.

- g) Klagen deutscher Staatsbürger wegen Verletzung der durch die Reichsverfassung ihnen gewährten Rechte.

Die näheren Bestimmungen über den Umfang dieses Klagerechts und die Art und Weise, dasselbe geltend zu machen, bleiben der Reichsgesetzgebung vorbehalten.

h)

- April 28. h) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind.
- i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.
- k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.
- l) Strafgerichtsbarkeit in den Fällen des Hoch- und Landesverraths gegen das Reich.

Ob noch andere Verbrechen gegen das Reich der Strafgerichtsbarkeit des Reichsgerichts zu überweisen sind, wird späteren Reichsgesetzen vorbehalten.

- m) Klagen gegen den Reichsfiscus.
- n) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, so wie wenn die gemeinschaftliche Verpflichtung gegen mehrere Staaten in einer Klage geltend gemacht wird.

§. 127. Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst.

§. 128. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen

lichen Entscheidungen und Verfügungen wird April 28. ein besonderes Gesetz ergehen. Diesem Gesetze wird auch die Bestimmung, ob und in welchen Fällen bei dem Reichsgericht die Urtheilsfällung durch Geschworene erfolgen soll, vorbehalten. Ebenso bleibt vorbehalten: ob und wie weit dieses Gesetz als organisches Verfassungswerk zu betrachten ist.

§. 129. Der Reichsgesetzgebung bleibt es vorbehalten, Admiralitäts- und Seegerichte zu errichten, so wie Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit der Gesandten und Consuln des Reiches zu treffen.

## Abchnitt VI. Die Grundrechte des deutschen Volkes.

§. 130. Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

### Artikel I.

§. 131. Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.

§. 132. Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz.

§. 133.

April 28. §. 133. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungsweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.

§. 134. Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Proceß-Rechte machen, welcher die letzteren als Ausländer zurücksetzt.

§. 135. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht Statt finden, und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht hierdurch erworbene Privatrechte verletzt werden.

§. 136. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungs-Angelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reiches.

## Artikel II.

§. 137. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind,  
sind



sind aufgehoben und dürfen nie wieder ein: April 28.  
geführt werden. Kein Staatsangehöriger  
darf von einem auswärtigen Staate einen  
Orden annehmen. Die öffentlichen Aemter  
sind für alle Befähigten gleich zugänglich.  
Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stell:  
vertretung bei derselben findet nicht Statt.

### Artikel III.

§. 138. Die Freiheit der Person ist  
unverleßlich. Die Verhaftung einer Person  
soll, außer im Falle der Ergreifung auf  
frischer That, nur geschehen in Kraft eines  
richterlichen, mit Gründen versehenen Be:  
fehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke  
der Verhaftung oder innerhalb der nächsten  
vier und zwanzig Stunden dem Verhafteten  
zugestellt werden. Die Polizen: Behörde  
muß Jeden, den sie in Verwahrung ge:  
nommen hat, im Laufe des folgenden Tages  
entweder freilassen oder der richterlichen Be:  
hörde übergeben. Jeder Angeschuldigte soll  
gegen Stellung einer vom Gerichte zu be:  
stimmenden Caution oder Bürgschaft der  
Haft entlassen werden, sofern nicht dringende  
Anzeigen eines schweren peinlichen Ver:  
brechens gegen denselben vorliegen. Im  
Falle einer widerrechtlich verfügten oder ver:  
längerten Gefangenschaft ist der Schuldige  
und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten  
zur Genugthuung und Entschädigung ver:  
pflichtet. Die für das Heer: und See:  
wesen erforderlichen Modificationen dieser  
Bestimmungen werden besonderen Gesetzen  
vorbehalten.

§. 139.

April 28.

§. 139. Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegerecht sie vorschreibt, oder das Seerecht im Fall von Meutereien sie zuläßt, so wie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung, sind abgeschafft.

§. 140. Die Wohnung ist unverleßlich. Eine Hausfuchung ist nur zuläßig:

- 1) in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll,
- 2) im Falle der Verfolgung auf frischer That, durch den gesetzlich berechtigten Beamten,
- 3) in den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet.

Die Hausfuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen. Die Unverleßlichkeit der Wohnung ist kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten.

§. 141. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Hausfuchung, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll.

§. 142. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen

suchungen und in Kriegsfällen nothwendigen April 28.  
Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung  
festzustellen.

#### Artikel IV.

§. 143. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Pressfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maaßregeln, namentlich Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauslagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Ueber Pressvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt. Ein Pressgesetz wird vom Reiche erlassen werden.

#### Artikel V.

§. 144. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren.

§. 145. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.

§. 146. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch be-

April 28. beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.

§. 147. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

§. 148. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

§. 149. Die Formel des Eides soll künftig lauten: „So wahr mir Gott helfe.“

§. 150. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilactes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilactes Statt finden. Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß.

§. 151. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt.

#### Artikel VI.

§. 152. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§. 153. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben.

§. 154.

§. 154. Unterrichts- und Erziehungs- April 28.  
anstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht ertheilen, steht jedem Deutschen frei, wenn er seine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung.

§. 155. Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist.

§. 156. Die öffentlichen Lehrer haben das Recht der Staatsdiener. Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Volksschulen an.

§. 157. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

§. 158. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

## Artikel VII.

§. 159. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen als von  
Corps

April 28. Corporationen und von Mehreren im Vereine ausgeübt werden; beim Heer und der Kriegsslotte jedoch nur in der Weise, wie es die Disciplinarvorschriften bestimmen.

§. 160. Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht nothwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen.

#### Artikel VIII.

§. 161. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§. 162. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maaßregel beschränkt werden.

§. 163. Die in den §§. 161 und 162 enthaltenen Bestimmungen finden auf das Heer und die Kriegsslotte Anwendung, insoweit die militairischen Disciplinarvorschriften nicht entgegenstehen.

#### Artikel IX.

§. 164. Das Eigenthum ist unverleßlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes, und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Das geistige Eigenthum soll durch die Reichsgesetzgebung geschützt werden.

§. 165.

§. 165. Jeder Grundeigenthümer kann April 28. seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln. Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege der Gesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig.

§. 166. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

§. 167. Ohne Entschädigung sind aufgehoben:

- 1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizen, sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben.
- 2) Die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

§. 168. Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar: ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen. Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden.

§. 169.

April 28.

§. 169. Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eignem Grund und Boden. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste, Jagdsrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Nur ablösbar jedoch ist die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen lästigen mit dem Eigenthümer des belasteten Grundstücks abgeschlossenen Vertrag erworben ist; über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen. Die Ausübung des Jagdrechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden.

§. 170. Die Familienfideicommissse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familienfideicommissse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten.

§. 171. Aller Lehnverband ist aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen.

§. 172. Die Strafe der Vermögens-einziehung soll nicht stattfinden.

§. 173. Die Besteuerung soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner



ner Stände und Güter in Staat und Ges April 28.  
meinde aufhört.

### Artikel X.

§. 174. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen.

§. 175. Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. Cabinets- und Ministerialjustiz ist unstatthast, Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sollen nie stattfinden.

§. 176. Es soll keinen privilegierten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. Die Militairgerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militairischer Verbrechen und Vergehen, so wie der Militair- Disciplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegszustand.

§. 177. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amte entfernt, oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Suspension darf nicht ohne gerichtlichen Beschluß erfolgen. Kein Richter darf wider seinen Willen, außer durch gerichtlichen Beschluß, in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden.

§. 178. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. Ausnahmen von der Oeffentlichkeit bestimmt im Interesse der Sittlichkeit das Gesetz.

April 28. §. 179. In Straffsachen gilt der Anklageproceß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Straffsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen.

§. 180. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden.

§. 181. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig sein. Ueber Competenzconflicte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Einzelstaaten entscheidet ein durch das Gesetz zu bestimmender Gerichtshof.

§. 182. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. Der Polizei steht keine Strafgerichtsbarkeit zu.

§. 183. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar. Ein Reichsgesetz wird das Nähere bestimmen.

#### Artikel XI.

§. 184. Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung:

- a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter;
- b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizen, unter gesetzlich geordneter Oberaufsicht des Staates;
- c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes;

d)

d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen als April 28. Regel.

§. 185. Jedes Grundstück soll einem Gemeindeverbande angehören. Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten.

### Artikel XII.

§. 186. Jeder deutsche Staat soll eine Verfassung mit Volksvertretung haben. Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich.

§. 187. Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, bei der Besteuerung, bei der Ordnung des Staatshaushaltes; auch hat sie — wo zwei Kammern vorhanden sind, jede Kammer für sich — das Recht des Gesetzworschlags, der Beschwerde, der Adresse, so wie der Anklage der Minister. Die Sitzungen der Landtage sind in der Regel öffentlich.

### Artikel XIII.

§. 188. Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, so weit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der innern Verwaltung und der Rechtspflege.

### Artikel XIV.

§. 189. Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze des Reiches.

April 28.    Abschnitt VII. Die Gewähr der  
Verfassung.

Artikel I.

§. 190. Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen, in der Art, wie er das letzte Mal zusammengesetzt war. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstages einen Eid auf die Reichsverfassung. Der Eid lautet: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volks zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen. So wahr mir Gott helfe.“ Erst nach geleistetem Eid ist der Kaiser berechtigt, Regierungshandlungen vorzunehmen.

§. 191. Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Das Nähere bestimmt die Dienstpragmatik des Reichs.

§. 192. Ueber die Verantwortlichkeit der Reichsminister soll ein Reichsgesetz erlassen werden.

§. 193. Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt.

Artikel II.

§. 194. Keine Bestimmung in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Einzel-

zelstaates darf mit der Reichsverfassung in April 28. Widerspruch stehen.

§. 195. Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Diese Zustimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen gegeben werden.

### Artikel III.

§. 196. Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhauptes erfolgen. Zu einem solchen Beschluß bedarf es in jedem der beiden Häuser:

- 1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder;
- 2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens 8 Tagen liegen muß;
- 3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen. Der Zustimmung des Reichsoberhauptes bedarf es nicht, wenn in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Reichstagsbeschluß unverändert gefaßt worden. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt.

Artikel

April 28.

## Artikel IV.

§. 197. Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Hausdurchsuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

- 1) die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesamtministerium des Reiches oder Einzelstaates ausgehen;
- 2) das Ministerium des Reiches hat die Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als 14 Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden. Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

## Zur Beurkundung:

Frankfurt a. M., den 28sten März 1849.  
 Martin Eduard Simson von Königsberg  
 in Preußen, d. Z. Präsident der verfassunggebenden Reichversammlung.

Carl

Carl Kirchgeßner aus Würzburg, d. 3. April 28.

II. Stellvertreter des Vorsitzenden, Abgeordneter des Wahlbezirks Weiler in Bayern.

Friedrich Sigm. Juch o aus Frankfurt a. M.,  
I. Schriftführer.

Karl August Feyer aus Stuttgart, Schriftführer.

Dr. Anton Riehl aus Wien, Abgeordneter für Zwettl, Schriftführer.

Karl Biedermann aus Leipzig, Abgeordneter für den XI. sächsischen Wahlbezirk, Schriftführer.

Gustav Robert v. Malsahn aus Cüstrin, Abgeordneter für den Wahlkreis Königsberg i. d. N., Schriftführer.

Max Neumann aus München, Abgeordneter für den X. oberbayerischen Wahlbezirk, Schriftführer.

Dr. Heinrich v. Gagern, aus Monsheim in Rheinhessen, Abgeordneter für den Wahlkreis Bensheim in der Bergstraße. Dr. Konrad Dietrich Haßler, Abg. von Ulm, Mitglied der Redactions-Commission. Franz Wigard, Abg. von Dresden, Mitglied der Redactions-Commission. Gottlob Tafel aus Stuttgart, Abg. für den Wahlbezirk Schorndorf-Weilheim. Dr. Alois Boczel, Abg. für Tschnowitz in Mähren. Joh. Gerh. Möben, Abg. für den 26. hannoverschen Wahlbezirk aus Norden in Ostfriesland. Friedrich Evertsbusch aus Altena in Westphalen. Friedrich Ernst Scheller, Abg. für den Wahlbezirk Frankfurt a. d. D. Friedrich Heinrich Leonhard Albert, Abg. für den 5. preussisch-sächsischen Wahlbezirk.

Wilhelm

April 28. Wilhelm Joseph Wichmann, Abg. für die Kreise Osterburg und Stendal. R. Naumerdt, Abg. aus Berlin. Boch-Buschmann. Jul. Ostendorf, Abg. für den Wahlbezirk Soest-Hamm. Conrad Rappard aus Glambek, Abg. für den Angermünder Wahlkreis. J. A. Isstein aus Mainz, Bürger in Mannheim. E. Schorn, Abg. für Essen. Carl Overweg von Haus Ruhr, Abg. für Iserlohn. Vermbach, Abg. für den Siegenkreis (Rheinpreußen.) von Salzwedel, Abg. für Gumbinnen und Stallupönen. Werner, Abg. für Melf in Nieder-Oesterreich. Julius Gerlach, Abg. für Tilsit-Niederung. Fr. Sauken-Larputschen, Abg. für Angerburg in Litthauen. Ramillo Wagner, Abg. für Steyr in Ober-Oesterreich. G. Siemens, Dr., Abg. für Schaumburg-Lippe. F. J. D. Junghanns aus Mosbach in Baden. E. Wedekind aus Bruchhausen, Abg. des 5. hannoverschen Wahlbezirks. Dr. Guido Pattay, Abg. aus Graz in Steiermark. Carl Joh. Lud. Dham aus Schmallenberg, Abg. für Meschede u. Brilon in Westphalen. v. Schrötter, Abg. für Pr. Holland und Mohrungen. Presting, Abg. für Memel und Heydekrug. Johann Carl Christian Meyer, Abg. für den Wahlbezirk Liegnitz-Lüben. Lorenz Göß, Abg. aus Neuwied, für den Wahlbezirk Neuwied in Rheinpreußen. Gustaf Höpfen, Abg. für den Wahlbezirk Bochum-Dortmund. Friedrich Wilhelm Schubert aus Königsberg, Abg. für Sensburg-Ortelsburg Pr. Carl v. Breuning, Abg. für Landkreis Aachen-Geilenkirchen. Christian Heldmann, Abg. für den Wahlbezirk Nidda in Hessen. H. R. Claussen, Abg. für den 1. holsteinischen Wahlbezirk. R. Th. Gier, Abg. für den Wahlbezirk Mühlhausen-Langensalza. Friedrich Mölling, Abg. aus Oldenburg. Karl Hehner, Abg. aus Nassau. Gustav Blumröder, Abg. des Wahlbezirks Wunsiedel.



fiedel. Karl Degenfoltz aus Eilenburg, Abg. für April 28.  
 den Wahlbezirk Delitzsch-Bitterfeld. J. Münch,  
 Abg. aus Weplar in der preussischen Rheinprovinz.  
 Wilhelm Sachs, Abg. für Mannheim. J. B.  
 Haggemüller, Abg. des Wahlbezirks Rempten.  
 W. Foewe, Abg. für den Wahlbezirk Salze und  
 Jerichow 1. Dominicus Kuenger von Constanz,  
 Abg. aus dem Großherzogthum Baden. Franz  
 Tafel aus Zweibrücken, Abg. für den 10. Wahl-  
 bezirk der bayerischen Rheinpfalz. Bernhard  
 Eisenstuck, Abg. des 18. sächsischen Wahlbezirks.  
 Schulz von Darmstadt, Abg. des 1. Wahlbe-  
 zirks des Großherzogthums Hessen. Karl Friedrich  
 Rheinwald, Abg. des württembergischen Wahlbe-  
 zirks Tuttlingen. Karl Nicol, Abg. des 1.  
 hannoverschen Wahlbezirks. A. Grumbrecht aus  
 Lüneburg, Abg. des 12. hannoverschen Wahl-  
 districts (Lüchow). Ferd. Nägele aus Murrhardt,  
 Abg. des Bezirks Backnang-Weinsberg in Württem-  
 berg. Grüel aus Burg, Abg. für die Jerichow'schen  
 Kreise in der Provinz Sachsen. Salomon Fehren-  
 bach aus Säckingen, Abg. aus dem Großherzog-  
 thum Baden. E. W. Weigle, Abg. des 6. Wahl-  
 bezirks in Württemberg. Franz Raveaux von  
 Köln. Bruno Hildebrand aus Marburg, Abg.  
 des 8. curhessischen Wahlbezirks. Karl Hagen  
 aus Heidelberg, Abg. des Wahlbezirks Heidel-  
 berg. Ernst Heubner aus Zwickau, Abg. des  
 16. (Zschopau) sächsischen Wahlbezirks. E. Th.  
 Gravenhorst aus Lüneburg, Abg. des 11. hanno-  
 verschen Wahldistricts (Harburg). Nik. Schmitt  
 aus Kaiserslautern, Abg. des 4. pfälzischen Wahl-  
 bezirks. Emil Rahm aus Stettin, Abg. für  
 den 6. pommerschen Wahlbezirk. August Cul-  
 mann aus Zweibrücken, Abg. des rheinbayerischen  
 Wahlbezirks Landau. Baron von Scherpenzel  
 Heusch, Abg. des Herzogthums Limburg, Wahl-  
 bezirk Roermonde. Alexander von Bally aus  
 Ober-

April 28. Oberbenthien. Joseph Huch aus Ulm, Abg. für Ellwangen=Keresheim. Wilhelm Jordan von Berlin, Abg. für den Ober=Barnimschen Kreis. Robert Muhl aus Heidelberg, Abg. von Mergentheim=Gerabronn in Württemberg. A. L. J. Michelsen von Jena, Abg. von Fehmarn und Hadersleben in Schleswig. Theodor Brescius aus Züllichau, Abg. für den 23. brandenburger Wahlbezirk. Constantin, Fürst v. Waldburg-Zeil=Trauchburg. Alexander Schneer, Abg. des 19. schlesischen Wahlbezirks. Marquard Adolph Barth aus Kaufbeuren, Abg. für den Wahlbezirk Kaufbeuren in Bayern. Alathon Wernich aus Elbing, Abg. für den Wahlbezirk Elbing — Marienburg in Preußen. Wilhelm Bachmayer aus Forchheim, Abg. für den Wahlbezirk Forchheim. Gustav Adolf Stenzel aus Breslau, Abg. für Neumarkt und Striegau in Schlessien. Franz August Mammen aus Plauen, Abg. für den 12. sächsischen Wahlbezirk. Ernst Rizzo aus Stralsund, für den 15. pommerschen Wahlbezirk. Heinrich Carl Eschmarch aus Schleswig, für den 5. schleswigschen Wahlbezirk. G. Gulden von Zweibrücken, Abg. für den 3. pfälzischen Wahlbezirk. Friedrich Schulz von Weilburg, Abg. für den 3. nassauischen Wahlbezirk. A. Fr. Gfrörer von Calw, Abg. für Ehingen=Münsingen. Richard Pindert aus Zeitz, für die Wahlbezirke Zeitz=Weissenfels, Provinz Sachsen. Heinrich Henkel aus Cassel, für den 1. curhessischen Wahlbezirk. Wilhelm Gysae aus dem Wahlbezirk Prenzlau, Provinz Brandenburg. A. Christ aus Bruchsal in Baden. Josef Rank aus Wien. Ambrosch aus dem Wahlbezirk Ohlau und Strehlen in preussisch Schlessien. Böcking, Abg. des 11. rheinpreuss. Wahlbezirks. Fr. Bischof aus Lützen. C. Schwarz aus Halle. Hermann Loew aus Posen.

Cyprian

Cyprian Feleß aus Hultschin in Oberschlesien. April 28.  
 Köhler aus Seehausen. Heinrich Waldmann  
 aus Heiligenstadt. Hillart Cropp aus Olden-  
 burg, Abg. für Kniphausen. Dr. H. C. Scholten  
 aus Wardt bei Xanten, für den 31. rhein-  
 preussischen Wahlbezirk. Heimbrod aus Sohrau,  
 für den 35. schlesischen Wahlbezirk. Engel aus  
 Culm. Friedrich Gottlieb Becker aus Gotha.  
 Deiters, Abg. des 16. rheinpreussischen Wahl-  
 bezirks Bonnbad-Rheinbach. Grubert aus Bres-  
 lau. Albert Julius v. Gladiß, Abg. des 14.  
 preussisch-schlesischen Wahlbezirks. Carl Rättig,  
 Abg. für den Wahlbezirk Potsdam, Provinz  
 Brandenburg. Conrad Cucumms aus München,  
 Abg. für Schweinfurt. E. M. Arndt aus  
 Bonn, Reichstagsmann für den Kreis Solingen.  
 John A. Droege aus Bremen, Abg. des 18.  
 hannoverschen Wahlbezirks. Friedrich Wilhelm  
 Schepp aus Wiesbaden, Abg. des 4. nassauischen  
 Wahlbezirks. Wilhelm Jacobi, Abg. des 5. cur-  
 hesischen Wahlbezirks. Albert Sprengel aus  
 Waren, Abg. des 7. mecklenburgischen Wahl-  
 bezirks. Albert Schott aus Stuttgart, Abg. des  
 3. württembergischen Wahlbezirks des Neckar-  
 kreises (Böblingen). Friedrich v. Sclafinsky  
 aus Berlin, Abg. des 13. brandenburgischen  
 Wahlbezirks. Soiron aus Mannheim. Riesser  
 aus Hamburg, Abg. für Lauenburg. G. Beseler  
 aus Greifswalde. Stephan Matthies aus  
 Greifswalde, für den Wahlbezirk Grimmen.  
 Dr. Kahlert aus Leobschütz in Schlesien. Ch.  
 München aus und für Luxemburg. Hans  
 v. Raumer aus Dinkelsbühl in Bayern. Dr.  
 Stieber aus Budissin, Abg. des 3. sächsischen  
 Wahlbezirks. Titus Mareß aus Steyermark.  
 C. Welcker von Heidelberg. Bauer aus Bam-  
 berg, Abg. des 5. mittelfränkischen Wahlbezirks.  
 Theodor Paur aus Reiffe, Abg. des 29. schlesischen  
 Wahl-

April 28. Wahlbezirks (Grottkau = Falkenberg). August Heinrich Oberg aus Hildesheim. E. F. Wurm, für den 1. Wahlbezirk im württembergischen Neckarfreise. W. Schrader, Abg. für Brandenburg a. H. Dr. Wilhelm Kraft aus Nürnberg. Breusing aus Dönabrück. Herrmann Metzke von Sagan, für Sagan-Sprottau. Dr. F. Lammers aus Erlangen. Ernst Erasmus Vogel aus Guben, Abg. für den 23. brandenburgischen Wahlbezirk. Herrmann von Kösteritz, Abg. für Elberfeld. Karl Zittel aus Heidelberg, Abg. für Karlsruhe. Heinrich Schirmeister, Abg. für Insterburg und Niederung. Franz v. Schleusing, Abg. für Rastenburg und Löben. Johannes Zeltner aus Nürnberg, für den Wahlbezirk Fürth. Albert Rossmann aus Stettin, Abg. für den 10. Wahlbezirk von Pommern. Ernst Deecke, Abg. der freien Stadt Lübeck. Dr. Gustav Schwetschke aus Halle, Wahlbezirk Sangerhausen-Querfurth. Giesebrecht aus Stettin. E. Marcus aus Bartenstein, für den Wahlbezirk Friedland und Gerbauen. Nerreter, für den Wahlbezirk Fraustadt in Deutsch-Posen. Bachhaus, für Waldeck und Pyrmont. J. B. Mann jun. aus Rostock. Gustav Hofmann, Abg. des 8. Wahlbezirks im Großherzogthum Hessen. Wilhelm Stahl aus Erlangen, Abg. für den Wahlbezirk Ellingen in Bayern. Schierenberg aus Detmold, Abg. für Lippe. Carl Kotschy, Pastor aus Ustron, Abg. für den Bielitzer Wahlbezirk im österreichischen Schlesien. E. Viebig aus Posen. Franz Möller, Abg. des Wahlbezirks Reichenberg in Böhmen. Wilhelm Junkmann aus Münster, Wahlkreis Necklinghausen, Haltern Dorsten, Dülmen. Frisch aus Stuttgart. Ph. J. Caspers aus Coblenz. Aug. Drechsler aus Rostock, Abg. des 5ten Mecklenburg-Schwerinschen Wahlkreises. Freeze aus Stargard in Pommern. Gustav Rob. Groß, Abg. für den Wahl-

Wahlbezirk Nimes in Böhmen. Aloysius Mutius April 28.  
 Ottow, Abg. für die Kreise Wehlau und Labiau  
 in Ostpreußen. Mar. Heint. Rüder aus und  
 für Oldenburg. Werner Johannes, Abg. für  
 Meiningen. Graf von Giech, für Hof. Theodor  
 Reh von Darmstadt, Abg. für den großherzoglich  
 hessischen Wahlbezirk Offenbach. Goltz, Abg. für  
 die Wahlkreise Briesg-Ramslau. Martiny aus  
 Pr. Friedland, Abg. für den Wahlkreis Schlochau-  
 Flatow in Westpreußen. F. Zachariä, Abg. von  
 Anhalt-Bernburg. Adolf von Zerzog aus Regens-  
 burg. Gustav Langerfeldt von Wolfenbüttel.  
 Hennig aus Dompowalotka in Westpreußen.  
 August Klett von Heilbronn, Abg. des 8. wür-  
 tembergischen Wahlbezirks (Neckarkreis). v. Bor-  
 ries, Abg. für den Wahlkreis Carthaus-Neustadt.  
 Carl Laudien aus Königsberg in Preußen, Abg.  
 für den Wahlkreis Goldap-Olechno. J. P. Welter,  
 Vertreter für den Wahlbezirk Merzig (in Rhein-  
 preußen). Dr. Maximilian Carl Friedrich Wilhelm  
 Grävell, Vertreter des Rothenburg-Hoyerswerdaer  
 Kreises in der Oberlausitz. Ludwig Ehrlich aus  
 Murzinek, Abg. für den Kreis Inowracław.  
 Georg Bernhard Simson aus Königsberg, Ver-  
 treter des Kreises preussisch Stargardt und  
 Schwetz. Robert Schick, Abg. für den Wahl-  
 bezirk Weissenfee-Erfurt in Preußen. Dr. Paul  
 Herzog aus Ebermannstadt, Vertreter des Wahl-  
 bezirks Pottenstein, bair. Oberfranken. Leichert  
 aus Berlin. Göden aus Krotoschin. Brons  
 aus Emden. Schulze aus Liebau. Franz Stark  
 aus Kruman. Julius Jordan aus Gollnow.  
 Carl Friedrich Bandelow aus Kranz. Franz  
 Hedrich aus Prag. Emil Wagner aus Jastrow.  
 Heinrich Simon aus Breslau, Abg. für Magdeburg.  
 Wilhelm Leverkus aus Oldenburg, für den rhein-  
 preussischen Wahlkreis Lennep. Georg Waiz  
 aus Göttingen (Abg. v. Kiel). August Hirsch-  
 berg

April 28. berg aus Sondershausen. August Hergenbahn aus Wiesbaden. Wilhelm Dertel aus Mittelwalde. Heinrich Reitter aus Prag, für Böhmisches Leipa. Eberhard Kaefferlein aus Beyreuth. August Emmerling aus Darmstadt. R. Haym aus Halle. Joseph Ruzen aus Breslau. Carl Fuchs aus Breslau. Sturm aus Sorau. Siehr aus Gumbinnen. Franz Bresgen aus Uhrweiler. L. F. Houben, für Geldern. Ph. Schwarzenberg aus Cassel. Joh. Gustav Droysen aus Kiel. Kerst aus Merseburg. Lette aus Berlin. Sylvester Jordan. C. Spatz aus Frankenthal. Moriz Hartmann für Leitmeritz in Böhmen. Carl Franke aus Schleswig. A. Hollandt aus Braunschweig. Gustav Graf Keller aus Erfurt. Eugen Bock aus preuß. Minden. Werthmüller aus Fulda. Otto v. Reudell aus Berlin. Gottlieb Ch. Schüler aus Jena. C. W. Wippermann aus Cassel. Thomas Mayer aus Ottebeuern, bayerischen Wahlbezirks Memmingen. Schend aus Dillenburg. Max Simon aus Breslau, Abg. des 13. schlesischen Wahlbezirks (Steinau-Wohlau-Guhrau). Moriz Mayfeld aus Wien. Wilhelm Weissenborn aus Eisenach. Franz Heisterbergk aus Rochlitz. R. Jürgens, Abg. für den 3. braunschweigischen Wahlbezirk. v. Buttel aus Oldenburg. A. Cramer aus Cöthen. Kaspar Arnold Gottf. Jos. Engel, Abg. aus Holstein. Adolph Schmidt aus Berlin, Abg. des 1. brandenb. Wahlbezirks (Berlin). J. Pinder, Abg. des Wahlkreises Lauban in Schlesien. W. v. Kalkstein, Abg. des Wahlkreises preussisch Gilaue in Ostpreußen. Karl Mertel, Abg. des Wahlbezirks Kronach in Bayern. Heinrich Anz, Abg. des Wahlbezirks Graudenz in Westpreußen. Eduard Heinrich Wilhelm Lannen aus Zielentzig, Abg. für den 22. brandenburg'schen Wahlbezirk. Carl Versen aus Nieheim, Abg. des 6. westphälischen Wahl-

Wahlbezirks (Hörter = Warburg). Alexander April 28.  
 Künzel aus Wolka, Abg. des Reidenburg-Osteroder  
 Wahlbezirks in Ostpreußen. Reissinger aus Frei-  
 stadt in Ober-Oesterreich. Robert Rothe aus  
 Berlin, für den Wahlbezirk Marienwerder-Rosen-  
 berg. Carl Cetto aus Trier, für den 4. rhein-  
 preussischen Wahlbezirk (St. Wendel-Ottweiler).  
 Wilhelm v. Reischütz aus Königsberg, für den  
 Wahlbezirk Königsberg = Fischhausen. Erdwin  
 von der Horst II. aus Rotenburg, 17. hannov.  
 Wahlbezirk. Christian Minkus aus Mariensfeld,  
 für den Kreuzburger und Rosenberger Wahlbe-  
 zirk. Gottlieb Wilhelm Freudentheil aus Stade,  
 16. hannoverscher Wahlbezirk. August Prinzing  
 aus Salzburg, für den Wahlbezirk St. Pölten  
 in Nieder-Oesterreich. Carl v. Sängner aus der  
 Provinz Posen, für den Wirsig-Charzieswer  
 Wahlbezirk. Johann Carl Ernst Kunth aus  
 Bunzlau in Schlessen. Jacob Guido Theodor  
 Gülich aus Schleswig. J. L. Tellkamp aus  
 Breslau, für den 24. schlesischen Wahlbezirk.  
 J. M. von Radowiz aus Rütten. Ernst Eduard  
 Eckert, für den Wahlkreis Bromberg. Friedrich  
 August Frißsche aus Roda, für das Herzogthum  
 Altenburg. Karl Emanuel Groß aus Leer in  
 Ostfriesland, Abg. des 24. hannoverschen Wahl-  
 bezirks. Arnold Schlüter von Paderborn. Karl  
 Sellmer aus Landsberg an der Warthe. Gustav  
 Freiherr von Amstetter, für den 21. schlesischen  
 Wahlbezirk (Breslau). Alexander Falk, für  
 Militsch-Wartenberg in Schlessen. Carl Heinrich  
 Ebmeier, für den Wahlbezirk Lübbecke in West-  
 phalen. Friedrich Roeder aus Neustettin, für  
 den 5. pommerschen Wahlbezirk. Ch. Becker,  
 für die rheinpreussischen Wahlkreise Daun, Prüm  
 und Wittburg. Joseph Brockhausen, für den  
 Wahlkreis Münster in Westphalen. J. Förster  
 aus Hünfeld, Abg. des 11. curheffischen Wahl-  
 bezirks,

April 28. bezirks. Johann Demel, für den Wahlbezirk Teschen in österreichisch Schlesien. August Ernst Braun aus Cöslin, für den 4. pommerschen Wahlbezirk. Otto Plathner, für den Wahlkreis Halberstadt-Werningerode. Carl Bernhard aus Cassel, für den 2. curhessischen Wahlbezirk. Wilhelm Behncke, für den 4. hannoverschen Wahlbezirk. Franz Tappehorn, für den Wahlbezirk Oldenburg. Christian Heinrich Plass aus Stade, Abg. des 19. hannoverschen Wahlbezirks. Adolph Richter aus Danzig, Abg. für die Kreise Danzig und Berendt. August Hermann Ziegert, Abg. für den Wahlbezirk Minden in Westphalen. J. Friedrich Schütz aus Mainz, Abg. des 11. Wahlbezirks des Großherzogthums Hessen. Friedrich Federer aus Stuttgart. Georg Pfahler aus Lettnang, Abg. des 4. oberschwäbischen Wahlbezirks, Königreich Württemberg. Friedrich Anders aus Goldberg, Abg. für den 8. schlesischen Wahlbezirk. Wilhelm August Zöllner, Abg. für den 2. Wahlbezirk des Königreichs Sachsen. Ludwig Reinhard, Abg. für Mecklenburg-Schwerin. F. C. Hoenniger, Abg. für Schwarzburg-Rudolstadt. Anderson aus Frankfurt a. d. D., für den 16. brandenburgischen Wahlbezirk. Emil Franz Rößler aus Wien, Abg. für Saaz in Böhmen. Franz Makowiczka, Abg. für Komotau in Böhmen. Julius Scharre, Abg. des 4. Wahlbezirks des Königreichs Sachsen. Friedrich Löw aus Magdeburg, Abg. für den Kreis Neuhaldenleben in der preussischen Provinz Sachsen. Wilhelm Erdmann Florian von Thielau, Abg. für den 4. braunschweiger Wahlbezirk. Gustav Carl Albrecht Fürchtegott, Graf von der Goltz, Abg. für den Wahlbezirk Czarnikow-Chodziesen, Königreich Preußen, Departement Bromberg. Carl Hahn, Abg. der Kreise Allenstein und Rößel (Preußen). Rudolph Christmann aus Dürkheim, Abg. für den neustädter-dürkheimer



heimer Wahlkreis in Rheinbayern. Friedrich April 28.  
 Wilhelm Schlössel aus Halbendorf, Abg. für  
 den Kreis Hirschberg in Schlesien. Hellmuth  
 Wöhler aus Schwerin, Abg. des 2. mecklen-  
 burg=schweriner Wahlbezirks. Ernst Ludwig  
 Mauckisch, Abg. für den 17. Wahlbezirk im  
 Königreich Sachsen. Carl Helbing, Abg. für  
 den Wahlbezirk Stadt- und Land=Amt Freyburg  
 und Amt Breisach in Baden. Eduard Strache,  
 Kaufmann aus Rumburg, für den Wahlbezirk  
 Tetschen in Böhmen. Jos. Schneider Dr. jur.  
 aus Wien, gewählt im Wahlbezirk Müglitz in  
 Mähren. Ad. Kolaczek, für den Wahlbezirk  
 Ostrau in österr. Schlesien. Wilhelm Otto  
 Liebmann aus Perleberg, für den 7. branden-  
 burgischen Wahlbezirk. Gustav Adolph Köster,  
 Gymnasiallehrer aus Dels, gewählt für den  
 schlesischen Wahlbezirk Dels=Wartenberg. Gustav  
 Moritz Hallbauer aus Meissen, für den 20.  
 Wahlbezirk im Königreich Sachsen. Heinrich  
 Guichard v. Quintus=Jecilius aus Fallingb.,  
 für den 15. hannoverschen Wahlbezirk. Ferd.  
 Haubenschmied aus Passau, für den Wahlbezirk  
 Passau. Johann Jacob Lauf aus München,  
 für den Wahlbezirk Arnstein. Paur aus Augs-  
 burg. H. Böcker aus Schwerin, für den 3.  
 mecklenburg=schweriner Wahlbezirk. Traugott  
 Trabert aus Kausche (Görlitz, Haide), für den  
 Wahlbezirk Görlitz, (2. schles.) luth.=evang.  
 Pfarrer. Friedrich von Raumer aus Berlin.  
 Robert Walter aus Neustadt o. S., Abg. für  
 den 39. schlesischen Wahlbezirk. Franz Scholz  
 aus Reisse, Abg. für den 28. preussisch=schlesischen  
 Wahlbezirk. Dr. Mohr von Oberingelheim,  
 Wahlbezirk Worms, Rheinhessen. Wilhelm  
 Adolph von Trübschler, Abg. des 13. königl.  
 sächsischen Wahlbezirks. J. Bürgers, Abg. für  
 Landkreis Köln und Mülheim am Rhein, Rhein-  
 XXI. Band. F f preußen.

April 28. preußen. Philipp Geigel, Abg. des Bezirks Rixingen in Bayern. Werner von Selchow, Abg. für den Bezirk Lauenburg-Bütow in Pommern. Julius von Treskow, Abg. für Schubin in deutsch Posen. Moriz Briegleb, Abg. für Coburg. Med. Dr. W. Kaus, gewählt für Kromau in Mähren. Christian Lodemann, Regierungsrath zu Lüneburg, Abg. des 13. hannov. Wahldistricts. Wilhelm Schulze aus Potsdam, für den 8. brandenb. Wahlbezirk (Ruppin und Ost-Priegnitz). Mittermaier aus Heidelberg. Dr. Eisenmann aus Würzburg, Abg. für Würzburg. Friedrich Wilhelm von Reden aus Hannover, Abg. für den Harz. Carl von Stremayr, Abg. für den Wahlbezirk Rindberg in Steyermark. Carl Theodor Gevekoht, Abg. für Bremen. Carl Vogt, Abg. für den 6. hessischen Wahlbezirk (Gießen-Biedenkopf-Böhl). Gustav Kraß, Abg. für den 2. pommerischen Wahlbezirk (Stolpe). Robert Plehn, Abg. für den 32. preussischen Wahlbezirk. Gustav Mevissen, Abg. für Siegen. Moriz Beit, Abg. für Berlin. Franz Schmidt, Abg. für Löwenberg. Max Duncker, Abg. für Halle und den Saalkreis. Julius Carl Pannier, Abg. für Anhalt-Desau. Carl Ludwig Langbein aus Wurzen, Abg. des 5. Wahlbezirks im Königreich Sachsen. Gustav Rümelin, Abg. des Wahlbezirks Kirchheim-Mürtingen in Württemberg. Heinrich Thöl, Abg. für Mecklenburg-Strelitz. Adolph Enyrim, Abg. für Kurhessen. Friedrich Ludwig Jahn von Freiburg an der Unstrut, Abg. des 16. Wahlbezirks von preussisch Sachsen. Schaedler, Karl, Abg. des Fürstenthums Liechtenstein. Gustav Godeffroy, Abg. für Hamburg. Hermann, Freiherr von Rotenhan aus Rentweinsdorf, Abg. für den Wahlbezirk Nördlingen. Christian Widenmann aus Düsseldorf, Abg. für den rheinpreuss. Wahlbezirk Gladbach. Emmanuel Servais aus Luxem-

Luxemburg, Abg. für Luxemburg. Wilhelm April 28.  
 Michael Schaffrath, Abg. für den 24. Wahl-  
 bezirk des Königreichs Sachsen (Stolpen), aus  
 Neustadt bei Stolpen. Ernst Wilhelm Eduard  
 Zimmermann, Dr. j. u., Obergerichts-Assessor,  
 Bürgermeister von Spandow, Abg. zur deutschen  
 Reichsversammlung für den Luffauer Wahlbezirk.  
 Anton Pius Gustav Wilhelm von Wegnern,  
 Landrath, Abg. für den Wahlbezirk Lyck und  
 Johannisburg in Ostpreußen. Ludwig Bogen  
 von Michelstadt im Odenwald, Abg. des 4. Wahl-  
 bezirks, Großherzogthum Hessen. Hermann von  
 Massow aus der Grafschaft Glas. Aug. Frei-  
 herr v. Ende, Landrath, aus Waldburg in  
 Schlesien. Joh. Carl Lud. Schreiber, Abg. für  
 den 3. westphälischen Wahlbezirk. J. Benedey  
 (aus Cöln) für Hessen-Homburg. W. Wiest aus  
 Tübingen, für den 5. württembergischen Wahl-  
 bezirk. Dr. E. Giskra aus Wien, abgeordnet  
 vom Wahlbezirk mährisch Trübau. Eduard  
 Marks aus Duisburg, Abg. des 30. (rhein-)  
 preussischen Wahlbezirks. Friedrich Wilhelm  
 Levysohn, Dr. phil. und Buchhändler aus Grün-  
 berg in Schlesien, Abg. für den 12. schlesischen  
 Wahlbezirk (Grünberg — Freistadt). Johann  
 Friedrich Kierulff, Ober-Appellationsrath aus  
 Rostock, Abg. für den ersten mecklenb.-schwerin'schen  
 Wahlbezirk. Ludwig Simon von Trier. Adolph  
 Wiesner von Wien, Abg. für den Wahlbezirk Felds-  
 berg in Niederösterreich. Würth aus Sigmaringen.  
 Wilhelm Zimmermann aus Stuttgart. Karl Damm  
 aus Tauberbischofsheim in Baden. Friedrich  
 Stavenhagen, Oberst, Abg. für Berlin. Louis  
 Müller aus Sonnenberg, Abg. für Meiningen.  
 Gustav Fischer aus Jena, Abg. für den 4.  
 Wahlkreis des Großherzogthums Weimar. Joh.  
 Gottlieb August Raumann aus Frankfurt a. d. D.,  
 Abg. für den Wahlbezirk des Cottbus- und

April 28. Spremberger Kreisseß der Provinz Brandenburg. Johann Georg Günther aus Leipzig, Abg. des X. Wahlbezirks im Königreich Sachsen. Julius Fröbel aus Griesßheim im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt, Abg. für Reuß jüngere Linie. Carl Ludwig Rudolph Hoppenstedt aus Hannover, Abg. für den 2. Wahlbezirk im Königreich Hannover. Ph. Umbcheiden, gewählt im 1. pfälzischen Wahlbezirk zu Bergzabern (Bayern). Ludwig Bonardy aus Greiz, Abg. des Fürstenthum Reuß älterer Linie. Joseph Hermann Rudlich, Abg. für den österreichisch-schlesischen Wahlbezirk Benisch. Wilhelm Hoffbauer aus Nordhausen, als Abg. für den Wahlbezirk Nordhausen-Worbis in der preussischen Provinz Sachsen. Johann Friedrich Rödinger, Rechtsconsulent in Stuttgart, Abg. für den württembergischen Wahlbezirk Dehringen-Künzelsau. Johannes Fallati, Abg. für Horb-Herrenberg-Nagold in Württemberg. Wilhelm Wernher von Rierstein, Abg. für Alsfeld in Hessen. Remigius Vogel, Abg. des Wahlbezirks Dillingen. August Reitmayr, Kreis- und Stadtgerichtsrath aus Regensburg, für den Wahlbezirk Weiden in der Oberpfalz. Emil Adolf Rossmäßler, Abg. des XXII. sächsischen Wahlbezirks. August Rühl, Abg. von Hanau. Friedrich Theophil Hensel aus Ramenz, Abg. des XXIII. Wahlbezirks im Königreich Sachsen. G. F. Kolb, Bürgermeister von Speyer, Abg. für den pfälz. Wahlbezirk Speyer-Edenkoben-Germersheim. Karl Matthy. Bassermann aus Stadtprozelten in Bayern. Ernst Merck, Kaufmann aus Hamburg, für Hamburg. Theodor Dießsch, Abg. für den 13. sächsischen Wahlbezirk. Friedrich Christoph Dahlmann, Abg. des 6. holsteinischen Wahlbezirks. Johann Friedrich Nagel aus Balingen, Abg. des 2. württembergischen Wahlbezirks

bezirks im Schwarzwaldkreise. Heinrich Albert April 28. Zacharia aus Göttingen, Abg. des 6. hannov. Wahlbezirks. August Reinstein aus Raumburg a. S., Abg. des Wahlbezirks Raumburg-Eckartsberga (Pr. Sachsen). August Pfeiffer, Abg. für den Wahlbezirk Soldin-Urnswalde in der Neumark (Preußen). Adolph Schoder aus Stuttgart, Abg. für den Wahlbezirk Besigheim-Brackenheim im Königreich Württemberg. Hermann von Beckerath, Abg. für Eresfeld. Ernst Friedrich Gottschalk aus Schoppsheim, Abg. für die Aemter Staufeu, Mülheim, Schönaun und St. Blasien (Baden). Heinrich Julius Rammel, Subrector am Gymnasium in Zittau, Abg. für den 1. Wahlbezirk des Königreichs Sachsen. Heinrich Ahrends aus Salzgitter, Abg. für den hannoverschen Wahlbezirk Goslar-Halle-Alfeld-Bockenem. Oskar von Wydenbruck, Abg. des 1. Wahlbezirks des Großherzogthums Sachsen-Weimar.

### XXXI.

#### Verordnung,

May 5.

betr. die Disciplinarbestrafung in der Marine des Reichs. \*)

Der Reichsverweser, in Erwägung, daß die Flotte ihre ehrenvolle Aufgabe nicht zu lösen und die auf sie gestellten Hoffnungen des deutschen Volkes nicht zu erfüllen vermag, wenn nicht jeder Offizier, Deckoffizier, Unteroffizier, Matrose und Marinier, so wie jeder andere in ihr Angestellte und zum Dienste in ihr Berufene, in der ihm angewiesenen Stelle willig und gehorsam die Anordnungen und Befehle seines Vorgesetzten pünctlich

\*) Diese Verordnung ist aus dem Reichs-Gesetz-Blatte vom 5. May.

und

Man 5. und ohne Widerspruch vollzieht, verordnet wie folgt:

### Tit. I. Umfang der Disciplinarstrafgewalt.

#### §. 1.

Der Disciplinarbestrafung sind die zur deutschen Marine gehörenden und alle andern unter der deutschen Kriegsflagge befindlichen Personen unterworfen.

#### §. 2.

Der Disciplinarbestrafung unterliegen:

- 1) Zuwiderhandlungen gegen die zur Handhabung der Schiffsordnung ertheilten Vorschriften;
- 2) Nachlässigkeiten in Beziehung auf den Dienst, namentlich Verwahrlosung der Schiffsgeräthschaften, der Wach- oder Signalfener, der Waffen- und Montirungsstücke, Fehlen oder zu spätes Erscheinen im Dienst, Ausbleiben über Urlaub, Unreinlichkeit, Unrichtigkeit der Meldungen, Unterlassung oder nachlässige Ausführung der vorgeschriebenen Visitationen und dergleichen;
- 3) dienstwidrige Handlungen, namentlich Uebertretung der Wachtinstruction bei Verrichtung des Wachdienstes, Anzünden von Feuer oder Licht in Zeiten oder an Orten, wo dies verboten ist, heimliche Entfernung vom Schiffe oder Fahrzeug, Einschwärzung feuerfangender Gegenstände und geistiger Getränke, vorschriftswidriges Anreden der Vorgesetzten.

geſetzten, ordnungswidrigen Verhalten May 5.  
im Arreſt u. ſ. w.;

- 4) Ungehörſam und unſchickliche Aeüßerungen gegen den Vorgeſetzten;
- 5) unwürdige Behandlung der Untergebenen und unſtatthafte Nachſicht gegen die ſtrafbaren Handlungen und Unterlaſſungen der Untergebenen;
- 6) leiſtſinniges Schuldenmachen, verbotes ſpielen, Geldborgern von Untergebenen und andere Handlungen, welche unpaſſende Verhältniſſe zu den Untergebenen herbeiführen;
- 7) Streitigkeiten und Schlägereien der Mannſchaften unter ſich, oder mit andern Perſonen, wenn nicht ſchwere Verletzungen dabei vorgekommen ſind;
- 8) Unſittlichkeiten und Ausſchweifungen jeder Art, namentlich Trunkenheit und unzüchtiger Lebenswandel;
- 9) Unerlaubter Gebrauch fremden Eigenthums;
- 10) kleine Diebſtähle, Unterſchlagung und Betrügereien.

## Tit. II. Disciplinarſtrafen für die Offiziere und Mannſchaften.

### §. 3.

Die Disciplinarſtrafen ſind:

A. Für Offiziere, Deſoffiziere und die mit ihnen in gleichem Range ſtehenden Perſonen.

- 1) Verweiſe: a) ohne Zeugen oder in Weiſein eines Offiziers — einfacher Ver:

May 5.

Verweis; b) vor versammeltem Offizier-Corps — strenger Verweis;

2) Schiffsarrest bis zu vier Wochen;

3) Hütten- (Cajüten-) Arrest bis zu einer Woche und zwar: a) einfacher Arrest, wobei der Arrestant den Dienst versieht; b) strenger Arrest mit Suspension vom Dienst, in beiden Fällen mit oder ohne Gestattung des Verkehrs mit anderen Personen, und c) geschärfter Arrest unter Verschuß oder Bewachung durch eine Schildwache.

#### B. Für Schiffsfähndriche und Seejunker.

1) Verweise: a) vor versammeltem Offizier-Corps; b) in Beisein ihrer Cameraden;

2) Strafwachen;

3) Schiffsarrest bis zu vier Wochen;

4) Arrest bei der Schildwache an der Capitains-Cajüte oder auf dem Hinterdeck bis zu 48 Stunden, in angemessenen Zwischenräumen.

#### C. Für Unteroffiziere und die mit ihnen in gleichem Range stehenden Personen.

1) Verweise vor versammeltem Offizier-Corps in Beisein ihrer Cameraden;

2) Entziehung geistiger Getränke;

3) Strafwachen bei Tage;

4) Schiffsarrest bis zu vier Wochen;

5) Arrest bei der Schildwache bis auf 48 Stunden in angemessenen Zwischenräumen;

6)



- 6) Einsamer Arrest mit Heranziehung Man 5. zum Dienst;
- 7) Versetzung in eine niedere Rangstufe bis auf vier Wochen mit Herabsetzung der Löhnung;
- 8) Degradation für unbestimmte Zeit (§. 17).

D. Für Matrosen, Soldaten und alle andere Personen, die nicht zu den unter A. B. und C. Genannten gehören.

- 1) Entziehung geistiger Getränke;
- 2) Strafwachen bei Tag;
- 3) Macherexerciren;
- 4) Strafarbeiten, namentlich Eisenpußen, Reinigung der Waffen und Verrichtung schmutziger Arbeiten;
- 5) Essen am nicht numerirten Platz (am Back: Null);
- 6) Schiffsarrest bis zu vier Wochen;
- 7) Fesselung, durch Anlegung von Eisen an einen Fuß oder an beide Füße, bis zu einer Woche;
- 8) Schließen an Deck mit einem Fuß oder mit beiden Füßen, höchstens zwei Tage und eine Nacht, in beiden Fällen (No. 7 und 8) ohne weitere Verschärfung, oder einen Tag um den andern bei Wasser und Brot und mit oder ohne Verlust der Löhnung;
- 9) Gefängniß einen Tag um den andern bei Wasser und Brot mit Verlust der Löhnung bis zu fünf Tagen;
- 10)

- May 5. 10) Anbinden an den Mast, dergestalt, daß der Bestrafte zwar aufrecht stehen, nicht aber sich setzen oder niederlegen kann, täglich zwei Stunden und höchstens drei Tage hintereinander;
- 11) Versetzung in die Strafschasse mit Entziehung von einem Viertel bis zur Hälfte der Löhnung.

### Tit. III. Competenz der Befehlshaber zur Disciplinarbestrafung.

#### §. 4.

Die Disciplinarstrafgewalt steht im vollen Umfange (§. 3) dem commandirenden Offizier eines Schiffes oder andern Fahrzeuges über sämtliche ihm untergebenen Offiziere und Mannschaften zu. Dieselbe ist nicht an die Charge, sondern an die Function geknüpft und geht während der Stellvertretung auf den Stellvertreter im Commando über.

#### §. 5.

Die Competenz der einem commandirenden Offizier (§. 4) vorgesetzten höheren Befehlshaber zur Disciplinarbestrafung tritt ein, wenn die dazu geeignete strafbare Handlung a) unter ihren Augen begangen, oder b) ihnen zur Entscheidung oder zur Bestimmung der Strafe gemeldet, oder c) von dem Commandirenden unbestraft gelassen ist. Wenn die höheren Befehlshaber hiernach in den Fall kommen, Disciplinarstrafen zu verfügen, so sind auch für sie, sowohl hinsichtlich der Art,

Art, als der Dauer der Strafen die Vor: Man 5.  
schriften des §. 3 maaßgebend.

§. 6.

Die in den §§. 4 und 5 nicht genannten Offiziere, die Schiffsfähndriche, die Deckoffiziere, die Seejunker und die Unteroffiziere haben zwar keine Disciplinargewalt, sie sind aber ebenso berechtigt wie verpflichtet, die nach dem Grade oder bei gleichem Grade nach dem Dienstalter unter ihnen stehenden Personen zu verhaften, oder eine Verhaftung zu bewirken, wenn zur Erhaltung der Disciplin solches erforderlich ist. Eine solche Verhaftung muß von ihnen sofort dem nächsten mit Disciplinargewalt versehenen Vorgesetzten des Verhafteten gemeldet werden.

§. 7.

In außerordentlichen Fällen, insbesondere wenn das Schiff oder Fahrzeug sich in See befindet, imgleichen bei der Weigerung, den zur Beseitigung dringender Gefahr ertheilten Dienstbefehlen pünctlich Folge zu leisten, oder pflichtwidrige Handlungen zu unterlassen, stehen jedem Offizier und Deckoffizier, unter strenger Verantwortlichkeit für die ergriffenen Maaßregeln, ebenso wie jedem commandirenden Offizier und höheren Befehlshaber, alle Mittel zu Gebote, seinen Befehlen den nöthigen Gehorsam zu verschaffen. Dieselbe Befugniß unter gleicher Verantwortlichkeit hat jeder Offizier, ohne Rücksicht auf Rang und Grad, und jeder Deckoffizier zum Zweck der Abweh-

Man 5. wehr eines thätlichen Angriffs des Untergebenen, im Fall der äußersten Bedrängniß.

#### Tit. IV. Bestimmung über die Ausübung der Disciplinar-Strafgewalt.

##### §. 8.

Jeder mit Disciplinar-Strafgewalt versehene commandirende Offizier ist verpflichtet, vor Verhängung einer Disciplinar-Strafe von der Verschuldung des zu Bestrafenden auf eine seinem pflichtmäßigen Ermessen überlassene Weise sich zu überzeugen.

##### §. 9.

Die Anordnung einer Untersuchung zum Zwecke der Disciplinar-Bestrafung ist zwar nur in den Fällen, wo es der §. 13 vorschreibt, erforderlich; aber der commandirende Offizier muß auch in anderen Fällen, insofern er über die Schuld oder den Grad der Strafbarkeit zweifelhaft ist, vor Verfüzung der Strafe den Hergang der Sache durch mündliche Verhandlungen näher aufklären.

##### §. 10.

Die Art und das Maaß der Disciplinar-Strafe hat der commandirende Offizier oder Befehlshaber innerhalb der Grenzen seiner Disciplinar-Strafgewalt mit Berücksichtigung der Individualität des zu Bestrafenden, seiner bisherigen Führung und des durch die Uebertretung mehr oder minder gefährdeten Dienstinteresses zu bestimmen.

##### §. 11.

## §. 11.

May 5.

Eine und dieselbe strafbare Handlung darf nur Ein Mal bestraft werden. Auch muß die zu erwählende Strafart der strafbaren Handlung möglichst entsprechen.

## §. 12.

Die härteren Strafgrade müssen in der Regel eintreten:

- 1) wenn die strafbare Handlung zur Nachtzeit begangen worden ist;
- 2) wenn der zu Bestrafende bereits früher wegen eines solchen, als des zur Bestrafung vorliegenden Vergehens bestraft worden ist.

## §. 13.

Die Verfügung folgender im §. 3 aufgeführten Strafen: A. No. 3 c. Geschärfter Arrest unter Verschuß oder Bewachung durch eine Schildwache, C. No. 7 und 8. Versetzung in eine niedere Rangstufe auf kurze Zeit und Degradation, D. No. 10 und 11. Anbinden an den Mast u. s. w. und Versetzung in die Strafsclasse, kann nur erfolgen, wenn zuvor wegen des Vergehens, wofür eine dieser Strafen eintreten soll, durch eine vom commandirenden Offizier zu ernennende, aus drei Offizieren oder Deckoffizieren bestehende Commission eine Disciplinäruntersuchung stattgefunden hat, und von dieser Commission in dem, über das Ergebniß der Untersuchung zu erstattenden, schriftlichen Berichte die Verhängung einer der erwähnten Strafen beantragt wird.

Tit. V.

May 5. Tit. V. Bestimmung über die Vollstreckung der Disciplinarstrafen.

§. 14.

Die Vollstreckung der Disciplinarstrafen muß, sofern die Umstände es irgend gestatten, sogleich nach der Festsetzung erfolgen.

§. 15.

Bei Vollziehung der Disciplinarstrafen ist sorgfältig darauf zu achten, daß sie der Gesundheit des zu Bestrafenden nicht nachtheilig werden. Läßt der Gesundheitszustand desselben nach dem Urtheile des Schiffsarztes die Vollstreckung der verhängten Strafe nicht zu, so muß eine gelindere Strafe gewählt werden.

§. 16.

Bei dem Schließen in Eisen ist die Fesselung so einzurichten, daß dadurch zwar der Gang erschwert, die Bewegung aber nicht gehemmt wird. Auch darf die Fesselung nicht in Eisenstangen bestehen.

§. 17.

Die Aufhebung der Strafe der Degradation und der Versetzung in die Strafschasse, kann bei fortgesetzter guter Führung des Bestraften nach drei Monaten auf Antrag des commandirenden Offiziers durch den ihm zunächst im Commando Vorgesetzten erfolgen.

Tit. VI.

**Tit. VI. Führung der Strafregister. Man 5.**

§. 18.

Ueber die Disciplinarbestrafungen wird auf jedem Schiff und Fahrzeuge ein Strafregister geführt, für dessen Richtigkeit der commandirende Offizier verantwortlich ist.

**Tit. VII. Beschwerdeführung über Disciplinarbestrafungen.**

§. 19.

Beschwerden über Disciplinarbestrafung dürfen nur bei dem unmittelbaren Vorgesetzten desjenigen commandirenden Offiziers, welcher die Strafe verfügt hat, im Dienstwege und blos von dem Bestraften selbst angebracht werden.

**Tit. VIII. Aufsichtsführung über die Ausübung der Disciplinarstrafgewalt.**

§. 20.

Die gerechte und zweckmäßige Anwendung der Disciplinarstrafgewalt auf den einzelnen Schiffen und Fahrzeugen haben die höheren Befehlshaber, namentlich durch sorgfältige Prüfung der Strafliste, genau zu überwachen.

§. 21.

Finden die höheren Befehlshaber, daß ein ihnen untergebener commandirender Offizier bei der Disciplinarbestrafung ungesetlich verfahren

May 5. fahren ist, so sind sie verpflichtet, die Ueberschreitungen der Disciplinarstrafgewalt, nach Maaßgabe der Verschuldung, entweder disciplinarisch zu rügen, oder die gerichtliche Untersuchung und Bestrafung zu veranlassen.

**Tit. IX. Besondere Bestimmungen für die Zeit, wo Offiziere oder Mannschaften sich am Lande befinden.**

**§. 22.**

Die Vorschriften der §§. 2 bis 18 finden keine Anwendung auf die zur deutschen Marine gehörenden Personen, welche am Lande sich befinden, ohne zur Besatzung eines ausgerüsteten oder in der Ausrüstung begriffenen Schiffes oder sonstigen Fahrzeuges zu gehören. Für dieselben gelten nach Maaßgabe ihrer Charge und ihres Ranges die Vorschriften über die Disciplinarbestrafung im Heere, wobei dem Capitain die Disciplinarstrafgewalt in dem Umfange eines Regiments-Befehlshabers über seine Untergebenen zusteht.

**§. 23.**

Mit der Ausführung dieser Verordnung wird der Reichsminister der Marine beauftragt.

Frankfurt, den 8. März 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Der Reichsminister des Handels,  
ad interim mit der Verwaltung des Marine-  
Departements beauftragt:

Duckwitz.

XXXII.



## XXXII.

May 25.

## Verordnung

über die Anwendung von Laternen zur Vermeidung des Zusammenstoßens von Dampfschiffen. \*)

Der Reichsverweser, in Uebereinstimmung mit den von anderen Seestaaten erlassenen Bestimmungen zur Vermeidung des Zusammenstoßens von Dampfschiffen, verordnet, wie folgt:

## §. 1.

Jedes deutsche Kriegs- oder Privat-Dampfschiff soll von Eintritt der Nacht an folgende Laternen führen:

- 1) Wenn es in Bewegung ist:
  - a) ein helles weißes Licht am Top des Fockmastes,
  - b) ein grünes Licht an der Steuerbordsseite,
  - c) ein rothes Licht an der Backbordsseite.

- 2) Wenn es vor Anker liegt:

Ein gewöhnliches helles Licht.

## §. 2.

Folgende Bedingungen sind zu beachten:

- 1) Das Licht am Top des Fockmastes muß in einer klaren dunkeln Nacht auf einer Entfernung von wenigstens 5 Seemeilen oder  $1\frac{1}{2}$  geographischen Meilen sichtbar und die Laternen so construirt sein, daß ein gleichförmiges und unge-

\*) Diese Verordnung ist aus dem Reichs-Gesetz-Blatte vom 7. Juny.

May. 25.

brochenes Licht über einen Bogen von 20 Kompaßstrichen des Horizonts, mithin vom Bugspriet bis zwei Striche hinter den Segelbalken an jeder Seite des Schiffes, gezeigt wird.

- 2) Die farbigen, vor den Radkasten angebrachten Seitenlichter müssen in einer klaren dunkeln Nacht auf einer Entfernung von wenigstens 2 Seemeilen oder  $\frac{1}{2}$  geographischen Meile sichtbar und die Laternen so eingerichtet sein, daß jede für sich ein gleichmäßiges ungebrochenes Licht über einen Bogen von 10 Kompaßstrichen des Horizonts, mithin vom Bugspriet bis zwei Striche hinter den Segelbalken, jede auf ihrer Schiffsseite, zeigt.
- 3) Die an den Seiten angebrachten farbigen Laternen müssen überdieß nach der Seite des Schiffsdecks mit wenigstens 3 Fuß langen Schirmen versehen sein, damit das Licht der einen Seite nicht von der anderen Seite über den Bug hin gesehen werden kann. Die Schirme sind so anzubringen, daß sie nach der Länge des Schiffs gerichtet, die dem Deck zugekehrte Seite der Laternen berühren.
- 4) Die Laterne, welche das vor Anker liegende Schiff hissen soll, muß so eingerichtet sein, daß ein gutes helles Licht nach allen Richtungen des Horizonts gezeigt wird.

§. 3.

§. 3.

May 25.

Die Reichsminister der Marine und des Handels sind mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Frankfurt, den 25. May 1849.

Der Reichsverweser  
Erzherzog Johann.

Der Reichsminister der Marine:  
A. Jochmus, Gen.-Lt.

Der Reichsminister des Handels:  
Detmold.

### Erläuterung der Verordnung

vom 25. May 1849, betr. die Anwendung von Laternen, um das Zusammenstoßen von Dampfschiffen zu vermeiden.

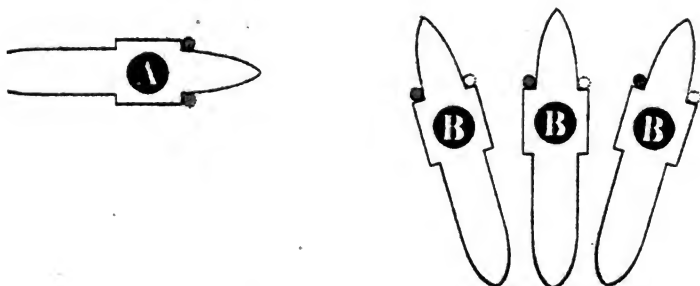
#### Erste Stellung.

In dieser Stellung wird vom Dampfschiff A nur das rothe Licht des Schiffes B gesehen werden, in welcher der drei Positionen auch Letzteres sein möge, weil das grüne Licht dem Gesichte entzogen ist. A wird überzeugt sein, das B's Backbordsseite gegen dasselbe gewendet ist, und daß letzteres daher in irgend einer Richtung nach Backbord vor A's Bug vorüber geht. — A wird daher (wenn die Schiffe so nahe sind, daß ein Zusammenstoß zu befürchten ist) mit Zuversicht das Steuer nach Backbord legen und frei gehen.

Anderseits wird das Schiff B in irgend einer der drei Stellungen das rothe, das grüne und das Licht am Mastrop des A in Form eines Dreiecks scheinen sehen, wodurch Ersteres wissen wird, daß ein Dampfschiff sich ihm geradeswegs nähert. B wird demgemäß verfahren.

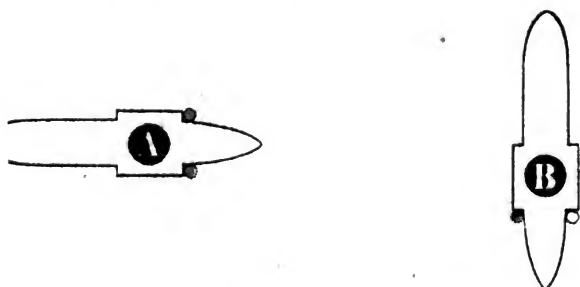
Es

Es ist kaum nöthig anzuführen, daß das Licht am Masttop in jeder Richtung nach vorne sichtbar sein wird.



### Zweite Stellung.

Hier wird A nur B's grünes Licht sehen, und deutlich folgern, daß B nach Steuerbord hin vorübergeht. Die drei Lichter des A, welche dem B sichtbar sind, werden letzterem anzeigen, daß ein Dampfschiff sich ihm geradeswegs nähert.



### Dritte Stellung.

A und B werden gegenseitig nur ihr rothes Licht sehen. Die Schirme werden die grünen Lichter

Lichter bedecken. Beide Schiffe gehen einander offenbar an der Backbordsseite vorbei.



#### Vierte Stellung.

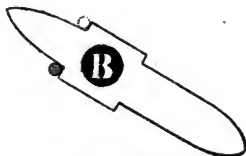
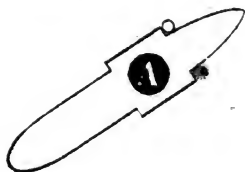
Beide werden hier nur ein grünes Licht sehen, weil die Schirme die rothen Lichter bedecken. Die Schiffe gehen demnach einander an der Steuerbordsseite vorbei.



#### Fünfte Stellung.

Diese Stellung erheischt Vorsicht.

Das rothe für A und das grüne für B sichtbare Licht wird beide unterrichten, daß sie sich einander in schräger Richtung nähern. A müßte, der in der nächsten Stellung erwähnten, unabweichlichen Regel zufolge, das Steuer nach Backbord legen.



Sechste

## Sechste Stellung.

In diesem Falle wird die gegenseitige Sichtbarkeit der beiden farbigen Lichter die directe Annäherung der Schiffe ergeben, und es Beiden als unabweichliche Regel gelten müssen, das Steuer nach Backbord zu legen. Diese Regel ist bereits eine ziemlich allgemeine, aber es würde eine größere Sicherheit gewähren, wenn sie als unabweichbar angenommen würde: denn es erscheint offenbar, daß es, ohne eine anerkannte und in Ausführung gebrachte Vorschrift dieser Art, unmöglich sein würde, jederzeit Unglücksfällen bei der hier angeführten Stellung der zwei Schiffe zuvorzukommen.



Die Art und Weise, wie die farbigen Lichter anzubringen sind, verdient besondere Beachtung. Sie müßten jedes mit einem Schirm von Holz (oder Segeltuch) an der dem Deck zugekehrten Seite versehen sein, um vorzubeugen, daß beide gleichzeitig in irgend einer anderen Richtung, als in der Richtung des Bugspriets, zu sehen sind.

Diese Vorrichtung ist von Wichtigkeit, denn ohne die Schirme würden alle Arten Bug-Lichter zur Bezeichnung der Steuer-Richtung unnütz sein.

Frankfurt, den 25. May 1849.

Das Reichsministerium der Marine.

Der General-Sekretair:

Kerst.

## Berichtigungen.

S. 68. „Herrentage“ l. „Havetage.“

S. 146. In Uebereinstimmung mit dem Protokolle der 81sten Sitzung des Verwaltungsrathes vom 20. Februar 1850 ist oben in den Bestimmungen für das Verfahren vor dem provisorischen Bundes-Schiedsgerichte der officielle Abdruck berichtigt. §. 11 in der Mitte schließt der Satz ab mit den Worten: „angebracht worden sind.“ — und ist ein neuer Satz begonnen: „Die Frist zur Einreichung.“ — Es bleibt aber noch zu berichtigen: „Die Frist . . . . ist vom Gerichte“ anstatt: „Die Fristen . . . . sind vom Gerichte.“

S. 155 in dem Schlusssatz des §. 36 ist statt: „Schlußvortrage“ gesetzt: „Schlußvertrage.“

---





Hamburgische  
Verordnungen  
vom  
Jahre 1850.

221

## CXXV.

### Hamburgisches Wahlgesetz

Jan. 4.

für die Abgeordneten zum Volkshause des deutschen Parlaments der durch den Vertrag vom 26. May 1849 verbündeten deutschen Staaten.

Beliebt durch Rath und Bürgerschuß vom 27. December 1849.

Auf Befehl E. H. Rathes der freien und Hansestadt Hamburg publicirt den 4. Januar 1850.

#### §. 1.

Für das Volkshaus des deutschen Parlaments der durch den Vertrag vom 26. May 1849 verbündeten deutschen Staaten werden im Hamburgischen Staate zwei Abgeordnete gewählt.

#### §. 2.

Berechtigt zu wählen ist jeder männliche Stadtbürger, Landbürger und Schutzbürger des Hamburgischen Staats in Stadt oder Gebiet, welcher am Tage der Wahl das 25ste Jahr vollendet hat, während 3 Jahre im Hamburgischen Staate oder in einem der verbündeten Staaten ansäßig gewesen ist, und die im §. 12 näher bezeichnete directe

§h 2 Steuer

Jan. 4. Steuer bezahlt. Den Stadt- und Landbürgern sind in Bezug auf das Wahlrecht die Prediger, die bei öffentlichen Schulen angestellten Lehrer, die activen Mitglieder der Garnison, sowie überhaupt alle Staats- Angestellten, welche in Bezug auf ihre Anstellung dem Staate einen Eid geleistet haben; ferner die Bürger im Amte Rixbüttel und die Mitglieder der israelitischen Gemeinde in Hamburg und Rixbüttel gleichgestellt. Die vorgedachten öffentlichen Angestellten sind auch dann wahlberechtigt, wenn sie vermöge ihres Amtes von der Entrichtung directer Steuern entfreit sind.

§. 3.

Ausgeschlossen von der Ausübung des Wahlrechts sind:

- 1) diejenigen, welche sich in Strafhaft befinden;
- 2) diejenigen, welche unter Curatel stehen;
- 3) Falliten, deren Curatoren noch nicht entschlagen sind.

§. 4.

Der Ausübung des Wahlrechts kann, unbeschadet der sonst verwirkten Strafen, für eine Zeit von 2 bis 10 Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß verlustig erklärt werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkaufte, seine Stimme verkauft, oder mehr als einmal bei der, für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.

§. 5.

## §. 5.

Jan. 4.

Jeder Wahlberechtigte ist Wähler in demjenigen Wahlbezirke, in welchem er am Tage der Wahl seine regelmäßige Wohnung hat. Der Standort des Militairs gilt dem regelmäßigen Wohnsitz gleich und berechtigt zur Wahl an demselben, falls die übrigen Erfordernisse vorhanden sind.

## §. 6.

Wählbar zum Wahlmann in dem betreffenden Bezirke ist jeder Wahlberechtigte; wählbar zum Abgeordneten ist jeder unbescholtenen Deutsche, der am Tage der Wahl das 30ste Jahr vollendet und wenigstens drei Jahre einem der verbündeten Staaten angehört hat.

## §. 7.

Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubs, haben aber die etwaigen Kosten ihrer amtlichen Stellvertretung zu tragen.

## §. 8.

Der Hamburgische Staat wird zum Zweck der Wahl der Wahlmänner in zwei Wahlkreise getheilt; der Erste begreift die Stadt; der Zweite die Vorstädte, die Landherrschaft der Geestlande und der Marschlande, das Amt Rixbüttel und das Amt Bergedorf, letzteres jedoch unter Berücksichtigung der für dasselbe bestehenden besonderen Verhältnisse; wessfalls hinsichtlich desselben das Nähere durch ein eigenes Wahlgesetz bestimmt werden wird.

## §. 9.

Jan. 4.

§. 9.

Die Wahl ist indirect; die Urwähler erwählen Wahlmänner und diese erwählen die Abgeordneten.

§. 10.

Die Wahlkreise werden Behufs der Wahl der Wahlmänner in Wahlbezirke getheilt. Für die desfallsige Eintheilung und die Zahl der in jedem Bezirke zu wählenden Wahlmänner dient das anliegende Verzeichniß zur Richtschnur.

§. 11.

Die Wähler jedes Bezirks werden Behufs der Ernennung der Wahlmänner in drei Abtheilungen getheilt, deren jede ein Drittheil der Wahlmänner erwählt.

§. 12.

Bei der Bildung der Abtheilungen wird der Ansaß des Vermögens, des Einkommens und des Erwerbes, nach welchem die Wahlberechtigten die Brandsteuer entrichten, zum Grunde gelegt.

A. In der Stadt, in den Vorstädten und in den Landherrschaften der Geestlande und Marschlande begreift

die erste Abtheilung sämtliche nach Capital besteuerten Wahlberechtigten in Stadt, Vorstädten und Gebiet, sowie diejenigen nach Erwerb und Einkommen besteuerten Wahlberechtigten, welche in der Stadt einen Steueransatz von einer Einnahme über 4500 *m℥* und in den Vorstädten St. Georg und

und St. Pauli und in dem gedachten Land: Jan. 4. gebiet von einer Einnahme von 3000 *m℥* und darüber entrichten;

die zweite Abtheilung enthält sämtliche Wahlberechtigte in Stadt, Vorstädten und Gebiet, welche einen Steueransatz von einem Erwerbe oder Einkommen von dem vorgedachten Betrage an bis zu einer Einnahme von mehr als 1000 *m℥* Court. entrichten;

die dritte Abtheilung begreift sämtliche Wahlberechtigten in Stadt, Vorstädten und Gebiet, welche einen Steueransatz von einem Erwerbe oder einem Einkommen von 1000 *m℥* Court. und darunter bezahlen.

B. Im Amte Rixbüttel, wird die daselbst unter dem Namen der Landessteuer erhobene Vermögens- und Erwerbssteuer der Vertheilung der dortigen Wahlberechtigten in die drei Abtheilungen zu Grunde gelegt, so daß zu bringen sind:

in die erste Abtheilung diejenigen Wahlberechtigten, welche einen Steueransatz von mehr als 50 *m℥* entrichten;

in die zweite Abtheilung diejenigen Wahlberechtigten, welche einen solchen von 50 *m℥* und darunter bis 20 *m℥*, diesen Ansatz ausgeschloffen; und

in die dritte Abtheilung diejenigen Wahlberechtigten, welche den Steueransatz von 20 *m℥* und darunter bezahlen.

§. 13.

Jan. 4.

§. 13.

Diejenigen öffentlichen Angestellten, welche zufolge §. 2 wahlberechtigt, aber zur Brandsteuer nicht zugezogen sind, werden nach Maaßgabe ihrer zu veranschlagenden Einnahme den betreffenden Abtheilungen hinzugefügt.

§. 14.

Die Wahlen werden durch den Senat ausgeschrieben.

Die Leitung und Beaufsichtigung des Wahlgeschäfts geschieht durch eine Central-Commission und die entsprechenden Bezirks-Commissionen.

Zur Vornahme einer amtlichen Handlung in diesen Commissionen ist die Gegenwart von wenigstens fünf Mitgliedern erforderlich.

§. 15.

Die Central-Commission ist zur Oberleitung der Wahlen bestimmt; sie wird für die erste Wahl zusammengesetzt aus 2 Senatoren, 2 Oberalten und den 8 Chefs der Infanterie-Bataillons des Bürgermilitairs.

§. 16.

Die Bezirks-Commissionen in der Stadt und in den Vorstädten werden zusammengesetzt aus dem Chef des Bataillons als Vorsitzendem, und den Compagnie-Chefs des betreffenden Bataillons des Bürgermilitairs so wie aus anderen Bürgern, von denen jeder Compagnie-Chef einen der in seiner Compagnie wohnhaft ist, zuzuziehen hat.

Für



Für das Landgebiet und das Amt Rixe: Jan. 4. büttel werden abseiten der Central-Commission hinsichtlich der Wahl der Wahlmänner Unterbezirks-Commissionen zur Entgegennahme der Stimmzettel gebildet. Dieselben sind aus einem Vogte, ferner nach Maaßgabe der Local-Einrichtungen aus Dorfsdeputirten oder Hofsleuten, oder Deichgeschwornen, so wie aus einigen wahlberechtigten Einwohnern zusammen zu setzen. Zur Ausübung der Functionen dieser Unterbezirks-Commissionen genügt die Anwesenheit von drei Mitgliedern.

§. 17.

In jedem Bezirke ist ein Verzeichniß der stimmberechtigten Wähler aufzustellen, welches aus den Steuerbüchern, nach den Wahlbezirken, unter Absonderung der drei Abtheilungen der Wahlberechtigten, aufgemacht wird. Diese Listen werden den betreffenden Behörden der Stadt, der Vorstädte und des Landgebiets zugestellt, um die Qualification als Stadt-, Land- oder Schußbürger, oder als Mitglied der israelitischen Gemeinde, ferner das Alter, und die zufolge der §§. 3, 4 und 13 zu berücksichtigenden Verhältnisse zu ermitteln und darnach die Wählerlisten zu berichtigen.

Auf Verlangen muß jeder Wähler sich glaubhaft darüber ausweisen, daß er in dem betreffenden Bezirke seine regelmäßige Wohnung habe.

§. 18.

Die auf die vorgedachte Weise aufgestellten Listen sind spätestens 3 Wochen vor dem

Jan. 4. dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dieses öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen diese Listen sind binnen 8 Tagen nach dieser öffentlichen Bekanntmachung bei der Central-Commission anzubringen, welche darüber innerhalb der darauf folgenden 8 Tage nach Anleitung dieses Gesetzes definitiv entscheidet und solche Entscheidung dem Betheiligten schriftlich zustellt. Sodann werden die Listen geschlossen. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in diese Listen aufgenommen sind.

§. 19.

Zur Wahl der Wahlmänner wird öffentlich eingeladen, unter genauer Bezeichnung des Ortes woselbst, und der Zeit, während welcher die Stimmzettel entgegengenommen werden.

Zur Abstimmung ist jedoch nur derjenige berechtigt, welcher durch Vorzeigung des quittirten Steuerzettels sofort nachweist, daß er die Brandsteuer für das letztvergangene Steuerjahr entrichtet hat, oder durch Attest der Steuer-Deputation nachweist, daß er nicht im Rückstande ist.

Das Amt des Wahlmannes kann nicht abgelehnt werden.

§. 20.

Jeder Wähler bezeichnet bei der Abstimmung, welche in den einzelnen Bezirken für jede der drei Abtheilungen abgesondert vorgenommen wird, so viele zu Wahlmännern wählbare Personen, als der dritte Theil der  
Zahl

Zahl der Wahlmänner ausmacht, welche der betreffende Bezirk zu wählen hat. Diejenigen Wähler der Abtheilung, auf welche mehr als die Hälfte der Stimmen der Abstimmenden gefallen ist, sind zu Wahlmännern erwählt. Ergiebt sich bei der Abstimmung keine absolute Majorität der Abstimmenden, so findet die engere Wahl in der Art Statt, daß über diejenigen Wahlsfähigen, welche die relativ größte Anzahl von Stimmen, und zwar in der doppelten Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner gehabt haben, eine abermalige Abstimmung in einem anzusetzenden neuen Wahltermine vorzunehmen ist. Bei dieser Wahl entscheidet die einfache Stimmenmehrheit, und bei Stimmengleichheit das Loos. Falls bei vorhandener absoluter Majorität der Abstimmenden hinsichtlich des zu erwählenden letzten Wahlmannes eine Stimmengleichheit eingetreten ist, so entscheidet gleichfalls das Loos über die zum Wahlmanne zu bestimmende Person.

#### §. 21.

Bei der Wahl der Wahlmänner wird abseiten der Bezirks-Commission in den Wählerlisten beinotirt, daß der betreffende Wähler abgestimmt hat, und erfolgt die Wahlhandlung durch persönliche Abgebung offener Stimmzettel.

#### §. 22.

Die Wahlmänner sind aus den Bezirken selbst, und zwar in der Art zu wählen, daß in sämtlichen Bezirken jede der drei Abtheilungen die Wahl der Wahlmänner an

Jan. 4. an einem und demselben Tage vornimmt. Zwischen den Wahlen der drei Abtheilungen, deren Reihenfolge durch das Loos bestimmt wird, sind jedesmal zwei freie Tage zu lassen. Bei Doppelwahlen hat, der Wahlmann in einem, von der Central-Commission festzusetzenden Termin sich zu entscheiden, für welchen Bezirk er die Wahl annehmen will, und findet sodann sofort eine Neuwahl Statt.

§. 23.

Wenn ein Name auf einem Stimmzettel unleserlich geschrieben, oder die zu bezeichnende Person nicht unzweideutig erkennbar ist, so wird solcher Name als nicht geschrieben betrachtet. Wenn mehr Namen, als in dem Bezirke zu wählen sind, auf dem Stimmzettel stehen, so gelten nur die voranstehenden Namen bis zu der erforderlichen Zahl.

§. 24.

Die Bezirks-Commission hat förderksamst das Resultat der Wahl zu ermitteln, und das, über das ganze Wahlverfahren aufgenommene und von den gegenwärtigen Bureau-Mitgliedern unterzeichnete Protocoll, der Central-Commission einzusenden.

§. 25.

Nach geschlossener Wahlhandlung in den Bezirken werden die Wahllisten mit der erfolgten Abstimmung der Central-Commission eingesendet.

§. 26.

Der Central-Commission liegt es ob, die Bekanntmachungen über die Reihenfolge der Abtheilungen bei der Wahl, über die Zeit und

und den Ort der Wahlen und der zur Annahme der Stimmzettel bestimmten Fristen in den Bezirken, sowie über die Resultate der Wahlen, zu erlassen. Jan. 4.

§. 27.

In jedem der beiden Wahlkreise treten die drei Abtheilungen der Wahlmänner mit einander an dem in allen verbündeten Staaten für die Wahlen festgesetzten Tage, zu der von der Central-Commission zu bestimmenden Zeit zusammen und erwählen einen Vorsitzenden zur Leitung der Wahlhandlung und einen Protocollführer.

§. 28.

Zur Vornahme der Wahl eines Abgeordneten ist die Anwesenheit von drei Viertheilen der ernannten Wahlmänner erforderlich. Es darf ohne vorgängige von der Central-Commission für genügend erkannte Entschuldigung kein Wahlmann bei einer Ordnungsstrafe von 10 Thlrn. ausbleiben. Bei gleicher Strafe kann auch kein Wahlmann vor völlig beendigter Wahlhandlung sich entfernen.

§. 29.

Die Wahlmänner wählen den Abgeordneten durch offene Stimmgebung zum Protocoll, nach absoluter Mehrheit der Anwesenden. Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung eine solche nicht, so findet die engere Wahl in der Art Statt, daß über diejenigen Personen, welche die mehrsten Stimmen zum Totalbelaufe von zwei Dritttheilen der abstimmenden Wahlmänner gehabt haben, aufs Neue

Jan. 4. Neue abgestimmt wird; welches Verfahren so lange fortgesetzt wird, bis die absolute Majorität erlangt wird. Die ganze Wahlhandlung ist ohne Unterbrechung vorzunehmen.

§. 30.

Die Wahlprotocolle werden der Central-Commission eingesandt, welche die Wahlen zu veröffentlichen und die erwählten Abgeordneten von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen hat.

§. 31.

Wenn der Erwählte die Wahl ablehnt, oder wenn später aus andern Gründen während der Dauer des Reichstags eine anderweitige Wahl eines Abgeordneten zum Volks Hause erforderlich geworden ist, so geschieht sie durch die für die erste Wahl ermittelten Wahlmänner nach den obigen Vorschriften.

Sollten inzwischen Lücken in der Zahl der Wahlmänner entstanden sein, so ist eine Ergänzung nur erforderlich, wenn die Gesamtzahl der in sämmtlichen Bezirken ausgefallenen Wahlmänner der nemlichen Abtheilung fünf übersteigt. — In diesem Falle aber werden sie für diese Abtheilung von den Wählern des Bezirks, und in diesen von der Abtheilung und dem Unterbezirke, worin sich die Lücken in der betreffenden Abtheilung finden, vorher durch neue Wahlen vollständig ergänzt.

Nach dieser Bestimmung soll auch in allen den Fällen verfahren werden, wo bei der ersten Wahl einige der gewählten Wahlmänner ausgefallen sind.

Erster

Erster Kreis,  
die Stadt:

Jan. 4.

1ster Distr.,	1stes Bat. des Bürgermilitairs,	wählt 6 Wahlmänner.
2ter : 2tes	des Bürgermilitairs,	wählt 9 Wahlmänner.
3ter : 3tes	des Bürgermilitairs,	wählt 9 Wahlmänner.
4ter : 4tes	des Bürgermilitairs,	wählt 6 Wahlmänner.
5ter : 5tes	des Bürgermilitairs,	wählt 6 Wahlmänner.
6ter : 6tes	des Bürgermilitairs,	wählt 9 Wahlmänner.

Zweiter Kreis,  
die Vorstädte und das Landgebiet:

1ster Distr.,	die Vorstadt St. Georg,	wählt 9 Wahlmänner.
2ter : : :	St. Pauli,	wählt 9 Wahlmänner.

Geestlande:

3ter District,	wählt . . . 3 Wahlmänner.
(Die Vogteien Volksdorf, Groß-Hansdorf, Schmalenbeck, Dhlstädt, Wohldorf, Farmsen, Alsterdorf, Langenhorn, Fuhlsbüttel, Klein Borstel, Struckholt, Dhlsdorf, groß Borstel und Barmbeck.)	
4ter District,	wählt . . . 3 Wahlmänner.
(Die Vogteien Hamm, Horn, Hohenfelde und Burgfelde.)	
5ter District,	wählt . . . 3 Wahlmänner.
(Die Vogteien Eppendorf, Winterhude, Harvestehude, Rothenbaum und Eimsbüttel.)	
Marsch:	

Jan. 4.

## Marſchlande:

6ter Diſtrict, wählt . . . 3 Wahlmänner.

(Die Vogteien der Elbinseln mit Graßbrook, Finkenwärder und Moorbürg.)

7ter Diſtrict, wählt . . . 3 Wahlmänner.

(Die Vogteien Dchſenwärder, Moornwärder, Spadenland, Reitbrook (mit Nettelnburg und Bergedorfer Schleuſe), Krauel, die Landſchaften Allermöhe und Moorfleth (auß der Vogtei Billwärder.)

8ter Diſtrict, wählt . . . 3 Wahlmänner.

(Die Vogteien Billwärder an der Bille, Billwärder Auſſchlag.)

9ter Diſtrict, das Amt Rizebüttel, wählt  
3 Wahlmänner.

10ter Diſtrict, das Amt und Städtchen  
Bergedorf, wählt 3 Wahlmänner.

## CXXVI.

Jan. 11. Die Revidirte Hamburgiſche Zoll-  
Verordnung, beliebt durch die Rath-  
und Bürger:Schlüſſe vom 16. December  
1844, 6. May 1847 und 13. December  
1849, auf Befehl E. Hochedlen Raths  
publicirt den 11. Januar 1850, iſt die vom  
Jahre 1844, Decbr. 16., oben Bd. XVIII.  
S. 683 abgedruckte, mit der in der Bekannt-  
machung vom 10. May 1850 enthaltenen  
Abänderung des §. 10 der Zoll-Ordnung.  
(S. oben Bd. XX. S. 51.)

## CXXVII.



## CXXVII.

## Bekanntmachung

Jan. 11.

für das beiderstädtische Gebiet, betr. die Einsetzung des Bundes-Schiedsgerichtes.

Nachdem die freien und Hansestädte Lübeck und Hamburg dem am 26. May d. J. zwischen den Königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover geschlossenen Bündnisse beigetreten sind, so tritt auch für das Amt und Städtchen Bergedorf das durch dieses Bündniß eingesetzte Bundes-Schiedsgericht in Kraft.

Es werden demnach nachstehend die, die erfolgte Einsetzung des Bundes-Schiedsgericht betreffende Bekanntmachung des Verwaltungsrathes der verbündeten Regierungen vom 4. July d. J., so wie die Bestimmungen für das Verfahren vor dem provisorischen Bundes-Schiedsgericht und für die Vollziehung der Entscheidung desselben, wie diese in der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 8. August d. J. festgestellt sind, zur öffentlichen Kunde gebracht, und ist das Bundes-Schiedsgericht durch den Verwaltungsrath befugt, in Gemäßheit derselben zu verfahren.

(Folgen der Vertrag vom 4. July 1849 nebst den Bestimmungen für das Verfahren vor dem provisorischen Bundes-Schiedsgerichte, wie beide abgedruckt sind oben S. 139 — 159.)

Publicirt im Amte Bergedorf, den  
11. Januar 1850.

## CXXVIII.

Jan. 12.

**Bekanntmachung,**

betr. Anlegung von Ablasshähnen für das Wasser  
in den Gasleitungen.

Da sich in neuerer Zeit der Fall ereignet hat, daß ein, an einer Gasleitung befindlicher, zum Ablassen der sich in der Leitung ansammelnden Feuchtigkeit bestimmter Hahn unvorsichtiger Weise geöffnet geblieben, wodurch eine Ausströmung von Gas und in Folge dessen eine mit verderblichen Folgen verknüpft gewesene Explosion herbeigeführt worden, so bringt die Polizeybehörde eine von der technischen Commission empfohlene Vorrichtung dem Publicum und den ausführenden Mechanikern zur Kenntniß, durch welche die Anlage solcher Ablasshähne für das in den Leitungen angesammelte Wasser minder gefährlich gemacht wird.

Es ist nach diesem sachverständigem Rathschlage das Zapfrohr, an dessen unterm Ende bisher ein Hahn oder eine Schraube angebracht wurde, künftig mit einem Wasser-  
schlusse zu versehen. Zu dem Ende ist das Abschlußrohr bis nahe auf den Boden eines etwas weiteren, unten und oben geschlossenen Rohres zu leiten und dieses, am obern Ende luftdicht zu verschließende Rohr an der Seite, circa 3—4 Zoll vom Boden, mit einem kleinen Hahne zu versehen. Dieses kleine Reservoir ist anfänglich einige Zoll hoch mit Wasser zu füllen.

Die

Die technische Commission fügt diesem Jan. 12. ihrem Vorschlage folgende Bemerkungen hinzu:

„Es ist leicht einzusehen, daß bei dieser Einrichtung des sogenannten Siphons stets ein Wasserverschluß von circa 3 Zoll gegeben ist, der, wenn auch der Hahn aus Versehen geöffnet bliebe, ein Ausströmen des Gases nur dann zuließe, wenn der Druck desselben größer würde, als der Gegendruck der im Siphon befindlichen Wassersäule. Da aber der regelmäßige Druck in den Leitungen kaum 1 Zoll Wasser beträgt, so bietet der 3 — 4fach stärkere Gegendruck, der nach Beschaffenheit der Dertlichkeit leicht noch vermehrt werden kann, eine genügende Sicherung. Da jedoch zufällig und vorübergehend ein stärkerer Gasdruck eintreten könnte, so ist dennoch auf das Schließen des Hahnes mit der größten Sorgfalt zu achten.“

Die Mehrkosten dieser Einrichtung sind höchst unbedeutend, weshalb die Polizeibehörde, im Interesse der allgemeinen Sicherheit, dieselbe für bereits bestehende Leitungen dringend empfehlen kann, und für solche künftig anzulegende Gasleitungen, bei welchen die Anbringung dieser Ablasshähne unvermeidlich die Anlegung des sogenannten Siphons und Hahns in der vorangegebenen Weise den Mechanikern hiedurch zur Pflicht macht.

Die Nichtbefolgung dieser, unter Hinweisung auf §. 8 des unterm 18. Dec. 1844

Jan. 12. in Betreff der Gasleitungen publicirten Mandats, erlassenen Verfügung, hat die Anwendung der im Mandate vom 29. Nov. 1847 näher bestimmten Strafen und die weiteren dort erwähnten Nachtheile für die Mechaniker zur Folge.

Hamburg, den 12. Januar 1850.

Die Polizen-Behörde.

### CXXIX.

Jan. 14.

### Bekanntmachung,

die Wahlen zum Volkshause zu Erfurt betreffend.

In Gemäßheit des Hamburgischen Wahlgesetzes für die Abgeordneten zum Volkshause des Deutschen Parlaments der durch den Vertrag vom 26. May 1849 verbündeten Deutschen Staaten wird die Wahl der für den Hamburgischen Staat zu wählenden zwei Abgeordneten hiermit ausgeschrieben.

Die nach Maaßgabe des Gesetzes aufzumachenden Verzeichnisse der stimmberechtigten Wähler werden förderndst zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden und wird sodann die mit der Oberleitung der Wahlen beauftragte Commission, bestehend aus folgenden Personen:

Herr Senator	Binder, Dr.
„	„ Sieveking, Dr.
„ Oberalter	Stiemers,
„	„ Stoppel,
„ Major	Loehr, Dr.
„	„ Woermann,
„	„ Ingwersen,

Herr

Herr Major Ahrt,

Jan. 14.

: : Bargmann, Dr.

: : Detert,

: : Menn,

: : Mahlandt,

die erforderlichen näheren Bekanntmachungen und Verfügungen erlassen.

Da dem Vernehmen nach der §. 6 des Gesetzes zu der irrthümlichen Ansicht Anlaß gegeben haben soll, daß in den einzelnen Districten Wahlmänner auch aus anderen Districten gewählt werden dürften, so macht der Senat darauf aufmerksam, daß aus dem §. 22 mit hinlänglicher Deutlichkeit hervorgeht:

daß nur solche Wahlberechtigte zu Wahlmännern wählbar sind, welche auch in dem betreffenden Wahl-district wohnen.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 14. Januar 1850.

## CXXX.

Rath und Bürger-Convent

Jan. 17.

vom 17. Januar.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag den 17. Januar zusammen zu berufen, um derselben folgende Anträge vorzulegen:

Propositio Senatus.

E. E. Rath trägt, unter Bezugnahme auf die Anlage, bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

I.

Jan. 17. I. daß an der von der constituirenden Versammlung beschlossenen Verfassung die von der Rath- und Bürger-Commission empfohlenen Abänderungen vorgenommen und demnach die in der Unteranlage Lit. D. beigefügte Hamburgische Staatsverfassung als Grundgesetz des Hamburgischen Staates anerkannt und publicirt werde, und zwar dergestalt, daß dieselbe nicht anders abgeändert werden dürfe, als auf dem in diesem Grundgesetze selbst bestimmten Wege;

## II. daß ferner weiter

- 1) das in der Unteranlage Lit. E. beigefügte transitorische Wahlgesetz als Norm für die Wahlen der ersten auf Grundlage der sub I. gedachten Staatsverfassung zusammentretenden Bürgerschaft zu gelten habe;
- 2) die gegenwärtig bestehende Rath- und Bürger-Commission beauftragt werde, zu den Behufs Einführung der neuen Verfassung erforderlichen organischen und transitorischen Gesetzen und zugleich den nöthigen Bestimmungen darüber, mit welchem Zeitpuncte die neue Verfassung oder einzelne Theile derselben in Wirksamkeit zu setzen seien, Vorschläge zu machen, jedenfalls aber innerhalb 4 Wochen darüber zu berichten;
- 3) daß diejenigen, von der constituirenden Versammlung beschlossenen, organischen Ge-

Gesetze, welche durch die unter II. 2 Jan. 17. gedachten Vorschläge nicht erledigt werden, der künftigen legislativen Gewalt zur Erwägung und definitiven Beliebung überwiesen werden.

Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft kann sich mit dem heutigen ferneren Antrage E. E. Rath's, die Verfassungs-Angelegenheit betreffend, nicht einverstanden erklären.

Replica Senatus.

E. E. Rath bedauert, daß Erbges. Bürgerschaft Seinem heutigen Antrage nicht beigetreten ist, und wird in dieser wichtigen und dringlichen Sache weitere Anträge so bald als möglich an Erbges. Bürgerschaft gelangen lassen.

CXXXI.

Bekanntmachung,

Jan. 17.

betr. Verfügungen für die innerhalb der Holsteinischen Zolllinie belegenen Hamburgischen Gebietstheile.

In Gemäßheit Art. III. des durch Rath und Bürgerschluß vom 18. December 1849 auf ein Jahr prolongirten Vertrages über den Anschluß der innerhalb der Holsteinischen Zolllinie belegenen Hamburgischen Gebietstheile an den Zollverein vom 5. September 1840, bringt E. Hochweiser Rath nachstehende Verfügungen zur Kenntniß der Betheiligten.

Jan. 17. 1) Verfügung, betreffend geschärfte  
Controlmaafregeln im Grenz-  
zolldistricte.

§. 1.

In dem durch das Patent vom 28. Jan. 1846 angeordneten Grenzzolldistricte von der Elbe bei Blankenese bis zur Ostsee bei Scharbeuk darf raffinirter Zucker überall nicht ohne Zollpassirzettel transportirt werden. Bei Versendung fremder Manufacturwaaren aller Art, in Quantitäten zu einem Zollbetrage von 1 *m* Cour. und darüber ist gleichfalls ein Zollpassirzettel erforderlich.

In den Passirzetteln für fremden raffinirten Zucker und die genannten Manufacturwaaren ist die innerhalb Jahresfrist geschehene Verzollung nachzuweisen.

Die Zollbeamte haben die Abgangszeit der genannten Waaren auf den Passirzetteln zu verzeichnen und darauf zugleich nach deren verantwortlichem Ermessen die Dauer der Gültigkeit des Passirzettels nach der Entfernung des Bestimmungsorts zu bemerken. Nur für den solchergestalt festgesetzten Zeitverlauf ist der Passirzettel gültig, und sind daher solche mit einem abgelaufenen Passirzettel transportirten Waaren in derselben Weise zu behandeln, als wenn sie ohne Passirzettel angetroffen worden.

Die Ertheilung der Passirzettel für inländischen raffinirten Zucker wird bedingt durch den geschehenen Nachweis des Bezuges  
von



von einer inländischen Fabrik. Die für den Jan. 17. Transport des inländischen raffinirten Zuckers erforderlichen Fabrikationsatteste sind, behufs Erlangung der Passirzettel, vor Ueberschreitung des Grenzdistricts bei dem zunächst belegenden Zollamte einzuliefern.

## §. 2.

Lumpen in Quantitäten von 50 Pfund und darüber dürfen in dem Grenzzolldistricte nur nach geschehener Verzollung und in Begleitung desfälligen Zollpassirzettels transportirt werden. Bei dem Mangel des Passirzettels kommen die in den §§. 243 und 245 der Zollverordnung angedroheten Strafen zur Anwendung. Lumpen, welche für die im Grenzzolldistricte befindlichen Papiermühlen bestimmt sind, passiren ohne Zollerlegung, jedoch ebenfalls unter Begleitung von Passirzetteln dahin, wenn in ordnungsmäßiger Frist (§. 51 der Zollverordnung) durch Rückatteste dargethan wird, daß die Lumpen daselbst angekommen und für die Fabrike bestimmt sind. Die Papierfabrikanten im Grenzzolldistrict sind verpflichtet, die Passirzettel, versehen mit einer bei Verlust Ehre und guten Leumunds ausstellenden Bescheinigung über die Ankunft und über die Bestimmung der Lumpen in ihrer Fabrik innerhalb drei Tage an die nächste Grenzzollstätte abzuliefern.

Vorstehende Verfügung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Jan. 17. 2) Verfügung, betreffend die Aufhebung des Einfuhrzolls für unbereitete Häute.

In Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Schleswig-Holsteinischen Landesversammlung vom 22. dieses Monats wird der nach dem Tarif vom 13. März 1844 für unbereitete Häute von großem Rindvieh und Pferden zu entrichtende Einfuhrzoll von 7  $m\%$  13  $\beta$  für 100 lb trockene unter 20 lb das Stück, und von 3  $m\%$  14  $\frac{1}{2}$   $\beta$  für 100 lb nasse und gesalzene unter 40 lb das Stück und mit Kopf, Hörnern und Schwanz unter 48 lb das Stück, hiedurch aufgehoben. Es dürfen demnach unbereitete Häute von großem Rindvieh und Pferden ohne Unterschied zollfrei eingeführt werden.

3) Verfügung, betreffend Aenderungen in dem Einfuhrzolltarif für Fabrikate und Handwerkerwaaren von Altona und für Fabrikate von Wandsbeck.

Als Folge der durch die Verfügung vom heutigen Tage, betreffend die Aufhebung des Einfuhrzolls für unbereitete Häute, stattgefundenen Veränderung des allgemeinen Zolltarifs, und nach Anleitung des §. 6 des Patents vom 13. December 1843, betreffend die der Stadt Altona und dem Flecken Wandsbeck zustehenden Zollbegünstigungen, wird der Tarif für Fabrikate und Handwerkerwaaren von Altona und für Fabrikate von Wandsbeck vom 1. Januar 1850 angerechnet abgeändert wie folgt:

Häute,

Häute, gegerbte und bereitete:	Jan. 17.
Sohlleder . . . . . 100 lb — m $\frac{1}{2}$ 1 $\frac{1}{2}$ $\beta$	
anderes loh: und weißge: gerbtes Leder von gro: ßem Hornvieh und Pferden:	
unlakirtes . . . . . 100 ; — ; 10 ;	
lakirtes . . . . . 100 ; 26 ; 4 ;	
; beim Nachweis, daß die Häute im zollpflichtigen Inlande oder in Altona gegerbt sind . . . . . 100 ; 1 ; 14 ;	

### Nademacherarbeit, Sattlerarbeit, Schusterarbeit:

Die Voraussetzung, unter welcher für diese Waaren die im Tarif enthaltenen niedrigeren, mit einem \*) bezeichneten Zollsätze zur Anwendung kommen, ist künftig folgende:

Beim Nachweis, daß das verbrauchte Leder im zollpflichtigen Inlande oder in Altona gegerbt ist.

Zur Erlangung des für lakirte Felle zugestandenen niedrigeren Zolls von 1 m $\frac{1}{2}$  14 $\beta$  für 100 lb genügt gleichfalls der Nachweis: daß die Häute im zollpflichtigen Inlande oder in Altona gegerbt sind.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 17. Januar 1850.

## CXXXII.

Jan. 21.

**Bekanntmachung,**

betr. die Vereinfachung der Auszahlung für die  
Einquartierung.

In den nächsten Tagen wird die Auszahlung für die Einquartierung vom 1. Dec. v. J. bis zum 15. d. M. inclusive Statt finden. Zur größeren Vereinfachung der Auszahlungen wird dabei in der Stadt nicht mehr die Compagnie-Eintheilung des Bürgermilitairs, sondern die Compagnie-Eintheilung des königlich preussischen Militairs zum Grunde gelegt, und die Auszahlung in Einem und demselben Bureau, und zwar im alten Posthause auf dem Neuenwall (dem Stadthause gegenüber) geleistet werden. Die Art und Weise, wie die Quartierwirthe in Zukunft von der Zeit der Auszahlung Kenntniß erlangen, besteht darin, daß einem jeden Quartierwirthe von Seiten der Central-Commission eine gedruckte Aufforderung zugestellt werden wird, wogegen eine besondere öffentliche Aufforderung nicht ferner Statt findet.

Erwanige Restanten bis zum 1. Dec. können bei dieser Auszahlung keine Berücksichtigung finden, es soll dafür jedoch demnächst ein besonderer Zahlungstag festgesetzt, und darüber das Weitere bekannt gemacht werden.

Es wird um so dringender ersucht, die anzufagenden Zahlungstermine pünktlich einzuhalten, als diejenigen, welche solche versäumen,

säumen; bei dieser Auszahlung nicht weiter Jan. 21. berücksichtigt werden können.

Hamburg, den 21. Januar 1850.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

### CXXXIII.

#### Bekanntmachung,

Jan. 21.

betr. das Fortbestehen der Stellvertretung für  
Wehrpflichtige.

Durch das Publicandum vom 2. März 1849 sind die Gründe veröffentlicht worden, weshalb die Stellvertretung annoch für das Loosungsjahr 1828 beibehalten werden mußte, weil die Anwendung des Art. 2 der Grundrechte, die von der Deutschen Nationalversammlung festgestellt wurden, und welcher die Stellvertretung aufhebt, von den durch die Landes-Gesetze zu bestimmenden Abänderungen und Ergänzungen abhängig gemacht worden war.

Diese Ergänzungen und Erleichterungen konnten nur, wie dies auch in der Bekanntmachung vom 2. März angeführt worden, durch Erlassung einer Wehrpflicht-Ordnung geschaffen werden, welche jedoch ohne Vereinbarung mit anderen Staaten nicht ins Leben zu rufen war. Eine Vereinigung dieser Art konnte indessen der allgemein bekannten politischen Ereignisse wegen nicht getroffen werden.

Da nun ferner Hamburg dem Bündnisse vom 26. May 1849 beigetreten ist,  
in

Jan. 21. in dem Abschnitt VI., Art. II., §. 135 des Verfassungs-Entwurfes es aber ausdrücklich festgesetzt wird, daß das Nähere über die Aufhebung der Stellvertretung durch das Wehrgesetz bestimmt werden soll, und in der Denkschrift zu diesem Entwürfe unter der Rubrik „Wehrpflicht“ es besonders hervorgehoben worden, daß der Grundsatz (wegen Aufhebung der Stellvertretung) erst durch das Wehrgesetz ins Leben zu rufen sei, mithin, in Folge dieser Bestimmungen die Erlassung des Wehrgesetzes erst erfolgen muß, ehe die Aufhebung der Stellvertretung ausgeführt werden kann, so erklärt E. H. Rath, daß für die Pflichtigen, welche im Jahre 1829 geboren, die Stellvertretung nach den bisherigen Bestimmungen noch fortbestehen werde, was E. H. Rath hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringt.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 21. Januar 1850.

### CXXXIV.

Jan. 21. Das Publicandum, betreffend die Losung für das Hamburgische Contingent aus den im Jahre 1829 Geborenen, in welchem der Schluß des Meldungs-Termins auf den 9. Februar d. J. gesetzt ist, entspricht dem Publicandum vom 15. December 1849, bis auf den folgenden Schlußsatz:

Da es Pflicht eines jeden Angehörigen eines Staates ist, zum Schutze desselben unter die Waffen zu treten, da ferner jede mögliche

liche

liche Erleichterung, sei es durch Tausch oder Jan. 21.  
durch Stellvertreter, oder durch sonstige die  
Gleichheit der Rechte nicht verletzende Ein-  
richtungen mit den schonendsten Rücksichten zur  
Anwendung gebracht werden wird: so zweifelt  
E. H. Rath nicht an der Bereitwilligkeit,  
mit welcher die waffenfähige Jugend dieser  
Stadt und ihres Gebietes seiner Auffor-  
derung entsprechen wird.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 21. Januar 1850.

### CXXXV.

#### Bekanntmachung,

Jan. 28.

betr. die Loosung der Dienstpflichtigen aus dem  
Jahre 1829.

Dieselbe ist der Bekanntmachung vom 9.  
Januar 1845 (s. Bd. XIX. S. 3) gleich-  
lautend, und sind die Loosungstage angesetzt  
wie folgt:

„Es haben sich also die Dienstpflichtigen  
des ersten Districts des Jahres 1829, deren  
Namen mit den Buchstaben

A bis K anfangen, am Montag d. 18. Februar,  
die mit

L : Z : : Mittwoch d. 20. Februar,  
so wie die Dienstpflichtigen des zweiten  
Districts am Donnerstage den 21. Februar,  
Morgens präcise 9 Uhr in dem Saale der  
Kanzlei des Bürger-Militärs, Neustädter  
Fuhlentwiete No. 83, einzufinden, um zu  
loosen.“

Hamburg, den 28. Januar 1850.

Die Bewaffnungs-Commission.

CXXXVI.

## CXXXVI.

Jan. 28.

## Bekanntmachung

über die für Widerspenstige erklärten Dienstpflichtigen.

Da von denen im Jahre 1827 gebornen Dienstpflichtigen, welche im Laufe des Jahres 1848 zur Ausloosung für das Bundes-Contingent bestimmt waren, mehrere nicht aufzufinden gewesen sind, andere aber, welche durch ihre Angehörige Reclamations-Gründe haben vorbringen lassen, darüber keine Beweise eingeliefert haben, weshalb auf solche unbescheinigte Reclamationen keine Rücksicht genommen werden konnte, mithin die in der Verordnung vom 5. Juny 1822 ausgesprochenen, und späterhin wiederholt angedroheten Strafen, nunmehr in Anwendung kommen müssen, so erklärt E. H. Rath hierdurch folgende Dienstpflichtige, namentlich:

Nr

Name.

## Erster District.

10. Schmidt, Johann Friedrich Christian
18. Winkel, Johann Friedrich Ernst
21. Lemm, Johann Conrad Matthias
23. Kelling, Johann Friedrich Wilhelm
33. Hendorn, Joachim Heinrich
49. Benecke, Georg Heinrich Theodor
51. Stern, Johann Peter Wilhelm
63. Gehm, Michael Friedrich
64. Siemssen, Martin Friedrich
65. Grothmann, Johann Heinrich
75. Schilling, Franciscus Johannes Jacobus
95. von der Heyden, Johann Georg Heinrich
111. Steinicke, Georg Heinrich Martin
116. Brackmann, Johann Heinrich Friedrich

117.



Jan. 28.

Nr	Name.
117.	Reinstöck, Johann Peter
136.	Bendixen, Wilhelm Hugo
139.	Pringnitz, Franz Heinrich Jacob
148.	Maass, Nicolaus
149.	von der Hende, Johann Martin
156.	Süßmilch, Heinrich Friedrich
159.	Lübbes, Johann Otto
169.	Tassart, Alexander Caesar George
175.	Stoll, Louis Heinrich Leopold
183.	Bendhack, Hermann Ferdinand Edmund
185.	Treu, Heinrich Gustav
191.	Fick, Joachim Adam Christian
194.	Abmeling, Johann Wilhelm Justus
203.	Müller, Johann Diedrich Heinrich
210.	Benn, Andreas Peter Theodor
213.	Voges, Johann Christopher Matthias
228.	Schlicht, Johann Conrad Christopher
247.	Möller, August Carl Friedrich
250.	Allers, Heinrich Ludwig Christian
251.	Trebert, Eduard Christian Wilhelm
253.	Mardaus, Julius
261.	Ecklund, Franz Oscar
265.	von Thieszen, Joh. Heinr. Friedrich Rudolph
268.	Schulz, Franz Friedrich Christian
275.	Marburg, Eduard Hermann
281.	Schreiber, Wilhelm
289.	Behrens, Johann Georg Friedrich
293.	Schoeler, Johann Julius Franz
296.	Albrecht, Georg Alphons
304.	Annacker, Heinrich Conrad
307.	Fesensfeld, Hermann Diedrich
314.	Luis, Martin David
326.	Rosenfranz, Johann Christian Heinrich
334.	Schmidt, Johann Friedrich
336.	Kaufmann, Johann Heinrich Ludwig Carl
344.	Hüßing, Johann Theodor Ferdinand
349.	Meiche, Christian Gottlieb Wilhelm
352.	Meyer, Johann Christopher
362.	Müller, Carl Adolph
364.	Hann, August Friedrich Wilhelm

Jan. 28. №	Name.
376.	Dancken, Gustav Ferdinand
378.	Hansen, Heinrich Wilhelm Christian
386.	Ahrens, Gottfried Jürgen Christoph
398.	Börsen, Carl Heinrich
404.	Gasmann, Heinrich August
423.	Gitze, Carl Ferdinand Wilhelm
426.	Könnecke, Martin Diedrich Ludwig
427.	Evert, Carl Martin
434.	Hartmann, Johann Friedrich
439.	Putt, Johann Friedrich Heinrich Wilhelm
446.	Ahrens, Adolph Peter Heinrich
455.	Reichers, Peter Hermann Friedrich
456.	Siemann, Johann Heinrich Wilhelm
468.	Meyer, Johann Jacob
470.	Fsenberg, Salomon
476.	Kade, Carl Wilhelm
489.	Siebert, Heinrich Friedrich Emil
510.	Beckenderff, Carl Heinrich Wilhelm
512.	Barmm, Carl Heinrich
533.	Lemcke, Friedrich Albert Ferdinand
544.	Schilder, Johann Friedrich Boon
558.	Simon, Bernhard August
563.	Hase, Johann Ludwig Wilhelm
565.	Brockmann, Heinrich Philip
583.	Herrmann, Theodor Wilhelm Christian
594.	Bruns, Carl August Friedrich
603.	Lietge, Carl Heinrich Wilhelm
609.	Helm, Heinrich Peter Friedrich
613.	Schuster, Johann Heinrich
617.	Schacht, Heinrich August
621.	Langheim, Heinrich Friedrich Eduard
627.	Stemmer, Wilhelm August Heinrich
641.	Ahronsohn, Eduard
645.	Offen, Adolph Heinrich
656.	Wolckmer, Johann Heinrich
671.	Reese, Johann August Ferdinand
680.	Vertram, Johann Heinrich Wilhelm
697.	Stemshorn, Heinrich Ludwig Friedrich
701.	Rode, Bernhard Hermann Eduard
710.	Otten, Andreas Christian Theodor

N <sup>o</sup>	Name.	Jan. 28.
713.	Lüdemann, Adolph Friedrich Eduard	
715.	Richter, Johann Martin	
723.	Gott, Georg Peter Christian	
725.	Matthißen, Carl Wilhelm	
728.	Westendorf, Emil Conrad Richard	

## Zweiter District.

- 2. Noack, Johann Carl Ludwig
- 13. Bünker, Johann Georg Ludwig
- 19. Kappelhoff, Carl Ludwig
- 32. Weinreichen, Johann Friedrich
- 37. Beckmann, Johann August Ludwig Claus
- 42. Bölschow, Johann Christian Ferdinand
- 46. Schröder, Conrad Carl Theodor
- 49. Rickling, Hans Peter Michael Friedrich
- 137. Gädt, Berend Hinrich
- 141. Petersen, Christian Elias
- 146. Gerdes, Martin Friedrich
- 160. Rühl, Johann Friedrich Wilhelm
- 172. Mitternacht, Carl Joachim Friedrich
- 227. Möller, Johann Peter Christian Carl
- 230. Möller, Johann Jacob Detlef
- 234. Krebs, Heinrich Peter Martin
- 236. Ode, Ludwig Heinrich Adolph

für Widerspenstige, verfügt auch, daß falls für den einen oder den anderen hinreichende Mittel vorhanden sein sollten, ein Stellvertreter für denselben gestellt, und die desfallsigen Kosten, sowohl als die, welche sein widerspenstiges Verfahren veranlaßt hat, aus seinen gegenwärtigen oder künftigen Mitteln executivisch beigetrieben werden sollen. Sollte einer oder der andere von ihnen demnächst auf hier zurückkehren, so soll er in Folge des §. 5. litt. b. der Verordnung vom 5. Juny 1822, falls er das 45ste Jahr noch nicht vollendet haben würde, zum fünfjährigen

K f 2      jährig

Jan. 28. jährigen Dienste im Contingente in Person gezwungen, oder falls er dann dienstunfähig sein oder später zurückkehren sollte, zu einem dreimonatlichen Arreste verurtheilt werden.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 28. Januar 1850.

### CXXXVII.

#### Jan. 30. Bekanntmachung,

betr. die Auflegung der Listen der wahlberechtigten Wähler.

Die mit der Oberleitung der Wahlen der Hamburgischen Abgeordneten zum Volks-  
hause des deutschen Parlaments beauftragte  
Commission macht hiemit Folgendes bekannt:

Die in Gemäßheit des Wahlgesetzes auf-  
gemachten Listen der stimmberechtigten Wähler  
sind vom nächsten Freitag, den 1. Februar,  
an folgenden Orten zu Jedermanns Einsicht  
ausgelegt:

Die Listen für die drei Abtheilungen  
der stimmberechtigten Wähler;

I. in der Stadt und in den Vorstädten,  
des 1sten Bataillons des Bürger-Militairs,  
im Großherzog von Mecklenburg, Schwe-  
nemarkt.

des 2ten Bataillons, in dem Gebäude der  
patriotischen Gesellschaft, Zimmer No. 17,

des 3ten Bataillons, in der Tonhalle,

des 4ten : im ehemaligen Posthause,

des 5ten : im Elbpavillon,

des 6ten : in der Dammtorstraße  
No. 29.

des

des 7ten Bataillons, in der Vorstadt St. Georg, Jan. 30.  
bei Herrn Steffen, große Allée No. 16,  
des 8ten Bataillons, in der Vorstadt St. Pauli,  
im Locale des Herrn Mittelstraß,  
lange Reihe.

II. in der Landherrenschaft der Geestlande:  
im 3ten District, in Barmbeck,  
im 4ten : in Hamm,  
im 5ten : beim Rothenbaum, im  
Hause der respectiven Bögte.

III. in der Landherrenschaft der Marsch-  
lande, im 6ten District:

- a) für die Vogtei der Elbinseln, im Hause  
des Bäckers Hiep auf der Beddel,
- b) für den Grasbrook, im Hause des dor-  
tigen Deputirten J. G. Kambag,  
Schiffbauerstraße No. 6,
- c) für Finkenwärder, im Hause des dor-  
tigen Landvogts Heinr. Barchusen,
- d) für Moorburg, im Hause des dortigen  
Landvogts Johann Harms;

im 7ten District:

- a) für die Vogtei Ochsenwärder:
  - 1) für das erste Quartier im Hause des  
Höftmannes Nicolaus Graumann,
  - 2) für das zweite Quartier im Hause des  
Höftmannes Joachim Becker,
  - 3) für das dritte Quartier im Hause des  
Höftmannes J. J. Beyn,
  - 4) für das vierte Quartier im Hause des  
Landvogts H. E. Rock,
  - 5) für das fünfte Quartier im Hause des  
Höftmannes Hans Schwormstädt,
- b)

- Jan. 30.
- b) für die Vogtei Moorbärder im Hause des Vogts Hermann Busch,
  - c) für die Vogtei Spadenland im Hause des Vogts E. B. Hollander,
  - d) für die Vogtei Tatenberg im Hause des Vogts Hans Busch,
  - e) für die Vogtei Reitbrook im Hause des Landvogts G. E. Odemann,
  - f) für die Vogtei Krauel im Hause des Landvogts E. Heitmann,
  - g) für Allermöhe, Vogtei Billwärder,
    - 1) für das oberste Quartier im Hause des Gastwirths H. W. Wittkamp,
    - 2) für das unterste Quartier im Hause des Gastwirths Ferd. Brüggmann,
  - h) für Moorfleth, Vogtei Billwärder,
    - 1) für das oberste Quartier im Hause des Höftmannes H. Hars,
    - 2) für das unterste Quartier im Hause des Höftmannes J. W. Ann;
- im 8ten District:
- a) für Billwärder an der Bille, Vogtei Billwärder,
    - 1) für das erste Quartier, unterhalb, im Hause des Höftmannes G. Stubbe,
    - 2) für das zweite Quartier im Hause des Gastwirths Sievers,
    - 3) für das dritte Quartier im Hause des Höftmannes H. von Have,
    - 4) für das vierte Quartier im Hause des Höftmannes D. Siemers und
  - b) für die Vogtei Billwärder Ausschlag im Hause des Vogts J. E. Bargsted, Billwärder Neuendeich No. 98.

IV. Für das Amt Nixebüttel, den 9ten Jan. 30. Wahl-district, wird das Erforderliche dort publicirt, so wie

V. für das Amt und Städtchen Bergedorf, den 10ten Wahl-district, in Gemäßheit der speciellen „Verordnung für solches Amt, betreffend die Wahl der Abgeordneten zum Volkshause der verbündeten deutschen Staaten vom 21. December v. J.“ verfahren werden.

Die obgedachten Wählerlisten können an den vorbezeichneten Orten während der nächsten acht Tage täglich von 9 bis 1 Uhr eingesehen werden.

Etwaige Einsprachen dagegen müssen in diesen ersten acht Tagen nach Auslegung der Listen bei der Central-Commission mit den zur Begründung derselben erforderlichen Documenten angebracht werden. Die von Bewohnern der Stadt etwa zu erhebenden Einsprachen sind bei dem Präses der Central-Commission, Herrn Senator Binder Dr., großen Bleichen No. 41, anzubringen;

diejenigen der Bewohner der Vorstädte und Landherrenschaften durch Vermittlung der respectiven Herren Patrone und Landherren,

diejenigen der Bewohner des Amtes Nixebüttel durch den dortigen Herrn Amtmann an die Central-Commission zu befördern.

Ueber Ort und Zeit der Wahlen der Wahlmänner werden die näheren Bestimmungen demnächst bekannt gemacht werden.

Hamburg, den 30. Januar 1850.

Die Central-Commission.  
CXXXVIII.

## CXXXVIII.

Febr. 9.

**Bekanntmachung**

wider das Sammeln auf den Gassen in der  
Fastnachtszeit.

Die unterzeichnete Behörde bringt zur  
diesjährigen Fastnachtszeit wiederholt in Er-  
innerung:

Daß alles Sammeln auf den Gassen  
verboten ist, und daß in Contraventions-  
fällen das gesammelte Geld sammt Büchse  
confiscirt und mit geeigneten Polizen-  
Strafen gegen die unbefugten Sammler  
eingeschritten werden wird.

Hamburg, den 9. Februar 1850.

Die Polizen-Behörde.

## CXXXIX.

Febr. 11. Die Bekanntmachung der Bewaffnungs-  
Commission, betr. die Reclamation der Dienst-  
pflichtigen aus dem Jahre 1829, vom  
11. Februar 1850, der Bekanntmachung  
vom Januar 28 d. J. entsprechend, lautet im  
Uebrigen gleich derjenigen vom Jahre 1843,  
Febr. 1, s. oben Bd. XVII. S. 316.

## CXL.

**Bekanntmachung**

wider das Schießen in den Marschlanden.

Febr. 12. Da das in den älteren und neueren Obrig-  
keitlichen Verordnungen verbotene, so unzu-  
lässige und gefährliche Schießen, sowohl in  
den Gärten, wie auch auf und an den  
Deichen und Landstraßen, dennoch von Zeit  
zu



zu Zeit und sehr häufig durch noch die Febr. 12. Schule besuchende Knaben Statt findet: so wird solches Verbot hiemit in Erinnerung gebracht, unter dem Hinzufügen, daß gegen diejenigen, die dennoch diesem Verbot zuwider handeln, mit einer Geldstrafe, eventualiter mit Gefängnißstrafe verfahren werden soll.

Die Bewohner der Marschlande werden aufgefordert, ihre Kinder und ihre Dienstboten auf die Folgen der Uebertretung dieser Verordnung aufmerksam zu machen; den sämtlichen Wögten, Hofsleuten und Polizien: Officianten aber wird zugleich hiemit aufgegeben, auf die Befolgung derselben zu achten und den Uebertretern nicht allein die Schieß-Gewehre abzunehmen, sondern dieselben auch bei der Landprätur sofort zur Anzeige zu bringen, nöthigenfalls zu arretiren.

Hamburg, den 12. Februar 1850.

Die Landherrenschafft  
der Marschlande.

## CXLI.

Rath; und Bürger:Convent Febr. 21.

vom 21. Februar.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag, den 21. Februar, zusammen zu berufen, um derselben folgende Anträge vorzulegen:

Propositio Senatus.

I. E. E. Rath trägt unter Bezugnahme auf die Anlage bei Erbges. Bürgerschaft darauf an:

Febr. 21. es mitzugenehmigen, daß der Senat die Wahl eines Bürgermeisters an die Stelle Sr. Magnificenz des verewigten Herrn Bürgermeisters Bartels auf unbestimmte Zeit aussehe, und daß während dieser Vacanz das Präsidium des Obergerichts durch einen graduirten Bürgermeister, so wie demgemäß auch der nothwendige jährliche Wechsel des Obergerichtlichen Präsidii, hinwegfalle, das Personal des Obergerichts auf fünf juristische und fünf kaufmännische Senatoren beschränkt und der Vorsitz des Gerichtes von dem jedesmaligen ältesten juristischen Mitgliede geführt werde.

II. Unter Bezugnahme auf die in der Anlageentwickelten Gründe ersucht E. E. Rath Erbges. Bürgerschaft, es mitzugenehmigen, daß die dermalen bestehende Polizen-Versassung, so wie sie durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 11. März 1847 festgestellt worden, und die Verordnung vom 8. Juny 1826, die Grenzen des Polizen-Amtes gegen die Civiljustiz und die Straf-Competenz des Polizen-Herrn betreffend, unbeschadet der wenn möglich schon vorher zu beschaffenden definitiven Regulirung dieser gesammten Verhältnisse, bis zum 1. May 1851 unverändert beibehalten werde.

III. In Bezug auf ein bei der Liquidation der Masse der Rath- und Bürger-Deputation von 1842 vorgekommene:

kommenes Verhältniß trägt E. E. Rath Febr. 21. bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitgenehmigen zu wollen:

daß Verordnete Pöbl. Kammer beauftragt werden, für die möglichste Sicherung einiger, dem Staate aus der Masse der Rath- und Bürger-Deputation von 1842 zustehenden, beim Verkaufe der Grundstücke etwa in Gefahr gerathenden hypothekarischen Posten in der in der Anlage näher angegebenen Art Sorge zu tragen.

IV. Endlich trägt E. E. Rath, unter Beziehung auf die Anlage, bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

daß in dem durch Rath- und Bürger-Schluß vom 27. December v. J. beliebten Wahlgesetze für die Abgeordneten zum Volkshause des deutschen Parlaments der durch den Vertrag vom 26. May 1849 verbündeten deutschen Staaten, im §. 20 die Worte:

Diejenigen Wähler der Abtheilung,  
auf welche zc.,

in die Worte:

Diejenigen Wähler des Bezirks,  
auf welche zc.,

und im §. 22 die Worte:

Bei Doppelwahlen hat der Wahlmann in einem von der Central-Commission festzusetzenden Termin sich zu entscheiden, für welchen Bezirk er die Wahl annehmen will und zc.

in die Worte:

Bei

Febr. 21.

Bei Doppelwahlen hat der Wahlmann in einem von der Central-Commission festzusetzenden Termin sich zu entscheiden, für welche Abtheilung er die Wahl annehmen will und zc.

verändert werden.

### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt ange-  
tragenermaßen die heutigen Propositionen  
E. C. Rath's, betreffend

sub I die durch das Ableben des Herrn  
Bürgermeisters Bartels im Rathe einge-  
tretene Vacanz und eine temporaire Verän-  
derung der Organisation des Obergerichts,  
bei welcher Veranlassung Erbges. Bürger-  
schaft der langjährigen Wirksamkeit des Herrn  
Bürgermeisters Bartels für das Wohl  
seiner Vaterstadt, auch unter den schwierigsten  
Verhältnissen, die dankbarste Anerkennung  
widmet;

sub II die Prolongation der Polizei-  
Verfassung;

sub III die Befugung der Kammer  
in Betreff der Sicherung hypothekarischer  
Posten aus der Masse der Rath- und Bürger-  
Deputation von 1842, und

sub IV Berichtigungen des Wahlgesetzes  
für die Abgeordneten zum Volkshause des  
deutschen Parlaments.

### CXLII.

Febr. 21.

### Bekanntmachung,

die durch Rath- und Bürger-Schluß beliebte  
Abänderung in der Fassung zweier Paragraphen  
des

des Wahlgesetzes für die Abgeordneten zum Febr. 21.  
Volksause des deutschen Parlaments der durch  
den Vertrag vom 26. May 1849 verbündeten  
deutschen Staaten betreffend.

In Gemäßheit des Rath: und Bürger:  
Schlusses vom 21. d. M. wird hiemit be:  
kannt gemacht, daß das Wahlgesetz für die  
Abgeordneten zum Volksause des deutschen  
Parlaments der durch den Vertrag vom  
26. May 1849 verbündeten deutschen  
Staaten in den Paragraphen 20 und 22  
dahin verändert ist, daß im §. 20 für die  
Worte:

„diejenigen Wähler der Abtheilung,  
auf welche 2c.“

die Worte:

„diejenigen Wähler des Bezirks, auf  
welche 2c.“

und im §. 22 für die Worte:

„bei Doppelwahlen hat der Wahlmann  
in einem von der Central:Commission  
festzusetzenden Termin sich zu entscheiden,  
für welchen Bezirk er die Wahl an:  
nehmen will und 2c.“

die Worte:

„bei Doppelwahlen hat der Wahlmann  
in einem von der Central:Commission  
festzusetzenden Termin sich zu entscheiden,  
für welche Abtheilung er die Wahl  
annehmen will und 2c.“

zu setzen sind.

Gegeben in Unserer Rath:Versammlung.  
Hamburg, den 21. Februar 1850.

CXLIII.

## CXLIII.

Febr. 23.

**Bekanntmachung,**

die einstweilige Abänderung des Art. 15 der Verordnung über die Organisation der Justizbehörden und Gerichte vom 29. December 1815 betreffend.

Nachdem durch Rath- und Bürger-Schluß vom 21. d. M. beliebt worden ist, daß während der durch den Tod des Herrn Bürgermeister Bartels eingetretenen, einstweilen offen bleibenden, Vacanz im Senate das Präsidium des Obergerichts durch einen graduirten Bürgermeister hinwegfallen und demgemäß der Artikel 15 der Verordnung über die Organisation der Justizbehörden und Gerichte vom 29. December 1815 die Veränderung erleiden solle:

daß das Obergericht fernerhin und bis auf weiteres nur aus fünf juristischen und fünf kaufmännischen Senatoren zu bestehen, und das jedesmalige älteste juristische Mitglied den Vorsitz des Gerichtes zu führen habe,

so wird solches hiedurch zur allgemeinen Kunde gebracht.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 23. Februar 1850.

## CXLIV.

Febr. 23.

**Bekanntmachung,**

die Wahlen zum Volkshause des deutschen Parlaments betreffend.

Nachdem die für die Wahlen zum Volkshause aufgemachten Wähler-Listen, nach  
Maaf:

Maafgabe des Wahlgesetzes vom 4. Januar Febr. 23. d. J. und in Folge der Bekanntmachung der Central-Commission vom 30. Januar d. J., seit dem 1. d. M. zu Jedermanns Einsicht ausgelegt gewesen, jenem Gesetze gemäß auch die innerhalb der vorgeschriebenen Stägigen Frist dagegen erhobenen Reclamationen erledigt und die Listen geschlossen worden sind, ist nunmehr mit den Wahlen der Wahlmänner zu verfahren.

Die unterzeichnete Commission bringt diesernach, in Gemäßheit der §§. 19 und 22 des Wahlgesetzes hierdurch zur öffentlichen Kunde: daß die Reihenfolge in welcher, so wie die Tage an welchen, die drei Abtheilungen der sämtlichen Bezirke oder Districte die Wahlmänner zu wählen haben werden, folgendermaafsen beziehungsweise durch das Loos und durch die Commission festgesetzt worden sind:

Die 2te Abtheilung wählt am bevorstehenden  
2. März,  
: 1ste : : : bevorstehenden  
6. März,  
: 3te : : : bevorstehenden  
9. März.

Die Orte, an welchen die Stimmzettel abzugeben sein werden, sind nachstehende:

Erster Kreis, die Stadt:

Für den 1sten District, 1stes Bataillon des  
Bürger-Militairs, im Thalia-Theater,  
für den 2ten District, 2tes Bataillon des  
Bürger-Militairs, im Hause der Pa-  
triotischen Gesellschaft,

für

Febr. 23. für den 3ten District, 3tes Bataillon des  
 Bürger: Militairs, in der Tonhalle,  
 für den 4ten District, 4tes Bataillon des  
 Bürger: Militairs, im alten Postgebäude  
 (Neuerwall),  
 für den 5ten District, 5tes Bataillon des  
 Bürger: Militairs, im Elb: Pavillon,  
 für den 6ten District, 6tes Bataillon des  
 Bürger: Militairs, bei Woltereeck, in  
 der Dammthorstraße.

### Zweiter Kreis,

die Vorstädte und das Landgebiet:

Für den 1sten District, 7tes Bataillon des  
 Bürger: Militairs, St. Georg, bei Steffen,  
 in der großen Allée,  
 für den 2ten District, 8tes Bataillon des  
 Bürger: Militairs, St. Pauli, bei Mit:  
 telstraß, Längereihe.

Für die Landherrenschafft der Geestlande:  
 im 3ten District, in Barmbeck, bei Herrn  
 Vogt Deseniss,  
 im 4ten District, in Hamm, bei Herrn Vogt  
 Burmester,  
 im 5ten District, beim Rothenbaum, bei  
 Herrn Vogt Hartmann.

Für die Landherrenschafft der Marschlande:  
 im 6ten District:

- a) für die Vogtei der Elbinseln, im Hause  
 des Bäckers Hiep auf der Weddel,
- b) für den Grasbrook, im Hause des  
 dortigen Deputirten J. G. Rambach,  
 Schiffbauerstraße No. 6,

c)



c) für Finkenwärder, im Hause des dortigen Febr. 23.  
Landvogts Heinrich Barghusen,

d) für Moorburg, im Hause des dortigen  
Landvogts Johann Harms,

im 7ten District:

a) für die Vogtei Ochsenwärder,

1) für das erste Quartier im Hause des  
Höftmanns Nicolaus Graumann,

2) für das zweite Quartier im Hause des  
Höftmanns Joachim Becker,

3) für das dritte Quartier im Hause des  
Höftmanns J. J. Beyn,

4) für das vierte Quartier im Hause des  
Landvogts H. E. Kock,

5) für das fünfte Quartier im Hause des  
Höftmanns Hans Schwormstädt,

b) für die Vogtei Moormärder im Hause  
des Vogts Hermann Busch,

c) für die Vogtei Spadenland im Hause  
des Vogts E. B. Hollander,

d) für die Vogtei Tatenberg im Hause  
des Vogts Hans Busch,

e) für die Vogtei Reitbrook im Hause  
des Landvogts G. E. Odemann,

f) für die Vogtei Krauel im Hause des  
Landvogts E. Heitmann,

g) für Allermöhe, Vogtei Billwärder,

1) für das oberste Quartier im Hause  
des Gastwirths H. W. Wittkamp,

2) für das unterste Quartier im Hause  
des Gastwirths Ferd. Brüggmann,

h) für Moorfleth, Vogtei Billwärder,

1) für das oberste Quartier im Hause  
des Höftmanns H. Hars,

Febr. 23. 2) für das unterste Quartier im Hause  
des Höfsmanns J. W. Ann;

im 8ten Distriet:

a) für Billwärder an der Bille, Bogtei  
Billwärder,

1) für das erste Quartier, unterhalb, im  
Hause des Höfsmanns G. Stubbe,

2) für das zweite Quartier im Hause  
des Gastwirths Sievers,

3) für das dritte Quartier im Hause des  
Höfsmanns H. von Have,

4) für das vierte Quartier im Hause des  
Höfsmanns D. Siemers,

b) für die Bogtei Billwärder Ausschlag  
im Hause des Bogts J. E. Bargsted,  
Billwärder Neuendeich No. 98.

Die Stimmzettel können von Morgens  
9 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr abgegeben  
werden.

Um Irrungen vorzubeugen, zeigt die  
Central-Commission zugleich an, daß, da die  
Wähler-Listen geschlossen sind, dieselben nun-  
mehr als allein entscheidend für die Frage,  
in welchem Bezirk jemand zu wählen hat  
oder zum Wahlmann gewählt werden kann,  
anzusehen sind.

Die Commission macht übrigens noch  
darauf aufmerksam:

daß nach §. 21 des Wahlgesetzes jeder Wähler  
sein Wahlrecht nur persönlich ausüben  
kann und die Wahlen durch offene  
Stimmgebung erfolgen,

daß

daß nach §. 18 nur in die Listen Auf: Febr. 23.  
genommene zur Theilnahme an der  
Wahl und dazu auch nur in ihrem  
Bezirk berechtigt sind,  
daß nach §. 22 in jedem Bezirk nur zu  
demselben gehörige, in den Listen  
aufgeführte Wähler zu Wahlmännern  
gewählt werden können und  
daß nach der dem Wahlgesetze angehängten  
Tabelle jeder Wähler des zweiten, dritten  
und sechsten Districts in der Stadt, sowie  
der Districte der Vorstädte drei Namen,  
jeder Wähler des ersten, vierten und  
fünften Districts in der Stadt zwei Namen,  
und jeder Wähler der Districte der Geest-  
lande und Marschlande einen Namen  
aufzugeben hat.

Hamburg, den 23. Februar 1850.

Die Central-Commission.

## CXLV.

### Nachtrag

Febr. 25.

zu der Bekanntmachung vom 23. Februar d. J.,  
die Wahlen zum Volkshause des deutschen  
Parlaments betreffend.

Nach dem §. 19 des Wahlgesetzes hat  
jeder Wähler sich durch Vorzeigung  
des quittirten Steuerzettels für  
das letztvergangene Steuerjahr, d. i.  
von 1848—1849 zu legitimiren.

Zur Erleichterung für die Wähler ist  
die Einrichtung getroffen, daß diejenigen  
Wähler, welche ihren Steuerzettel etwa  

12

ver:

Febr. 25. verloren oder nicht zur Hand haben möchten, statt dessen eine Bescheinigung von dem Bureau der Steuer-Deputation unentgeltlich erhalten können.

Hamburg, den 25. Februar 1850.

Die Central-Commission.

## CXLVI.

Febr. 26.

## W a h l e n

zum Volkshause des deutschen Parlaments.

Da die Steuerrollen, nach welchen die Wählerlisten aufgemacht sind, noch nicht die letzten in der Eintheilung der Districte des Bürger-Militairs getroffenen Veränderungen enthalten, so macht die unterzeichnete Commission darauf aufmerksam, daß die Wähler  
der Paulstraße,  
der Schützenpforte,  
der altstädter Fuhlentwiete und  
der altstädter Neustraße von № 1—15  
und 37—53

im zweiten Districte,

die Wähler

der Herrmannsstraße № 29, 31, 33 u. 35,  
des Alsterdammes von № 36—42,  
der Schauenburgerstraße von № 42—61  
und der Rathhausstraße von № 14—37  
im dritten Districte,

und die Wähler

der Prägmann's Passage,  
des alten Jungfernstieges von № 3—12,  
der Poststraße von № 8, 10, 14, 16,  
18, 20, 22

und

vom Jahre 1850. 525

und der Bleichenbrücke Febr. 26.  
im sechsten Districte zu wählen haben und  
wählbar sind.

Hamburg, den 26. Februar 1850.

Die Central-Commission.

## CXLVII.

**Bekanntmachung,** Febr. 26.

betr. die Bezirks-Commission der Wahlbezirke  
in den Geestlanden.

Nach Maafgabe des §. 16 des publicirten  
Wahlgesetzes für die Abgeordneten zum Volks-  
hause des deutschen Parlaments wird hie-  
durch bekannt gemacht, daß in jedem der  
drei Wahlbezirke des Geestgebiets die sämt-  
lichen Wdte und Dorfs-Deputirten die  
Bezirks-Commission bilden, und berechtigt  
sind auch noch einige andere wahlberechtigte  
Einwohner zu derselben hinzuzuziehen.

Hamburg, den 26. Februar 1850.

Die Landherrenschaft  
der Geestlande.

## CXLVIII.

Die Notification einer am Charfreitage, Febr. 27.  
den 29. März 1850, in allen Kirchen anzu-  
stellenden öffentlichen Sammlung milder  
Gaben zur Unterstützung der hiesigen all-  
gemeinen Armenanstalt, ist am 27. Februar  
1850 publicirt.

## CXLIX.

## CXLIX.

Febr. 27.

## Bekanntmachung,

betr. die Unter-Bureaus des 3ten Districts der  
Geestlande.

Da es gewünscht worden ist, daß für diejenigen Dörfer des 3ten Districts der Geestlande, welche von dem Wahlbureau in Barmbeck sehr entfernt liegen, näher belegene Unter-Bureaus eingerichtet werden möchten, so wird hiedurch bekannt gemacht, daß

für Groß-Borstel daselbst bei dem Vogt  
Hinsch,

und für Langenhorn, Fuhsbüttel, Klein-  
Borstel und Struckholt, Ohlsdorf und  
Alsterdorf bei dem Vogt Timm in  
Fuhsbüttel

solche Unter-Bureaus errichtet worden sind, woselbst die Bögte und die Deputirten der genannten Dörfer, unter etwaniger Hinzuziehung anderer wahlberechtigter Einwohner ihrer Dorfschaften die Unter-Bezirks-Commissionen bilden, und die Stimmzettel entgegennehmen werden.

Für die übrigen Dörfer des 3ten Districts verbleibt das Wahl-Bureau in Barmbeck.

Hamburg, den 27. Februar 1850.

Die Landherrenschaft  
der Geestlande.

CL.

## CL.

**Bekanntmachung,**

Febr. 28.

betr. die Passage einiger Wallstrecken bis  
Mitternacht.

Die für die Zeit vom 1. März bis zum 31. October jeden Jahrs, in der Regel gestattete Passage auf der Wallstrecke vom Altonaerthore bis zum Dammthore, und von Ericus bis zum Sandthore, auch nach dem Eintritt der Thorsperre, nimmt am 1. März d. J. wieder ihren Anfang, und zwar unter folgenden näheren Bestimmungen:

- 1) Die Erlaubniß, diese Wallstrecken zu passiren, hört um 12 Uhr Nachts auf;
- 2) Nach Ablauf einer Stunde nach dem Eintritt der Sperre ist den, über diesen Wall Passirenden, das Tragen von Packen, Körben und Bündeln untersagt; und sind, bei etwanigen Contraventionen gegen diese Vorschrift, die getragenen Gegenstände anzuhalten.

Die Polizen:Officianten, Wall:Aufseher und Schildwachen haben auf die Befolgung strenge zu halten.

Hamburg, den 28. Februar 1850.

Die Polizen:Behörde.

## CLI.

**Bekanntmachung**

März 8.

wider willkührliche Ausgrabungen auf der Vinsenfreyheit zu Ochsenwärder und den dortigen und Billwärder Ländereien.

Da dem Wohlverordneten Landherren der Marschlande die Anzeige geworden, daß mehrere

März 8. mehrere Eingeseffene der Landschaft Billwårder und des Kirchspiels Ochsenwårder, ungeachtet der früher erlassenen Verordnung, sich dennoch unterfangen:

- 1) auf der gemeinschaftlichen Ochsenwårder Binnensfreiheit eigenmächtig auszugraben, und sogar dermaßen auszugraben, daß dadurch beträchtliche mit Wasser angefüllte Vertiefungen entstanden, diese Ausgrabungen auch zum Theil den herrschaftlichen Braacken so nahe sind, daß der freie Uferverkehr an denselben behindert geworden;
- 2) auf dem Neuendorfer Sande willkührliche Sandausgrabungen vorzunehmen, wodurch die Wagenfahrt auf manchen Stellen für die Deichinteressenten, welche die dortige Sanderde mitbenutzen, behindert worden, und wodurch dieses Vorland an manchen Stellen tiefe Löcher erhalten hat;
- 3) auf dem Vorlande Schlick genannt, so wie auf der Freiweide Hoh und der Gånseburg nach eigener Willkühr und zur Verbesserung ihrer Grundstücke viele Erde zu stechen, wodurch die Deicherde zum Nachtheil der Deichinteressenten vermindert wird;

und da dergleichen willkührliche Ausgrabungen auf dem Hoh, der Binnensfreiheit und den Vorländern durchaus nicht verstattet werden können, indem ein solches Verfahren der bestehenden Ordnung zuwider ist, so werden sämtliche Eingeseffene der Landschaft Billwårder



wärder und des Kirchspiels Ochsenwärder März 8. hiemit wiederholt ernstlichst gewarnt sich alles eigenmächtigen Erdestechens und Sandgrabens auf den genannten Theilen zu enthalten. Es wird demnach denjenigen, welche, zur Ausbesserung und Erhaltung ihrer Deiche, Erde oder Sand bedürfen, hiemit anbefohlen, sich dieserhalb bei dem betreffenden Hófstmann oder Deichgeschwornen zu melden, und nur nach dessen Anweisung die benöthigte Erde oder Sand zu graben, bei namhafter Geld- und dem Befinden nach bei Gefängniß-Strafe.

Den Bögten, den Hófstleuten und Deichgeschwornen wird hiemit aufgegeben, auf die Befolgung dieser Verordnung genau zu achten, und jeden Contraventionsfall sofort bei der Landprátur der Marschlande zur Anzeige zu bringen, auch wird den Hófstleuten und Deichgeschwornen es noch besonders zur Pflicht gemacht, gegen diejenigen Eingessenen, welche sich um Anweisung von Erde oder Sand zur Ausbesserung und Erhaltung ihrer Deichstrecken bei ihnen melden, sich willsfähig zu bezeigen, keinen unnöthigen Aufschub eintreten zu lassen, und, bei der Anweisung selbst, die Bequemlichkeit und das Interesse der Nachsuchenden, so viel nur immer ohne Nachtheil der Landschaft geschehen kann, zu berücksichtigen.

Wonach sich ein Jeder zu richten und vor Strafe und Kosten zu hüten hat.

Hamburg, den 8. März 1850.

W. Eybe,

p. t. Landherr der Marschlande.

CLII.

## CLII.

März 13.

## Bekanntmachung,

betr. die Einberufung zur Reichsversammlung  
in Erfurt.

Nachdem der Verwaltungsrath der auf Grund des Vertrages vom 26. May 1849 verbündeten Deutschen Regierungen in seiner neun und siebenzigsten Sitzung vom 13. Februar d. J. beschlossen hat, die in dem Art. IV des Vertrages vom 26. May 1849 vorgesehene Reichsversammlung auf den 20. März d. J. in die Stadt Erfurt einzuberufen, so bringt E. H. Rath nachstehend das desfallsige Einberufungs-Decret zur öffentlichen Kunde.

Nach Einsicht der folgenden Bestimmungen des Vertrages vom 26. May 1849, und zwar:

## Art. IV.

Um den ernststen Willen zu bethätigen, die Verhältnisse Deutschlands in Zukunft nach den Bedürfnissen der Zeit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu ordnen, verpflichten sich die Verbündeten, dem Deutschen Volke eine Verfassung nach Maaßgabe des unter ihnen vereinbarten und diesem Vertrage anzuschließenden Entwurfs zu gewähren.

Sie werden diesen Entwurf einer nach Maaßgabe der in demselben enthaltenen Bestimmungen über den Reichstag, und des neben dem Entwurfe vereinbarten Wahl-

Wahlgesetzes lediglich zu diesem Zwecke März 13. zu berufenden Reichsversammlung vorlegen.

Art. III. §. 2.

Zur Führung der auf die Erreichung des Zweckes des Bündnisses bezüglichen Geschäfte soll ein Verwaltungsrath gebildet werden, zu welchem jeder der Verbündeten einen oder mehrere Bevollmächtigte absendet.

Dieser Verwaltungsrath tritt sofort nach der Ratification des gegenwärtigen Vertrags zu Berlin zusammen.

Art. III. §. 3. No. 2.

Zu denjenigen Angelegenheiten, welche der definitiven Beschlußnahme des Verwaltungsraths unterliegen, gehören:

2. die Maaßregeln Behufs Berufung des über die Verfassung beschließenden Reichstags und Leitung der Verhandlungen desselben.

der Circular-Note vom 28. May 1849, worin es heißt:

„Sie — die Königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover — werden daher in Gemeinschaft mit denjenigen Regierungen, welche sich dem Verfassungs-Entwurf anschließen, aus diesen Deutschen Landen einen Reichstag in dem Umfange und nach den Wahlbestimmungen berufen, welche der Verfassungs-Entwurf vorläufig bezeichnet. Diesem lediglich hierzu versammelten Reichstage wird dann der genannte Entwurf zur

März 13. zur Berathung und Zustimmung übergeben werden."

nach Einsicht sodann der Bestimmungen des Verwaltungsrathes vom 17. November 1849, welche also lauten:

Art. 1.

Die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volkshause des nächsten Reichstages ist für den ganzen Bereich der auf Grund des Vertrages vom 26. May 1849 verbündeten Deutschen Staaten auf den 31. Januar 1850 ausgeschrieben.

Art. 2.

Sämmtliche verbündete Regierungen sind ersucht, in Vollzug dieses ihnen in beglaubigter Ausfertigung sofort zugehenden Beschlusses, die betreffenden Landesbehörden zur Vornahme dieser Wahlen rechtzeitig mit der erforderlichen Anweisung zu versehen.

Art. 3.

Die demnächst einzuberufende Reichsversammlung aus den auf Grund des Vertrages vom 26. May 1849 verbündeten Deutschen Staaten wird in der Stadt Erfurt zusammentreten.

Art. 4.

Der Tag des Zusammentritts dieser Reichsversammlung wird durch nachfolgende Beslußnahme des Verwaltungsrathes festgestellt und öffentlich bekannt gemacht werden.

und in Erwägung:

daß

daß die in dem zweiten Artikel des März 13. vorstehenden Beschlusses angeordneten beglaubigten Ausfertigungen sämmtlichen verbündeten Regierungen bereits unter dem 20. November v. J. Seitens des Verwaltungsrathes zugegangen sind;

daß in Gemäßheit des ersten Artikels die Wahl der Abgeordneten zum Volks- haufe des nächsten Reichstags in dem bei weitem größten Theile des Gebietes der auf Grund des Vertrages vom 26. May pr. verbündeten Deutschen Staaten am 31. Januar c. seitdem wirklich stattgefunden hat;

daß als Termin für den Zusammentritt der aus diesen Staaten einzuberufenden Reichsversammlung der 20. März 1850 von dem Verwaltungsrathe bereits vorläufig festgestellt wurde;

daß dieser Termin für die Wahl der Abgeordneten zum Staatenhaufe in dem ganzen Bereich der verbündeten Staaten gleicherweise als ausreichend zu erachten ist; setzt der Verwaltungsrath in definitiver Beschlusnahme, wie hiermit geschieht, einstimmig fest:

#### 1.

Die in dem Artikel IV des Vertrages vom 26. May 1849 vorgesehene Reichsversammlung wird auf den 20. März 1850 in die Stadt Erfurt einberufen.

#### 2.

Es wird dieser Reichsversammlung der Entwurf der Verfassung des Deutschen Bundes:

März 13. Bundesstaates und des dazu gehörigen Wahlgesetzes, wie dieser Entwurf unter den auf Grund des Vertrags vom 26. May 1849 verbündeten Deutschen Regierungen vertragsmäßig festgestellt ist, zugleich mit den ferner erforderlichen Vorlagen durch den Verwaltungsrath zur Vereinbarung übergeben werden.

3.

Alle Zuständigkeiten und Befugnisse der durch den gegenwärtigen Beschluß einberufenen Reichsversammlung sind durch die Vereinbarung über diesen Entwurf der Verfassung des Deutschen Bundesstaats und des dazu gehörigen Wahlgesetzes, so wie der mit dem Verfassungs-Entwurf in nothwendiger Verbindung stehenden Vorlagen, begränzt und beschlossen.

4.

Sämmtliche verbündete Regierungen werden ersucht, diesem Einberufungs-Decret, das ihnen sofort in beglaubigter Ausfertigung zugehen soll, rechtzeitig die erforderliche Deffentlichkeit zu geben.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 13. März 1850.

### CLIII.

März 13.

### W a h l e n

zum Volkshause des deutschen Parlaments.  
Gesammt-Liste der erwählten Wahl-  
männer und Aufforderung derselben,  
sich am Sonnabend den 16. d. M.  
hier:

hierselbst im Rathhause zur Wahl der März 13.  
beiden Abgeordneten einzufinden.

Gesammt: Liste der Wahlmänner.

Im ersten Kreis.

Im ersten District: die Herren N. J.  
Fersensfeldt, J. E. A. Mestern, Ad.  
DeChapeaurouge, Präses Heinichen Dr.

Im zweiten District: die Herren H. Voehr Dr.,  
G. Wieler, W. E. Fischer, A. J. Herß,  
E. A. Auffm Dordt, G. H. Kaemmerer,  
J. P. L. Bartels, J. H. Blecher,  
G. E. Nolte.

Im dritten District: die Herren J. E.  
Schemmann, N. Brandt, J. N.  
Immanuel, Th. Dill, Joh. Schröder,  
P. F. E. Rittmeister, D. Westphal,  
J. D. E. Ficke, E. Beck.

Im vierten District: die Herren A. F.  
Hoffmann, E. P. Schwedt, P. F.  
Biancone, J. F. E. Refardt, G.  
Kepsold, E. L. Knöhr.

Im fünften District: die Herren G. Gernet  
Dr., A. Kepsold, A. F. Woldsen,  
E. Schwarke Dr., F. E. Wiffel,  
J. Jessel.

Im sechsten District: die Herren J. F.  
Dittmer, M. Fränkel, W. Bischoff,  
J. H. Gossler, E. F. Petersen Dr.,  
A. L. Koch, J. E. Ruge, E. Brauer,  
E. A. Mackenthun.

Im zweiten Kreis.

Im ersten District: die Herren E. F. Franck,  
J. A. E. Multhaupt, L. G. Pieper Dr.,  
E.

März 13. C. C. Erasemann, F. W. Beckendorff  
Dr., H. C. Croissant, J. H. Gaden,  
J. C. C. Meyn, J. H. Dencker.

Im zweiten District: die Herren A. E. Kolster,  
H. F. Helbing, D. Meinert, C. Stoll,  
L. Smidt, F. Schickedank, L. Brom-  
berg, Th. von Ancken, M. Mahlandt.

Im dritten District: die Herren E. Dhl,  
C. W. Schröder Dr., Joachim Cordes.

Im vierten District: die Herren F. W.  
Hasche, G. W. Carstens, P. G. Malsk,

Im fünften District: die Herren J. H. von  
Fintel, F. G. H. Hornbostel, H. Cordts.

Im sechsten District: die Herren G. Dede,  
J. G. Rambak, Landvoigt Johann  
Harms.

Im siebenten District: die Herren N. Grau-  
mann, Hein Hars, Valentin Rohde.

Im achten District: die Herren G. Stubbe,  
Hermann Stubbe, J. C. Bargstedt.

Im neunten District: die Herren Peter  
Hinrich Finck, Hinrich Christian Pieper,  
Heinrich Wölfe.

Im zehnten District: die Herren Landvoigt  
Lüderdt in Kirchwerder, August Carl  
Schmidt in Neuengamm, Hennig Kröger  
in Neuengamm.

Sämmtliche vorbenannte Wahlmänner  
werden hierdurch in Gemäßheit §. 27 des  
Wahlgesetzes aufgefördert, am nächsten Sonn-  
abend, den 16. d. M., Mittags 2 Uhr  
zur Wahl der beiden Abgeordneten hieselbst  
im Rathhause zusammenzutreten und diese  
Wahl vorzunehmen.

Die



Die Wahlmänner des ersten Kreises März 13. versammeln sich in dem Sitzungs-Zimmer Ehrb. Oberalten, die des zweiten Kreises im Sessions-Zimmer des Hochpr. Obergerichts.

Nach dem §. 28 des Wahlgesetzes „darf ohne vorgängige, von der Central-Commission für genügend erkannte Entschuldigung kein Wahlmann bei einer Ordnungsstrafe von 10 Thlr. ausbleiben. Bei gleicher Strafe kann auch kein Wahlmann vor völlig beendigter Wahl sich entfernen.“

Jeder Kreis hat einen der nach §. 1 des Wahlgesetzes zu wählenden Abgeordneten zu erwählen und, nach §. 30 des Gesetzes, der Central-Commission, unter Einsendung des Wahl-Protocolls, das Resultat der Wahlhandlung sofort anzuzeigen.

Die Central-Commission wird während der Wahlhandlung in ihrem Sitzungs-Local im Rathhause versammelt sein.

Hamburg, den 13. März 1850.

Die Central-Commission.

#### CLIV.

Rath- und Bürger-Convent März 14.

vom 14. März.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gefunden die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag den 14. März der folgenden Gegenstände wegen zu convociren:

XXI. Band.

M m Pro-

März 14.

Propositio Senatus.

I. Nach den §§. 83—91 des nach dem Bündnisse vom 26. May vor. J. dem Reichstage in Erfurt vorzulegenden Entwurfes der deutschen Reichs-Verfassung hat der hamburgische Staat, so lange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaate nicht Theil nehmen, zwei Mitglieder zum Staatenhause nach Erfurt zu entsenden, von denen das eine durch die Regierung, das andere durch die Volksvertretung, also durch Erbges. Bürgerschaft, zu erwählen ist.

Da es bei dem Fehlen jeder anderen gesetzlichen Bestimmung über die Art, wie die Wahl zu beschaffen sei, so wie bei dem hohen Interesse, welches sich an dieselbe knüpft, wünschenswerth erschien, namentlich zur Verhütung einer zu großen Zersplitterung der Stimmen, einige vorgängige Bestimmungen zu treffen, und den Mitgliedern Erbges. Bürgerschaft, selbstverständlich der Wahlfreiheit unbeschadet, einen Anhaltspunkt für dieselbe zu gewähren, so ist von Ehrb. Oberalten E. E. Rathe nach vorgängiger gemeinschaftlicher Berathung angezeigt worden, daß sie den Collegien vorschlagen würden, in der Art, daß Ehrb. Oberalten 2 Candidaten, das Collegium der Sechsziger 2, und endlich das Collegium der Hundertachtziger ebenfalls 2 Candidaten ernennen, einen Wahlaufsatz anzufertigen, welcher Erbges. Bürgerschaft, zur Erleichterung der Wahl, der Wahlfreiheit unbeschadet, mitzutheilen sein würde.

Dem:

Demgemäß fordert E. E. Rath Erbges. März 14. Bürgerschaft, unter Mittheilung der Anlage, auf, in dem heutigen Convente die Wahl eines hamburgischen Abgeordneten zum Staaßenhause für den in Gemäßheit des Bündnisses vom 26. May 1849 nach Erfurt zu berufenden Reichstag vorzunehmen.

II. Da die Brandsteuer im vergangenen Jahre nur für das laufende Jahr bewilligt worden, so beantragt E. E. Rath, indem er sich auf die Anlage bezieht,

daß Erbges. Bürgerschaft die Erhebung der Brandsteuer für das Steuerjahr vom 1. July 1850/1851, übrigens nach der bisherigen Modalität, und nur mit den in der Unteranlage enthaltenen, auch auf die Entfestigungssteuer anzuwenden; den Abänderungen mitgenehmigen wolle.

III. Aus denen in der Anlage näher entwickelten Gründen trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

daß die Feuer:Cassen:Ordnung vom 2. May 1833 mit denen in den späteren Bestimmungen, namentlich mit denen im Rath: und Bürger:Schluß vom 6. May 1847 festgestellten Abänderungen und Modificationen, vom 2. May d. J. an, auf ein ferneres Jahr, etwaiger, auf verfassungsmäßigem Wege zu erlangenden, Abänderungen, auch während dieser Frist vorbehältlich, prolongirt werde.

März 14.

Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft erwählt zum Abgeordneten zum Staatenhause für den in Gemäßheit des Bündnisses vom 26. May 1849 nach Erfurt zu berufenden Reichstag Herrn Senator Lutterroth; Legat, und genehmigt angetragenermaßen

ad II die Bewilligung der Brandsteuer vom 1. July 1850/1851, und

ad III die einjährige Prolongation der General; Feuer; Cassen; Ordnung.

## CLV.

März 15.

## Bekanntmachung,

betr. die Prolongation der Feuer; Cassen; Ordnung.

Da durch Rath; und Bürgerschuß vom 14. März d. J. beliebt worden ist, daß die Feuer; Cassen; Ordnung vom 2. May 1833 mit den in den späteren Bestimmungen, namentlich mit den im Rath; und Bürgerschuß vom 6. May 1847 festgestellten Abänderungen und Modificationen, vom 2. Mai d. J. an, auf ein ferneres Jahr prolongirt werde, so wird dieses hiermit zur Kenntniß der Betheiligten gebracht.

Gegeben in Unserer Raths; Versammlung.  
Hamburg, den 15. März 1850.

CLVI.

CLVI.

**Bekanntmachung,**

März 18.

betr. die Prolongation der Brandsteuer und  
Entfestigungssteuer; Verordnungen, nebst Abän-  
derungen.

Durch den Rath: und Bürgerschuß vom  
14. d. M. ist die Brandsteuer für das  
Steuerjahr vom 1. July 1850/1851 be-  
willigt und zugleich beschlossen worden, daß  
unter Aufhebung des §. 4 der Brandsteuer-  
Verordnung, und der Artikel VI, VII und  
VIII der Entfestigungssteuer: Verordnung,  
an deren Stellen folgende Bestimmungen  
treten:

**Brandsteuer: Verordnung vom  
8. November 1847.**

§. 4.

Diese Steuer ist in vier vierteljährigen  
Terminen, jedesmal mit einem Viertel zu  
entrichten. Doch steht es den Steuerpflich-  
tigen frei, den ganzen Belauf, wozu sie an-  
gesetzt sind, im Ersten Termine oder mehrere  
folgende noch nicht fällige zusammen zu be-  
zahlen.

Die Steuerpflichtigen der Stadt haben  
ihren Beitrag auf dem Steuer: Comptoir  
auf dem jetzigen Rathhause, diejenigen der  
Vorstädte und des Landgebiets im Hause  
des dazu bestellten Einnehmers, und zwar  
zu der in den Steuerzetteln näher ange-  
gebenen Zeit zu entrichten; und hört in  
Zukunft das Einfordern durch die Steuer-  
boten vor Zusendung der Warnungszettel auf.  
Vier:

März 18. Vierzehn Tage nach dem Ablaufe der in den Steuerzetteln Behufs Entrichtung der Steuern festgesetzten Termine tritt eine Straf:Erhöhung von 1  $\beta$  für jede Mark des Rückstandes ein. Demnächst wird mit der Zusendung des Warnungszettels Behufs Bezahlung des Rückstandes nebst der Straf:Erhöhung innerhalb 14 Tagen, und nach Ablauf dieser letzten Frist mit der Quere:nacht und der Pfändung verfahren.

Entfestigungssteuer: Verordnung  
vom 22. December 1819.

#### Artikel VI.

Die Steuerpflichtigen der Stadt haben ihren Beitrag auf dem Steuer:Comptoir auf dem jetzigen Rathhause, diejenigen der Vorstädte und des Landgebiets im Hause des dazu bestellten Einnehmers, und zwar zu der in den Steuerzetteln näher angegebenen Zeit zu entrichten; und hört in Zukunft das Einfordern durch die Steuer:boten vor Zusendung der Warnungszettel auf.

Vierzehn Tage nach dem Ablaufe der in den Steuerzetteln Behufs Entrichtung der Steuern festgesetzten Termine tritt eine Straf:Erhöhung von 1  $\beta$  für jede Mark des Rückstandes ein. Demnächst wird mit der Zusendung des Warnungszettels Behufs Bezahlung des Rückstandes nebst der Straf:Erhöhung innerhalb 14 Tagen, und nach Ablauf dieser letzten Frist mit der Quere:nacht und der Pfändung verfahren.

Gegeben in Unserer Raths:Versammlung.  
Hamburg, den 18. März 1850.

CLVII.

## CLVII.

### Polizen:Verfügungen, März 23.

betr. das am Montag, den 25. März, in der Haupt-Kirche St. Petri zum Besten der Hamburger Warteschulen stattfindende geistliche Concert.

Das Concert fängt Abends präcise 7 Uhr an.

Die große Süderthür, der Schmiedestraße gegenüber, wird um 5½ Uhr geöffnet.

(Das Folgende ist gleichlautend mit der Verfügung vom 22. May 1849, s. oben S. 80.)

Hamburg, den 23. März 1850.

Die Polizen:Behörde.

## CLVIII.

### V e r o r d n u n g März 25.

wegen polizenlicher Bestimmungen zum Schutze des auf beiderstädtischem Gebiete liegenden Theils der Berlin:Hamburger Eisenbahn und des Verkehrs auf demselben.

Nachdem durch die von Uns, den Senaten der freien Hansestädte Lübeck und Hamburg, am 20./25. April 1842 erlassene Bekanntmachung das Polizen:Reglement für die Hamburg:Bergedorfer Eisenbahn, zur Nachachtung in Beziehung auf den im beiderstädtischen Gebiet belegenen Theil der Bahn öffentlich verkündet worden, werden nunmehr folgende in Abschnitt IV. dieses Reglements enthaltene Bestimmungen zum Schutze der Bahn und des Verkehrs auf derselben:

#### §. 23.

Dem Publikum ist verboten, außerhalb der über die Bahn führenden Uebergänge das

März 25. das Planum derselben oder die dazu gehörigen Böschungen, Dämme und Gräben zu berreten, darauf zu reiten, oder queer über die Bahn zu fahren.

§. 24.

Die zur Befriedigung der Bahn und zur Sicherheit der Uebergänge dienenden Barrieren und sonstigen Verschlussanlagen dürfen nicht bestiegen werden.

§. 25.

Das eigenmächtige Eröffnen der Barrieren oder sonstigen Verschlussanlagen, das Passiren der über die Bahn führenden Uebergänge während der Zeit, wo die Barrieren oder sonstigen Verschlussanlagen geschlossen sind, imgleichen das Anhalten mit Fuhrwerk und Vieh auf den Uebergängen und deren Appareillen, ist untersagt.

Die in Billwärder angelegten Privatfuhrübergänge sind stets verschlossen zu halten, und soll ein Schlüssel in den Händen des nächsten Bahnwärters, der andere in den Händen des Berechtigten sein. Zur Zeit der Bearbeitung des Landes und zur Erndtzeit sind die zur Sicherheit des Publicums nöthigen Hülfsbahnwärter bei diesen Uebergängen anzustellen, und dann die von öffentlichen Uebergängen geltenden Vorschriften auch hier anwendbar. Die zu den Fußübergängen Berechtigten dürfen die Bahn nur in gerader Richtung überschreiten.

§. 26.

Das Publicum hat sowohl auf den Bahnhöfen, als auf der Bahn, und neben derselben,



selben, den Anordnungen der uniformirten März 25. Beamten der Gesellschaft, welchen die Handhabung der Polizen zusteht (§. 30), so wie den zur Erhaltung der Ordnung etwa mitwirkenden sonstigen Polizen und Militair-Officianten, unweigerlich Folge zu leisten.

#### §. 27.

Wer den obigen Bestimmungen (§§. 23 — 26) entgegen handelt, ist, unter Vorbehalt der Ansprüche wegen der etwa zugefügten Beschädigungen, mit einer nach Maaßgabe des Ortes, woselbst die Contravention stattgefunden, vom Polizenherrn zu Hamburg oder vom Amtsverwalter zu Bergedorf zu erkennenden Geldstrafe von 1 bis 10 Thalern oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe zu bestrafen.

#### §. 28.

Vorsätzliche Beschädigungen der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, imgleichen das Hinaufwerfen oder Hinauslegen von Steinen oder sonstigen hindernden Gegenständen auf das Planum der Bahn, unterliegen, nach dem Grade der zu Tage gelegten Bosheit und der beabsichtigten oder gar bewirkten Gefahr und Schadens einer Criminaluntersuchung und Bestrafung, insofern nicht die Umstände eine solche That zu einem Polizenvergehen machen, in welchem Falle eine polizenliche Strafe bis zu 6 Wochen Gefängniß oder 50 Thaler Geldbuße erkannt werden kann.

hie:

März 25. hiedurch auch auf die zum beiderstädtischen Gebiete gehörigen Strecken der Berlin: Hamburger Eisenbahn für anwendbar erklärt und unterliegen namentlich vorsätzliche Beschädigungen der zu dieser Bahn gehörenden electro:magnetischen Telegraphen:Einrichtungen den im vorstehenden §. 28 angedroheten Strafen.

Gegeben in Unseren Rathsversammlungen, zu Lübeck, den 12. Januar, und zu Hamburg, den 25. März 1850.

## CLIX.

April 2.

### Polizen:Verbot,

betr. das Fahren, namentlich der oberländischen Rähne mit aufgesteckten Flaggenstangen auf der Elbstrecke zwischen dem Hamburger Niederhafen und dem Theermagazin.

Es ist in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen, daß die beim Grasbrook über die Elbe geführte Drahtleitung des electromagnetischen Telegraphen durch die auf den Masten, namentlich einiger Oberländer Rähne befindlichen hohen Flaggenstangen, mittelst Zerreißung des Drahtes, zerstört, und dadurch die telegraphischen Arbeiten, bis zu der, mit nicht unbedeutenden Kosten verknüpften, Wiederherstellung der Leitung, unterbrochen worden sind.

Zum Schuß des im Allgemeinen und namentlich im commerciellen Interesse wichtigen telegraphischen Verkehrs, sieht unter diesen Umständen die unterzeichnete Behörde sich

sich veranlaßt, den Schiffen solcher Fahrzeuge April 2.  
auf der Elbstrecke vom Hamburger Nieder-  
hafen bis zum Theermagazin das Fahren  
mit aufgesteckter Flaggenstange — welche auf  
dieser Strecke keinerlei Nutzen gewährt, —  
zu verbieten.

Die Nichtbeachtung dieses Verbots zieht,  
abgesehen von der Verantwortlichkeit für den  
angerichteten Schaden, eine, bei wiederholten  
Contraventionsfällen zu erhöhende, Geldstrafe  
von 5 Rthlrn. nach sich, und sind die Hafen-  
meister, wie die Hafen-Polizen, beauftragt,  
nicht allein etwaige Uebertretungen dieser  
Vorschrift sofort zur Anzeige zu bringen,  
sondern auch nach Umständen die betreffenden  
Fahrzeuge einstweilen anzuhalten.

Hamburg, den 2. April 1850.

Die Polizen-Behörde.

## CLX.

### Verordnung,

April 3.

die Entfreierung von der Kriegsdienstpflicht in  
dem Amte und Städtchen Bergedorf betreffend.

Da sich die Nothwendigkeit ergeben hat,  
die in dem Ersten Absätze des §. 6 der  
nachträglichen Verordnung über die allgemeine  
Kriegsdienstpflichtigkeit in dem Amte und  
Städtchen Bergedorf vom 9./11. April 1831  
enthaltenen Verfügungen über die Ausnahmen  
von der Kriegsdienstpflicht näher zu bestimmen,  
so haben die Senate der freien Städte Lübeck  
und Hamburg nachstehende Bestimmungen  
getroffen und deren Bekanntmachung verfügt.

Vom

April 3. Vom Militairdienste bleiben befreit:

- a) derjenige, welcher seine Eltern oder Großeltern, oder Eins derselben, bei deren Mangeln an Mitteln und Fähigkeit zum eignen Unterhalts-Erwerbe, zu ernähren hat, und dieser Verpflichtung wirklich genügt;
- b) ein Bruder, und wirklicher Ernährer mehrerer elternloser Geschwister, welche entweder unter 16 Jahren, oder mit solchen unzweifelhaften Körper- oder Geistes-Gebrechen behaftet sind, daß sie sich nicht selbst ernähren können;
- c) für eine Familie, welche einen Sohn bei oder in Folge der Ausübung seines Militairdienstes verloren hat, ein anderer Sohn.

Dem gänzlichen Verluste eines Sohnes ist gleich zu achten, wenn derselbe durch den Militairdienst körperlich unfähig geworden ist, sich seinen Lebensunterhalt zu verschaffen.

Gegeben in den Senats-Versammlungen zu Hamburg, den 3. April 1850, zu Lübeck, den 12. April 1850.

## CLXI.

April 8.

### Bekanntmachung,

betr. die Herabsetzung des Zolles für Fourniere und fournierte Gegenstände in den Holsteinischen Zoll-Enclaven.

In Gemäßheit Art. III des durch Rath- und Bürgerschuß vom 13. December 1849 auf ein Jahr prolongirten Vertrages über  
den

den Anschluß der innerhalb der Holsteinischen April 8.  
Zolllinie belegenen Hamburgischen Gebiets-  
theile an den Zollverein vom 5. Sept. 1840  
bringt E. Hochweiser Rath hierdurch zur  
Kenntniß der Betheiligten,

daß der Einfuhrzoll für Fourniere von  
Mahagoni und anderen Holzarten auf  
3  $m\frac{1}{2}$  2  $\beta$  für 100 lb herabgesetzt ist,  
und für furnierte Altonaer Tischlerarbeit  
aller Art ein Einfuhrzoll von 6 $\frac{1}{4}$   $\beta$  für  
100 lb, vom 1. April d. J. angerechnet,  
entrichtet werden soll.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 8. April 1850.

## CLXII.

### M a n d a t

April 12.

wider das Ausspielen von Luxus- und ähnlichen  
Gegenständen.

Es ist E. H. Rathe in neuerer Zeit aus  
mehrfachen Untersuchungen bekannt geworden,  
daß sich hieselbst Etablissements eingeschlichen  
haben, welche unter dem Vorgeben, dadurch  
die Industrie zu befördern, nichts anders  
als Privat-Lotterien sind, die nach den Zie-  
hungen irgend einer Staats-Lotterie, nament-  
lich der Braunschweiger, verschiedene Luxus-  
und ähnliche Gegenstände ausspielen. Bei  
dem Umfange, den dieser auf keine Weise  
zu controllirende und nicht zu duldbende Ver-  
trieb erlangt hat, sieht E. H. Rath sich  
veranlaßt, nicht nur alle und jede solche  
Lotter-

April 12. Lotterien hierdurch aufs Neue zu verbieten, sondern auch die gegen solche gemeinschädliche Unternehmungen bestehenden Verfügungen, namentlich das Mandat vom 16. März 1832 in Erinnerung zu bringen, dessen §. 6 so lautet:

„Da auch das eigenmächtige Ausspielen von allerlei Waaren, Sachen und Geld, sowohl auf Züge in den hiesigen Lotterien, als auch ohne Bezug auf dieselben, so wie das unbefugte Theilen der Loose der hiesigen Stadt-Lotterien hieselbst bedeutend überhand genommen hat, nun aber niemand befugt ist, dergleichen Glücksspiele ohne obrigkeitliche Erlaubniß vorzunehmen; so bringt E. H. Rath die dagegen bestehenden Verbote gleichfalls in Erinnerung, wornach im Uebertretungsfalle nicht nur die gemachten Einsätze von demjenigen, welcher sie eingenommen hat, abgefordert und confiscirt, die ausgetheilten Loose cassirt und annullirt und denjenigen, welche Einsätze gemacht, keine Klage gestattet wird; sondern auch außerdem der Unternehmer einer solchen Auspielung mit der vorgedachten, allenfalls auch nach dem Werthe der auszuspielenden Sache zu erhöhenden, angemessenen Geld- und anderweitigen Strafe belegt werden wird,“

wobei er insbesondere auf die Strafbestimmungen desselben hinweist, welche, wie sie in den vorgekommenen Fällen bereits in Ausführung gekommen sind, auch ferner mit  
un:

unnachsichtlicher Strenge werden vollzogen April 12.  
werden.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 12. April 1850.

### CLXIII.

#### Gebühren-Schragen

May 2.

für die Landvögte und anderen Gemeindeg  
Vorsteher in den Vierlanden.

Da es erforderlich ist, über die von den Landvögten und anderen Gemeindevorstehern der Vierlande zu erhebenden, zum Theil bisher nur auf Herkommen beruhenden Gebühren feste Bestimmungen zu treffen, so haben die zur Visitation des Amtes Bergedorf verordneten Herren Abgesandten der Städte Lübeck und Hamburg, mit Berücksichtigung der Ansichten und Wünsche der Gemeindevorstände, unter Aufhebung des im Jahre 1815 einstweilig erteilten Schragens und späterer Verfügungen über einzelne Gebühren, den nachstehenden Gebühren-Schragen erlassen und solchen zur öffentlichen Kunde zu bringen verordnet.

Publicirt im Amte Bergedorf, den  
2. May 1850.

Gebühren:

May 2.

Gebühren:

---

 Gegenstand.
 

---

1. Insinuation einer Vorladung, Warnung, Bescheides, Befehls u. s. w. . . . .
2. Für eine Bescheinigung . . . . .
3. Anheftung eines Proclams etc. . . . .

4. Versteigerung von Mobilien . . . . .

Für die Führung und Anfertigung des Protocolls dabei, mit Einschluß der Anzeige beim Amt und Entrichtung der Abgabe, für den Tag

5. Pfändung . . . . .

6. Versiegelung . . . . .

7. Inventur nach dem Umfange . . . . .

8. Gegenwart bei Verkäufen, Erbtheilungen u. s. w. zur Wahrnehmung des Interesses des Landes aus der Landes-Casse . . . . .



## S t r a g e n .

May 2.

Gebühr.	Bemerkungen.
4 $\text{ß}$ 6 ; 4 ;	Für Bekanntmachungen, Anzeigen u. dgl. in öffentlichen oder Ge- meinde ; Angelegenheiten wird nichts bezahlt.
<p>Von jeder Mark ein Schilling, falls der landübliche Credit von sechs Monaten gegeben wird und die Bögte für die Zahlung haften ; in welchem Falle sie verpflichtet sind, 14 Tage nach dem Verfalltermin den gesammten Ertrag der Versteigerung auszuza- len, selbiger mag wirklich eingegangen sein oder nicht. Wenn die Bögte die Eincassirung der Ausstände und die Verantwortlichkeit für den sichern Eingang derselben nicht übernehmen, dürfen sie nur eine Gebühr von zwei Procent berechnen.</p>	
3 $\text{℥}$ 1 $\text{℥}$ 8 $\text{ß}$	Für Fuhrwerk und Arbeitsleute nach Verhältniß der Entfernung und der Größe der gepfändeten Gegenstände nach Ermessen des Landvogts.
<p>Für die Versiegelung u. Entsiegelung zusammen 3 <math>\text{℥}</math>. ; ein Gehöfte 6 — 9 <math>\text{℥}</math>. ; einen Rathen 2 — 4 <math>\text{℥}</math>.</p>	
2 $\text{℥}$	

May 2.

---

 G e g e n s t a n d.
 

---

9. Taxation und Besichtigung . . . . .
10. Beschreibung eines Gehöfts, d. h. Entwurf  
oder Revision des Contractes über die Ver-  
äußerung. . . . .
11. Beschreibung eines Rathens . . . . .
12. Abfassung von Contracten, welche sich nicht  
auf Grundstücke beziehen . . . . .
13. Oeffentlicher Verkauf eines Gehöfts . . . . .
14. Oeffentlicher Verkauf eines Rathens . . . . .
15. Wege in Amts- und Landesfachen . . . . .
16. Versammlung der Landes-Vorsteher beim Vogt  
bei Gelegenheit von Wahlen und in anderen  
Landes-Angelegenheiten . . . . .

Außer den vorgedachten Gebühren sind die

May 2.

Gebühr.	Bemerkungen.
	<p>In öffentlichen Angelegenheiten, wohin Schauungen u. Besichtigungen in Deichsachen zu rechnen, nichts; die Deichstrafgelder werden nach Kopfszahl getheilt, und ist die Zehrung von Jedem selbst zu bestreiten. Für andere Besichtigungen 3 bis 6 <math>\frac{1}{2}</math>, jedoch bei Gränzstreitigkeiten und in Bausachen nur 3 <math>\frac{1}{2}</math>.</p>
<p>3 <math>\frac{1}{2}</math>, wenn eine Aussteuer od. ein Altenheil ver- schrieben wird, 1 <math>\frac{1}{2}</math> 8 <math>\frac{1}{2}</math> mehr. 2 <math>\frac{1}{2}</math></p>	<p>Zu 10 u. 11. Es steht Jedem frei, den Contract selbst zu entwerfen. oder ihn von einem Andern, als dem Landvogte, entwerfen zu lassen, und Letzterem den Contract nur zur Revision und Unterschrift vorzulegen. In diesem Falle fällt die hier bestimmte Gebühr weg, insofern der Contract keine Aenderung bei der Revision durch den Landvogt erleidet.</p>
<p>1 bis 3 <math>\frac{1}{2}</math> nach Verhältniß des Vermögens. 12 <math>\frac{1}{2}</math> 4</p>	<p>Zu 13 u. 14. Den Landvögten steht kein ausschließliches Recht auf den außergerichtlichen öffentlichen Verkauf von Grundstücken zu.</p>
<p>n. Hamburg 4 <math>\frac{1}{2}</math> n. Bergedorf von Kirchwarder 3 <math>\frac{1}{2}</math> n. Bergedorf von den übrig. Land- schaften 2 <math>\frac{1}{2}</math>.</p>	<p>Die Höfteleute, Deputirte und die Commissarien bei der Militair- Aushebung erhalten die Hälfte dieser Ansätze.</p>
<p>Bergütung für Bewirthung von 1 bis 3 <math>\frac{1}{2}</math>, nach Verhältniß der Personenzahl und der Bewirthung. Für die Protocollführung in allen Fällen 1 <math>\frac{1}{2}</math> 8 <math>\frac{1}{2}</math>.</p>	<p>gesetzlichen Stempelabgaben zu entrichten.</p>

## CLXIV.

May 10. Die Bekanntmachung der bevorstehenden Umschreibung durch die Capitaine des Bürger-Militairs, vom 10. May 1850, ist der vom 7. May 1849 gleichlautend. S. oben S. 67.

## CLXV.

May 13.

## Polizey: Warnung

in Betreff des Knaben: Unfugs.

Der Unfug, welcher auf den öffentlichen Plätzen und Straßen in und vor der Stadt von Knaben durch Schreien, Toben und Singen, insbesondere an den Exercir-Abenden, getrieben wird, veranlaßt die unterzeichnete Behörde zu ernstlicher Warnung, unter Androhung unnachsichtlicher Strafen gegen die Schuldigen.

Es wird zu den Eltern und Angehörigen der betreffenden Knaben das Vertrauen gehegt, daß sie ihre Kinder von solchem, die öffentliche Ordnung störenden Unfug zurückhalten werden.

Die Wachtposten sowohl als die Polizey-Officianten sind angewiesen, nachdrücklichst, unter Umständen mit sofortiger Arrestation, einzuschreiten; und wird das Publicum aufgefordert, den Beauftragten im Interesse der öffentlichen Ordnung und Ruhe, erforderlichen Falls Unterstützung zu gewähren.

Hamburg, den 13. May 1850.

Die Polizey: Behörde.

CLXVI.

CLXVI.

**Bekanntmachung,**

May 16.

das Hamburger Dampfsschiff Phoenix betreffend.

Zur Vermeidung von Beschwerden und Weiterungen wird hierdurch vigore Conclusi Ampl. Senatus vom 10. April d. J. bekannt gemacht, daß die Eigenthümer des für die regelmäßige Personensahrt zwischen hier und Harburg patentirten Dampfsschiffes Phoenix zwar sich bereit erklärt haben, auf diesen Fahrten, wie bisher, auch ferner Passagiere von Altenwärder und andern Zwischenpunkten aufzunehmen und dort abzusetzen, so oft dies, nach den jedesmaligen Umständen, ohne Nachtheil für den Hauptverkehr zwischen den beiden Endpunkten geschehen kann, daß aber eine Verpflichtung hierzu den Eigenthümern des genannten Dampfsschiffes von Seiten der Behörden nicht auferlegt ist.

Hamburg, den 16. May 1850.

Das Patronat  
der Vorstadt St. Pauli.

CLXVII.

Das Polizen-Verbot der Belästigung ankommender Fremden mit Logis-Empfehlungen u. dgl., vom 15. October 1846, ist unter dem 21. May 1850 renovirt. S. oben Bd. XIX. S. 323.

CLXVIII.

## CLXVIII.

## May 23. Rath und Bürger-Convent

vom 23. May.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gefunden, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag den 23. May des folgenden Gegenstandes wegen zu convociren.

## Propositio Senatus.

Im Verfolg der Resolution Erbges. Bürgerschaft im Convente vom 17. Januar d. J., die Verfassungs-Angelegenheit betreffend, hat E. E. Rath diese Angelegenheit von Neuem in Erwägung gezogen und seine in jenem Convente vorbehaltenen weiteren Anträge verfassungsgemäß zunächst an das Collegium der Sechsziger gerichtet. Sechsziger haben diesen Anträgen, welche in der Anlage nebst Unteranlagen A. bis G. enthalten und näher entwickelt sind, sich zustimmig erklärt, und bringt E. E. Rath solche gegenwärtig an Erbges. Bürgerschaft, indem er bei derselben darauf anträgt, es mitzugenehmigen:

- I. daß die in der Unter-Anlage Lit. A. beigelegte Hamburgische Staats-Verfassung als Grundgesetz des Hamburgischen Staates anerkannt und publicirt werde, und zwar dergestalt, daß dieselbe nicht anders abgeändert werden dürfe, als auf dem in diesem Grundgesetze selbst bestimmten Wege;

- II. daß ferner,

1)

1) das in der Unter-Anlage Lit. B. May 23. beigelegte transitorische Wahlgesetz als Norm für die Wahlen der ersten auf Grundlage der sub I. gedachten Staats-Verfassung zusammentretenden Bürgerschaft zu gelten habe,

2) die gegenwärtig bestehende Rath- und Bürger-Commission beauftragt werde, zu den Behufs Einführung der neuen Verfassung erforderlichen organischen und transitorischen Gesetzen und zugleich den nöthigen Bestimmungen darüber, mit welchem Zeitpunkte die neue Verfassung oder einzelne Theile derselben in Wirksamkeit zu setzen seien, Vorschläge zu machen;

wobei der Senat die schon im Convente vom 17. Januar hinzugefügte Bemerkung wiederholt, daß die Regulirung und verfassungsmäßige Feststellung der letztgedachten Gesetze und Bestimmungen, sowohl der Verkündung der neuen Verfassung, als den zur wirklichen Einführung derselben nöthigen Schritten, vorangehen müssen.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt den heutigen Antrag E. E. Rath's, die Verfassungs-Angelegenheit betreffend.

### CLXIX.

#### Polizen-Befehl

May 23.

in Betreff der Aufenthaltskarten.

Jeder Geselle, der hier einwandert und Arbeit erhält, hat sich, bevor er die Arbeit antritt

May 23. antritt und sich irgendwo in Logis oder Schlafstelle begiebt, ungesäumt mit seinem vom p. t. Aeltermann erhaltenen Anmeldungs-Zettel und der genauen Angabe seines Logis (Schlafstelle) nach dem Fremden-Bureau im Stadthause zu verfügen, um allda eine Aufenthaltskarte zu lösen.

Wer solches unterläßt, gegen den wird nach Maaßgabe des §. 73 des General-Reglements für die hiesigen Meuter u. polizeulich mit Strafe verfahren werden.

Die festgesetzte Zeit für die Ertheilung der Aufenthaltskarten ist täglich von 9 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtage ausgenommen.

Hamburg, den 23. May 1850.

Die Polizei-Behörde.

## CLXX.

Juny 3.

### Revidirte Verordnung

in Betreff der Verschiffung der über Hamburg direct nach andern Welttheilen Auswandernden. Auf Befehl E. H. Rath's der freien und Hansestadt Hamburg publicirt den 3. Juny 1850.

E. H. Rath hat es für angemessen erachtet, die Verordnung in Betreff der Verschiffung der über Hamburg nach andern Welttheilen Auswandernden, vom 4. Februar 1848, einer Revision zu unterziehen, und bringe in obrigkeitlicher Fürsorge für die Auswandernden, so wie im Interesse der hiesigen Schifffahrt, nachstehende revidirte Verordnung zur öffentlichen Kunde. Alle früheren, die directe Beförderung von Auswanderern betref-



treffenden Verordnungen, insofern die Vorschriften derselben nicht ohnehin in sonstigen Gesetzen begründet sind, werden hierdurch aufgehoben.

### §. 1.

Diese Verordnung erstreckt sich auf alle Schiffe, auf welchen von Hamburg oder Cuxhaven aus mehr als 25 Zwischendecks-Passagiere direct nach andern Welttheilen befördert werden sollen.

### §. 2.

Das Geschäft der Beförderung von Auswanderern ist nur hiesigen Bürgern, und außerdem nur solchen fremden Schiffern, welche durch hier ansässige selbstschuldige Bürgen vertreten sind, gestattet. Jeder, der ein solches Geschäft betreiben will, hat eine Caution von *Reco.mk* 10,000 durch Deposition oder Bürgschaft bei der Kammerei zu bestellen und ein Attest der Letzteren über die beschaffte Caution dem Polizeyherrn vorzulegen. Diese Caution haftet für alle durch diese Verordnung ihm auferlegte Verbindlichkeiten.

Die Contracte über die Beförderung von Auswanderern können von dem Uebernehmer selbst abgeschlossen werden; findet aber eine Vermittelung statt, so steht diese ausschließlich den beeidigten Schiffsmäklern zu, welchen die gesetzliche Courtage nur von dem Befrachter und nicht von den Passagieren zu bezahlen ist. Unbefugte Mittelspersonen, namentlich solche, welche sich bemühen, durch unwahre Vorstellungen Passagiere für ein ge-

**Juny 3.** gewisses Schiff zu gewinnen, oder diejenigen, welche bereits für ein Schiff angenommen sind, demselben wieder abspenstig zu machen, oder überhaupt einem hiesigen Uebernehmer gegen Vergütung Passagiere zuweisen oder zuführen, werden nach Umständen mit Geld: buße oder Gefängniß bestraft.

§. 3.

Der Makler ist verpflichtet, vor Einschiffung der Passagiere, der Polizen: Behörde denjenigen namhaft zu machen, welcher durch ihn Contracte wegen Beförderung von Auswanderern hat abschließen lassen. Wenn kein Makler hinzugezogen ist, hat der Contrahent selbst die Anzeige zu machen.

§. 4.

Der Makler, oder wenn keiner hinzugezogen ist, der Contrahent selbst, hat vor Abgang des Schiffs der Polizen: Behörde ein Verzeichniß aller mit diesem Schiffe zu befördernden Auswanderer, unter Angabe des Geburtsortes, Geschlechts, Alters, Berufs und Bestimmungsortes derselben, einzureichen. Gehen nicht alle engagirten Auswanderer mit, so ist ein Namensverzeichniß der Zurückgebliebenen unmittelbar nach Abgang des Schiffs bei derselben Behörde einzureichen. Zwischendecks: Passagiere, welche in dem Verzeichniß nicht benannt sind, dürfen bei Vermeidung strenger Strafe, weder vor noch nach dem Abgang des Schiffes in dasselbe aufgenommen werden.

§. 5.

Der Contrahent hat dafür zu sorgen:

a)

- a) daß das Schiff sich in besonders gutem Junn 3. und zu der beabsichtigten Reise völli<sup>g</sup> seetüchtigem Zustande befinde;
- b) daß dasselbe zur Aufnahme der Passagiere zweckmäßig und bequem eingerichtet sei.

In Bezug auf die Zahl der mitzunehmenden Passagiere gilt, insofern nicht die im Bestimmungshafen bestehenden Gesetze diese Zahl noch mehr beschränken, die allgemeine Regel, daß für jeden Zwischendecks-Passagier ein Raum von mindestens zwölf Quadratfuß Oberfläche des Passagierdecks vorhanden sein muß. Das zur Aufnahme der Passagiere bestimmte Zwischendeck muß dann eine Höhe von mindestens 6 Fuß haben und der Fußboden desselben mindestens  $1\frac{1}{2}$  Zoll dick sein. Beträgt die Höhe des Zwischendecks nur  $5\frac{1}{2}$  Fuß, so muß für jeden Zwischendecks-Passagier ein Raum von mindestens 14 Quadratfuß Oberfläche des Passagierdecks vorhanden sein. Eine geringere Höhe des Zwischendecks als  $5\frac{1}{2}$  Fuß und eine geringere Stärke des Fußbodens desselben als  $1\frac{1}{2}$  Zoll ist nicht zulässig. Die Koyen müssen mindestens 6 Fuß Länge im Lichten und die Biermannskoyen mindestens 6 Fuß Breite im Lichten haben; die Koyen für weniger Personen im Verhältniß. Die untersten Koyen müssen mindestens 4 Zoll über dem Zwischendeck sein. Es dürfen nicht mehr als 2 Koyen übereinander angebracht und zwischen den Schlafstellen der Passagiere keine Güter geladen werden. — Das Zwischendeck muß durch zwei starke Laternen gut

Juny 3. gut erleuchtet werden. — Für hinreichende Ventilation muß gesorgt sein. — Befinden sich mehr als 125 Passagiere an Bord, so müssen mindestens 4 Privets vorhanden sein.

Für die nach einem Hafen der Vereinigten Staaten von Nordamerica gehenden Schiffe gelten, statt der in diesem §. enthaltenen Bestimmungen, die Vorschriften der dortigen Geseze.

#### §. 6.

Der Contrahent hat ferner dafür zu sorgen, daß für die wahrscheinlich längste Dauer der Reise hinlänglicher und guter Proviant mitgenommen werde, und zwar liegt ihm diese Verpflichtung auch dann ob, wenn er die Proviantirung contractlich den Passagieren selbst überlassen hat.

Als wahrscheinlich längste Dauer der Reise für Segelschiffe wird angesehen:

- a. nach der Ostküste von Nord- und Mittel-America, Westindien und Brasilien bis zum Cap St. Roque einschließlich . . . . . 13 Wochen,
- b. nach der Ostküste von Süd-America, südlich vom Cap St. Roque 16 Wochen,
- c. nach dem Cap der guten Hoffnung . . . . . 18 Wochen,
- d. nach einer Gegend über Cap der guten Hoffnung oder Cap Horn hinaus, ohne daß der Aequator zum zweiten Male passirt wird 26 Wochen,
- e. nach einer Gegend, wobei der Aequator zweimal passirt wird 30 Wochen.

(Rückichtlich einer etwaigen Beförderung auf Dampfschiffen wird durch eine an die be-

betreffenden Behörden zu erlassende Instruction Juny 3.  
die wahrscheinlich längste Dauer der Reise nach  
den Umständen besonders bestimmt.)

Der mitzunehmende Proviant muß, außer  
dem für die Schiffsmannschaft erforderlichen  
Proviant, für einen jeden Passagier bestehen  
in wenigstens:

Aufgabe des mitzunehmenden Proviantes für jeden Passagier.

Wird

	Bei Meisen, deren längste Dauer angenommen ist zu				
	13 Wochen	16 Wochen	18 Wochen	26 Wochen	30 Wochen
Gefalzenes Rindfleisch do. Schweinefleisch (Speck) . . . . .	32½ lb	40 lb	45 lb	65 lb	75 lb
Weißbrot . . . . .	13 : 65 :	16 : 80 :	18 : 90 :	26 : 130 :	30 : 150 :
Butter . . . . .	4½ :	6 :	6½ :	9½ :	11½ :
Weizenmehl, Erbsen, Bohnen, Trauben, Reis, Pfannkuchen, Sauerkohl .	45½ : 6½ Pint	56 : 8 Pint	63 : 9 Pint	91 : 13 Pint	105 : 15 Pint
Kartoffeln . . . . .	1½ lb	2 lb	2½ lb	3 lb	3½ lb
Erbsen . . . . .	1½ :	2½ :	2½ :	3½ :	4 :
Beef . . . . .	1½ :	2½ :	2½ :	3½ :	4 :
Essig . . . . .	2 Quart	2½ Quart	2¾ Quart	4 Quart	4½ Quart
Wasser . . . . .	1½ Orhof	1½ Orhof	1¾ Orhof	2½ Orhof	2¾ Orhof

**Junn 3.** Wird statt des gesalzenen Ochsenfleisches gesalzenes oder geräuchertes Schweinefleisch mitgenommen, so wird  $\frac{3}{4}$  lb gesalzenes und  $\frac{1}{2}$  lb geräuchertes Schweinefleisch gleich 1 lb Ochsenfleisch gerechnet. — Für den Anfang der Reise kann frisches Schwarzbrot, jedoch nicht mehr als 10 lb für jeden Passagier, statt einer gleichen Quantität Weißbrot mitgenommen werden. Wünschen einzelne Passagiere auf der Reise hartes Schwarzbrot zu erhalten, so kann für diese, statt der vorgeschristmäßigen Quantität Weißbrot, eine gleiche Quantität hartes Schwarzbrot mitgenommen werden, jedoch müssen dann die betreffenden Passagiere sich schriftlich damit einverstanden erklären. — Sind Kartoffeln nicht haltbar, so ist statt jedes Spint Kartoffeln 1 lb trockenes Gemüse mehr mitzunehmen.

Wenn der Bestimmungsort bei einer auf höchstens 13 Wochen berechneten Reise nördlicher liegt, als der 32. Grad nördlicher Breite, so genügt die Mitnahme von 1 Orchester Wasser für jeden Passagier. — Bei Reisen, deren längste Dauer auf 26 und 30 Wochen angenommen ist, genügt die Mitnahme eines Wasservorraths für 16 Wochen, wenn der Contrahent auf seinen geleisteten Bürgereid schriftlich erklärt, daß das Schiff einen Zwischenhafen anlaufen und dort frisches Wasser einnehmen werde.

Ferner sind mitzunehmen:

an Wein, Zucker, Sago, Grütze und Medicamenten ein hinreichendes Quantum für Kranke und Kinder;

an

an Feuerung zum Kochen für 100 Passagiere auf einer Reise von 13 Wochen: 2 Last Steinkohlen und 2 Faden Holz; für mehrere Passagiere und längere Reisen im Verhältniß; Besen und das gehörige Quantum Weinessig zum Räuchern des Zwischendecks;

das nöthige Quantum Brennoel für 2 Laternen im Zwischendeck.

Das Schiff muß mit dem nöthigen Kochapparat, dem erforderlichen Geschirr zum Vertheilen der Speisen, mit einer richtigen Waage und Hamburgischen Gewichten versehen sein.

Rücksichtlich des Schiffsraums, so wie der Proviantirung und Ausrüstung sind zwei Kinder unter 8 Jahren für Einen Passagier, Kinder unter 12 Monaten gar nicht zu rechnen.

#### §. 7.

Der Contrahent ist verpflichtet, vor Einschiffung der Passagiere, dem Hafenherrn nachzuweisen, daß den Vorschriften der vorstehenden §§. 5 und 6 vollständig genügt sei, und hat zu dem Behuf ein Attest zweier, von der Commerz-Deputation zu ernennender, beeidigter Schiffsbesichtiger beizubringen. Bevor dies geschehen, ist die Aufnahme eines Theils der Zwischendecks-Passagiere nur ausnahmsweise und mit besonderer Erlaubniß des Polizeyherrn gestattet. Die Schiffsbesichtiger erhalten zusammen für die Ausstellung eines solchen Attestes mit Einschluß aller dabei vorkommenden sonstigen Bemühungen 15 *m* Cour. Diese Gebühr ist für

Juny 3. für jede Reise eines Schiffes nur Einmal zu berechnen.

§. 8.

Der Contrahent ist ferner verpflichtet, beim Abgang des Schiffes eine Versicherung zu schließen, durch welche der Versicherer sich verbindlich macht, die Kosten zu ersetzen, welche aufzuwenden sind, um im Schadensfalle die Passagiere sowohl während einer etwaigen Reparatur zu beköstigen und zu behausen, als auch um, falls das Schiff seine Reise nicht fortsetzen könnte, die Beförderung der Passagiere an den Bestimmungsort zu beschaffen. Die den hiesigen Behörden aus einem solchen Unfall etwa erwachsenden Kosten sind gleichfalls aus dieser Versicherung zu ersetzen.

Die Original-Police über die geschlossene Versicherung, welche mindestens auf eine Summe lauten muß, die dem Passagiergeld sämmtlicher Passagiere, und noch 50 pCt. dieses Betrages darüber, gleichkommt, ist von dem Contrahenten spätestens innerhalb 8 Tage nach Abgang des Schiffes bei angemessener, event. steigender Geldstrafe, der Polizen-Behörde einzuliefern.

§. 9.

Kein in die Kategorie des §. 1 gehöriges Schiff darf den Hafen verlassen, ohne einen Schein von der Polizen-Behörde darüber erhalten zu haben, daß hinsichtlich desselben den gesetzlichen Vorschriften genügt sei. Zur Erlangung eines solchen Scheines hat



hat der Expedient dem Polizeyherrn die in Juny 3. den §§. 2, 3 und 7 erwähnten Nachweisungen einzuliefern. Doch kann der Polizeyherr in einzelnen Ausnahmefällen, namentlich wenn das Schiff wegen seines Tiefganges einen Theil des Proviantes, des Wassers oder der Passagiere weiter unten auf dem Strome einzunehmen gezwungen ist, die Nachlieferung des im §. 7 gedachten Nachweises gestatten, in welchem Falle jedoch der Expedient die rechtzeitige Nachlieferung in einer, auf geleisteten Bürgereid abzugebenden schriftlichen Erklärung zu versprechen hat und bei Nichterfüllung des Versprechens in Strafe, event. bis zu 1000 *m* Bco., zu nehmen ist.

## §. 10.

Nach Maaßgabe des Bundescartells als Deserteurs oder entwichene Militairpflichtige anzusehende Personen, so wie auch solche, die sich der Strafe begangener Vergehen oder Verbrechen zu entziehen suchen, dürfen nicht als Passagiere angenommen werden; eben so wenig solche, die an schmutzigen oder ansteckenden Krankheiten leiden; ferner auch nicht solche, die körperlich hülfslos sind, Letztere, insofern sie sich nicht in Begleitung ihrer für sie sorgenden Angehörigen befinden. Hiesigen Unmündigen wird die Einschiffung nur mit Zustimmung ihrer Eltern, Vormünder oder diese vertretender Personen und Behörden gestattet.

Junn 3.

§. 11.

Die von hier zu befördernden Auswanderer haben sich sofort nach ihrer Ankunft bei der Polizen-Behörde zu melden und deren Anweisungen Folge zu leisten.

§. 12.

Bei verzögertem Abgange des Schiffes hat der Contrahent, von dem im Contracte bestimmten Termin der Expedition an, jedem Passagier, sofern er ihn nicht an Bord oder am Lande beherbergt und beköstigt, eine Vergütung von 12  $\beta$  pr. Tag zu bezahlen. Bis zu dem contractlich bestimmten Termin haben die Auswanderer selbst für ihren Unterhalt zu sorgen. Dieselben werden deswegen dringend aufgefordert, sich vor ihrer Ankunft in Hamburg mit den sowohl hierzu, als auch zur Bezahlung der Ueberfahrt, erforderlichen Geldmitteln zu versehen, ohne welche ihnen der Aufenthalt hieselbst nicht gestattet werden kann.

Verzögert sich der Abgang des Schiffes nach Aufnahme der Passagiere länger als 8 Tage, so muß der Proviant wieder ergänzt werden.

§. 13.

Jeder Passagier hat das Recht, eine schriftliche Ausfertigung des von ihm geschlossenen Contractes in deutscher Sprache, so wie die Einsicht dieser Verordnung zu verlangen, welche überdies in einigen Exemplaren durch Anschlag am Bord eines jeden Auswandererschiffes zur Kenntniß der Passagiere zu bringen ist.

§. 14.

## §. 14.

Junn 3.

Uebertretungen der Vorschriften dieser Verordnung sind nach Umständen mit Geldstrafen, welche bis auf 1000 *m*ß Bco. steigen können, oder mit entsprechender Gefängnißstrafe zu ahnden.

Beschwerden der Auswanderer gegen den Contrahenten, oder dieser gegen jene, vor Abgang des Schiffes, sind bei dem Polizeyherrn oder, falls das Schiff hier abgegangen und in Cuxhaven eingelaufen wäre, bei dem Herrn Amtmann zu Rixebüttel anzubringen. Desgleichen können Beschwerden über das, dieser Verordnung oder dem geschlossenen Contracte nicht entsprechende Verfahren des Schiffers oder sonstiger Mandatare des Contrahenten während der Reise, falls sie sich nicht am Bestimmungsorte erledigen, entweder direct oder durch Vermittlung eines hamburgischen Consulats, bei dem Polizeyherrn angebracht werden, welcher deren Untersuchung und eventuelle Bestrafung verfügen oder wegen der Geld- oder Gefängnißstrafe, so wie wegen der sonst etwa erforderlichen Maaßregeln, nach Befinden der Umstände das Weitere veranlassen wird.

## §. 15.

Rücksichtlich der von Cuxhaven expedirten, in die Kategorie des §. 1 gehörigen Schiffe stehen dem Herrn Amtmann zu Rixebüttel dieselben Befugnisse zu, welche durch diese Verordnung hinsichtlich der von Hamburg expedirten Schiffe dem Polizeyherrn, dem

Juny 3. Hafenherrn und der Commerz-Deputation zugewiesen werden.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung zu Hamburg, am 3. Juny 1850.

## CLXXI.

### Juny 3. Bekanntmachung,

betr. die Revision der Verordnung betr. die Verschiffung der über Hamburg direct nach fremden Welttheilen Auswandernden.

Da sich die Nothwendigkeit herausgestellt hat, die Verordnung in Betreff der Verschiffung der über Hamburg direct nach andern Welttheilen Auswandernden vom 4. Februar 1848 einer abermaligen Revision zu unterziehen, so hat E. H. Rath solche Revision vorgenommen und eine neue desfallsige Verordnung unter dem heutigen Datum erlassen, wovon Abdrücke bei dem Rathsbuchdrucker Meißner für 2 Schill. käuflich zu haben sind.

E. H. Rath sieht Sich veranlaßt, bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß diese Verordnung sich nur auf direct von hier nach andern Welttheilen Auswandernde bezieht, da für die Auswanderer-Beförderung auf dem anderen Wege, wobei nämlich das auf hiesigem Gebiete ausgerüstete Schiff die Auswanderer nur bis England zu befördern bestimmt ist, und von dort aus die Reise in anderer Weise fortgesetzt wird, der Natur der Sache nach eine vorsorgliche Controle der hiesigen Behörden nicht eintreten kann, so daß die Thätigkeit

keit der Letzteren hinsichtlich dieser Art der Juny 3. Beförderung sich auf nachträgliche Untersuchung und Bestrafung etwa zur Anzeige gebrachter Unrechtsfertigkeiten, insoweit die Schuldigen der hiesigen Jurisdiction unterworfen sind, beschränken muß.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 3. Juny 1850.

## CLXXII.

Rath: und Bürger: Convent Juny 13.  
vom 13. Juny.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag, den 13. Juny, zusammen zu berufen, um derselben folgende Anträge vorzulegen:

### Propositio Senatus.

I. Wenn gleich die Aufgabe der, mittelst Rath: und Bürgerschlusses vom 7 September 1848 zusammenberufenen constituirenden Versammlung durch den Rath: und Bürgerschuß vom 23. May d. J., Kraft dessen eine neue Verfassung für den Hamburgischen Staat beliebt worden, anderweitig erledigt ist und daraus das Aufhören jener Versammlung von selbst folgt, so findet E. E. Rath Sich doch, zur Vermeidung jedes erwanigen Zweifels, veranlaßt, bei Erbges. Bürgerschaft darauf anzutragen, es mitzugenehmigen: daß die durch den Rath: und Bürgerschuß vom 7. September 1848 zusammenberufene constituirende Versammlung für

Juny 13. für aufgelöst erklärt werde, wobei E. E. Rath bemerkt, daß Ehrb. Oberalten und Edbl. Collegium der Sechsziger diesem Antrage vorgängig beigetreten sind.

II. E. E. Rath trägt unter Beziehung auf die Anlage bei Erbges. Bürgerschaft auf deren Mitgenehmigung

einer Aussetzung der durch den Rath; und Bürgerschuß vom 25. May 1840 verfügten fernerer Revision des General-Reglements für die Aemter und Bruderschaften auf 2 Jahre an, jedoch unter Vorbehalt einer Anticipation solcher Revision und unter Beibehaltung der auch in dem Rath; und Bürgerschuß vom 25. May 1840 enthaltenen Bestimmung, daß das Gesetz bis zur verfassungsmäßigen Beliebung über etwaige Aenderungen in fortdauernder Kraft bleibe.

III. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage enthaltene Auseinandersetzung trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft auf Mitgenehmigung an,

daß der Herr Ober-Appellationsgerichts-Rath Johann Friedrich Hach, Dr., mit Beibehaltung seines Gehalts in Ruhestand versetzt und an seine Stelle ein anderer Rath erwählt werde.

IV. Indem E. E. Rath auf die in den Anlagen enthaltene Auseinandersetzung Bezug nimmt, erneuert Er bei Erbges. Bürgerschaft den Antrag:

dem beiliegenden Regulativ über Ruhegehalte für Mitglieder des Ober-Appellations-

tionsgerichts der vier freien Städte Deutsch: Juny 13.  
lands

ihre Mitgenehmigung zu ertheilen.

V. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage und der Unteranlage Lit. C. enthaltene Auseinandersetzung trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen,

daß die interimistisch angeordnete Maaßregel der Actenversendung in den an das Ober-Appellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands erwachsenen Civil- und Criminal: Sachen nach Maaßgabe der desfalligen, am 22. November 1848 publicirten Verordnung bis zum 31. März 1851 verlängert werde.

VI. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage näher entwickelten Gründe trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, den in der Unteranlage Lit. J. über den Ankauf des in der Admiralitätsstraße belegenen Waisenhausgebäudes und Ueberlassung des darin näher bezeichneten Plazes auf der Pöfeldorfer Höhe zwischen der Rothenbauher Chaussee und dem Mittelwege an die Verwaltung des Waisenhauses enthaltenen Contract mitzugenehmigen und Verordnete Pöbl. Kämmerci zur Ausführung der Bestimmungen dieses Contractes zu potestiviren.

VII. Da die Erledigung der Verhältnisse der Rath: und Bürger: Deputation von 1842 weitere Maaßregeln erfordert, so ersucht E. E. Rath, indem Er sich

Junn 13. sich auf die weitere Motivirung in der Anlage bezieht,

daß Erbges. Bürgerschaft die in der Anlage enthaltenen Vorschläge wegen Liquidation und Abwicklung der Geldverhältnisse, so wie wegen Ausführung rückständiger Arbeiten der Rath- und Bürger-Deputation von 1842 mitgenehmigen wolle.

VIII. Da hinsichtlich der, bisher durch interimistische Geldmittel bestrittenen Einquartierungs-Kosten, jetzt eine definitive Deckung zu veranlassen sein wird, wofür die Gründe in der Anlage näher auseinander gesetzt sind, so ersucht E. E. Rath die Erbges. Bürgerschaft, es mitgenehmigen zu wollen:

daß Behufs der durch die Rath- und Bürgereschlüsse vom 16. April und 20. September v. J. vorbehaltenen definitiven Deckung der Einquartierungs-Kosten eine Vertheilung eines Theiles der Staats-Prämien-Anleihe, für jetzt in der Modalität, wie sie durch den Rath- und Bürgereschluß vom 12. July 1849 eingerichtet worden, nur mit der Modification verfügt werde, daß die dabei zum Grunde zu legenden Ansätze der Brandsteuer sich nach den rectificirten Listen derselben vom 1. July 1849 — 50 zu richten haben.

IX. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage näher entwickelten Gründe ersucht E. E. Rath Erbges. Bürgerschaft es mitzugenehmigen,

daß



daß zur Errichtung einer zweiten Ar: Juny 13.  
mensschule in der Vorstadt St. Pauli  
mittelft Miethung eines Lokales daselbst  
vorläufig auf fünf Jahre und Anstellung  
eines Armenschullehrers jährlich Ert.m $\mathbb{Z}$   
3100, so wie zu der Einrichtung des Ge:  
bäudes zu dem angegebenen Zwecke Ert.m $\mathbb{Z}$   
900 aus öffentlichen Mitteln verwendet  
werden.

X. Unter Beziehung auf die Anlage  
trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft  
darauf an,

daß dem Wohlw. Landherrn der Marsch:  
lande zu angemessener Vertheilung unter  
die 22 in den Marschlanden bestes:  
henden Schulen von Johannis 1850  
bis Johannis 1853, mithin auf fernere  
drei Jahre, abermals jährlich Ert.m $\mathbb{Z}$  2200  
ex Aerario bewilligt werden;

und daß für eine auf dem Stein:  
werder zu errichtende Schule, von da  
an, wo dieselbe eröffnet werden wird, bis  
Johannis 1853 eine jährliche Beihülfe  
von Ert.m $\mathbb{Z}$  300. — aus Staatsmitteln  
bewilligt werde.

XI. Aus denen in der Anlage näher  
entwickelten Gründen trägt E. E. Rath bei  
Erbges. Bürgerschaft darauf an,

daß dem bisherigen Stadt:Physicus, Hrn.  
Dr. Med. et Chir. Andreas Benedictus  
Schleiden, bei der Entlassung von sei:  
nem Amte das gesetzmäßig bestimmte Ge:  
halt, von Ert.m $\mathbb{Z}$  3000. — jährlich ad  
dies vitae gelassen werde.

Re-

Juni 13.

Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt angetragenermaßen

ad I. die Auflösung der constituirenden Versammlung;

ad II. die Aussetzung der Revision des General-Reglements der Aemter und Bräuerschaften;

ad III. die Quiescirung des Hrn. Ober-Appellationsgerichts-Raths Sach, Dr.;

ad V. die Verlängerung der einstweiligen Acten-Versendung;

ad VII. die weitere Abwicklung der Geldverhältnisse der Rath- und Bürger-Deputation von 1842;

ad VIII. die Deckung der Einquartierungskosten;

ad IX. die Errichtung einer zweiten Armenschule in der Vorstadt St. Pauli;

ad X. die Bewilligung eines dreijährigen Zuschusses für die Schulen in den Marschlanden; kann sich aber dagegen mit den Anträgen E. E. Rathes, betreffend

ad IV. das Regulativ über Ruhegehälter für Mitglieder des Ober-Appellationsgerichts;

ad VI. die Verlegung des Waisenhauses nach der Pöfeldorfer Höhe, und

ad XI. die Pensionirung des Hrn. Dr. Schleiden bei seiner Entlassung von dem Amte eines Physici, nicht einverstanden erklären.

Replica Senatus.

Ad I., II., III., V. und VII.—X. dankt E. E. Rath der Erbges. Bürgerschaft für ihre  
ihre

ihre Zustimmung, und behält Sich ad IV., Juny 13. VI. und XI. das Weitere vor, indem Er bedauert, daß Erbges. Bürgerschaft diesen Anträgen nicht beigetreten ist.

### CLXXIII.

#### Publicandum, Juny 14.

die constituirende Versammlung betreffend.

Durch den Rath: und Bürgerschuß vom 13. d. M. ist die in Folge Rath: und Bürgerschusses vom 7. September 1848 zusammen berufene constituirende Versammlung für aufgelöst erklärt, welches hierdurch zur allgemeinen Wissenschaft gebracht wird.

Gegeben in Unserer Rath:Versammlung.  
Hamburg, den 14. Juny 1850.

### CLXXIV.

#### Bekanntmachung, Juny 17.

betr. abermalige Vertheilung von der Staats:  
Prämien:Anleihe.

Durch den Rath: und Bürgerschuß vom 13. d. M. ist eine abermalige Vertheilung eines Theils der Hamburgischen Staats:  
Prämien:Anleihe nach Maaßgabe der Ansätze zur Brandsteuer in der Art beschlossen worden, wie solche durch den Rath: und Bürgerschuß vom 12. July v. J. angeordnet ist; nur haben die dabei zum Grunde zu legenden Ansätze der Brandsteuer sich nach den rectificirten Listen dieser Steuer vom 1. July 1849 — 1850 zu richten.

Indem E. H. Rath dies zur öffentlichen Kunde bringt, macht Er zugleich darauf auf:

**Juny 17.** aufmerksam, daß die Zettel für die Vertheilung dieser Obligationen von der Steuer-Deputation sofort umhergesandt werden, und daß diejenigen Beitragspflichtigen, welche ihren Beitrag zu dieser Vertheilung vor dem 26. d. M. abschreiben, ihre Obligationen noch vor der am 1. July stattfindenden Serien-Ziehung in Empfang nehmen können. Doch müssen diese Obligationen spätestens am 28. d. M., und zwar zu der in den Vertheilungs-Zetteln festgesetzten Zeit, aus der Kammerei abgeholt werden. Wer nicht vor dem 26. d. M. abschreibt, oder die Obligationen später, als am 28., abfordert oder abfordern läßt, kann die Obligationen erst nach dem 4. July, und dann nur aus nicht gezogenen Serien erhalten.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 17. Juny 1850.

## CLXXV.

**Juny 18.**

### Polizen-Verbot

zum Schutze der Elb-Bade-Anstalt.

Das Befestigen von Fahrzeugen an irgend einem Theile der Elb-Bade-Anstalt ist verboten, und haben ankernde Fahrzeuge sich stets in einer Entfernung von 40 Fuß von der letzteren zu halten.

Uebertretungen dieses Verbotes, imgleichen jeder dort getriebene Unfug und Molestirung badender Personen, wird nach Umständen mit Geld- oder Gefängnißstrafen geahndet werden.

Hamburg, den 18. Juny 1850.

Die Polizen-Behörde.

CLXXVI.

## CLXXVI.

**Bekanntmachung,**

Junn 24.

betr. die Recurse von Entscheidungen der Reclamations-Commission des Bürger-Militairs.

Da in neuer Zeit vielfach gegen Entscheidungen der Reclamations-Commission des Bürger-Militairs an E. Hochedlen Rath supplicirt worden ist, wodurch die Betheiligten in mancherlei Kosten versetzt worden, so wird hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß in Gemäßheit §. 16 der Verordnung vom 6. December 1848, Abänderungen über einige Bestimmungen des Reglements des Bürger-Militairs vom 10. September 1814 betreffend, etwaige Recurse von Entscheidungen einer der Sectionen der Reclamations-Commission an zwei vereinigte Sectionen der letzteren zu bringen sind, gegen den Ausspruch dieser zweiten Instanz aber eine weitere Berufung keine Statt hat.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 24. Junn 1850.

## CLXXVII.

Die Notification, die Erhebung einer 3. Juln. Steuer, zum Besten der Kirche St. Nicolai zu Moorfleth in Billwärder, betreffend, vom 3. Juln d. J., ist derjenigen vom 16. Juln 1845 mutatis mutandis gleichlautend. S. oben Bd. XIX. S. 85.

## CLXXVIII.

## CLXXVIII.

Juli 15.

## Bekanntmachung,

betr. die Hinlegung von zwei schwarzen Tonnen  
im Strome bei Cuxhaven.

Die Baggerungsarbeiten im Hafen von Cuxhaven machen es erforderlich mit Schuten auf den Strom hinauszufahren, um die Baggererde in einer Entfernung von 800 Fuß vom Ufer, wo zur Bezeichnung zwei schwarze Tonnen liegen, in den Strom zu werfen.

Indem dies zur Kunde des Publicums gebracht wird, sowie, daß die beiden schwarzen Tonnen in Hinsicht auf die Bezeichnung des Fahrwassers ohne Bedeutung sind, werden die vorbeifahrenden Schiffe zugleich angewiesen so zu manöveriren, daß sie die Schuten weder übersegeln, noch durch die von Dampfschiffen verursachten Wellen vollspülen, wodurch Menschenleben und Eigenthum gefährdet werden würden.

Es ist den Schiffen anzurathen, sich nördlich von den beiden gedachten schwarzen Tonnen zu halten, wenn Schuten auf dem Strome fahren, damit sie weder die Trossen derselben in ihr Steuer bekommen, noch mit den Schuten in Berührung gerathen.

Rixebüttel, den 15. July 1850.

Der Senator und Amtmann  
Stahmer, Dr.

Da die vorstehende Verfügung auch für  
die von hier abgehenden Schiffer von Interesse

teresse ist, so wird dieselbe hierdurch zu July 15. Jedermanns Kenntniß gebracht.

Hamburg, den 19. July 1848.

Die Schifffahrt:  
und Hafen-Deputation.

## CLXXIX.

### Bekanntmachung

July 17.

wider die Vereinigung der Everführer:  
Tagelöhner.

Die Polizen-Behörde bringt in Folge Conclusi E. H. Rathes hierdurch zur öffentlichen Kunde, daß der in letzterer Zeit entstandene Verein der Everführer-Tagelöhner, soweit derselbe die zwangsweise Erhöhung des Tagelohns und dgl. bezweckt, — da in dieser Hinsicht zwischen beiden Theilen völlige Freiheit bestehen muß und dergleichen Gesetzwidrigkeiten, wodurch der freie Verkehr gehemmt wird, nicht geduldet werden können, — gänzlich aufgelöst ist; und daß gegen die Weiter fernerer derartiger Versammlungen und Zusammenkünfte mit den schärfsten Strafen eingeschritten werden wird.

Zugleich werden die sämtlichen Tagelöhner hierdurch ermahnt, von diesem ihren eigenen Ruin herbeiführenden Treiben abzustehen und ganz besonders aufgefordert, sich jeder Molestirung sowohl der ruhigen Arbeiter, welche mit ihren Waasen über die Lohns-Verhältnisse einig geworden sind, als auch der Waase selbst zu enthalten, unter Androhung der

July 17. der schärfsten Strafen gegen etwanige Contravententen.

Die Hafenrunde wird besonders beauftragt, streng auf Vorgedachtes zu vigiliren, und etwanige Contraventionen sofort zur Anzeige zu bringen.

Hamburg, den 17. July 1850.

### CLXXX.

July 22.

### Bekanntmachung

wegen zeitiger Bezahlung der ordentlichen Feuer-Casse-Zulage.

Die unterzeichnete Deputation bringt hies mit zur Kenntniß, daß die ordentliche Feuer-Casse-Zulage für das Jahr 1850 nur bis zum 31. July d. J., ohne die Strafe von 8ß für jedes Erbe, bezahlt werden kann, so wie daß vier Wochen später, im Nichtbezahlungsfall, die executorische Beitreibung erfolgt.

Hamburg, den 22. July 1850.

Die General-Feuer-Cassen-Deputation.

### CLXXXI.

July 22.

### Bekanntmachung,

betr. Erweiterung des Einquartierungs-Rayons.

Bei dem bevorstehenden Durchmarsche der aus Schleswig heimkehrenden königl. preussischen Truppen wird in den nächsten Tagen ein Wechsel des hier liegenden 15. Infanterie-Reg



Regiments mit dem 12. königl. preussischen July 22.  
Infanterie-Regimente stattfinden.

Wenngleich aus diesem Wechsel einige Unbequemlichkeiten erwachsen dürften, so wird andererseits eine Erleichterung für die Quartiergeber dadurch eintreten, daß die königl. preussischen Militair-Behörden in eine Erweiterung des bisherigen Einquartierungs-Kanons gewilligt haben, der demzufolge ausgedehnt wird bis auf die Begränzung des Bauhofs, beider Wandrahme, Catharinen-Kirchhof, Grimm, alte Börse, Börsenbrücke, wo er sich dem alten Kanon anschließt.

Nach dieser Ausdehnung werden außer dem alten Kanon die sämmtlichen obigen und zwischen denselben und dem alten Kanon liegenden Straßen belegt werden.

Die Commission wird bei dieser Gelegenheit, zur Erleichterung der Einwohner, vorzugsweise freiwillige Quartiere berücksichtigen, zu denen bereits vielfache Anmeldungen eingegangen sind und fernere Aufgaben auf dem Bureau, Petri-Kirchhof No. 3, entgegen genommen werden.

Hamburg, den 22. July 1850.

Die Central-Commission  
für die Einquartierung.

## CLXXXII.

### Polizen-Warnung

July 27.

in Betreff des Anheftens von Zeitungen und sogenannten Extrablättern in den Straßen.

Die unterzeichnete Behörde sieht sich veranlaßt, daran zu erinnern, daß nach Maass:  
XXI. Band. P p gabe

July 27. gabe §. 9 und 10 des Preßgesetzes vom 20. September 1849

das Anheften von Zeitungen und Extra: blättern in den Straßen nicht gestattet ist und Uebertretungen dieser Verordnung bei Gefängnißstrafe verboten sind.

Hamburg, den 27. July 1850.

Die Polizen: Behörde.

### CLXXXIII.

July 29.

### Bekanntmachung,

betr. Passirung von Schuten unter der Sandthorsbrücke.

Um einem vielseitig ausgesprochenen Wunsche zu genügen, ist die Einrichtung getroffen, daß durch die Anlegung eines Hecks in der unter der Sandthorsbrücke befindlichen Lattenwand, Schuten dieselbe passiren können. Diese Passage kann nur von Schuten mit Mahagoni oder mit anderen fremden Hölzern beladen, verstattet werden, weil diese Ladungen von den Zoll: Beamten leicht zu übersehen sind, und weil diese Einrichtung auf den Antrag der mit diesen Holzarten handelnden Kaufleute, deren Lager sich größtentheils auf dem Grasbrook befindet, getroffen worden.

Die Führer der Schuten müssen, wenn sie das neu angelegte Heck passiren wollen, die Zoltpapiere an dem Zollposten am Sandthore einliefern, auch die sogenannte Pflicht oder andere im Fahrzeuge etwa befindliche Behälter offen halten.

Die

Die leer durchgehenden Fahrzeuge haben July 29. sich ebenfalls bei dem Zollposten zu melden.

Diese Einrichtung soll mit dem 1. August d. J. in's Leben treten, und wird daher diese neue Maaßregel zu Jedermanns Kenntnißnahme hiemit publicirt.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 29. July 1850.

### CLXXXIV.

#### Bekanntmachung

Aug. 9.

wider die von Privaten betriebenen Auspielgeschäfte.

In Gemäßheit Erkenntnisses E. H. Senats vom 5. d. M., wird hierdurch bekannt gemacht, daß wie alle ähnlichen, so namentlich die hieselbst unter den Firmen: Concordia Germania, Geschäft zur Hebung der Industrie, Meteorologische Handelsgesellschaft, und Waaren-Verloosung zu Gunsten des Nicolai-Kirchenbaues von einzelnen Privaten betriebenen Auspielgeschäfte bei strenger Strafe obrigkeitlich verboten sind.

Hamburg, den 9. August 1850.

Die Polizen-Behörde.

### CLXXXV.

#### Bekanntmachung

Aug. 13.

wider die sogenannten Commerziellen Unternehmungen und wider von Privaten betriebenen Auspielgeschäfte.

In Gemäßheit Erkenntnisses E. H. Senats vom 9. d. M., wird hierdurch bekannt gemacht,

P p 2

macht,

**Aug. 13.** macht, daß wie alle ähnlichen, so namentlich die hieselbst unter den Firmen „Commerzielle Unternehmungen, und eine sogenannte Actien-Gesellschaft für Kunst und Industrie“ von einzelnen Privaten betriebenen Ausspielgeschäfte bei strenger Strafe obrigkeitlich verboten sind.

Hamburg, den 13. August 1850.

Die Polizen-Behörde.

### CLXXXVI.

**Aug. 13.**

### Bekanntmachung

wider die Industrielle Association u. a.

In Gemäßheit Erkenntnisses E. H. Senats vom 9. d. M., wird hierdurch bekannt gemacht, daß wie alle ähnlichen, so namentlich die hieselbst unter der Firma „Industrielle Association“ von einzelnen Privaten betriebenen Ausspielgeschäfte bei strenger Strafe obrigkeitlich verboten sind.

Hamburg, den 13. August 1850.

Die Polizen-Behörde.

### CLXXXVII.

**Aug. 23.**

### Bekanntmachung,

betr. die Prolongation des, durch die Verordnung vom 22. November 1848 verfügten, einstweiligen Eintretens der Acten-Versendung in den an das Ober-Appellations-Gericht der vier freien Städte Deutschlands erwachsenen Civil- und Criminal-Sachen.

Nachdem nunmehr in allen vier freien Städten durch verfassungsmäßige Genehmigung, hier durch

durch den Rath: und Bürgerschuß vom Aug. 23. 13. Juny d. J., die Verlängerung der durch die Verordnung vom 22. November 1848 interimistisch angeordneten und durch die Bekanntmachung vom 1. July d. J. vorgängig nur bis zum 31. December d. J. erstreckten Maaßregel der Acten:Versendung in den an das Ober:Appellations:Gericht erwachsenen Civil: und Criminal:Sachen bis zum 31. März (incl.) 1851 beliebt worden ist, so wird hiernit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die vorgedachte Maaßregel der einstweiligen Acten:Versendung in der durch jene Verordnung vom 22. November 1848 bestimmten Weise annoch bis zum 31. März (incl.) 1851 fortdauert.

Gegeben in Unserer Raths:Versammlung.  
Hamburg, den 23. August 1850.

## CLXXXVIII.

### Bekanntmachung

Aug. 30.

wider das Befahren des Billwärder Billdeiches mit schwerem Frachtfuhrwerke.

Da es zur Anzeige gekommen, daß der Weg über den Billwärder Billdeich, zum großen Nachtheil desselben, zuweilen von ausnehmend schwerem Frachtfuhrwerke befahren, die Befolgung des desfalls bestehenden Verbots aber durch den gegenwärtigen Vorsehubau an der blauen Brücke um so dringender geboten wird, so wird hiemit verfügt, daß bis auf weitere Bekanntmachung es nur den mit nicht mehr als höchstens 6000 lb

Aug. 30. 6000 lb Gewicht beladenen Wagen gestattet sein soll, den Weg durch Billwärder an der Bille zu nehmen.

Diejenigen Frachtfuhrleute, welche sich demnach mit schwererem als dem oben angegebenen Gewicht auf dem gedachten Wege betreten lassen, sollen nicht allein in eine sofort zu erlegende Geldstrafe von 2 Rthlr. verfallen sein, sondern auch für alle in solchen Fällen durch ihr Fuhrwerk hervorgebrachte Beschädigungen in Anspruch genommen und ausserdem von dem betreffenden Wegaufseher zum Umkehren und Zurückfahren angehalten werden.

Wornach sich ein Jeder zu achten und vor Schaden und Strafe zu hüten hat.

Hamburg, den 30. August 1850.

W. Enbe,  
Landherr der Marschlande.

## CLXXXIX.

Sept. 13.

### Bekanntmachung,

betr. die Vereinbarung mit Preußen und anderen Regierungen wegen einer Auscourssezung ihres Papiergeldes.

Nachdem Ein Hochedler Rath der nachstehenden Vereinbarung beigetreten ist, wird dieselbe hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht.

Die Regierungen von Preußen, Baden, Großherzogthum Hessen, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Nassau, Sachsen-Weimar und Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-

Sachsen:Koburg:Gotha, Sachsen:Alten:Sept. 13. burg, Oldenburg, Anhalt: Dessau und Cöthen, Anhalt:Bernburg, Schwarzburg: Sondershausen, Schwarzburg:Rudolstadt, Reuß älterer und jüngerer Linie, Lippe, Schaumburg: Lippe, Waldeck, Lübeck, Bremen und Hamburg sind, behufs Abwendung der Uebelstände, welche für ihre Angehörigen entstehen, wenn ausgegebenes Papiergeld ohne Festsetzung einer geräumigen Frist und ohne eine in weiter Ausdehnung erfolgende öffentliche Bekanntmachung dieses Termins außer Cours gesetzt wird, durch Erklärungen ihrer Bevollmächtigten zum Protokolle des Verwaltungs: Rathes der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai 1849 verbündeten deutschen Regierungen, beziehungsweise des provisorischen Fürsten: Kollegiums, über die folgende Bestimmung übereingekommen:

Sie verpflichten sich wechselseitig, eine Außercourssetzung des von ihnen ausgegebenen oder auszugebenden Papiergeldes nicht anders eintreten zu lassen, als nach: dem eine Einlösungsfrist von mindestens vier Wochen festgesetzt und wenigstens drei Monate vor ihrem Ablaufe sowohl im eigenen Staate öffentlich bekannt gemacht, als auch den übrigen verbündeten Regierungen behufs der Verkündung in ihren Staaten amtlich notifizirt worden ist.

Gegeben in Unserer Raths:Versammlung.  
Hamburg, den 13. September 1850.

CXC.

## CXC.

## Sept. 19. Rath und Bürger-Convent

vom 19. September.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag, den 19. September, der folgenden Gegenstände wegen zu convociren.

## Propositio Senatus.

I. E. E. Rath theilt Erbges. Bürgerschaft hiebei die Finanz-Abrechnung für das Jahr 1849 und das Budget für das Jahr 1850 nebst den desfalligen näheren Auseinandersetzungen mit, und ersucht Dieselbe, die folgenden, in der Anlage und durch die Unter-Anlagen weiter motivirten Anträge mitgenehmigen zu wollen:

- 1) daß dem Wegebau für das laufende Jahr außerordentlich 4000 m $\frac{1}{2}$  zuzugestehen;
- 2) daß Verordnete Pöbl. Kammer potestivirt werden, Behufs der Roullance des ordentlichen Staatshaushalts, ferner 300,000 m $\frac{1}{2}$  Bco., — insoweit sich dazu das Bedürfniß ergeben wird, auf 9 Monate in der am 7. September 1848 beschlossenen Modalität aufzunehmen;
- 3) daß zur Ausgleichung der jetzt auf 440,000 m $\frac{1}{2}$  zu veranschlagenden Unter-Balance eine außerordentliche Erhebung von zwei Dritttheilen der Brandsteuer nach den Ansätzen vom 1. July 1850/1851 zu bewilligen.

II.



II. Unter Bezugnahme auf die in der Sept. 19. Anlage enthaltene Ausführung trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an: den in der Unter-Anlage Lit. J über den Ankauf des in der Admiralitätsstraße belegenen Waisenhausgebäudes enthaltenen Contract mitzugenehmigen, und Verordnete Böbl. Kammer zur Ausführung desselben zu potestiviren.

III. Da der Zeitraum, für welchen die Zinsen des Reserve-Fonds der Postcasse der allgemeinen Staats-Einnahme überwiesen worden, abgelaufen ist, so ersucht E. E. Rath die Erbges. Bürgerschaft, indem er sich auf die Anlage bezieht, es mitzugenehmigen zu wollen:

daß die Zinsen des Reserve-Fonds der Postcasse, unter Vorbehalt demnächstiger weiterer verfassungsgemäßer Bestimmung über dieselben, für die Jahre 1850, 1851 und 1852 der ordentlichen Staats-Einnahme überwiesen werden.

IV. Unter Bezugnahme auf die nähere Auseinandersetzung in der Anlage, ersucht E. E. Rath die Erbges. Bürgerschaft, es mitzugenehmigen zu wollen:

daß der Verwaltung der St. Petri Kirche der schon in früheren Jahren angewiesene Zuschuß aus der Staats-Casse von 4000 *m*℥, nebst einer Erhöhung desselben um 2000 *m*℥, und zwar unter den bisherigen Bedingungen, für das Jahr 1850 zugestanden werde.

V.

Sept. 19. V. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage enthaltene Auseinandersetzung trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an:

es mitzugenehmigen, daß der Militair-Invaliden-Casse für das laufende Jahr, außerdem bisher jährlich genossenen Zuschuß von Ert.m $\zeta$  3000 noch eine Extra-Zulage von anderweitigen Ert.m $\zeta$  3000 zugestanden werde.

VI. Unter Bezugnahme auf die Auseinandersetzung in der Anlage trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an: daß dem bisherigen Stadt-Physikus, Herrn Dr. Med. et Chirurg. Andreas Benedictus Schleiden, bei der Entlassung von seinem Amte zwei Drittheile seines Gehaltes, also Ert.m $\zeta$  2000 jährlich ad dies vitae gelassen und ex aerario publico bezahlt werden.

VII. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage näher entwickelten Gründe trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an:

die in der Unter-Anlage Lit. H. enthaltene Verordnung, die Papiere für hamburgische Seeschiffe betreffend, mitzugenehmigen.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt ange-tragenermaßen

ad I. die außerordentliche Bewilligung von 4000 m $\zeta$  für den Wegebau, die Po-  
testi:

festivierung Verordneter Pöbl. Kammer zur Sept. 19.  
 Aufnahme von ferneren Bco.m $\frac{1}{2}$  300,000  
 behufs der Koulance für den ordentlichen  
 Staatshaushalt und die Erhebung von zwei  
 Dritttheilen einer außerordentlichen Brand-  
 steuer nach den Ansätzen vom 1. July  
 1850/51, findet sich indessen, bei den so  
 großen Ausgaben für unser Militair und  
 die Bürgerwehr veranlaßt, E. E. Rath den  
 dringenden Wunsch vorzulegen, sobald als  
 irgend thunlich durchgreifende Maaßregeln  
 zu ergreifen zur gänzlichen Umwandlung un-  
 serer gesammten Militair-Verhältnisse, weil  
 neben den großen Ausgaben für die ver-  
 bündeten Truppen, diese Lasten unerschwing-  
 lich erscheinen;

ad II. den Ankauf des in der Admirali-  
 tätstraße belegenen Waisenhaus-Gebäudes;

ad III. die fernere Ueberweisung der  
 Zinsen des Reservefonds der Postcasse an  
 die Staatscasse;

ad. IV. die Bewilligung eines ferneren  
 Zuschusses aus der Staatscasse zum Belauf  
 von 6000 m $\frac{1}{2}$  für das laufende Jahr an  
 die Petri-Kirche;

ad VI. die Ertheilung einer Pension  
 von 2000 m $\frac{1}{2}$  an den Stadt-Physicus, Herrn  
 Dr. Andr. Benedictus Schleiden, und

ad VII. die vorgelegte Verordnung, die  
 Papiere der Hamburgischen Seeschiffe be-  
 treffend, kann sich aber dagegen

ad V. mit der Bewilligung einer Extra-  
 Zulage von Ert.m $\frac{1}{2}$  3000 für die Militair-  
 Invaliden-Casse nicht einverstanden erklären.

Zur

Sept. 19.

Replica Senatus.

E. E. Rath dankt Erbges. Bürgerschaft für ihren Beitritt ad I., II., III., IV., VI. und VII., behält sich ad V. eventualiter das Weitere vor.

## CXCI.

Sept. 23.

## V e r o r d n u n g

für das Amt und Städtchen Bergedorf die Aufhebung der aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden Abgaben und Leistungen, und die Ablösbarkeit der auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen betreffend.

Nachdem Wir, die Senate der freien Hansestädte Lübeck und Hamburg, es für angemessen erachtet haben, für das Amt und Städtchen Bergedorf über die Aufhebung der aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden Abgaben und Leistungen, und die Ablösbarkeit der auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen feste Bestimmungen zu treffen, so ist von Uns nachfolgende Verordnung erlassen, welche Wir hierdurch sämmtlichen Bewohnern des Amtes und Städtchens Bergedorf mit dem Beifügen zur Kenntniß bringen, daß dieselbe mit dem 1. November d. J. in Kraft tritt.

Gegeben in Unseren Raths-Versammlungen, Lübeck, den 25. September 1850, Hamburg, den 23. September 1850.

§. 1.

## §. 1.

Sept. 23.

Als aus dem guts: und schußherrlichen Verbande fließende persönliche Abgaben und Leistungen werden unentgeltlich aufgehoben:

- a. die Zahlungen für Rauchhühner;
- b. die Verpflichtung der Geesthachter zum Hauen des Brennholzes für den Amtsverwalter;
- c. die Beföstigung der Beamten von Seiten der Dorfschaft Geesthacht bei ihrer Anwesenheit daselbst in Dorfs-Angelegenheiten;
- d. die Führen an die Lübecker Herren Visitations-Abgesandten und die statt derselben bezahlten Gelder;
- e. die Zahlung der Dorfschaft Geesthacht für die Eichelmast;
- f. die Lieferung von Hafer auf dem Zollenspeicher für die Pferde der Beamten bei der Deichschauung.

Es versteht sich, daß mit diesen ohne Entschädigung aufzuhebenden Rechten auch die dafür den bisher Berechtigten etwa obliegenden Gegenleistungen und Lasten wegfallen.

## §. 2.

Ablösbar dagegen sind, und zwar nur auf Antrag der Verpflichteten:

- a. die Lieferungen von Eiern und Butter aus den Bierlanden, und die dafür von einigen Gemeinden bezahlten Gelder;
- b. die Lieferung von Rüben aus Kirchwärder, so wie die einem Hofsner in Neuen:

Sept. 23.

- Neuengamme obliegende Lieferung eines Huhns mit 21 Küken;
- c. die für die frühere Lieferung von Gänsen aus Kirchwårder bezahlte jährliche Abfindungssumme;
  - d. die Lieferung von Schächten und Weiden beim Decken der Riepenburger Gebäude;
  - e. die Lieferung des sogenannten Schauhafers und zweier Scheffel Weizen an den Amtsschreiber;
  - f. die Zahlungen für Borsdorfer Aepfel;
  - g. die Stör-, Quappen- und Schnepelgelder;
  - h. die Ablösungs-Rente der Vierlander Gemeinden, für den ehemaligen Hofedienst;
  - i. das Zehntengeld aus Neuengamme, das Wai tagszehntgeld eben daher, so wie die Lieferung von und Zahlung für Zehnthafers von Seiten einiger Neuengammer Höfener;
  - k. das Warwischer Zehntgeld.

## §. 3.

Bei diesen sämtlichen Leistungen wird die Ablösungssumme auf das Verhältniß von 1 zu 25 festgesetzt, so daß für 1 *m℥* Ert. jährlicher Zahlung 25 *m℥* Ert. Capital zu entrichten sind. Bei Naturallieferungen ist der abzuliefernde Werth nach dem Preisdurchschnitte der letzten Zehn Jahre vor dem Zeitpuncte des auf Ablösung beim Amte angebrachten Antrages zu ermitteln.

## §. 4.

Ablösbar sind ferner, und zwar gleichfalls nur auf Antrag der Verpflichteten, alle  
immer:

immerwährenden Renten, Grundmiethen und Sept. 23. Grundhauern, sowohl im Städtchen Bergesdorf als in den Vierlanden und zu Geesthacht.

#### §. 5.

Für die im §. 4 erwähnten Renten und Grundhauern wird die Ablösungssumme auf das Verhältniß von 1 zu  $33\frac{1}{3}$  festgesetzt, so daß für 1  $m\%$  Ert. jährlicher Zahlung  $33\frac{1}{3} m\%$  Ert. Capital zu entrichten sind; so fern nicht in dem die Rente oder Grundhauer begründenden Contracte ein anderes Verhältniß bestimmt ist, in welchem Falle es dabei sein Bewenden behält.

#### §. 6.

Ablösbar sind gleichfalls, auf den Antrag des Verpflichteten, alle von Privatpersonen bei Ueberlassung von Grundstücken ausbedungenen Dienste beim Feldbau oder zu anderen Zwecken. Wenn über den Maaßstab solcher Ablösung im Contracte nichts bestimmt ist, und die Betheiligten sich darüber gütlich nicht vereinigen können, ist der Werth der Dienste durch Sachverständige abzuschätzen, und ist sodann die Ablösungssumme nach der im §. 5 festgesetzten Norm zu bestimmen.

#### §. 7.

Leistungen, die entweder nicht auf dem Grund und Boden haften, sondern für die Benutzung von Staats-Eigenthum oder vermöge eines sonstigen nachweisbaren contractlichen Verhältnisses entrichtet werden, oder  
die,

Sept. 23. die, wenn auch als Grundmiethe oder Rente festgesetzt, auf ein besonderes contractliches nicht immerwährendes Verhältniß hinweisen, z. B. wenn das Grundstück nur so lange der Staat oder der sonstige Eigenthümer es dulden will, oder mit gewissen Beschränkungen hinsichtlich des Gebrauchs auf gewisse Zeit, auf Kündigung, oder unter sonstigen Bedingungen überlassen worden ist, sind in obiger Weise nicht ablösbar und nach den Vorschriften dieser Verordnung nicht zu beurtheilen.

#### §. 8.

Wer eine nach diesem Gesetze ablösbare Leistung abzulösen beabsichtigt, wendet sich mit seinem desfalligen Antrage an den Amtsverwalter, welcher, wenn Differenzen entstehen, die sich gütlich nicht erledigen lassen, auf Ansuchen des die Ablösung Verlangenden das gerichtliche Verfahren einleitet und in erster Instanz entscheidet.

Anträge zu Ablösungen nach Maafsgabe dieses Gesetzes können auch von einzelnen unter mehreren zu einer Leistung Verpflichteten gestellt werden, ausgenommen, wenn die Leistung einer Gemeinde oder Corporation obliegt.

Der Besitzstand des Berechtigten wird weder durch die Anmeldung des Verpflichteten zur Ablösung, noch durch ein etwaiges gerichtliches Verfahren beeinträchtigt, es müssen daher die Leistungen, deren Ablösung in Anspruch genommen wird, bis zum Abschluß des gütlichen Uebereinkommens,



mens, oder bis zur rechtskräftigen Entscheidung Sept. 23. fortgesetzt werden.

Die Ablösungssummen fallen der Amtscasse zu, welche die Beamten für die ihnen bisher davon zugekommenen Leistungen entschädigt.

#### §. 9.

Es macht hinsichtlich der Ablösungsberechtigung, der Norm derselben, und des in Ermangelung gütlicher Vereinbarung eintretenden Verfahrens, keinen Unterschied, ob die für ablösbar erklärten Verpflichtungen dem Staate, dessen Beamten, oder Corporationen, Kirchen, milden Stiftungen oder endlich Privatpersonen zu leisten sind. Doch sind darunter Communallasten aller Art, einschließlich der kirchlichen, nicht zu verstehen. Leistungen an Prediger, an Kirchenbeamte, z. B. an Organisten, Küster, Schullehrer u. s. w. können nicht anders, als mit Zustimmung der Vertreter der Kirche oder Schule, und mit Genehmigung der vorgesetzten Kirchen- oder Schulbehörde aufgehoben oder abgelöst werden.

#### §. 10.

Nach erfolgter Ablösung wird dem Verpflichtet Gewesenen Quittung ertheilt, und sofern sich über die Leistung in den Hypothekenbüchern oder in Contracten etwas bemerkt findet, so wird dasselbe getilgt. Die im §. 4 erwähnten Renten, Grundmieten und Grundhauern können jedoch auch nach Aufgabe des Verpflichteten umgeschrieben, XXI. Band.                      29                      ein

Sept. 23. ein Capital an deren Stelle aber nicht ohne Genehmigung der späteren hypothekarischen Gläubiger eingeschrieben werden.

§. 11.

Unablösbare Renten, so wie immerwährende Grundmieten und Grundhauern, oder auf Grund und Boden haftende immerwährende Dienste dürfen künftig nicht ausbedungen werden; vielmehr ist bei Festsetzung fortlaufender Renten, Grundmieten, Grundhauern, oder Dienste die Ablösungssumme allemal gleichzeitig zu bestimmen und bei etwaniger Einschreibung in die Hypothekenbücher mit aufzuführen.

CXCII.

Sept. 27. Die Notification einer am 18. October, als dem angeordneten großen Dankfeste zum Besten der verwundeten Krieger und der Angehörigen der im Befreiungskriege Gefallenen, anzustellenden Collecte, ist am 27. September 1850 publicirt.

CXCIII.

Sept. 30.

Verordnung,

die Papiere für hamburgische Seeschiffe betreffend.  
Beliebt durch Rath- und Bürgerschuß vom  
19. Sept. 1850.

Auf Befehl E. H. Rath's der freien und Hansestadt Hamburg publicirt den 30. September 1850.

§. 1.

Jedes Schiff, welches das ausschließliche Eigenthum hamburgischer Staatsangehörigen und

und mit einem hamburgischen Schiffspafß Sept. 30. versehen ist, gilt als hamburgisches Schiff und führt die hamburgische Flagge.

§. 2.

Den Schiffspafß erhält der Rheder auf der Senatskanzlei, nachdem er über die Eigenthumsverhältnisse eine eidliche Erklärung nach dem in der Anl. I. dieser Verordnung beigefügten Formulare ausgestellt und persönlich den in der Anl. II. formulirten Eid geleistet hat.

§. 3.

Ist ein Schiff im Eigenthum mehrerer Rheder, so genügt es, daß Einer persönlich den Eid abstattet. Haben Frauenzimmer oder Unmündige das Eigenthum oder Antheile an Schiffen, so ist in ihrem Namen von den betreffenden Geschäftsführern die Erklärung auszustellen und der Eid abzustatten. Gleiches kann in Bezug auf auswärts sich aufhaltende hamburgische Staatsangehörige von der im §. 18 erwähnten Commission gestattet werden.

§. 4.

Gehört das Schiff einer Actiengesellschaft, so sind die Statuten vorgängig der Commission (§. 18) einzuliefern und darnach von zwei Mitgliedern der Direction die Erklärung zu unterzeichnen und der Eid abzustatten. — Die Actien können auf Inhaber ausgestellt sein; jedenfalls muß aber die Actiengesellschaft beim hiesigen Firmenbureau declarirt sein, so wie deren Direction in Hamburg ihren Sitz haben und aus Hamburgern bestehen.

Sept. 30.

§. 5.

Die Gültigkeit des Schiffspasses dauert, so lange keine Eigenthumsveränderung stattgefunden und dieser Umstand zu Anfang jedes Jahres durch erneuerte Unterzeichnung der im §. 2 erwähnten Erklärung auf Bürgereid bescheinigt wird. Wenn es verlangt wird, so kann auf Grund einer solchen Erklärung der eingelieferte Schiffspass gegen einen neu auszustellenden Schiffspass umgetauscht oder auch die erneuerte eidliche Erklärung auf dem alten Schiffspass amtlich bemerkt werden.

§. 6.

Bei vollständiger Veränderung des Eigenthums ist jedes Mal ein neuer Schiffspass nachzusuchen. Bei theilweise veränderten Eigenthumsverhältnissen genügt es, eine Angabe der stattgefundenen Veränderungen nebst einer neuen Erklärung auf der Senatskanzlei einzureichen, und, daß dies geschehen, auf dem bisherigen Schiffspass notiren zu lassen.

§. 7.

Jedes Mal, wenn ein neuer Schiffspass genommen wird, muß zuvor der frühere zurückgeliefert und cassirt werden.

Geht ein hamburgisches Schiff in das Eigenthum von Ausländern über, verliert also seine bisherige Nationalität, oder wird abgebrochen, so ist der Schiffspass von den bisherigen Eigenthümern, sobald als irgend thunlich, auf der Senatskanzlei wieder einzuliefern und zu cassiren. — Geschieht der

Ver:

Verkauf im Auslande an Orten, wo ein Sept. 30. hamburgischer Consul ist, so hat der Capitain den Schiffspasß an diesen abzuliefern, der ihm darüber eine Bescheinigung (nach Verlangen in duplo oder triplo) ausstellt. Die Einreichung eines solchen Scheins auf der Senatskanzlei ist der Ablieferung des Schiffspasses selbst gleichzuachten.

Ist ein Schiffspasß mit dem Schiffe selbst oder sonst verloren gegangen, so ist eine bestimmte schriftliche Erklärung hierüber, sobald dieser Umstand in Erfahrung gebracht ist, auf der Senatskanzlei einzureichen, und sind erforderlichen Falls der Commission (§. 18) möglichst genaue Nachweise vorzulegen.

#### §. 8.

Wenn ein Schiff im Auslande in das Eigenthum hamburgischer Staatsangehörigen übergeht, so sind die hamburgischen General-Consuln und Consulu befugt, für dasselbe unter den im folgenden Paragraphen angegebenen Bedingungen einen interimistischen Schiffspasß auszustellen. Vice-Consuln haben diese Befugniß, wenn sie dazu die spectielle Genehmigung von dem General-Consul oder Consul, unter dem sie stehen, erlangt haben.

#### §. 9.

Um einen interimistischen hamburgischen Schiffspasß zu erhalten, hat der Rheder, dessen Bevollmächtigter oder auch der Capitain des Schiffes, welcher Letzterer hamburgischer Bürger sein muß, dem Consul glaubhaft nachzuweisen, daß das Schiff wirkliches ham:

Sept. 30. hamburgisches Eigenthum geworden und dies durch eine Erklärung an Eides statt anzuerkennen. Derselbe hat sich zugleich dahin zu verpflichten, daß für das Schiff, sobald als irgend thunlich, jedenfalls vor Ablauf von zwölf Monaten, ein ordentlicher hamburgischer Schiffspass gegen Cassirung des interimistischen Schiffspasses genommen werden soll, und daß das Schiff inzwischen in keinem Falle eine Reise nach der Westküste oder der Ostküste von Afrika oder nach Häfen kriegsführender Staaten machen werde.

## §. 10.

Außer dem Schiffspasse hat jedes hamburgische Schiff noch den Vielbrief oder den Meßbrief zu führen.

## §. 11.

Um einen hamburgischen Vielbrief zu erhalten, ist es erforderlich, daß der hiesige Schiffsbaumeister, unter Beibringung des Meßbriefes des hiesigen Hafenmeisters, eine Erklärung darüber ausstellt und es persönlich beschwört, daß das fragliche Schiff von ihm und seinen Leuten auf der näher anzugebenden Werfte von Grund aus neu gebauet und an dem N. N. Tage vom Stapel gelassen sei.

## §. 12.

Ausnahmsweise kann ein hamburgischer Vielbrief, in der dann zu modificirenden Fassung, auch in dem Falle ertheilt werden, wenn ein Schiff hieselbst von Grund auf neu verzinnt, erhöht oder verlängert wird, so daß sich seine Räumlichkeit oder Tragfähigkeit:

fähigkeit verändert. Im Uebrigen finden Sept. 30. hierbei die Vorschriften des §. 11 Anwendung.

§. 13.

Bei einem hamburgischen Schiffe darf der einmal angenommene Name nur nach erfolgter Anzeige auf der Senatskanzlei und mit Genehmigung der Commission (§. 18) geändert werden, welche solche Namensveränderung in den hiesigen Blättern anzuzeigen und dieselbe durch den Betheiligten in dem Zielbrief oder Kaufbrief verzeichnen zu lassen hat.

§. 14.

Jedes hamburgische Schiff hat eine Musterrolle nach Vorschrift der betreffenden Verordnung vom 28. December 1849 zu führen und muß ein Exemplar dieser letzten Verordnung an Bord haben.

§. 15.

Der Capitain und der erste Steuermann jedes hamburgischen Schiffes müssen das hiesige Steuermanns-Examen bestanden haben, wenn sie nicht in besonderen Fällen auf Beibringung anderweitiger Zeugnisse von der Commission (§. 18) ausdrücklich davon dispensirt sind. Jedenfalls müssen aber Capitain und Steuermann das hamburgische Bürgerrecht erworben haben.

§. 16.

Ueber die hamburgischen Schiffe und deren Eigenthumsverhältnisse, über die ertheilten und zurückgelieferten Schiffspässe, über die Zielbriefe, über die Namensveränderungen von Schiffen, sowie über sonstige, in Veranlassung dieser Verordnung zu bemerkende

Sept. 30. merkende Verhältnisse werden auf der Senatskanzlei genaue Register geführt, aus denen auf Verlangen beglaubigte Auszüge den Betheiligten ausgefertigt werden können.

§. 17.

Die Gebühren für Ausstellung der Schiffs: papiere sind, einschließlich der Stempelabgabe, wie folgt:

für einen neuen Schiffspass	Ert. m/ 7. 8/
desgleichen für einen interimistischen;	
für Prolongation des Schiffspasses . . . . .	: 2. 8 :
für Veränderungen im Schiffspasse . . . . .	: 2. 8 :
für einen Zielbrief . . . . .	: 17. 8 :
für einen beglaubigten Auszug aus den Schiffsregistern .	: 2. 8 :

§. 18.

Die Handhabung und Ueberwachung der in dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften hat eine Commission, bestehend aus der zweiten Section der Schifffahrts- und Hafen-Deputation unter Zuziehung des Inspectors des Arsenaals.

Contraventionen werden von dieser Commission nach Umständen mit Ordnungsstrafen von 5 bis 100  $\mathfrak{R}$  belegt. Gegen die Entscheidung derselben findet das Rechtsmittel der Supplication an den Senat innerhalb 10 Tagen statt. Die erkannten Geldstrafen fallen der Seefahrer-Armencasse zu.

§. 19.

Wenn bestehende Staatsverträge die Bedingungen der Nationalität hamburgischer Schiffe



Schiffe für gewisse kommerzielle Beziehungen Sept. 30. theilweise anders feststellen, als dieser Verordnung, so gehen die betreffenden vertragsmäßigen Bestimmungen dieser Verordnung vor.

### A n l a g e I.

Erklärung in Betreff der Erlangung eines Schiffspasses.

18 N

Name des Schiffs:

Bauart:

Tragfähigkeit nach dem hamburgischen Meßbrief:

Name des Capitains:

Datum des Zielbriefes:

Datum des Kaufbriefes:

(Wir) erkläre(n) hierdurch an Eides statt, daß das vorstehend bezeichnete Schiff N. N. (unser) Eigenthum ist und (uns) wirklich und völlig zusteht.

(Wir) verpflichte(n) (uns,) wenn in vorgedachten Eigenthumsverhältnissen eine Veränderung eintreten sollte, solches, sobald als irgend thunlich, genau anzuzeigen.

Hamburg, den . . . . .

### A n l a g e II.

E i d.

Ich schwöre einen leiblichen Eid zu Gott, daß sämtliche von mir in Betreff des Schiffes . . . . ., gegenwärtig geführt durch den Capitain . . . . ., gemachten Angaben der Wahrheit gemäß sind.

So wahr mir Gott helfe!

An:

Sept. 30.

# Anlage

## Hamburgischer

### 18

Der Senat der freien Hanse: Stadt  
Hamburg

beurkundet hiemit, daß vor dem dazu besonders  
committirten Senator Herrn *N. N.* persönlich  
erschieden ist *N. N.* welcher mittelst kör:  
perlicher Eidesleistung ausgesagt, daß das  
..... Schiff genannt  
*N. N.*

messend .....  
worauf *N. N.*

Bürger dieser Stadt, gegenwärtig Schiffer ist,  
*N. N.*

eigenthümlich zugehöre, und daß sonst Nie:  
mand einigen Antheil oder Interesse darin habe.

Der Senat ersucht demnach alle Civil:  
und Militair:Behörden und namentlich alle  
Commandeurs zu Wasser und zu Lande,  
wes Standes und Würden sie sein mögen,  
vorbenanntes Schiff mit seinem Führer, Be:  
satzung und Reisenden, nebst seiner inhabenden  
Ladung in allen Häfen und Orten und auf  
allen Strömen und Gewässern ohne Auf:  
enthalt oder Verzögerung frei passiren, re:  
passiren und handeln, ihm auch Schutz und  
Beförderung, wenn er dessen benöthigt wäre,  
angedeihen zu lassen, welches der Senat in  
ähnlichen Fällen jederzeit zu erwidern gerne  
bereit ist.

Zur Beglaubigung dessen *zc. zc.*

Bemerkung. Dieser Schiffspaz wird ungültig, sobald  
das Schiff, für welches er ausgestellt worden, auf:  
hört, hamburgisches Eigenthum zu sein, und ist in  
diesem Falle, sobald als irgend thunlich, von dem

## Schiffspaf.

N<sup>o</sup>

The Senate of the Free Hanseatic  
City of Hamburg

do hereby certify and attest, that before  
the Senator specially deputed for this  
purpose *N. N.* personally appeared *N. N.*  
who deposed upon oath, that the . . .  
or vessel called

*N. N.*

measuring . . . . .

whereof at present is master *N. N.*

Citizen of this Republic, is the sole  
property of him the said deponent

*N. N.*

and that no other person has any share  
or interest therein.

In consequence thereof the Senate  
do by these present request all civil and  
military authorities, and especially all  
commanders by sea and by land, of  
whatever rank and quality they may  
be, to let the said Ship and her master,  
crew, passengers and cargo pass, repass,  
and trade, in all ports and places, in  
all rivers and seas, without any delay  
or detention, and in case of need to  
grant them assistance and protection,  
which the Senate will at all times be  
most ready to reciprocate.

In witnesse whereof etc. etc.

bisherigen Rheber oder Capitain an die hambur-  
gische Senatskanzlei oder event. an ein hambur-  
gisches Consulat zur Cassirung einzuliefern.

An:

Sept. 30.

## A n l a g e IV.

Revers zur Erlangung eines Interims:Seepasses.

Ich, der Endesunterschriebene, erkläre hierdurch an Eides statt, daß sämmtliche von mir in Betreff des Schiffes . . . . . , gegenwärtig geführt durch Capitain (mich) . . . . . , gemachten Angaben der Wahrheit gemäß sind und daß demnach das wirkliche und volle Eigenthum dieses Schiffes nur . . . . . , einem hamburgischen Bürger zusteht.

## A n l a g e V.

Interims:Paß  
für das hamburgische Schiff

. . . . .  
ausgestellt von dem Consulat der freien und Hansestadt Hamburg in . . . . .

Vormir, N. N. General-Consul (Consul), der freien und Hansestadt Hamburg zu . . . . . , ist unter heutigem Datum erschienen:

N. N., Eigenthümer des Schiffes N. N.;  
(N. N., als gehörig legitimirter Bevollmächtigter von N. N., oder N. N., Capitain des Schiffes N. N., welcher sich als hamburgischer Bürger und als Bevollmächtigter von N. N. legitimirt hat,)

und hat durch Unterschrift eines desfalligen Reverses an Eides statt erklärt, daß das gedachte Schiff . . . . . sein ausschließliches Eigenthum (ausschließliches Eigenthum von N. N., einem Bürger der freien und Hansestadt  
stadt

stadt Hamburg) und also ein hamburgisches Sept. 30. Schiff sei; worauf ich, der unterzeichnete General-Consul (Consul), kraft des mir von dem Hohen Senate der freien und Hansestadt Hamburg verliehenen Rechtes ihm den gegenwärtigen, nur für 12 Monate gültigen Interims-Seepaß erteilt habe, welcher, jedoch mit Ausnahme von Reisen nach der Westküste oder der Ostküste von Afrika oder nach Häfen in Krieg begriffener Staaten, gleiche Gültigkeit hat, wie ein in Hamburg selbst von dem Hohen Senate gegebener Seepaß, und durch welchen Alle und Jede, denen dieser Interims-Paß vorgelegt wird, Namens des Hohen Senates der freien und Hansestadt Hamburg gebeten werden, den Schiffer N. N. mit dem vorbenannten Schiffe frei und ungehindert passieren zu lassen.

Dessen zur Urkunde habe ich diesen Interims-Paß mit dem (General-) Consulatssiegel und meines Namens eigenhändiger Unterschrift versehen.

So geschehen zu . . . . ., den . . . . .

Bemerkung. Dieser interimistische nur für 12 Monate gültige Seepaß muß innerhalb dieser Frist gegen einen ordentlichen Seepaß eingetauscht werden und ist demnach an die hamburgische Senatscanzlei oder event. an ein hamburgisches Consulat zur Cassirung einzureichen.

## CXCIV.

### Bekanntmachung

Sept. 30.

wegen der Verordnung betr. die Papiere für  
hamburgische Seeschiffe.

Nachdem durch den Rath- und Bürgers-  
schluß vom 19. September 1850 eine Ver-  
ord-

Sept. 30. ordnung, die Papiere für Hamburgische Seeschiffe betreffend, beliebt worden ist, wird dieselbe hierdurch mit dem Bemerken, daß ihre gesetzliche Kraft mit dem 1. Januar 1851 beginnen soll, zu Jedermanns Kenntniß gebracht.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 30. September 1850.

### CXCV.

Oct. 11.

#### Bekanntmachung,

betr. das Leuchtschiff unterhalb Schulau.

Vom 20. October d. J. wird zur Sicherheit der Schifffahrt auf Schulau ein Leuchtschiff unterhalten, welches von Sonnen-Untergang bis Sonnen-Aufgang brennen wird, und zwar so lange als das Schulauer Leuchtschiff Station halten kann. Das Feuer auf Schulau ist durch Verdunkelung der Art eingerichtet, daß die aufkommenden Schiffe dasselbe erst bei dem obersten Leuchtschiffe, welches an Backbord zu lassen, in Sicht bekommen, von wo sie ihren Cours nach Schulau zu ändern haben.

Hamburg, den 11. October 1850.

Die Schifffahrt:  
und Hafen-Deputation.

### CXCVI.

Oct. 14. Die Notification einer, am 14. Novbr., als dem angeordneten allgemeinen Buß- und Bettage zum Besten des Waisenhauses anzustellenden Collecte, ist am 14. October publicirt.

CXCVII.

CXCVII.

**Bekanntmachung,**

Oct. 28.

betr. das Aufhören der Passage auf einigen  
Wallstrecken bei Nacht.

Die nur für die Monate März bis October  
gültige Erlaubniß, die Wallstrecken zwischen  
Müllern: und Dammthor und von der Bastion  
Ericus bis zum Sandthore, länger als eine  
Stunde nach Eintritt der Thorsperre zu  
passiren, hört mit dem 31. October d. J. auf.

Hamburg, den 28. October 1850.

Die Polizen: Behörde.

CXCVIII.

**Rath: und Bürger: Convent**

Oct. 31.

vom 31. October.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen,  
die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag  
den 31. October, der folgenden Gegenstände  
halber zu convociren.

**Propositio Senatus.**

I. Aus denen in der Anlage entwickelten  
Gründen trägt E. E. Rath bei Erbges.  
Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:  
daß die mit der großherzoglich olden:  
burgischen Regierung einerseits und in  
Gemeinschaft mit den anderen beiden  
Hansestädten andererseits, geschlossene  
Brigade: Convention, sofern sich einer  
der anderen Senate gleichfalls für diesen  
Schritt aussprechen würde, zum 1. Mai  
kommenden Jahres gekündigt werde,

so

Oct. 31. so wie:

daß die nach §. 2 der Zusatzacte I. vom 6. Januar 1834 dem aufkündigenden Theile durch Pensionirungen oder Entschädigungen an zu entlassende, bisher gemeinschaftlich verpflegte Individuen zur Last fallende Zahlungen nicht von dem aufkündigenden Theile allein, sondern von beiden hohen Contrahenten, nämlich von Oldenburg einerseits und von den drei freien Städten andererseits zu gleichen Hälften zu tragen seien.

II. E. E. Rath sieht Sich aus den in der Anlage näher entwickelten Gründen veranlaßt, bei Erbges. Bürgerschaft darauf anzutragen, es mitzugenehmigen:

daß der Armen-Anstalt in der Vorstadt St. Pauli für das diesjährige Bedürfniß annoch ein Zuschuß von pro maximo Ert.m $\frac{1}{2}$  15,500 bewilligt werde.

III. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage auseinandergesetzten Gründe trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

daß auch für das Jahr 1851 das Gehalt der ersten Schreibers bei der Landherrschaft der Marschlande auf Ert.m $\frac{1}{2}$  1000, so wie dasjenige des zweiten Schreibers auf Ert.m $\frac{1}{2}$  800 erhöht, den beiden Polizey-Officianten auf dem Grasbrooke einem jeden für dieselbe Zeit eine Vergütung von Ert.m $\frac{1}{2}$  100 zur Miete gegeben und endlich die zur Besoldung von Medicinal-Personen in dem Landgebiete



biere der Marschlande bestimmten Summen Oct. 31. um *Ert.mk* 1100 vermehrt werden und deren Vertheilung auch ferner nach dem Vorschlage des competenten Landherrn E. E. Rathe überlassen bleibe.

IV. Unter Bezugnahme auf die nähere Auseinandersetzung in der Anlage trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitgenehmigen zu wollen:

daß dem Eigenthümer des auf dem anliegenden Risse bezeichneten, an der Ecke des Brodschrangens und der großen Reichenstraße belegenen Grundstücks für die bei dem sofort einzuleitenden Neubau desselben vorzunehmenden Einziehungen auf die Linien f g und g c d, so wie für die Abtretung des außerhalb dieser Linien und des jenseits des Canals innerhalb derselben belegenen Areals an den Staat, auch für die Nichterneuerung des Ueberbaues über den Canal eine Entschädigung von *Wco.mk* 12,000 aus der Staatscasse zugestanden werde.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt die heutigen Anträge E. E. Rath's betreffend:

ad I. die Oldenburgisch: Hanseatische Brigade, unter Hinzufügung des Wunsches, daß der Betrag der durch die Herzogthümer Schleswig: Holstein im Jahre 1849 vorgeschossenen Verpflegungs: Kosten für die Hamburgische Cavallerie ungesäumt an die Statthalterschaft entrichtet werde;

XXI. Band.

R r

ad

- Oct. 31. ad II. den Zuschuß für die Armen-  
Anstalt der Vorstadt St. Pauli;  
ad III. die einjährige Erhöhung der  
Gehalte mehrerer Beamten der Landherrschaft  
der Marschlande, und  
ad IV. die Verbreiterung der Gassen  
des Brodschrangens und der Reichenstraße.

## CXCIX.

- Nov. 8. Die Bekanntmachung der bevorstehenden  
Umschreibung durch die Capitaine des Bürger-  
Militairs vom 8. November 1850 entspricht  
wörtlich derjenigen vom 9. November 1849.  
s. oben S. 207.

## CC.

## N a c h t r a g

zu der im December 1849 erlassenen Jagd-  
Verordnung für das Amt und Städtchen  
Bergeedorf, die Eintheilung der Feldmark des  
Städtchens in Jagd-Bezirke betreffend.

- Nov. 12. In Beziehung auf die in dem §. 4 der Jagd-  
Verordnung für das Amt und Städtchen  
Bergeedorf vom December 1849 enthaltene  
Bestimmung, wornach bezüglich der Aus-  
übung des Jagdrechtes auf der Feldmark  
des Städtchens die Gesamtheit der dortigen  
Grundbesitzer ein Ganzes zu bilden hat, ist  
es für zweckmäßig erachtet worden, eine  
Änderung und, gleich wie in den Vierlanden  
nach Bauerschaften, so auch in der Berge-  
edorfer Feldmark nach einzelnen Bezirken eine  
Sonderung eintreten zu lassen.

Dem:

Demnach haben die Senate der freien Nov. 12.  
und Hansestädte Lübeck und Hamburg unter  
Aufhebung der im §. 4 der Jagd-Verord-  
nung die Gesamtheit der Grundbesitzer des  
Städtchens als eine einzige Genossenschaft  
bezeichnenden Bestimmung, hierdurch fest-  
gesetzt, daß hinführo die Vergedorfer Feldmark  
in Ansehung der Jagd-Verhältnisse in nach-  
stehende drei besondere, von einander unab-  
hängige Bezirke, nämlich:

- 1) das Marschland,
  - 2) das Land zwischen Bille und Schulen-  
brookbeck, und
  - 3) das Land zwischen Schulenbrookbeck  
und Brookwetterung,
- zu theilen, und in jedem dieser Bezirke selbst-  
ständig für denselben von den darin begriffenen  
Grundbesitzern wegen Ausübung der Jagd  
abzustimmen sei.

Indem im Uebrigen alle in dem §. 4  
enthaltenen Bestimmungen unverändert auch  
hinsichtlich dieser drei Jagd-Bezirke in Kraft  
verbleiben, wird solches zu Jedermanns  
Nachachtung hiedurch zur öffentlichen Kunde  
gebracht.

Gegeben in Unseren Rathsversammlun-  
gen, Lübeck, den 4. November 1850, Hamburg,  
den 12. November 1850.

CCI.

## Bekanntmachung,

betr. Signal-Laternen an beiden Ufern des  
Köhlbrands.

Nov. 15.

Nach Uebereinkunft mit der Königlich Han-  
noverschen Regierung und im Zusammenhange  
Nr 2 mit

Nov. 15. mit entsprechenden Einrichtungen auf dem Hannoverschen Gebiete, werden bis auf Weiteres täglich, während des Passirens der von Hamburg und Harburg abfahrenden, mit den Hannoverschen Eisenbahnzügen in Verbindung stehenden Dampfschiffe, an beiden Ufern des Köhlbrand Signal-Laternen brennend erhalten werden.

Ein Fahrzeug mit Laterne befindet sich hoch auf der Ostseite an der unteren Mündung des Köhlbrand, dicht östlich neben der weißen Tonne No. I,

die Laterne auf der Westseite (am linken Ufer) befindet sich neben dem Hause auf der Woth des Mühlenwerder,

die Laterne auf der Westseite (am linken Ufer) befindet sich auf dem Vorlande von Waltershof,

die Laterne auf der Westseite (am linken Ufer) befindet sich auf der kleinen Rattwick.

Die vier Laternen werden mit Eintritt der Dunkelheit angezündet und bald nach dem Passiren der erwähnten Dampfschiffe, deren letzte Abfahrt in Hamburg für jetzt auf 8 Uhr Abends angesetzt ist, ausgelöscht.

Die Ausführung dieser Maßregel beginnt mit dem 16. November.

Das Aufhören derselben wird seiner Zeit bekannt gemacht werden.

Hamburg, den 15. November 1850.

Die Schifffahrt;  
und Hafen-Deputation.

## CCII.

**Bekanntmachung,**

Nov. 23.

betr. die Freiheiten und Gleichstellung der Hamburger Schiffe rücksichtlich der überseeischen Besitzungen der Niederlande.

Der unterzeichneten Deputation ist folgende officiële Mittheilung des königl. niederländischen General-Consulats zugegangen, welche hiedurch zur Kenntniß der Betheiligten gebracht wird:

Auf gemeinschaftlichen Vortrag des Finanz- und Colonial-Departements hat Se. Majestät der König laut Beschluß vom 31. October d. J. den Hamburger Schiffen die Freiheiten und Gleichstellung zugestanden, welche Art. 1 und 6 des Gesetzes vom 8. August d. J. zur Regulirung der Angelegenheiten der niederländischen Schifffahrt enthalten.

Es werden demnach die Hamburger Schiffe bei Einfuhr von Erzeugnissen der überseeischen Besitzungen des Reiches fortan in Niederland auf gleiche Weise wie die niederländischen Schiffe behandelt werden, sie werden also Befreiung des Eingangszolls genießen, für die Erzeugnisse der überseeischen Besitzungen des Reiches (mit Ausnahme von raffinirtem Zucker, Melassen und Thee), welche mit unangebrochener Ladung direct von daher eingeführt werden, wenn ihr Ursprung erwiesen wird und in den genannten Besitzungen von diesen Erzeugnissen die gesetzlichen Ausgangszölle bezahlt sind;

Nov. 23. sind; ferner werden sie in den Colonieen und Besitzungen des Reiches in anderen Welttheilen mit den niederländischen Schiffen gleichgestellt sein, beginnend mit dem 1. Januar 1851, und solches mit alleiniger Ausnahme der Küstenfahrt in Ostindien.

Hamburg, den 23. November 1850.

Die Commerz-Deputation.

### CCIII.

#### Nov. 25. Bekanntmachung,

betr. die Gebühr für die Combination von Hypothekposten.

Auf der Schreiberei ist bei Combination von Hypothekposten bisher eine Gebühr von 3m $\frac{1}{2}$  für jeden Posten erhoben worden, während der am 13. September 1843 für die Landstube publicirte Gebühren-Schragen einen desfalligen Ansaß von nur 1m $\frac{1}{2}$  8ß für jeden Posten enthält. Es ist jedoch ein Bedenken entstanden, ob diese Gebühr auch dann zu erheben sei, wenn die Posten gleichzeitig umgeschrieben werden, und die Combination, wie jetzt zuweilen geschieht, mit der Umschreibung in einem und demselben Artikel protokolliert wird.

Zur Beseitigung dieses Zweifels, so wie jeder in dieser Beziehung vorkommenden Ungleichheit verordnet E. H. Rath hiemittelt, daß, sowohl auf der Schreiberei, als auf der Landstube, bei jeder Combination von Hypothekposten, ohne Unterschied, ob selbige in einem besonderen Artikel oder zugleich bei

bei der Umschreibung mehrerer Posten auf Nov. 25. denselben Namen protokolliert werden möge — außer der Umschreibungsgebühr, falls zugleich eine Umschreibung Statt findet — für die Combination eine Gebühr von 1  $\text{mk}$  8/3 für jeden Posten erhoben werden soll.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.  
Hamburg, den 25. November 1850.

## CCIV.

**Bekanntmachung,**

Nov. 27.

betr. die außerordentliche Feuer-Cassen-Zulage  
für das Jahr 1851.

In Gemäßheit der Bekanntmachungen vom 21. Juny und 13. December 1844, so wie vom 5. December 1845 und 14. December 1846, betreffend die, auf 4 per mille angenommene außerordentliche Feuer-Cassen-Zulage, welche sowohl von der Versicherungssumme der, zur Zeit der Feuersbrunst vom 5. bis 8. May 1842 in der General-Feuer-Casse versicherten Grundstücke der Stadt und der Vorstadt St. Georg, als auch von der Taxationssumme der, auf expropriirtem Grunde neu entstandenen Privatgrundstücke, zufolge §. 20 des Expropriations-Gesetzes vom 9. September 1842, — und zwar Behufs Verzinsung und Tilgung der Anleihe, welche für den Ersatz des, durch diese Feuersbrunst herbeigeführten Brandschadens contrahirt worden, zu entrichten sind, — macht E. H. Rath, nach stattgehabter desfalliger Verständigung, zufolge des Rath's und Bürger-schlusses vom 29. December 1845, wegen der

Er:

Nov. 27. Erhebung solcher per mille für das Jahr 1851, Folgendes bekannt:

- 1) Diese außerordentliche Feuer: Cassen: Zulage ist hinsichtlich der, zur Zeit der May: Feuersbrunst bereits versicherten Grundstücke, von derjenigen Versicherungssumme, wie sie zur Zeit der May: Feuersbrunst bereits 1842 vorhanden war, also mit Einschluß der etwa mehr versicherten 10 pEt., und von den auf expropriirtem Grunde neu entstandenen Privat: Grundstücken von der Taxationssumme des verbrennlichen Werths, zu entrichten.
- 2) Für das Bedürfniß der Anleihe für 1851 hat eine Ausschreibung von 2½ per mille Statt zu finden; die Ermäßigung der Ausschreibung auf 2½ per mille kann jedoch nur in der Erwartung Statt finden, daß der Ertrag der Grundsteuer nicht noch mehr sich vermindern wird, als es in den letzten Jahren der Fall war.
- 3) Diese außerordentliche Feuer: Cassen: Zulage für 1851 wird nebst den, von den Grundstücken des Staats, der Stiftungen und anderer Anstalten zu entrichtenden 1 per mille mehr, und zwar abseiten der Feuer: Cassen: Deputation durch Zusendung von Aufgaben über den Betrag und die Zeit der Zahlung ausgeschrieben, und ist die Zahlung innerhalb der, in den Aufgaben bemerkten Zeit zu leisten.

4)



- 4) Die Eincassirung geschieht nicht durch Nov. 27. die Boten der Feuer-Cassen-Deputation, sondern haben die Grundeigenthümer diese Zulage auf das Bureau der Feuer-Cassen-Deputation zu bringen.
- 5) Die Bezahlung kann per Banco zum laufenden Cours geschehen; bei Zahlungen in Courant wird jedes hieselbst vollgültige grobe Courant angenommen.

Gegeben in Unserer Rath's-Versammlung.

Hamburg, den 27. November 1850.

## CCV.

Die Notification einer am Neujahrstage Dec. 6. 1851, zum Besten der hiesigen Allgemeinen Armenanstalt anzustellenden Collecte, ist am 6. December 1850 publicirt.

## CCVI.

Rath und Bürger-Convent Dec. 19.  
vom 19. December.

E. E. Rath hatte sich veranlaßt gesehen, die Erbges. Bürgerschaft auf Donnerstag den 19. December, der folgenden Gegenstände halber zu convociren.

### Propositio Senatus.

I. Unter Bezugnahme auf die in der Anlage entwickelten Gründe trägt E. E. Rath bei Erbges. Bürgerschaft darauf an, es mitzugenehmigen:

- 1) daß der am 21. October d. J. zu Dresden mit mehreren deutschen Regierungen

Dec. 19.

gierungen abgeschlossene und in der Unteranlage Lit. A. enthaltene Vertrag wegen Erleichterung der Handhabung der Paß- und Fremden-Polizei durch das Institut der Paßkarten nebst dem Schlußprotocoll von gleichem Datum (Unteranlage Lit. B.) ratificirt werde;

2) daß vom 1. Januar 1851 an die Ertheilung von Pässen, mit alleiniger Ausnahme der sogenannten Regierungspässe, welche nach wie vor von der Senats-Canzlei auszugeben sein werden, so wie die Ertheilung von Paßkarten für die Stadt und das Gebiet der Polizey-Behörde, und in Rißbüttel dem Amte übertragen werde;

3) daß behufs Deckung der aus der neuen Einrichtung entstehenden Kosten, so wie zur Beschaffung der durch die Uebertragung des Paßwesens an die Polizey-Behörde nothwendig werdenden Entschädigungen an die gegenwärtigen Vorstände und Mitglieder der Senats-Canzlei die Pässe mit einem Stempel von Ert.m/ 1. 8 ß und die Paßkarten mit einem Stempel von Ert.m/ 1. — belegt werden; so wie:

Ehrbare Oberalten und Verordnete Eöbl. Kammer zu potestiviren, mit E. E. Rathe die in Betreff der Uebertragung der Paßausgabe von der Canzlei an die Polizey-Behörde und der ausschließlichen Befugung der letzteren zur Ertheilung von Paßkarten  
in

in der Stadt und dem Gebiete nothwendig Dec. 19. werdenden Anordnungen zu treffen und die daraus erwachsenden und durch den zu hebenden Stempel zu deckenden Entschädigungsansprüche zu reguliren.

II. Da die Bewilligung der Abgabe von Zeitungs-Inseraten zu Ende geht, so ersucht E. E. Rath, aus den in der Anlage enthaltenen Gründen, Erbges. Bürgerschaft es mitgenehmigen zu wollen:

daß die durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 25. Juny v. J. eingeführte Abgabe von Zeitungs-Inseraten, mit der desfalligen Verordnung, so wie solche durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 13. December v. J. modificirt worden, jedoch unter Erhöhung des Ansages für die ganze Petitzeile von 50 n Buchstaben auf  $1\frac{1}{2}$   $\beta$ , und für die Verlängerungen der Zeile nach Maßgabe des Gesetzes auf  $\frac{3}{4}$   $\beta$  mehr, für das Jahr 1851 fort erhoben werde.

III. E. E. Rath ersucht Erbges. Bürgerschaft unter Bezugnahme auf die Anlage, sich damit einverstanden zu erklären,

daß der über den Anschluß der Hamburgischen Enclaven an den Zollverein des Herzogthums Holstein und Fürstenthums Lübeck geschlossene Vertrag vom 5. September 1840 bis auf Weiteres mit der Befugniß beider Theile zu einer sechsmonatlichen Kündigung in Kraft bleibe.

IV.

Dec. 19. IV. Da eine Bestimmung hinsichtlich des ferneren Eintretens einiger Mitglieder der Verfassungs-Commission in dasjenige Kirchspiel, von und aus welchem sie gewählt sind, erforderlich wird, so ersucht E. E. Rath, aus den in der Anlage angeführten Gründen, die Erbges. Bürgerschaft, es mitgenehmigen zu wollen,

daß die, abseiten Erbges. Bürgerschaft von und aus jedem der 5 Kirchspiele gewählten Mitglieder der durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 27. September v. J. wegen der Verfassungs-Angelegenheit niedergesetzten Commission, event. deren Stellvertreter, so lange diese Commission besteht und so lange sie Mitglieder derselben, beziehentlich Stellvertreter, bleiben, in dasjenige Kirchspiel eintreten und in demselben votiren, von und aus welchem sie zu dieser Commission gewählt sind.

V. Da die im Jahre 1847 provisorisch bewilligten Gehalte für das handelsstatistische Bureau mit dem Ende dieses Jahres ablaufen, nunmehr aber eine definitive Bewilligung derselben zweckmäßig erscheint, so trägt E. E. Rath mit Bezugnahme auf die Anlage darauf an, es mitzugenehmigen: daß der durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 11. May 1837 festgestellte Etat des Beamten-Personals für die Zollverwaltung, zum Behuf der handelsstatistischen Arbeiten, außer der schon durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 26. Juny 1844 bewilligten Anstellung von

von zwei Zollgehülfsen mit zusammen Dec. 19.  
Ert.m $\frac{1}{2}$  2700, noch durch die Anstellung  
von zwei Zollgehülfsen mit Ert.m $\frac{1}{2}$  1400  
für jeden, ein Zollgehülfe mit Ert.m $\frac{1}{2}$  1200  
und ein Zollgehülfe mit Ert.m $\frac{1}{2}$  1000  
jährlichen Gehaltes vermehrt werde.

Folgen sub VI. — XII. Anträge be-  
treffend Wahlen.

XIII. macht E. E. Rath auf den Wunsch  
Ehrl. Oberalten und das löbl. Collegii der  
Sechsziger der Erbges. Bürgerschaft, die  
Nachtwache betreffend, noch die in der An-  
lage XII. enthaltene Anzeige.

#### Resolutio Civium.

Erbges. Bürgerschaft genehmigt ange-  
tragenemassen die heutigen Propositionen  
E. E. Rath's betreffend

sub I die Ratification des zu Dresden  
abgeschlossenen Paßkartenvereins und Ueber-  
tragung der Paßausstellung an die Polizen;

sub II die Prolongation der Abgabe  
von Zeitungs:Inseraten;

sub III die Prolongation des Vertrages  
wegen Anschlusses der Hamburgischen En-  
claven an den Zollverein des Herzogthums  
Holstein und des Fürstenthums Lübeck;

sub IV das Verhältniß der bürger-  
schaftlichen Mitglieder der Verfassungs:Com-  
mission in den Kirchspielen;

sub V das handelsstatistische Bureau;  
und nimmt

ad XIII die Mittheilung E. E. Rath's,  
das Nachtwache:Corps betreffend, dankend  
entgegen.

CCVII.

## CCVII.

Dec. 20.

**Bekanntmachung,**

betr. die Erhöhung der Brandsteuer.

Durch den Rath: und Bürger:Schluß vom 19. September d. J. ist die Erhebung einer außerordentlichen Steuer von zwei Dritttheilen der Brandsteuer, und zwar nach den für das Steuer: Jahr vom 1. July 1850—1851 sich ergebenden Ansätzen der letztgedachten Abgabe beschlossen worden.

E. H. Rath macht dieses mit dem Hinzufügen bekannt, daß mit der Erhebung dieser Steuer förderksamst verfahren werden wird.

Gegeben in Unserer Raths:Versammlung.  
Hamburg, den 20. December 1850.

## CCVIII.

Dec. 20.

**Bekanntmachung,**

betr. die Abgabe von Zeitungs:Inseraten.

Durch den Rath: und Bürger:Schluß vom 19. December d. J. ist die fernere Erhebung der Abgabe von Zeitungs:Inseraten für das Jahr 1851, im Uebrigen nach den bestehenden Verordnungen und Vorschriften, jedoch mit der Abänderung beschlossen worden, daß vom 1. Januar k. J. an der Ansat für die ganze Petitzeile von 50 n Buch:staben auf  $1\frac{1}{2}\beta$ , und für die Verlängerungen der Zeile nach Maaßgabe des Gesetzes, auf  $\frac{3}{4}\beta$  mehr, bestimmt ist.

E. H. Rath bringt dies hiedurch zur öffentlichen Kunde.

Gegeben in Unserer Raths:Versammlung.  
Hamburg, den 20. December 1850.

CCIX.

## CCIX.

## Bekanntmachung,

Dec. 28.

betr. die Papiere für Hamburgische Seeschiffe.

Da zufolge der Bekanntmachung E. H. Rath's vom 30. September d. J. die durch Rath- und Bürger-Schluß vom 19. desselben Monats beliebte Verordnung, die Papiere für Hamburgische Seeschiffe betreffend, mit dem 1. Januar 1851 in Kraft tritt, so macht die Commission, der durch den §. 18 des gedachten Gesetzes die Handhabung und Ueberwachung der in derselben enthaltenen Vorschriften übertragen ist, Nachstehendes bekannt:

1) alle, die Papiere für Hamburgische Seeschiffe betreffenden Gesuche sind nach wie vor auf der Senatskanzlei anzubringen, und zwar dasjenige wegen ausnahmsweise zu verstattender Namens-Veränderung eines Schiffes nur schriftlich;

2) die bisher vor dem ältesten Zollherrn stattgefundenen Beeidigungen der Seepässe geschehen vom 1. Januar k. J. an, vor dem Präses der Commission;

3) zum Behufe des Schiffsregisters (§. 16 der Verordnung) haben die resp. Rheder die betreffenden Schiffspapiere, namentlich den Zielbrief und den etwanigen Kaufbrief spätestens sobald sie irgend etwas in Betreff des Schiffes zu beantragen haben, auf der Kanzlei zur Ansicht und behüfigen Notirung vorzulegen;

4)

- Dec. 28. 4) vor der Beeidigung eines neuen Seepasses (§. 2) oder der Hinzufügung einer Bemerkung auf dem alten (§. 5) ist der Bürgerbrief des Capitains, so wie, wenn derselbe nicht bereits vor dem 1. Januar 1851 als Capitain zur See gefahren ist, der Beweis, daß er das hiesige Steuermanns-Examen bestanden hat, auf der Kanzlei vorzulegen.

Hamburg, den 28. December 1850.

J. H. Merck,

Präsident der Commission für die Schiffspapiere.

## CCX.

- Dec. 30. Mittheilung an die hiesigen Rheder, betr. die Papiere für Hamburgische Seeschiffe. Die durch Rath- und Bürger-Schluß vom 19. September d. J. beliebte Verordnung, die Papiere für Hamburgische Seeschiffe betreffend, schreibt nebst anderen Veränderungen, namentlich auch in Rücksicht der Ausstellung der Seepässe eine neue Einrichtung vor, welche gleich mit dem Anfange des nächsten Jahres zur Anwendung kommt. Es erscheint daher nicht überflüssig, die Herren Rheder auf die bezüglichen Vorschriften der vorerwähnten Verordnung, insofern dieselben von der bisherigen Regel abweichen, aufmerksam zu machen.

An die Stelle der bisherigen Fassung des Schiffspasses tritt eine neue Form, wie dieselbe in der Anlage III der Verordnung vorgelegt wird. Es werden mithin sämtliche



liche ältere Schiffspässe, sobald als irgend thunlich, gegen neue umzutauschen sein. Um dieses zu bewerkstelligen, oder vorkommenden Falls ohne solchen Umtausch einen neuen Schiffspasß zu erlangen, ist für jedes Schiff die vorschriftmäßige Erklärung (Anlage I der Verordnung) auszustellen, wozu die Formulare auf der Senats-Kanzlei zu erhalten sind. Die persönliche Eidesleistung ist erforderlich, so oft das erste Mal für ein Schiff ein Paß ausgestellt wird, oder bei vollständiger Veränderung des Eigenthums ein neuer Schiffspasß nachgesucht werden muß. Im Uebrigen genügt es, daß zu Anfang jeden Jahres durch erneuerte Unterzeichnung der obgedachten Erklärung auf Bürgereid bescheinigt wird, daß keine Eigenthumsveränderung mit dem Schiffe vorgegangen, oder daß bei theilweise veränderten Eigenthumsverhältnissen (wodurch selbstverständlich der Character der Hamburgischen Nationalität nicht verändert werden darf), eine neue Erklärung eingereicht wird, in welchen beiden Fällen eine amtliche Bemerkung auf dem früheren Schiffspasß stattzufinden hat.

Auch die königl. Hannoversche Regierung findet bis auf Weiteres Nichts dagegen zu erinnern, daß künftig die bisher üblich gewesenen, im Laufe jeden Jahres zu wiederholende körperliche Beschrörung des Eigenthums und die darauf erfolgende jedesmalige Ausstellung eines neuen Schiffspasses unterbleiben könne, insofern, statt dessen, dem Hannoverschen Elbzollcomtoir zu Hamburg

XXI. Band.                      S s                      der

Dec. 30. der alte, mit einer in demselben Jahre aus-  
gestellten und amtlich beglaubigten schrift-  
lichen Versicherung des bisherigen Eigen-  
thümers über die Fortdauer seines Eigen-  
thums versehene Schiffspafß producirt wird.  
Im Uebrigen erfahren die Bestimmungen  
des §. 2, No. 2 des Regulativs über die  
Verhältnisse des Brunshausen Zolles in  
keinerlei Weise eine Veränderung.

Die Verordnung vom 19. September  
d. J. enthält ferner die Vorschrift, daß  
jedes Mal, wenn ein neuer Schiffspafß ge-  
nommen wird, zuvor der frühere zurück-  
geliefert werden muß, so wie eine solche  
Ablieferung des Schiffspasses an die Senats-  
Kanzlei, oder vorkommenden Umständen nach  
an ein Hamburgisches Consulat, auch dann  
stattfinden soll, wenn das Schiff an einen  
Ausländer verkauft, oder abgebrochen wird,  
so wie, wenn das Schiff verloren geht, aber  
die Schiffspapiere gerettet werden.

Hinsichtlich der Ausstellung interimisti-  
scher Schiffspässe für Schiffe, die im Aus-  
lande in das Eigenthum Hamburgischer  
Staatsangehörigen übergehen, durch die dorti-  
gen Hamburgischen General-Consulate und  
Consulate, worüber es bisher an jeder Be-  
stimmung fehlte, hat die Verordnung vom  
19. September d. J. in ihren §§. 8 und 9  
und Anlagen IV und V Vorsorge getroffen.

Die Gebühren für einen neuen Schiffs-  
pafß (auch für einen interimistischen) sind  
7  $\text{mk}$  8  $\beta$  Ert., für Prolongation desselben und  
Eintragung von Veränderungen 2  $\text{mk}$  8  $\beta$  Ert.

Die

Die Aenderung des einmal angenommenen Namens eines Hamburgischen Schiffes ist künftig nur mit Genehmigung der betreffenden Behörde zulässig, welche solche Namensveränderung in den hiesigen Blättern anzuzeigen hat.

Hamburg, den 30. December 1850.

Die Commerz-Deputation.

## CCXI.

### Bekanntmachung,

Dec. 30.

betr. den Vertrag über Einführung von Paßkarten.

Nachdem zwischen den Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Braunschweig, Reuß älterer und jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Bremen und Hamburg am 21. October d. J. zu Dresden ein Vertrag über Einführung von Paßkarten abgeschlossen und durch Rath- und Bürgerschuß vom 19. December d. J. genehmigt ist, welchem Vertrage nachträglich noch die Regierungen von Sachsen-Meiningen, Anhalt-Deßau und Cöthen, so wie Anhalt-Bernburg beigetreten sind, so wird derselbe hierdurch nebst dem Schlußprotocolle von gleichem Datum zur öffentlichen Kunde gebracht.

### V e r t r a g.

Die Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg,  
S s 2 Sachsen-

- Dec. 30. Sachsen:Coburg:Gotha, Braunschweig, Reuß älterer und jüngerer Linie, Schaumburg:Lippe, Bremen und Hamburg, von dem Wunsche geleitet, Ihren Angehörigen die bei der Anlegung von Eisenbahnen in Ihren Staaten rücksichtlich der Beförderung des Verkehrs beabsichtigten Vortheile auch durch eine erleichterte, zugleich aber die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderliche Garantie gewährende Handhabung der Paß- und Fremden-Polizen zu Theil werden zu lassen: haben, Behufs einer über diesen Gegenstand zu treffenden Uebereinkunft, Commissarien ernannt, und zwar: die Königlich Preussische Regierung den Geheimen Ober:Regierungs:Rath Frank und den Geheimen Legations:Rath Hellwig, die Königlich Bayerische Regierung den Legations:Rath, Kammerherrn Freiherrn von Tautphdus, die Königlich Sächsische Regierung den Geheimen Regierungs:Rath Körner, die Königlich Hanoversche Regierung den Polizen:Director Dr. Vermuth, die Großherzoglich Mecklenburg:Schwerinsche Regierung den Regierungs:Rath von Bassow, die Großherzoglich Sachsen:Weimarsche Regierung den Geheimen Regierungs:Rath Schambach, die Herzoglich Sachsen:Altenburgische Regierung den Regierungs:Director Schuderoff, die Herzoglich Sachsen:Coburg:Gothaische Regierung den Ministerialrath Brückner, die Herzoglich Braunschweigische Regierung den Kreis:Director, Kammerherrn von Hohnhorst, die Regierungen der Fürstenthümer Reuß:Plauen

Plauen älterer und jüngerer Linie den Dec. 30. Herzoglich Sachsen-Weimarschen Commissar, Geheimen Regierungs-Rath Schambach, die Fürstlich Schaumburg-Lippesche Regierung den Königlich Hannoverschen Commissar, Polizen-Director Dr. Bermuth, der Senat der freien Hansestadt Bremen den Senator Dr. Olbers, der Senat der freien und Hansestadt Hamburg den Dr. Ascher, welche nach stattgefundener näherer Berathung über folgende Bestimmungen übereingekommen sind.

Artikel 1. Die Angehörigen der contrahirenden Staaten sollen, so weit nicht in den nachfolgenden Artikeln 2 und 4 Beschränkungen festgesetzt sind, befugt sein, sich zu ihren Reisen, sei es auf den Eisenbahnen, mit der Post oder sonst, innerhalb der Gebiete der, der gegenwärtigen Uebereinkunft beigetretenen oder derselben künftig noch beizutretenden Staaten statt der gewöhnlichen in den resp. Staaten gesetzlich vorgeschriebenen Pässe künftighin der Paßkarten zu bedienen.

Artikel 2. Paßkarten dürfen nur solchen Personen ertheilt werden, welche 1. der Polizen-Behörde als vollkommen zuverlässig und sicher bekannt, auch 2. völlig selbstständig sind und 3. in dem Bezirke der ausstellenden Behörde (Artikel 6) ihren Wohnsitz haben. In Beziehung auf die Bedingungen unter 2. und 3. können ausnahmsweise Paßkarten ertheilt werden: a. Studirenden mit Zustimmung der betreffenden Universitätsbehörde, am Universitätsorte, b. Militairpersonen mit Genehmigung ihrer Militairvorgesetzten, an ihrem

Dec. 30. ihrem jedesmaligen Aufenthaltsorte, c. un- selbstständigen Familiengliedern auf den Antrag des Familienhauptes (Vaters oder Vormundes), jedoch nur wenn sie das 18te Lebensjahr überschritten haben, d. Handlungs- dienern auf den besonderen Antrag ihrer Principale, am Wohnorte der Letzteren.

Artikel 3. Ehefrauen und Kinder, welche mit ihren Ehegatten und Eltern, sowie Dienstboten, welche mit ihren Herrschaften reisen, werden durch die Paßkarten der Letzteren legitimirt.

Artikel 4. Die Paßkarten bleiben allen denjenigen versagt, a. welche nach den be- stehenden Gesetzen auch bei Reisen im In- lande paßpflichtig sind, jedenfalls den Hand- werksgefelln und Gewerbegehülfn, b. den Dienstboten und Arbeitsuchenden aller Art, c. denen, welche ein Gewerbe im Umher- ziehen betreiben.

Artikel 5. Die Paßkarten sind nur auf die Dauer eines Kalenderjahres gültig. In der äußeren Form derselben soll die möglichste Uebereinstimmung zwischen allen, dem Paß- kartenvereine angehörigen Regierungen beob- achtet werden. Für jedes Kalenderjahr wird zwischen den contrahirenden Regierungen eine besondere Farbe verabredet, in welcher die Paßkarten überall gleichmäßig ausgefertigt werden.

Artikel 6. Jeder der contrahirenden Re- gierungen bleibt überlassen, unter den zur Ertheilung von Pässen zu Reisen in das Ausland berechtigten Behörden diejenigen zu

zu bestimmen, welchen die Befugniß zur Dec. 30.  
Ertheilung von Paßkarten zustehen soll. Die  
Auswahl dieser Behörden wird mit besonderer  
Berücksichtigung der Garantie geschehen,  
welche das Interesse der öffentlichen Sicher-  
heit erfordert. Die von diesen Behörden  
ausgestellten Paßkarten werden in den  
Gebietstheilen der contrahirenden Staaten  
überall gleichmäßig respectirt.

Artikel 7. Eine Wisirung der Paßkarten  
findet nicht statt.

Artikel 8. Jeder Mißbrauch der Paß-  
karten, wohin insbesondere, außer der Fälschung  
derselben, die Führung einer auf eine dritte  
Person lautenden Karte, die wissentliche Ueber-  
lassung des Letzteren Seitens des Inhabers  
an einen Anderen zum Gebrauche als polizey-  
liches Legitimations-Mittel oder die fälschliche  
Bezeichnung von Personen als Familien-  
glieder oder Dienstboten (Artikel 3) zu rechnen  
ist, unterliegt den mit Rücksicht auf die in  
den einzelnen Staaten bestehende Polizey- und  
Criminalgesetzgebung festzusetzenden Strafen,  
welche, außer ihrer Bekanntmachung im  
verfassungsmäßigen Wege, auch auf der Paß-  
karte selbst zu vermerken sind.

Artikel 9. Jeder Angehörige eines der  
contrahirenden Staaten, welcher außerhalb  
desselben reiset, ohne einen Paß (Wander-  
buch) oder eine Paßkarte zu führen, hat zu  
gewärtigen, daß gegen ihn nach den wegen  
der nicht legitimirten Fremden bestehenden  
Vorschriften verfahren, insbesondere, daß er  
von der Weiterreise bis zu geführter Legi-  
timation ausgeschlossen wird. Art. 10.

Dec. 30. Artikel 10. Die Aufsicht über den Fremdenverkehr auf den Eisenbahnen wird von dem Polizeibeamten der Stationsorte gehandhabt; es bleibt jedoch einer Jeden der contrahirenden Regierungen überlassen, nach ihrem Ermessen den Zügen Begleitungs-Polizeibeamte beizugeben. In Fällen schleuniger polizeilicher Verfolgung eines verdächtigen Individuums sind die Polizeibeamten des einen der contrahirenden Staaten befugt, die Verfolgung in die Gebiete der anderen fortzusetzen, jedoch nicht um den Verdächtigen selbst zu verhaften; sondern nur um mit Vermeidung eines jeden durch schriftliche Benachrichtigung entstehenden Aufenthalts die nächste Polizei-Behörde von dem vorwaltenden Sachverhältnisse sofort mündlich zu unterrichten und zu der in der Sache erforderlich scheinenden Einschreitung aufzufordern.

Artikel 11. Die Bestimmungen der vorstehenden Uebereinkunft treten mit dem 1. Januar 1851 in Kraft; mit demselben Tage erlischt für die gegenseitigen Beziehungen der contrahirenden Staaten die Uebereinkunft vom 13/17. September 1841. Die Dauer der Wirksamkeit der gegenwärtigen Uebereinkunft wird zunächst auf den Zeitraum von Drei Jahren verabredet. Sie ist aber auf je weitere Drei Jahre als in Kraft befindlich für jede der contrahirenden Regierungen zu betrachten, welche nicht spätestens sechs Monate vor dem Ablaufe der Gültigkeit der Uebereinkunft dieselbe gekündigt hat.

Art. 12.



Artikel 12. Vorstehende Uebereinkunft Dec. 30. soll den gegenseitigen obersten Landesbehörden zur Genehmigung und Bestätigung vorgelegt, und die Auswechselung der darüber ausgefertigten Genehmigungs-Urkunden sobald als möglich bewirkt werden. Zu Urkund dessen haben die Commissarien dieselbe eigenhändig unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Dresden, den 21. Octbr. 1850.

- (L.S.) (gez.) Carl Friedr. Frank.
- (L.S.) : Friedrich Hellwig.
- (L.S.) : Cajetan Frhr. v. Tautphous.
- (L.S.) : Ernst Adolph Körner.
- (L.S.) : Carl Georg Ludwig  
Wermuth.
- (L.S.) : Friedrich Adolph Ernst  
v. Bassewig.
- (L.S.) : Ferdinand Gustav Adolph  
Schambach.
- (L.S.) : Hermann Schuderoff.
- (L.S.) : Carl Christian Rudolf  
Brückner.
- (L.S.) : Carl Heinrich Adolph  
von Hohnhorst.
- (L.S.) : Ferdinand Gustav Adolph  
Schambach, für Reuß  
älterer und jüngerer Linie.
- (L.S.) : Carl Georg Ludwig  
Wermuth, für Schaumburg-Lippe.
- (L.S.) : Georg Heinrich Olbers.
- (L.S.) : Carl Wilhelm Ascher.

Ver:

Dec. 30. Verhandelt Dresden, den 21. Octbr. 1850.

Anwesend für Preußen: der Geh. Ob.: Reg.: Rath Frank, der Geh. Legat.: Rath Hellwig, für Bayern: der Legat.: Rath, Kammerherr Freih. von Lautphodus, für Sachsen: der Geh. Reg.: Rath Kdrner, für Hannover: der Polizen: Director Dr. Bermuth, für Mecklenburg: Schwerin: der Reg.: Rath von Bassowik, für Sachsen: Weimar: der Geh. Reg.: Rath Schambach, für Sachsen: Altenburg: der Reg.: Director Schuderoff, für Sachsen: Coburg: Gotha: der Ministerial: Rath Brückner, für Braunschweig: der Kreis: Director, Kammerherr von Hohnhorst, für Reuß: Plauen, ältere und jüngere Linie: der Geh. Reg.: Rath Schambach, für Schaumburg: Lippe: der Polizen: Director Dr. Bermuth, für Bremen: der Senator Dr. Olbers, für Hamburg: der Dr. Asher.

Nachdem in den stattgehabten Conferenzen die Berathung über den Vertrag wegen erleichterter Legitimationsführung durch Paßkarten in den durch die nebenbezeichneten Commissarien vertretenen Staaten beendigt worden war, wurde für nöthig erachtet, die zur Ausführung dieses Vertrages erforderlichen gemeinsamen Anordnungen in nähere Erwägung zu ziehen. In Folge dessen einigten sich die Commissarien, unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer resp. Regierungen über folgende Festsetzungen.

1. Sämmtliche Paßkarten sollen nach dem anliegenden Formulare angefertigt werden, und demzufolge auf der ersten Seite: 1) das  
Wappen:

Wappenschild des betreffenden Staates, 2) das Dec. 30. Kalenderjahr, auf welches die Paßkarte lautet, 3) den Namen, Stand und Wohnort des Inhabers, 4) die Firma der ausfertigenen Behörde mit der Namensunterschrift und beigedrucktem Siegel, und 5) die Nummer des Paßkarten-Journals; auf der zweiten Seite: 6) das Signalement des Inhabers in den angegebenen 4 Rubriken und 7) dessen Namensunterschrift, so wie endlich auf dem Rande 8) die Hinweisung auf die gegen den Mißbrauch der Paßkarten in dem betreffenden Staate bestehenden Strafbestimmungen (Art. 8 des Vertrages) enthalten.

2. Der wünschenswerthen Gleichförmigkeit wegen werden sämtliche in den contrahirenden Staaten auszugebende Paßkarten in einer Officin angefertigt. Für die nächsten 3 Jahre wird die preussische Regierung, wie bisher, diese Anfertigung veranlassen. Im Jahre 1851 sollen blaue Paßkarten nach dem anliegenden Muster zur Anwendung kommen. Für die folgenden beiden Jahre wird die preussische Regierung die zu wählenden Farben den theilnehmenden Regierungen in Vorschlag bringen.

3. Die mit der Ausfertigung von Paßkarten beauftragten Behörden sollen angewiesen werden, ein Paßkarten-Journal zu führen, in welches die ausgefertigten Paßkarten unter fortlaufender Nummer einzutragen sind. Die Nummer des Journals muß auf der Paßkarte vermerkt werden. Ob über die producirten Paßkarten ein Journal

Dec. 30. nal zu führen sei, bleibt der Bestimmung der theilhaftigen Regierungen überlassen.

4. Da das den Paßkarten einzuverleibende Signalement sich nur auf die wesentlichsten Kennzeichen erstrecken kann, mithin eine genaue Angabe derselben um so unerläßlicher erscheint, hierbei aber, und insbesondere bei Ausfüllung der Rubrik „besondere Kennzeichen,“ häufig Mängel in der Bezeichnung wahrgenommen sind, so wird für nöthig erachtet, daß den ausstellenden Behörden eine sorgfältige und genaue Ausfüllung der angegebenen Rubriken des Signalements besonders zur Pflicht gemacht werde.

5. Um eine genaue Befolgung der in Gemäßheit des Vertrages und der zu dessen Ausführung ergehenden Vorschriften zu sichern, sollen die Polizen-Behörden angewiesen werden, die von ihnen wahrgenommenen, bei der Ausfertigung von Paßkarten an andern Orten begangenen Verstöße der ihnen vorgesetzten Behörde anzuzeigen, damit diese Verstöße zur Kenntniß der vorgesetzten Instanz derjenigen Behörde gelange, welche den Verstoß begangen hat.

6. Es erscheint zweckmäßig, daß, so lange das Bedürfniß nicht ein abermaliges Zusammentreten von Commissarien der contrahirenden Staaten erheischt, eine Verabredung über den Weg getroffen werde, auf welchem Wahrnehmungen und Vorschläge einer einzelnen Regierung in Beziehung auf die

die Ausführung des Vertrags zur Kenntniß Dec. 30.  
der übrigen Staaten zu bringen sind und  
auf welchem eine Einigung über etwa zu  
treffende Maaßregeln in möglichst kurzer Frist  
herbeizuführen ist. Die preussische Regierung  
erbietet sich, dergleichen Wahrnehmungen und  
Vorschläge, welche ihr von irgend einer Seite  
her zugehen, den übrigen betheiligten Staa-  
ten mitzutheilen, deren Erklärungen entge-  
genzunehmen und von dem Ereigniß sämt-  
liche Regierungen in Kenntniß zu setzen.

7. Jede der contrahirenden Regierungen  
verpflichtet sich, die in Beziehung auf den  
Vertrag erlassenen und noch zu erlassenden  
Verordnungen und Instructionen den übr-  
igen Regierungen mitzutheilen. Nicht minder  
wird jede Regierung diejenigen Behörden,  
welche sie zur Ertheilung von Paßkarten  
in ihrem Gebiete ermächtigt hat, den übrigen  
betheiligten Regierungen bezeichnen. Beide  
Mittheilungen können auf dem unter No. 6  
bezeichneten Wege gemacht werden.

8. Mit Rücksicht darauf, daß die dem  
Paßkarten-Vereine schon angehörigen Re-  
gierungen von Curhessen und den anhaltischen  
Herzogthümern bei den gegenwärtig geschlosse-  
nen Berathungen durch Commissarien nicht  
vertreten gewesen sind, sollen die gedachten  
Regierungen durch das preussische Gouverne-  
ment zum Beitritte zu der heute unterzeich-  
neten Uebereinkunft eingeladen und, falls  
sie ihren Beitritt erklären, so betrachtet  
werden, als wenn sie an dem Abschlusse  
dieser

Dec. 30. dieser Uebereinkunft selbst Theil genommen hätten.

Geschehen wie oben.

(gez.) Frank. Hellwig.  
von Tautphodus.  
Körner.

F. Wermuth.

F. von Bassewig.

F. Schambach.

H. Schuderoff.

K. Brückner.

E. von Hohnhorst.

G. H. Olbers.

E. W. Usher.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 30. December 1850.

## CCXII.

Dec. 30.

### Publicandum,

betr. die Loosung für das Hamburgische Contingent von den im Jahre 1830 Geborenen.

Im nächsten Jahre muß wiederum eine Ergänzung des Hamburgischen Contingentes aus der eigenen Bevölkerung nach Anleitung der durch Rath und Bürger-Schluß vom 6. September 1821 beliebten bürgerlichen Kriegspflicht-Ordnung beschafft werden.

Ein Hochedler Rath hat daher, unter Berücksichtigung der am 5. Juny 1822 erlassenen Verordnungen, so wie des Rath und Bürger-Schlusses vom 7. October 1841, die Geburtslisten des Jahres 1830  
durch

durch eine sorgsame Umschreibung und genaue Dec. 30.  
Nachfrage

- 1) für die Stadt innerhalb der Hauptwälle,
- 2) für das Gebiet mit Inbegriff der Vorstädte,
- 3) für das Amt Rixbüttel  
abgesondert berichtigen lassen.

Indem Ein Hochedler Rath die Listen des ersten und zweiten Loosungs-Districtes hieselbst zu allgemeiner Kenntniß bringt, fordert Er in Gemäßheit der bestehenden gesetzlichen Vorschriften, sämmtliche darin namhaft gemachte Personen auf, sich bis zum 8. Februar 1851 inclusive, und zwar die des ersten und zweiten Loosungs-Districtes im Bureau der Bewaffnungs-Commission, im Nebengebäude des interimistischen Rathhauses in der Admiralitätsstraße, die des dritten Districtes auf dem Amthause zu Rixbüttel zu melden.

Zugleich werden alle in diesen Listen etwa übergangenen Dienstpflichtigen des Geburtsjahres 1830, deren Eltern, Geschwister, Vormünder, Bevollmächtigte oder Curatoren, unter Androhung der gesetzlichen Strafen angewiesen, dieselben durch ihre Meldung zu vervollständigen, und sollen Diejenigen, welche wissentlich einen Sohn oder Mündel nicht angeben, einer angemessenen Strafe unterzogen werden. Das Gesetz bestimmt in dem 2. Abschnitt §. 3 obiger Verordnungen, daß ein in den Listen Uebergangener,

Dec. 30. gener, der sich nicht gemeldet hat, als ein solcher anzusehen sei, der sich der Kriegs-Dienstpflicht habe entziehen wollen; daß er ohne weitere Loosung als der erste in den Dienst eintreten müsse, oder den Umständen nach zu einem verlängerten Dienst von einem, zwei oder drei Jahren angestrengt werden solle. Alle, die zur Verheimlichung der Kriegs-Dienstpflichtigen beigetragen haben, werden, in Folge vorhergegangener Untersuchung der Polizen-Behörde, nach Maaßgabe ihrer Mitwirkung und ihrer mehr oder weniger bösslichen Absicht, von der Bewaffnungs-Commission in eine Geldstrafe von 2 bis 25 Rthlr. oder eine Gefängnißstrafe von 24 Stunden bis 4 Wochen verurtheilt. Absichtliche Verfälschungen und wirkliche Verbrechen werden im ordentlichen Wege mit dem Zuchthause bestraft, oder vorkommenden Umständen nach zum fiscalischen Proceß verwiesen.

Ein Hochedler Rath erwartet, daß jeder Dienstpflichtige bereit sei, seiner Pflicht ein Genüge zu leisten. Die Stellvertretung wird bei der bevorstehenden Aushebung beibehalten werden, und wird jede andere mögliche Erleichterung, sei es durch Tausch oder durch sonstige die Gleichheit der Rechte nicht verletzende Einrichtung, zur Anwendung gebracht werden.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.  
Hamburg, den 30. December 1850.



## CCXIII.

**Bekanntmachung,**

Dec. 31.

betr. das Paßwesen und namentlich das Paßkartens-  
Institut.

Auf den Grund des Rath- und Bürger-  
Schlusses vom 19. December 1850, betreffend  
das Paßwesen und die Ratification des  
zu Dresden am 21. October d. J. in  
Beziehung namentlich auf das Paßkartens-  
Institut mit mehreren der Deutschen Re-  
gierungen abgeschlossenen Vertrags,  
wird abseiten der unterzeichneten Polizen-  
Behörde das Nachstehende zur öffentlichen  
Kunde gebracht:

1. Vom 1. Januar 1851 an geht das  
gesamte Paßwesen an die Polizen-Behörde  
über. Von derselben werden, außer Pässen  
und Wanderbüchern, auch zur Erleichterung  
des Verkehrs Paßkarten ertheilt. Nur die  
s. g. Regierungspässe werden nach wie vor  
von der Senats-Kanzlei ausgestellt.

Das Paß- und Fremden-Bureau ist im  
Stadthause rechts, parterre, eingerichtet.  
Dasselbe ist an Wochentagen von Morgens  
9 bis Nachmittags 4 Uhr und Abends von  
6 bis 8 Uhr, so wie an Sonn- und Fest-  
tagen von Morgens 11 bis Nachmittags  
2 Uhr, regelmäßig geöffnet.

2. Die Paßkarten werden zu Reisen,  
sei es auf den Eisenbahnen, mit der Post  
oder sonst, innerhalb des Gebietes der dem  
Paßkarten-Vereine angehörigen Staaten,  
ertheilt. Diese Staaten sind:

XXI. Band.

Et

Preußen,

Dec. 31. Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Mecklenburg: Schwerin, Braunschweig, Sachsen: Weimar, Sachsen: Altenburg, Sachsen: Coburg: Gotha, Sachsen: Meiningen, Anhalt: Dessau und Cöthen, Anhalt: Bernburg, Keuß älterer und jüngerer Linie, Schaumburg: Lippe, Bremen und Hamburg.

3. Die Paßkarten werden nur an solche Personen ertheilt, welche

- A. der Polizen: Behörde als vollkommen zuverlässig und sicher bekannt, auch
- B. völlig selbstständig sind und
- C. hier in Hamburg oder auf Hamburgischem Gebiete, (mit Ausnahme des Amtes Rixdüttel), ihren Wohnsitz haben und heimathsberechtigt sind.

In Beziehung auf die Bedingungen sub A und B können ausnahmsweise Paßkarten ertheilt werden:

- a) an Militair: Personen mit Genehmigung ihrer Militair: Vorgesetzten,
- b) an unselbstständige Familien: Mitglieder auf den Antrag des Familienhauptes (Vaters oder Vormundes), jedoch nur, wenn sie das 18te Lebensjahr überschritten haben,
- c) an Handlungsdiener auf den besonderen Antrag ihrer Principale.

4. Die Paßkarten können hiernach namentlich nicht ertheilt werden:

- a) an Handwerksgefelln und Gewerbegehuelsen,

b)

b) an Dienstboten und Arbeitsuchende Dec. 31. aller Art,

c) an Diejenigen, welche ein Gewerbe im Umherziehen betreiben.

5. Ehefrauen und Kinder, welche mit ihren Ehegatten und Eltern, so wie Dienstboten, welche mit ihren Herrschaften reisen, werden durch die Paßkarten der Letzteren legitimirt.

6. Die Paßkarten sind nur auf die Dauer eines Kalenderjahres gültig. Es erlischt mithin die Gültigkeit einer jeden im Laufe des Jahres ertheilten Paßkarte mit dem 31. December des Jahres, in welchem sie ausgestellt worden.

7. Eine Visirung der Paßkarten findet nicht statt.

8. Ein jeder Hamburgische Angehörige, welcher künftig ausserhalb des Hamburgischen Gebietes reiset, ohne einen Paß, ein Wanderbuch oder eine Paßkarte mit sich zu führen, hat zu gewärtigen, daß gegen ihn nach den, wegen der nicht legitimirten Fremden bestehenden Vorschriften, verfahren, insbesondere, daß er an der Weiterreise bis zur geführten Legitimation verhindert wird.

9. Der Preis einer Paßkarte beträgt (der Stempel eingeschlossen) 1m $\frac{1}{2}$  4ß. Der Stempel eines Reisepasses beträgt künftig 1m $\frac{1}{2}$  8ß; jedoch bleibt der Preis des Passes unverändert auf 1m $\frac{1}{2}$  14ß festgesetzt.

10. Jeder Mißbrauch der Reiselegitimationen, wohin insbesondere

§ 2      außer

- Dec. 31.     außer der Fälschung derselben, die Führung einer auf eine dritte Person lautenden Reiselegitimation, die wissentliche Uebersetzung der Letzteren, Seitens des Inhabers an einen Anderen, zum Gebrauche als polizeiliches Legitimations-Mittel, oder  
               die fälschliche Bezeichnung von Personen als Familien-Mitglieder oder Dienstboten zu rechnen ist,  
               imgleichen ein falsches Zeugniß, in Betreff der Ausstellung von Reiselegitimationen, zieht eine den Umständen angemessene ungnädigliche Bestrafung nach sich.

Hamburg, den 31. December 1850.

Die Polizen-Behörde.

#### CCXIV.

- Dec. 18.     **B a u : O r d n u n g**  
               für das Städtchen Bergedorf.

Um dem Bedürfnisse zweckmäßiger und ausreichender polizeilicher Vorschriften für das Bauwesen im Städtchen Bergedorf abzuhelfen, haben die Senate der freien und Hanse-Städte Lübeck und Hamburg, nach stattgehabter Vernehmung von Rath und Zwölfmännern zu Bergedorf, unter Benützung und Ergänzung der in der Feuer-Ordnung vom Jahre 1822, so wie in der Verordnung vom 16. September 1842 enthaltenen Bestimmungen, die nachfolgende Bau-Ordnung für das Städtchen Bergedorf erlassen und dieselbe zur allgemeinen Nachachtung hiedurch bekannt zu machen verfügt.

§. 1.

## §. 1.

Dec. 18.

Bei allen neu zu erbauenden Wohnhäusern müssen sämtliche Umfassungsmauern massiv sein, so wie auch bei bereits vorhandenen Wohnhäusern, welche äußere Wände von Stenderwerk haben, diese, wenn sie gänzlich oder größtentheils erneuert werden, nur massiv wieder aufgeführt werden dürfen.

## §. 2.

Auch bei anderen, nicht zur Wohnung bestimmten Gebäuden kann die Erlaubniß zum Bau von der Bedingung massiver Mauern abhängig gemacht werden, wenn wegen der Bestimmung, der Lage oder anderer Umstände es zur Verhütung von Feuergefahr nöthig erscheinen sollte.

Soll ein bisher nicht zur Wohnung bestimmtes Gebäude zum Bewohnen eingerichtet werden, so kommen die nämlichen Grundsätze zur Anwendung, welche für den Bau neuer Wohnhäuser vorgeschrieben sind.

## §. 3.

Dagegen kann in einzelnen Ausnahmefällen die Erlaubniß zum Bau neuer Wohngebäude ohne massive Mauern erteilt werden, wenn nach Ermessen der beikommenden Baubehörde aus besondern Gründen die Auführung massiver Mauern bei denselben nicht wohl Statt finden kann. Doch muß in solchen Ausnahmefällen das Stenderwerk der Mauer von Eichenholz gemacht, und dieselbe mit gebrannten Backsteinen ausgemauert werden. (Vergl. §. 12.)

## §. 4.

Dec. 18.

## §. 4.

Diggen (Feuerheerde ohne Schornsteine), sowie Schornsteine, Statt des Mauerwerks von Flechtwerk aufgeführt, — sind gänzlich verboten, und müssen da, wo sie etwa noch vorhanden sein möchten, unverzüglich beseitigt werden.

Auf Böden, welche zur Aufbewahrung von Korn, Heu oder Stroh dienen, müssen die Pfannen in Strohdocken gelegt werden; Letztere sind aber vorher sorgfältig in Lehmwasser mit Allaun vermischt einzutauchen. Die demgemäße Abänderung der Dächer ist bis zum 1. May k. J. allgemein vorzunehmen. — Bei Neubauten sind auf solche Böden, welche zum Lagern von Korn, Heu und Stroh bestimmt sind, Dächer von flachen Dachziegeln oder s. g. Zungen zu legen.

## §. 5.

Schornsteine müssen die gehörige Höhe haben und sind aus dem Dache zu leiten. Sind Schornsteine noch vorhanden, welche nicht so eingerichtet sind, so sind sie vor dem 1. May k. J. ordnungsmäßig abzuändern.

## §. 6.

Die Umfassungsmauern der Feuerstellen müssen von wenigstens 8zölligem massiven Mauerwerk sein; falls Holz hinter diesen Mauern sich befindet, so muß solches durch einen, wenigstens 2zölligen freien Zwischenraum von den massiven Wandungen des Feuerheerds getrennt sein.

Bei

Bei Neubauten müssen die Ofenplätze Dec. 18. von massivem Mauerwerk ausgeführt werden; bei Setzung von Oefen in bereits stehenden Gebäuden aber, wo Holz im Mauerwerk sich befindet, und dasselbe nicht füglich weggenommen werden kann, ist eine massive Vorblendung von wenigstens 4 Zoll Stärke anzubringen.

## §. 7.

Hölzerne Giebel, die statt der Mauersteine mit Brettern bekleidet sind, dürfen hinfüro weder an Häusern noch Scheunen errichtet, noch dürfen solche Giebel, wo sie annoch vorhanden, wenn sie verfallen, ausgebessert und hergestellt werden.

## §. 8.

In allen Fällen wenn:

- 1) ein neues Gebäude errichtet, oder
- 2) an öffentlichen Straßen, Wegen und Gewässern an einem bereits vorhandenen Gebäude etwas gebauet, erneuert oder verändert werden soll, imgleichen
- 3) wenn die Außenwände eines Gebäudes, welches mit einer Feuerstelle versehen ist, ganz oder theilweise neu gebauet; endlich
- 4) wenn Feuerstellen neu angelegt oder verändert werden sollen,

so ist deshalb bei dem Bürgermeister Behufs der erforderlichen Besichtigung Anzeige zu machen. Die Unterlassung dieser Anzeige zieht eine Geldstrafe von 2 bis 5 Thlr. zum Besten der Armen-Anstalt nach sich.

Für

Dec. 18. Für Besichtigungen, welche abseiten der ganzen, aus dem Amtsverwalter, dem Rathe und den Baubürgern bestehenden Baubehörde gehalten werden, sind die bisher üblichen Gebühren mit 10 m $\frac{1}{2}$  4  $\beta$ , falls der Amtsschreiber und der Hausvogt nicht dabei gegenwärtig sind, für alle sonstigen Besichtigungen aber keine Gebühren zu entrichten.

§. 9.

Falls nur die Veränderung einer vorhandenen oder die Anlegung einer neuen Feuerstelle in einem bereits mit einer Feuerstelle versehenen Gebäude, oder eine Veränderung von Schornsteinen oder Ofenröhren beabsichtigt wird, verfügt der Bürgermeister die Beaufsichtigung durch zwei Feuergeschworene, auf deren Bericht der Baugenehmigt oder versagt wird.

Im letzteren Falle steht dem Betheiligten der Recurs an Rath und Zwölsmänner frei, die nach eingezogenem Gutachten von 4 Feuergeschworenen, und zwar der Regel nach von Denen, welche in jedem der 4 Quartiere der Amtsdauer nach die ältesten sind, oder falls darunter ein Zwölsmann, oder ein schon bei der ersten Besichtigung betheiligte gewesenener wäre, unter Zuziehung des zunächst auf den Behinderten folgenden, schließlich entscheiden.

Bei der Anlegung von Schornsteinen und Feuerstellen sind immer 3 Besichtigungen durch 2 Feuergeschworene zu halten, und zwar  
die



die Erste vor dem Anfange des Baues zur Dec. 18. Genehmigung, die Zweite zu einer mittleren Zeit während des Baues, sobald sich beurtheilen läßt, ob der Bau in der gestatteten Art ausgeführt wird, und sind Bauherren und Maurer verpflichtet, desfalls zur rechten Zeit Anzeige zu machen, die Dritte unmittelbar nach Vollendung des Baues und darf die Feuerstelle nicht eher in Gebrauch genommen werden, als bis diese Besichtigung Statt gehabt hat, und die angemessene Ausführung des Baues von der Behörde anerkannt ist.

#### §. 10.

Wenn an öffentlichen Straßen, Wegen und Gewässern gebauet oder etwas verändert werden soll, so wie überhaupt, wenn bei Bauten oder Veränderungen das öffentliche Interesse in Betracht kommt, oder das Amt theilhaft ist, veranlaßt der Bürgermeister eine Besichtigung durch die gesammte, im §. 8 bezeichnete Baubehörde.

Dieser Behörde gebührt der Regel nach die erste Entscheidung und findet dagegen der Recurs an Rath und Zwölfsmänner Statt. Erachtet jedoch der Amtsverwalter durch die Abgabe solcher Entscheidung das öffentliche Interesse gefährdet oder benachtheiligt, so wird auf sein Verlangen dieselbe ausgesetzt und die Sache zur Entscheidung der Visitation verstellt, gegen deren Ausspruch ein etwaniger Recurs an die Senate zu richten ist.

#### §. 11.

Dec. 18.

§. 11.

In allen anderen Fällen, so wie auch wenn in den, im §. 10 angeführten Fällen nur eine Ausbesserung Statt findet, bei der Alles an der Stelle bleibt, wo es bisher gewesen, halten ein Rathmann und die Baubürger unter Zuziehung und Vernehmung betheiligter Personen, wozu auch der Besitzer der Lohmühle zu rechnen ist, wenn an dem dahin fließenden Wasser gebauet wird, eine vorläufige Besichtigung und berichten über das Ergebniß an den Bürgermeister, welcher mit ihnen die Sache entscheidet, oder an die Baubesichtigungsbehörde verweist, wenn die Umstände solches nöthig machen.

In beiden Fällen findet Beschwerdeführung gegen die Entscheidung bei Rath und Zwölfsmännern Statt, welche (erforderlichenfalls nach eingezogenem Gutachten Sachverständiger) schließlich entscheiden.

§. 12.

Die im §. 3 erwähnte Ausnahme von der Vorschrift des massiven Baues bei neuen Gebäuden mit Feuerstellen kann nur nach vorgenommener Besichtigung durch die Bau-Besichtigungsbehörde und auf eingezogenes Gutachten von 4 Feuergezworenen, nach der Bestimmung im 2ten Absätze des §. 9, von Rath und Zwölfsmännern gestattet werden, bei deren Entscheidung es sein Bewenden hat.

§. 13.

## §. 13.

Dec. 18.

Wenn bei Bau-Besichtigungen privatrechtliche Verhältnisse in Betracht kommen, so hängt es von jedem der Betheiligten ab, ob er sich der Entscheidung der Besichtigungsbehörde unterwerfen oder die Verweisung der Sache in den Weg Rechts verlangen will. Im letzteren Falle wird, falls der Vergleichsversuch ohne Erfolg gewesen ist, ein Termin gesetzt, innerhalb welchem die Sache anhängig zu machen ist.

Inhibitorien oder sonstige provisorische Verfügungen sind bei dem Gerichte nachzusehen.

## §. 14.

Die Baubürger, so weit nöthig mit Hülfe des Polizeidieners, haben die Aufsicht über die Ausführung der Verfügungen in Bausachen. Wenn ein Bauherr der Entscheidung der Behörde nicht Folge leistet, oder dieselbe, wenn sie erforderlich ist (§. 9), nicht abwartet, so ist er zum Besten der Armen-Anstalt in eine Geldstrafe zu nehmen, die bis 50 Rthlr. steigen kann. In Fällen fortwährenden Ungehorsams kann die Strafe von 50 Rthlr. wiederholt erkannt werden, bis Folge geleistet wird. Die Strafe ist von der Besichtigungsbehörde, wenn diese entschieden hat, in anderen Fällen von Rath und Zwölfmännern zu erkennen.

Die Aufsicht über die, das öffentliche Interesse betreffenden Verfügungen in Bausachen steht dem Amtsverwalter zu, und hat derselbe in dieser Hinsicht die erforderlichen An-

Dec. 18. Anordnungen behufs Befolgung der Vorschriften zu erlassen, und Strafen zu erkennen, wogegen der Recurs an die Visitation offen steht, welche schließlich entscheidet.

§. 15.

Falls durch Uebertretung der Vorschriften dieser Ordnung eine Feuersbrunst herbeigeführt wird, so kann den Umständen nach gerichtliche Untersuchung eintreten, und die Vorschrift des §. 6 der neu revidirten Feuerordnung zur Anwendung kommen.

§. 16.

Bauhandwerker, welche beim Bau die Entscheidung der zuständigen Behörde nicht befolgen, sind zum Besten der Armen in 2 bis 10 Rthlr. Geldstrafe zu nehmen oder mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe zu belegen.

§. 17.

Der Polizeidiener und der Rathsdienner haben darauf zu achten ob heimlich oder vorschriftswidrig gebaut wird, und von solchen Contraventionsfällen dem Bürgermeister Anzeige zu machen.

Gegeben in den Senatsversammlungen zu Lübeck den 4. December und zu Hamburg den 18. December 1850.

CCXV.

Dec. 18. **Neurevidirte Feuer-Ordnung**  
für das Städtchen Bergedorf.

Da die Senate der freien und Hanse-Städte Lübeck und Hamburg es für erforderlich erachtet

achtet haben, die für das Städtchen Berge: Dec. 18. dorf erlassene und zuletzt im Jahre 1822 revidirte Feuer:Ordnung in einigen Puncten abzuändern und zu verbessern: so wird die nachstehende neurevidirte Feuer: Ordnung, wovon jedem Einwohner ein Exemplar zur Kenntnißnahme und Aufbewahrung zugestellt werden soll, hierdurch zur allgemeinen Nach: achtung bekannt gemacht.

### §. 1.

Damit, nächst göttlicher Hülfe, der Feuers: gefahr möglichst vorgebeugt werde, soll Jeder: mann auf Feuer und Licht sorgfältig Acht haben und besonders darauf sehen, daß keine Lichter in der Nähe der Betten gesetzt, die Ofenthüren wohl verschlossen und die Feuer: stätten gut verwahret und bedeckt, daß ferner die Asche nicht in hölzerne, sondern in stei: nerne oder metallene Gefäße, auch nicht auf die Böden und in die Keller oder an sonstige gefährliche Orte geschüttet und namentlich die Torf: Asche nicht in die Höfe oder auf die Gassen ausgeworfen werde. Insbesondere hat jeder Hauswirth dahin zu sehen, daß in den Häusern, wo Heu und Stroh, Hanf, Flachs und andere leicht brennende Sachen liegen, Niemand mit brennenden Lichtern, Tabacks: Pfeifen oder Cigarren sich solchen Sachen nähere, noch damit in Ställe und auf Böden gehe, und daß Jeder, welcher Abends oder während der Nacht daselbst etwas zu verrichten hat, mit einer ver: schlossenen Leuchte versehen sei.

### §. 2.

Dec. 18.

§. 2.

Des Braakens, Flachs- und Hanf-Trocknens hat Jeder sich in seinem Hause gänzlich zu enthalten, imgleichen darf Niemand Abends oder während der Nacht bei Licht Flachs und Hanf schwingen oder hecheln. Das Dreschen des Getraides auf den Hausdielen oder in den Scheunen ist zwar Abends bis 7 Uhr und vor Tages-Anbruch, eben so das Abwerfen von Korn oder Heu bei Licht gestattet, jedoch nur unter Anwendung von verschlossenen Leuchten. Auch ist es Niemanden erlaubt, mehr als ein, oder, so ferne er damit handelt, mehr als 5 Pfund Schießpulver im Hause zu haben, und muß solches auf dem Boden an einem entfernten und wohlverschlossenen Orte bewahrt werden. Alles Schießen im Städtchen und in dessen unmittelbaren Nähe bleibt, in Gemäßheit Verordnung vom December 1849 gänzlich verboten.

§. 3.

Niemand darf Erbsenstroh oder andere leicht Feuer fangende Materialien in den Straßen und Höfen nahe bei Gebäuden aufschichten, noch beladene Korn- oder Heu-Wagen des Nachts auf der Straße stehen lassen.

§. 4.

Die Schornsteine sind zu rechter Zeit, nach Vorschrift des desfalls besonders publicirten Mandats vom 22. Januar 1736, zu reinigen.

§. 5.

## §. 5.

Dec. 18.

In jedem Hause ist eine sogenannte Feuerpatsche zu halten.

Jeder Bürger hat bei Ausbruch eines Feuers wenigstens einen Eimer nach der Brandstelle zu bringen oder zu schicken.

## §. 6.

Die Feuer:Ältesten und Feuer:Geschworenen haben, Jeder in seinem Quartier, darauf zu achten, daß den Vorschriften der §§. 1 bis 5 nachgekommen werde; sie können deshalb eine Haus:Visitation vornehmen.

Die Nichtbefolgung der in diesen Paragraphen enthaltenen Vorschriften wird mit Geld-, und nach Umständen mit Gefängniß: Strafe belegt. Wird durch Nichtbefolgung dieser Vorschriften, oder sonst durch Vernachlässigung oder Absicht eine Feuersbrunst veranlaßt, so ist der Thäter nach den Umständen mit Gefängniß: oder mit Straf: Arbeitshaus: und schwerer Zuchthaus: Strafe zu belegen.

## §. 7.

Die besondere Aufsicht über die sämtlichen zum Löschten bestimmten Geräthschaften, namentlich auf die Sprüzen und deren Zubehör, die Zubringer, Leitern und Feuerhaken, so wie über die Sprüzenmannschaft, haben zwei Sprüzenmeister unter der Oberaufsicht und Controlle von zwei Feuer: Geschworenen zu führen und, falls irgend etwas mangelhaft oder beschädigt sein sollte, unverzüglich die Herstellung zu veranlassen.

Von

Dec. 18. Von denselben ist zugleich über die sämtlichen Löschgeräthschaften ein Verzeichniß zu führen und solches stets vollständig zu erhalten.

Damit man auch von der guten Beschaffenheit der Lösch-Anstalten um so gewisser sich überzeuge, soll jährlich eine Besichtigung der Geräthschaften und Probe der Sprühen in Gegenwart des Amtsverwalters und des Rathes gehalten werden, und sind, wenn sich etwas Fehlerhaftes findet, Diejenigen, durch deren Verschulden oder Nachlässigkeit solches entstanden sein möchte, deshalb zur Verantwortung zu ziehen und, den Umständen nach, gebührend zu bestrafen.

#### §. 8.

Würde aber dennoch, welches Gott in Gnaden abwenden wolle, eine Feuersbrunst entstehen, so soll Derjenige, in dessen Hause sich das Unglück ereignet, Feuergeschrei machen und die zunächst befindlichen Personen zu Hülfe rufen, im Unterlassungsfalle aber in eine nachdrückliche, nach Befinden der Umstände zu bestimmende, Strafe verfallen sein.

#### §. 9.

Einer der Nachbarn muß hiernächst sogleich der vor dem Amthause befindlichen Wache Anzeige von dem Feuer machen, worauf einer der Soldaten die an der Wache befindliche Trommel zu rühren und damit durch die Altstadt zu gehen hat. Eine andere, im Sprühenhause auf dem Mohnhofe befindliche Trommel muß der erste dort ankommende



kommende Sprühenmann rühren und damit Dec. 18. durch die Neustadt gehen. Ferner ist die Sturmglocke sogleich anzuziehen und sollen bei Nachtzeit die Wächter durch verstärktes Einstoßen ins Horn, durch Feuergeschrei und durch Anpochen an die Hausthüren die Schlafenden wecken.

#### §. 10.

Die vier Feuer: Ältesten müssen nach dem Sprühenhause eilen, um die Herbeiführung der Sprühen auf das Schleunigste zu veranstalten, mit solchen nach dem Orte, wo das Feuer ist, sich begeben, und sodann des daselbst gegenwärtigen Amtsverwalters und des Rath's fernere Verfügung erwarten.

#### §. 11.

Die Feuer: Geschwornen sollen unterdeß die Herbeischaffung der Haken, Leitern, Eimer und anderer erforderlichen Geräthe, insonderheit aber die beständige Zufuhr des Wassers, ein jeder in seinem Quartier, nach bestem Vermögen besorgen. Zu diesem Zwecke sind alle Sechszundvierziger, imgleichen die Schöpfungsführer, bei 5 Rthlr. Strafe schuldig, ohne Verzug ihre Pferde anzuspinnen und in den Brauerküsen, Orhosen und anderen dazu dienlichen Gefäßen von den nächsten Orten das Wasser herbeizuführen. Bei Frostwetter muß der Blickgraben an mehreren Stellen durch tägliches Aufeisen offen gehalten werden, und müssen, wenn solches bei heftigem und anhaltendem Frostwetter nicht füglich ges-

XXI. Band. U u schehen

Dec. 18. sehen kann, alle 50 Schritte Waaken im Eise gehauen werden.

§. 12.

Die Sprützen-Mannschaft ist, nebst dem Sprützen-Aufseher, sofort nach Ausbruch eines Feuers bei scharfer Strafe schuldig, nach dem Sprützenhause zu eilen, und den Befehlen der daselbst gegenwärtigen Feuer-Altesten ohne Widerspruch zu gehorchen, sich auch, wenn sie nach der Brandstelle geführt werden, von solcher nicht eher wegzugeben, als bis sie dazu von den Altesten ausdrückliche Erlaubniß bekommen.

§. 13.

Die Gasse und das Haus, worin das Feuer ausgebrochen ist, soll sofort mit genügender Mannschaft besetzt und bewacht werden, welche darauf zu sehen hat, daß die Sprützenleute nicht behindert, die Sprützen und Schlangen nicht beschädiget und daß die Güter der Nothleidenden erhalten, namentlich nicht, unter dem Vorwande der Rettung, gestohlen werden. Wer über solchen Diebstahl betreten, oder desselben überwiesen wird, soll auf das Strengste bestraft werden.

§. 14.

Ausser den Sprützenleuten darf Niemand, ohne dazu besonders aufgefordert zu sein, bei der Handhabung und dem Gebrauch der Sprützen helfen; die übrigen Anwesenden haben sich jedoch in zwei Reihen bis zum nächsten Wasser zu stellen, um durch Zureichung

reichung der Eimer einen hinlänglichen Wasser: Dec. 18.  
vorrath herbei zu schaffen.

§. 15.

Wenn ein Feuer bei Abend: oder Nacht: zeit ausbricht, soll jeder Hauswirth und Einwohner sogleich, bei 2 Rthlr. Strafe, Lichter vor die Fenster stellen und solche so lange brennen lassen, bis das Feuer gänzlich gedämpft ist.

§. 16.

Nachdem eine Feuersbrunst gelöscht worden, soll zur Verhütung ferneren Unglücks eine genügende Wachtmannschaft auf der Brandstelle stehen bleiben und so lange Wache halten, bis der Amtsverwalter und der Rath die Abführung derselben verfügen werden.

§. 17.

In den nächsten Tagen nach der Feuersbrunst soll durch den Amtsverwalter und Rath, mit Zuziehung der Feuer: Ältesten und Geschwornen, untersucht werden, ob die zum Löschen Bestellten ihrer Schuldigkeit nachgekommen, und werden dieselben, sowie Andere, welche sich dabei besonders hülfreich erwiesen, nach Befinden belohnt, diejenigen aber, welche ausgeblieben sind, oder sonst ihre Pflicht nicht erfüllt haben, ernstlich bestraft werden.

Gegeben in den Senatsversammlungen zu Lübeck den 4. December und zu Hamburg den 18. December 1850.

---

D r u c k f e h l e r.

S. 630 Z. 2: Erhöhung l. Erhebung.

---

# Register

über die in dem

zehnten bis ein und zwanzigsten Bande

enthaltenen

Hamburgischen

## Verordnungen

der Jahre 1827 bis 1850.



# R e g i s t e r.

A.	Bd.	S.
Abgaben, s. Auctionariat, Auctionen, Brandsteuer, Bürger-Militair-, Entfestigungs-, Erbschaften-, Erwerb-, Einkommen- und Luxussteuer, Feuer-Casse, Grundsteuer, Immobilien, Miethen, Stempel, Steuer (außerordentliche), Thorsperre, Vergnügungen, Zehnten-Amt, Zeitungen.		
R. u. B. Schluß betr. Verordnung über die Aufhebung und Ablösbarkeit der in den Grundrechten erwähnten Abgaben und Leistungen. 1849. Juni 25.....	XXI.	87
Abdruck derselben. 1849. Juni 29.....	—	100
Abgebrannte Stadtheile, s. Siede.		
R. u. B. Schluß betr. Beliebung eines Bauplans für dieselben. 1842. Juni 16.	XVII.	160
Desgl. 1842. Sept. 1.....	—	207
Desgl. betr. desfalliges Expropriations-Gesetz. 1842. Sept. 1.....	—	209
Desgl. betr. desfallige Kosten und Geldmittel. 1842. Sept. 1.....	—	211
Abdruck des Expropriations-Gesetzes. 1842. Sept. 9. ....	—	214
Bekanntmachung betr. dessen Publication. 1842. Sept. 9. ....	—	232
R. u. B. Schluß betr. Vergütung der Zinsen und Onera der seit 1. Jan. 1843 Expropriirten. 1843. Febr. 20.....	—	319

R. u. B. Schluß betr. bau- und feuerpolizeyliche Verfügungen bei den dortigen Bauten. 1842. Juni 16.....	XVII.	163
Verordnung über bau- und feuerpolizeyliche Vorschriften. 1842. Juli 29.....	—	192
Bekanntmachung betr. dieselbe. 1842. Juli 29.....	—	200
Zusätze zu derselben. 1843. Oct. 20....	—	434
Bekanntmachung betr. nähere Bestimmungen derselben. 1844. Febr. 14.....	XVIII.	10
Desgl. betr. nähere Bestimmungen und Änderungen. 1844. Nov. 18.....	—	376
Verfügung betr. Bezeichnung der auf den Brandstellen zu errichtenden Gebäude mit Nummern. 1842. Dec. 19.....	XVII.	291
Erneuert 1843. Juni 20.....	—	388
Warnung betr. die in dem abgebrannten Stadttheile angebrachten Höhen-Pfähle. 1842. Dec. 20.....	—	291
Bekanntmachung betr. die Straßennamen in demselben. 1843. Juni 26.....	—	388
Desgl. betr. Benennung der Straßen in der Umgebung der St. Nicolai Kirche. 1844. März 11.....	XVIII.	35
R. u. B. Schluß betr. Anlegung von Trottoirs in demselben. 1843. Dec. 14.....	XVII.	508
Abdruck der desf. Verordnung. 1843. Dec. 18.	—	516
Bekanntmachung betr. dieselbe. 1844. April 12.....	XVIII.	133
Desgl. betr. Ankauf von Granitsteinen in kleinen Quantitäten zu Trottoir-Ranten. 1845. März 14.....	XIX.	38
Verbot betr. Ausgießen von Wasser u. a. auf die Straßen im abgebrannten Stadttheile. 1845. Jan. 14.....	—	8
Accise, f. Fleisch, Zoll. Ueber 1827 bis 1843, f. Register des Bandes XII, XIII, XV und XVII.		



Bekanntmachung betr. Prolongation der Accise=Ordnung bis 1846. 1844. Dec. 16.	XVIII.	606
Consumtions = Accise = Verordnung und Accise=Tarif. 1844. Dec. 23. . . .	—	718
Desf. Bekanntmachung. 1844. Dec. 27.	—	836
R. u. B. Schluß betr. deren Prolongation mit Verbesserungen. 1846. Dec. 10. . . .	XIX.	345
Desgl. betr. Herabsetzung der Accise auf Koggenmehl. 1846. Dec. 10. . . . .	—	346
Desf. Bekanntmachung. 1846. Dec. 11.	—	359
Revid. Consumtions = Accise = Verordnung und Accise=Tarif. 1846. Dec. 18. . . .	—	363
Bekanntmachung betr. deren Publication. 1846. Dec. 21. . . . .	—	409
R. u. B. Schluß betr. Prolongation der Accise=Abgabe. 1849. Dec. 13. . . . .	XXI.	216
Desf. Bekanntmachung. 1849. Dec. 19.	—	225
Desgl. betr. deren Prolongation. 1847. Mai 10. . . . .	XX.	53
Desgl. desgl. 1847. Juli 1. . . . .	—	130
Desf. Bekanntmachung. 1847. Juli 5.	—	134
Desgl. betr. Wägung des bei Brandshof passirenden Schlachtviehes. 1847. Dec. 27.	—	237
Desgl. betr. Aufhören der Herabsetzung der Accise von Koggenmehl. 1847. Dec. 30.	—	239
R. u. B. Schluß betr. deren Prolongation mit Modificationen. 1848. Nov. 27. . . .	—	413
Bekanntmachung betr. Abänderungen in dem Accise=Tarif. 1848. Dec. 27. . . .	—	469
Tarif der Consumtions=Accise. 1848. Dec. 27.	—	472
Acten=Versendung, f. Ober=Appellationsgericht.		
Actuaris, f. Prätoren.		
Aemter, f. Lehrlinge. Tischler.		
Ueber das General=Reglement für die Aemter und Bruderschaften f. Bd. XIV.		
Befehl wegen Aufenthaltes der Gesellen in den Herbergen. 1830. . . . .	XI.	167
	Be=	

	Bd.	S.
Bekanntmachung rücksichtlich Forderungen hiesiger Hauswirthe an fremde Gesellen, welche wandern müssen. 1831. Sept. 3.	XI.	627
Bekanntmachung betr. Verbot des Wanderns der Handwerksgeſellen nach der Schweiz u. andern Ländern. 1835. März 30.	XIV.	104
Deſgl. wider Verbindungen und Mißbräuche unter den deutschen Handwerksgeſellen. 1840. Dec. 23.	XVI.	268
Deſgl. betr. Veräußerung der Geräthschaften privileg. Aemter. 1835. April 13.	XIV.	189
Deſgl. betr. Verfahren wider die Einſchwärzung amtswidriger Artikel. 1835. Mai 23.	—	220
Befehl betr. Aufenthaltſkarten der Geſellen. 1850. Mai 23.	XXI.	533
R. u. B. Schluß betr. das revidirte Aemter-Reglement. 1840. Mai 25.	XVI.	68
Abdruck deſſelben. 1840. Juni 26.	—	87
R. u. B. Schluß betr. Ausſetzung der Reviſion auf zwei Jahre. 1850. Juni 13.	XXI.	574
Bekanntmachung betr. Anmeldung fremder, hier in der Lehre ſtehender Burſchen bei der Polizei. 1843. Nov. 7.	XVII.	474
Deſgl. betr. Zulaffung der Handwerksgeſellen in Deſterreich. 1847. Aug. 30.	XX.	145
Aemter-Gericht. Bekanntmachung betr. deſſen Registratur und die in deſſen Sachen Statt findenden Gebühren. 1835. April 28.	XIV.	193
Deſgl. betr. Exhibition des Provocations-Libells in deſſen Sachen. 1836. März 22.	—	336
R. u. B. Schluß betr. die Amtsdauer der graduirten Mitglieder. 1844. März 14.	XVIII.	39
Allermöhe, ſ. Willwärder.		
Alſter, ſ. Fiſcherei, Schießen. Verbot wider die Verunreinigung des Alſter-Baſſins. 1831. Oct. 14.	XI.	678
Bekanntmachung betr. Ausſhauen des Eiſes auf der Alſter. 1835. Dec. 14.	XIV.	302
Ver		

Bd. C.

Verfügung betr. Spielen und Angeln der Kinder auf dem Landungsplatze. 1840.	
Sept. 29. ....	XVI. 211
Befehl wider Vermiethung von Fahrzeugen auf der Alster an Kinder. 1841. April 16.	— 385
Erneuert 1843. Juni 19. ....	XVII. 387
Taxe für die Fährleute auf der Außen-Alster. 1844. Juni 7. ....	XVIII. 190
Verfügungen für Rudersfahrten. 1844.	
Sept. 17. ....	— 349
Desgl. 1845. Sept. 3. ....	XIX. 113
Warnung betr. Eispassage auf der Alster. 1847. Dec. 20. ....	XX. 224
Desgl. betr. Betretung des Eises der Alster. 1848. Dec. 24. ....	— 465
Bekanntmachung betr. die Benutzung der Landungsplätze. 1849. Febr. 2. ....	XXI. 16
Alsterschiffahrt, s. Fuhrsbüttel. Schleuse.	
Anleihe, s. Börse. Feuer-Casse. Hafen. Schlachthäuser. Scholarchat. Staatsschuld.	
Apotheker, s. Medicinalwesen. Verfügung betr. Verfahren bei Prüfung eines Apotheker-Lehrlings. 1847. März 6. ....	XX. 12
Arbeiter, s. Fremde. Tagelöhner.	
Propositio Senatus betr. Verordnung wegen der im Hafen beschäftigten Arbeiter. 1845.	
April 24. ....	XIX. 54
Arbeitsleute. Verfügung betr. Taxe derer am Baumhause. 1833. ....	XII. 350
Desgl. 1834. ....	XIII. 90
Archiv, s. Bd. XI.	
Bekanntmachung betr. Zurücklieferung von Acten öffentlicher Behörden an dieselben. 1842. Juni 7. ....	XVII. 146
Desgl. betr. auf dem Stadtarchive vermiste Documente von Privatpersonen. 1843.	
März 27. ....	— 334
R. u. B. Schluß betr. außerordentliche Ausbülfe für dasselbe. 1844. Nov. 28.	XVIII. 383
	Arz

Armen-Ordnung, f. Bergeborf. Billwärder. Collecten. Geestlande. Pfänder.		
Mandat betr. Sammeln mit der Armen- büchse. 1845. Jan. 31. ....	XIX.	13
R. u. B. Schluß betr. Erlaß eines Vor- schusses von 6751 $\frac{1}{2}$ 15 $\beta$ an die All- gemeine Armen-Anstalt. 1848. Sept. 7.	XX.	333
Arreste, f. Lübeck. Extr. Prot. Senatus betr. Arrestfreiheit der Gagen der besoldeten Mit- glieder des Bürger-Militärs. 1828. Dec. 8.	X.	223
R. u. B. Schluß betr. Arrestfreiheit der Zahlungen und Leistungen der öffentlichen Verwaltungs-Behörden. 1834. Dec. 11.	XIII.	329
Bekanntmachung betr. dies. 1834. Dec. 19.	—	334
Arretirungen. Ordre betr. dies. 1821. Nov. 14.	XIX.	416
Arsenik. Verfügung betr. dessen Verkauf als Ratten- und Mäusegift. 1840. Nov. 7.	XVI.	217
Asphalt, f. Bauten.		
Auctionariat. R. u. B. Schluß wegen Pro- longation der Abgaben des Auctionariats. 1849. Dec. 13. ....	XXI.	217
Bekanntmachung ders. 1849. Dec. 19.	—	224
Auctionen, f. Ausruf. R. u. B. Schluß wegen Prolongation der Abgabe von Auctionen. 1849. Dec. 13. ....	—	217
Bekanntmachung ders. 1849. Dec. 19.	—	224
Bekanntmachung betr. ermäßigte Kosten der Bücher-Auctionen. 1838. Sept. 10.	XV.	284
Desgl. betr. die Prolongation der Kosten- ermäßigung derselben. 1841. Sept. 27.	XVI.	504
Desgl. betr. die Kosten derselben. 1843. Dec. 8.	XVII.	499
Verfügung wider Unordnungen bei Auctio- nen von Mobilien, Effecten &c. 1833. Jan. 18.	XII.	230
Conclusum Senatus betr. Ansetzung eines Verkaufstermines auf Antrag des Credi- tor hypothecarius. 1847. Nov. 3. ...	XX.	164
Aufkäuferei. Bekanntmachung betr. Auf- käuferei v. Obst u. Gemüsen. 1830. Aug. 25.	XI.	217
Auflauf, f. Tumulte.		

Bd. S.

Auswandernde. Ren. Bekanntmachung, daß truppweise vereinigt reisend sie nicht zuzulassen. 1829. Nov. 20. ....	XI.	104
Renovirt 1832. Juli 4. ....	XII.	99
Revid. Verordnung betr. Verschiffung der über Hamburg nach andern Welt- theilen Auswandernden. 1850. Juni 3.	XXI.	560
Bekanntmachung betr. Verschiffung von Auswanderern. 1850. Juni 3. ....	—	573
Desgl. wider das Anwerben derselben. 1837. Aug. 22. ....	XV.	110
Desgl. wider angebliche Agenten der Regie- rung zum Engagiren von Auswanderern. 1838. Oct. 23. ....	—	290
Desgl. betr. das Auswanderungswesen hie- selbst. 1839. Juli 23. ....	—	445
Ausrufs-Ordnung. R. u. B. Schluß über Zusätze zu derselben. 1832. Oct. 11. ....	XII.	118
Aussetzungen, s. Prätores.		
Ausspielgeschäfte, s. Lotterien.		
Autoren, s. Bund, deutscher.		

## B.

Baakenwärder, s. Theerhof.		
Backöfen, s. Feuer-Polizien.		
Baden, s. Elbbade-Anstalt. Befehl wegen der Badestellen. 1831. Juni 28. ....	XI.	384
Instruction für den Bade-Aufseher auf dem Grasbrook. 1833. ....	XII.	309
Instruction für die beiden Bade-Aufseher daselbst. 1840. April 27. ....	XVI.	27
Aufforderung and. Badenden. 1834. Mai.	XIII.	82
Bekanntmachung wider das Mitnehmen von Hunden nach dem Badeplatz auf dem Grasbrook. 1834. Mai 26. ....	—	82
Desgl. betr. am Badeplatz erforderliche Aufsicht. 1834. August 13. ....	—	290
Desgl. betr. den Badeplatz auf dem Gras- brook. 1840. Mai 19. ....	XVI.	38

Vor

- Vorschriften für die in der Elbe Baden-  
den, den Dampfschiffen nicht zu nahe zu  
kommen, und nicht ohne Begleitung über  
die Elbe zu schwimmen. 1840. Mai 1. XVI. 34
- Bader, s. Wundärzte.
- Bäcker, s. Brodt. Bekanntmachung wider  
das Austreten der Bäckergefelln auß der  
Arbeit. 1848. Juni 26..... XX. 314
- Deßgl. an die Bäckergefelln. 1848. Juni 29. — 315
- Ballast, s. Elbe.
- Bank. Notification in Betreff des Bank-  
schlusses. 1830. Dec..... XI. 275
- Deßgl. 1839. Dec. .... XV. 516
- N. u. B. Schluß betr. Entlassung eines  
Bankbürgers. 1839. Dec. 17..... — 524
- Bekanntmachung betr. Schließung der  
Bank am Charfreitage. 1841. Dec. 13. XVI. 605
- Notification an die Interessenten der  
Bank. 1842. Mai 6..... XVII. 105
- Deßgl. betr. Abschreibung an die Silber- und  
Lehn=Conten der Bank. 1842. Mai 28. — 139
- N. u. B. Schluß betr. den Preis des ein-  
zubringenden Silbers. 1846. Aug. 6.. XIX. 254
- Deßf. Bekanntmachung. 1846. Aug. 7. — 257
- Deßgl. betr. Zinse für Belehnung auf Pfaster  
und Dollars. 1846. Aug. 11..... — 258
- Bankzettel, s. Stempel.
- Barbiere, s. Wundärzte. Verfügung betr.  
reisende Barbiergefelln. 1834. Oct. 14. XIII. 301
- Barmbeck, s. Jahrmarkt. Verordnung in An-  
sehung der Schule zu Barmbeck. 1833. Mai. XII. 306
- Deßgl. 1844. Juni..... XVIII. 194
- Bau=Conducteur, s. Rißebüttel.
- Bau=Deputation. Bauten, s. Feuer=Casse.  
Spirituosen. Befehl betr. Unruhen der  
Arbeiter auf dem Bauhose. 1832. März 31. XII. 78
- Bekanntmachung betr. Eintheilung der  
Stadt in fünf Bezirke für die Verwal-  
tung der Bau=Deputation. 1834. Jan. XIII. 29
- Deßgl.

	Bb.	C.
Desgl. 1838. Jan. ....	XV.	168
R. u. B. Schluß betr. Additament zum Reglement derselben v. J. 1814, nebst Besoldungs-Etat. 1840. Dec. 17. ....	XVI.	252
Desgl. betr. dessen Revision. 1840. Dec. 28.	—	271
Abdruck des Additaments. 1840. Dec. 30.	—	276
R. u. B. Schluß betr. abgeänderte Verfä- gungen zu dem Additamente. 1842. Dec. 1.	XVII.	258
Abdruck derselben. 1842. Dec. 2. ....	—	266
Tarif der Gebühren des beeidigten Geo- meters. 1841. Aug. 13. ....	XVI.	468
Bekanntmachung betr. dessen Anstellung u. Publicirung des Tarifs. 1841. Aug. 13.	—	477
Desgl. betr. dessen Verlängerung. 1844. Febr. 9.	XVIII.	8
Bauhof, s. Wagen.		
Baumgeld, s. Hafen.		
Baumhaus, s. Arbeitsleute.		
Baumwolle. Bekanntmachung betr. das Trocknen nasser Baumwolle. 1830. Jan. 11.	XI.	111
Bau-Ordnung, s. Abgebrannte Stadttheile.		
R. u. B. Schluß betr. Errichtung von Seiten- mauern durch Brandmauern bei Neu- bauten. 1833. Oct. 31. ....	XII.	427
Bekanntmachung desfalls. 1833. Nov. 4.	—	429
Verfügung betr. sichere Einrichtung der Bau- und sonstigen Gerüste und Stellagen. 1840. Jan. 15. ....	XVI.	6
Erneuert 1842. Oct. 15. ....	XVII.	239
Desgl. betr. Abbrechen von Gebäuden. 1840. Jan. 29. ....	XVI.	13
Desgl. betr. bei Privatbauten zu setzende Warnungspfähle. 1840. Juni 19. ....	—	86
Mandat wider Dachbedeckungen mit Asphalt und ähnlichen Stoffen. 1840. Oct. 7. . .	—	212
Mandat betr. Dachdeckung mit Asphalt. 1841. Aug. 4. ....	—	466
Revid. desf. Mandat. 1842. Dec. 5. . .	XVII.	269
Bedingungen zur Anlegung von Asphalt- Trottoirs. 1841. Sept. ....	XVI.	517

	Bd.	S.
Vorschrift wegen Arbeitsstunden für die Arbeiter der Bau-Deputation. 1841. Oct. 21.	XVI.	526
Propositio Senatus betr. eine Allgemeine Bau-Ordnung. 1845. Dec. 16.....	XIX.	156
Desgl. 1845. Dec. 29.....	—	164
R. u. B. Schluß betr. Regulirung von Gassen und Canälen. 1845. Dec. 16...	—	157
R. u. B. Schluß betr. Verbreiterung des Brotschrangens und der großen Reichenstraße. 1850. Oct. 31.....	XXI.	617
Beerdigungen, s. Leichen. Etatismäntel.		
Beichte. Bekanntmachung betr. die für die Beichtthandlung zu gestattende Zeit. 1829. Febr. 9.....	XI.	3
Desgl. betr. Einführung einer allgemeinen öffentlichen Beichte. 1843. April 19....	XVII.	340
Belgien. Begünstigung der Hamburg. Flagge in den Belg. Häfen. 1832. Aug. 18...	XV.	646
Convention zwischen Hamburg und Belgien betr. Aufhebung aller Abzugsgebühren. 1841. Aug. 25.....	XVI.	486
Bergedorf, s. Cholera. Eisenbahn. Elbschiffahrt. Eslingen. Jagd. Kirchwärder. Ober-Appellations-Gericht. Vierlande. Wirthschaften. Wittwen-Casse.		
Verordnung wegen auswärtiger Confirmation der Kinder im Amte. 1828. Febr. 6.	XI.	2
Gesinde-Ordnung für das Amt und Städtchen. 1830. Juli.....	—	194
Nachträgliche Verordnung über die allgemeine Kriegspflichtigkeit in dem Amt und Städtchen. 1831. April 11.....	—	331
Bekanntmachung betr. Ausführung vorstehender Verordnung. 1831. Juli 5....	—	384
Verordnung gegen Beerdigen innerhalb des Städtchens. 1832. Oct. 26.....	XII.	129
Desgl. wegen der Todesbezeugungen im Amte und Städtchen. 1832. Oct. 26...	—	129



	Bd.	S.
Anhang zur Medicinal-Ordnung. 1832.		
Dec. 7. ....	XII.	152
Armen-Ordnung für d. Städtchen. 1834.	XIII.	3
Verordnung wider eigenmächtige Erhöhung oder Eindämmung in der Nähe der Wille belegener Flächen. 1835. Nov. ....	XIV.	289
Desgl. betr. Verlegung und Einstellung ab- geschaffter Festtage. 1838. Febr. 21. ....	XV.	181
Tarif des für die Wegestrecke auf ge- meinschaftlichem Gebiet zu entrichtenden Chausseegeldes. 1838. Febr. 28. ....	—	183
Mandat wider fremde Hausirer im Amte. 1839. Juli 5. ....	—	439
Bekanntmachung betr. das Expropria- tions-Gesetz. 1840. Mai 22. ....	XVI.	39
Rev. Verordnung betr. Gerichtsverfassung des Amtes, nebst Ober-Appellations-Ge- richts-Ordnung. 1841. Juni. ....	—	401
Regulativ betr. Zunftwesen des Städtchens. 1841. Aug. 13. ....	—	483
Bekanntmachung betr. Wechsel des Directorii. 1842. Mai 14. ....	XVII.	124
Nachtrag zu der Bekanntmachung des Directorii vom 11/16. Juni 1823 über den Wechsel des Directorii und zu der rev. Verordnung vom 9/14. Juni 1841 betr. Gerichtsverfassung. 1848. Sept. 6.	XX.	328
Verordnung betr. Einrichtung eines Rathes- und Friedensgerichtes für das Städtchen. 1848. Nov. 17. ....	—	390
Desgl. über Erweiterung des §. 9 unter No. 2 der rev. Verordnung betr. Gerichts-Ver- fassung des Amtes v. J. 1841. 1848. Dec. 11.	—	462
Desgl. betr. neue Gebäude im Städtchen. 1842. Sept. 16. ....	XVII.	234
Bekanntmachung betr. im Lande belegene Grundstücke und Capitalien Unmündiger im Städtchen. 1842. Sept. 30. ....	—	236
		Ber-

	Vd.	Σ.
Verordnung wider Nachdruck, so wie zum Schutz musikalischer u. dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung. 1846. Oct. 4.	XIX.	119
Vormundschafts = Ordnung für die Stadt. 1846. Sept. 4. ....	—	275
Verordnung über Tauf-, Confirmations-, Trau- und Todten-Register. 1846. Sept. 4.	—	289
Bekanntmachung betr. Vertragsmäßige Befreiung von Ausgangszoll und Transit- Abgabe in Bergedorf. 1846. Sept. 4.	—	310
Desgl. betr. Aufhebung der Censur im Amte. 1848. März 15. ....	XX.	276
Verordnung betr. das Mahlgeld auf der Mühle zu Bergedorf. 1849. Juni 14.	XXI.	85
Desgl. betr. die Wahl der Abgeordneten zum Staatenhause. 1849. Dec. 21. ..	—	309
Desgl. gegen d. unbefugte Schießen. 1849. Dec.	—	350
Bekanntmachung betr. die Einsetzung des Bundes-Schiedsgerichtes. 1850. Jan. 11.	—	489
Verordnung betr. Entfreierung von der Kriegsdienstpflicht. 1850. April 3. ...	—	547
Desgl. betr. Aufhebung der aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden Abgaben und Leistungen. 1850. Sept. 23.	—	596
Bau = Ordnung für das Städtchen. 1850. Dec. ....	—	652
Neu rev. Feuer = Ordnung für dasselbe. 1850. Dec. ....	—	660
Betteley, s. Fastnacht. Sagerplätze.		
Bekanntmachung betr. fortwährende Bet- teley. 1830. März. ....	XI.	164
Notification über Bestrafung der Bettler und Vagabonden. 1830. Sept. ....	—	237
Bewaffnungs-Commission, s. Bundes-Contin- gent. Kriegspflicht.		
Bierkarrenlehne, s. Brauwesen.		
Bille, s. Bergedorf.		

<b>Billwärder. Notification betr. Erhebung einer außerordentlichen Steuer zum Besten der Kirche zu Moorfleth. 1828. Aug. 29.</b>	<b>X.</b>	<b>210</b>
<b>Desgl. betr. die Kirche zu Allermöhe. 1838. März 16.....</b>	<b>XV.</b>	<b>108</b>
<b>Desgl. betr. dieselbe. 1845. Jan. 24....</b>	<b>XIX.</b>	<b>11</b>
<b>Desgl. betr. dieselbe. 1849. Aug. 20....</b>	<b>XXI.</b>	<b>131</b>
<b>Desgl. betr. die Kirche zu Billwärder an der Bille. 1838. Juni 16. ....</b>	<b>XV.</b>	<b>276</b>
<b>Desgl. 1848. April 12. ....</b>	<b>XX.</b>	<b>285</b>
<b>Publicandum betr. die in Billwärder, im Ausschlage und auf dem Billwärder Neuendeiche fahrenden Mühlen- und andere Wagen. 1835. Dec. 21. ....</b>	<b>XIV.</b>	<b>306</b>
<b>Desgl. 1842. Juni 10.....</b>	<b>XVII.</b>	<b>147</b>
<b>Bekanntmachung betr. Fahren auf dem Deiche zu Billwärder an der Bille. 1839. März 26. ....</b>	<b>XV.</b>	<b>376</b>
<b>Desgl. wider dasselbe mit schwerem Frachtfuhrwerke. 1850. Aug. 30. ....</b>	<b>XXI.</b>	<b>589</b>
<b>Desgl. wider Beschädigung der Fußwege an der Straße durch Billwärder. 1841. Juli 20.</b>	<b>XVI.</b>	<b>464</b>
<b>Feuer = Cassen = Ordnung v. J. 1800, revidirt 1834. ....</b>	<b>—</b>	<b>743</b>
<b>Rev. Armen = Ordnung des Billwärder Neuendeichs und des Billwärder Ausschlags. 1836. Mai. ....</b>	<b>XIV.</b>	<b>377</b>
<b>Desgl. für Billwärder an der Bille. 1836. Sept. 10. ....</b>	<b>—</b>	<b>423</b>
<b>Blockwagen, s. Wagen.</b>		
<b>Blatigel. Verfügung betr. Einbringung von Blutigeln. 1831. Aug. 24. ....</b>	<b>XI.</b>	<b>612</b>
<b>Börse. Vergl. Bd. XVI.</b>		
<b>Bekanntmachung betr. unter der Börse liegende Schuten. 1838. Aug. 11....</b>	<b>XV.</b>	<b>283</b>
<b>R. u. B. Schluß betr. den von den Börsensperregeldern an die Makler-Wittwen-Casse zu zahlenden Beitrag. 1843. Febr. 20.</b>	<b>XVII.</b>	<b>321</b>
<b>Desgl. für 1842. 1845. Oct. 23. ....</b>	<b>XIX.</b>	<b>131</b>
<b>Bor-</b>		

	Bd.	S.
Borstel (Groß). Verordnung in Ansehung der Schule. 1834. März 15. ....	XIII.	53
Botanischer Garten, s. Scholarchat.		
Brand, der große, s. Dant.		
Bekanntmachung betr. dessen Erinne- rungsfeier. 1843. April 19. ....	XVII.	338
Desgl. 1844. April 17. ....	XVIII.	135
Brandmauer, s. Bauten.		
Brandsbof. Bekanntmachung betr. das daselbst und bei der Billischanze zu erhebende Brückengeld. 1843. Dec. 8. ....	XVII.	500
R. u. B. Schluß betr. Uebernahme der östlichen Schleuse und Erbauung einer steinernen Kastenschleuse. 1846. Aug. 6.	XIX.	255
Brandstätte, s. Bd. XVII.		
Brand-Versicherungs-Association, s. Bd. XVII.		
Brandsteuer, R. u. B. Schluß, betr. deren Bewilligung auf 5 Jahre. 1842. Juni 16.	XVII.	158
Desgl. betr. desfallige Verordnung. 1842. Dec. 1. ....	—	256
Abdruck derselben. 1842. Dec. 7. ....	—	272
Prolongation derselben mit Abänderungen. 1847. Oct. 28. ....	XX.	159
Rev. Verordnung. 1847. Nov. 8. ...	—	183
Bekanntmachung betr. deren Publication. 1847. Nov. 22. ....	—	193
Prolongation ders. bis 1849. 1848. Sept. 7.	—	333
Prolongation ders. bis 1850. 1849. Febr. 21.	XXI.	24
Desgl. bis 1851 mit Abänderungen. 1850. März 14. ....	—	539
Bekanntmachung ders. 1850. März 18.	—	541
R. u. B. Schluß betr. Erlaß eines Bier- theiles für 1844. 1844. Juni 6. ....	XVIII.	185
Desgl. für 1845. 1845. Juli 31. ....	XIX.	88
Propositio Senatus betr. eine außerordent- liche Brandsteuer. 1849. Juli 12. ....	XXI.	175
Desgl. 1849. Sept. 20. ....	—	160
R. u. B. Schluß betr. Erhebung von zwei Drittheilen derselben. 1850. Sept. 19.	—	592
		Be

	Bd.	S.
Bekanntmachung betr. dies. 1850. Dec. 20.	XXI.	630
Brasilien. R. u. B. Schluß wegen Ratification einer Handels-Convention. 1828. Febr. 21.	X.	69
Abdruck derselben . . . . .	—	70
Bekanntmachung betr. gleichmäßige Be- handlung der Hamburg. und Brasil. Schiffe in den gegenseitigen Häfen. 1848. Jan. 31.	XX.	250
Brauwesen. R. u. B. Schluß wegen Auf- hebung der Bierfarrenlehne. 1828. Juli 3.	X.	139
Desgl. Bekanntmachung. 1828. Sept. 24.	—	196
Desgl. wegen der Aufsicht bei dem Darren u. der Anlegung neuer Darren. 1836. Juni 15.	XIV.	382
Bremen, s. Bundes-Contingent.		
Brennspiritus, s. Spirituosa.		
Brod, s. Bäcker. Ern. Notification wegen des während der Jahrmärkte hereinzu- bringenden Brodtes. 1828. Dec. 17. . .	X.	253
Bekanntmachung wegen Ausgebung des Brodtes in Bäckerladen. 1831. Oct. 23.	XI.	690
Publicandum wider heiml. Hereinbringung von Brodt in die Thore. 1832. Juni 18.	XII.	88
Bekanntmachung betr. Gewicht und Ver- kauf der Roggenbröbte, so wie Ausstellung einer Wagschale in den Verkaufsläden. 1847. Mai 3. . . . .	XX.	44
Desgl. für St. Pauli. 1847. Mai. . . .	—	45
Desgl. für St. Georg. 1847. Juni 1. . .	—	111
Brodtschranken. R. u. B. Schluß betr. Ent- schädigung für Einziehungen beim Neubau der Häuser an der Ecke des Brodtschranken und der gr. Reichenstraße. 1850. Oct. 31.	XXI.	617
Brookthor, s. Thorsperre.		
Brückengeld, s. Brandshof. Grassbrook. St. Pauli.		
Brunshauer Zoll, s. Elbschiffahrt. Matler.		
Buden. Anzeige an die Besitzer der Buden auf den Brücken u. Straßen. 1822. Juli 12.	XII.	5
Bekanntmachung betr. Benützungsort der Buden. 1832. Jan. 12. . . . .	—	4

# XVIII

	Bd.	S.
Budget-Entwurf für 1844. ....	XVIII.	185
Desgl. für 1845. ....	XIX.	88
Desgl. für 1846. ....	—	256
Desgl. für 1847. ....	XX.	158
Desgl. für 1848. ....	—	333
Desgl. für 1849. ....	XXI.	115
Desgl. für 1850. ....	—	592
Bürger. R. u. B. Schluß betr. Norm der Legitimation der Erbgesessenheit. 1832.		
Oct. 11. ....	XII.	119
Publicandum desfalls. 1833. Nov. 13.	—	445
Bürger = Recht, f. Ehe. Wedde. Bekannt- machung betr. Anmeldung zum Bürger- werden. 1830. Juli 12. ....	XI.	193
R. u. B. Schluß betr. Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Herrn James Colquhoun. 1834. Sept. 18. ....	XIII.	296
Desgl. betr. Verordnung über die Gewinn- nung, die Kosten und die Aufhebung des Bürgerrechtes. 1838. Dec. 20. ....	XV.	316
Abdruck derselben. 1839. Jan. 2. ....	—	348
R. u. B. Schluß betr. Prolongation der- selben, nebst Abänderung des Anhangs. 1843. Dec. 14. ....	XVII.	510
Desf. Bekanntmachung. 1843. Dec. ...	—	514
R. u. B. Schluß betr. Prolongation bis 1845. 1844. Dec. 16. ....	XVIII.	607
Desf. Bekanntmachung. 1844. Dec. 18.	—	610
R. u. B. Schluß betr. Verordnung über das Hamb. Bürgerrecht. 1845. Oct. 23.	XIX.	127
Abdruck derselben. 1845. Oct. 29. ....	—	135
Bürger-Convente. Publicandum betr. Be- rechtigung zum Erscheinen in den bür- gerlichen Conventen. 1831. Sept. 5. ....	XI.	627
Ferner desfalls. Publicandum. 1831. Sept. 7. ....	—	632
		R.

R. u. B. Schluß betr. Zulassung der Bataillon=Chefs und der Capitaine des Bürger=Militairs zu St. Pauli. 1837. Dec. 7.....	XV. 132
Bekanntmachung betr. daß von Erbges. Bürgern zu besuchende Kirchspiel. 1843. Dec. 6.....	XVII. 487
Bürger=Militair, s. Feuer=Wache. Propositio Senatus betr. einige Verhältnisse des Bür- ger=Militairs. 1834. Nov. 13. ....	XIII. 305
R. u. B. Schluß betr. einige Verhältnisse des Bürger=Militairs. 1834. Dec. 11..	— 329
Publicandum über Abänderungen der daß Bürger=Militair betr. Verordnungen. 1834. Dec. 12.....	— 332
Bekanntmachung über Befreiung vom Bürger=Militair während der Dienstzeit der zum Contingente Berufenen. 1835. Oct. 12.....	XIV. 263
R. u. B. Schluß betr. Befreiung der Land- bewohner vom Dienste und Organisation desselben in der Vorstadt St. Pauli. 1836. Dec. 1.....	— 446
Bekanntmachung desfalls. 1836. Dec. 14.	— 448
Desgl. betr. Reorganisation des 7. Bataillons des Bürger=Militairs. 1837. April 12.	XV. 32
Desgl. betr. Organisation des Bürger- Militairs in St. Pauli. 1837. Juni 21.	— 82
Desgl. betr. den activen Dienst des 8. Ba- taillons des Bürger=Militairs. 1837. Oct. 27.....	— 121
R. u. B. Schluß betr. den dem Chef des Bürger=Militairs zu ertheilenden Titel und Rang eines Obersten. 1839. Dec. 12..	— 515
Bekanntmachung betr. die Anmeldung der Freiwilligen. 1848. März 14. ....	XX. 275
Desgl. betr. Zuziehung der Reserve für das Bürger=Militair zum Wachdienste. 1848. Juni 14.....	— 312

	Bd.	S.
N. u. B. Schluß betr. Abänderungen des Reglements wegen der Dienstpflichtigkeit und des Reclamations-Verfahrens. 1848. Nov. 27.....	XX.	409
Abdruck derselben. 1848. Dec. 6.....	—	429
Propositio Senatus betr. Bürger-Militair- Steuer. 1848. Nov. 27.....	—	410
N. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1849. Jan. 4.....	XXI.	3
Desgl. 1849. Jun. 25.....	—	89
Desf. Verordnung. 1849. Jun. 29....	—	104
N. u. B. Schluß betr. Aufhebung des Wahlgesetzes vom 6. Dec. 1849. ....	—	219
Bekanntmachung betr. die Wahlen zu Officieren und Unterofficieren. 1849. Dec. 14.....	—	221
Desgl. betr. Recurse von Entscheidungen der Reclamations-Commission. 1850. Juni 24.	—	581
Propositio Senatus betr. Gehalt des Quar- tiermeisters. 1848. Nov. 27.....	XX.	410
Desgl. betr. dasselbe. 1849. Jan. 4.....	XXI.	4
Band, deutscher, s. Aemter. Bergedorf. Cartelle. Reich. Rißbüttel.		
Publicandum betr. die der Bundes- Versammlung eingereichten Adressen über öffentliche Angelegenheiten des Bundes. 1831. Nov. 18.....	XI.	699
Beschlüsse derselben vom 28. Juni 1832, betr. Maaßregel zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deut- schen Bunde. ....	XII.	93
Beschluß derselben vom 5. Juli 1832, betr. desfallsige fernere Maaßregeln....	—	99
Auszug Protocolles der 33. Sitzung dersel- ben vom 6. Sept., betr. den Nachdruck und den Mißbrauch der Presse. 1832. Oct. 3.	—	111
N. u. B. Schluß betr. Ernennung der Spruchmänner. 1834. Nov. 13. ....	XIII.	307



Publicandum wegen gemeinsamer Maaßregeln der Bundesstaaten, hinsichtlich der Universität und anderer Lehr- und Erziehungs-Anstalten Deutschlands. 1835. Mai 11. ....	XIV. 203
Bekanntmachung betr. Beschlüsse über den Schutz der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen und dramatischer Werke. 1841. Juni 14. ....	XVI. 417
Publicandum über den Beschluß vom 6. Aug. 1846, betr. communistische Vereine. 1847. Sept. 13. ....	XX. 147
Bekanntmachung betr. Farben des deutschen Bundes. 1848. März 25. ....	— 279
Bundes-Contingent, s. Bürger-Militair.	
Publicandum betr. Aufruf dienstpfligtiger Freiwilliger. 1831. März 30. ....	XI. 324
N. u. B. Schluß betr. Vereinigung der Hanseatischen Halbbrigade mit dem Oldenburgischen Contingente. 1831. April 14. ....	— 353
Desgl. betr. Kosten des diesseitigen Bundes-Contingentes .....	— 353
Bekanntmachung betr. Ergänzung des Bundes-Contingentes. 1831. Juni 3. ....	— 360
N. u. B. Schluß betr. Abschließung eines Vertrages unter Oldenburg, Lübeck und Bremen über die gemeinschaftliche Brigade im Frieden. 1833. Mai 2. ....	XII. 257
Desgl. über die die Verhältnisse des Bundes-Contingentes ordnenden Verträge. 1834. Febr. 20. ....	XIII. 45
Schluß-Acte zur Regulirung der innern Verhältnisse des 10ten Bundes-Armee-Corps. 1834. Juni 27. ....	— 99
Desgl. der 2ten Division desselben. 1834. Oct. 14. ....	— 171
	Con-

	Bd. C.
Convention wegen Verbindung des Olden- burgischen und der Hanseatischen Contingente zur 3ten Brigade des 10ten Corps. 1834. Jan. 6.....	XIII. 219
Zusatz=Acte zur vorgedachten Convention. 1834. Jan. 6.....	— 252
R. u. B. Schluß betr. Verlängerung der Convention zwischen den freien Hanse- städten und Oldenburg über die Vereini- gung der resp. Contingente zu Einer Brigade bis 1845. 1838. März 15. ....	XV. 190
Desgl. betr. Prolongation bis 1851. 1844. April 25.....	XVIII. 137
Desgl. betr. Abänderung des §. 39. 1846. Juni 18. ....	XIX. 246
Desgl. betr. Zusatz=Acte II. zu der vor- gedachten Convention. 1843. Febr. 20.	XVII. 318
Abdruck derselben .....	— 393
R. u. B. Schluß betr. Kündigung der Brigade=Convention. 1850. Oct. 31..	XXI. 615
R. u. B. Schluß betr. Additional=Acte zur Hanseatischen Militair=Convention. 1843. Febr. 20.....	XVII. 318
Abdruck derselben .....	— 404
Militair=Convention zwischen den freien Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg. 1834. Febr. ....	XIII. 257
Bekanntmachung über Eröffnung des Bureaus der interimistischen Bewaffnungs- Commission. 1835. Jan. 10.....	XIV. 49
Desgl. betr. Stellvertretung der auszuloo- senden Mannschaft. 1835. Jan. 12...	— 49
Desgl. betr. Verlängerung des Termins zur Anmeldung bei der Bewaffnungs=Com- mission. 1835. Jan. 26.....	— 53
Bekanntmachung betr. Stellvertreter für die Kriegsdienstpflichtigen und den des- falligen Verein. 1835. Febr. 7.....	— 59
	Desgl.

Bd. C.

Desgl. betr. die Zulässigkeit der Stellvertretung für die im Jahre 1828 gebornen Wehrpflichtigen. 1849. März 2. ....	XXI.	36
Desgl. betr. das Fortbestehen derselben. 1850. Jan. 21. ....	—	501
Desgl. betr. Beibringung der Beweismittel über den Tod der in den Jahren 1811 bis 1813 Gebornen. 1835. Febr. 27. ....	XIV.	90
Desgl. betr. Anfang der Ausloosung zur Completirung des Contingentes für die Districte des Jahres 1811. 1835. März 2. ....	—	92
Desgl. betr. Unzulässigkeit der Reclamationen der Dienstpflichtigen während der Ausloosung. 1835. März 16. ....	—	97
Desgl. betr. Eintritt der Dienstpflichtigen in das Contingent, sowie die Reclamationen. 1835. März 27. ....	—	100
Desgl. betr. Sistrung der Pflichtigen zum Kriegsdienst. 1835. April 13. ....	—	190
Desgl. betr. nicht aufgefundene Dienstpflichtige. 1835. Mai 26. ....	—	220
Desgl. betr. Verlängerung des Termins für die abwesenden Dienstpflichtigen. 1835. Oct. 28. ....	—	267
Publicandum betr. Loosung für das Contingent aus den 1814 bis 1828 Gebornen, s. Bd. XVII. XIX. XX.		
Desgl. betr. 1829. 1850. Jan. 21. ....	XXI.	502
Desgl. betr. 1830. 1850. Dec. 30. ....	—	646
Bekanntmachung betr. Loosung der Dienstpflichtigen aus den Jahren 1814 bis 1827, s. Bd. XVI. — XX.		
Desgl. betr. 1828. 1849. Jan. 15. ....	—	13
Desgl. betr. 1829. 1850. Jan. 23. ....	—	503
Desgl. betr. Reclamation wegen Kriegsdienstpflicht. 1836-1847, s. Bd. XVII. XX.		
Desgl. betr. dieselbe. 1849. Jan. 22. ....	—	14
Desgl. betr. dieselbe. 1850. Febr. 11. ...	—	512

Be

Bekanntmachung über die für Wider- spenstige erklärten Dienstpflichtigen von 1811 bis 1826, s. Bd. XVII. — XX,	
Desgl. 1827. 1850. Jan. 28. ....	XXI. 504
R. u. B. Schluß v. J. 1839. Juni 6. betr. Maaßregeln zur vollständigen Er- haltung des Contingentes. ....	XV. 401
Bekanntmachung betr. Vortheile des freiwilligen Eintretens in das Contingent. 1841. Jan. 22. ....	XVI. 299
Desgl. betr. Ergänzung des Contingentes durch die Aushebung. 1841. März 22.	— 376
Desgl. betr. die Obliegenheiten der noch nicht activen Contingentspflichtigen. 1849. Juni 29. ....	XXI. 109
R. u. B. Schluß betr. Pension für den Brigade-Intendanten Garvens. 1848. Sept. 21. ....	XX. 359
Propositio Senatus betr. Pension für den Brigade-Commandeur Generallieutenant von Gayl. 1848. Sept. 21. ....	— 359
R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1849. Febr. 21. ....	XXI. 26
Bundes-Schiedsgericht, Bekanntmachung betr. dessen Einsetzung. 1849. Sept. 14.	— 138
Bestimmungen über das Verfahren vor demselben. 1849. ....	— 142
Bußtag. Bekanntmachung betr. Ansetzung eines allgem. Bußtages. 1842. Juni 29.	XVII. 174
Desgl. betr. dieselbe auf den zweiten Donners- tag im November. 1848. Oct. 11. ....	XX. 373
Butter. Bekanntmachung wider betrü- gerische Erhöhung des Gewichtes der Butter. 1848. Juni 22. ....	— 314

## C.

Canceley. R. u. B. Schluß wegen Erhöhung des Gehaltes der zweien jüngsten Secre- tariats-Cancellisten. 1829. Dec. 17. ....	XI. 108
--	---------

Carricaturen, f. Spottbilder.		
Cartelle. Allgemeine Cartell-Conven- tion der souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands. 1831. Febr. 28.	XI.	285
Publicandum betr. den dieselbe ergän- zenden Bundes-Beschluß vom 17. März 1832. 1832. Juni 4. ....	XII.	82
Censur. Bekanntmachung betr. deren Auf- hebung. 1848. März 9. ....	XX.	266
Central-Casse, f. Bd. XI.		
Central-Gewalt, f. Reichsgesetze.		
R. u. B. Schluß betr. Vereinbarung über die Einsetzung einer neuen interimistischen Centralgewalt für Deutschland. 1849. Dec. 13. ....	XXI.	215
Charfreitag, f. Bank.		
R. u. B. Schluß betr. Feier desselben. 1841. Dec. 9. ....	XVI.	604
Chaussée- und Weg-Geld, f. Poststraßen.		
Chloroform. Bekanntmachung betr. deren An- wendung. 1849. März 2. ....	XXI.	38
Cholera, f. das Register des Bandes XII.		
Bekanntmachung betr. den Dank an die Ärzte. 1848. Nov. 8. ....	XX.	387
Desgl. über das Erlöschen der Cholera- Epidemie. 1849. März 3. ....	XXI.	39
Collateral-Steuer, f. Erbschafts-Steuer.		
Collecten. Die Collecten der Jahre 1827 bis 1848 f. in den Registern der Bde. X—XX.		
1) Für die Armen-Ordnung.		
1849. März 12. ....	—	50
— Nov. 28. ....	—	214
1850. Febr. 27. ....	—	525
— Dec. 6. ....	—	625
2) Für die im Kriege fürs Vater- land Verwundeten u.		
1849. Oct. 3. ....	—	182
1850. Sept. 27. ....	—	602
		3)

3) Für das Waisenhaus.	Vd. C.
1850. Oct. 14. ....	XXI. 614
4) Für das allgemeine Kranken-	
haus. 1849. Oct. 8. ....	— 203
Communisten, s. Bundestag.	
Concerte, s. Kirchen = Musiken. Bekannt-	
machung betr. gegen Bezahlung statt-	
findende Concerte. 1834. Jan. ....	XIII. 38
Desgl. revidirte. 1847. Febr. ....	XX. 10
Conditior = Waaren. Bekanntmachung betr.	
deren Färbung, Vergoldung u. Versilberung.	
1831. April 7. ....	XI. 328
Desgl. auf Spielzeug ausgedehnt. 1832.	
Dec. 14. ....	XII. 156
Desgl. betr. Färberei von Kuchen und	
Spielzeug. 1833. Nov. 4. ....	— 430
Desgl. betr. Färbung des Zuckerwerks, des	
Papiers und der Liqueure. 1834. Mai.	XIII. 84
Confirmation. Bekanntmachung über Ein-	
führung einer öffentlichen Confirmation.	
1832. März 23. ....	XII. 44
Constituierende Versammlung, s. Verfassung.	
Consuln. Reglement für die Hamburgischen	
Consuln. 1842. Oct. ....	XVII. 521
Contingent, s. Bundes-Contingent.	
Costarica. R. u. B. Schluß betr. den Ver-	
trag mit derselben. 1849. Dec. 27. ....	XXI. 319
Cuxhaven, s. Cholera. Lootsen.	
Bekanntmachung betr. die Hinlegung von	
zwei schwarzen Tonnen im Strome. 1850.	
Juli 15. ....	— 582
Criminal-Actuarien. R. u. B. Schluß betr.	
deren Wahl. 1838. Juni 27. ....	XV. 279
Criminal-Recht, s. Polizei.	

## D.

Dänemark, s. Holstein.

Daguerreotypie. Verbot des Verkaufes der  
zu derselben benutzten Baumwolle. 1846.

März 1. ....	XIX. 191
	Dampf =

Bd. C.

Dampfbagger. R. u. B. Schluß betr. Anschaffung eines Dampfbagger's. 1844. Dec. 16.	XVIII. 608
Bekanntmachung betr. den Dampfbagger und die Taucherglocke auf der Elbe. 1845. Juli 4.	XIX. 81
Fernere desgl. 1845. Aug. 16.	— 110
Dampfschiffe, s. Grassbrook. Verordnung für die Capitaine der Dampfschiffe. 1838. April 23.	XV. 262
Taxe am Landungsplatze derselben in der Vorstadt St. Pauli. 1844. Aug.	XVIII. 331
Befehl betr. Liegen derselben an der Brücke. 1839. Mai 31.	XV. 397
Ordre für die Capitaine derselben, welche den provisorischen Landungsplatz in der Vorstadt St. Pauli benutzen. 1839. Juni 9.	— 408
Desgl. betr. den Landungsplatz am Grassbrook. 1839. Juli.	— 446
Patronats=Verfügung zur Verhütung der Ueberfüllung der Dampfschiffe bei Luftfahrten. 1844. Juli 16.	XVIII. 300
Landherrl. desgl. betr. das Dampfschiff Primus. 1840. Aug. 8.	XVI. 172
Bekanntmachung betr. Regeln über das gegenseitige Ausweichen von Dampfschiffen. 1841. Jan. 2.	— 294
Anstellung von Marine=Beamten auf der Landungsbrücke und Abgabe an dieselben, s. Schifffahrt= und Hafen=Deputation.	
Bekanntmachung betr. den Tarif für Benutzung der beiden Landungsbrücken. 1841. Juni 23.	— 434
R. u. B. Schluß betr. Uebereinkunft wegen Patentirung einiger Dampfschiffe zwischen hier und Harburg. 1845. April 24.	XIX. 52
Bekanntmachung betr. das Dampfschiff Phönix. 1850. März 16.	XXI. 557
Dankfest, s. Collecte. Erndte. Feste.	

Dank=

- Dankagung an das Ausland. Erbges. Bürgerschaft stimmt für dieselbe. 1842.  
Juni 23. .... XVII. 170
- R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1843. Mai 8. — 345
- Darren, f. Brauwesen.
- Decken. Bekanntmachung betr. Ausklopfen der Fuß- und anderer Decken. 1839.  
Mai 24. .... XV. 394
- Dedicationen. Bekanntmachung betr. Dedicationen und Zusendungen an E. H. Rath. 1829. Oct. 5. .... XI. 91
- Erneuerung derselben. 1841. Mai 12. .... XVI. 391
- Deichthor, f. Thore.
- Deserteure, f. Cartelle.
- Diebstahl, f. Kampen.
- Bekanntmachung wider Entwendungen und diebische Veruntreuungen auf Schiffen.  
1836. März 11. .... XIV. 332  
1841. März 24. .... XVI. 381
- Mandat wider Schiffsdiebstähle. 1839.  
Juni 21. .... XV. 426
- Erneuert 1842. Aug. 4. .... XVII. 203
- Desgl. wider Diebstähle in den Holzhäfen.  
1841. April 22. .... XVI. 388
- Warnung vor dem Ankauf von entwendetem Kupfer, Eisen u. s. w. 1842. Mai 23. XVII. 137
- Dienstboten, f. Gesinde.
- Drachen. Warnung betr. f. g. Drachen.  
1834. Sept. 19. .... XIII. 296
- Drillhaus, f. Alster.
- Droschken, f. Gassen. Grassbrook.  
Bekanntmachung wegen Vertheilung der Droschken-Stationen. 1836. Jan. 18. ... XIV. 325
- Verfügung betr. Disponibilität der auf ihren Stationsplätzen haltenden Droschkentutscher. 1838. Juli 12. .... XV. 281
- Desgl. betr. Fuhrlohn der Droschkentutscher für Fahrten zur Nachtzeit. 1844. Febr. 19. XVIII. 20
- Desgl.



Bd. C.

Desgl. betr. Droschken und revidirte Taxe derselben, getroffen mit den vorstädtischen und Land- Behörden. 1845. Febr. ....	XIX.	31
Revidirte desgl. 1846. Dec. 1. ....	—	332
Düpe. R. u. B. Schluß betr. Uebernahme der Düpe in den Privatsfleeten. 1840. Nov. 12.	XVI.	222

## C.

Ehen. Verordnung die f. g. wilden Ehen betr. 1833. Mai 13. ....	XII.	304
Ämtliche Aufforderung die f. g. wilden Ehen betr. 1834. April 5. ....	XIII.	74
Aufforderung zur Erwerbung des Bürgerrechts durch die in f. g. wilder Ehe Lebenden. 1837. Juli 19. ....	XV.	101
Ehrenbürger, f. Bürger.		
Eiden. R. u. B. Schluß betr. Verordnung über das Verfahren bei der Abnahme von Eiden. 1849. Juni 25. ....	XXI.	88
Abdruck derselben. 1849. Juni 29. ....	—	98
Eigenthums-Veränderungen, f. Immobilien.		
Eimsbüttel, f. Poststraßen.		
Einquartierung. Bekanntmachung betr. diejenige von Bundesstruppen. 1848. Sept. 14. ....	XX.	349
Mandat betr. das Einquartierungswesen. 1849. März 23. ....	XXI.	52
R. u. B. Schluß betr. Reglement für die Einquartierung von Reichstruppen. 1849. April 16. ....	—	59
Abdruck desselben. 1849. April 23. ....	—	61
Bekanntmachung betr. die Einquartierung in bestimmte Stadttheile. 1849. Aug. 16.	—	126
Desgl. betr. die mit derselben zu belegenden Bezirke und die Verpflegung der Truppen. 1849. Aug. 16. ....	—	127
Desgl. betr. die Ausdehnung des Bezirkes für dieselbe. 1849. Aug. 17. ....	—	129
Desgl.		

	Bd.	S.
Desgl. betr. die Büreaux der Central-Com- mission für dieselbe. 1849. Aug. 18...	XXI.	130
Desgl. betr. die Abstempelung der Quartier- Billette. 1849. Aug. 30.....	—	135
Desgl. betr. die bevorstehende allgemeine Umquartierung. 1849. Sept. 3.....	—	136
Desgl. betr. einen Aufschub derselben. 1849. Sept. 4.....	—	137
Desgl. betr. die nunmehrige Ausführung derselben. 1849. Sept. 6.....	—	137
Verfügung in Bezug auf die Quartierung der Bundestruppen. 1849. Sept. 26..	—	176
Bekanntmachung betr. die Bezahlung für Einquartierung. 1849. Sept. 26.....	—	177
Desgl. betr. die Entschädigungsgelder in den Geestlanden. 1849. Oct. 4.....	—	182
Desgl. betr. eine neue Umlegung der Truppen und die Reclamationen. 1849. Oct. 25.	—	203
Desgl. betr. Verlegung des Bureauß der Commission. 1849. Nov. 2.....	—	206
Desgl. betr. Vereinfachung der Auszahlung für die Einquartierung. 1850. Jan. 21.	—	500
Desgl. betr. Erweiterung des Einquartierungs- Rayons. 1850. Juli 22.....	—	584
Eis, f. Alster. Elbe. Bekanntmachung wegen Wegschaffung des Eises u. Schnees und Reinhaltung der Rinnsteine. Erneuert 1831. Dec. 2. ....	XI.	711
Desgl. 1840. Dec. 30.....	XVI.	275
Desgl. 1849. Jan. 13.....	XXI.	12
Warnung betr. die Ablattungen auf dem Eise. 1840. Dec. 18.....	XVI.	255
Eisenbahn. R. u. B. Schluß betr. die An- wendung des Expropriations-Gesetzes auf eine Eisenbahn von Hamburg über Bergeedorf bis an die Elbe und desß. Concession. 1840. Mai 25.....	—	67
Desfallige Concession. 1840. Juni 1...	—	73
		R.

Bd. C.

N. u. B. Schluß behufs Erweiterung des Eisenbahnhofes. 1845. Juli 31.....	XIX.	90
Desgl. desfalls u. Zoll- und Accise-Erhebung. 1846. Juni 18. ....	—	245
Bekanntmachung betr. das Bahnpolizey-Reglement für die Hamb.=Berged. Eisenbahn auf dem Hamburgischen Gebiete. 1842. April 25.....	XVII.	86
Desgl. betr. dasselbe auf dem beiderstädtischen Gebiete. 1842. April 25.....	—	86
Bahnpolizey-Reglement. 1842. Apr. 27.	—	87
Verfügungen betr. Eröffnung der Eisenbahn. 1842. Mai 5.....	—	100
Warnung betr. Uebergänge derselben. 1842. Mai 5. ....	—	101
N. u. B. Schluß betr. Ratification der zu Berlin vollzogenen Verträge betr. eine Eisenbahn zwischen Hamburg und Berlin am rechten Elbufer. 1841. Dec. 9.....	XVI.	603
Vertrag zwischen Preussen, Dänemark, Mecklenburg-Schwerin, so wie Lübeck und Hamburg, betr. Herstellung der gedachten Eisenbahnverbindung. 1842. Febr. 18...	XVII.	4
Verordnung betr. Schutz des auf beiderstädtischem Gebiete liegenden Theils der Berlin-Hamburger Eisenbahn und des Verkehrs auf demselben. 1850. März 25.	XXI.	543
N. u. B. Schluß betr. Betheiligung des Staates in Actien der Eisenbahnen zwischen Berlin und Hamburg. 1843. Juni 1...	XVII.	384
Desgl. betr. Uebernahme von 5160 Actien bei der Hamburg=Bergedorfer Eisenbahn und desf. Anleihe. 1845. Juli 31.....	XIX.	88
Elbbade-Anstalt, s. Tollenführer.		
Verfügung wider das Schwimmen und Fischen neben der neuen Elbbade-Anstalt. 1835. Mai 9. ....	XIV.	202
Verbot zu deren Schutz. 1850. Juni 18.	XXI.	580

Elbe.

	Bd.	S.
Elbe. Mandat betr. Sandbaggern und Sandgraben längs den Hamburgischen Elb=Ufern. 1845. Mai 23. ....	XIX.	62
Bekanntmachung betr. Prämien für Ballastsand. 1845. Juli 1. ....	—	78
Reglement auf der Elbe während der Eisbahn. 1849. Jan. 6. ....	XXI.	10
Bekanntmachung wider Werfen des Ballastes und Steingruses in die Elbe. 1839. Juli 12. ....	—	504
Renovirt 1843. Mai 23. ....	XVII.	379
Renovirtes Mandat gegen Anfern im Fahrwasser, v. J. 1821. 1841. Juni 6.	—	145
Elbinseln, s. Jagd. Marschlande. Reich.		
Elbschiffahrt, s. Telegraphen. Bekanntmachung betr. Errichtung eines Paß=Polizey=Bureau's zu Wittenbergen. 1840. Juli 2. ....	XVI.	160
Elbschiffahrts=Acte. Propositio Senatus betr. die von der Commission zu Dresden abgeschlossenen Verträge. 1844. Juli 25..	XVIII.	316
Desgl. und Ernennung einer desf. Besprechungs=Commission. 1844. Sept. 4..	—	339
Desgl. und Erwählung einer Entscheidungs=Deputation. 1844. Sept. 12. ....	—	343
Conclusum derselben. 1844. Sept. 17..	—	347
Beiderstädtische Bekanntmachung bei Publication der Verträge u. Uebereinkunft. 1844. Nov. 22. ....	—	378
Bekanntmachung desgl. 1844. Nov. 28.	—	386
Additional=Acte zur Elbschiffahrts=Acte von 1821. 1844. Nov. 28. ....	—	387
Uebereinkunft betr. Erlassung schiffahrts=und strompolizeylicher Vorschriften für die Elbe. 1844. Nov. 28. ....	—	497
Staatsvertrag betr. Regulirung des Brunshausen Zolles. 1844. Nov. 28..	—	515
		Bes

Bekanntmachung betr. Angabeder Waaren auf der Ober-Elbe nach Elbzoll-Pfunden und den Gebrauch der neuen Manifeste. 1845. Jan. 31.....	XIX.	12
Elb=Tonnen, f. See=Tonnen.		
Elb=Zollgericht. R. u. B. Schluß betr. Functionen des Elbzollrichters. 1844. Dec. 16. ....	XVIII.	608
Bekanntmachung betr. Anordnung der Behörden für das hiesige Elb=Zollgericht. 1844. Dec. 20. ....	—	615
Enclaven, f. Walddörfer.		
England, f. Sklavenhandel.		
Englisch=bischöfliche Gemeinde. Bekanntmachung, die bisherigen Amts= handlungen hiesiger Geistlicher der englisch= bischöflichen Kirche betr. 1834. Jan. 20.	XIII.	39
Entfestigungs=Steuer, f. Post= und Handels= Straßen. R. u. B. Schluß vom 28. Januar 1830, betr. Verdoppelung der Entfestigungs=Steuer .....	XI.	113
Desf. Publicandum vom 5. März 1830.	—	162
Nicht=Prolongation der außerordent= lichen Entfestigungs=Steuer. 1830. Dec. 9.	—	205
R. u. B. Schluß betr. Ueberweisung der für Entfestigung und Wegebau angewiesenen Mittel an die Staats=Casse. 1842. Juni 16.	XVII.	159
R. u. B. Schluß betr. Abänderung der Entfestigungssteuer = Verordnung. 1850. März 14. ....	XXI.	539
Bekanntmachung ders. 1850. März 18.	—	541
Eppendorf. Notification betr. Erhebung einer Kirchensteuer. 1843. Jan. 28. ...	XVII.	314
Erbgesessenheit, f. Bürger. Bürger=Convente.		
Erbchafts=Steuer, f. Zehnten=Amt. R. u. B. Schluß vom 28. Januar 1830, betr. Ausdehnung der Erbschafts= u. Collateral= Steuer auf den zweiten Grad. ....	XI.	114
Desf. Publicandum. 1830. März 5..	—	162
c		R.

	Bd.	S.
R. u. B. Schluß betr. die Abgabe von Erbschaften. 1849. Dec. 13. ....	XXI.	217
Verordnung betr. dieselbe. 1849. Dec. 28. ....	—	321
Erndte. Bekanntmachung betr. ein kirchliches Dankfest wegen der gesegneten Erndte. 1847. Sept. 13. ....	XX.	149
Erstickte und Ertrunkene, s. Geestlande.		
Erwerbs-, Einkommen- und Luxus-Steuer. Vergl. Bd. XII.		
R. u. B. Schluß betr. deren Erhebung mit Veränderungen. 1835. Dec. 10. ....	XIV.	292
Neu revidirte Verordnung wegen derselben. 1835. Dec. 11. ....	—	293
Bekanntmachung betr. dieselbe. 1836. Jan. 4. ....	—	321
R. u. B. Schluß wegen Erhöhung derselben um ein Drittheil. 1836. Mai 19. ....	—	374
Propositio Senatus betr. Erhebung derselben, wie im Jahre 1832. 1837. Mai 11. ....	XV.	38
R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1837. Juli 3. ....	—	85
Flüßiger Zoll. Bekanntmachung betr. Erhebung desselben. 1846. Aug. 28. ....	XIX.	271
Etiquetten, s. Nachahmung.		
Everführer, s. Fährwesen. Polizey-Befehl betr. die Everführer-Knechte beim Niederbaum. 1833. Nov. ....	XII.	469
Desgl. wider Unordnungen beim Löschen der Seeschiffe. 1836. Juni 6. ....	XIV.	384
Bekanntmachung wider die Vereinigung der Everführer-Zagelöhner. 1850. Juli 17. ....	XXI.	583
Bekanntmachung wider die Bauart der Ever und Schuten mit spitzen Steven. 1838. März 28. ....	XV.	255
Expropriation, s. Abgebrannte Stadttheile. Berge Dorf. Eisenbahn. Hammerbrook.		
R. u. B. Schluß betr. das Expropriations-Gesetz. 1839. Dec. 18. ....	—	523
Abdruck desselben. 1839. Dec. 20. ....	—	531
	Pro-	

Bd. C.

Propositio Senatus betr. Aenderungen und Zusätze zu demselben. 1844. März 14..	XVIII.	38
R. u. B. Schluß betr. dieselben. 1844. April 25. ....	—	139
Expropriations = Gesetz, Revidirtes. 1844. April 26... ..	—	141

## F.

Fabriken, f. Feuerögefahr. Mandat wegen Untersuchung und sicherer Einrichtung der Fabriken und Locale, in welchen mit Feuer gearbeitet wird. 1830. Juni 30.....	XI.	183
Fährwesen. Bekanntmachung betr. die Ever- und Zollenführer am Stadtdeiche und auf der Beddel. 1847. Dec. 22. ...	XX.	231
Fahrtare für die Stadtdeicher und Beddeler Fährleute. 1847.....	—	228
Anzeige betr. Fährwesen der Stadtdeicher und Beddeler Fährleute. 1839. Juni 24.	XV.	429
Bekanntmachung betr. Ueberfahrt zwischen dem Stadtdeich und dem Grasbrook. 1846. Aug. 29.....	XIX.	271
Fahren, f. Billwärder. Gassen. Wagen.		
Falliten = wesen. Publicandum betr. die unzulässige Deckung der Ehefrauen von Falliten. 1829. Sept. 9.....	XI.	88
R. u. B. Schluß wegen Gehalts-Erhöhung des Actuariats beim Falliten-Wesen. 1829. Dec. 17.....	—	107
Farben, f. Bund, deutscher. Conditoren-Waaren.		
Farmsen. Verordnung betr. die Schule. 1833. Dec. 1. ....	XII.	470
Fasnacht. Bekanntmachung wider das Sammeln in den Straßen in dieser Zeit. 1834. Febr. 8. ....	XIII.	44
Desgl. 1840. März. ....	XVI.	22
Desgl. 1843. Febr. 25. ....	XVII.	324
Desgl. 1850. Febr. 9. ....	XXI.	512

Serdinandus-Pforte, s. Thorsperre. Verbot des Durchpassirens mit Schiebkarren und Ziehwagen. 1845. Aug. 13.....	XIX.	109
Feste. Bekanntmachung über kirchliche Feier des Dankfestes am 12. Februar. 1832. Febr. 8.....	XII.	30
Desgl. betr. das kirchliche Fest am 18. Oc- tober. 1835. Oct. 12.....	XIV.	261
Desgl. wegen Verlegung des Marien=Ver- kündigungs=Festes. 1836. Febr. 17.....	—	329
Desgl. betr. kirchliche Gedächtnißfeier der Reformation. 1836. Juli 1.....	—	384
R. u. B. Schluß betr. Verlegung der Feier einiger Festtage und Einstellung der dritten Festtage. 1837. Dec. 7.....	XV.	131
Desf. Bekanntmachung. 1837. Dec. 8.	—	134
Desgl. betr. Feier des 18. März. 1838. März 16. ....	—	197
Desgl. betr. Feier des 25. Jahrestages der Schlacht bei Leipzig. 1838. Oct. 12. ...	—	288
Desgl. wegen des am 26. Mai zu be- gehenden Dankfestes. 1839. Mai 15. ...	—	393
Feuer=Casse, s. Bauten: Billwärder. Brandstätte. Lösch=Anstalten. Moorburg. Ochsenwärder. Publicanda wegen einer außerordentlichen Feuer = Cassen = Zulage. 1829 — 1835, s. Register Bd. XIV.		
Desgl. 1839. März 13.....	—	371
R. u. B. Schluß wegen Einbehalts der jährlichen 25,000 $\text{fl}$ Cour., welche der Stadt=Feuer=Casse zu den Feuerlöschungs= Anstalten bezahlt sind. 1830. Jan. 27..	XI.	114
Desgl. betr. Prolongation der General=Feuer= Cassen=Ordnung vom Jahre 1822, auf sechs Monate. 1832. Nov. 15.....	XII.	142
Bekanntmachung desf. 1832. Nov. 15.	—	144
Propositio Senatus betr. revidirte General= Feuer=Cassen=Ordnung. 1833. März 28.	—	244
		R.



N. u. B. Schluß betr. die neu revidirte Feuer-Cassen-Ordnung. 1833. Mai 2...	XII.	255
Deren Abdruck. 1833. Mai 3.....	—	258
Bekanntmachung betr. deren Publication. 1833. Mai 13. ....	—	303
N. u. B. Schluß betr. deren Prolongation mit Aenderungen. 1843. Mai 11.....	XVII.	348
Bekanntmachung betr. dieselben. 1843. Mai 15. ....	—	357
Abänderungen. 1843. Mai 15.....	—	—
N. u. B. Schluß betr. die Prolongation. 1845. April 24.....	XIX.	53
Desf. Bekanntmachung. 1845. April 25.	—	55
N. u. B. Schluß betr. Prolongation mit Abänderungen. 1847. Mai 6.....	XX.	47
Bekanntmachung betr. deren Publication. 1847. Mai 28. ....	—	60
Abdruck derselben. 1847. Mai 28.....	—	—
N. u. B. Schluß betr. Prolongation. 1849. Febr. 21. ....	XXI.	25
Bekanntmachung desf. 1849. Febr. 23.	—	31
N. u. B. Schluß der Prolongation. 1850. März 14. ....	—	539
Bekanntmachung desf. 1850. März 15.	—	540
Desgl. betr. bei der Feuer-Casse über beab- sichtigte Neubauten zu machende Anzeige. 1844. Jan. 3.....	XVIII.	3
Aufforderung zu den desf. Anzeigen. 1844. Jan. 31.....	—	6
Warnung betr. Sicherung flacher, mit Metall gedeckter Dächer gegen den Blitz. 1846. Juli. ....	XIX.	253
Bekanntmachung betr. ordentliche Zulagen zur Feuer-Casse. 1848. Juni 8.....	XX.	309
Desgl. betr. deren zeitige Bezahlung. 1850. Juli 22. ....	XXI.	584
Propositio Senatus betr. den §. 20 der N. Feuer-Cassen-Ordnung. 1836. Aug. 18.	XIV.	416

	Bd.	S.
Bekanntmachung betr. die ordentlichen Zulagen zur Feuer-Casse. 1839. Sept. 13.	XV.	489
Publicandum wegen einer außerordentl. Feuer-Cassen-Zulage. 1841. Febr. 1....	XVI.	342
Desgl. betr. ordentl. und außerordentliche Feuer-Cassen-Zulage. 1847. Juli 2.....	XX.	132
Desgl. betr. Aufforderung zur Zahlung der ordentl. F.-C.-Zulage. 1848. Juli 24...	—	319
R. u. B. Schluß betr. Vereinigung der Neuenwerker mit der städtischen Feuer- Casse. 1839. Dec. 12.....	XV.	514
Desf. Bekanntmachung. 1839. Dec. 27.	—	642
Desgl. betr. die bei der Neuenwerker Feuer- Casse versichert gewesenen Grundstücke. 1840. Febr. 26.....	XVI.	18
Desgl. 1840. April 21.....	—	27
Desgl. 1840. Mai 22. ....	—	38
Neue revidirte Artikel der Feuer-Casse außer- halb der Stadt Hamburg, die Verbesserte genannt. 1841. ....	—	768
Aufforderung zur Anzeige der Privat- schäden. 1842. Juni 21.....	XVII.	166
Desgl. zur Anmeldung behufs Taxation der in der Lilienstraße, auf dem Holzdamm und beim Drillhause abgebrannten Ge- bäude. 1842. Juni 25.....	—	173
Desgl. von verschiedenen. Aug. 9. ....	—	204
R. u. B. Schluß betr. Aufnahme der Grundstücke des Grünen Deiches in die städtische Feuer-Casse. 1842. Dec. 1....	—	260
Desf. Bekanntmachung. 1843. April 12.	—	335
Desgl. betr. Verwendung der Feuer-Cassen- Gelder. 1843. Juni 7.....	—	387
Aufforderung zur Wiederanschaffung von Feuer-Eimern und haarnen Decken. 1843. Juni. ....	—	392
R. u. B. Schluß betr. Feuer-Cassengelder der nicht herzustellenden, dem Staate ge- hörigen Gebäude. 1843. Nov. 23.....	—	485
		R.

R. u. B. Schluß betr. Beihülfe von 140,000 fl. 1847. Mai 6. ....	XX.	47
Feuer-Cassen-Staats-Anleihe.		
Propositio Senatus betr. abseiten der General- Feuer-Casse herbei zu schaffende Mittel. 1842. Juni 16. ....	XVII.	155
Desgl. 1842. Juni 23. ....	—	167
R. u. B. Schluß betr. dieselbe, in specie eine außerordentliche Feuer-Cassen-Zulage von resp. 4 und 5 per mille. 1842. Juli 2. ....	—	178
Desgl. betr. Deckung der Schuttwegräu- mungs-Kosten durch deren Ueberschuß. 1843. Nov. 23. ....	—	484
Bekanntmachung betr. Ausschreibung der außerordentlichen Feuer-Cassen-Zulage von 4 per mille. 1844—1847 s. Bd. XIX.		
Desgl. für 1848 von 2 per mille. 1847. Dec. 13. ....	XX.	209
Desgl. betr. Erhebung eines Dritten per mille. 1848. Sept. 12. ....	—	345
Desgl. betr. Erhebung dieser Zulage. 1848. Sept. 23. ....	—	364
Desgl. betr. dieselbe für 1849. 1848. Dec. 27.	—	466
Desgl. betr. 2½ per mille für 1850. 1849. Dec. 3. ....	XXI.	214
Desgl. betr. dieselbe für 1851. 1850. Nov. 27.	—	623
Feuer-Polizey, s. Geestlande. Hafen. Schau- spiele. Schiffe. Schornsteine.		
Nachtrag zu der Dienstverordnung für das Bürger-Militair, die Garnison und die Nachtwache bei Feuersbrünsten vom 20. Oct. 1822. 1833. April 26. ....	XII.	248
Bekanntmachung das Ausfüllen der leeren Räume unter den Fußböden betr. 1833. Juli 23. ....	—	348
Desgl. wegen der von den Hausbewohnern vorräthig zu haltenden Decken. 1834. Mai 29. ....	XIII.	84
	Desgl.	

	Ab.	S.
Desgl. 1834. Aug. 29.....	XIII.	292
Befehl betr. Vorsichts-Maasregeln gegen Feuersgefahr bei Heu u. Stroh. 1834. Dec.	—	308
Bekanntmachung wider Fahrlässigkeit mit Feuer und Licht. 1835. Juni 26..	XIV.	55
Desgl. betr. die an die Stelle des auf- gehobenen Corps der Menschenretter getrof- fenen Einrichtungen. 1835. Sept. ....	—	255
Desgl. betr. Kaminthüren. 1838. März 17.	XV.	200
Mandat betr. Abstellung unnöthiger Alar- mirung bei Feueraufläufen. 1838. Mai 18.	—	264
Bekanntmachung betr. die auf Böden, Speichern u. dgl. gegen Feuersgefahr an- zuwendende Vorsicht. 1838. Dec. 22. .	—	336
Renovirt 1841. März 25.....	XVI.	381
Desgl. betr. feuergefährliche Bügel-Defen, Heerde u. Defen in Localen zum Trocknen. 1839. Aug. 1.....	XV.	448
Desgl. wegen der Feuer-signale bei Feuers- brünsten in St. Georg u. auf dem Stadt- deiche. 1840. Jan. 8.....	XVI.	5
Mandat betr. die gegen Verbreitung eines Feuers durch Flugfeuer zu nehmenden Maasregeln. 1841. Febr. 5.....	—	343
Bekanntmachung betr. Erleuchtung der Häuser in der Umgegend der brennenden Gebäude bei Nacht. 1846. Sept 20...	XIX.	116
Verordnung betr. Entfernung der mit den Rauchkammern verbundenen Feuersgefahr. 1841. März 15.....	XVI.	372
Verbot in den in der Stadt errichteten Buden Feuer oder Licht zu haben. 1842. Mai 17.....	XVII.	129
Desgl. des Rauchens in den Tischler- und ähnlichen Werkstätten. 1842. Juni 30.	—	176
Erneuert 1843. Oct. 15.....	—	433
Desgl. in den Bauten und Bau- und Zimmer- plätzen. 1843. Oct. 11.....	—	433

Bekanntmachung betr. Anlegung v. Defen in hölzernen Läden zc. 1842. Juli 16.	XVII.	190
Verbot des Arbeitens bei Licht in Neubauten. 1842. Dec. 21.....	—	292
Bekanntmachung betr. die auf Böden zc. und in Beziehung auf die bei Spirituosen mit Benutzung von Licht zu verrichtenden Arbeiten anzuwendende Vorsicht gegen Feuersgefahr. 1843. Jan. 4.....	—	295
Verordnung wegen Sicherheits-Maaß- regeln gegen Feuersgefahr bei Tischler- u. a. Werkstätten. 1843. Sept. 29...	—	424
Bekanntmachung betr. den Töpfern des- falls übertragene Verantwortlichkeit. 1843. Oct. 16.....	—	433
Mandat betr. bei Lagerung von ungelöscht- tem Kalk anzuordnende feuerpolizeyliche Sicherheits-Maaßregeln. 1844. Mai 22.	XVIII.	182
Verfügung betr. Ausbrennen von Ton- nen zc. auf den Straßen. 1844. Juni 26.	—	220
Verfügungen betr. Anlage von Koch- u. son- stigen Defen u. deren Röhren. 1845. Febr. 13.	XIX.	25
Propositio Senatus betr. Gesetz wegen Lage- rung feuergefährlicher Waaren und Ge- genstände. 1845. Dec. 15.....	—	158
Bekanntmachung zur Verminderung der Feuersgefahr durch Backöfen. 1849. Febr. 2.....	XXI.	19
Verfügung betr. Trocknen von Holz auf Töpfer-Defen. 1846. Febr. 11. ....	XIX.	186
Bekanntmachung die in Fabriken, in welchen mit Feuer gearbeitet wird, auch während der Nacht zu führende Aufsicht betr. 1846. Mai 7.....	—	204
Warnung die Anwendung linsenförmiger Gläser zur Erleuchtung dunkler Räume betr. 1846. Oct. 31.....	—	328
Feuersbrand vom 5. Mai 1842, s. Bd. XVII. Feuers-Gefahr, s. Schauspielhaus.		

Feuer=wache. Bekanntmachung betr. Feuer= wache des Bürger=Militairs in der Vor= stadt St. Pauli. 1838. Febr. 15.....	XV.	180
Deßgl. betr. Aufstellung von Feuerwachen in der Stadt u. St. Georg. 1843. Dec. 15.	XVII.	513
Finanzen. Uebersicht der Resultate von 1843.	XVIII.	185
Deßgl. für 1844.....	XIX.	88
Deßgl. für 1845.....	—	256
Deßgl. für 1846.....	XX.	158
Propositio Senatus betr. die Finanz=Orga= nisation. 1847. Oct. 28.....	—	—
Abrechnung üb. daß Jahr 1847. 1848. Sept. 7.	—	333
Deßgl. für 1848.....	XXI.	161
Deßgl. für 1849.....	—	592
Sinkenwärder. Schulmandat für dasselbe. 1840. Sept. 24.....	XVI.	204
Bekanntmachung betr. Schenkwirthe. 1842. April 18.....	XVII.	84
Firmen, s. Handels=Societäten.		
Firniß. Bekanntmachung betr. feuerße= fährlche Erwärmung von Firniß, Lack u. dgl. 1840. Jan. 2.....	XVI.	3
Firnißkochen. Notification wegen der neu angelegten Firnißkocherei. 1831. April 22.	XI.	358
Bekanntmachung wegen der neu ange= legten Firnißkocherei. 1838. Febr. 13..	XV.	179
Deßgl. wegen derselben. 1842. Juni 23..	XVII.	172
Fische. Bekanntmachung wider den Ver= kauf alter Fische. 1831. Oct. 18.....	XI.	683
Fischerei, s. Stadtgraben. Mandat betr. Fischerei in der Alster. 1831. März 4.	—	299
Fleisch. Befehl betr. Hausfren mit frischem Fleisch im Hafen. 1831. Sept. 8.....	—	663
Warnung wider den Verkauf frischen Flei= sches durch Unprivilegirte. 1833. Nov. 8.	XII.	433
R. u. B. Schluß betr. Accise und Ein= bringung frisch geschlachteten Fleisches. 1839. Juni 6.....	XV.	406

Bd. C.

Verfügung wider den Verkauf frischen Fleisches durch Unberechtigte. 1849. Mai 10.	XXI.	71
Bekanntmachung betr. letztere. 1839. Juni 17.....	XV.	424
Desgl. wider das Schlachten in der Stadt. 1841. Sept. 22. ....	XVI.	503
Gleiche, f. Düpe, Gassen. Warnung wider deren Verunreinigung. 1840. Sept. 7..	—	202
Publicandum betr. deren Reinigung. 1842. Mai 23.....	XVII.	135
Fliegen-Papier. Verbot des Verkaufes von f. g. Fliegen-Papier. 1845. Juli 14...	XIX.	85
Frachtwagen, f. Wagen. Bekanntmachung betr. Hinstellung von Frachtwagen auf dem Schweinemarkt. 1838. Nov. 27...	XV.	301
Befehl betr. dorthin zu bringende Fracht- wagen. 1838. Nov. 27.....	—	302
Frankreich, f. Sklavenhandel. R. u. B. Schluß wegen Auflösung der zur Liquidirung und Vertheilung der französischen Ent- schädigungs-Gelder niedergesetzten Com- mission. 1827. Jan. 18.....	X.	4
Bekanntmachung betr. Einlaufen ham- burgischer und französischer Schiffe in den gegenseitigen Häfen in Nothfällen. 1843. Febr. 27.....	XVII.	325
Freiwillige, f. Kriegspflichtigkeit.		
Fremde, f. Bürger-Militair. Gceßländereien. Gesinde. Matrosen. Maurer. St. Pauli. Rißebüttel. Tagelöhner. Walddörfer.		
Ern. Publicandum wegen der sich hier aufhaltenden Fremden. 1828. Jan. 21.	X.	68
Desgl. 1829. Nov. 17. ....	XI.	104
Desgl. 1830. Juni 4. ....	—	173
Desgl. 1840. Oct. 14. ....	XVI.	213
Desgl. 1848. April 14.....	XX.	287
Bekanntmachung betr. Legitimation der Reisenden auf dem Stadthause. 1831. Sept. 20. ....	XI.	645
		Be=

	Bd.	S.
Befehl an die Gastwirth, betr. Legitima- tions-Papiere der Fremden. 1831. Sept. 21.	XI.	647
Bekanntmachung betr. Anmeldung hier sich aufhaltender Fremden. 1842. Juli 8.	XVII.	188
Desgl. 1843. Mai 5. ....	—	344
Desgl. 1846. Dec. 18. ....	XIX.	408
Desgl. 1849. Mai 21. ....	XXI.	79
Warnung wegen Creditgebens an fremde Arbeiter. 1843. Mai 5. ....	XVII.	344
Propositio Senatus betr. Ausdehnung des R. u. B. Schlusses vom 31. Oct. 1805 über die beiden Vorstädte. 1833. März 28. ...	XII.	243
Desgl. 1833. Mai 2. ....	—	256
R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1833. Nov. 28.	—	448
Bekanntmachung über Ertheilung von Aufenthalts-Karten. 1837. Nov. 15. ....	XV.	128
Polizey-Befehl betr. dieselben. 1850. März 23. ....	XXI.	559
Verbot der Belästigung ankommender Fremden mit Logis-Empfehlungen u. dgl. 1846. Oct. 15. ....	XIX.	323
Erneuert. 1850. Mai 21. ....	XXI.	557
Fahlsbüttel. Verordnung wegen der Alster- fahrt und wegen des Durchlasses der Schiffe bei der Schleuse. ....	X.	192
Schul-Verordnung. 1835. Sept. 1. ...	XIV.	244
Fuhrwesen, s. Gassen. Wagen. Befehl betr. die Lübecker Fuhrleute. 1830. März 9. ..	XI.	166
Desgl. wider die Lübecker Fuhrleute und wider auswärtige Post- und Miethpferde. 1836. März 11. ....	XIV.	333
Bekanntmachung betr. Befugnisse der- selben zum Mitnehmen von Reisenden aus der Stadt und der Vorstadt St. Georg. 1840. Febr. 3. ....	XVI.	15
Verfügung betr. die Omnibus. 1839. Oct. 31. ....	XV.	499
Zweite desgl. 1839. Dec. 14. ....	—	517
Desgl.		



Bd. C.

Desgl. betr. Ueberladen der Omnibus zur Zeit der Thorsperre. 1840. Nov. 30...	XVI.	229
Regulativ für die Omnibus in der Stadt. 1841. Dec. 4. ....	—	596
Fußpost, s. Postwesen.		

G.

Gänse, s. Geestländereien.

Garnison. Antrag Senatus wegen einer Pension für den Major to der Horst. 1827. Jan. 18. ....	X.	3
R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1827. Mai 3.	—	16
Desgl. wegen Ergänzung des Gehalts-Regle- ments der Garnison. 1829. Dec. 17...	XI.	107
Bekanntmachung betr. Completirung der Garnison. 1839. Juni 12. ....	XV.	411
Desgl. betr. Ehrenausszeichnungen für das regulaire Militair. 1839. Sept. 25....	—	492

Garten, s. Botanischer Garten.

Gas-Erleuchtung, s. St. Georg. Spirituosa. Stadtlichten. Theater. R. u. B. Schluß betr. Ueberlassung der öffentlichen Er- leuchtung an Privat-Unternehmer. 1843. Febr. 20. ....	XVII.	322
Desgl. betr. Anordnung betr. Röhrenleitungen in den Häusern. 1844. Dec. 16. ....	XVIII.	607
Mandat betr. Anlegung von Gasleitungen in Gebäuden u. a. 1844. Dec. 18. ...	—	610
R. u. B. Schluß betr. Anlage von Fittings mittels freier Concurrenz. 1848. Nov. 25.	XX.	195
Mandat betr. dieselbe. 1848. Nov. 29.	—	203
Bekanntmachung betr. Controleprobe der Dichtigkeit von Fittings. 1845. Mai 27.	XIX.	68
Desgl. betr. Bedingungen der Privat-Straßen- Laternen. 1845. Juni 6. ....	—	72
Desgl. betr. Gasbeleuchtung. 1845. Oct.	—	117
Desgl. betr. Benutzung von Gasleitungen in Häusern. 1845. Oct. 6. ....	—	124
		Desgl.

Desgl. betr. Nachsehen und Stempeln der Gasuhren. 1845. Dec. 19. ....	Bd. C. XIX.	161
Desgl. betr. Gasbeleuchtung (in Privathäusern und Localen). 1846. Aug. 28. —	—	269
Nachtrag zu derselben. 1846. Sept. 7. —	—	312
Warnung betr. öffentliche Gasleitungen und Laternen . . . . .	—	313
Desgl. betr. Gasleitungs-Röhren und Hähne im Theater. 1846. Sept. ....	—	320
Bekanntmachung betr. Anlegung von Ablasshähnen für das Wasser in den Gasleitungen. 1850. Jan. 12. ....	XXI.	490
Gassen-Ordnung. Bekanntmachung betr. bequeme Passage der Straße. 1830. Mai 15.	XI.	170
Desgl. wider Hinfegen von Wagen auf den Gassen. 1831. Dec. 10. ....	—	712
Desgl. wider Behinderung der Passage auf den Trottoirs und den öffentlichen Promenaden. 1832. Dec. 7. ....	XII.	151
Desgl. über die bevorstehende Bezeichnung der Häuser. 1833. Jan. 21. ....	—	231
Verfügung wider das schnelle Fahren. 1833. März 2. ....	—	238
Bekanntmachung wider dasselbe. 1839. Sept. 19. ....	XV.	490
Desgl. 1841. Oct. 19. ....	XVI.	524
Verfügungen betr. Fahren mit leeren Steinwagen nach deren Entladung. 1844. Juli 6. ....	XVIII.	306
Bekanntmachung betr. das Fuhrwerk in den dem Steinhore nahe gelegenen Straßen. 1834. Aug. 20. ....	XIII.	290
Verfügung wider das unstatthafte Fahren u. Rollen in einigen Gassen. 1835. März 18.	XIV.	98
Befehl des Patronates zu St. Pauli betr. Tragen und Trunkenheit von Fuhrleuten und Droschkentutschern. 1837. Juni 1.	XV.	41
Bekanntmachung betr. Sperrung der Wagenpassage von der Schlamatjenbrücke bis zum neuen Küterhause. 1837. Aug. 16.	—	106
Desgl.		

Desgl. betr. Wagenpassage über die Roth- Fahrbrücke bei St. Erius. 1838. Aug. 2.	XV.	282
Desgl. wider deren Mißbrauch. 1838. Aug. 13.	—	283
Desgl. betr. wider Wagenpassage in der Admiralitätsstraße an den Rathstagen. 1842. Dec. 6. ....	XVII.	272
Desgl. betr. Wagenpassage auf der Roth- brücke beim Reesendamm. 1844. April 15.	XVIII.	135
Verbot des Ausschüttens von Bauholz- Abfällen, Hobelspänen zc. auf die Straßen und Marktplätze. 1844. Aug. 3. ....	—	317
Gassen-Musikanten. Verfügung wider Unfug derselben. 1835. April 28. ....	XIV.	195
Gassen-Reinigung. Warnung wider Ver- unreinigung der Straßen und Flethe. 1831. März 28. ....	XI.	324
Bekanntmachung betr. Reinigung der Straßen und Flethe. 1831. April 13.	—	352
Erneuerte Warnung wider Verunreinigung derselben. 1831. Juni 6. ....	—	376
Desgl. 1833. März 18. ....	XII.	238
Desfallige Warnung. 1841. Juni 4. ....	XVI.	400
Befehl wider Verunreinigung der Straßen und öffentlichen Plätze in St. Pauli. 1834.	XIII.	72
Bekanntmachung betr. Gassenreinigung in St. Pauli. 1844. Mai 20. ....	XVIII.	179
Gasthaus, s. Grasteller.		
Gastwirthe, s. Fremde. Wirthschaften.		
Geburts-, Trau- und Todten-Register.		
Nachträgliche Verordnung über die- selben. 1831. März 21. ....	XI.	301
Bekanntmachung betr. verspätete Anzeige der Geburt von Kindern, welche in späteren Jahren getauft werden sollen. 1840. Mai 13. ....	XVI.	37
Geesbacht, s. Bierlande.		
Gemeinde-Ordnung. 1843. Oct. 20.	XVII.	438
Be-		

Bekanntmachung betr. geschehene Regu- lirung der Geesthachter Feldmark und die dess. Eintragungen in das Grund- und Hypothekenbuch. 1844. Febr. 14.....	XVIII.	11
Verordnung wegen Einrichtung von Ver- gleichs-Commissionen. 1849. Mai 13...	XXI.	71
Desgl. betr. die Wahl des Bogtes, der De- putirten und der Gemeinde-Ältesten. 1849. Juli 4.....	—	111
Geestlande, s. Barmbeck. Borstel. Eppendorf. Farmjen. Fuhlsbüttel. Hamm. Langen- horn. Poststraßen. Reich. Sonntage. Umschreibung. Volksdorf. Wege.		
Instruction für die Voigte. 1831. Febr.	XI.	294
Bekanntmachung wider Wegnehmen der Bäume und Gesträuche an öffentlichen Wegen. 1831.....	—	313
Desgl. über Ertheilung der Nachtzettel und Erlaubnißscheine. 1831.....	—	—
Desgl. wider freies Herumlaufen der Pferde und sonstigen Viehes, so wie wegen Aufräumung der Gräben und Commer- wege. 1831.....	—	315
Desgl. betr. die Benutzung der Gemeinweide vor dem Dammthore. 1844. Mai 20...	XVIII.	179
Notification wegen der öffentlichen Ver- lassungen. 1831. April 9.....	XI.	330
Bekanntmachung betr. Einführung der Todesbezeugungs-Atteste. 1831. Sept. 15.	—	639
Verordnung betr. von den Dorfbewohnern bei Feuersbrünsten zu leistende Hülfe. 1846. Juni 20.....	XX.	115
Desgl. wider Freuden-Schießen und Raketen- Werfen in den Geestlanden. 1833.....	XII.	483
Mandat wider unbefugtes Schießen, Rake- tenwerfen u. Pulveranzünden. 1841. Jan. 9.	XVI.	296
Bekanntmachung betr. Ernennung für die Bogtschaften. 1836. Jan. ....	XIV.	322
Desgl.		

Bd. C.

Desgl. wider Weiden der Gänse auf der Gemeinweide außerhalb des Dammthors. 1836. April 20.....	XIV. 364
Desgl. betr. Verbot der Hasardspiele. 1836. Aug. 6.....	— 396
Desgl. wider Glücks- und hohe Kartenspiele. 1842. Dec. ....	XVII. 265
Desgl. betr. von fremden Dienstboten zu nehmende Aufenthaltskarten. 1844. Dec. 24.	XVIII. 360
Desgl. betr. die Fremden. 1838. Nov. 10.	XV. 300
Verfügung wegen herumlaufender Hunde. 1841. März 31. ....	XVI. 382
Bekanntmachung wegen herrenloser Hunde. 1845. Juli 9.....	XIX. 84
Desgl. wider Aufnahme Fremder ohne landherrlichen Erlaubnißschein. 1841. Jan. 9.	XVI. 295
Desgl. wider Schlachten und den Verkauf des frischen Fleisches durch Unbefugte. 1840. April 18.....	— 25
Gesinde-Ordnung für die Geestlande. 1844. Dec. 2. ....	XVIII. 593
Bekanntmachung betr. dieselbe. 1844. Dec. 12.....	— 603
Desgl. wider Verkauf ausgenommener Vogel- nester u. geblendeter Vögel. 1841. April 3.	XVI. 383
Desgl. wegen Beförderung der Hülfe bei Ertrunkenen und Ersticken. 1841. Juni.	— 437
Desgl. betr. zeitige Schließung der Wirths- häuser. 1841. Nov.....	— 594
Desgl. wider Verunreinigung der öffentlichen Gärten. 1842. Oct. 1.....	XVII. 238
Desgl. betr. Tanzmusik. 1844. Aug.....	XVIII. 324
Desgl. betr. Armenwesen. 1847. April 20.	XX. 39
<b>Gefängnisse.</b>	
Antrag Senatus wegen Erbauung eines Detentions-Gefängnisses. 1827. Mai 3.	X. 14
R. u. B. Schluß wegen derselben. 1827. Nov. 13.....	— 53
b	
Geistes	

<b>Geistesfranke.</b> <b>Propositio Senatus betr. Er-</b> <b>richtung einer Heilanstalt für Geistesfranke.</b> 1834. Sept. 18. ....	XIII.	295
<b>R. u. B. Schluß desfalls.</b> 1835. Oct. 15.	XIV.	266
<b>Gemeinweide, f. Geestlande.</b>		
<b>General-Gesundheits-Commission, f. Cholera.</b>		
<b>Geometer, f. Bau-Deputation.</b>		
<b>St. Georg, f. Hypotheken. Knochen. Stadt-</b> <b>graben. Thore. Tumulte. Vorstädte.</b>		
<b>Bekanntmachung wider Schießen und</b> <b>Raketenwerfen.</b> 1830. Dec. ....	XI.	274
<b>Desgl. wider Abbrennen von Feuerwerk</b> <b>und Schießen.</b> 1845. Sept. 27. ....	XIX.	117
<b>Notification wegen Schließung d. Wirths-</b> <b>häuser in St. Georg und auf dem Stadt-</b> <b>deiche, Abends nach 8 Uhr.</b> 1831. Aug. 5.	XI.	519
<b>Bekanntmachung über Aufhebung vor-</b> <b>gedachter Verfügung.</b> 1831. Aug. 12. ...	—	611
<b>Desgl. wider Verunreinigung von Gassen</b> <b>und Plätzen.</b> 1831. Aug. ....	—	618
<b>Erneuert</b> 1831. Dec. ....	—	717
<b>Desgl.</b> 1843. März 9. ....	XVII.	333
<b>Desgl. betr. heimliches Schlachten unbe-</b> <b>fugter Personen.</b> 1834. Dec. 3. ....	XIII.	322
<b>Desgl. wider Weiden von Vieh in St.</b> <b>Georg.</b> 1842. Juni 1. ....	XVII.	143
<b>Desgl. wider Fahren und Karrenschieben</b> <b>auf den Fußsteigen.</b> 1842. Juni 3. ....	—	144
<b>Desgl. betr. dort arbeitende Handwerker,</b> <b>Fabrik- und sonstige aus der Fremde an-</b> <b>langende Arbeiter.</b> 1842. Oct. 22. ....	—	239
<b>Bekanntmachung wider Rauchen in den</b> <b>Werkstätten.</b> 1842. Oct. 25. ....	—	241
<b>Aufforderung zur Bezahlung des von den</b> <b>Schutzverwandten zu erlegenden Schutz-</b> <b>geldes.</b> 1843. April 21. ....	—	343
<b>Desf. Notification.</b> 1848. Mai. 10. ....	XX.	301
<b>Bekanntmachung betr. neue Vermessung</b> <b>dieser Vorstadt.</b> 1844. April 6. ....	XVIII.	132
<b>Desgl.</b>		

	Bd. C.	
Desgl. wider Silentium-Spiel. 1844. Oct. 11.	XVIII.	355
Desgl. betr. Gewerbe-Concessionen. 1846.		
Juli 27. ....	XIX.	253
Bekanntmachung, die Gas-Erleuchtung in St. Georg betr. 1849. Febr. 12....	XXI.	23
Desgl. betr. dieselbe. 1849. Sept. 20. ...	—	181
Geräthschaften, s. Aemter.		
Gerichte, s. Arreste. Eid. Handels-Gericht. Ober-Appellations-Gericht. Ober-Gericht. Prätoren.		
Gesangbuch, s. Gottesdienst.		
Gesinde, s. Bergedorf. Geestlande. Nachweis- ungs-Comptoire. R. u. B. Schluß über Verordnung betr. Veränderung der Umziehe-Termine und der Termine des Dienstboten-Wechsels, so wie der Kündi- gungs-Termine. 1845. Dec. 29. ....	XIX.	166
Abdruck derselben 1846. Jan. 7. ....	—	179
Bekanntmachung betr. diese Termine. 1846. Juli 13. ....	—	249
R. u. B. Schluß über die Verordnung betr. Gesinde und Nachweisungs-Comptoire und Dienstboten-Vermiether u. Vermietherinnen. 1845. Juli 31. ....	—	92
Abdruck derselben. 1845. Aug. 8. ....	—	98
Bekanntmachung wider Anschreibegeld der Nachweisungs-Comptoire. 1839. Aug. 7.	XV.	450
Gesundheitswesen, s. Cholera. Medizinal- Ordnung. Viehseuche.		
Verfügungen betr. das Gesundheitswesen. 1831. Juni 13. ....	XI.	378
Gift. Bekanntmachung betr. Verkauf von Gift. 1839. Nov. 2. ....	XV.	500
Gottesdienst, s. Bußtag, Kirchengebet.		
Anzeige wegen des Anfanges der Haupt- predigt. 1830. Oct. ....	XI.	252
Bekanntmachung betr. die Zeit der Pre- digten im Winterhalbjahre. 1849. Febr. 12.	XXI.	22

	Ab.	S.
Notification betr. Einführung eines neuen Gefangbucheß. 1842. Nov. 2. ....	XVII.	252
Bekanntmachung betr. den Nachmittags- Gottesdienst am zweiten Weihnachtstage. 1838. Oct. 10. ....	XV.	287
R. u. B. Schluß betr. Wiederherstellung eines deutschen Schiffes = Gottesdienstes. 1844. März 14. ....	XVIII.	40
Bekanntmachung betr. die Feier des Reformationsfestes. 1849. Oct. 5. ....	XXI.	202
Gränz-Inspector. Propositio Senatus betr. Gehalt desselben. 1841. Oct. 7. ....	XVI.	522
Grasbrook, f. Baden. Dampfschiffe. Gesinde. Propositio Senatus betr. Plan über Admi- nistration und Benützung desselben. 1844. März 14. ....	XVIII.	37
Sragen, nach welchem die Brückenleute der Eisbrücke am Grasbrook das Brücken- geld zu fordern haben. 1847. Dec. 22..	XX.	227
Verfügungen wegen der am Grasbrook landenden Dampfschiffe. 1847. März...	—	18
Publicandum betr. Droschken-Fuhrleute am Landungsplatze. 1845. Juli. ....	XIX.	93
Desgl. betr. Arbeitsleute und Droschken- Fuhrleute bei den Eisbrücken am Gras- brook, so wie deren Taxe. 1847. Jan..	XX.	5
Desgl. 1847. Dec. 6. ....	—	234
Notification betr. Passage auf dem Gras- brook. 1830. Dec. ....	XI.	270
Bekanntmachung wider Schießen auf dem Grasbrook. 1831. März 26. ....	—	322
Desgl. 1839. Dec. ....	XV.	643
Desgl. 1849. Jan. 24. ....	XXI.	15
Desgl. wider Kriegsspiel und andern Unfug der Kinder auf dem Grasbrook. 1835. Oct. 3.	XIV.	260
Erneuerte desgl. 1849. Juni 6. ....	XXI.	82
Desgl. wider Mitnehmen von Hunden nach dem Grasbrook. 1837. Juli. ....	XV.	103
		No



Bd. C.

Notification wider Unfug und Berun- reinigungen am neuen Hafen. 1840. April 30. ....	XVI. 33
Bekanntmachung wider Unfug der Kinder daselbst. 1846. Juli 18. ....	XIX. 251
Notification betr. Errichtung von Schenk- hütten auf dem Grassbrook und auf der Elbe. 1844. Dec. ....	XVIII. 838
R. u. B. Schluß betr. Vergleich mit den Besizern eines Arealß auf dem Grassbrook. 1845. Juli 31. ....	XIX. 91
Graskeller, s. Schleusen. Vgl. Bd. XI.	
Griechenland. Declaration der R. Regie- rung, betr. Gleichstellung der Hanseatischen Flagge mit der Griechischen rücksichtlich der Hafen-Abgaben. 1836. Oct. 22. ....	XV. 649
Großbritannien, s. Englisch-bischöfliche Ge- meinde. Postwesen. Sklavenhandel.	
R. u. B. Schluß betr. Supplementar-Con- vention zu dem Tractate vom 29. Sept. 1825. 1841. April 22. ....	XVI. 386
Deßgl. 1841. Aug. 23. ....	— 485
Abdruck derselben. 1841. Aug. 28. ....	— 490
Bekanntmachung betr. Gleichstellung Han- seatischer Schiffe u. Ladungen von und nach der Maas bis zur Elbe und von der Trave bis zur Memel gehend, in Großbritannien und dessen Besitzungen. 1845. Dec. 8. ....	XIX. 156
Grün der Schulkinder. Ern. Bekannt- machung des Verbots der Schulkinder- Grüne. 1833. Juli 20. ....	XII. 348
Grundrechte des deutschen Volkes. 1849. Jan. 19. s. Abgaben. ....	XXI. 13
Grundsteuer, s. Ländereien. Vom Jahr 1827 bis 1831 s. Bd. XI. R. u. B. Schluß betr. revidirte Grundsteuer-Verordnung für die Stadt und Vorstädte. 1832. Dec. 13. ....	XII. 154
Deßf. rev. Verordnung. 1832. Dec. 17. ....	— 157
	Re-

	Bd.	S.
Bewilligung der Grundsteuer für 1834. 1833. Nov. 28. ....	XII.	449
Desgl. für 1835. 1834. Nov. 13. ....	XIII.	302
Bekanntmachung betr. Abänderung der Grundsteuer-Verordnung. 1834. Nov. 14.	—	309
R. u. B. Schluß betr. Prolongation der Grundsteuer für 1836. 1835. Dec. 10.	XIV.	192
Desgl. betr. dieselbe für 1837. 1836. Dec. 1.	—	446
Desgl. für 1838. 1837. Oct. 26. ....	XV.	119
Desgl. für 1839. 1838. Nov. 8. ....	—	297
Desgl. für 1840 u. Zusatz betr. 1839. Dec. 12.	—	514
Desgl. für 1841. 1840. Aug. 20. ....	XVI.	175
Desgl. für 1842. 1841. Oct. 7. ....	—	520
Bekanntmachung betr. Zusatz zu der rev. Verordnung vom J. 1842. 1839. Dec. 23.	XV.	557
R. u. B. Schluß betr. Ueberweisung der Grundsteuer an die Feuer-Casse, sowie Er- höhung derselben in der Stadt und zu St. Georg um $\frac{1}{4}$ u. in den übrigen Grundstücken um resp. $\frac{1}{2}$ und das Ganze. 1842. Juli 2.	XVII.	180
Desgl. betr. Erlaß der Grundsteuer an die abgebrannten Grundstücke für 1843. 1842. Juli 2. ....	—	182
Desgl. betr. Grundsteuer-Erlasse und Taxa- tions-Norm. 1844. Juni 6. ....	XVIII.	188
Desgl. betr. Grundsteuer für Grundstücke innerhalb der Brandstätte. 1844. Juni 24.	—	213
Aufforderung betr. von den Eigenthümern an die Wasserkünste zu zahlenden Bei- träge. 1848. Oct. 9. ....	XX.	372
Guatemala. R. u. B. Schluß betr. den Vertrag mit demselben. 1849. Dec. 27.	XXI.	318
Gymnasium, s. Museum. Scholarchat.		
R. u. B. Schluß betr. eine Mehrausgabe für das Gymnasium. 1837. April 27.	XV.	34
Rev. Gesetze für dasselbe. 1837. Juni 21.	—	73
		h.

H.

Bd. C.

Hafen, f. Arbeiter. Hebemaschine. Hafen-Bau und Anleihe f. Bd. XVI.	
R. u. B. Schluß betr. die neue Organisation der Beamten am Niederhafen. 1837. Oct. 26. ....	XV. 118
Desfallsige Anzeige. 1837. Dec. 7. ....	— 133
Bekanntmachung betr. Gebühren der Beamten am Niederhafen. 1837. Dec. 22. ....	— 143
R. u. B. Schluß betr. die Stelle eines zweiten Gehülfen des Hafenmeisters. 1845. Dec. 15. ....	XIX. 159
Desgl. betr. Entrichtung eines Baumgeldes von den Flußschiffen. 1843. Nov. 23. sub Prop. III. Lit. C. ....	XVII. 484
Desf. Bekanntmachung. 1843. Dec. 8. ....	— 496
R. u. B. Schluß betr. dessen Prolongation. 1846. Dec. 10. ....	XIX. 348
Desf. Bekanntmachung. 1846. Dec. 16. ....	— 350
Hafen-Reglement. Zusätze zum Hafen-Reglement v. 15. Febr. 1815, betr. 1) das unanständige Rufen im Hafen; 2) das Verbot der Arbeit am Bord der Schiffe an Sonn- und Festtagen. ....	XI. 167
Verbot, Fahrzeuge an die Sturmpfähle vor der Hafenmauer zu vertauen und mit Haken in die Hafenmauer einzustecken. 1840. Sept. 21. ....	XVI. 203
Verfügungen betr. Benutzung der vor der neuen Landungstreppe beim Jonas-Hafen befindlichen Bäume. 1840. Nov. 30. ....	— 227
Verordnung wegen Einrichtung von Feuer-schuppen am Bord der Kartoffel-Fahrzeuge. 1843. Oct. 9. ....	XVII. 432
Warnung betr. Gebrauch von offenem Licht. 1844. April 30. ....	XVIII. 173
Bekanntmachung betr. die außerhalb des Sandthors am neuen Hafen angelegte Landungs-Treppe. 1844. Oct. 1. ....	— 350
Hafen-	

Hafen-Kunde, f. Fleisch. Wassernoth.	
Hafen-Thor. Bekanntmachung betr. dessen Eröffnung für zoll- und accisepflichtige Waaren. 1845. Sept. 17.....	XIX. 115
Hamburger-Berg, f. St. Pauli.	
Hamm und Horn, f. Geestlande. Jahrmarkt. Notificationen betr. Erhebung einer außerordentlichen Steuer zum Besten der Kirche, von 1823. Jan. 10. und 1828. Dec. 29. XI. 212. 1833. Dec. 14. XII. 482. 1839. März 23.....	XV. 373
Desgl. 1843. Nov. 1.....	XVII. 472
Bekanntmachung betr. Tanzmusiken und Schenken. 1830.....	XI. 234
Erneuerung derselben. 1835. Jan. 27....	XIV. 57
Desgl. betr. Erhebung des allgemeinen Schulgeldes. 1832. Nov. 3.....	XII. 131
Desgl. betr. Schulgeld der Einwohner zu Horn, welche keine schulpflichtige Kinder mehr haben. 1832. Nov. 3.....	— 135
Desgl. über Schuldistricte in Hamm. 1833. April 4.....	— 246
Verordnung in Ansehung der Schulen. 1834. Juni.....	XIII. 275
Additament zu derselben. 1845. Jan. 11.	XIX. 4
Armen-Ordnung. 1845. Febr. 10....	— 15
Bekanntmachung betr. Löschung von Feuersbrünsten. 1833. Juni 18.....	XII. 313
Desgl. betr. dortige Verlassungs-Gebühren. 1841. Sept. 18.....	XVI. 500
Desgl. betr. die Verpachtung der Jagd. 1849. Sept. 18.....	XXI. 159
Hammerbrook.	
Notification wegen Reinigung u. Ausgra- bung der Deich-Wetterung. 1831. Oct. 21.	XI. 688
Bekanntmachung betr. Reinigung der Wasserwege im Hammerbrook. 1845. Sept. 1.	XIX. 112
Desgl. wider Ausschütten von Unrath in die Deichwetterung. 1845. Nov. 17...	— 153

Bd. C.

N. u. B. Schluß betr. bessere Benützung des Hammerbrookes. 1842. Sept. 1...	XVIII.	847
Desgl. betr. nachträgliche Beliebungen. 1844. Juni 6.....	—	187
Desgl. betr. eine Expropriation. 1844. Nov. 28.	—	385
Desgl. betr. Abrechnung über denselben. 1848. Sept. 21.....	XX.	356
Bekanntmachung wider Beschädigung der Canalufer oder Dämme. 1846. März 31.	XIX.	202
Desgl. wider das Baden in den Canälen. 1846. Juli 25.....	—	252
Desgl. betr. Gebühren-Tarif für die Durch- fahrt durch die Hammerbrook-Schleuse. 1848. Febr. 6.....	XX.	9
Handels- und Schiffahrts-Verträge, s. Bel- gien. Brasilien. Costarica. Elbschiffahrt. Griechenland. Großbritannien. Guatemala. Hawaii-Inseln. Mexico. Monaco. Nie- derlande. Nordamerika. Oesterreich. Hohe Pforte. Preußen. Rußland. Sardinien. Schweden. Venezuela. Zollverein.		
Handelsgericht. Schragen für die Prozeß- handl. im Handelsgerichte. 1834. Juni 16.	XIII.	93
N. u. B. Schluß betr. Abänderung des Art. 36 der H. G. Ordnung über das Rechtsmittel der Contrarestitution. 1845. Oct. 23.....	XIX.	131
Desf. Verordnung. 1845. Oct. 24. . .	—	134
Handels-Societäten. N. u. B. Schluß betr. Handels-Societäten u. Firmen, anonyme Gesellschaften u. Procuren. 1835. Oct. 15.	XIV.	265
Verordnung desfalls. 1835. Dec. 28..	—	307
Desf. Publicandum. 1835. Dec. 28..	—	317
Bekanntmachung betr. Anmeldungen im Firmen-Bureau. 1844. Febr. 1.....	XVIII.	7
Handels-Statistik, s. Statistik.		
Handwerker, s. Aemter.		

Hand

Hannover, f. Bundes=Contingent. Elbschiff-		
fahrts=Acte. R. u. B. Schluß betr.		
Ratificirung des Vertrages über die Elb-		
fahrt zwischen Hamburg und Hannover.		
1844. Juli 25.....	XVIII.	316
Vertrag betr. Schifffahrt zwischen Han-		
növerischen und Hamburgischen Elbufer-		
plätzen. 1846. Mai 11.....	XIX.	205
Uebereinkunft betr. regelmäßige Dampf-		
schifffahrt zwischen Hamburg u. Harburg.		
1846. Mai 11.....	—	210
Hansdorf. Verordnung in Ansehung der		
Schule. 1838. Juni 6.....	XV.	267
Harvestebude, f. Waisenhaus.		
Häuser=Bezeichnung, f. Gassen.		
Hazardspiele, f. Geestlande.		
Hausirer. Propositio Senatus über eine Ver-		
ordnung wegen des Handelsbetriebes der		
Hausirer. 1832. März 29.....	XII.	48
Desgl. 1832. Juni 28.....	—	92
Haus=Zimmerleute. Befehl wider die An-		
bringung von Beschwerden über die Meister		
durch die Gesellen der Haus=Zimmerleute		
vor der Lade. 1849. Juni 9.....	XXI.	83
Hawaii=Inseln. R. u. B. Schluß betr.		
Vertrag mit denselben. 1849. Dec. 27.	—	319
Hebammen. Instruction für dieselben in		
Stadt und Gebiet. 1832. März 30...	XII.	52
Publicandum betr. Instruction für die-		
selben. 1832, April 17.....	—	79
Bekanntmachung betr. Zulassung zum		
Hebammen=Unterricht und Examen. 1836.		
Febr. 18.....	XIV.	330
Desgl. betr. die von denselben zu beobach-		
tenden Vorschriften. 1840. Sept. 8...	XVI.	203
Hebemaschine. Bekanntmachung betr. Be-		
nutzung derselben im Niederhafen. 1846.		
Sept. 9.....	XIX.	314
		Desgl.

Bd. C.

Desgl. betr. dieselbe für kleine Colli. 1846. Sept. 25.....	XIX.	319
Desgl. betr. Kosten-Ermäßigung bei deren Benutzung. 1847. Mai 28.....	XX.	109
Heimathsrecht. Propositio Senatus betr. Ver- ordnung ü. Heimathsrecht. 1837. Mai 11.	XV.	39
N. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1837. Juli 3.	—	85
Abdruck derselben. 1837. Juli 10.....	—	94
N. u. B. Schluß betr. revidirte Ver- ordnung. 1843. Febr. 20.....	XVII.	321
Abdruck derselben. 1843. Febr. 27.....	—	325
Herbergen, s. Aemter.		
Hobes Wasser, s. Wassersnoth.		
Holstein, s. Eisenbahn. Walddörfer. Rücksicht- lich des Sperr-Cordons im Jahr 1831 s. Bd. XI.		
Bekanntmachung wider Ankauf u. Pfand- nahme von Waffen und Montirungsstücken Holsteinischer Polizey- u. anderer Beamten. 1840. April 1.....	XVI.	23
N. u. B. Schluß betr. Vertrag über die Holsteinischen Transito-Verhältnisse. 1840. Aug. 20.....	—	174
Abdruck dieser Convention. 1840. Sept. 4.	—	178
Desgl. betr. Vertrag über den Anschluß der Walddörfer an den Holsteinischen Zoll- Verein. 1840. Nov. 12.....	—	221
Abdruck desselben. 1840. Dec. 18.....	—	240
N. u. B. Schluß betr. Vereinbarung wegen zollfreier Waaren-Durchfuhr zu Wasser zum hiesigen Eisenbahnhofe. 1844. Nov. 28.	XVIII.	382
Holzhäfen, s. Diebstahl. Bekanntmachung betr. Entwendung der Pfähle und Klampen in den Holzhäfen. 1830. Dec. 13.....	XI.	258
N. u. B. Schluß wegen Fortdauer der Verordnung betr. die Benutzung der Holz- häfen. 1831. Febr. 17.....	—	283
Hülfsverein. Bekanntmachung betr. Con- stituierung des Hülfsvereines. 1842. Mai 7.	XVII.	105
Hülfs-		

	Vd.	S.
Hülfswohnungen, s. Vd. XVII.		
Hunde, s. Geestlande. Grassbrook. Marsch-		
lande. St. Pauli. Mandat betr.		
Tödtung herrenloser Hunde. 1827. Juli 11.	X.	43
Bekanntmachung desfalls. 1826. Juli 30.	—	171
Desgl. betr. herrenlose Hunde und Bull-		
doggen. 1837. Juli 21.....	XV.	101
Desgl. betr. Halsbänder der Hunde. 1839.		
Juli 4.....	—	438
Desgl. betr. herumlaufende Bulldoggen und		
andere große Hunde. 1839. Juli 17..	—	444
Wiederholte desgl. betr. dies. 1839. Oct. 4.	—	498
Desgl. 1841. März 8.....	XVI.	371
Ern. Mandat anzuwendende Vorsicht wegen		
toller Hunde betr. 1827. Juli 27.....	X.	44
Desgl. 1828. Juli 30.....	—	172
Hypothekenwesen. Propositio Senatus über		
eine desf. Verordnung. 1843. Juni 1... XVII.		385
R. u. B. Schluß betr. Niedersehung einer		
desf. gemischten Deputation. 1843. Dec. 14.	—	511
Bekanntmachung betr. Verlassungs-Aus-		
dienzen für St. Georg. 1843. Sept. 13.	—	417
Gebühren-Schragen für Ein- und Um-		
schreibungen ic. auf der Landstube. 1843.		
Sept. 13.....	—	418
Bekanntmachung betr. die Zeit des Zu-		
tritts des Publicums auf der Landstube.		
1845. Sept. 10.....	XIX.	114

J.

St. Jacobi Kirche, s. Vd. X.		
R. u. B. Schluß betr. Verlegung des Jacobi-		
tischen Begräbnißplatzes. 1845. Dec. 29.	—	166
Desgl. betr. Erwerbung eines andern Platzes.		
1847. März 11.....	XX.	17
Jagd. Vergl. Vd. X.		
R. u. B. Schluß betr. Jagd-Berord-		
nung. 1849. Juni 25.....	XXI.	88
Abdruck derselben. 1849. August 3.....	—	118
		Jagd-



Bd. C.

Jagd=Verordnung für Amt und Stadt Bergedorf. 1849. Dec. ....	XXI.	343
Nachtrag zu derselben. 1850. Nov. 12..	—	618
Jahrmärkte. Bekanntmachung über Zer- mine des Martini=Jahrmarktes. 1830. Oct. 11. ....	XI.	239
Desgl. wider Besuchen der Jahrmärkte durch Fremde. 1831. Oct. 10. ....	—	668
Desgl. betr. Zulassung fremder Verkäufer zu den hiesigen Jahrmärkten. 1831. Dec. 7.	—	711
Publicandum betr. den Jahr= u. Viehmarkt in Hamm und Barmbeck. 1843. April 1.	XVII.	335
Illumination, s. Reichsverweser. Bekannt- machung wider eine von Privaten beab- sichtigte Illumination. 1849. Febr. 23..	XXI.	31
Immobilien. Vgl. Bd. XVII. XX.		
R. u. B. Schluß wegen einer revidirten Verordnung über Abgabe von den Eigen- thums=Veränderungen. 1849. Dec. 13...	—	217
Abdruck derselben. 1849. Dec. 21. ....	—	230
Invaliden=Casse. R. u. B. Schluß betr. Ordnung derselben für das Hamburgische Militair. 1843. Mai 11. ....	XVII.	348
Bekanntmachung betr. deren Publication. 1843. Mai 15. ....	—	362
Rev. Ordnung derselben. 1843. Mai 15.	—	—
Propositio Senatus betr. eine Extra=Zulage von 3000 $\text{fl.}$ . 1850. Sept. 19. ....	XXI.	594
Johanneum, s. Scholarchat. Vergl. Bd. XV.		
Propositio Senatus betr. Mehrbewilligung für die Schulen des Johannei. 1845. April 24.	XIX.	53
Desgl. 1846. Juni 18. ....	—	244
Desgl. 1846. Aug. 6. ....	—	256
R. u. B. Schluß betr. das Budget derselben und außerordentliche Bewilligung. 1849. April 19. ....	XXI.	58
St. Johannis Kloster, s. Bd. XVIII. Har- vestehude.		

Jollen=

	Bd.	S.
Jollenführer. Taxe, nach welcher die mit Nummern versehenen Hamburgischen und Hamburgerberger Jollenführer sich zu richten haben. 1833.....	XII.	352
Additionelle Verfügung betr. die Taxe für die Jollenführer. 1833. Sept.....	—	356
Taxe der nach der Elbbade-Anstalt fahrenden Jollenführer. 1836. Mai 26.....	XIV.	384
Verfügung betr. dieselbe nebst revidirter Taxe. 1842. Oct. 31.....	XVII.	247
Israeliten, s. Notarien. R. u. B. Schluß betr. Erwerb von Grundeigenthum durch Israeliten u. deren Wohnen. 1842. Dec. 1.	—	257
Bekanntmachung betr. Wohnungs-Befugniß derselben. 1842. Dec. 5.....	—	271
R. u. B. Schluß betr. Provisorische Verordnung behufs Ausführung des §. 16 der Grundrechte des deutschen Volkes in Bezug auf die Israeliten. 1849. Febr. 21.	XXI.	24
Abdruck derselben. 1849. Febr. 23.....	—	27
Justizwesen. R. u. B. Schluß betr. Ergänzung und Abänderung der dasselbe betr. Verordnungen. 1840. Dec. 17.....	XVI.	251
Abdruck derselben. 1840. Dec. 21.....	—	256
Propositio Senatus betr. Pension für die Wittwen der graduirten Mitglieder der Untergerichte. 1840. Dec. 17.....	—	251
Desfallige Anzeige Senatus. Dec. 28....	—	271

R.

Kälber. Verfügung betr. Ausladung der an die Stadt gekommenen Kälber. 1840. Juli 9.	—	171
Kämmerei, s. Anleihen. Staatsschuld. Vergl. Bd. XVI.		
R. u. B. Schluß wegen Deckung des Deficits v. J. 1841. 1843. Nov. 23.....	XVII.	483
Desgl. für 1844. 1845. Juli 31.....	XIX.	88
Desgl. für 1846. 1846. Aug. 6. ....	—	256
Desgl. für 1847. 1847. Oct. 28.....	XX.	159
		Desgl.

	Bd.	S.
Desgl. für 1848. 1848. Sept. 7.....	XX.	333
Desgl. betr. Ueberweisung des Zinsen=Er- sparungs=Fonds zur Bestreitung außer- ordentlicher Ausgaben. 1847. Oct. 28..	—	159
Desgl. betr. Entlassung des Mitverordneten C. Johns. 1849. Dec. 13.....	XXI.	219
Kamine, s. Feuer=Anstalten.		
Kazen. Befehl wider Einfangen der Kazen. 1836. Dec. 17.....	XIV.	449
Kinder, s. Grassbrook. Kriegsspiel.		
Bekanntmachung wider Unfug u. Frevel der Knaben auf Straßen und Spazier- gängen. 1828. Juli 28.....	X.	170
Desgl. wegen Unfugs der Knaben auf den Straßen, Spaziergängen ic. 1831. Juni 2.	XI.	367
Desgl. wider Unfug der Kinder in den Gassen. 1835. Sept. 14.....	XIV.	254
Desgl. wider Kinderbälle. 1835. Febr. 17.	—	90
Desgl. wider Unfug der Schulknaben auf den Gassen. 1838. Dec. 22.....	XV.	336
Warnung betr. den Knaben=Unfug. 1850. März 13.....	XXI.	556
Kirchengebet, s. Cholera.		
Kirchen=Musiken, s. Register Bd. XIX.		
Verfügung bei der Kirchen=Musik in der großen St. Michaelis Kirche. 1847. April 6.	XX.	34
1845. Mai 13.....	XIX.	57
1846. April 14.....	—	203
1849. April 10.....	XXI.	57
Desgl. zu St. Petri. 1842. März 19....	XVII.	78
1849. Mai 21.....	XXI.	79
1850. März 23.....	—	543
Kirchensteuer, s. Billwärder. Eppendorf. Hamm. Moorfleth.		
Kirchwärder. R. u. B. Schluß wegen eines Geschenktes von 25,000 $\text{R}$ zur Sicher- stellung der dortigen Deiche und Ufer. 1830. Sept. 16.....	XI.	231
	Ver=	

Verordnung betr. Vorzugsrecht der Zehntrentengelder in Concursfällen. 1844.	
Aug. 16.....	XVIII. 330
Knallbriefe. Bekanntmachung wider Verkauf der f. g. Knallbriefe, Knallcigarren und Knallsidibus. 1836. März 31....	XIV. 341
Knochen, f. Gesundheitwesen. Ren. Bekanntmachung wider Knochengraben. 1831.	
Febr. 4.....	XI. 280
Verfügung wider Knochengraben auf den Weiden in der Vorstadt St. Georg.	
1835. Febr. 7.....	XIV. 58
Korbmacher. Verfügung betr. deren Schwefelstien. 1843. Dec. 6.....	XVII. 489
Kornhandel, f. Ochsenwärder. Maaße.	
Bekanntmachung betr. Benutzung des bedeckten Liegeplatzes für Kornschuten.	
1843. Jan. 25.....	— 312
K. u. B. Schluß betr. die neue Kornordnung. 1843. Dec. 14.....	— 506
Abdruck derselben. 1844. April 3.....	XVIII. 42
Bekanntmachung betr. Ausführung derselben. 1844. Mai 10.....	— 177
Krahn. Regulativ für Benutzung dessen am Mönkedamm nebst Gebühren-Tarif.	
1847. Nov. ....	XX. 190
Kramer. Bekanntmachung wider deren Weihnachts- und Neujahrs-Geschenke.	
1847. Nov. 15.....	— 192
Krankenhaus, f. Collecten.	
Bekanntmachung betr. Aufnahme der Kranken im allgemeinen Krankenhause.	
1831. Oct. 10.....	XI. 669
Deßgl. betr. das dortige Kostgeld. 1847. Sept. 9.	XX. 147
Deßgl. betr. Aufnahme in das allgemeine Krankenhaus und den Besuch desselben.	
1831. Dec.....	XI. 733
K. u. B. Schluß betr. Gehalts-Erhöhung des zweiten Hospital-Arztcs. 1844. Dec. 16.	XVIII. 609
Deßgl.	

Bd. C.

Desgl. betr. die Stadtsammlungen für dasselbe und Wahl der Provisoren. 1847. März 11.	XX.	17
Desf. Bekanntmachung. 1847. März 26.	—	33
Kreken. Warnung wider das Fahren mit denselben. 1847. Dec. 31.....	—	239
Kriegspflichtigkeit, f. Bergedorf. Bundes- Contingent.		
Propositio Senatus betr. Aufhebung des Art. 10 der Kriegspflichtigkeits-Ordnung. 1837. Oct. 26.....	XV.	120
Desgl. betr. nähere Bestimmung desselben. 1838. Nov. 8.....	—	297
Desgl. betr. dessen Abänderung. 1838. Dec. 10.	—	314
N. u. B. Schluß betr. Befreiung der See- leute. 1840. Nov. 12.....	XVI.	223
Desf. Bekanntmachung. 1840. Nov. 16.	—	224
Erneuerte desgl. 1847. Jan. 22.....	XX.	8
N. u. B. Schluß betr. Abänderung des Art. 5 so wie das Reserve-Arsenal. 1841. Oct. 7.	XVI.	518
Desf. Bekanntmachung. 1841. Nov. 1.	—	544
Kriegsspiel, f. Grassbrook. Bekanntmachung wider dasselbe und anderen Unfug der Kinder in den Gassen. 1848. Juni 3..	XX.	307
Krüge, f. Wirthschaften.		
Kuchen, f. Conditor-Waaren.		
Kündigung, f. Gesinde.		
Küterhaus, f. Schlachter.		

## L.

Ländereien, f. Hypotheken. Medizinal- Ordnung. Parochial-Verhältnisse. Post- straßen. Vergl. Bd. XI.		
N. u. B. Schluß betr. Verfassungs-Anord- nungen für das Landgebiet. 1835. Oct. 15.	XIV.	265
Reglement der öffentlichen Verhältnisse der Landherrenschaften. 1835. Nov. 16.	—	272
Allgemeiner Gebühren-Schragen für die Landherrenschaften. 1835. ....	—	284
e	Lam-	

	Bd.	S.
Lampen. Bekanntmachung betr. Diebstähle öffentlicher Lampen und Lampenscheine. 1832. Febr. 18.....	XII.	33
Desgl. betr. deren Entwendung. 1840. Febr. 13.	XVI.	18
Desgl. wider Beschädigungen der Stadt- leuchten. 1836. April 8.....	XIV.	341
Verbot des eigenmächtigen Ausgrabens und Versetzens von Laternenpfählen. 1842. Oct. 28.....	XVII.	243
Erneuert 1843. Febr. 27.....	—	333
Landgrundsteuer, s. Bd. XVI. R. u. B. Schluß betr. Prolongation u. Erhöhung der Landgrundsteuer. 1842. Juli 2....	—	485
Landungsbrücken, s. Dampfschiffe.		
Langenhorn. Verordnung wegen der dor- tigen Schule. 1841. Sept. 29.....	XVI.	507
Bekanntmachung betr. die Leistung der Herrentage. 1849. Mai 9.....	XXI.	68
Lehrlinge, s. Wirth.		
Leichen. Befehl wider das Abholen von Leichen vor vorgezeigten Todesbezeugungs- Attesten. 1837. Nov. 9.....	XV.	127
Bekanntmachung betr. Recognition von Leichen. 1842. Mai 10.....	XVII.	117
Notification betr. gefundene Leichen. 1842. Mai 11.....	—	119
Leichter-Schiffe. Bekanntmachung wegen der Besichtigung der die Elbe unterwärts bis Cuxhaven befahrenden Leichter-Schiffe. 1822. Jan. 19. und 1827. Oct. 12...	X.	50
Desgl. betr. Besichtigung der Leichter-Schiffe 1833. Juni 7.....	XII.	312
Desgl. wegen jährlicher Besichtigung der patentirten Leichter-Schiffe auf der Elbe. 1835. April 27.....	XIV.	192
Leihhaus. R. u. B. Schluß betr. revidirte Leihhaus-Ordnung. 1833. Mai 2....	XII.	257
Rev. Leihhaus-Ordnung. 1833. Juni 19.	—	317
		Be-

Bd. C.

Bekanntmachung betr. deren Publication. 1833. Juni 26. ....	XII. 330
Instruction für den Lombard-Verwalter und den Lombard-Schreiber. 1833. Juli.	— 331
Leuchtenwesen. R. u. B. Schluß betr. Un- terstützung Angestellter. 1847. Juli 1...	XX. 131
Leuchtschiff. Bekanntmachung wegen des zweiten Leuchtschiffes an der Mündung der Elbe. 1827. Aug. 25. ....	X. 44
Nachricht betr. das bei Schulpau hingelegete Leuchtschiff. 1839. Sept. 24. ....	XV. 491
Desgl. Bekanntmachung. 1840. März 27.	XVI. 21
Desgl. betr. die Signalschiffe bei Schulpau. 1844. Mai 22. ....	XVIII. 183
Desgl. betr. die Legung eines Signalschiffes unterhalb Schulpau. 1844. Juli 15. ....	— 309
Desgl. betr. dasselbe. 1850. Oct. 11. ....	XXI. 614
Licht, s. Feuer-Anstalten.	
Liquidations-Commission, s. Frankreich.	
Lösch-Anstalten. Propositio Senatus betr. Anstellung eines Directors der Lösch-An- stalten. 1843. Febr. 20. ....	XVII. 320
Lombard, s. Leihhaus. Pfänder.	
Lootsen. Cuxhavener Lootsen-Ordnung. 1838. Dec. 20. ....	XV. 317
(Vergl. Bd. XVIII. 846.)	
Bekanntmachung betr. dieselbe. 1839. Jan. 2. ....	— 356
Desgl. betr. deren definitive Beliebung, so wie Abänderungen der Loots- und Ge- bühren-Taxe. 1844. Juni 24. ....	XVIII. 215
Desgl. wider Annahme von R <sup>z</sup> -Stücken für das Lootsgeld. 1848. Jan. 7. ....	XX. 249
Instruction für die Rißebütteler Boll- und Patent-Lootsen. 1838. Dec. ....	XV. 328
Loots-Galliotte. Bekanntmachung über neue Station derselben. 1835. März 9.	XIV. 96

Lotteriesen. Warnung betr. Zahlen-Collecten und das Einsetzen in die Zahlen-Lotteriesen. 1831. Mai 5. ....	XI. 361
Mandat wider unerlaubte Lotto-Collecten, Einsetzen in Zahlen-Lotteriesen, Privat- Lotteriesen u. Debit fremder Lotterie-Loose. 1832. März 16. ....	XII. 36
Erneuert 1843. Aug. 23. ....	XVII. 417
Bekanntmachung betr. getheilte Loose der Stadt-Lotteriesen. 1833. Sept. ....	XII. 357
Ern. Mandat betr. Collectiren und Betrieb für auswärtige Classen-Lotteriesen und gegen Verspielungen durch Lotteriesen von 1819. Dec. 1. 1836. Oct. 10. ....	XIV. 431
Erneuert 1837. Juni 1. ....	XV. 40
Bekanntmachung wider ungefordertes Zu- senden von Lotterie-Loosen. 1837. Juni 1. —	41
Desgl. wider Verkauf der Interims- oder Deposito-Loose der Lübecker Lotterie. 1837. Sept. 8. ....	— 111
Desgl. wider letztere. 1838. Sept. 20. ....	— 286
Mandat wider das Auspielen von Luxus- Gegenständen. 1850. April 12. ....	XXI. 549
Bekanntmachung wider die von Privaten betriebenen Auspielgeschäfte. 1850. Aug. 9. —	587
Desgl. wider die s. g. Commerziellen Unter- nehmungen. 1850. Aug. 13. ....	— 587
Desgl. wider die Industrielle Association. 1850. Aug. 13. ....	— 588
Lübeck, s. Bundes-Contingent. Eisenbahn. Lotteriesen. R. u. B. Schluß betr. Auf- hebung der mit Lübeck bestehenden Arrest- freiheit in Schuldsachen. 1846. Nov. 12.	XIX. 330
Desf. Bekanntmachung. 1847. März 5.	XX. 11
Lübecker Fuhrleute, s. Fuhrwesen.	
Luftfahrt, s. Bd. XI.	
Lampen, s. Cholera.	



M.

Bd. C.

Maaß und Gewicht. <i>Propositio Senatus</i> betr. eine dēß. Verordnung. 1841. Febr. 11.	XVI.	370
R. u. B. <i>Schluß</i> betr. dieselbe. 1842. Dec. 1.	XVII.	259
Abdruck derselben. 1843. Jan. 16.....	—	297
Publicandum betr. Gesetzeskraft derselben, so wie Berichtigungen und Zusätze. 1843. Mai 29.....	—	380
Regulativ über zu duldbende Abweichungen der Maaße und Gewichte. 1843. Mai 29.	—	381
Bekanntmachung betr. das Milchmaaß. 1843. Nov. 8. ....	—	480
Desgl. betr. Unterabtheilungen der Kornfaß- und anderer übereinstimmender Maaße. 1844. Oct. 16.....	XVIII.	356
Bekanntmachung betr. Stempelung der Kornmaaße. 1844. Dec. 30.....	—	839
Mandat wider Justirung und Stempelung durch unbefugte Personen. 1844. Mai 10.	—	176
Bekanntmachung betr. im Kleinhandel zu gebrauchende Maaße. 1845. April 3.	XIX.	48
Desgl. betr. dieselben zu St. Pauli. 1845. Juli 3.....	—	79
Makler, s. Nachweisungs-Comptoire.		
R. u. B. <i>Schluß</i> wegen Abänderung des §. 20 der Makler-Ordnung vom 9. Dec. 1824. 1828. Oct. 9.....	X.	201
Anhang zur Makler-Ordnung. 1828. Oct. 9.	—	204
Bekanntmachung betr. Vorschriften gegen unbefugte Mafelei. 1832.....	XII.	115
R. u. B. <i>Schluß</i> betr. Geschäfte der Schiffs- makler bei Entrichtung des Stader Zolles. 1845. Dec. 29. ....	XIX.	165
Desß. Verordnung. 1845. Dec. 29....	—	168
Makler-Wittwen-Casse, s. Börse.		
Markthalle. Bekanntmachung betr. Er- öffnung derer auf dem Pferdemarkte. 1847. April. ....	XX.	37
	Marsch-	

Marschlande, f. Billwärder. Brandshof. Elbe. Eversführer. Fährwesen. Grassbrook. Moor- burg. Moorfleth. Ochsenwärder. Reich. Schleusen graben. Steinwärder.	
N. u. B. Schluß betr. Gehalte der Schreiber, Polizey=Officianten und Medicinal=Per- sonen. 1848. Nov. 27.....	XX. 414
Desgl. für 1850. 1849. Sept. 20.....	XXI. 163
Desgl. für 1851. 1850. Oct. 31.....	— 616
Bekanntmachung wider Aufnahme der Fremden. 1831. März 26.....	XI. 376
Desgl. 1837. Febr. 25.....	XV. 9
Desgl. betr. die Fremden. 1844. Oct. 4.	XVIII. 352
Verbot an Schenkwirthe: Musik, Verspielen u. dgl. zu halten. 1831. März 26....	XI. 316
Desgl. 1833. Dec. 18.....	XII. 484
Bekanntmachung betr. Dienstboten im Lande. 1831. März 26.....	XI. 323
Desgl. in Betreff der Dienstboten in den Marschlanden.. 1837. Febr. 25.....	XV. 3
Erneuert 1844. Juli 6.....	XVIII. 306
Neue Bekanntmachung wider uner- laubtes Ausgehen und Unordnungen des Gesinde. 1847. April 10.....	XX. 35
Bekanntmachung betr. Kegelschieben wäh- rend des Gottesdienstes. 1847. Juni 22.	— 126
Desgl. betr. Einführung der Todes=Bezeu- gungs=Atteste. 1831. Sept. 15.....	XI. 642
Desgl. wegen Sammelns mit der Armen- büchse. 1831. Dec.....	— 716
Befehl wider Herumlaufen der Hunde an den öffentlichen Wegen u. Deichen. 1834.	XIII. 65
Bekanntmachung betr. Anbinden der Hunde. 1838. Juni 30.....	XV. 279
Desgl. wider Schlachten der Rühre und Schweine durch Unprivilegirte. 1834. April 22.....	XIII. 76
	Desgl.

Desgl. wider Schlachten von Vieh und Verkauf des Fleisches durch Unconcessionirte. 1848. Nov. 30.....	XX. 418
Desgl. wider Schießen. 1835. XIV. 239. — 1839. Dec. XV. 644. — 1840. Dec. 19. XVI. 256. — 1850. Febr. 12. ....	XXI. 512
Publicandum wider Silentiumspiel und Ausspielen von Gegenständen aller Art. 1840. Dec. 11. ....	XVI. 234
Bekanntmachung wider Verkauf ausgenommener Vogelnester und geblendeter Vögel. 1840. April 5. ....	— 384
Desgl. wider Ueberfüllung der Fährfähne zwischen dem Stadtdeiche und dem Grassbrook. 1841. Sept. ....	— 506
Desgl. wider zudringliche Gastwirthe bei Landung der Dampfschiffe. 1845. Aug. 5.	XIX. 98
Desgl. betr. Errichtung eines Deich-Collegii auf den Elbinseln. 1847. Mai 12....	XX. 55
R. u. B. Schluß betr. jährliche Beihülfe zu den Schulen. 1847. Nov. 25. ....	— 194
Desgl. betr. dieselbe bis 1853. 1850. Juni 13. ....	XXI. 577
Masken=Bälle. Bekanntmachung wider dieselben in Tanzlocalen. 1831. März 18.	XI. 304
Desgl. wider dieselben in Tanzsälen. 1835. Jan. 17. ....	XIV. 52
Matrosen, s. Nord=America. St. Pauli.	
Mandat gegen Vorgen an fremde Matrosen. 1827. Sept. 5. X. 47. Renovirt. ....	XVII. 55
Befehl, die Matrosen am Bord zu behalten. 1831. Sept. 5. ....	XI. 631
Maulfäule, s. Viehseuche.	
Maurer. Befehl, fremde Maurer=Gesellen betr. 1831. Juli 12. ....	— 389
Desgl. 1848. Jan. ....	XX. 251
Mecklenburg, s. Eisenbahn. Vergl. Bd. XII.	

Medizinal-Ordnung, f. Apotheker. Arsenik. Chloroform. Cholera. Fliegen-Papier. Geistesfranke. Hebammen. St. Pauli. Rathschirurgus.	
Bekanntmachung über Zuziehung der Physici bei den zur Handhabung der ge- richtlichen Arzneifunde erforderlichen Unter- suchungen und Gutachten. 1830. Juli 28.	XI. 205
Desgl. betr. Beibringung von Todes-Bezeug- ungs-Attesten vor Ertheilung eines Erbs- zettels. 1831. Jan. ....	— 279
Desgl. betr. Erscheinung der Menschen- blattern und die zeitig zu beschaffende Vaccination. 1831. April 5.....	— 327
Nachträgliche Bekanntmachung in Bezug auf den §. 9 der Medizinal-Ordnung. 1831. Juni 17.....	— 380
Bekanntmachung wider unstatthafte An- preisungen von Arznei- und geheimen Mitteln. 1834. März 6.....	XIII. 49
Desgl. betr. den verbotenen Verkauf von Arznei und f. g. Geheim-Mitteln. 1840. März 25. XVI. 20. Mai 25.....	XVI. 71
R. u. B. Schluß betr. Besoldung der Medizinal-Personen des Landgebietes. 1834. Sept. 18.....	XIII. 294
Instruction für die Medizinal-Personen auf dem Gebiete. 1835.....	XIV. 3
Arznei-Laxe. 1844.....	XVIII. 618
Abänderungen und Zusätze. 1847...	XX. 24
Larveränderungen zu derselben. 1849....	XXI. 47
Propositio Senatus betr. Pensionirung des Physicus Dr. Schleiden. 1850. Juni 13.	— 577
R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1850. Sept. 19.....	— 594
Bekanntmachung einer neuen Auflage des Codicis medicamentarii Hamburg. und desf. Laxe. 1844. Dec. 20.....	XVIII. 683
Desgl.	

Desgl. betr. Veränderungen der Arznei-Taxe und Zusätze zum Codex medicamentarius. 1847. April 16.....	XX.	39
Desgl. 1849. März 9.....	XXI.	50
Mehlführer, f. R. u. B. Schluß betr. Accise. 1846. Dec. 10.....	XIX.	345
Bekanntmachung betr. Aufhebung des Zwangsbrechtes der Mehlführer. 1848. Jan. 5.....	XX.	248
Menschenreiter, f. Feuer-Anstalten.		
Messbriefe. Bekanntmachung betr. Er- theilung neuer Messbriefe. 1841. Oct. 20.	XVI.	525
Mexico. R. u. B. Schluß wegen Ratifica- tion einer Handels-Convention mit Mexico, vom 6. Juni 1827. 1828. Febr. 21..	X.	69
Anzeige Senatus betr. verweigerte Rati- fication obiger Convention. 1831. Febr. 17.	XI.	283
R. u. B. Schluß betr. diesseitige Rati- fication. 1841. Aug. 23.....	XVI.	485
Abdruck derselben.....	—	547
St. Michaelis-Kirche, f. Kirchen-Musiken.		
Bekanntmachung betr. Einstellung der Frühpredigten am Sonnabend. 1844. Mai 1.....	XVIII.	174
Miethe-Abgabe, f. Bd. XI.		
Milch, f. Maaße. Rev. Bekanntmachung betr. Umhertragen, Ausstellen und den Verkauf von Milch in unbedeckten Ge- fäßen, sowie die Verfälschung derselben. 1840. Mai 8. ....	XVI.	36
Militair, f. Invaliden.		
Militair-Departement. R. u. B. Schluß betr. Entlassung des Militair-Commissair Schiller. 1849. Jan. 4.....	XXI.	8
Militair-Schule. Bekanntmachung betr. in die Militair-Schule zu Oldenburg abzusendende Hamburgische Porte-épée- Fähntriche. 1834. Juli 17.....	XIII.	287
Desgl.		

Desgl. betr. daselbst zu besetzende Stellen. 1835. Mai 12. ....	XIV. 218
Militair=Verträge, s. Bundes=Contingent.	
Ministerium. R. u. B. Schluß betr. Honorar des Herrn Senioris Rev. Ministerii. 1834. Febr. 20. ....	XIII. 46
Monaco. Declaration betr. Ausdehnung des zwischen den Hansestädten u. Sardinien abgeschlossenen Vertrages auf Monaco. 1846. Jan. 27. ....	XIX. 194
Montirungsstücke, s. Waffen.	
Moorburg. Neue Feuer=Cassen=Ordnung für Moorburg. 1832. Dec. 5....	XII. 197
Moorfleth. Notification betr. Erhebung einer Steuer zum Besten der dortigen Kirche. 1835. Juni 15. ....	XIV. 229
Desgl. 1840. Juni 26. ....	XVI. 168
Desgl. 1845. Juli 16. ....	XIX. 85
Desgl. 1850. Juli 3. ....	XXI. 581
Mühlen. Propositio Senatus betr. das Staats=Mühlenwesen. 1833. Oct. 31. ....	XII. 427
Desgl. 1836. Mai 19. ....	XIV. 374
R. u. B. Schluß betr. Aufhebung der Mühle beim Graskeller. 1837. Dec. 7..	XV. 131
Propositio Senatus betr. Wegnahme einiger Räder und eines Theiles des Grundwerkes bei der Mühlenbrücke. 1838. Juni 27..	— 277
R. u. B. Schluß betr. Verlegung der Oberdamm=Mühlen und Eingehen derer am Niederdamm. 1842. Sept. 1. ....	XVIII. 846
Münzwesen.	
Bekanntmachung betr. Anstellung des Münzmeisters Biewend. 1843. Sept. 25.	XVII. 422
Publicandum wider Annahme von R $\frac{1}{2}$ =Stücken bei den öffentlichen Cassen. 1847. Dec. 22. ....	XX. 227
Bekanntmachung betr. angeblich cursirender falscher Hamb. Schillinge. 1849. Dec. 12. ....	XXI. 214

Museum, Naturhistorisches. R. u. B. Schluß betr. dessen Verwaltung und Zuschuß zu demselben. 1843. Mai 11.....	XVII. 349
Verfassung desselben. 1843. Mai 12...	— 352
Bekanntmachung betr. dasselbe. 1844. Nov. 25.....	XVIII. 379
Musikanten, s. Gassen-Musikanten.	
Musterrolle. Propositio Senatus betr. deren Revision. 1846. Dec. 10.....	XIX. 348
R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1849. Dec. 27.....	XXI. 320
Abdruck derselben. 1849. Dec. 28.....	— 323

## N.

Nachahmung. Mandat wider täuschende Nachahmung von Staatspapieren bei Anzeigen u. dgl. 1844. Oct. 7.....	XVIII. 354
Nachdruck, s. Bundes-Versammlung. Vergl. Bd. X.	
R. u. B. Schluß betr. eine revid. Verordnung wider Nachdruck. 1847. Nov. 25.	XX. 194
Abdruck derselben. 1847. Nov. 29.....	— 198
Nachtigallen. Warnung wider Einfangen der Nachtigallen. 1834. Mai 5.....	XIII. 76
Desgl. 1836. April 15.....	XIV. 364
Nachtwache. R. u. B. Schluß wegen Vermehrung dieses Corps um 24 Mann. 1827. Jan. 18.....	X. 3
Tages-Befehl für das Corps der Nachtwächter. 1834. Febr. 28.....	XIII. 47
R. u. B. Schluß betr. Verbesserung der Lage des Nachtwache-Corps. 1834. Nov. 13..	— 305
Rev. Ordnung für das Corps der Nachtwache. 1836. April 13.....	XIV. 342
R. u. B. Schluß betr. Vermehrung des Corps der Nachtwache um 24 Mann für St. Pauli. 1838. Nov. 8.....	XV. 299
Desgl. betr. 1 Officier, 2 Unterofficiere und 40 Gemeine für St. Georg. 1844. Sept. 4.	XVIII. 340
Desgl.	

	Bd.	C.
Deßgl. betr. 16 Mann für St. Pauli. 1846. Nov. 12. ....	XIX.	331
Senatus Anzeige an Erbges. Bürger. 1850. Dec. 19. ....	XXI.	628
Nachweisungs=Comptoire, f. Gesinde.		
Notification wider Eingriffe der Inhaber privilegirter Nachweisungs=Comptoire in die Mätkler=Ordnung. 1833. Febr. 4....	XII.	233
Bekanntmachung für Inhaber derselben u. Mädchen=Vermietherinnen. 1834. Jan. 2.	XIII.	27
Deßgl. wider Schlafstellen bei denselben. 1836. Dec. 12. ....	XIV.	447
Bekanntmachung betr. Vermiethung von Säugammen durch die Mädchen=Ver- mietherinnen u. Nachweisungs=Comptoire. 1837. März 14. ....	XV.	26
National=Versammlung, f. Reich.		
Navigations=Schule. Bekanntmachung betr. Aufnahme fremder Seeleute in die- selbe. 1842. März 7. ....	XVII.	55
Deßgl. betr. Aufnahme in dieselbe. 1846. März 28. ....	XIX.	193
Neubauten, f. abgebrannte Stadttheile. Brodt- schranken.		
Bekanntmachung betr. Vorschriften wegen der Richtungsfeierlichkeiten. 1846. Jan. 22.	—	184
Neuenwerk, f. Feuercasse.		
St. Nicolai. Verfügungen für die Grund- steinlegung der Hauptkirche. 1846. Sept. 22.	—	317
Niederbaum, f. Everführer.		
Bekanntmachung frühere Oeffnung und spätere Schließung des Niederbaumes im Winter betr. 1828. Nov. 26. ....	X.	222
Nieder=Gericht. Gemeiner Bescheid betr. Nachsuchung u. Bekanntmachung der Pro- clame u. Edictal=Adungen. 1839. Dec. 16.	XV.	519
Nieder=Hafen, f. Hafen.		



Niederlande, Extr. Prot. betr. Gleichstellung der Hamburgischen Schiffe in den Niederländischen Häfen mit den Nationalen hinsichtlich des Lonnengeldes. 1817. Jan. 3.	XV.	645
Bekanntmachung betr. die Freiheiten und Gleichstellung der Hamburger Schiffe rücksichtlich der überseeischen Besigungen der Niederlande. 1850. Nov. 23.....	XXI.	621
Nord-America. R. u. B. Schluß wegen Ratification einer Handels-Convention mit den Vereinigten Nord-American. Staaten. 1827. Nov. 27. 1828. Febr. 21.....	X.	69
Abdruck der Convention.....	—	108
R. u. B. Schluß wegen Ratification eines Zusatz-Artikels zu derselben, betr. die Auslieferung von Seeleuten. 1828. Oct. 9.	—	201
Abdruck desselben.....	—	206
Notarien. R. u. B. Schluß betr. Erwählung von Israeliten zu Notariatsstellen. 1840. Mai 25.....	XVI.	69
Nothbauten, s. Hülfswohnungen.		

## D.

Uberalte. C. Bd. XV.

OberrAppellations-Gericht. Circular desselben wegen der Procuratur-Rechnungen. 1829. März 9. ....	XI.	9
R. u. B. Schluß zur Genehmigung der definitiven Gerichts-Ordnung des D.-A.-Gerichts und dessen Procuratur-Ordnung. 1830. Dec. 9. ....	—	256
Gerichts-Ordnung für das gemeinschaftliche D.-A.-Gericht. 1831. Aug. 10.	—	529
R. u. B. Schluß betr. abgeänderte Fassung einiger Artikel der Gerichts-Ordnung. 1837. April 27.....	XV.	35
Abdruck derselben. 1837. Oct. 28.....	—	113
		Pu

	Bd.	S.
Publicandum betr. Einführung der Gerichts-Ordnung des D.=A.=Gerichts. 1831. Aug. 29.....	XI.	616
R. u. B. Schluß betr. Gehalts = Zulage für den Secretair des D.=A.=Gerichts. 1842. Dec. 1. ....	XVII.	259
Dritter gemeiner Bescheid betr. Einziehung der Urtheilsgebühren. 1845. März 6.	XIX.	37
R. u. B. Schluß betr. einstweilige Erwählung eines siebenten Rathes. 1845. Dec. 23.	—	132
Desgl. betr. einstweilige Acten = Versendung. 1848. Sept. 21. ....	XX.	356
Desgl. betr. deren Verlängerung bis 1851. 1850. Juni 13. ....	XXI.	575
Bekanntmachung derselben. 1850. Aug. 23.	—	588
Desf. Verordnung. 1848. Oct. 2. ....	XX.	370
Desgl. für Bergedorf. 1848. Dec. 6 u. 11.	—	461
R. u. B. Schluß betr. Abänderung verschiedener §§ der Gerichts-Ordnung des D.=A.=Gerichts. 1848. Sept. 21. ....	—	357
Desf. Verordnung. 1848. Nov. 22. ....	—	396
Desgl. für Bergedorf. 1848. Dec. 6. u. 11.	—	461
R. u. B. Schluß wegen Ausdehnung Art. 40 der Verordnung betr. das Verfahren vom 29. Dec. 1815 und § 4 der Appellabilitäts = Verordnung vom 7. Juli 1820. 1848. Sept. 21. ....	—	358
Desf. Verordnung. 1848. Nov. 22. ....	—	399
Propositio Senatus betr. Regulativ über Ruhegehälter der Mitglieder des Gerichtes. 1849. Jan. 4. ....	XXI.	6
Propositio Senatus betr. dasselbe. 1850. Juni 13. ....	—	574
R. u. B. Schluß betr. Quiescirung des D.=A.=G.=Rathes Hach. 1850. Juni 13.	—	574
Ober = Gericht. Gemeiner Bescheid betr. Erhibirung des protocollarischen Theils des handelsgerichtlichen Erkenntnisses a quo. 1834. Nov. 24. ....	XIII.	315
Desgl.		

Desgl. in Gemäßheit Art. 65 der Verord- nung betr. des von den Justizbehörden zu beobachtenden Verfahrens. 1838. Febr. 5.	XV. 177
Desgl. betr. Nachsuchung appellatorischer Citationen. 1831. Sept. 2. Renov. 1844. Oct. 21.....	XVIII. 359
Desgl. über das Verfahren bei der Inrota- lation und Transmiffion der Acten. 1849. Febr. 26.....	XXI. 34
Bekanntmachung betr. Bezeichnung der Wohnung der Supplicanten und Suppli- caten. 1842. Oct. 7.....	XVII. 238
R. u. B. Schluß betr. das Präsidium im Obergerichte. 1850. Febr. 21.....	XXI. 513
Obst, unreifes. Publicandum betr. unreife Zwetschen. 1831. Aug. 27.....	XI. 616
Bekanntmachung betr. unreife Zwetschen und Pflaumen. 1834. Aug. 11.....	XIII. 289
Ochsen, f. Sonntage.	
Ochsenwärder, f. Marschlande.	
Neue Bekanntmachung wider Ausgra- bungen auf der Binnenfreiheit und den Vorländern zu Ochsenwärder. 1834...	XIII. 65
Desgl. wider dieselben daselbst und auf den Billwärder Ländereien. 1850. März 8.	XXI. 527
Neue Feuer = Cassen = Ordnung für Ochsenwärder, Moormwärder, Spadenland und Latenberg. 1836. Aug. 12.....	XIV. 396
Bekanntmachung wider den unerlaubten Kornhandel in Ochsenwärder. 1842. April 18.....	XVII. 83
Oesterreich. Notification betr. Gleichstellung Hamb. und Oesterreichischer Schiffe in den wechselseitigen Häfen. 1839. April 12.	XV. 377
Desf. Kais. Oesterreichische Declaration. 1839. März 25.....	— 378
Omnibus, f. Fuhrwesen.	
Oldenburger, f. Bundes = Contingent. Militair- Schule.	
Oratorium, f. Kirchen = Musiken.	

papiergeld. Bekanntmachung betr. die Vereinbarung mit Preußen und anderen Regierungen wegen einer Auscourssetzung ihres Papiergeldes. 1850. Sept. 13...	XXI. 590
parochial=Verhältnisse. Bekanntmachung betr. die der auf dem Lande verweilenden städtischen Familien. 1840. Dec. 9....	XVI. 232
Erneuert 1842. Oct. 31.....	XVII. 247
Paßkarten.	
R. u. B. Schluß betr. Vertrag wegen der Paßkarten. 1850. Dec. 19.....	XXI. 625
Bekanntmachung desselben. 1850. Dec. 30.	— 635
Desgl. betr. die Paßkarten und das Paß- karten=Institut. 1850. Dec. 31.....	— 649
St. Pauli, f. Brodt. Bürger=Militair. Collecte. Dampffschiffe. Feuer=Wache. Gassen= Ordnung und Reinigung. Gesinde. Nacht= wache. Schauspiele. Schiffbauer. Schlaf= baase. Schuster. Sonntage. Stocklaternen. Umschreibung. Vorstädte.	
Publicandum betr. die Benennung St. Pauli Vorstadt. 1833. Nov. 6. ....	XII. 432
Bekanntmachung betr. Fremde. 1833.	— 242
Desgl. 1834.....	XIII. 67
Befehl an Schenkswirthe. 1833.....	XII. 240
Desgl. 1834.....	XIII. 67
Desgl. an Schlafbaase. 1841. Nov. 7. ...	XVI. 547
Publicandum an dieselben. 1842. April 12.	XVII. 81
Befehl wider Futtern des Viehes an öffent- lichen Wegen oder auf Privatpersonen zuständigen Weiden. 1833.....	XII. 241
Desgl. wider Futtern des Viehes an öffent- lichen Wegen oder auf fremden Grund- stücken. 1834.....	XIII. 70
Desgl. wider dasselbe, auch am Stadtgraben. 1842. April 16.....	XVII. 82

Bekanntmachung wider Benutzung des Glacis u. a. zum Trocknen der Wäsche. 1846. Mai 25. ....	XIX. 240
Desgl. wider Schießen und Raketenwerfen. 1830. Dec. XI. 274. 1833. XII. 239. 1834. XIII. 71. 1843. Dec. 29. ....	XVII. 520
Desgl. wider Abbrennen von Feuerwerk. 1845. Aug. 11. ....	XIX. 108
Desgl. wider Anzünden der f. g. Ehren= spforten. 1846. Juni 3. ....	— 242
Befehl die Tanzsäle um 11 Uhr Abends zu schließen. 1834. ....	XIII. 71
Bekanntmachung betr. im Patronats= Gebiete wohnende Medizinal = Personen. 1834. Juni 25. ....	— 273
Namen = Verzeichniß der Einwohner, welche die Erlaubniß, Matrosen in Schlaf= stelle zu nehmen, erhalten. 1836. April 30.	XIV. 370
Bekanntmachung wider Schlachten und Verkauf frischen Fleisches abseiten Unbe= fugter. 1836. Juni 6. ....	— 386
Verfügung wider Beengung des Ham= burgisch = Altonaer Grenzgrabens. 1838.	XV. 282
Bekanntmachung betr. Kamine und Schornsteine. 1839. Febr. 1. ....	— 360
Befehl betr. Silentium = Spiel. 1839. Febr. 16. ....	— 366
Verbot des Verspielens von Gegenständen jeder Art. 1840. Nov. 21. ....	XVI. 226
Befehl betr. Aufhören der Tanzmusik um 11 Uhr, Schließung der Wirthslocale um 12 Uhr und wider hohe und Hasard= Spiele. 1842. Juli. ....	XVII. 201
Bekanntmachung betr. daß zu St. Pauli zu erhebende Nachtwachengeld. 1839. April 12.	XV. 378
Befehl betr. Festlegen der Bullboggan und Einfangen herumtreibender Hunde. 1839. Mai 10. ....	— 391
Desgl. 1846. Aug. 12. ....	XIX. 269

	Bd.	S.
N. u. B. Schluß betr. jährlichen Zuschuß von 900 $\text{fl}$ an die Armen-Anstalt zu St. Pauli. 1841. Dec. 9. ....	XVI.	604
Desgl. betr. Zuschuß zu derselben. 1845. Oct. 23. ....	XIX.	130
Desgl. betr. Deckung des Deficits und Zuschuß zu derselben. 1847. Nov. 25. ....	XX.	194
N. u. B. Schluß betr. Deckung des Deficits derselben. 1849. Jan. 4. ....	XXI.	5
Desgl. betr. Zuschuß von 20,000 $\text{fl}$ Ert. 1849. Sept. 20. ....	—	163
Desgl. betr. desgleichen von Ert. $\text{fl}$ 15,500. 1850. Oct. 31. ....	—	616
Bekanntmachung betr. die anstatt des Umganges der dortigen Armen-Schüler vorzunehmende Sammlung der Armen-Vorsteher. 1848. Aug. 15. ....	XX.	325
N. u. B. Schluß betr. Errichtung einer zweiten Armenschule. 1850. Juni 13. ...	XXI.	576
Verbot des Rauchens in den Tischler- und ähnlichen Werkstätten. 1843. Jan. 2. ...	XVII.	295
Bekanntmachung betr. Anlegung von Einfahrten, Ueberfahrten u. 1843. Dec. 15. ....	—	515
Schragen für das Brückengeld der Eisbrücke bei d. Landungsplätze. 1847. Jan. 9. ....	XX.	4
Desgl. 1847. Dec. 28. ....	—	237
Regulativ für Fuhrleute, welche von den Pumpen am h. Geisfelde Wasser holen. 1845. März 18. ....	XIX.	40
Publicandum betr. bei Neubauten nachzusuchende Bau-Erlaubniß. 1845. April 22. ....	—	50
Desgl. betr. Anzeige der Todesfälle. 1845. Aug. 1. ....	—	96
Taxe am Landungsplätze der Dampfschiffe. 1845. Mai. ....	—	69
Bekanntmachung betr. Benutzung der Landungsbrücken durch Seedampfschiffe. 1847. Juli 26. ....	XX.	135
		Desgl.

Desgl. betr. Verschiffung von Vieh über dieselben. 1847. Juli 26. ....	XX.	136
Desgl. wider zudringliche Gastwirth bei Landung der Dampfschiffe. 1845. Aug. 5.	XIX.	97
Propositio Senatus betr. Begrenzung der Vorstadt St. Pauli. 1845. Oct. 23....	—	129
R. u. B. Schluß desfalls. 1845. Dec. 29.	—	167
Desfalls. Publicandum. 1846. Jan. 5.	—	175
Pensionen, s. Garnison. Kepsold. Woltmann.		
R. u. B. Schluß betr. Errichtung einer Pensions-Casse für Wittwen u. Waisen der Beamten u. Officianten. 1833. Nov. 28.	XII.	448
Verordnung desfalls. 1833. Nov. 29..	—	452
R. u. B. Schluß wegen Abänderung des Art. 6. 1834. Sept. 18. ....	XIII.	294
Bekanntmachung betr. bei der Pensions-Casse zu berücksichtigende Neben-Einnahmen. 1834. Oct. 10. ....	—	298
R. u. B. Schluß betr. Verordnung wegen Erweiterung der Pensions-Casse. 1838. Dec. 20. ....	XV.	315
Abdruck derselben. 1838. Dec. 28. ....	—	337
R. u. B. Schluß betr. Abänderungen der Verordnung. 1847. Juli 1. ....	XX.	130
Revidirte Verordnung. 1847. Nov. 8.	—	167
Bekanntmachung betr. deren Publication. 1847. Nov. 22. ....	—	192
R. u. B. Schluß betr. Ertheilung der Pensionen für die Kämpfer der Jahre 1813 und 1814. 1840. Dec. 17. ....	XVI.	251
Desgl. betr. Unveräußerlichkeit von Pensions-Scheinen. 1841. April 22. ....	—	387
Verordnung desfalls. 1841. April 26..	—	390
R. u. B. Schluß betr. an neun Wittwen Hamburg. Officiere zu ertheilende Pension. 1843. Dec. 14. ....	XVII.	510
persenninge. Verbot wider Aufhängen derselben an den Brücken. 1843. Sept...	—	431

## St. petri Kirche, s. Kirchen-Musik.

R. u. B. Schluß betr. Genehmigung des Uebereinkommens derselben wegen des Nachlasses der St. Johannis Kirche. 1838. Nov. 8. ....	XV.	300
Desgl. betr. Verlängerung dieser Beihilfe für 3 Jahre. 1842. Dec. 1. ....	XVII.	258
Desgl. betr. dieselbe. 1845. Oct. 23. ....	XIX.	130
Desgl. betr. Zuschuß von 6000 $\text{fl}$ für 1849. 1849. Jan. 4. ....	XXI.	5
Desgl. betr. denselben. 1850. Sept. 19. ....	—	593
Verfügungen für die Einweihung der Hauptkirche. 1849. Mai 5. ....	—	66
Pfänder, s. Holstein. Bekanntmachung betr. Zinsen von auf Pfänder geliehenen Geldern. 1830. Febr. 1. ....	XI.	116
Desgl. betr. Berechnung der Zinsen durch die Pfandleiher. 1847. Sept. 14. ....	XX.	151
Erneuert. ....	XXI.	65
Warnung wegen anzuwendender Vorsicht bei Einlösung oder Umschreibung der Pfänder. 1831. März 1. ....	XI.	298
Bekanntmachung die Pfandscheine betr. 1834. Oct. 11. ....	XIII.	299
Desgl. betr. von den Pfandleihern auszustellen Pfandscheine. 1834. Nov. ....	—	316
Desgl. wider Unrechtfertigkeiten der Pfandleiher. 1849. Dec. 24. ....	XXI.	317
Warnung betr. Versehen und Verkaufen der von der Armen-Anstalt den Armen gelieferten Gegenstände. 1845. Jan. 20. ....	XIX.	10
Pferde. Bekanntmachung betr. Ankauf von Pferdehaaren. 1830. Aug. 28. ....	XI.	218
Notification betr. mit der Krankheit des Roßes behaftete Pferde. 1830. ....	—	227
R. u. B. Schluß v. 5. Juli 1837 über Markt-Verordnung betr. Pferdekrankheiten. ....	XV.	86
Desgl.		



Desgl. betr. deren definitive Beliebung.	
1840. Aug. 20. ....	XVI. 176
Abdruck derselben. 1837. Juli 5. ....	XV. 86
pflaumen, s. Obst.	
pforte, hohe. R. u. B. Schluß betr. Vertrag der Hansestädte mit der hohen Pforte.	
1839. Aug. 22. ....	— 451
Abdruck desselben. 1839. Aug. 27. ....	— 455
R. u. B. Schluß betr. Additional-Tractat zu dem Handels-Vertrage mit der H. Pforte.	
1841. Dec. 9. ....	XVI. 602
Abdruck desselben. 1842. März 10. ....	XVII. 59
physici, s. Medizinal-Ordnung.	
policen, s. Stempel.	
polizey, s. Arretirungen. Bauten. Bettler. Buden. Butter. Cholera. Concerte. Drachen. Droschken. Fremde. Gassen- musikanten. Kinder. Kirchenmusiken. Knall- briefe. Paßkarten. Rathschirurgus. Schau- spiele. Schenkwinthe. Spottbilder.	
Instruction für Polizey-Posten u. Polizey- Patrouillen an den Thören und Bäumen und in Landgebieten. 1831. Sept. 13..	XI. 637
R. u. B. Schluß betr. Organisation und Competenzgesetz der Polizey. 1832. Juni 28.	XII. 89
Desgl. betr. deren Prolongation bis 1845.	
1838. Juni 27. ....	XV. 278
Desgl. betr. dieselbe bis 1847. 1844. Nov. 28.	XVIII. 383
Desgl. betr. dieselbe bis 1850. 1847. März 11.	XX. 16
Desgl. betr. dieselbe bis 1851. ....	XXI. 514
Desgl. betr. Competenz der städtischen Polizey für St. Georg. 1847. März 11. ....	XX. 16
Desgl. betr. Sportelschragen für die Ange- stellten der Polizey-Behörde und für die Hafenrunde. 1847. März 11. ....	— —
Desf. Bekanntmachung. 1847. März 19.	— 29
Desgl.	

Desgl. betr. Niederlegung einer gemischten Deputation für definitive Organisation der Polizey, Competenzgesetz und Criminalver- fahren u. a. 1843. Nov. 23.....	XVII.	481
Desgl. betr. Theilnahme der Städte Lübeck und Bremen wegen des Hamb. Criminal- Gesetzbuches. 1844. März 14. ....	XVIII.	38
Polizey=Bürger. Bekanntmachung betr. Anordnung derselben. 1842. Mai 7....	XVII.	107
Desgl. betr. Auflösung der Bürger-Polizey. 1842. Mai 10.....	—	114
Polter=Abend. Verfügung wider Unfug vor den Häusern der Verlobten an dem Polter= Abend. 1832. Aug. 30.....	XII.	107
Postwesen. R. u. B. Schluß betr. Orga- nisirung des Staats-Postwesens. 1832. Nov. 15.....	—	142
Verordnung desfalls. 1832. Dec. 21..	—	172
Bekanntmachung betr. Verlegung der Hamburgischen Posten nach dem Posthause auf dem Neuenwall. 1832. Dec. 30...	—	193
Desgl. betr. Briefbeförderung zwischen Ham- burg und Cuxhaven. 1834. Mai 12...	XIII.	78
Desgl. betr. Porto der englischen, so wie der nach England bestimmten deutschen Zeitungen. 1834. Sept. 29.....	—	297
Desgl. betr. Briefbeförderung nach Frank- reich und America mit den nach Havre gehenden Dampfböten. 1835. April 3..	XIV.	106
Desgl. betr. neue Organisation der Fußpost. 1834. Dec. 10.....	XIII.	323
Desgl. betr. die neue Fußpost=Ordnung. 1834. Dec. 31.....	—	381
Rev. Verordnung für die Fußpost. 1838. April 12.....	XV.	257
Verordnung über Extra-Posten, Couriere und Estafetten. 1838. Dec. 10.....	—	305
Revidirte desgl. 1840. Dec. 23. ....	XVI.	261

Bekanntmachung betr. den diesseits mit dem K. General-Postamt zu London abgeschlossenen Vertrag. 1841. März 22..	XVI. 379
R. u. B. Schluß betr. Ueberweisung der Einnahmen und des Vermögens des Stadt-Postwesens an das öffentliche Aerarium. 1847. Oct. 28.....	XX. 160
Desgl. betr. die Ueberweisung der Zinsen des Reserve-Fonds der Post-Casse an die Stadt-Casse. 1850. Sept. 19.....	XXI. 593
Post- u. Handelsstraßen, s. Bergedorf. Preußen.	
R. u. B. Schluß wegen deren Neubaus, desf. Verwendung des halben Ertrages der Entfestigungs-Steuer und Erhebung eines Wegegeldes. 1829. Juni 18.....	XI. 38
Desgl. betr. Ermäßigung des Beitrages der Wegebau-Casse zu der Staats-Casse und deren theilweiser Ersatz durch die Entfestigungs-Casse. 1840. Aug. 20.....	XVI. 176
Desgl. betr. Anleihe zum Wegebau. 1841. Febr. 11.....	— 370
Desgl. betr. erweiterte Beihülfe zum Bau der Elmenhorst-Wandsbecker Chaussee. 1843. Mai 11.....	XVII. 349
Desgl. betr. Erhebung des Chausseegeldes an der Barriere in Langenhorn. 1841. Oct. 27.	XVI. 527
Verordnung Erhebung des Chaussee- und Wegegeldes betr. 1830. Dec. 15.....	XI. 259
Chaussee- und Wegegeld-Tarif.....	— 261
Bekanntmachung über den Anfang der Erhebung eines Chaussee- und Wegegeldes. 1830. Dec. 15.....	— 263
Instruction und Verpflichtung für Einnehmer des Chausseegeldes. 1830. Dec. 15.....	— 263
Bekanntmachung betr. Befreiung der Landbewohner vom Chaussee- und Wegegelde innerhalb ihrer Gemeindegrenzen. 1830. Dec. 27.....	— 272
Desgl.	

	Bd.	C.
Desgl. betr. Erhebung des Chauffeegeldes in Eimsbüttel. 1831. Dec. 28.....	XI.	731
Desgl. an der Barriere bei der hohen Luft. 1835. April 24.....	XIV.	191
Desgl. an der Barriere bei der Ruhmühle. 1839. Dec. 27.....	XV.	643
Desgl. Erhaltung der Chauffeen betr. 1834. Mai 6.....	XIII.	77
R. u. B. Schluß betr. Bewilligung von 20,000 $\text{fl}$ für Wegebau. 1844. Juni 6.	XVIII.	185
Desgl. betr. dieselbe von 40,000 $\text{fl}$ jährlich und 2000 $\text{fl}$ . 1848. Sept. 7.....	XX.	333
Desgl. betr. außerordentlich 4000 $\text{fl}$ . 1850. Sept. 19.....	XXI.	592
Bekanntmachung betr. Herstellung der Barriere beim Schäferkamp. 1849. Juni 22.	—	86
Prämien-Anleihe, f. Rämmerei.		
Prätoren, f. Arreste.		
Instruction für die mit den Pfändungen und Aussetzungen beauftragten Prätur- Officianten. 1828. Jan. 2.....	X.	59
Publicandum betr. Prätur-Verfahren in Miethesachen. 1833. Nov. 28.....	XII.	450
R. u. B. Schluß betr. Anstellung eines Actuarius substitutus für die Prätoren. 1834. Sept. 18.....	XIII.	293
Allgemeiner Schragen für die Stadtprä- turen und das Actuariat der Prätoren. 1841. Febr. 8.....	XVI.	344
Prediger, f. Confirmation. Gottesdienst. Wittwen-Casse.		
Presse, f. Bund, deutscher. Rath- und Bürger- Deputation. Wunsch Erbges. Bürger- schaft betr. Preßfreiheit. 1847. Nov. 25.	XX.	197
R. u. B. Schluß betr. das Preßgesetz. 1849. Sept. 20.....	XXI.	161
Abdruck desselben. 1849. Oct. 5.....	—	183
Bekanntmachung betr. das Eintreten der Gesetzeskraft desselben. 1849. Oct. 5.	—	201
		Preußen,

Bd. C.

Preußen, f. Eisenbahnen. Union. Zollverein,  
deutscher. Ueber die Cholera-Maafregeln,  
f. Bd. XI.

R. u. B. Schluß wegen Ratification einer  
Handels-Convention mit Preußen. 1828.

Nov. 13..... X. 214

Abdruck der Convention ..... — 216

R. u. B. Schluß betr. Declaration über  
die Kunststraße zwischen Hamburg und  
Berlin. 1837. Oct. 26.....

XV. 119

Abdruck derselben. 1837. Nov. 24..... — 650

Bekanntmachung betr. die Veranlassungen  
des Einrückens und Verbleibens der R.

Preussischen Truppen. 1849. Aug. 21.. XXI. 132

Proclamations-Scheine, f. Webde.

Promenaden, f. Gassen. Wall.

## Q.

Quarantaine, f. Cholera.

Bekanntmachung betr. dieselbe für Schiffe  
aus den Cap-Verdischen Inseln kommend.

1846. Jan. 28..... XIX. 185

Desgl. betr. dieselbe für Schiffe aus den  
Canarischen Inseln. 1847. Dec. 22....

XX. 226

Desgl. betr. Aufhebung dieser Quarantaine-  
Untersuchung. 1848. Febr. 28.....

— 261

## R.

R. G. Rath, f. Archiv. Secretariat. Syndicat.

Bekanntmachung wider die persönliche  
Ueberreichung und Vorstellungen an den  
Senat durch Deputationen. 1849. Febr. 7.

XXI. 21

R. u. B. Schluß betr. Aussetzung der Wahl  
eines Bürgermeisters. 1850. Febr. 21..

— 513

Rathhaus. R. u. B. Schluß betr. Ueber-  
lassung des Rathhaus-Plazes an die Ge-  
sellschaft zur Beförderung der Künste und  
nützlichen Gewerbe. 1843. Dec. 14....

XVII. 509

Rath=

	Bd.	C.
Rathhaus=Schließer. R. u. B. Schluß wegen dessen Gehalt u. Gebühren. 1830. Sept. 16.	XI.	231
Schragen desselben. 1830. Sept. ....	—	232
Rath= und Bürger=Convente vom Jahre 1827—1848, s. Bd. XVI.—XIX.		
von 1849. Jan. 4. ....	XXI.	3
— — Febr. 21. ....	—	24
— — April 16. ....	—	58
— — Juni 25. ....	—	86
— — Juli 12. ....	—	115
— — Aug. 27. ....	—	134
— — Sept. 20. ....	—	160
— — — 27. ....	—	178
— — Dec. 13. ....	—	215
— — — 27. ....	—	318
von 1850. Jan. 17. ....	—	493
— — Febr. 12. ....	—	513
— — März 14. ....	—	537
— — Mai 23. ....	—	558
— — Juni 13. ....	—	573
— — Sept. 19. ....	—	592
— — Oct. 28. ....	—	615
— — Dec. 19. ....	—	625
Publicandum betr. bevorstehende Ansetzung einer Rath= und Bürger=Versammlung. 1842. Mai 19. ....	XVII.	131
Bekanntmachung betr. zu den Rath= und Bürger=Conventen getroffene Vor= bereitungen. 1842. Juni 1. ....	—	141
Wunsch Erbges. Bürgerschaft wegen zeitli= ger Publication der Proponenda. 1842. Juni 16. ....	—	164
Desgl. 1847. Juli 1. ....	XX.	132
Erwiderungen Senatus und Erbges. Bür= gerschaft. 1847. Oct. 28. ....	—	161.163
R. u. B. Schluß betr. Nichtverlesung der gedruckten Anträge C. C. Rath's. 1848. Sept. 7. ....	—	331
		Bc

	Vd.	C.
Bekanntmachung betr. den bevorstehenden R. u. B. Convent. 1848. Sept. 18...	XX.	354
Rath- und Bürger-Deputation v. Jahre 1842. R. u. B. Schluß vom 16. Juni 1842 zur Ernennung einer außerordentlichen Rath- und Bürger-Deputation, deren Geschäfts- kreis und Competenz.....	XVII.	151
Entlassung des Herrn Th. Dill aus der- selben. 1842. Juni 23.....	—	169
R. u. B. Schluß betr. deren Beibehaltung. 1843. Mai 11. ....	—	347
Desgl. betr. deren Prolongation. 1844. Juni 6.	XVIII.	186
Desgl. betr. dieselbe bis Ende 1845. 1845. April 24.....	XIX.	52
Desgl. betr. deren Schlußbericht. 1845. Dec. 29.....	—	162
Mittheilung der ferneren Abrechnung der- selben. 1848. Sept. 21.....	XX.	359
R. u. B. Schluß betr. Sicherung der Masse derselben. 1850. Febr. 21.....	XXI.	514
Desgl. betr. Abwicklung der Geldverhältnisse derselben. 1850. Juni 13. ....	—	576
Rath- und Bürger-Deputation v. Jahre 1848. R. u. B. Schluß vom 13. März 1848, betr. Niedersetzung einer Rath- und Bürger- Deputation zur Begutachtung einer Reform und Entwerfung eines Preßgesetzes.....	XX.	267
Desgl. betr. Entlassung von zwei Mitglie- dern. 1848. Mai 25.....	—	303
Mittheilung betr. das Aufhören dieser Deputation. 1848. Sept. 21.....	—	359
Raths-Chirurgus. Bekanntmachung betr. die Kur durch denselben. 1834. Nov. 14.	XIII.	314
Desgl. betr. die Anstellung von zwei Raths- Chirurgen. 1836. Oct. 8.....	XIV.	430
Redouten, s. Schauspiele. Befehl wider das Rauchen während der Redoute. 1844. Febr. 23. ....	XVIII.	21
	Re-	

Reformirte (Deutsch.). R. u. B. Schluß betr. Ueberlassung eines Bauplatzes an dieselben. 1844. Nov. 28.....	XVIII.	384
Reich. Reichsgesetze.		
Gesetz betr. Verkündigung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Centralgewalt. 1848. Sept. 27.....	XX.	483
Verordnung betr. Herausgabe des Reichs- gesetzblattes. 1848. Sept. 27. ....	—	484
Verfügung des Reichsministeriums der Justiz, betr. Herausgabe des Reichsgesetz- blattes. 1848. Sept. 27. ....	—	484
Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland. 1848. Sept. 27. ....	—	485
Desgl. betr. Verfahren im Falle gerichtl. An- klagen gegen Mitglieder der verfassungsgeben- den Reichsversammlung. 1848. Sept. 30.	—	488
Verordnung betr. eine Matricularumlage zur Bestreitung der Kosten der Reichs- versammlung u. der Centralgewalt. 1848. Sept. 30. ....	—	489
Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betr. die Vertheilung der Umlage von 120,000 Gulden auf die einzelnen Staaten. 1848. Sept. 30....	—	490
Gesetz zum Schutze der verfassungsgebenden Reichsversammlung und der Beamten der prov. Centralgewalt. 1848. Oct. 10...	—	491
Verordnung betr. Beschaffung von 5,250,000 fl. für die deutsche Marine. 1848. Oct. 10.....	—	495
Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betr. Vertheilung der vor- läufig für die deutsche Marine verfügbar zu machenden 5,250,000 fl. auf die ein- zelnen Staaten. 1848. Oct. 10.....	—	496
Bekanntmachung betr. die Befreiung der in den Reichs-Marine-Dienst Getretenen		



Bd. C.

von demjenigen im Landheere. 1849.	
März 31. ....	XXI. 56
Gesetz betr. Einführung einer deutschen Kriegs- u. Handelsflagge. 1848. Nov. 12.	XX. 497
Verordnung betr. Vollziehung des vor- stehenden Gesetzes. 1848. Nov. 12. ....	— 500
Gesetz betr. Einführung der allgemeinen Wechselordnung für Deutschland. 1848. Nov. 26. ....	— —
Verordnung betr. baare Vergütung für Verpflegung der Reichstruppen. 1848. Nov. 27. ....	— 539
Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betr. Vertheilung der für die Verpflegung der Reichstruppen unzu- legenden 1,750,000 fl. auf die einzelnen Staaten. 1848. Nov. 27. ....	— 541
Finanz-Gesetz für die Monate September bis December 1848. Dec. 22. ....	— 543
Verordnung betr. eine Matricular-Umlage zur Bestreitung des Aufwandes der Reichs- versammlung und der Centralgewalt. 1848. Dec. 23. ....	— 546
Bekanntmachung des Reichsministeriums der Finanzen, betr. Vertheilung der Um- lage von 217,456 fl. 32 fr. auf die ein- zelnen Staaten. 1848. Dec. 23. ....	— 547
Grundgesetz, betr. Grundrechte des deut- schen Volkes. 1848. Dec. 27. ....	— 548
Gesetz betr. die Schließung der öffentlichen Spielbanken und Aufhebung der Spiel- pachtverträge. 1849. Jan. 20. ....	XXI. 355
Verordnung betr. die Ermäßigung der Zulagen bei Festungsbauten in den Reichs- festungen. 1849. Febr. 3. ....	— 356
Desgl. betr. Einziehung des Ertrages aus den Gräsereien der Festungswerke. 1849. Febr. 3. ....	— 358
	Desgl.

	Bd.	S.
Desgl. betr. die Beschaffung von 5,250,000 fl. für die deutsche Marine. 1849. Febr. 12.	XXI.	359
Bekanntmachung betr. deren Vertheilung. 1849. Febr. 13.....	—	360
Gesetz betr. die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe. 1849. April 12.....	—	362
Desgl. betr. die Taggelber und Reisegelder der Abgeordneten. 1849. April 12. ...	—	368
Verordnung betr. das Verbot von Mu- nitionsgegenständen, Pferden und Schiff- bauholz nach Dänemark. 1849. April 22.	—	369
Disciplinar=Strafordnung für das deutsche Reichsheer. 1849. April 22...	—	370
Einführungs=Verordnung derselben. 1849. April 22.....	—	390
Verfassung des deutschen Reiches. 1849. April 28. ....	—	392
Verordnung betr. die Disciplinarbestrafung in der Marine. 1849. Mai 5.....	—	453
Desgl. über die Anwendung von Laternen zur Vermeidung des Zusammenstoßens von Dampfschiffen. 1849. Mai 25.....	—	465
Reichs=Versammlung.		
Bekanntmachung betr. Wahl der Ab- geordneten zu der constituirenden deutschen National=Versammlung. 1848. April 12.	XX.	279
Desgl. für die Elbinseln. 1848. April 15.	—	288
Desgl. für die Marschlande. — —	—	289
Desgl. für die Geestlande. — —	—	291
Desgl. betr. Aufforderung zur Wahl an alle volljährigen Staatsangehörigen. 1848. April 16. ....	—	292
Desgl. betr. Legitimations=Documente und Stimmzettel der Wähler. 1848. April 16.	—	294
Desgl. betr. Locale für die Wahlen. 1848. April 17.....	—	—
Desgl. betr. Legitimation der Wähler. 1848. April 17.....	—	296
		Desgl.

	Bd.	S.
Desgl. betr. volljährige Staatsangehörige in den Geestlanden. 1848. April 18.....	XX.	297
Desgl. betr. Wahl im Amte und Städtchen Bergedorf. 1848. April 18.....	—	298
Desgl. betr. Abgabe der Stimmzettel für die Wahlen durch Beauftragte. 1848. April 19.	—	—
Desgl. betr. Abstimmung für die Abgeordneten. 1848. April.....	—	299
Desgl. des Ergebnisses der Abstimmungen. 1848. April 26.....	—	300
Desgl. betr. Wahl eines neuen Abgeordneten. 1848. Nov. 27.....	—	416
Desgl. betr. dieselbe. 1848. Dec. 1.....	—	421
Abgeordneten = Wahl. 1848. Dec. 5.	—	428
Desgl. auf dem Grassbrook und den Elbinseln. 1848. Dec. 6.....	—	458
Reichsverweser, s. 1848.		
Reisende, s. Fremde.		
Repsold, s. Bd. XI.		
Ritzbüttel, s. Cuxhaven.		
Verordnung Aufnahme der Fremden und Ertheilung des Bürgerrechts betr. 1829. Febr. 28. ....	XI.	4
R. u. B. Schluß wegen Gehalts des Bau-Conducteurs. 1831. Dec. 19.....	—	728
Desgl. über eine Verordnung betr. das Criminal-Verfahren. 1837. April 27.....	XV.	35
Abdruck derselben. 1837. Mai 1.....	—	36
R. u. B. Schluß betr. Verordnung über die Aufhebung und Ablösbarkeit der Abgaben und Leistungen im Amte. 1849. Sept. 24. ....	XXI.	165
Abdruck derselben .....	—	165
Rußland. Gleichstellung der Hamburgischen und Russischen Flagge in den beiderseitigen Häfen rücksichtlich der Schifffahrtsabgaben. 1833. Nov. 10. ....	XV.	647
		Bc

Bekanntmachung betr. vertragemäßige Schiffahrts-Verhältnisse mit Rußland. 1845. Dec. 22.....	XIX. 162
--	----------

C.

Säugammen, f. Nachweisungs-Comptoire.	
Sägerpläze. Verbot der Auflage und des Einsammelns von Geldbeiträgen zum ge- meinschaftl. Vertrinken daselbst. 1844. Oct.	XVIII. 356
Salzmesser. Bekanntmachung betr. Instruc- tion und den Schragen der Salzmesser und Träger. 1846. Mai 20.....	XIX. 232
Sammlungen, f. Volksbewaffnung.	
Sandbaggerei und Sandgraben, f. Elbe.	
Sandthor, f. Hafen. Thorsperre.	
Bekanntmachung wider Befahren der Sandthors-Brücke mit schwerem Fuhr- werke. 1840. Aug. 13.....	XVI. 173
Desgl. betr. Passirung von Schuten unter derselben. 1850. Juli 29.....	XXI. 586
Sardinien. R. u. B. Schluß betr. Rati- fication des Schiffahrts-Vertrages mit Sardinien. 1844. Sept. 12.....	XVIII. 344
Abdruck desselben. 1844. Nov. 6.....	— 364
Schauenburger-Straße. R. u. B. Schluß betr. daselbst expropriirte Häuser. 1847. Juli 1.....	XX. 129
Schauspiele, f. Gasbeleuchtung.	
R. u. B. Schluß wegen Befreiung der Direction des Stadt-Theaters von der Abgabe von öffentlichen Vergnügungen von 1827—1831. 1827. Mai 3.....	X. 15
Desgl. für die Direction des Stadt- und den Unternehmer des Steinstraßen-Theaters bis Ende 1834. 1831. Dec. 19.....	XI. 726
Desgl. bis Ende 1837. 1834. Nov. 13..	XIII. 304
Desgl. bis Ende 1843. 1840. Nov. 12..	XVI. 221
Ver-	

Bd. C.

Verfügungen behufs Verhütung von Feuersgefahr im Schauspielhause. 1828. Jan. und 1830. Febr. 3.....	XI. 118
Befehl wider das Rauchen auf der Gallerie des Stadt-Theaters. 1831. Oct. 20...	— 684
Verbot des Rauchens in den Theatern zu St. Pauli. 1845. Oct. 1.....	XIX. 118
Regulativ betr. Aufrechthaltung der Ord- nung vor dem Stadt-Theater bei Beendi- gung des Schauspiels. 1833. Febr. 9..	XII. 234
Desgl. 1836. März 28. ....	XIV. 338
Verfügung betr. Feuer-Lösch-Anstalten im Stadt-Theater. 1836. März 16.....	— 334
Desgl. betr. Verhütung von Feuersgefahr auf dem Tischlerboden daselbst. 1840. April 21. ....	XVI. 26
Fernere Verfügungen zur Verhütung von Feuersgefahr. 1840. April 30.....	— 31
Revid. Verfügungen desfalls. 1844. Febr. 17. ....	XVIII. 15
Verfügung behufs Verhütung von Feuers- gefahr im Thalia-Theater. 1843. Nov. 8.	XVII. 475
Renovirt und revidirt 1844. Juli 15.....	XVIII. 308
Instruction desfalls für die Angestellten und Arbeiter daselbst. 1844. Juli 18..	— 311
Verfügung zur Aufrechthaltung d. Ordnung bei der Eröffnung desselben. 1843. Nov. 8.	XVII. 479
Warnung vor dem Hinstellen von Opern- gläsern u. dgl. auf die Logenbrüstungen. 1846. Oct. 13.....	XIX. 321
Schenkwirthe, s. Marschlande. St. Pauli. Spiele. Verfügung betr. Schenken, Tanzsäle u. s. w. 1835. Aug. 20.....	XIV. 242
Schießen, s. Geestlande. St. Georg. Marsch- lande. St. Pauli. Steinwärder.	
Bekanntmachung betr. Schießen und Raketenwerfen in der Stadt, den Vor- städten und dem Gebiete. 1831. Dec. 9.	XI. 732
Desgl.	

	Bd.	S.
Desgl. wider Schießen auf der Außen-Alster.		
1838. Juni 6. ....	XV.	266
Desgl. betr. Binnen-Alster. 1845. Juli 23.	XIX.	87
Warnung wider unbefugtes Schießen und		
Tragen von Waffen. 1848. Mai 18...	XX.	302
Desgl. betr. verbotenes Schießen. 1848.		
Aug. 11. ....	—	321
Desgl. 1848. Dec. 30. ....	—	480
Schießpulver, s. Zündapparate.		
Bekanntmachung betr. scemwärts ankommendes Schießpulver. 1831. Juli 21...	XI.	448
Renovirt 1844. Aug. 30. ....	XVIII.	331
Desgl. wider Verkauf von Schießgewehr,		
Pulver und Feuerwerk an Kinder. 1839.		
März 6. ....	XV.	370
Desgl. betr. Aufbewahrung und Transport		
des Schießpulvers. 1835. Juli 22. ...	XIV.	235
Nachträgliche Bekanntmachung desfalls.		
1836. Juli 6. ....	—	395
Befugung wegen gesetzwidrigen Verkaufes		
von Schießpulver. 1845. Jan. 16. ....	XIX.	9
Schiffahrt- und Hafen-Deputation, s. Cur-		
haven. Dampfbagger. Gottesdienst. Leichter-		
schiffer. Leuchtschiff. Loots-Galliotte. Navi-		
gations-Schule. Seetonnen. Taucherglocke.		
R. u. B. Schluß betr. Aufhebung des §. 14		
No. 2. des Reglements derselben wegen		
der Kosten der Düpe. 1840. Aug. 20..	XVI.	175
Nachricht für Seefahrer betr. den Wasser-		
messer zu Zwielenfleth. 1838. Nov. 3..	XV.	294
Desgl. betr. die schwarze Tonne No. 15 und		
die weiße Tonne No. 18. 1839. Mai 10.	—	392
Bekanntmachung betr. Legung einer		
Boje, so wie das Leuchtschiff zu Schulan.		
1841. April 6. ....	XVI.	384
Desgl. wegen Legung von Bojen an dem		
Alfelder und dem schwarzen Tonnen-Sande.		
1844. Oct. 1. ....	XVIII.	351
Desgl.		

Desgl. wegen Legung zwei fernerer Bojen dasselbst. 1845. Juni 3.....	XIX.	71
Desgl. betr. Auslegung von zwei Tonnen zwischen Bogelsand und dem Sandriff. 1845. Oct. 6.....	—	126
Desgl. betr. im südlichen Fahrwasser der Elbe unterhalb Stade bei den s. g. beiden Häusern gelegte Tonnen. 1846. Juni 8.	—	243
Desgl. betr. Anordnung zweier Dampf- bagger im Fahrwasser unweit Blankenese. 1846. Juli 10.....	—	248
Desgl. betr. Benutzung der bei Blankenese gebaggerten Rinne in dem Fahrwasser. 1846. Oct. 19.....	—	324
Desgl. betr. Bagger=Arbeiten im Blanke- neser Sande. 1847. Mai 18.....	XX.	58
Desgl. betr. Baggerei im nördlichen Fahr- wasser bei Blankenese. 1847. Sept. 4.	—	146
Desgl. betr. Eröffnung des neuen Fahr- wassers bei Blankenese. 1847. Nov. 8.	—	166
Desgl. betr. Betonung des Fahrwassers auf der Unterelbe. 1848. April 1.....	—	278
Desgl. betr. Namen der in die Elbe ein- kommenden Schiffe. 1848. Oct. 16....	—	375
Desgl. betr. in der Norder-Elbe angebrachte Laternen. 1846. Oct. 28.....	XIX.	327
Desgl. betr. Wegnahme derselben. 1846. Nov. 20.....	—	332
Desgl. betr. die Signal=Laternen am unteren Köhlbrand. 1849. Nov. 10.....	XXI.	207
Desgl. betr. dieselben an beiden Ufern des Köhlbrands. 1850. Nov. 15.....	—	619
Desgl. betr. die Stationirung der beiden Feuerschiffe im Fahrwasser bei Schulau. 1849. Nov. 22.....	—	212
R. u. B. Schluß betr. Anstellung von Marine=Beamten für die Landungsbrücken in St. Pauli u. auf dem Grasbrook, so wie eine Abgabe an Letztere. 1841. April 22.	XVI.	388

Desgl. betr. die Gehalte des Wasserbau- Directors und der Inspectoren. 1847.	
Mai 6.....	XX. 50
Schiffbauer. Bekanntmachung betr. die Schiffbauer-Unterstützungs-Casse in St. Pauli. 1836. Jan. 6.....	XIV. 323
R. u. B. Schluß betr. Aufhebung der Schiffbauergunst. 1838. Dec. 20.....	XV. 316
Bekanntmachung betr. dieselbe. 1839. Jan. 7.....	— 358
Bekanntmachung betr. ungehinderte Zu- lassung fremder Schiffbauer- Arbeiter. 1839. Mai 1.....	— 389
Schiffe, s. Diebstahl. Everführer. Erneuertes Verbot Abends nach acht Uhr Feuer oder Licht in denselben zu haben. 1842. Mai 13.....	XVII. 122
R. u. B. Schluß betr. Verordnung betr. die Papiere für hamburgische Seeschiffe. 1850. Sept. 19.....	XXI. 594
Abdruck derselben. 1850. Sept. 30.....	— 602
Desf. Bekanntmachung. ....	— 603
Desgl. 1850. Dec. 28. ....	— 631
Mittheilung an die hiesigen Rheder betr. dieselbe. 1850. Dec. 30.....	— 632
Schifferwachen. Mandat betr. dieselben. 1842. Febr. 18.....	XVII. 50
Schlachter, s. Accise. Fleisch. St. Georg. Marschlande. St. Pauli. Schweine. Bekanntmachung wegen der Streitig- keiten der Gesellen im neuen Rüterhause. 1830. Oct. 5. ....	XI. 239
Befehl betr. tägliche Reinigung des neuen Rüterhauses. 1831. Juni 16.....	— 380
Bekanntmachung wider Schlachten in andern als in den dazu verordneten Schlachthäusern. 1831. Juli 14.....	— 483
Desgl. 1832. Mai 17.....	XII. 80
Desgl. 1834. März 25.....	XIII. 64



	Bd.	S.
Desgl. 1836. Juli 29.....	XIV.	395
Befehl betr. fremde Schlachter-Gesellen. 1832. Febr. 10.....	XII.	33
Verfügung betr. Ansprechen um Ge- schenke bei den hiesigen Schlachtermeistern abseiten fremder Gesellen. 1833. Sept. 12.	—	356
Mandat wider Aufkäuferei des Schlacht- viehes und heimliche Schlächtereire, er- neuert 1833. Oct. 28. ....	—	425
Erneuert 1841. ....	XVI.	466
Befehl betr. die sich hier aufhaltenden Schlachtergesellen. 1833. Dec. ....	XII.	505
Notification wider Treiben von Schlacht- vieh durch die Stadt mit Hunden. 1838. Sept. 21. ....	XV.	286
R. u. B. Schluß betr. Verlegung der Schlachthäuser. 1839. Aug. 22. ....	—	453
Desgl. betr. dess. Anleihe. 1840. Nov. 12.	XVI.	220
Bekanntmachung betr. Abschaffung der Weihnacht- und Neujahrs-Geschenke an die Kunden. 1848. Dec. 17. ....	XX.	222
Desgl. für St. Georg. Dec. 20. ....	—	223
Desgl. für St. Pauli. Dec. 22. ....	—	225
Desgl. für die Geestlande. Dec. 22. ....	—	—
Schlafbaase, s. St. Pauli.		
Bekanntmachung betr. Schlafbaase in der Stadt, der Vorstadt St. Pauli und auf dem Stadtdeiche. 1835. Dec. 8....	XIV.	290
Schleuse, s. Brandshof. Fuhlsbüttel. Ham- merbrook.		
Bekanntmachung betr. Bau der Schleuse beim Grasseller. 1838. Mai 2. ....	XV.	263
Verfügung für dieselbe passirende Ever- und Schutenführer. 1839. Sept. ....	—	496
Gebühren-Tarif bei der Alster-Schleuse unter der Schleusen-Brücke. 1846. Juli 6.	XIX.	247
Verfügung für dieselbe passirende Ever- Schuten- und sonstige Führer von Fahr- zeugen. 1846. Aug. ....	—	272
		Ge-

	Bd.	S.
Gebühren-Tarif bei der Schleuse unter der Mühlenbrücke. 1847. Sept. 15....	XX.	152
Schleusengraben. Bekanntmachung wider Lagern von Holz in denselben. 1841. Oct. 16.	XVI.	523
Schlosser. Verfügung wider fremde Schlosser- Gesellen. 1833. Jan. 30. ....	XII.	232
Desgl. zur Verhütung des Mißbrauchs von Dietrichen und Schlüsseln. 1839. Febr. 18.	XV.	367
Warnung für Schlosser-Gesellen. 1841. Nov. 1. ....	XVI.	546
Befehl betr. dieselben. 1848. Dec. ....	XX.	480
Schneider. Bekanntmachung betr. fremde Schneider-Gesellen auf dem Hamburger- Berge. 1833. Juni 20. ....	XII.	329
Desgl. betr. Wohnungsveränderung der Schneider-Gesellen. 1844. Jan. 27. ..	XVIII.	5
Scholarchat, f. botanischer Garten. Gym- nasium. Johanneum. Stadtbibliothek.		
Bekanntmachung betr. die wegen des Gymnasii beliebte Aenderung. 1833. Oct. 3.	XII.	359
R. u. B. Schluß über fernere Verhältnisse des botanischen Gartens. 1832. März 29.	—	49
Propositio Senatus betr. Dotation u. Bauten desselben. 1838. März 15. ....	XV.	191
R. u. B. Schluß betr. dessen Unterstützung aus der Staats-Casse. 1838. Juni 27.	—	278
Desgl. betr. Beisteuer zu demselben. 1843. Mai 11. ....	XVII.	350
Desgl. 1848. Sept. 21. ....	XX.	358
Bekanntmachung betr. dessen Besuch. 1847. März. ....	—	32
R. u. B. Schluß betr. Erweiterung der Schul- Anleihe auf Bco. $\text{fl}$ 480,000. 1839. Juni 6.	XV.	405
Desfallige Notification. 1839. Juni 8.	—	410
R. u. B. Schluß betr. die Sternwarte. 1833. Oct. 31. ....	XII.	427
Desgl. betr. Errichtung neuer Gebäude für Stadtbibliothek, Gymnasium u. Johanneum; sowie eine desf. Anleihe. 1836. Dec. 1.	XIV.	444

	Bd.	S.
Propositio Senatus betr. Kostenbeitrag für das Johanneum, ferner Vacanzen beim Gymnasium und Zusammensetzung des Scholarchats. 1847. Juli 1.....	XX.	126
Desgl. betr. Schul-Ordnung und Additional-Artikel zum Pensions-Cassen-Gesetz. 1847. Juli 1. ....	—	128
Desgl. betr. Ueberweisung des Antrages wegen der Schul-Ordnung an eine gemischte Deputation. 1847. Nov. 25....	—	196
Schornsteine, s. Feuer-Casse.		
Befehl an Schornsteinfeger, die Schornsteine in gesetzmäßigen Fristen zu fegen und die daran gefundenen Mängel sofort anzuzeigen. 1829. Nov. ....	XI.	104
Erneuert 1831. Oct. ....	—	682
Bekanntmachung über Auskehrung der Rüchen-Schornsteine. 1829. Nov. 28...	—	106
N. u. B. Schluß betr. Anlegung enger Schornsteine. 1836. Oct. 27. ....	XIV.	439
Bekanntmachung desfalls. 1836. Nov. 14.	—	440
Erneuert 1843. Juni 1. ....	XVII.	386
Desf. Warnung. 1843. Juni 1. ....	—	—
Bekanntmachung wider Anlageverbotener Schornsteine. 1837. Sept. 9. ....	XV.	112
Desgl. betr. genauere Untersuchung der Schornsteine. 1839. Febr. 11. ....	—	365
Verfügung betr. Reinigung der Schornsteine in den zahlreich bewohnten Häusern. 1842. Mai 15. ....	XVII.	126
Schreiberei. Notification betr. Wiedereröffnung der Schreiberei des Stadt-Hypotheken-Wesens. 1842. Mai 15...	—	125
Desgl. betr. Expeditionen daselbst. 1843. Juni 20. ....	—	388
Bekanntmachung betr. die Gebühr für die Combination von Hypothekposten. 1850. Nov. 25. ....	XXI.	622
Schuld, öffentliche, s. Rämmerci. Staatsschulb.		

Schalwesen, s. Borstel. Farmsen. Finkenwärder.	Vd.	C.
Fußsättel. Hamm. Hansdorf. Horn.		
Johanneum. Kinder. Langenhorn. Marsch-		
lande. Navigations-Schule. Scholarchat.		
Bekanntmachung betr. ungebührliches Be-		
tragen der Schulknaben auf den Gassen.		
1830. Dec. ....	XI.	268
Notifikation betr. Lehr-, Erziehungs-		
und Pensions-Anstalten. 1831. April 18.	—	357
Warnung betr. Anmeldung der Schulen und		
anderer Erziehungs-Anstalten. 1831.		
Dec. 12. ....	—	713
Bekanntmachung wider Ankauf der Schul-		
bücher von der Jugend. 1839. Jan. 29.	XV.	359
Verfügung wegen Verunreinigung der		
neuen Schulgebäude auf dem ehemaligen		
Domsplatze. 1839. Oct. 24. ....	—	499
Schuster. Bekanntmachung betr. das		
Schusteramt. 1831. Febr. 28. ....	XI.	294
Desgl. betr. fremde Schuhmachergesellen auf		
dem Hamburger-Berge. 1833. April 6.	XII.	247
Schulwagen, s. Wagen.		
Schutzverwandte. Propositio Senatus vom		
27. April 1837, betr. Verordnung über		
die Schutzverwandtschaft in der Stadt..	XV.	39
Desf. R. u. B. Schluß vom 3. Juli 1837.	—	86
Abdruck derselben. 1837. Juli 10. ....	—	97
R. u. B. Schluß betr. eine revid. Ver-		
ordnung. 1843. Febr. 20. ....	XVII.	321
Abdruck derselben. 1843. Febr. 27. ....	—	329
Schwäne. Bekanntmachung betr. Schwäne		
auf der Alster. 1832. Febr. 10. ....	XII.	32
Desgl. wider Schießen nach denselben.		
1836. Aug. 25. ....	XIV.	418
Desgl. betr. Füttern derselben. 1844. Mai 25.	XVIII.	184
Schweden. R. Bekanntmachung betr.		
Gleichstellung der Hamburg. u. Bremischen		
Schiffe in den Schwedischen Häfen mit den		
einheimischen hinsichtlich des Zolles und		
der übrigen Ungelder. 1835. Febr. 7...	XV.	647
		R.

N. u. B. Schluß betr. Handels- und Schiffahrts-Vertrag zwischen Hamburg und den Königreichen Schweden und Norwegen. 1841. Juni 3.....	XVI.	398
Abdruck desselben. 1841. Juni 30.....	—	441
Declaration betr. Aufhebung der Abzugsrechte zwischen Schweden und Norwegen und Hamburg. 1845. Mai 14.....	XIX.	58
Schweinemarkt, s. Frachtwagen.		
Schweine, s. Wall.		
Warnung wider Halten von Schweinen in der Stadt. 1831. Aug. 1.....	XI.	496
Bekanntmachung betr. Veruntreuungen beim Schlachten derselben. 1842. März 31.	XVII.	79
Verfügungen betr. deren Mißhandeln auf dem neuen Schlachthause. 1842. Oct. 30.	—	246
Schweiz, s. Bd. XIII.		
Secretariat, s. Canzlei. Vergl. Bd. XV.		
N. u. B. Schluß betr. demnächstige Trennung der Hypotheken-Verwaltung von dem Secretariate, Ansetzung eines provisorischen Beamten auf der Schreiberei, so wie Ernennung eines außerordentlichen Secretairs. 1843. Nov. 23.....	—	482
See=Schiffe, s. Schiffe.		
See=Tonnen. Nachricht wegen auswärtig geborgener Hamburgischer See=Tonnen, Chaloupen ic. 1827. März 21.....	X.	12
Selbsthülfe, s. Feuersbrunst.		
Siele, s. Abgebrannte Stadttheile.		
Bekanntmachung betr. Benutzung der neu vollendeten Siele. 1844. Febr. 9..	XVIII.	9
N. u. B. Schluß betr. Ausdehnung des Sielebaues über die Brandstätte. 1844. Juni 6.	—	186
Bekanntmachung betr. Abschluß der Privat=Siele. 1845. Febr. 3.....	XIX.	14
Fernere desgl. desfalls. 1845. Febr. 19..	—	27
Silber. Mandat über Gehalt des hiesigen Silbers. 1845. Aug. 1.....	—	94

Silentium=Spiel, s. St. Georg. St. Pauli.

Singvögel, s. Nachtigallen. Vogelnefter.

Bekanntmachung betr. das Einfangen  
von Singvögeln, das Herausnehmen von  
Vogelneftern und deren Verkauf. 1849.

Mai 3. .... XXI. 65

Skaven=Handel. R. u. B. Schluß betr.

Accessions=Vertrag zu den Conventionen  
über Unterdrückung desselben und desfall-  
sigeß Strafgesetz. 1836. Aug. 18. .... XIV. 416

Desgl. betr. Genehmigung des Accessions=  
Vertrages. 1837. Mai 11. .... XV. 39

Derselbe. 1837. Juni 9. .... — 42

Strafgesetz wider Skaven=Handel. 1837.  
Juni 19. .... — 70

R. u. B. Schluß betr. Competenz des Han-  
delsgerichtes in desfalligen Rechtsfragen.  
1841. Juni 3. .... XVI. 398

Desf. Bekanntmachung. .... — 399

Slamajenbrücke. Befehl betr. deren Passage.  
1842. Juli 1. .... XVII. 178

Sonn= und Festtage, s. Charfreitag.

Bekanntmachung betr. Treiben der Ochsen  
durch die Stadt an Sonn= und Festtagen.  
1832. Sept. 28. .... XII. 110

Desgl. wegen Feier der Sonn= und Fest-  
tage. 1836. Oct. 14. .... XIV. 432

Desgl. 1837. Dec. 8. .... XV. 134

Desgl. zu St. Pauli. 1844. Nov. 28. .... XVIII. 592

Desgl. in den Geestlanden. 1845. Aug. 26. XIX. 111

Spar=Casse. Organisations=Plan derselben.

1827. Mai. .... X. 18

Revid. Organisations=Plan derselben. 1839. XI. 11

Anzeige betr. Errichtung eines vierten  
Bureaus der Sparcasse. 1834. April. .... XIII. 75

Speicherlaken. Bekanntmachung betr. An-  
bringung von Haken an den Speicher-  
laken. 1840. Oct. 23. .... XVI. 215

Spiele.

	Bd.	S.
<b>Spiele.</b> Befehl wider Gestattung der Silen- tium= und Schnepperbahnen= Spiele in den Tanzsälen. 1833. Oct. 13.....	XII.	362
Verbot wider Ausspielen von Gegenständen in Schenklokalen. 1838. Nov. 3. ....	XV.	295
Erneuertes Verbot betr. Ausspielen von allerlei Gegenständen. 1839. Dec. 3... —		510
Desgl. 1846. Oct. 26.....	XIX.	326
<b>Spielzeug,</b> s. Conditormaaaren.		
<b>Spirituosa.</b> Verbot an Aufseher bei öffentl. Bauten, Arbeitern bei Verkäufern spirituoser Getränke Credit zu eröffnen. 1840. Dec. 5.	XVI.	230
Desgl. Arbeitern einen Abzug vom Lohne für dergl. zu machen, und Schenken auf Bau- oder Arbeitsplätzen zu halten. 1841. Jan. 2.	—	293
Erneuert 1842. Juli 29. ....	XVII.	192
Desgl. 1843. Febr. 1. ....	—	316
Verfügung betr. Kleinhandel mit Brenn- spiritus oder s. g. Gasflüssigkeit. 1847. Jan. 6.....	XX.	4
<b>Spottbilder.</b> Bekanntmachung wider die selben. 1835. März 30.....	XIV.	102
Warnung betr. dieselben. 1846. Sept. 1.	XIX.	274
<b>Spruchmänner,</b> s. Bund, deutscher.		
<b>Staatspapiere,</b> s. Nachahmungen.		
<b>Staatsschuld,</b> s. Kämmerey.		
R. u. B. Schluß wegen Einbehalt von jährlich 100,000 $\mathcal{L}$ Ert. von dem Zinsen- Betrage getilgter Staatsschuld=Obliga- tionen. 1830. Jan. 28.....	XI.	114
Regulativ wegen Zahlungen der Zinsen und Renten der öffentlichen Schuld. 1844. Dec.	XVIII.	840
R. u. B. Schluß betr. Gesetz wegen Mor- tification abhanden gekommener Hambur- gischer Staatsschuld=Documente auf In- haber. 1846. Aug. 6.....	XIX.	254
Abdruck desselben. 1846. Aug. 12.....	—	259
Bekanntmachung bei dessen Publication. 1846. Aug. 12. ....	—	267
		Desgl.

	Bd.	S.
Deßgl. betr. Unstatthaftigkeit einer Bindication solcher Documente. 1846. Aug. 12.	XIX.	268
R. u. B. Schluß betr. Prämien-Anleihe von 9 Mill. $\mathcal{F}$ Bco. 1845. Juli 31...	—	89
Anzeige Senatus betr. deren Abschluß. 1846. Juni 18. ....	—	246
R. u. B. Schluß betr. deren Uebnahme in contributionsmäßiger Anleihe. 1848. Sept. 7.	XX.	334
Deßf. Anzeige. 1848. Sept. 12. ....	—	343
R. u. B. Schluß betr. Uebnahme eines Theils der Staats-Prämien-Anleihe durch Brandsteuer-Pflichtige. 1849. Juli 12..	XXI.	116
Deßf. Bekanntmachung. 1849. Juli 13.	—	117
R. u. B. Schluß betr. das interimistische Ansehen wegen der Truppen. 1849. Sept. 20.	—	161
Deßgl. betr. fernere Vertheilung der Staats-Prämien-Anleihe. 1849. Sept. 27. ....	—	179
Bekanntmachung betr. die Verpflichtung zur Uebnahme eines ferneren Theiles der Staats-Prämien-Anleihe. 1849. Oct. 8.	—	203
R. u. B. Schluß betr. abermalige Vertheilung von derselben. 1850. Juni 13. ....	—	576
Bekanntmachung deßfalls. 1850. Juni 17.	—	579
R. u. B. Schluß betr. die Aufnahme von Bco. $\mathcal{F}$ 300,000. 1850. Sept. 19. ....	—	592
Deßgl. betr. Anleihe von Bco. $\mathcal{F}$ 500,000. 1848. Sept. 7. ....	XX.	334
Deßgl. betr. Interimistische außerordentliche Geldmittel von Bco. $\mathcal{F}$ 700,000. 1849. April 16. ....	XXI.	60
Deßgl. betr. deßgl. von Bco. $\mathcal{F}$ 300,000. 1849. Dec. 13. ....	—	218
Stadt-Bibliothek, s. Scholarchat.		
Revidirte Gesetze für dieselbe. 1844. März 1. ....	XVIII.	21
Reglement für deren Benutzung. 1844. März 1. ....	—	29
Stadtweich, s. Eberführer. St. Georg.		



Bekanntmachung wider Fahren auf dem Stadtdeiche. 1843. Sept. 25.....	XVII.	421
Desgl. betr. Gestattung des Fahrens mit leichten Fuhrwerken auf dem Stadtdeiche. 1848. Juni 2. ....	XX.	307
Stadtgraben, s. Wall. R. u. B. Schluß betr. Fußbrücke über denselben von der Bastion David und Fußweg zur Communication mit St. Georg. 1828. Oct. 9.	X.	202
Publicandum wegen Eröffnung dieser Fußbrücke. 1830. Oct. 29.....	XI.	251
Stadtlichten, s. Lampen.		
Stadt-Wage. Publicandum wegen Schließung des Locals der alten Stadt-Wage. 1831. Dec. 28. ....	—	731
Stalbmäntel. Bekanntmachung betr. den Gebrauch der Stalbmäntel und Kragen bei Beerdigungen. 1833. Juni 5.....	XII.	312
Statistik. R. u. B. Schluß betr. Kosten eines handelsstatistischen Bureau. 1847. Nov. 25.....	XX.	195
Desgl. betr. deren definitive Genehmigung. 1850. Dec. 19. ....	XXI.	628
Stein-Ausfuhr. Bekanntmachung betr. Stein-Ausfuhr aus den Walddörfern. 1845. Juli 5.....	XIX.	82
Steinkohlen. R. u. B. Schluß wegen nachträglicher Verordnung zur Regulirung des Steinkohlen-Handels. 1827. Mai 7.	X.	15
Verordnung deshalb. 1827. Mai 7...	—	17
Bekanntmachung betr. desf. Verordnungen v. J. 1825 und 1827. 1847. Mai 3.....	XX.	46
Desgl. betr. Messen der Steinkohlen. 1835. April 1. ....	XIV.	105
Propositio Senatus wegen einer anderweitigen Regulirung des Steinkohlenverkehrs. 1837. April 27.....	XV.	35
		Stein-

Steinmezen. Bekanntmachung betr. Aufhebung ihrer Zunft. 1843. Febr. 15...	XVII.	317
Steinhor, f. Thorsperre.		
Bekanntmachung betr. die am 9. Juni dort verübten Beschädigungen und Zerstörungen an Staatsseigenthum. 1848. Juni 10.....	XX.	311
Steinwärdcr. Bekanntmachung betr. dortige Schießübungen. 1848. Mai.....	—	306
Desgl. betr. dort zu versuchende Signalschüsse. 1848. Aug. 9. ....	—	320
R. u. B. Schluß betr. jährliche Beihülfe für eine Schule. 1850. Juni 13.....	XXI.	577
Stellagen. Bekanntmachung wegen Einrichtung und Vorsicht beim Gebrauche derselben. 1830. Aug. 12. ....	XI.	216
Stempel, f. Proclamations = Scheine. Zeitblätter. Aeltere Verfügungen, f. Bd. XX.		
R. u. B. Schluß betr. modificirte Prolongation. 1849. Dec. 13. ....	XXI.	217
Rev. Stempel = Verordnung. 1849. Dec. 21.....	—	239
Sternwarte, f. Scholarchat.		
Steuern, f. Erwerbs = u. Steuern.		
R. u. B. Schluß wegen Vereinfachung der Erhebung der directen Steuern. 1830. Dec. 9.	XI.	255
Bekanntmachung betr. Erhebung der directen Steuern, so wie die Rückstände der Grundsteuer. 1831. Mai 5.....	—	360
Propositio Senatus betr. Erhöhung der Gehalte einiger Angestellten. 1843. Mai 11.	XVII.	350
R. u. B. Schluß betr. außerordentliche Steuer von Vermögen, Einnahme und Erwerb. 1848. Mai 25.....	XX.	302
Desf. Bekanntmachung. 1848. Mai 25.	—	305
Desgl. betr. Zahlung der Steuer-Rückstände. 1848. Aug. 25. ....	—	326
Desgl. betr. Eintreibung der rückständigen Steuern. 1849. Jan. 30.....	XXI.	15
		Desgl.

	Bd.	S.
Desgl. wegen Zahlung der Steuern per Banco zum laufenden Courant = Cours.		
1849. Febr. 9. ....	XXI.	21
R. u. B. Schluß betr. eine fernere außerordentliche Steuer. 1848. Sept. 7. ...	XX.	334
Desf. Bekanntmachung. 1848. Sept. 12.	—	344
Propositio Senatus betr. Abänderungen des Gehaltes und sonstiger Verhältnisse der Angestellten der Steuer-Deputation. 1849.		
Jan. 4. ....	XXI.	5
R. u. B. Schluß desfalls. 1849. Juni 25.	—	89
Stiftungen, s. Ländereien. Vergl. Bd. XI.		
Stocklaternen. Verfügung betr. papierne Stocklaternen. 1842. Aug. 26. ....	XVII.	206
Desgl. für St. Pauli. 1845. Aug. 12. ....	XIX.	109
Straßen, s. Gassen.		
Streichleitern, s. Wagen.		
Sturmfluthen, s. Wassernoth.		

## L.

Tagelöhner. Bekanntmachung betr. Zurückweisung Fremder. 1842. Mai 25. ....	XVII.	138
Desgl. betr. dergl. 1842. Juni 6. ....	—	145
Warnung betr. widerrechtliches Austreten aus der Arbeit. 1842. Oct. 25. ....	—	242
Erneuert 1843. März 29. ....	—	334
Tannenbäume. Bekanntmachung betr. deren Hereinbringen und Beschädigung fremder Anpflanzungen. 1830. Dec. 10. ....	XI.	257
Desgl. 1832. Dec. 12. ....	XII.	153
Tanzsäle, Tanzstunden, s. Wirthschaften.		
Bekanntmachung wider angebliche Tanzstunden in Tanzsalons. 1839. März 2.	XV.	369
Verfügungen zur Verhütung von Mißbräuchen und Unordnungen bei dem in bestimmten Localen gegebenen Tanz-Unterricht. 1840. Oct. 23. ....	XVI.	213
Desgl. 1841. ....	—	501

	Bd.	S.
Bekanntmachung betr. Anmeldung der Locale für Tanz-Unterricht. 1840. Nov. 4.	XVI.	216
Befugung wider Besuchen der Tanz- salons durch Kinder. 1841. Febr. 27..	—	370
Bekanntmachung betr. Anmeldung der Tanzlehrer, welche in bestimmten Localen Tanz-Unterricht ertheilen, bei der Polizei. 1841. Sept. 23. ....	—	504
Warnung wider Anwerbung von Kindern durch auswärtige Balletmeisterinnen. 1846. April 7. ....	XIX.	202
Taucherglocke. Bekanntmachung betr. deren Berücksichtigung auf d. Elbe. 1847. Mai 12.	XX.	54
Desgl. betr. deren Gebrauch bei Nachtzeit. 1847. Juni 4. ....	—	112
Desgl. betr. Beendigung der Arbeiten der Taucherglocke bei Rienstädten. 1847. Nov. 3.	—	163
Telegraphen. Warnung wider Beschädigung des Apparates desselben. 1848. Oct. 17.	—	376
Verbot betr. das Fahren mit aufgesteckten Flaggenstangen auf der Elbstrecke zwischen dem Niederhafen und dem Theermagazin. 1850. Apr. 2. ....	XXI.	546
Testamente, s. Zehnten-Amt.		
Obergerichtl. Bekanntmachung betr. Legi- timation der Verwalter von Testamenten und Privatstiftungen. 1842. Oct. 28...	XVII.	244
Theater, s. Schauspiele. Warnung betr. Gas- leitungs-Röhren und Hähne. 1848. Mai.	XX.	305
Theer. Bekanntmachung betr. Lagerung von Pech, Theer und ähnlichen Substanzen außerhalb des Theerhofs-Magazins. 1830. Dec. 3. XI. 253. Erneuert 1834. Mai 16.	XIII.	79
R. u. B. Schluß betr. revidirte Theer- hofs-Ordnung. 1841. Oct. 7. ....	XVI.	522
Abdruck derselben. ....	—	528
Bekanntmachung betr. Entfernung der feuergefährlichsten Waaren aus dem Theer- hofe. 1842. Mai 20. ....	XVII.	134

Ber-

Bd. C.

Verordnung die Zoll-Verhältnisse des Theer-Magazins auf dem Baakenwerder betr. 1842. Sept. 12.....	XVII. 232
Verbot des Rauchens daselbst. 1842. Nov. 4. —	254
Erneuert 1843. Juli 4. ....	— 393
Thierärzte, s. Viehseuche.	
Thore, s. Ferdinandus. Hafen-Thor. Wege. Bekanntmachung Einlaß in die Thore und Wiederauslaß aus denselben in Noth- fällen betr. 1828. April 14.....	X. 104
Thorsperre. Vergl. Bd. XIII. XV. XVI.	
A. u. B. Schluß betr. Prolongation der Thorsperre. 1849. Dec. 13.....	XXI. 217
Bekanntmachung desfalls und Ausdeh- nung auf die Ferdinandus-Pforte. 1849. Dec. 19.....	— 226
Bekanntmachung betr. desfallige Er- leichterungen. 1846. Dec. 14.....	XIX. 360
Desgl. betr. fernere Erleichterungen. 1846. Dec. 23.....	— 409
Sperr-Reglement. 1846. Dec. 23....	— 410
Verfügung wider Unfug von Wagen bei der Thorsperre. 1836. Juni 23.....	XIV. 393
Tischler. Bekanntmachung wegen der un- zünftigen Tischlergesellen, sowie des Zu- schickens der Gesellen. 1828. März 10.	X. 102
Desgl. betr. fremde Tischlergesellen. 1831. Sept. 30.....	XI. 660
Befehl wider Bewirthung der Tischler- meister beim Einholen der Auflage durch die Gesellen. 1844. Mai 29.....	XVIII. 184
Bekanntmachung wider Uebernahme von Tischlerarbeiten an Häusern ohne vorher- gegangene Besichtigung. 1845. Juni 28.	XIX. 77
Todes-Bezeugungs-Atteste, s. Geestlande. Marschlande. Medizinal-Ordnung.	

h

Todiens

## Todtenladen und Sterbecassen.

R. u. B. Schluß wegen einer revid. Ver- ordnung für die Todtenladen, Sterbecassen und Krankenladen. 1828. Nov. 13....	X.	214
Abdruck derselben. 1828. Dec. 15.....	—	224

R. u. B. Schluß betr. das Gehalt des Boten der Commission der Todtenladen. 1834. Jan. 30. ....	XIII.	42
--	-------	----

Torfhandel. Bekanntmachung betr. Miß- bräuche beim Torfhandel. 1834. Oct. 14.	—	299
--	---	-----

Transito-Güter. Bekanntmachung betr. Formulare der Gesuche wegen Umpackung von Transito-Gütern. 1830. März 8..	XI.	163
Desgl. wegen Prolongation der Transitozettel bis Ende März. 1830. März 12. ....	—	168

Trotoirs, s. abgebrannte Stadttheile.

Türkei, s. Hohe Pforte.

Tumulte, s. Central-Casse. St. Georg. Stein-  
thor. Waffen. Wahlen. Wirthschaften.  
Bergl. Bd. XIV. XX.

Bekanntmachung betr. die Erneuerung des Tumult-Mandats. 1849. Aug. 14..	XXI.	125
--	------	-----

## II.

Umschreibung. Von den Jahren 1831—1848  
s. Bd. XIX. XX.

Bekanntmachung der bevorstehenden Um- schreibung durch die Officiere des Bürger- Militairs. 1849. Mai 5. ....	—	67
Desgl. 1849. Nov. 9. ....	—	207
— 1850. Mai 10. ....	—	556
— — Nov. 8. ....	—	618

Umziehen, s. Gesinde. Bekanntmachung betr. Umziehe-Termin u. Hauskündigungen zum nächsten Herbst. 1846. Mai 1....	XIX.	203
---	------	-----

Union, s. Bergedorf. Bundes-Schiedsgericht.  
Papiergeld.

Bd. C.

N. u. B. Schluß betr. die Hamburgische Beitritts-Erklärung zu dem Bündnisse vom 25. Mai d. J. 1849. Aug. 27...	XXI.	134
N. u. B. Schluß betr. das Wahlgesetz für die Wahlen zum Volkshause. 1849. Dec. 27.	—	318
Abdruck desselben. 1850. Jan. 14. ....	—	476
N. u. B. Schluß betr. Abänderung desselben. 1850. Febr. 21.....	—	515
Abdruck derselben.....	—	516
Bekanntmachung betr. die Wahlen zum Volkshause zu Erfurt. 1850. Jan. 14..	—	492
Desgl. betr. Auflegung der Listen der wahlberechtigten Wähler. 1850. Jan. 30...	—	508
Desgl. betr. die Wahlen zum Volkshause. 1850. Febr. 23.....	—	518
Nachtrag zu derselben. 1850. Febr. 25...	—	523
Wahlen zum Volkshause des deutschen Parlamentes. 1850. Febr. 26.....	—	524
Bekanntmachung betr. die Bezirks-Commission der Wahl-districte in den Geestlanden. 1850. Febr. 26.....	—	525
Desgl. betr. die Unter-Bureaus des 3ten Districtes der Geestlande. 1850. Febr. 27.	—	526
Desgl. betr. die Einberufung zur Reichsversammlung in Erfurt. 1850. März 13..	—	530
Wahlen zum Volkshause des deutschen Parlamentes. 1850. März 13.....	—	534
Erwählung eines Mitgliedes für das Staatenhaus durch Erbges. Bürgerschaft. 1850. März 14. ....	—	538
Universitäten, s. Bund, deutscher.		
Unruhen, s. Tumulte.		
Unterstützungs-Behörde, Veffentliche.		
Bekanntmachung betr. Einsetzung derselben. 1842. Mai 11.....	XVII.	118
N. u. B. Schluß betr. Verfügungen über dieselbe. 1842. Juni 16.....	—	163
Notification betr. deren Auflösung. 1844. Juli 13. ....	XVIII.	307

## B.

Bd. C.

Vagabonden. Publicandum betr. dieselben. 1831. Oct. 7. ....	XI. 602
Venezuela. R. u. B. Schluß betr. Ratifi- cation des Tractats mit dieser Republik. 1837. Dec. 7. ....	XV. 131
Abdruck desselben. 1838. März 19. ....	— 202
Vereine. Bekanntmachung betr. aufrühre- rische Beschlüsse hiesiger Vereine. 1848. Aug. 12. ....	XX. 321
R. u. B. Schluß betr. Verordnung zur Verhütung des Mißbrauchs des Versamm- lungs- und Vereinigungsrechtes. 1849. Sept. 20. ....	XXI. 163
Abdruck derselben. 1849. Sept. 24. ....	— 171
Verfassung. Bekanntmachung betr. den bevorstehenden Antrag des Senates wegen Berufung einer verfassunggebenden Ver- sammlung. 1848. Sept. 5. ....	XX. 327
R. u. B. Schluß betr. Berufung einer con- stituierenden Versammlung. 1848. Sept. 7.	— 332
Bekanntmachung betr. Wahlen zu der- selben. 1848. Sept. 8. ....	— 336
Desgl. betr. Niederlegung einer Central- und der Bezirks-Commissionen. 1848. Sept. 15.	— 350
Desgl. betr. Aufnahme der Wählerlisten zur constit. Versammlung. 1848. Sept. 16.	— 352
Desgl. betr. Locale der Commissionen. 1848. Sept. 18. ....	— 354
Desgl. betr. Unterwahlbureau auf dem Gras- brook. 1848. Sept. 22. ....	— 361
Desgl. betr. Unterwahlbureau in den Marischlanden. 1848. Sept. 22. ....	— 362
Instruction für die Unterwahlbureau in den Landherrschaften. 1848. Nov. 1. ...	— 382
Bekanntmachung betr. Wahlen zur con- stituierenden Versammlung. 1848. Sept. 23.	— 363
	Desgl.



Desgl. betr. Annahme von Polizey-Attesten über die hiesige Heimathsberechtigung. 1848. Sept. 26.....	XX.	366
Desgl. betr. das persönliche Erscheinen der Wähler. 1848. Sept. 25.....	—	367
Desgl. betr. den verlängerten Termin für die Austheilung der Wählerkarten und die Ausloosung der Reihenfolge für die Wahlbistricte. 1848. Sept. 29.....	—	367
Desgl. betr. Unterwahlbureauß auf dem Grasbrook und auf den Elbinseln. 1848. Sept. 29. ....	—	369
Desgl. betr. Abstimmungen in den Wahl- bistricten. 1848. Oct. 5.....	—	370
Wahlen zur constituirenden Versammlung, Bezirk 11. 1848. Oct. 9.....	—	372
Desgl. Bezirk 3. 1848. Oct. 13.....	—	374
— — 6. — — 18.....	—	377
— — 7. — — 23.....	—	379
— — 2. — — 29.....	—	380
— — 5. — Nov. 4.....	—	384
— — 9. — — 11.....	—	388
— — 8. — — 17.....	—	389
— — 10. — — 24.....	—	408
— — 4. — — 30.....	—	417
— — 1. — Dec. 6.....	—	456
Bekanntmachung betr. die für die Be- rathungen der constit. Versammlung ge- troffenen Anordnungen. 1848. Dec. 6..	—	457
Desgl. betr. eine anzuordnende Neuwahl für den 3ten Wahlbezirk. 1849. Febr. 26.	XXI.	33
Desgl. betr. neue Wahlen. 1849. März 6.	—	45
Desgl. betr. das Verfahren bei denselben. 1849. März 12.....	—	50
Desgl. betr. deren Ausfall. 1849. März 16.	—	51
N. u. B. Schluß betr. die Entschädigung für Mitglieder der constit. Versammlung. 1849. Juni 25. ....	—	87
	Desgl.	

	Bd.	S.
Desgl. betr. Commission zur Prüfung des Verfassungswerkes. 1849. Sept. 27....	XXI.	178
Propositio Senatus betr. Anerkennung der Hamburgischen Staatsverfassung. 1850. Jan. 17.....	—	493
Desgl. betr. das transitorische Wahlgesetz und die organischen und die transitorischen Gesetze. 1850. Jan. 17.....	—	494
R. u. B. Schluß betr. die erstere und das transitorische Wahlgesetz, sowie Entwerfung von Vorschlägen zu den organischen und transitorischen Gesetzen. 1850. Mai 23.	—	558
Desgl. betr. Erklärung über die Auflösung der constit. Versammlung. 1850. Juni 13.	—	573
Desf. Publicandum. 1850. Juni 14....	—	579
R. u. B. Schluß betr. das Verbleiben der Mitglieder der Verfassungs-Commission in dem Kirchspiele, aus welchem sie gewählt sind. 1850. Dec. 19.....	—	628
Vergnügungen (Oeffentliche), s. Schauspiel. Vgl. Bd. XV.		
R. u. B. Schluß wegen modificirter Pro- longation der desf. Abgabe. 1849. Dec. 13.	—	217
Desf. Bekanntmachung. 1849. Dec. 19.	—	225
Vermögens- und Einkommens-Steuer.		
R. u. B. Schluß betr. Erhebung derselben für 1841 und 1842. 1841. Juni 3...	XVI.	396
Viehseuche. Belehrung betr. s. g. Maul- fäule und Klauenseuche. 1838. Nov. 30.	XV.	303
Instruction der öffentlichen Thierärzte in Bezug auf die Lungenseuche unter dem Rindvieh. 1844. Aug. 6.....	XVIII.	318
Verordnung betr. die bei ausbrechender Lungenseuche unter dem Rindvieh zu er- greifenden Maaßregeln. 1847. Aug. 13.	XX.	137
Bekanntmachung betr. s. g. Franzosen- Krankheit des Kindes. 1848. Nov....	—	419

Vierlande, s. Bergedorf. Geesthacht. Kirchwärder.		
Ern. Vormundschafts-Ordnung für die Vierlande u. Geesthacht. 1828. Juli.	X.	154
Verordnung betr. öffentliche Tanzmusiken in den Wirthshäusern. 1834. Mai 27..	XIII.	82
Desgl. wegen Beiordnung von Deputirten aus den Grund-Eigenthümern der Bauerschaften bei Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten. 1834. Juni.....	—	97
Instruction für die Gemeinde-Vorsteher, betr. das Gemeinde-Hebungs- und Rechnungs-Wesen. 1834. Juli.....	—	285
Verordnung betr. Schulbesuch in den Vierlanden. 1834. Dec. ....	XIV.	225
Mandat wider Betteln der Kinder in den Vierlanden. 1834. Dec. ....	—	228
Bekanntmachung über Einführung des neuen Hamb. Gesangbucheß. 1842. Dec. 12.	XVII.	290
Verordnung betr. Unterbringung obdachloser Familien. 1847. Juni 21. ....	XX.	123
Desgl. betr. Errichtung von Vergleichs-Commissionen. 1848. Sept. 13. ....	—	346
Desgl. über Erwählung der Landvögte und Höftleute. 1849. Nov. 21. ....	XXI.	208
Gebühren-Schragen für die Landvögte und andere Gemeinde-Vorsteher. 1850. Mai 2. ....	—	551
Vogelneßer, s. Geestlande. Marschlande.		
Verfügung wider Verkauf derselben und geblendeter Singvögel. 1836. April 14.	XIV.	363
Desf. Bekanntmachung. 1840. Mai 1.	XVI.	35
Erneuert 1843. April 29. ....	XVII.	343
Volksbewaffnung. Bekanntmachung wider eine öffentliche Aufforderung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung und desf. Geldsammlung. 1849. Mai 14. ....		
Desgl. wider die Betheiligung an einer Sammlung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung. 1849. Juni 5. ....	—	82
		Volks=

Volksdorf. Verordnung in Ansehung der  
Schule zu Volksdorf. 1839. April 12.. XV. 381

Vormundschaften, s. Bd. XVII.

Propositio Senatus wegen Revision der  
Vormundschafts-Ordnung. 1843. Dec. 14. XVII. 507

R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1844. April 25. XVIII. 138

Der Stadt Hamburg Vormundschafts-  
Ordnung. 1844. Juli 5. .... — 224

Schragen über die in Vormundschaftsachen  
zu erhebenden Gebühren, s. Stempel. 1849.

R. u. B. Schluß betr. Erhöhung des Ge-  
haltes des Registrators. 1846. Aug. 6. XIX. 256

Publicandum betr. Belegungen von Pu-  
pillarvermögen in den zur Grundsteuer  
nicht tarirten Grundstücken. 1843. April 18. XVII. 336

Desgl. betr. Belegung von Pupillengeldern  
bei der Spar-Casse. 1843. Dec. 8. .... — 492

Desgl. betr. hypothekarische Belegungen von  
Pupillarvermögen. 1845. Juni 13. .... XIX. 75

Vorstädte, s. Ländereien.

R. u. B. Schluß über öffentliche Verhält-  
nisse der Vorstädte. 1832. Nov. 15.... XII. 159

Propositio Senatus betr. eine Theilnahme  
abseiten der Vorstädte an den Bürger-  
Conventen, sowie hinsichtlich der Justiz-  
Verwaltung der Vorstädte. 1833. Juli 11. — 343

R. u. B. Schluß desfalls. 1833. Oct. 31. — 426

Reglement der öffentlichen Verhältnisse  
der beiden Vorstädte St. Georg und  
St. Pauli. 1833. Nov. 11. .... — 434

## W.

Wachen. Bekanntmachung betr. das auf den  
Wachtposten zu gebrauchende Feuerungs-  
material. 1832. Dec. 4. .... — 150

Waffen, s. Holstein. Schießen. Bekannt-  
machung wider Ankauf von Waffen  
und Montirungsstücken. 1835. Juni 3. XIV. 221  
Re-

Bd. C.

Renovirte Bekanntmachung von 1841.	
Oct. 27. ....	XVI. 385
Aufforderung zur Zurücklieferung ge- raubter Waffen und Munition. 1849.	
Aug. 30. ....	XXI. 135
Wagen. Verordnung betr. deren Aufstel- lung auf bestimmten öffentlichen Plätzen.	
1839. Juli 3. ....	XV. 434
Bekanntmachung betr. die Nummern der gedachten Wagen. 1839. Aug. 27. ....	— 488
Verfügung wider Anhäufung der Wagen und des Holzes bei dem Bauhofs und am Meßberge. 1840. Nov. 16. ....	XVI. 225
Bekanntmachung betr. Streichleitern.	
1842. April 2. ....	XVII. 80
Befehl wider unangemessene Belastung der Wagen. 1842. Mai 17. ....	— 130
Desgl. 1842. Juni 6. ....	— 145
Verbot des Jagens mit den bei Aufräu- mung der Brandstellen benutzten Wagen.	
1842. Juli 1. ....	— 177
Reglement für die das Stein- u. Deichthor passirenden Schuttwagen. 1842. Sept. 6.	— 213
Verbot betr. Umwenden mit schweren Wagen. 1842. Sept. 6. ....	— —
Aufforderung betr. Nummern der Block- wagen. 1843. Juli 18. ....	— 393
Wahlen, s. Union. Verfassung.	
Mandat wider Andrang des Volkes zu dem Hause der zu öffentlichen Ehrenämtern Neuerwählten. 1835. April 10. ....	XIV. 188
Waisenhaus, s. Collecten.	
Bekanntmachung, daß den Waisentän- dern nichts zu verkaufen. 1836. Juli 5.	— 394
Propositio Senatus betr. den Ankauf des Harvestehuder Wirthshausgartens und des Waisenhausgebäudes. 1849. April 16..	XXI. 58
Desgl.	

	Bd.	S.
Desgl. betr. Ankauf des Waisenhausesgebäudes und Ueberlassung eines Platzes bei Pösel-dorf. 1850. Juni 13.....	XXI.	575
R. u. B. Schluß betr. Ankauf des Waisenhausegebäudes. 1850. Sept. 19.....	—	593
Walddörfer, f. Farmsen. Geestlande. Holstein. Stein-Ausfuhr.		
Publicandum betr. die Fremden in den Walddörfern. 1830. Dec. ....	XI.	271
R. u. B. Schluß betr. Erlaß einer Zoll-Verordnung f. die Enclaven. 1840. Nov. 12.	XVI.	222
Abdruck derselben.....	—	301
Bekanntmachung betr. provisorische Modification der §§ 7 und 9 der Zoll-Verordnung v. J. 1841. 1841. Nov. 17..	—	591
Desgl. betr. Abbüßung von Brüchen durch Gefängnißstrafen im Holsteinischen Zollvereine. 1842. Febr. 28.....	XVII.	51
Desgl. betr. Berichtigung des Zolltarifs v. J. 1841. 1843. Sept. 13.....	—	421
Zusammengestellte Abänderungen der Zoll-Verordnung. 1844. Mai 1.....	XVIII.	221
Bekanntmachung betr. Veränderung der Zollgesetze. 1846. Febr. 18.....	XIX.	187
Desgl. betr. Abgaben-Erleichterung für Kornwaaren. 1847. Mai 17.....	XX.	56
Desgl. betr. Veränderungen der R. Zoll-gesetzgebung. 1847. Dec. 15.....	—	211
Desgl. betr. Einfuhr, Verfertigung und Gebrauch von Spielkarten in Holstein. 1847. Dec. 15.....	—	221
Desgl. betr. Aufhebung und Tarifs-Veränderungen Holsteinischer Einfuhrzölle auf Kornwaaren und Fabrikate, so wie das Last- und Feuergeld bei Wiederausfuhr von Föhren- und Tannenholz. 1847. März 5.	—	240
Desgl. betr. Erleichterung für den Transito-Handel durch Holstein. 1846. März 30.	XIX.	198

Bd. C.

N. u. B. Schluß betr. dessen Prolongation. 1849. Febr. 21.....	XXI.	25
Desf. Bekanntmachung. 1849. Febr. 24.	—	33
Desgl. betr. Herabsetzung des Ausfuhrzolles für Lumpen. 1849. Juni 25.....	—	91
N. u. B. Schluß betr. Prolongation des Vertrages. 1849. Dec. 13.....	—	217
Bekanntmachung desfalls. 1849. Dec. 14.	—	222
Desgl. betr. Verfügungen für die betreffenden Gebietstheile. 1850. Jan. 17.....	—	495
Desgl. betr. die Herabsetzung des Zolles für Fourniere. 1850. April 8.....	—	548
N. u. B. Schluß betr. Prolongation des Vertrages. 1850. Dec. 19.....	—	627
Desgl. betr. Lohn der Diensthöten in den Walddörfern. 1841. März 15.....	XVI.	374
Wall. Bekanntmachung betr. das Aufhören der Passage auf einigen Strecken des Walles bei Nacht. 1849. Oct. 24.....	XXI.	205
Desgl. 1850. Oct. 28.....	—	615
Desgl. betr. die Passage einiger Wallstrecken bis Mitternacht. 1850. Febr. 28.....	—	527
Desgl. wegen Passage des Walles nach dem Eintritte der Thorsperre. 1829. Juli 11.	XI.	80
Befehl Schweine nicht über den Wall zu treiben. 1831. Jan. 18.....	—	279
Ern. Bekanntmachung wider Fischen im Stadtgraben, Betreten des Wallufers und Weiden von Schafen und Ziegen. 1833. Mai 17.....	XII.	309
Erneuert 1834. Mai 17.....	XIII.	81
Erneuert 1846. Juni 4.....	XIX.	243
Warnung vor Beschädigung der Anlagen und Anpflanzungen auf dem Walle und den öffentlichen Promenaden. 1846. Mai 29.	—	241
Bekanntmachung wider Beschädigung der Anpflanzungen auf dem Walle. 1849. Juni 4.....	XXI.	81
		Wasser=

	Bd.	S.
<b>Wasserkunst, f. Grundsteuer. R. u. B. Schluß</b> betr. Verlegung der Wasserkunst-Anstalten. 1839. Aug. 22. ....	XV.	454
Desgl. betr. Verlängerung der desfalls be- stimmten Termine. 1840. Mai 25. ....	XVI.	70
Desgl. betr. Uebereinkunft mit den drei Wasserkünsten und Anlegung einer Staats- Wasserkunst. 1844. Juni 26. ....	XVIII.	216
Provisorisches Regulativ, nebst Be- dingungen für die Interessenten der Stadt-Wasserkunst. 1844. Aug. 16. ....	—	326
Propositio Senatus betr. fernere Geldmittel für die Stadt-Wasserkunst. 1846. Nov. 12.	XIX.	329
R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1847. März 11. ....	XX.	14
Propositio Senatus betr. Anordnungen wegen derselben. 1848. Nov. 27. ....	—	411
R. u. B. Schluß betr. dieselben. 1849. Jan. 4. ....	XXI.	6
<b>Wassernoth. Rev. Instruction über das,</b> was die Garnison, Hafenrunde und Nachtwache bei Sturmfluthen in Obacht zu nehmen hat. 1827. Jan. 22. ....	X.	4
Publicandum über die bei den Signalen bei hohem Wasser und Sturmfluthen ge- troffenen Abänderungen. 1827. Jan. 24.	—	10
Bekanntmachung wegen der durch Ueber- schwemmungen bedrängten Kellerbewohner. 1831. Oct. 21. ....	XI.	686
Desgl. betr. Veränderung der Signalschüsse bei Sturmfluthen. 1848. Juni 7. ....	XX.	308
Desgl. betr. Signalschüsse bei Sturmfluthen. 1848. Oct. 29. ....	—	378
<b>Wasserschout. Propositio Senatus betr. Re-</b> vision des Reglements für denselben. 1846. Dec. 10. ....	XIX.	348
R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1849. Dec. 27. ....	XXI.	320
Abdruck desselben. 1849. Dec. 28. ....	—	323
		wechsel.



**Wechsel = Ordnung.**

Allgemeine deutsche Wechsel-Ordnung. 1849.

Febr. 2. .... XXI. 18

R. u. B. Schluß betr. Verordnung in  
Bezug auf deren Einführung. 1849.

Febr. 21. .... — 24

Abdruck derselben. 1849. März 5. .... — 40

**Wedde.** R. u. B. Schluß betr. Combinirung  
der Stelle des Weddeschreibers und des  
Registrators beim Bürger = Protocoll.

1834. Jan. 30. .... XIII. 42

Bekanntmachung betr. Auslösung der  
Proclamations-Scheine. 1834. März 14.

— 51

Propositio Senatus betr. verbesserte Ein-  
richtung des Wedde-Bureau. 1845. Oct. 23.

Desf. R. u. B. Schluß. 1845. Dec. 15. — 158

Desgl. betr. den bisherigen Weddeschreiber  
und einen Boten. 1847. Mai 6. .... XX. 49**Wege.** Bekanntmachung betr. Ordnung  
auf den Wegen, Fußsteigen und an den  
Gräben. 1830. .... XI. 209

Desgl. betr. Wege-Polizey. 1831. Mai 25. — 363

Notification betr. Wegewärter. 1833. XII. 305

R. u. B. Schluß betr. Anlage eines Fuß-  
weges nach St. Georg neben dem Eisen-  
bahn-Hofe. 1848. Nov. 27. .... XX. 413Publicandum bei dessen Eröffnung. 1848.  
Dec. 8. .... — 459**Wegebau und Wegegeld, s. Post- und Han-  
dels-Straßen.****Weinverlasser = Ordnung.**

R. u. B. Schluß betr. dieselbe. 1844. Juni 6. XVIII. 189

Abdruck derselben. .... — 204

Publicandum bei deren Einführung. .... — —

**Wilhelminen-Bad.** Befehl wider das Baden  
im Wilhelminen-Bad. 1831. Oct. 17.. XI. 682**Wirthé, s. St. Georg. Marschlande. St. Pauli.**Verordnung wegen Wirthschaften und  
Krüge in Bergedorf. 1830. Juli 30... — 308

Re-

	Bd.	S.
Regulativ betr. die öffentliche Tanzmusik im Städtchen Bergedorf. 1849. Dec. 18.	XXI.	223
Bekanntmachung betr. Wirthschafts- Locale und Obliegenheit der Wirths. 1830. Sept. 14.....	XI.	226
Befehl betr. Schließung der Wirthshäuser und Tanzsäle und das Verbot des Musicirens am Sonnabend und dem Vor- abend eines Festtages. 1831. Oct. 3..	—	661
Verfügung betr. unerlaubte Zusammen- künfte von Lehrlingen bei Schenk- und anderen Wirthen. 1841. März 16.....	XVI.	375
Wittwenkasse, f. Makler. Statuten der Unterstützungs-Anstalt für die Wittwen und Waisen der Prediger im Hambur- gischen privativen und gemeinschaftlichen Gebiete. 1828. Juli.....	X.	173
Wundärzte. Bekanntmachung betr. Wandern der Gesellen der Wundärzte, Barbieri und Bader. 1847. April 30. ....	XX.	42

## 3.

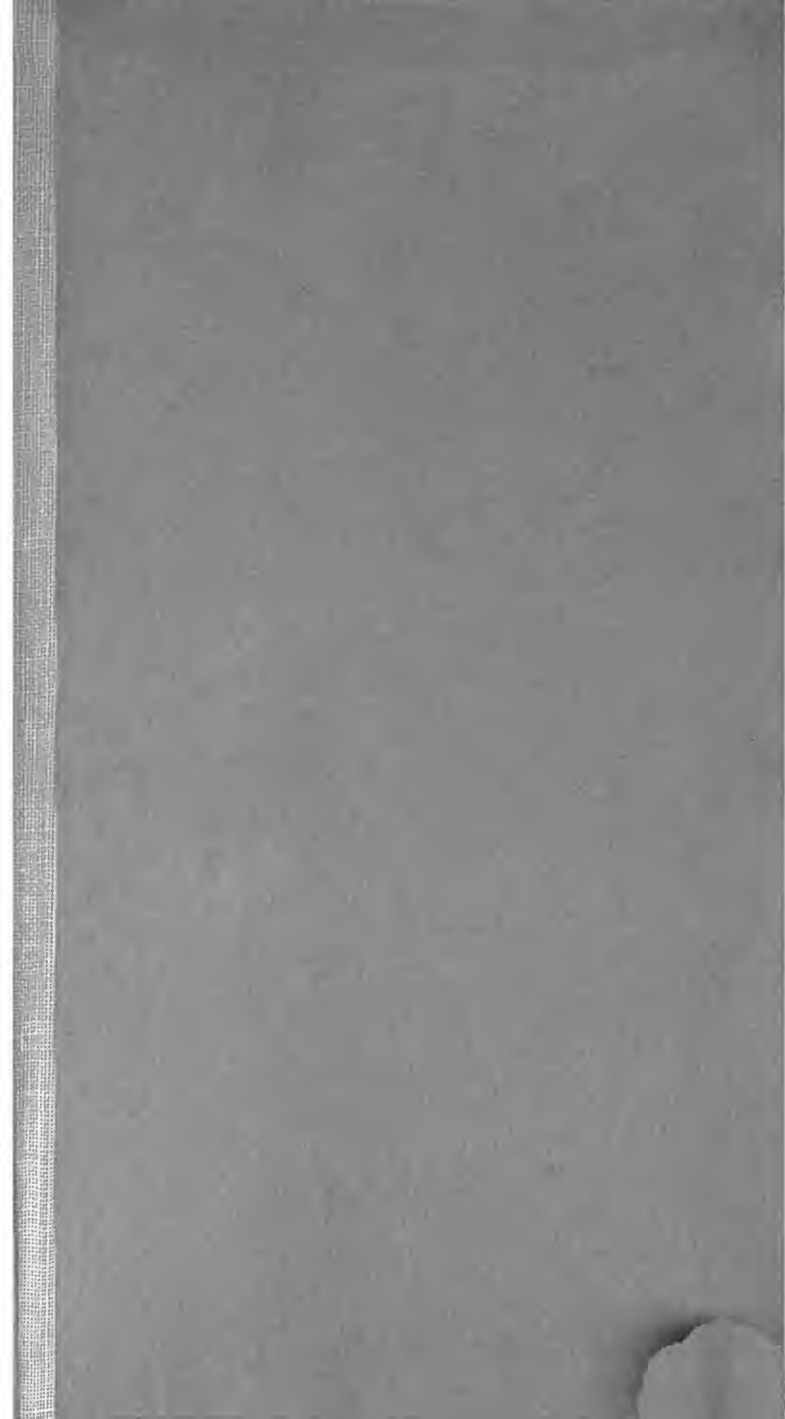
Zehnten-Amt, f. Belgien. Erbschafts-Steuer. Schweden. Vergl. Bd. XV. XVII. XX.		
R. u. B. Schluß wegen Prolongation der Zehnten-Abgabe und Collateral-Steuer. 1849. Dec. 13. ....	XXI.	217
Desgl. wegen Prolongation der Wieder- Verpachtung des Zehnten-Actuariats. 1848. Sept. 21.....	XX.	359
Bekanntmachung betr. Aufbewahrung von Testamenten bei dem Zehnten-Amte. 1832. April. ....	XII.	79
Zeitsblätter, f. Bund, deutscher.		
R. u. B. Schluß betr. Beschränkung des Zeitungs-Stempels. 1848. Nov. 27....	XX.	413
Desf. Bekanntmachung. 1848. Nov. 29.	—	416
R. u. B. Schluß betr. Abgabe von In- seraten. 1849. Juni 25.....	XXI.	88

Ver-

	Bd.	S.
Verordnung betr. dieselbe. 1849. Juni 27.	XXI.	91
Bekanntmachung betr. die Ausführung derselben. 1849. Juni 27.....	—	97
Desgl. betr. die Abgabe. 1849. Juli 2...	—	110
R. u. B. Schluß betr. Zusätze zu der Ver- ordnung. 1849. Dec. 13.....	—	218
Bekanntmachung desfalls. 1849. Dec. 19.	—	227
Prolongation derselben. 1850. Dec. 19.	—	627
Desf. Bekanntmachung. 1850. Dec. 20.	—	630
Warnung betr. das Anheften von Zeitun- gen und s. g. Extrablättern in den Straßen. 1850. Juli 27.....	—	585
Zimmerleute, s. Haus-Zimmerleute.		
Zoll-Ordnung, s. Eßlingen. Stempel. Wald- dörfer. Von den Jahren 1829 — 1839 s. Bd. XVII. Propositio Senatus betr. das Gehalt des Actuars der Zoll- und Accise-Deputation. 1841. Oct. 7.....	XVI.	522
R. u. B. Schluß betr. dessen Verhältnisse. 1841. Dec. 9.....	—	603
Bekanntmachung wider Durchföhrung von zoll- und accisepflichtigen Waaren durch die Pforten und Planken beim neuen Hafen. 1840. Aug. 14.....	—	174
Desgl. betr. Angabe zollfreier Waaren in den Zoll-Passirzetteln. 1841. Febr. 9...	—	369
Desgl. wider Beeinträchtigungen des Zolles und der Accise im neuen Hafen zwischen dem Grassbrook und dem Kehrwieder- Walle. 1841. Nov. 25.....	—	593
Desgl. betr. Passirung von Schuten unter der Sandthors-Brücke. 1850. Juli 29..	XXI.	586
R. u. B. Schluß betr. Abänderung der Zoll-Ansätze. 1842. Sept. 1.....	XVIII.	847
Desgl. betr. Vervollständigung des Beamten- Personals. 1844. Juni 26.....	—	218
Desgl. betr. Prolongation. 1844. Dec. 16.	—	606
Rev. Zoll-Verordnung. — — 23.	—	683
		Desf.

	Bd.	S.
Desf. Bekanntmachung. 1844. Dec. 27.	XVIII.	836
R. u. B. Schluß betr. Abänderung des §. 10 derselben. 1847. Mai 6.....	XX.	49
Desf. Bekanntmachung. 1847. Mai 10.	—	51
Desgl. betr. den Umtausch der älteren Zoll- Passirscheine. 1847. Mai. 17.....	—	57
Desgl. betr. Prolongation der 3- und 6- monatlichen Transito-Declarationen. 1845. März 19. ....	XIX.	41
Desgl. betr. Aufhören vorgedachter Prolon- gations-Frist. 1845. April 26.....	—	56
R. u. B. Schluß betr. Prolongation der Zoll-Verordnungen v. J. 1844 u. 1847.	XXI.	216
Bekanntmachung desfalls. 1849. Dec. 19.	—	224
Abdruck derselben. 1850. Jan. 11.....	—	488
Zoll-Verein, deutscher. R. u. B. Schluß betr. Uebereinkommen mit demselben wegen Ver- kehrs-Erleichterungen. 1839. Dec. 12..	XV.	511
Abdruck dieser Convention. 1840. Jan. 20.	XVI.	9
Bäckerbäcker. Bekanntmachung betr. deren Tagelöhner. 1838. Oct.....	XV.	294
Zündapparate. Verordnung betr. feuers- gefährliche Zündapparate. 1835. Juli 29.	XIV.	240
Bekanntmachung betr. Congreve-Zünd- apparate. 1839. Juni 14. ....	XV.	424

Ende des ein und zwanzigsten Bandes.





AUG 25 1930

*image  
not  
available*